

Ursula Bitzegeio
Jürgen Mittag
Lars Winterberg (Hg.)

Der politische Mensch

AKTEURE GESELLSCHAFTLICHER
PARTIZIPATION IM ÜBERGANG
ZUM 21. JAHRHUNDERT

Der politische Mensch

Ursula Bitzegeio · Jürgen Mittag · Lars Winterberg (Hg.)

Der politische Mensch

**Akteure gesellschaftlicher Partizipation
im Übergang zum 21. Jahrhundert**



Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet
diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie;
detaillierte bibliografische Daten sind im Internet
unter <http://dnb.dnb.de> abrufbar.

2. korrig. Auflage 2019

ISBN 978-3-8012-4232-9

© 2015/2019 by
Verlag J. H. W. Dietz Nachf. GmbH
Dreizehnmorgenweg 24, 53175 Bonn

Umschlaggestaltung: Jens Vogelsang, Aachen

Satz:

Kempken DTP-Service | Satztechnik • Druckvorstufe • Mediengestaltung, Marburg

Alle Rechte vorbehalten

Besuchen Sie uns im Internet: www.dietz-verlag.de

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 2. Auflage 9

Der politische Mensch als wissenschaftliches Untersuchungsfeld

Ursula Bitzegeio · Jürgen Mittag · Lars Winterberg
Der politische Mensch: Politische Partizipation
im Spannungsfeld von repräsentativer Demokratie
und Postdemokratie 11

Der politische Mensch im (post-)demokratischen Kontext

Marcel Solar
»Traditionelle« Akteure und Formen politischer Partizipation –
Anpassungs- und wandlungsfähig? 31

Manfred Wannöffel · Mark Esteban Palomo
Kooperation zwischen Gewerkschaften und
sozialen Bewegungen: Ursachen und Herausforderungen 61

Grischa Frederik Bertram
Postdemokratischer Protest? Anlässe und Trägerschaften
städtischer Proteste 79

Sigrid Kannengießer
Der politische Mensch in mediatisierten translokalen
politischen Bewegungen 115

Der politische Mensch zwischen Kommunikation und Manipulation

Karin Priester

Die Manipulation des politischen Menschen in der Demokratie 137

Martin Mertens

Populismus als Strategie politischer Akteure im 21. Jahrhundert 147

Katharina Oerder

Politische Menschen jenseits der Politik: Auswirkungen
und Einflüsse des psychologischen Konstrukts
»politische Fertigkeiten« 163

Christian Bauer

Der kommunizierende Mensch als politischer Mensch?
Zu einer Ethik der Kommunikation 179

Der politische Mensch im Ringen um Organisation und Beteiligung

Marco Althaus

Sonst gerne, nur bitte nicht hier! Regionaler Widerstand
gegen Großprojekte und die Reaktion der Industrie 207

Andrea Walter

Lokale Lobbyisten oder Mitgestalter der Politik vor Ort?
Wie Akteure organisierter Zivilgesellschaft auf lokaler Ebene
ihre Rolle als politische Interessenvertreter verstehen 265

Sven Gramstadt

»Community Organizing« als politische Erwachsenenbildung
in der Transformationsgesellschaft 293

Julia Tiemann

Möglichkeiten und Perspektiven digitaler Bürgerbeteiligung:
 Das isländische Beispiel Betri Reykjavík 303

**Der politische Mensch
 und Praktiken von Engagement und Protest**

Sigrid Baringhorst

Der politische Mensch als Netzaktivist – Neue Formen
 kreativer Protestpraktiken im Social Web 327

Katrin Bauer

Offen für alle(s)? – Kollektive Protestkulturen zwischen
 Tradition und Innovation 351

Johannes Diesing

Reviving the Dialectics of Insurrection and Constitution –
 Civil Disobedience in the Current Refugee-Protests in Germany 369

Juliane Stückrad

»Man könnte sich maßlos uffregen über den Scheißstaat hier« –
 Das Zoon politikon als Homo maledicens 381

**Der politische Mensch
 zwischen traditionellen und innovativen Ansätzen
 politischen Handelns**

Anna-Lena Wilde-Krell

Parteipolitisches Engagement bei der Piratenpartei –
 Eine neue Form der Partizipation? 397

Sebastian Demel

Stiften als politischer Akt – Der Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteure auf Gesellschaft und Politik am Beispiel von Andrew Carnegie und Ernst Abbe 407

Ina Dinter

Ein kampflustiger Regierungskritiker? Zum Verhältnis von Kunst und Politik in Projekten James Ensors 433

Enno Stahl

Analytischer Realismus in Theorie und Praxis – Aufsätze zur Literatur und der Roman »Winkler, Werber« 445

Anhang

Abkürzungsverzeichnis 459
Autorinnen und Autoren 461

Vorwort zur 2. Auflage

Der vorliegende Band erschien erstmals zum Jahresende 2015. Seine Beiträge beruhen, wie in der Einleitung der Erstaufgabe dargelegt ist, auf einer Tagung der Friedrich-Ebert-Stiftung im Herbst 2012. Nun, weitere drei Jahre später, liegt eine zweite korrigierte Auflage vor – und zwar erfreulicherweise *open access*, wofür dem Verlag J. H. W. Dietz herzlich gedankt sei. Die anhaltende Aktualität und besondere Bedeutung des Themenfelds der politischen Teilhabe und des politischen Engagements äußert sich nicht zuletzt darin, dass der ursprüngliche Druck beinahe vergriffen ist.

Mit der Neuauflage bleibt »Der politische Mensch« weiterhin verfügbar. Für uns bot sich so aber auch Gelegenheit, redaktionelle Ungenauigkeiten zu korrigieren. Im vorliegenden Fall ist ein mehrseitiger Fehldruck korrigiert worden, was sich in einer von der Erstaufgabe abweichenden Paginierung bemerkbar macht. Inhaltlich wurden indes keine Änderungen oder Aktualisierungen einzelner Beiträge vorgenommen. Angesichts der Entwicklungen der letzten drei Jahre – so etwa der Debatte über Flüchtlinge und Migration, der zentrifugalen Tendenzen im europäischen Raum, der anhaltenden Erosion des Parteiensystems und des Aufkommens populistischer Kräfte, der US-Wahl mit grundlegenden Veränderungen in nationalen und internationalen politischen Landschaften, aber auch der Diskussion über die Entwertung von Wissen und Wahrheiten in einem als »postfaktisch« apostrophierten Zeitalter – wären umfangreiche konzeptionelle Bearbeitungen notwendig geworden. Diese hätten zweifellos ein anderes, ein neues Buch zum Ergebnis.

Den Herausgebern scheint es angezeigt, an die zahlreichen Impulse, welche die Beiträge dieses Bandes eröffnen, auch im unveränderten Zuschnitt der Erstaufgabe anzuknüpfen. Dass diese nun auch digital und frei zugänglich sind, dürfte interdisziplinäre Rezeptionen und damit weiterführende Diskussionen erleichtern.

Bonn, im Herbst 2018

Ursula Bitzegeio · Jürgen Mittag · Lars Winterberg

Der politische Mensch als wissenschaftliches Untersuchungsfeld

Ursula Bitzegeio · Jürgen Mittag · Lars Winterberg

Der politische Mensch: Politische Partizipation im Spannungsfeld von repräsentativer Demokratie und Postdemokratie

Im Europa des 21. Jahrhundert erfährt Politik eine kritisch-ambivalente Bewertung. Das Vertrauen in Problemlösungskompetenz, Verantwortungsgefühl und Integrität der etablierten »politischen Eliten« wird offen in Frage gestellt, für zahlreiche Bürgerinnen und Bürger gilt es sogar als nachhaltig beschädigt.¹ Dem britischen Sozialwissenschaftler Colin Crouch zufolge wird den politischen Eliten und Institutionen zunehmend ihre Legitimität abgesprochen, da sie unter dem Einfluss privater und partikularer Interessensgruppen stehen, statt als gewählte Repräsentanten im Sinne des Gemeinwohls zu agieren. Politik handle divergierende gesellschaftliche Interessen nicht mehr aus, sondern sei nur noch dem Management von Sachzwängen verpflichtet. Sie bleibe die Antwort auf gesellschaftliche und soziale Missstände schuldig, weshalb sich in der Bevölkerungsmehrheit Langeweile, Frustration

1 Alle Bezeichnungen, die auf Personen bezogen sind, sind geschlechtsneutral gemeint und schließen jedwede Geschlechtsform ein; auch dann, wenn aus Gründen der leichten Lesbarkeit ausschließlich die männliche Form gewählt wurde.

und Desillusionierung breit mache. Jene Mehrheit leide vor allem darunter, dass soziale Bewegungen, welche zyklisch für die Entstehung, Erneuerung und Reform demokratischer Strukturen sorgten, nach Zeiten ihrer politischen Etablierung und Prozessen der Entsolidarisierung an Dynamik verloren hätten oder gar vollends weggefallen seien.²

Es sind vor allem wirtschaftliche und sozialstaatliche Fehlentwicklungen, die in individuellen wie kollektiven Lebenswelten erfahrbar sind und vielfach in der Bewertung münden, die Politik regiere an den Sorgen und Nöten der Menschen vorbei. Diese Einschätzung spiegelt sich in wachsender Distanz zu den tradierten Formen demokratischer Teilhabe, in sinkender Beteiligung bei Wahlen auf allen Ebenen und in der Ablehnung von politischen Funktionen bzw. Ämtern in demokratisch legitimierten Entscheidungsgremien.³

Entsprechende Wahrnehmungen haben indes nicht allein nur zu massiver Kritik an den etablierten Formen der repräsentativen Demokratie, sondern auch zu neuen Formen des Engagements und der Bürgerbeteiligung geführt. Verstärkt artikulieren Menschen ihren Protest in neuer Form: Der »Wutbürger« nimmt die Dinge selbst in die Hand und demonstriert, er besetzt Parks, »schottert« in Gleisbetten und kapert Internetseiten. Zugleich treten neue populistische Parteien mit einfachen Formeln auf den Plan, die andere politische Wege aus einer realen oder gefühlten Krise zeigen, alternative Möglichkeiten einer Beteiligung an der »großen Politik« eröffnen und eine Kanalisierung der Wut erlauben.⁴

2 Vgl. Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt a. M. 2008, S. 14 f. Siehe für eine ähnliche Kritik und entsprechende Zeitdiagnosen der beiden letzten Dekaden exemplarisch Pierre Bourdieu et al., *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz 1997; Claus Offe, *Demokratie und Vertrauen*, in: ders., *Herausforderungen der Demokratie. Zur Integration und Leistungsfähigkeit politischer Institutionen*, Frankfurt a. M. 2003, S. 227-238 und Angelo Maiolino, *Politische Kultur in Zeiten des Neoliberalismus. Eine Hegemonieanalyse*, Bielefeld 2014.

3 Vgl. Oskar Niedermayer/Benjamin Höhne/Uwe Jun (Hg.), *Abkehr von den Parteien? Parteidemokratie und Bürgerprotest*, Wiesbaden 2013.

4 Vgl. für eine Einordnung der Einzelbeobachtungen Iuditha Balint/Hannah Dingeldein/Kathrin Lämmle (Hg.), *Protest, Empörung, Widerstand. Zur Analyse von Auflehnungsbewegungen*, Konstanz 2011. Siehe aus historischer Perspektive auch Sabine Mecking, *Vom Protest zur Protestkultur? Träger, Formen und Ziele gesellschaftlichen Aufbegehrens*, in: *Geschichte in Wissenschaft und Unterricht* 9/10 (2013), S. 517-529.

Die zum Teil massiven gesellschaftlichen Proteste der letzten beiden Dekaden haben nicht nur in Deutschland, sondern auch in weiten Teilen Europas sowie darüber hinaus auch in anderen Kontinenten der Welt eine Diskussion über neue Varianten der Bürgerbeteiligung ausgelöst. In den vergangenen Jahren kam es u. a. zu Massenprotesten in London und New York, in Rio und São Paulo, in Kairo und Algier, in Shanghai und Istanbul. Proteste, die sich gegen politische Inkompetenz, gegen nicht eingehaltene Versprechungen, gegen die wachsende Schere zwischen Arm und Reich, gegen die Gier der Banken und deren viel gescholtenen unheiligen Allianzen sowie nicht zuletzt auch gegen die jeweiligen nationalen Regierungen richteten. Im Extremfall führten sie wie in Tunesien, Ägypten und Libyen zum Sturz von Machthabern oder, wie in Syrien, zu einem scheinbar unlösbaren Bürgerkrieg.⁵

In der Wissenschaft war es der britische Politikwissenschaftler und Soziologe Colin Crouch, der zahlreiche der angeführten (Fehl-)Entwicklungen auf den Punkt gebracht hat und unter dem Rubrum »Postdemokratie« eine massive Krise der liberalen Demokratien westlicher Prägung diagnostiziert: Hinter einer »Fassade« formeller demokratischer Prinzipien, so Crouchs Kernthese, werden moderne Demokratien zunehmend von privilegierten Eliten kontrolliert, sodass eine aktive demokratische Teilhabe der Bevölkerung blockiert wird.⁶ Colin Crouch verknüpft in seinem Ansatz ältere Demokratiedebatten mit dem Diskurs über den so genannten »Neoliberalismus«. Namentlich mit Blick auf die zeitgenössische Kritik an Tony Blairs »New Labour« argumentiert er, dass der Bedeutungsverlust von sozialen Milieus und Klassen, die bis dahin eine aktive und kritische Massenpolitik ermöglicht hatten, einhergehend mit dem Aufstieg des globalen Kapitalismus eine selbst-referenzielle politische Klasse produziere, die sich stärker mit wirtschaftlichen Interessen beschäftige als mit der Umsetzung politischer Ziele, in denen die Belange der Bürger ihren Niederschlag finden. Crouch kommt zu dem Ergebnis, dass sich westliche Demokratien dem Zustand der von

5 Vgl. die Überblicksdarstellungen von Pnina Werbner/Martin Webb/Kathryn Spellman-Poots (Hg.), *The Political Aesthetics of Global Protest. The Arab Spring and Beyond*, Edinburgh 2014; Marianne Kneuer/Saskia Richter, *Soziale Medien in Protestbewegungen. Neue Wege für Diskurs, Organisation und Empörung?*, Frankfurt a. M. 2015.

6 Crouch, *Postdemokratie*, S. 9-13.

ihm beschriebenen Postdemokratie immer stärker annähern, sieht die Gefahr einer demokratischen Aushöhlung und betont die Notwendigkeit einer Revitalisierung von Demokratie. Mit seinen Ausführungen hat Crouch zahlreiche Reaktionen provoziert und eine bis heute anhaltende Debatte über das Konzept der Postdemokratie, aber auch über den Zustand und die Perspektiven der Demokratie angestoßen bzw. neu belebt.⁷

Sowohl die politisch-gesellschaftliche als auch die wissenschaftliche Kritik am gegenwärtigen Zustand der Demokratien haben auch die Autorinnen und Autoren dieses Bandes herausgefordert, die Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit traditioneller Akteure und neue Formen politischer Partizipation kritisch zu analysieren. Im Mittelpunkt stehen dabei einerseits Colin Crouchs theoretisch-konzeptionelle Zeitdiagnosen und andererseits neue Modelle von Beteiligung und Partizipation der Bürgerinnen und Bürger wie sie unlängst u. a. von Klaus von Beyme in seinen Ausführungen zur Neodemokratie beleuchtet wurden.⁸ Damit wird die Perspektive – über Crouchs Diagnosen hinaus – auf demokratische Reformpotenziale und auch auf den »politischen Menschen« geweitet, jenen »Homo politicus«, der unlängst von Oskar Negt hinsichtlich seiner Bewusstseinsbildungsprozesse und Schlüsselkompetenzen wieder verstärkt in das Blickfeld der wissenschaftlichen Forschung gerückt wurde.⁹ Anders als bei Crouch soll es im Folgenden weniger um die »neoliberal« inspirierten Facetten seines Konzeptes und um »Wirtschaftsverbände« gehen, die »mehr oder minder unbemerkt« den Staat »zu einem Selbstbedienungsladen machen« und auch nicht um die »Rückkehr der politischen Privilegien für bestimmte Unternehmer«¹⁰, sondern vielmehr um politisch engagierte Menschen in den unterschiedlichsten Bereichen: um engagierte Bürger und politische Aktivist:innen, aber auch um Ehrenamtliche,

7 Vgl. die Beiträge in Postdemokratie – Ein neuer Diskurs?, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Themenheft 4 (2006); Soziale Kämpfe in der Postdemokratie, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen, Themenheft 1 (2014); Postdemokratie?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, Themenheft 1/2 (2011) sowie den Themenschwerpunkt Postdemokratie und soziale Demokratie, in: Politische Vierteljahresschrift 3 (2013).

8 Vgl. Klaus von Beyme, Von der Postdemokratie zur Neodemokratie, Wiesbaden 2013.

9 Vgl. Oskar Negt, Der politische Mensch. Demokratie als Lebensform, Göttingen 2010.

10 Crouch, Postdemokratie, S. 29.

Stifter und Künstler, deren Aktivitäten in der Zivilgesellschaft wurzeln und gleichermaßen politischen Charakter haben.¹¹

Die Beiträge dieses Bandes erörtern mit Blick auf diese politischen Menschen, inwieweit gesellschaftspolitisches Handeln bei der Ausgestaltung der Lebenswelten im Übergang zum 21. Jahrhundert möglich bzw. durch welche Aktivitäten und Ausdrucksformen dieses Handeln gekennzeichnet ist. In diesem Zusammenhang werden neue politische Beteiligungsräume und Protestpraktiken, wie z. B. der regionale Widerstand gegen Großprojekte, Mobilisierungsstrategien im Netz oder Formen der digitalen Bürgerbeteiligung vorgestellt und ihre kreativen und innovativen Potenziale erörtert. Aufgegriffen wird in diesem Zusammenhang auch die Frage, ob mit diesen Prozessen eine Neubelebung von Demokratie einhergeht oder ob sogar eine »neue Macht der Bürger« ausgemacht werden kann.¹²

Vor dem Hintergrund dieser Fragestellungen, Zugänge und Konzeptionen des Bandes verfolgen auch die sich hier anschließenden einleitenden Anmerkungen das Ziel, die Debatte über Demokratie und die »neuen« Formen politischer Aktivität in Beziehung zu stellen. Werden zunächst Colin Crouchs Überlegungen zur Postdemokratie sowie deren analytische Möglichkeiten und Grenzen in den Blick genommen, bezieht sich der zweite Teil der Einleitung stärker auf die Aktivitäten von politischen Menschen, die in der Folge dann in den einzelnen Beiträgen dieses Bandes näher beleuchtet werden.

Postdemokratie: Ansätze und Potenziale eines Konzeptes

Mit der Bezeichnung »Postdemokratie« grenzt Colin Crouch jüngere Formen demokratischer Willensbildung und Entscheidungsfindung von traditionellen Demokratieformen ab.¹³ Das Ideal stellt für ihn eine Herrschaftsform dar, in der »sich eine sehr große Zahl von Menschen lebhaft an ernsthaften

11 Vgl. hierzu auch den Ansatz bei Wichard Woyke/Norbert Kersting, Vom Musterwähler zum Wutbürger? Politische Beteiligung im Wandel, Münster i. Westf. 2012.

12 Vgl. zu diesem Ansatz auch die Beiträge in Franz Walter et al. (Hg.), Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek b. Hamburg 2013.

13 Colin Crouch skizzierte seine Überlegungen zur Postdemokratie erstmals im Jahre 2000 während eines Vortrags vor der britischen Fabian Society.

politischen Debatten und an der Gestaltung der politischen Agenda beteiligt und nicht allein passiv auf Meinungsumfragen antwortet«. Als Voraussetzung hierfür ist eine Konstellation notwendig, in der »Menschen ein gewisses Maß an politischem Sachverstand mitbringen und [...] sich mit den daraus folgenden politischen Ereignissen und Problemen beschäftigen«. ¹⁴ Crouch zufolge werden Postdemokratien diesem Anspruch nicht gerecht: Es würden zwar formal Wahlen abgehalten und Regierungen zyklisch neu bestellt, es mangle dieser Form der politischen Partizipation jedoch an demokratischer Qualität. An die Stelle von partizipativer Teilhabe sei eine von Medienexperten gestaltete, streng kontrollierte Inszenierung gerückt, bei der politische Debatten auf ein eng begrenztes Spektrum von im Vorfeld ausgewählten Themen reduziert werden. Wie im Theater stellt die demokratische Öffentlichkeit in diesem Zusammenhang lediglich eine passive Zuhörschaft dar, die ein Stück anschaut, das der eigenen Erbauung dient. Die eigentlichen Entscheidungen und Details werden jedoch durch verdeckte Interaktionen zwischen gewählten politischen Eliten und Akteuren aus der Wirtschaft bestimmt. Selbst wenn Wahlen anstehen und unzufriedene Wähler neue Politiker ins Amt wählen, sind Crouch zufolge die Unterschiede zwischen den alten und neuen Politiken nur marginal. ¹⁵

Colin Crouch weist multinationalen Konzernen zentrale Bedeutung zu. Als in den 1970er Jahren rascher technologischer Wandel, verstärkter globaler Wettbewerb und höhere Ansprüche der Konsumenten die bisherige Stabilität der nationalen Märkte in Frage stellten, kam es aufgrund unzureichender Anpassung in nationalen Unternehmen zu wirtschaftlichen Problemen. Aufgrund ihrer Fähigkeit zur Anpassung und ihrer Flexibilität hinsichtlich der Standortwahl konnten die multinationalen Konzerne sich weitgehend behaupten, was dazu führte, dass sie verstärkt Gehör in der Politik fanden. Dies nicht zuletzt, weil die Konzerne bis heute mit dem ökonomischen Argument von Standortwechseln drohen können, wenn etwa Arbeitnehmerrechte nicht reduziert oder Steuern gesenkt werden. Crouch spricht in diesem

14 Crouch, Postdemokratie, S. 9.

15 Vgl. zum Nachfolgenden auch Claudia Ritzki, Die Postdemokratisierung politischer Öffentlichkeit. Kritik zeitgenössischer Demokratie – theoretische Grundlagen und analytische Perspektiven, Wiesbaden 2014 und Thomas Hauer, Why Post-Democracy?, in: British Journal of Arts and Social Science 2 (2015), S. 88-96.

Zusammenhang von einem geradezu faustischen Pakt zwischen Politik und mächtigen Konzernen.

In seinen Ausführungen spielt neben dem Bedeutungszuwachs der multinationalen Unternehmen auch die Erosion der industriell geprägten Arbeiterklasse eine wichtige Rolle. Im Gefolge der Auflösungsprozesse des traditionellen Arbeitermilieus bzw. des Bedeutungsverlustes der Organisations- und Artikulationsformen der Arbeiterbewegung kam es nach Crouch zu keiner Neubelebung von politischen Identitäten unter den verschiedenen Gruppierungen der sogenannten neuen Mittelschicht: Mit Ausnahme der Angestellten des öffentlichen Sektors vollzogen sich hier keine stärkeren Milieubildungen und auch keine neuen Formen übergeordneter Repräsentation und Organisation. Crouch verweist in diesem Zusammenhang insbesondere auf die Grenzen von »New Labour« in Großbritannien und die weitgehend verebbten Ansätze zu einer »Neuen Mitte« in Deutschland.¹⁶

In seinen Ausführungen zur Postdemokratie präsentiert Colin Crouch indes nicht nur Ursachen und Probleme, sondern er zeigt auch denkbare Perspektiven auf. Seine knappen Schlussfolgerungen skizzieren Strategien für den Umgang mit multinationalen Konzernen und politischen Parteien im postdemokratischen Zeitalter. Im Wesentlichen plädiert er dabei für eine stärkere Regulierung bzw. Begrenzung der marktwirtschaftlich-kapitalistischen Ökonomie. In diesem Kontext setzt er auf Mechanismen, mit denen die Geldströme zwischen Politik und Konzernen unterbunden oder zumindest kontrolliert werden können. Des Weiteren empfiehlt er eine Wiederbelebung von Ansätzen staatlicher Vorsorge und tritt für eine Rückkehr des Staates als Kontrastprogramm zur vorangegangenen Privatisierung ein, wobei Steuern ebenfalls eine wichtige Bedeutung zukommt.¹⁷ Crouch schlägt auch vor, partizipatorische Entscheidungsformen zu unterstützen und De-

16 Vgl. für eine zeithistorische Einordnung Edgar Wolfrum, *Rot-Grün an der Macht. Deutschland 1998–2005*, München 2013, S. 26-34 und S. 138-168.

17 Vgl. Colin Crouch im Interview mit Fabian Heppel und Marius Mühlhausen: *Die deutsche Wahl entscheidet über Europas Sozialdemokratie*, in: *Die Zeit* (15.08.2013) und als ältere Erörterung des Themas Colin Crouch, *Commercialisation or Citizenship. Education Policy and the Future of Public Services*, Glasgow 2003. Siehe hierzu auch die Deutung der Postdemokratietheorie von Alban Werner, *Demokratietheorie im Zeitalter post-neoliberalen Austerität*, in: *Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 1 (2011), S. 21-35, hier S. 32 f.

zentralisierungstendenzen sowie lokales Engagement zu stärken. Das Beispiel partizipativer Haushaltsplanung in Kommunen wird von ihm dabei als eine Option lokal verwurzelter, teilnehmender Demokratie angeführt. Schließlich setzt Crouch auch auf eine Neuausrichtung der Aktivitäten von traditionellen Akteuren und weist etwa Gewerkschaften eine stärker Einfluss nehmende und korrigierende Funktion gegenüber politischen Parteien zu. Zentral ist für ihn zudem eine Überwindung der Kluft zwischen politischen Parteien und den Bürgern, da er die demokratischen Potenziale nicht bei den extremen Globalisierungsgegnern sieht.

Colin Crouchs Konzept der Postdemokratie besitzt den Charme, für zahlreiche Debattenstränge und empirische Beispiele anschluss- bzw. tragfähig zu sein. So kommen seine Überlegungen hinsichtlich der Aushöhlung der Demokratie zu ähnlichen Diagnosen wie die Debatten über die postnationale Konstellation bzw. entgrenzte Demokratie, lenken den Blick aber auf andere Perspektiven und Erklärungsansätze.¹⁸ Es finden sich auch Anschlüsse zur Entpolitisierungsdebatte¹⁹, zur Governance-Debatte²⁰ oder zu Foucaults Überlegungen über Formen des informellen Regierens. Foucault machte in der »politischen Ökonomie« der Gegenwart die Master-Taktik des »Regierungsstaats« aus, um die »Bevölkerung« – gleichermaßen Zweck, Ziel und Instrument des Staates – zu regieren. Foucault diagnostizierte eine »Ökonomisierung des Sozialen« und eine »Transformation des Politischen, welche die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse systematisch restrukturiert [...]. Nicht eine Abnahme staatlicher Souveränität und Planungskapazitäten, sondern eine Verschiebung von formellen zu informellen Formen der Regierung lässt sich beobachten.«²¹

18 Vgl. exemplarisch Heidrun Abromeit, Wozu braucht man Demokratie? Die postnationale Herausforderung der Demokratietheorie, Opladen 2002, v. a. S. 115-141.

19 Siehe etwa Chantal Mouffe, The Democratic Paradox, London/New York 2000 und dies., On the Political, London 2005.

20 Siehe exemplarisch Arthur Benz et al., Handbuch Governance. Theoretische Grundlagen und empirische Anwendungsfelder, Wiesbaden 2007 und Renate Mayntz, Über Governance. Institutionen und Prozesse politischer Regelung, Frankfurt a. M. 2009.

21 Vgl. Michel Foucault, Die Gouvernementalität, in: Ulrich Bröckling/Susanne Krasmann/Thomas Lemke (Hg.), Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen, Frankfurt a. M. 2000, S. 41-67, hier S. 61; Thomas Lemke/Susanne Krasmann/Ulrich Bröckling, Gouvernementalität, Neoliberalismus und Selbsttechnologie. Eine Ein-

Colin Crouch bietet vor allem einen anregenden Rahmen für politische Tagesdebatten, um jüngere Entwicklungen in den westlichen Industrienationen – namentlich in den USA und in Großbritannien, wo die Marktliberalisierung sowie die Tendenzen zur Einkommens- und Vermögenskonzentration noch umfassender als in Westeuropa ausgefallen sind – überzeugend zu erklären. In wissenschaftlicher Hinsicht fällt Colin Crouchs Ansatz dabei eher diagnostisch-beschreibend als theoretisch oder handlungsleitend aus.²²

Zu hinterfragen ist Crouchs zugrunde liegendes Demokratieverständnis. Bereits in den ersten Rezensionen des Bandes ist angemerkt worden, dass er von einer Musterdemokratie bzw. von einem »Königsbild der Demokratie« ausgehe.²³ In normativer Hinsicht rekurriert Crouch auf Vorstellungen von einer stark egalitären bzw. identitären Demokratie im Sinne Rousseaus mit direktdemokratischen Implikationen. Seine Ausführungen basieren auf der Annahme einer größtmöglichen Teilhabe von weiten Teilen der Bevölkerung, die durch Diskussionen und Kommunikation zur Willensbildung und politischen Entscheidungsfindung kommt. Dem Modell liberal-konkurrierender repräsentativer Demokratie mit Wahlen als Ausdrucksform der Massenpartizipation, mit Interessenorganisationen und Lobbying-Prozessen steht Crouch hingegen deutlicher distanzierter gegenüber.²⁴

Arbeiten zu den Demokratietheorien des 20. Jahrhunderts zeigen²⁵, dass Crouch seine Überlegungen auf zahlreiche frühere Ansätze stützt.²⁶ Geprägt

leitung, in: dies. (Hg.), *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*, Frankfurt a. M. 2000, S. 7-40, hier S. 26; Michel Foucault, *Der Mensch ist ein Erfahrungstier. Gespräch mit Ducio Trombadori*, Frankfurt a. M. 1996, S. 118 f.

- 22 Vgl. für entsprechende Perspektiven Emanuel Richter, *Das Analysemuster der »Postdemokratie«. Konzeptionelle Probleme und strategische Funktionen*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 4 (2006), S. 23-37 und Eike Hennig, *Totgesagte leben lange. Zum Aussagewert postdemokratischer Theorien*, in: *Vorgänge* 2 (2010), S. 26-34.
- 23 Vgl. etwa die Rezension von Eberhard Rathgeb, in: *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung* (22.6.2008), S. 26.
- 24 Crouch, *Postdemokratie*, S. 30 ff.
- 25 Vgl. etwa Robert A. Dahl, *On Democracy*, New Haven 1998; Arno Waschkuhn, *Demokratietheorien. Politiktheoretische und ideengeschichtliche Grundzüge*, München 1998; John Dunn, *Democracy. A History*, New York 2006; John Keane, *The Life and Death of Democracy*, New York 2009; Richard Saage, *Demokratietheorien: Historischer Prozess – Theoretische Entwicklung – Soziotechnische Bedingungen. Eine Einführung*, Wiesbaden 2012.
- 26 Manfred G. Schmidt, *Demokratietheorien. Eine Einführung*, 5. Aufl., Wiesbaden 2010, S. 236-253.

von den emanzipatorischen und antiautoritären Bewegungen der 1960er Jahre²⁷ werden in diesen Ansätzen Ideale der aktiven Mitwirkung und größtmöglicher »Teilnahme« sowie psychologisch gewendet der »inneren Anteilnahme am Schicksal des Gemeinwesens« als Zentrum von Politik in der Demokratie verstanden.

In jüngeren Arbeiten werden entsprechende Überlegungen durch den Aspekt des »prozeduralen Nutzens« erweitert; »gediegene Beratschlagung« und kollektive Aushandlungen im Diskurs bilden den Kern demokratischer Willens- und Entscheidungsfindung. Eine Vollinklusion der Bürger bildet dieser Sichtweise zufolge den Maßstab gelungener Demokratie. Nur über eine breite Partizipation der Bevölkerung können die politischen Eliten Responsivität entwickeln. Und nur über politische Beteiligung wird die Legitimität der Regierung hergestellt, so dass eine politische Teilnahme möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger einen ausgewogenen Einfluss auf die Entscheidungsfindung garantiert.²⁸ Politische Beteiligung ist dieser Sicht zufolge ein Wert an sich, der für alle erstrebenswert ist und die demokratische Qualität der Akteure erhöht.²⁹ Aber auch diese Einschätzungen fußen auf der Vorannahme einer systemischen Konzeption von Demokratien mit einer breiten und homogenen Basis mündiger Bürgerinnen und Bürger. Von anderer Seite wurde infolgedessen vor einem Übermaß der Beteiligung gewarnt, da sie politische Systeme überfordere, irrationale Entscheidungsfindung fördere und in eine »Tyrannie« der Beteiligung münden könne.³⁰

27 Vgl. ebd., S. 236 f. Schmidt verweist vor allem auf die Rezeption von Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1962; ders., Über den Begriff der politischen Beteiligung, in: ders. et al., Student und Politik. Eine soziologische Untersuchung zum politischen Bewußtsein Frankfurter Studenten, 3. Aufl., Neuwied 1969, S. 11-55.

28 Schmidt, Demokratietheorie, S. 236 und Alois Stutzer/Bruno Frey, Political Participation and Procedural Utility. An Empirical Study, in: European Journal of Political Research 45 (2006), S. 391-418.

29 Vgl. für eine Einordnung dieser Sichtweise Jan W. van Deth, Politische Partizipation, in: Viktoria Kaina/Andrea Römmele (Hg.), Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden 2009, S. 141-161 und Jan W. van Deth/William A. Maloney (Hg.), New Participatory Dimensions in Civil Society, London 2012.

30 Schmidt, Demokratietheorie, S. 236 ff. und Claus Offe, Reformbedarf und Reformoptionen der Demokratie. Einleitung, in: ders. (Hg.), Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge, S. 9-23.

Vor allem in jüngster Vergangenheit wurde in der politikwissenschaftlichen Forschung eingehender erörtert, dass nicht nur die Quantität, sondern auch die Qualität der politischen Beteiligung, im Sinne einer aufgeklärten Partizipation, wichtig sei. Demnach liegt das Ziel demokratischer Teilhabe nicht allein in einer hohen Beteiligung, sondern in der Erhöhung der Kompetenzen der Akteure, um sachorientierte Entscheidungen und bedürfnisorientierte Aushandlungsprozesse letztlich zu gewährleisten. Diese aufgeklärte Form politischer Partizipation geht davon aus, dass die Beteiligten die Planung und die Programme der politischen Eliten wahrnehmen, diese mit eigenen Präferenzen abgleichen und individuelles zivilgesellschaftliches Engagement auf subjektiven Bewertungen aufbauen.³¹ In eine ähnliche Richtung argumentiert auch Colin Crouch: Die Demokratie könne nur gedeihen, wenn die Masse der normalen Bürger wirklich Gelegenheit habe, sich durch Diskussionen und im Rahmen unabhängiger Organisationen aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen – und wenn sie diese Gelegenheit auch nutzt. Crouch entwirft die Vision einer Mehrheit von Menschen, die sich lebhaft an ernsthaften politischen Debatten und an der Gestaltung der politischen Agenda beteilige und sich nicht auf Passivität reduziere, etwa indem sie in politisch-mediale Logiken von Meinungsumfragen eingespeist wird. Aber gerade Proteste wie die im Herbst 2014 aufgekommene PEGIDA-Bewegung (Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes), deren Themen und Inhalte das Terrain einer freiheitlich-demokratischen Grundordnung potenziell verlassen und in denen sich rechtsextreme Ideologien aufschließen, lassen mitunter Unbehagen im Hinblick auf Crouchs Utopie eines aufgeklärten Bürgers entstehen. In der politischen Literatur wird in Zusammenhang mit den »Wutbürgern von rechts« nicht selten das Ende »rationaler Deliberation« und damit demokratischer »Harmonie« in den westlichen Zivilgesellschaften festgestellt. Gerade der »plebiszitäre-populistische Anspruch« von Protestzusammenschlüssen wie PEGIDA wird als

31 Vgl. Schmidt, *Demokratiethorie*, S. 240 ff. Siehe des Weiteren Claus Leggewie/Christoph Bieber, *Demokratie 2.0. Wie tragen Medien zur demokratischen Erneuerung bei?*, in: Claus Offe (Hg.), *Demokratisierung der Demokratie. Diagnosen und Reformvorschläge*, Frankfurt a. M. 2003, S. 124-151; Michael Stoiber, *Die Qualität von Demokratien im Vergleich. Zur Bedeutung des Kontextes in der empirisch vergleichenden Demokratiethorie*, Baden-Baden 2011, S. 15-19.

Ausdruck einer »Hybris« von Minderheiten gesehen, die infolge ihrer »höchst egoistischen Motive [...] erst verstehen und lernen müssten, dass Politik in demokratischen Repräsentativsystemen langwierig, debattenintensiv und kompromissdurchwirkt sei.«³²

Paul Nolte hat in seinen Ausführungen zu den Perspektiven der Demokratie für weniger explizite Vorannahmen plädiert und das Konzept einer »multiplen Demokratie« skizziert, das unterschiedliche Ansätze inkorporiert bzw. sich offener für eine Weiterentwicklung der repräsentativen Demokratie im deliberativen Sinne zeigt.³³ Diesen Deutungen stehen andere Sichtweisen wie diejenige von Lars Geiges, Stine Marg und Franz Walter gegenüber, die in demokratischen Gesellschaften »keine rationalen Diskursseminare einer verständigen, abwägenden und sachlich-deliberativen Erörterung« sehen. Sie konstatieren vor diesem Hintergrund, dass »Einzelne, Gruppen, große Kollektive durchaus ökonomische, soziale oder politisch exklusive Interessen, die keineswegs in harmonischer Erfüllung eines Gemeinwohls aufzugehen haben, robust vertreten« können.³⁴ Eine Gefahr für die Demokratie sei infolgedessen nicht unmittelbar zu attestieren.

Politische Partizipation im Übergang zum 21. Jahrhundert – neue Ansätze und Fallbeispiele

Muss vor dem Hintergrund dieser unterschiedlichen, sich bisweilen diametral widersprechenden Befunde also ein neuer Idealtyp des politischen Menschen gefunden, befördert oder sogar erst gebildet werden? Oder speist sich jener Typus des politischen Menschen vielleicht längst aus den zunehmend individualisierten Gesellschaften des frühen 21. Jahrhunderts? Transformieren Zivilgesellschaften bereits die Demokratie klassischer Prägung,

32 Lars Geiges/Stine Marg/Franz Walter, Pediga. Die schmutzige Seite der Zivilgesellschaft?, Bielefeld 2015, S. 11; Philip Becher/Christian Begass/Josef Kraft, Der Aufstand des Abendlandes. AfD, Pegida & Co.: Vom Salon auf die Straße, Köln 2015, S. 7.

33 Vgl. Paul Nolte, Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1/2 (2011), S. 5-12. Siehe für einen erweiterten Rahmen auch Paul Nolte, Was ist Demokratie? Geschichte und Gegenwart, München 2012.

34 Lars Geiges/Stine Marg/Franz Walter, Pegida, S. 180.

sodass überkommene Politik- und Partizipationsbegriffe interdisziplinär zu überdenken sind?

Die anhaltenden politischen und gesellschaftlichen Proteste der letzten Zeit haben nicht nur in Deutschland, sondern in weiten Teilen Europas eine Diskussion über neue Varianten der Bürgerbeteiligung ausgelöst. Die debattierten Narrative sind zwar medial kompatibel, erfassen oftmals aber nur Ausschnitte »sozialer Realitäten«. ³⁵ Um sich (gesellschafts-)politischen Akteuren der Gegenwart analytisch zu nähern, erscheint es hilfreich, den Kontext zu erweitern, aber gleichzeitig auch den Blick zu schärfen: Dies soll im Folgenden durch die Perspektive auf den politischen Menschen – verstanden als sozial (aus-)handelndes Wesen in den sozialen Zusammenhängen von individuellen und kollektiven Lebenswelt(en) – erfolgen. Im Sinne eines »Zoon politikon« gestaltet dieser politische Mensch seine alltägliche Wirklichkeit und prägt vor allem soziale Nahräume. ³⁶ Im Fokus der Analyse stehen infolgedessen die Individuen (auch: sich organisierende) in der Gesellschaft, die als soziale, politische Wesen möglicherweise charakteristische Merkmale aufweisen. Den Fluchtpunkt der Analysen bildet dabei die Frage, inwieweit gesellschaftspolitisches Handeln bei der Gestaltung individueller und kollektiver Lebenswelten im Übergang zum 21. Jahrhundert möglich und durch welche Aktivitäten und Ausdrucksformen es gekennzeichnet ist. ³⁷

Seitens der Forschung werden hierfür Rahmungen, Bedingungen und Wandlungsprozesse identifiziert sowie veränderte soziale Räume und Ver-

35 Soziale Realitäten werden im Sinne Durkheims verstanden als empirisch beobachtbare Handlungsräume und sozial eingebundenes Verhalten. Vgl. Émile Durkheim, *Die Regeln der soziologischen Methode*, Neuwied/Berlin 1961, S. 114.

36 Vgl. das Konzept der »Lebenswelten« bei Edmund Husserl, *Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie*, Den Haag 1954, S. 136; siehe des Weiteren Alfred Schütz/Thomas Luckmann, *Strukturen der Lebenswelt*, Neuwied/Darmstadt 1975, S. 25; Henri Lefebvre, *Das Alltagsleben in der modernen Welt*, Frankfurt a. M. 1972. Die Idee des »Zoon politikon« findet sich bei Aristoteles, *Politik*, übers. v. Olof Gigon, München 1978, I 2 1253a 2 f.

37 Von Interesse wäre es, hierauf aufbauend auch Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu identifizieren und ggf. eine Typisierung anzustreben. Die Beiträge dieses Bandes verfolgen dieses Ziel nicht explizit, bieten aber eine Grundlage für potenzielle Typologien. Vgl. für eine entsprechende Vorgehensweise in der Geschichtswissenschaft den Ansatz von Ute Frevert/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), *Der politische Mensch des 20. Jahrhunderts*, Frankfurt a. M./New York 1999.

haltensformen beschrieben. So wird für das ausgehende 20. und vor allem für das frühe 21. Jahrhundert die Bedeutung der Gleichzeitigkeit von fortschreitender Individualisierung mit sozialer Pluralisierung einerseits und die Festschreibung einer Massenkultur mit Homogenisierungstendenzen (Konsum) andererseits postuliert. Sozialer Wandel und gesellschaftliche Bezugssysteme (Werte und Normen, Klasse und Schicht, Milieu und Lebensstil, Familie, Religion, etc.) werden als plural und heterogen, dynamisch und kurzzyklisch sowie tendenziell instabil beschrieben.³⁸ Der politische Mensch agiert im Spannungsfeld aus sich ausweitenden individuellen Partizipations- und Entfaltungsmöglichkeiten – Wohlstandssteigerung, Demokratisierung, Zeitkultur (Freizeit, Jugend, Alter)³⁹, neue Medien, etc. – sowie einer strukturellen Begrenzung der Möglichkeiten (soziale Ungleichheit, Flexibilisierung der Arbeitswelten, veränderte politische Kontexte).⁴⁰

Der Band rekurriert auf diese Kontexte und stellt dabei zentrale Akteure und Formen politischen Handelns, deren Fluchtpunkte sich im Übergang zum 21. Jahrhundert beschleunigt wandeln, heraus. Er ist hierzu in insgesamt fünf Problem- und Analysezusammenhänge gegliedert. Im ersten Hauptkapitel gilt es, den (post-)demokratischen Kontext zu skizzieren, in dem sich die von Crouch diagnostizierten Prozesse vollziehen. Die Beiträge dieser Sektion verweisen auf übergeordnete Entwicklungen und haben Überblicks-

38 Vgl. Ronald Inglehart/Christian Welzel, *Modernization, Cultural Change, and Democracy. The Human Development Sequence*, Cambridge 2005; Ronald Inglehart, *Modernisierung und Postmodernisierung. Kultureller, wirtschaftlicher und politischer Wandel in 43 Gesellschaften*, Frankfurt a. M. 1998; Roger Behrens, *Krise und Illusion. Beiträge zur kritischen Theorie der Massenkultur*, Münster i. Westf./Hamburg 2003. Zur Geschichte des Massenkonsums unter neuen wissenschaftlichen Vorzeichen seit den 1990er Jahren vgl. vor allem Kasper Maase, *Grenzenloses Vergnügen. Der Aufstieg der Massenkultur 1850-1970*, Frankfurt a. M. 1997 und Axel Schildt, *Medialisierung und Konsumgesellschaften in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts*, Essen 2004.

39 Während es im Kontext der Industrialisierung zu einer Differenzierung von Arbeit und expliziter Freizeit kam, wurde letztere insbesondere im 20. Jh. deutlich ausgeweitet. Außerdem kam es zu einer Verlängerung der, wenn auch staatlich disziplinierten Phase der Jugend sowie der Ausprägung eines selbstbestimmten Alters (steigendes Durchschnittsalter, begrenztes Erwerbsleben, Altersabsicherung, bessere medizinische Versorgung). Vgl. hierzu die Beiträge in Knud Andresen/Ursula Bitzegeio/Jürgen Mittag (Hg.), *Nach dem Strukturbruch? Arbeitswelt(en) im Wandel seit den 1970er Jahren*, Bonn 2011.

40 Gemeint sind vor allem vertikale (Klasse, Schicht, etc.) und horizontale (Geschlecht, Ethnie, Beruf, etc.) soziale Ungleichheiten, aber auch Aspekte der Ausgrenzung (In- vs. Exklusion).

charakter: Im Fokus stehen repräsentative Demokratien, Gewerkschaften und soziale Bewegungen, (urbane) Zivilgesellschaften und ihre translokalen mediatisierten Vergemeinschaftungen. *Marcel Solar* skizziert einleitend eine Typologie politischer Partizipation und diskutiert auf dieser Basis die Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit traditioneller politischer Akteure. Im Fokus stehen dabei die Wahlbeteiligung und das Engagement von Parteimitgliedern. *Manfred Wannöffel* und *Mark Palomo* fragen, inwieweit aktuelle Arbeitsbeziehungen als »neofeudal« zu bezeichnen sind und ob ein zunehmend finanzmarktgetriebener Kapitalismus mit Demokratie vereinbar ist. Am Beispiel des Bündnisses »UmFairteilen« zeigen sie auf, dass gegenstandsbezogene Kooperationen und soziale Netzwerke traditioneller politischer Organisationen zur Revitalisierung und damit auch zur Repolitisierung führen können. *Grischa F. Bertram* zeichnet die Erosion und Renaissance städtischer Proteste und Initiativen nach. Er analysiert ihre Anlässe und Trägergruppen und diskutiert immanente postdemokratische Potenziale. Schließlich untersucht *Sigrid Kannengießler* Formen politischer Vernetzung in translokalen Räumen. Ausgehend von Netzwerken als Handlungszusammenhängen politischer Akteure beleuchtet sie die Relevanz mediatisierter Vergemeinschaftungen für gegenwärtiges demokratisches Handeln.

Im zweiten Abschnitt des Bandes eröffnet ein grundlegender Beitrag von *Karin Priester* die theoretische und praktische Bedeutung von Kommunikation und Manipulation für den politischen Menschen in der Demokratie. Vertieft werden ihre Überlegungen von *Martin Mertens*, der den negativ konnotierten Begriff des Populismus als Strategie einer konstruktiven politischen PR für demokratische Politikerinnen und Politiker offeriert. *Katharina Oerder* untersucht Kommunikation und Manipulation als politische Fertigkeiten, greift also die Perspektive der psychologischen Forschung im beruflichen Mikrokontext auf. Schließlich führt *Christian Bauer* die Überlegungen fort, indem er die Funktionslogiken und Kommunikationsstrukturen der Massenmedien thematisiert und so Bausteine einer Ethik der Kommunikation entwirft.

Bildete im zweiten Abschnitt das Verhältnis von Kommunikation und Manipulation die argumentative Klammer, so steht im dritten Themenbereich die Organisation politischer Akteure im Blickfeld. Wie sich im frühen 21. Jahrhundert Bürgerinnen und Bürger zusammenschließen, politisch ausrichten, beteiligen, aber auch regieren lassen, wird in vier Fallbeispielen ausgelotet.

Marco Althaus untersucht den gesellschaftlichen Widerstand gegen Großprojekte und die daraus resultierenden Herausforderungen für die beteiligten Unternehmen. Die Rolle von Vereinen und Verbänden innerhalb lokaler Politikprozesse wird dann von *Andrea Walter* analysiert. Die pädagogischen Möglichkeiten, Partizipation zu organisieren, zeigt *Sven Gramstadt* am Beispiel des US-amerikanischen »Community Organizing« auf. *Julia Tiemann* ethnografiert weiterführend Formen digitaler Bürgerbeteiligung am Beispiel Islands.

Das vierte Problemfeld des Bandes stellt die zivilgesellschaftlichen Akteure und ihre Protestpraktiken in den Mittelpunkt seiner Betrachtungen. Die Wahrnehmungen, Deutungen und Verarbeitungen gesellschaftspolitischer Fragen im Alltag der Menschen gewinnen so weiter an Kontur. *Sigrid Baringhorst* eröffnet den Abschnitt mit einem Bericht über ihre Forschungen zu neuen Protestformen im Social Web und zeigt dabei die Ambivalenzen von Netzaktivitäten auf. *Katrin Bauer* hinterfragt am Beispiel von Kirchenprotesten und Smartmobs (neue) Aktionsformen des Protests sowie politische Motivations- und Handlungsmuster. *Johannes Diesing* arbeitet in seinem Beitrag exemplarisch die Bedeutung von Flüchtlingsprotesten für zivilgesellschaftliche Meinungsbilder und Handlungskonzepte in Deutschland heraus. Und *Juliane Stückrad* befasst sich mit der Kultur des Schimpfens als grundlegende alltägliche Auseinandersetzung im Kontext gesellschaftlicher und politischer Entwicklungen.

Der letzte Abschnitt des Bandes widmet sich dem Spannungsfeld von traditionellen und innovativen Ansätzen politischen Handelns und richtet den Blick dazu auf spezifische Akteure politischer Partizipation. *Anna-Lena Wilde-Krell* stellt die »Piraten« vor und beleuchtet so nicht nur die demokratische Institution der Partei, sondern auch die Suche nach ihrer Erneuerung. *Sebastian Demel* begreift Stifter als politische Akteure und führt zwei historische Beispiele an. Politische Motivationen in der Kunst untersucht *Ina Dinter* und stellt mit James Ensor und Christoph Schlingensiefel Künstler als politische Akteure im Übergang vom 19. zum 20. bzw. vom 20. zum 21. Jahrhundert vor. Der Band schließt mit *Enno Stahl*, der als politischer Autor und Literaturwissenschaftler selbst Subjekt seines autoethnografischen Textes ist.

Die kurze Zusammenschau der Kapitel und Beiträge macht in inhaltlicher Hinsicht deutlich, dass die Zukunft der Demokratie ein »moving target« markiert. Der Kampf um die Funktionsfähigkeit und Akzeptanz von Demokratie

ist komplizierter geworden und er ist in die westliche Sphäre zurückgekehrt, in der wir bis vor Kurzem glaubten, dass Demokratie in ihrer einst erkämpften Form lediglich bewahrt, beschützt und verteidigt werden müsse. Doch die historische Erfahrung lehrt und die Gegenwart zeigt, dass Demokratie kein festes, unveränderbares Regelwerk darstellt. Demokratie muss immer wieder neu gestaltet und gelebt werden und dabei die Bürgerinnen und Bürger einbeziehen – in komplexeren gesellschaftlichen Zusammenhängen auch in veränderten und neu zu entwickelnden Formen, die das Prinzip der repräsentativen Demokratie möglicherweise komplementär ausgestalten. Einfache Antworten und Lösungen liegen hier nicht auf der Hand. Vor diesem Hintergrund darf es auch nicht überraschen, dass eine neue Unsicherheit bezüglich der Ausgestaltung und Weiterentwicklung von Demokratie insbesondere unter den Bürgerinnen und Bürgern Europas entstanden ist.

Der Überblick zu den einzelnen Beiträgen macht aber auch deutlich, dass es keine einfachen bzw. exklusiven wissenschaftlichen Antworten und Zugänge gibt. Die in den letzten Jahren neu belebten Debatten um politische Partizipation, Mobilisierung und Akzeptanz bzw. Legitimität zeigen prägnant die anhaltenden Ausdifferenzierungsprozesse der Demokratieforschung, aber auch die Notwendigkeit, Synthesen mit neuen Perspektiven anzustellen.⁴¹ Dabei scheint es hilfreich, nicht nur die mehr oder weniger abstrakten Triebkräfte und Wirkungen, die Diskurse und Leitbilder, die Handlungsangebote und -zwänge von Institutionen oder die Entwicklung von Netzwerken und Communities in den Blick zu nehmen, sondern die politischen Menschen als Individuen oder auch kleinere soziale Gruppen, mit ihren Nöten und Wünschen – aber auch den Grenzen ihrer Handlungsmöglichkeiten. Vor diesem Hintergrund erscheint es vielversprechend, abseits engerer Reflexionen von (Post-)Demokratie weiterführende Anschlüsse an die Forschungsdiskurse zu (neuen) sozialen Bewegungen und alltäglichen Protestpraxen zu suchen⁴², die es künftig auch im engeren politikwissenschaftlichen Kon-

41 Siehe in diesem Sinne auch Dirk Jörke, Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 1/2 (2011), S. 17 f.

42 Vgl. als Überblick Jürgen Mittag/Helke Stadtland (Hg.), *Theoretische Ansätze und Konzepte der Forschung über soziale Bewegungen in der Geschichtswissenschaft*, Essen 2014; Klaus Schönberger/Ove Sutter (Hg.), *»Kommt herunter, reihet euch ein ...«. Eine kleine Geschichte der Protestformen sozialer Bewegungen*, Berlin/Hamburg 2009.

text (wieder) verstärkt zu berücksichtigen gilt. So speisen die Ethno-, Sozial- und Kulturwissenschaften seit einigen Jahren verstärkt Ethnografien des Politischen ein, welche individuelle und kollektive Formen politischen Handelns alltagsnah dokumentieren.⁴³ Auf diese Weise geraten beispielsweise kulturelle Aushandlungen von Europäisierung, Migration und Grenzregimen, Kulturerbe, begrenzten Ressourcen oder globaler Ernährung in den Blick.⁴⁴ Versteht man »Kultur« somit nicht als politikwissenschaftliche Residualkategorie, sondern erweiterten Objekt- und Perspektivenbegriff⁴⁵, so lassen sich in den Lebenswelten heterogener Akteure spezifische Sinnkonstruktionen politischen Handelns sowie übergeordnete Formationen des Politischen konturieren.⁴⁶ Denn angesichts einer Vielzahl aktueller globaler Entwicklungen besteht im (frühen) 21. Jahrhundert zweifellos ein großer Bedarf an kritischer interdisziplinärer Politikforschung.

-
- 43 Vgl. exemplarisch James Ferguson, *Give a Man a Fish. Reflections on the New Politics of Distribution*, Durham/London 2015; Thomas Scheffer, *Die Arbeit an den Positionen. Zur Mikrofundierung von Politik in Abgeordnetenbüros des Deutschen Bundestages*, in: *Zeitschrift für Soziologie, Sonderheft »Interaktion, Organisation und Gesellschaft«* (2014), S. 369-389; Kerstin Poehls, *Europa backstage. Expertenwissen, Habitus und kulturelle Codes im Machtfeld der EU*, Bielefeld 2009; Edward Schatz (Hg.), *Political Ethnography. What Immersion Contributes to the Study of Power*, Chicago 2009.
- 44 Vgl. exemplarisch Markus Tauschek/Maria Grewe (Hg.), *Knappheit, Mangel, Überfluss. Kulturwissenschaftliche Positionen zum Umgang mit begrenzten Ressourcen*, Frankfurt a. M. 2015; Gunther Hirschfelder et al. (Hg.), *Was der Mensch essen darf. Ökonomischer Zwang, ökologisches Gewissen und globale Konflikte*, Wiesbaden 2015; Regina F. Bendix/Aditya Eggert/Arnika Peselmann (Hg.), *Heritage Regimes and the State*, Göttingen 2013; Daniel Habit, *Die Inszenierung Europas? Kulturhauptstädte zwischen EU-Europäisierung, Cultural Governance und lokalen Eigenlogiken*, München 2011; Sabine Hess/Bernd Kasperik (Hg.), *Grenzregime. Diskurse, Praktiken, Institutionen in Europa*, Berlin 2010; Kerstin Poehls/Asta Vonderau (Hg.), *Turn to Europe. Kulturanthropologische Europaforschungen*. *Berliner Blätter. Ethnographische und ethnologische Beiträge* 41 (2006).
- 45 Vgl. Walter Leimgruber, *Entgrenzungen. Kultur – empirisch*, in: Reinhard Johler et al. (Hg.), *Kultur_Kultur: Denken. Forschen. Darstellen*, Münster i. Westf. et al. 2013, S. 71-85.
- 46 Vgl. insb. Jens Adam/Asta Vonderau (Hg.), *Formationen des Politischen. Anthropologie politischer Felder*, Bielefeld 2014; Cris Shore/Susan Wright/Davide Peró (Hg.), *Policy Worlds. Anthropology and the Analysis of Contemporary Power*, New York/Oxford 2011; Aradhana Sharma/Akhil Gupta, *The Anthropology of the State. A Reader*, Malden 2006; Aihwa Ong/Stephen J. Collier (Hg.), *Global Assemblages. Technology, Politics and Ethics as Anthropological Problems*, Malden 2005.

Dass mit dem vorliegenden Band einige neue Facetten der Debatte über (Post-)Demokratie beleuchtet werden können, ist in erster Linie den Autorinnen und Autoren dieses Bandes zuzuschreiben, denen für ihre Beiträge, ihre Mühe und vor allem ihre Geduld großer Dank gebührt. Gedankt sei aber auch der Friedrich-Ebert-Stiftung, die durch finanzielle Unterstützung die dem Band zugrunde liegende (Doktoranden-)Tagung und die Drucklegung ermöglicht hat. Für die Hilfe bei der Organisation des Satzes und der Drucklegung gilt es, den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des Dietz-Verlages, hier vor allem Flora Frank, zu danken. Katharina Bühl, Helena Gey, Stephanie Ostheimer, Stephan Schmauke und Simone Stöhr haben die Fertigstellung des Bandes wesentlich unterstützt, wofür ihnen ebenfalls gedankt sei.

Der politische Mensch im (post-)demokratischen Kontext

Marcel Solar

»Traditionelle« Akteure und Formen politischer Partizipation – Anpassungs- und wandlungsfähig?

In seinen Ausführungen zur Postdemokratie bescheinigt der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch den heutigen Demokratien einen Substanzverlust, der letztlich an den Grundfesten des politischen Zusammenlebens rüttelt. Formell betrachtet funktionierten die politischen Systeme immer noch, Wahlen fanden regelmäßig statt und es käme immer wieder zu Regierungswechseln.¹ Gerade die Regierungsalternanz wird sonst häufig als Ausweis eines funktionierenden politischen Wettbewerbs betrachtet und damit des Funktionierens der Demokratie an sich.² Für Crouch verdeckt die Verengung der Betrachtung auf Wahlen und mögliche Regierungswechsel hingegen die wahre Problematik heutiger Demokratien. Wahlkämpfe sind für ihn Materialschlachten, die von PR-Beratern gesteuert würden, die zu

1 Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt a. M. 2008, S. 10.

2 André Kaiser, Alternanz und Inklusion. Zur Repräsentation politischer Präferenzen in den westeuropäischen Demokratien, 1950–2000, in: ders./Thomas Zittel (Hg.), Demokratietheorie und Demokratieentwicklung. Festschrift für Peter Graf Kielmansegg, Wiesbaden 2004, S. 173–196, hier: S. 173 f.

diskutierenden Inhalte würden von den Parteispitzen einseitig festgelegt, während den Bürgerinnen und Bürgern die Rolle eines apathischen Zuschauers zukäme. Die wichtigsten Entscheidungen würden abseits der elektoralen Arena in Hinterzimmern zwischen den gewählten Regierungen und Eliten getroffen, die insbesondere die Interessen der Wirtschaft vertreten.³ Bürgerbeteiligung erfolge verstärkt auf Basis von durch politische Eliten manipulierbare Meinungsumfragen und Stimmungsbildern, die sich an den Techniken des Showbusiness und des Marketings orientierten und eine tatsächliche Einflussnahme der Bürgerinnen und Bürger eher unterminierten, als dass diese gestärkt würde.⁴ In den politischen Parteien gebe es eine Machtverschiebung weg von politischen Aktivisten an der Basis, hin zu externen Beratergremien und Lobbyisten, selbst wenn aus finanziellen Gründen ein vollständiger Verzicht auf (beitragszahlende) Mitglieder nicht zu erwarten sei.⁵ Insgesamt zeige sich hier die Erosion der früher auf Klassen beruhenden Politik. Durch die Auflösung der zuvor maßgeblichen soziostrukturellen Gruppen sei eine Situation entstanden, in der nun einzelne Unternehmen den entscheidenden Einfluss auf politische Entscheidungen nähmen.⁶ Insofern haben sich für Crouch die modernen Demokratien in ein Stadium bewegt, welches er mit dem Begriff der Postdemokratie beschreibt. Ein Problem sieht der Autor darin, dass die theoretischen Ansprüche an Demokratien, insbesondere von Verfechtern liberaler Demokratietheorien, in zunehmendem Maße heruntergeschraubt würden, was den Blick für die Defizite realer Demokratien trübe. Dagegen gelte es vielmehr, die Demokratie an einem idealtypischen Modell zu messen. Für Crouch ist dies das Ideal einer aktiven Bürgergesellschaft. Entscheidungen müssten unter der Beteiligung großer Teile der Bürgerinnen und Bürger herbeigeführt werden, die zudem über ein beträchtliches Maß an politischem Interesse sowie politischem Wissen verfügen sollten.⁷ An dieser Stelle wird deutlich, dass Crouchs Ausführungen zur Postdemokratie keineswegs als zynische Ab-

3 Crouch, Postdemokratie, S. 10.

4 Ebd., S. 32.

5 Ebd., S. 91 ff.

6 Hubertus Buchstein/Frank Nullmeier, Einleitung: Die Postdemokratie-Debatte, in: *Forschungsjournal NSB 3* (2006), S. 16-22, hier: S. 17.

7 Crouch, Postdemokratie, S. 8-10.

rechnung mit dem liberalen Demokratieverständnis verstanden werden sollten. Vielmehr sind sie ein Plädoyer für eine umfassendere Bürgerbeteiligung und eine Revitalisierung der Demokratie.⁸ Dabei verweist er in seinen Schlussfolgerungen z. B. auf neue Formen politischer Beteiligung, die insbesondere auf der kommunalen Ebene Erfolg versprechend seien, aber auch auf ein stärkeres Bürgerengagement in Initiativen und sozialen Bewegungen, welches in der Lage sein könnte, Druck auf die Herrschaftsträger in Regierungen und Parteien auszuüben.⁹ Wer an dieser Stelle erwartet, dass Crouch den traditionellen Formen politischer Partizipation wie der Beteiligung an Wahlen oder dem Engagement in politischen Parteien das Totenglöckchen läutet, geht fehl. Vielmehr hält er fest: »Parteien und Wahlen sind immer noch wichtig«.¹⁰ Wichtig ist dabei die Ausgestaltung dieser Partizipationsformen, womit die Frage nach deren Reformmöglichkeiten im Raum steht. Der Zustand der traditionellen Partizipationsformen der Wahlbeteiligung und des Engagements in Parteien soll daher in diesem Beitrag im Mittelpunkt stehen. Zunächst erfolgt eine grundsätzliche Verortung der Beteiligungsarten mit Blick auf die Erkenntnisse der (politikwissenschaftlichen) Partizipationsforschung. Anschließend soll sowohl für die Beteiligung an Wahlen als auch die Mitarbeit in Parteien eine Bestandsaufnahme der tatsächlichen Nutzung erfolgen, der sich eine Analyse von Veränderungen im Nutzungsverhalten anschließt. Danach werden jeweils mögliche Reformschritte besprochen. Da Durchsetzung und Erfolg politischer Reformen mit ihrer Akzeptanz bei den Betroffenen zusammenhängen, sollen danach Ergebnisse einer Befragung von Bürgerinnen und Bürgern in Nordrhein-Westfalen herangezogen werden.¹¹ Im Fazit wird abschließend Stellung bezogen zur

8 Buchstein/Nullmeier, S. 19. Daneben sind Crouchs Äußerungen aber vor allem auch als Kapitalismuskritik zu lesen (Crouch, Postdemokratie, S. 133-140).

9 Ebd., S. 144 f.; tatsächlich finden sich auf der kommunalen Ebene mit Abstand die meisten Innovationen mit Blick auf Bürgerbeteiligungsverfahren, siehe: Angelika Vetter, Lokale Bürgerbeteiligung: Ein wichtiges Thema mit offenen Fragen, in: dies. (Hg.), Erfolgsbedingungen lokaler Bürgerbeteiligung, Wiesbaden 2008, S. 9-27, hier: S. 9.

10 Crouch, Postdemokratie, S. 143.

11 Die Befragung fand im Rahmen eines Forschungsprojektes zum Thema »Politische Partizipation in Nordrhein-Westfalen« statt, welches von der Landeszentrale für Politische Bildung Nordrhein-Westfalen dankenswerterweise unterstützt wurde. Alle Ergebnisse

Frage nach der Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit traditioneller Formen politischer Partizipation.

Eine kleine Typologie politischer Partizipation

Eine Verengung politischer Beteiligung auf den Gang an die Wahlurne und die Mitarbeit in Parteien würde den Entfaltungsmöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger als politische Menschen in keinsten Weise gerecht werden. Welche Formen des gesellschaftlichen Handelns als politische Partizipation aufgefasst werden, hängt dabei natürlich von der Definition des Begriffes ab. Dabei zeigt Steinbrecher, dass sich eine ganze Bandbreite an Variationen von einem auf die Wahlteilnahme und die dazugehörigen Wahlen verengten Begriffsverständnis bis hin zu äußerst weitgefassten Definitionen, die bereits die gedankliche Beschäftigung mit politischen Fragestellungen als politische Beteiligung auffassen, in der Forschungsliteratur zu finden sind.¹² Eine allseits anerkannte Definition des Begriffs für den deutschsprachigen Raum, die sich an entsprechenden Vorbildern in der englischsprachigen Literatur orientiert, hat Max Kaase geliefert. Unter politischer Beteiligung subsumiert er alle Handlungen, »die Bürger freiwillig mit dem Ziel vornehmen, Entscheidungen auf den verschiedenen Ebenen des politischen Systems zu beeinflussen.«¹³ Zentral ist dabei die Beeinflussung politischer Entscheidungsfindung. Passiver Konsum politischer Informationen oder bloße symbolische Unterstützungshandlungen wie das Singen der Nationalhymne fallen dabei zum Beispiel aus der Definition heraus.¹⁴ Nichtsdestotrotz umfasst dieses Begriffsverständnis eine große Anzahl verschiedener politischer Handlungen.

wurden unlängst veröffentlicht: Frank Decker/Marcel Lewandowsky/Marcel Solar, Demokratie ohne Wähler? Neue Herausforderungen der politischen Partizipation, Bonn 2013. Der vorliegende Artikel basiert auf den Forschungsergebnissen und der Veröffentlichung.

12 Markus Steinbrecher, Politische Partizipation in Deutschland, Baden-Baden 2009, S. 27-29.

13 Max Kaase, Vergleichende Politische Partizipationsforschung, in: Dirk Berg-Schlosser/Ferdinand Müller-Rommel (Hg.), Vergleichende Politikwissenschaft, 3. Aufl., Opladen 1997, S. 159-174, hier: S. 160.

14 Steinbrecher, S. 29. Vgl. auch Jan W. van Deth, Politische Partizipation, in: Viktoria Kaina/Andrea Römmele (Hg.), Politische Soziologie. Ein Studienbuch, Wiesbaden 2009, S. 141-161, hier: S. 143 f.

Um einen sinnhaften Überblick über verschiedene politische Partizipationsformen zu ermöglichen, soll an dieser Stelle ein Typologisierungsvorschlag unterbreitet werden, der auf den Arbeiten von Hans-Martin Uehlinger¹⁵ und Beate Hoecker¹⁶ beruht.¹⁷

Abb. 1: Typologie politischer Partizipation

Dimensionen politischer Beteiligung	Formen politischer Beteiligung	konkrete Akte politischer Beteiligung
verfasst	Staatsbürgerrolle parteiorientierte Partizipation	sich an Wahlen oder Abstimmungen beteiligen in einer Partei mitarbeiten einen Kandidaten unterstützen
nicht-verfasst a) legal	problemorientierte Partizipation	Mitarbeit in einer Bürgerinitiative Teilnahme an einer genehmigten Demonstration Unterschriften sammeln sich an öffentlichen Diskussionen beteiligen Online-Protest kritischer Konsum
b) illegal – gewaltlos	ziviler Ungehorsam	Teilnahme an einer verbotenen Demonstration Verkehrsblockade Besetzungsaktionen Krach bei Demonstration Beteiligung an wilden Streiks
– gewaltsam	politische Gewalt	Gewalt gegen Personen und Sachen politische Gegner einschüchtern

Quelle: Frank Decker/Marcel Lewandowsky/Marcel Solar, Demokratie ohne Wähler? Neue Herausforderungen der politischen Partizipation, Bonn 2013, S. 39.

15 Hans-Martin Uehlinger, Politische Partizipation in der Bundesrepublik, Opladen 1988.

16 Beate Hoecker, Politische Partizipation: systematische Einführung, in: dies. (Hg.), Politische Konvention zwischen Konvention und Protest, Opladen 2006, S. 3-20, hier: S. 11.

17 Siehe zu den folgenden Ausführungen zur Typologie politischer Partizipation: Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 36-39.

Eine einfache, aber wie sich gezeigt hat sinnvolle Herangehensweise ist dabei der Einsatz von Dichotomien, mit denen die verschiedenen *Dimensionen* politischer Partizipation voneinander abgegrenzt werden können. Zum einen werden verfasste und nicht-verfasste Formen unterschieden. Während es sich bei der ersten Gruppe um (verfassungs-)rechtlich garantierte Beteiligungsarten handelt, beziehen sich die letzten meist auf konkrete Probleme und werden anlassbezogen genutzt, um die politische Entscheidungsfindung zu beeinflussen. Die nicht-verfassten Formen politischer Beteiligung lassen sich darüber hinaus in legale und illegale Beteiligungsformen unterscheiden. Schließlich können die illegalen Beteiligungsformen danach unterschieden werden, ob mit ihnen der Einsatz von Gewalt einhergeht oder nicht. Den verschiedenen *Dimensionen* der politischen Partizipation lassen sich nun voneinander abgrenzbare *Formen* der Beteiligung zuordnen, die sich wiederum in einer Vielzahl *konkreter Akte* der Beteiligung ausdrücken. Bei den verfassten Formen der Beteiligung finden sich somit das Wahrnehmen der Staatsbürgerrolle, welches durch die Teilnahme an Wahlen und Volksabstimmungen erfolgt, sowie die parteiorientierte Partizipation. Mit Blick auf die nicht-verfassten Beteiligungsformate stehen sich problemorientierte Beteiligungsformen einerseits und andererseits Akte des zivilen Ungehorsams und der politischen Gewalt gegenüber.¹⁸

Betrachtet man die tatsächliche Nutzung verschiedener Möglichkeiten der politischen Beteiligung durch die Bürgerinnen und Bürger in der Bundesrepublik Deutschland, so zeigt sich, dass sich die genannten *Formen* der Partizipation im Großen und Ganzen auch in dieser Hinsicht voneinander abgrenzen lassen. Über allem schwebt die Wahrnehmung der Staatsbürgerrolle durch die Teilnahme an Wahlen. Rund 80 Prozent der Bundesbürger haben in Bevölkerungsumfragen zwischen 1988 und 2008 angegeben, dass sie die Möglichkeit genutzt hätten, ihr Kreuz auf einen Wahlzettel zu setzen. Der Anteil hat sich über den dargestellten Zeitverlauf hinweg kaum verändert. Mit weitem Abstand folgen die problemorientierten Beteiligungsformen wie die Teilnahme an Unterschriftensammlungen, wobei sich hier auch Differenzen in den Beteiligungsraten zeigen. Im Umfeld von Parteien haben sich laut Umfrage bedeutend weniger Bürgerinnen und Bürger engagiert, zu zi-

18 Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 36-39.

vilem Ungehorsam und politischer Gewalt greifen nur Bruchteile der Bevölkerung.¹⁹

Abb. 2: Tatsächliche Nutzung verschiedener Partizipationsformen, 1988–2008

Partizipationsform	1988	1998	2008
Wahlbeteiligung	83,7	80,9	79,6
Unterschriftensammlung		37,6	47,3
Kritischer Konsum			27,9
Öffentliche Diskussionen	22,7	22,9	26,7
Genehmigte Demonstration		15,9	21,2
Bürgerinitiative	12,3	8,6	10,7
Online-Protest			7,8
In Partei mitarbeiten	5,1	4,1	4,9
Ungenehmigte Demonstration	2,5	3,6	3,8
Kandidaten unterstützen	4,8	3,2	
Verkehrsblockade		1,8	
Politische Gegner einschüchtern	0,9	0,7	
Besetzungsaktionen	0,7	0,6	
Krach bei Demonstration	0,3	0,6	
Gewalt gegen Personen	0,3	0,4	

Quelle: Allbus-Datenhandbuch 1980–2008, Studien-Nr. 4570, Zusammenstellung bei Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 84.

Das Instrumentarium politischer Beteiligung ist freilich noch bedeutend größer, als es hier abgebildet werden konnte. Gerade online-gestützte Beteiligungsverfahren und Innovationen auf der lokalen Ebene haben zu einem steten Zuwachs der Möglichkeiten über die letzten Jahre hinweg geführt.²⁰

¹⁹ Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 81-84.

²⁰ Ebd., S. 79 ff.

Dabei sollten die traditionellen Formen politischer Partizipation aber nicht aus den Augen verloren werden, da sie nach wie vor das Potenzial haben, den Menschen Mittel und Wege an die Hand zu geben, die Gesellschaft zu gestalten. Die Frage ist dabei, ob und inwiefern die traditionellen Partizipationsformen an neue Gegebenheiten angepasst werden können. Die *verfassten* Formen der politischen Beteiligung sind dabei von besonderem Interesse, da hier von Seiten des Gesetzgebers bzw. der politischen Akteure konkrete Reformmaßnahmen getroffen werden können. Deshalb soll im Folgenden das Augenmerk auf die Wahlen und die Parteien als klassische Orte der politischen Mitgestaltung gelegt werden.

Wahlen als klassisches Element der politischen Partizipation

Nach wie vor stehen Wahlen im Zentrum der politischen Beteiligung durch die Bürgerinnen und Bürger. Mittels Wahlen kann über das politische Personal und die Grundrichtung der politischen Entscheidungsfindung abgestimmt werden, gleichzeitig machen sie die stete Rückbindung der Repräsentanten an die Präferenzen der Wählerschaft erforderlich.²¹ Mangelt es den politischen Entscheidungsträgern an Responsivität, entfernen sie sich also zu weit von den Interessen der Bürgerinnen und Bürger, droht ihnen die Abwahl. Der einfache Mechanismus regelmäßiger Wahlen bildet demnach bereits eine zentrale Voraussetzung für eine Politik im Sinne der Wählerschaft – zumindest lässt sich dies aus dem Wesenskern repräsentativ ausgestalteter Demokratie ableiten.²² Neben dieser grundlegenden Bedeutung von Wahlen ist es vor allem ihre Einfachheit, die dazu beiträgt, dass sie die bei weitem am stärksten genutzte Beteiligungsform darstellen.²³ Der Aufwand, alle paar Jahre an die Wahlurne zu gehen, hält sich in engen Grenzen, zudem wurden durch den Ausbau der Briefwahlmöglichkeit die möglicherweise anfallenden Opportu-

21 Annette Schmitt, Die Rolle von Wahlen in der Demokratie, in: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005, S. 3-29.

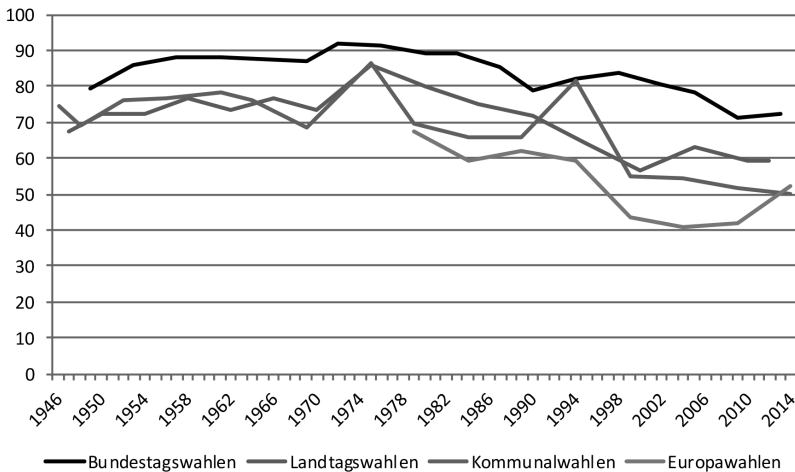
22 Russell J. Dalton/Mark Gray, Expanding the Electoral Marketplace, in: Bruce E. Cain/Russell J. Dalton/Susan E. Scarrow (Hg.), Democracy Transformed? Expanding Political Opportunities in Advanced Industrial Democracies, Oxford 2003, S. 23-43, hier: S. 23.

23 Schmitt, Die Rolle, S. 3.

nitätskosten nochmals gesenkt. Natürlich ist mit dem Wahlakt auch das Erlangen von relevanten Informationen im Vorfeld verbunden, doch auch hier kann auf Positionierungen und Stellungnahmen von Organisationen, Verbänden oder aus dem Bekanntenkreis zurückgegriffen werden, um die eigenen Informationskosten zu minimieren. Im Gegensatz zu den meisten anderen Beteiligungsformen warten die Wahlen mit sehr gering zu veranschlagenden Kosten und Mühen für die Bürgerinnen und Bürger auf.²⁴

Auch wenn die Teilnahme an Wahlen das am stärksten genutzte Partizipationsinstrument darstellt, sind die Wahlbeteiligungsraten auf allen Ebenen des politischen Systems in der Bundesrepublik rückläufig – trotz der oben wiedergegeben Umfrageergebnisse. Diese allseits bekannte Tatsache, die auch in den anderen Demokratien Europas zu beobachten ist, lässt sich kurz am Beispiel Nordrhein-Westfalens verdeutlichen.

Abb. 3: Wahlbeteiligung in Nordrhein-Westfalen, 1947–2014



Quelle: Landeswahlleiterin NRW, Abbildung bei Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 41.

24 Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 40 f.

Spätestens seit Ende der 1970er Jahre zeigt sich ein rückläufiger Trend der Wahlbeteiligung, allerdings lassen sich dabei teils erhebliche Unterschiede zwischen den verschiedenen Ebenen des politischen Systems festmachen. Während beispielsweise die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens an Bundestagswahlen von 91,8 Prozent der Wahlberechtigten im Rekordjahr 1972 auf 72,5 Prozent bei den letzten Wahlen im September 2013 zurückgegangen ist, sank die Beteiligung an Europawahlen von 67,4 Prozent bei der ersten Direktwahl 1979 auf 52,3 Prozent der Wahlberechtigten im Mai 2014²⁵. Die Landtags- und Kommunalwahlen ordnen sich zwischen den beiden Extremen ein. Die geringere Wahlbeteiligung abseits der Bundestagswahlen wird dabei in der Regel auf die geringere Bedeutung der jeweiligen Ebenen für die Bürgerinnen und Bürger, die geringeren Entscheidungsspielräume und damit einhergehend die geringere Aufmerksamkeit, die solchen »Second-Order-Elections«²⁶ nicht zuletzt von Seiten der Medien entgegengebracht wird, erklärt.²⁷

Dass die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik rückläufig ist, kann als unstrittig festgehalten werden, über die Bewertung dieser Tatsache gehen die Meinungen jedoch auseinander. Auf der einen Seite stehen Interpretationen, die den Rückgang der Wahlbeteiligung als eine Anpassung an das Niveau in anderen politischen Systemen ansehen und somit als normalen Vorgang bewerten. Auf der anderen Seite dient die schwindende Beteiligung an Wahlen als Zeichen der Krise der repräsentativen Demokratie. Armin Schäfer hat für den ersteren Bewertungsansatz insgesamt drei Begründungslinien herausgearbeitet.²⁸ Nach der (1) *Normalisierungsthese* wird darauf abgestellt, dass die hohe Wahlbeteiligung in den 1970er Jahren die Ausnahme gewesen sei und nicht die heutige Situation. Im Vergleich zu anderen

25 Tatsächlich lag die Beteiligung an den Europawahlen im Jahr 2009 in Nordrhein-Westfalen mit 41,8 Prozentpunkten erheblich unter dem Wert von 2013. Dieser Anstieg ist aber mit der Zusammenlegung von Europa- und Kommunalwahlen im Mai 2014 zu erklären.

26 Reif, Karlheinz/Hermann Schmitt, Nine Second-Order National Elections – A Conceptual Framework for the analysis of European Election results, in: European Journal of Political Research 8 (1980), H. I, S. 3-44.

27 Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 42 ff.

28 Armin Schäfer, Alles halb so schlimm? Warum eine sinkende Wahlbeteiligung der Demokratie schadet, in: Max Planck-Institut für Gesellschaftsforschung Jahrbuch 2009–2010, Köln 2009, S. 33-38, hier: S. 34.

westlichen Demokratien seien die Beteiligungsraten in der Bundesrepublik ohnehin ungewöhnlich hoch ausgefallen. Nach der (2) *Zufriedenheitsthese* sei die Abstinzenz an den Wahlurnen eher als Ausdruck der Zustimmung zu den politischen Prozessen denn als Anzeichen politischen Protests zu werten. Wahlbeteiligung werde nicht als erforderlich erachtet, da alles gut laufe. Anhänger der (3) *Substitutionsthese* weisen hingegen darauf hin, dass sich die Bürgerinnen und Bürger schlichtweg andere Formen der politischen Beteiligung gesucht hätten, mittels derer sie sich erhofften, ihre Interessen besser umsetzen zu können. Das politische Interesse der Wählerinnen und Wähler sei also nach wie vor vorhanden, es würden nur andere Wege gesucht, um sich zu engagieren.²⁹

Demgegenüber stehen Interpretationen, die in der rückläufigen Wahlbeteiligung eine Erosion der Legitimationsgrundlage des politischen Systems sehen. Zieht man in Betracht, dass Wahlen die am häufigsten genutzte Partizipationsform darstellen, stimme es nachdenklich, wenn etwa bei Kommunal- oder Europawahlen nicht einmal jeder zweite Bürger an den Abstimmungen teilnehme. Das Fernbleiben von der Urne sei insofern der Ausdruck eines Vertrauensverlustes in die Problemlösungskompetenzen der politischen Akteure und mithin des gesamten politischen Systems. In diesem Zusammenhang wird die sinkende Wahlbeteiligung als Symptom für eine grassierende Politik-, oder besser: Politiker- und Parteienverdrossenheit aufgefasst.³⁰

Um die verschiedenen Interpretationsansätze einordnen zu können, soll zunächst ein Blick auf die Gründe für eine sinkende Wahlbeteiligung geworfen werden, die in der Forschungsliteratur angeführt werden. Diese lassen sich grundsätzlich analog zu den drei wichtigsten Ansätzen der Wahlforschung – dem rationalistischen Ansatz, dem sozialpsychologischen Ansatz und dem soziologischen Ansatz – auführen.³¹

29 Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 44 f.

30 Ebd., S. 44 f.; Kai Arzheimer, Politikverdrossenheit. Bedeutung, Verwendung und empirische Relevanz eines politikwissenschaftlichen Begriffes, Wiesbaden 2002, S. 16 f.

31 Claudio Caballero, Nichtwahl, in: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005, S. 329-365.

1. Rationalistischer Ansatz:

Die Versuche, das Wahlverhalten mit rational-choice-Ansätzen zu erklären, standen schon immer vor einem großen Problem. Dadurch dass Millionen Menschen an Wahlen teilnehmen können, tendiere der Anreiz, wählen zu gehen, gegen null, da die Wahrscheinlichkeit, mit der eigenen Stimme die Wahlentscheidung zu verändern, äußerst gering sei. Insofern sei es rational, sich die Kosten, die eine Wahlentscheidung mit sich bringt (z. B. Informations- und Opportunitätskosten) zu sparen und sich seiner Stimme zu enthalten. Die Tatsache, dass sich tatsächlich viele Bürgerinnen und Bürger an Wahlen beteiligen, ist daher als »Wahl-Paradoxon« des rational-choice-Ansatzes bekannt.³² Kritiker dieses Ansatzes heben darüber hinaus hervor, dass eine rein ökonomische Erklärung nicht die Tatsache der sinkenden Wahlbeteiligung in angemessener Form zu analysieren vermag. Dennoch kann uns der rational-choice-Ansatz, bei all seiner Unterkomplexität, einige wichtige Erkenntnisse bei der Betrachtung mit auf den Weg geben. So mag es trotz aller Hinweise, die Bürger durch ihr Umfeld erhalten, schwierig sein, die Forderungen und Angebote der Parteien in Zeiten europäisierter und globalisierter Politik zu durchschauen. Informationskosten können also tatsächlich eine Hürde für die Wahlbeteiligung darstellen, die Vermittlungsarbeit durch die Parteien erscheint an dieser Stelle verbesserungswürdig. Des Weiteren hat die Angleichung von Parteiprogrammatiken dazu geführt, dass der Nutzen, eine bestimmte Partei zu wählen, abgenommen hat und der Wahlakt weniger attraktiv geworden ist.³³ Schließlich haben Wählerstimmen auch an Gewicht verloren, da die Zersplitterung des Parteiensystems zu einer Entkopplung von Parlaments- und Regierungswahl geführt hat, die Regierungsbildung liegt also mehr denn je in den Händen der Parteiführungen und nicht bei den Wählern.³⁴

2. Sozialpsychologischer Ansatz:

Nach dem sozialpsychologischen Ansatz lässt sich das Wahlverhalten durch das Vorhandensein bestimmter politischer Einstellungen erklären. Im Zen-

32 Kai Arzheimer/Annette Schmitt, Der ökonomische Ansatz, in: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005, S. 243-303, hier: S. 284 ff.

33 Caballero, Nichtwahl, S. 337.

34 Mark N. Franklin, Voter Turnout and the Dynamics of Electoral Competition in Established Democracies since 1945, Cambridge 2004.

trum stehen dabei das Konzept der Parteiidentifikation sowie Einstellungen gegenüber Kandidaten und Themen, darüber hinaus werden weitere Erklärungsgrößen in Betracht gezogen, wie das Wahlpflichtgefühl, politisches Interesse sowie Einstellungen zum politischen System (Institutionenvertrauen, Demokratiezufriedenheit, etc.) und der Glaube an die Wichtigkeit der eigenen Rolle in diesem Kontext (*political efficacy*).³⁵ Tatsächlich zeigen Untersuchungen, dass die genannten Orientierungen den erwarteten Effekt auf die Wahrscheinlichkeit der Wahlbeteiligung haben: Je stärker z. B. ihr Interesse an Politik ist, desto eher gehen Menschen wählen. Gleichzeitig ist die Gruppe derjenigen, für die das Wählen eine Bürgerpflicht darstellt oder die sich mit einer politischen Partei identifizieren, kleiner geworden. Die abnehmende Wahlbeteiligung ließe sich also vom sozialpsychologischen Ansatz her durch einen Wandel in den politischen Einstellungen erklären. Hierbei kann auf die Abnahme der Bedeutung von Pflicht- und Akzeptanzwerten in der Bevölkerung und das Aufkommen neuer Werte im Rahmen der »postmaterialistischen Wende« verwiesen werden.³⁶ Andererseits ist das politische Interesse im Vergleich zu den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts über den Zeitverlauf größer geworden, ohne dass sich dies positiv auf die Wahlbeteiligungsraten ausgewirkt hätte.³⁷

3. Soziologischer Ansatz:

Im (mikro-)soziologischen Ansatz der Wahlforschung ist die Position eines Menschen in der Sozialstruktur zentral für sein Wahlverhalten. Die Einbindung in soziale Gruppen oder Milieus trägt demnach zur Bindung an bestimmte Parteien bei und erhöht die Wahrscheinlichkeit der Wahlteilnahme.³⁸ Im Umkehrschluss ist die zu beobachtende Auflösung von Gruppenzugehörigkeiten und sozialen Milieus als Grund für die sinkende Wahlbeteiligung an-

35 Harald Schoen/Cornelia Weins, Der sozialpsychologische Ansatz zur Erklärung von Wahlverhalten, in: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005, S. 187-242.

36 Caballero, Nichtwahl, S. 344-353.

37 Oskar Niedermayer, Bürger und Politik. Politische Orientierungen und Verhaltensweisen der deutschen, 2. Aufl., Wiesbaden 2005, S. 21 f.

38 Harald Schoen, Soziologische Ansätze in der Wahlforschung, in: Jürgen W. Falter/Harald Schoen (Hg.), Handbuch Wahlforschung, Wiesbaden 2005, S. 135-185.

zuführen. Tatsächlich haben Modernisierungs- und Individualisierungsprozesse zu einer abnehmenden Bedeutung traditioneller Milieus und Organisationen wie Kirchen und Gewerkschaften geführt. Zudem finden sich heutzutage Menschen in einem größeren Ausmaß *cross-pressure*-Situationen ausgesetzt, in denen etwa Parteipräferenzen und politische Einstellungen in Familie, Freundeskreis, Sportverein und am Arbeitsplatz voneinander abweichen und so durch das Fehlen eindeutiger Signale die Bereitschaft, sich an Wahlen zu beteiligen, sinkt.³⁹

Die Gründe für die abnehmende Wahlbeteiligung sind demnach sehr heterogen, eine eindeutige Bewertung der Entwicklungstendenzen ist schwierig. Auf der einen Seite ist die Wahlbeteiligung in der Bundesrepublik, zumindest auf der Bundesebene, nach wie vor hoch im Vergleich zu anderen westlichen Demokratien.⁴⁰ Ebenso lässt sich beobachten, dass die Bürgerinnen und Bürger andere Formen der politischen Beteiligung stärker nutzen als zuvor und ein Rückgang der allgemeinen Engagementbereitschaft nicht zu verzeichnen ist. Blickt man auf die verschiedenen angeführten Gründe für die sinkende Beteiligung an Wahlen, so kann auch im Wandel bestimmter Einstellungen oder Werte sowie der Auflösung von Gruppenzugehörigkeiten nicht unbedingt eine bedrohliche Situation festgestellt werden. Mehr denn je ist der Gang zur Wahlurne Ausdruck einer bewussten Entscheidung denn Erfüllung einer wie auch immer empfundenen Pflicht.⁴¹

Auf der anderen Seite gibt es Entwicklungen, die nachdenklich stimmen sollten. Wenn etwa politische Parteien es immer weniger vermögen, ihre Wählerinnen und Wähler zu erreichen und politische Alternativen aufzuzeigen; oder wenn ein wachsender Anteil der Bürgerinnen und Bürger das Gefühl hat, ohnehin keinen Einfluss auf den politischen Entscheidungsprozess nehmen zu können und aus diesem Grund den Wahlurnen fernbleibt. In diese Richtung weist auch eine Untersuchung Maik Bohnes, in der mögliche und erklärte Nichtwähler zu ihren Gründen der Stimmenthaltung befragt wurden. Mehr als 80 Prozent der Befragten stimmten dabei der Aussage zu, dass die Partei-

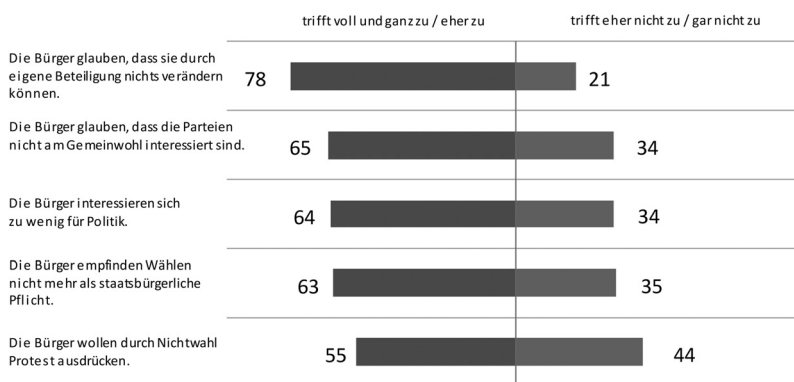
39 Caballero, Nichtwahl, S. 353-362.

40 Karl-Rudolf Korte, Wahlbeteiligung. Nichtwähler und Protestwähler, online unter URL: <www.bpb.de/politik/wahlen/bundestagswahlen/62632/nichtwaehler-und-protestwaehler>.

41 Frank Decker, Parteien und Parteiensysteme im Wandel, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2 (1999), S. 345-361, hier: S.: 353.

en und Politik sie nicht überzeugten, knapp drei Viertel fühlten sich durch den Wahlkampf nicht angesprochen. Immerhin 40 Prozent äußerten das Gefühl, dass ihre Stimme nicht zähle.⁴² Auch wenn man die Bürgerinnen und Bürger zu verschiedenen Aussagen hinsichtlich der sinkenden Wahlbeteiligung befragt, wird deutlich, dass »Zufriedenheit mit der politischen Situation« wohl kaum der Grund dafür sein dürfte, nicht zur Wahlurne zu gehen.

Abb. 4: Aussagen zur sinkenden Wahlbeteiligung



Frage: Die Wahlbeteiligung geht immer mehr zurück. Welche Gründe sind dafür a ausschlaggebend? Sagen Sie mir bitte zu jedem der folgenden Gründe, ob er Ihrer Meinung nach voll und ganz zutrifft, eher zutrifft, eher nicht zutrifft, ganz und gar nicht zutrifft.

Grundgesamtheit: Bevölkerung ab 16 Jahren in Nordrhein-Westfalen
Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht

Quelle: Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 46.

Immerhin 78 Prozent der Befragten Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens stimmen der Aussage zu, dass die Bürger glauben, durch eigene Beteiligung nichts verändern zu können. Knapp zwei Drittel der Befragten sehen eine Unzufriedenheit mit dem Verhalten der Parteien, sprechen ihren Mitbürgerinnen und Mitbürgern das nötige Interesse an Politik ab und geben die schwindende Bedeutung der Wahlnorm als Grund der rückläufigen

42 Maik Bohne, Nichtwähler in Deutschland. Analyse und Perspektiven, in: Zeitschrift für Politikberatung 2 (2010), S. 253-265, hier: S. 258.

Wahlbeteiligung an. Am wenigsten Unterstützung erhält die Aussage, dass die Bürger mit der Nichtwahl Protest ausdrücken möchten, aber auch hier stimmen 55 Prozent der Befragten zu.⁴³ In den Augen vieler Bürgerinnen und Bürger, seien sie nun selbst Nichtwähler oder nicht, ist die rückläufige Wahlbeteiligung also durchaus als Reaktion auf eine als mangelhaft empfundene Responsivität der vorhandenen Strukturen und Akteure zu deuten.

Ein weiterer Punkt, der bei der Betrachtung der sinkenden Wahlbeteiligung bedacht werden sollte, ist die Tatsache, dass der Rückgang nicht alle gesellschaftlichen Gruppen im selben Ausmaß betrifft. So konnten unlängst Bödeker⁴⁴ und auch Schäfer⁴⁵ nachweisen, dass es insbesondere ressourcenschwächere Bürgerinnen und Bürger sind, die in zunehmendem Maße den Wahlen fernbleiben. Es droht also ein Teufelskreis: »Bleiben die unteren Schichten weg, werden deren Interessen im politischen System nicht (mehr) genügend wahrgenommen. Und fehlt es an der Interessenwahrnehmung, gibt es keinen Grund (mehr), zur Wahl zu gehen«⁴⁶. Die Frage ist, ob und wie die Parteien die Interessen dieser Gruppen dennoch in die Entscheidungsfindung mit einbringen. Oder ob sie sich auf anderen Wegen am politischen Prozess beteiligen. Hier deutet jedoch alles darauf hin, dass sich bei Beteiligungsformen abseits der Wahlen das Problem der sozialen Selektivität in noch größerem Ausmaß stellt.⁴⁷

Es stellt sich nunmehr die Frage, wie auf die sinkende Wahlbeteiligung durch politische Reformen reagiert werden kann. Grundsätzlich lassen sich dabei vier verschiedene Gruppen an Vorschlägen ausmachen⁴⁸:

- Die erste Gruppe an Vorschlägen setzt auf eine Ausdehnung des Kreises der Wahlberechtigten. Zu nennen sind hier z. B. die Einführung eines Kinderwahlrechts, die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre oder die

43 Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 46.

44 Sebastian Bödeker, Soziale Ungleichheit und politische Partizipation in Deutschland. Grenzen politischer Gleichheit in der Bürgergesellschaft, Frankfurt a. M. 2012.

45 Armin Schäfer, Der Nichtwähler als Durchschnittsbürger. Ist die sinkende Wahlbeteiligung eine Gefahr für die Demokratie?, in: Evelyn Bytzek/Sigrid Roßteutscher (Hg.), Der unbekannte Wähler? Mythen und Fakten über das Wahlverhalten der Deutschen, Frankfurt a. M./New York 2011, S. 133-154.

46 Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 108.

47 Bödeker, Soziale Ungleichheit, S. 36 f.

48 Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 48 f.

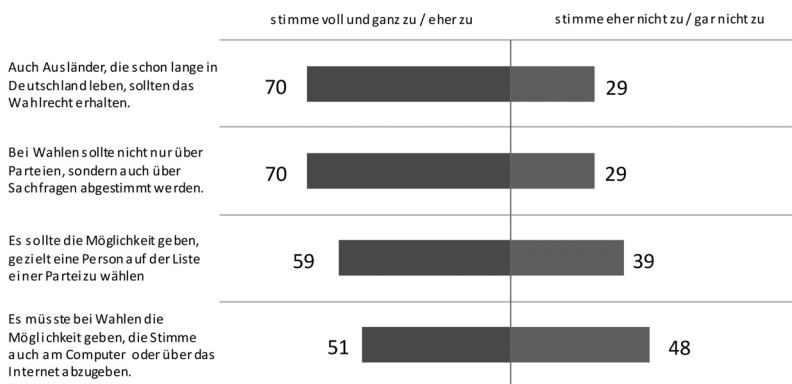
Ausdehnung des Wahlrechts auf die im Land dauerhaft lebenden Ausländer.

- Andere Maßnahmen setzen eher darauf, die Anreize zu erhöhen, sich an Wahlen zu beteiligen. So könnte z. B. die 5-Prozent-Hürde abgeschafft, die personellen Auswahlmöglichkeiten durch eine Einführung von Kumulieren und Panaschieren ausgedehnt, Vorwahlen nach US-amerikanischem Vorbild eingeführt oder die Wahlen mit gleichzeitig stattfindenden Volksabstimmungen gekoppelt werden, um den Gang zur Urne attraktiver zu machen.
- Eine weitere Gruppe umfasst Vorschläge, mit denen der Wahlakt selber vereinfacht werden soll, etwa durch die Einführung von E-Voting-Möglichkeiten, dem Ausbau bestehender Angebote zur Briefwahl, der Verlängerung der Öffnungszeiten der Wahllokale oder die Zusammenlegung von Wahlgängen auf den unterschiedlichen Ebenen des politischen Systems.
- Als am weitesten gehende Maßnahme ist schließlich die Einführung einer Wahlpflicht zu nennen, wie sie etwa auch in Belgien, Griechenland oder Luxemburg zur Anwendung kommt.

Die Ausdehnung des Kreises der Wahlberechtigten könnte dabei zunächst die Wahlbeteiligungsraten weiter sinken lassen, sind es doch z. B. gerade die Jungwähler, die überdurchschnittlich oft den Urnen fernbleiben. Auf der anderen Seite würde einer größeren Anzahl von Menschen die Möglichkeit geboten, an diesem umfassenden Beteiligungsinstrument zu partizipieren. Hiermit muss allerdings eine gezielte Ansprache der neuen Wählerkreise einhergehen.⁴⁹ Bei den Maßnahmen, die Anreize zu erhöhen, zur Wahl zu gehen, werden den Bürgerinnen und Bürgern letztlich mehr Gestaltungsräume an den Urnen eingeräumt, sei es mit Blick auf die personelle Zusammensetzung eines Parlamentes oder hinsichtlich konkreter Sachfragen bei Volksentscheiden. Insofern könnte damit auf die verbreitete Skepsis gegenüber den Parteien reagiert werden. Ob dadurch mehr Bürgerinnen und Bürger an den Wahlen teilnehmen, ist aber fraglich. Bei den Bürgerschaftswahlen in Bremen 2011 und 2015 sowie in Hamburg 2008, 2011 und 2015 sank die Wahlbeteiligung jeweils trotz der Einführung der Möglichkeit, die Stimmen auf einen Kandidaten zu kumulieren bzw. auf mehrere zu pana-

49 Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 125 f.

Abb. 5: Befürwortete Reformmaßnahmen des Wahlrechts



Frage: Es werden ja verschiedene Maßnahmen diskutiert, damit wieder mehr Bürger an Wahlen teilnehmen. Sagen Sie mir bitte zu jeder der folgenden Maßnahmen, ob sie Ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

Grundgesamtheit: Bevölkerung ab 16 Jahren in Nordrhein-Westfalen
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht

Quelle: Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 50.

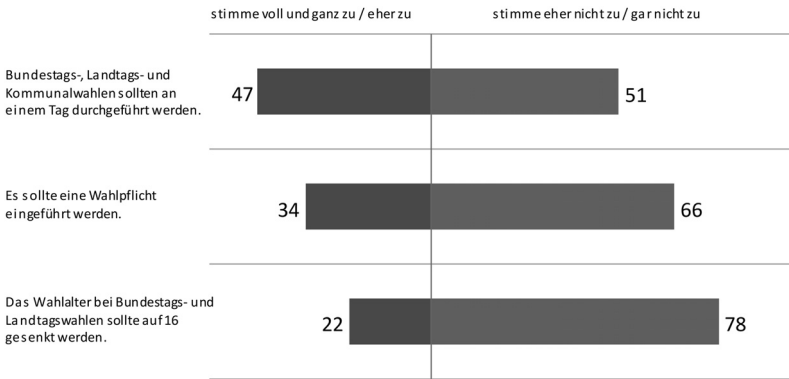
schieren. Immerhin konnte mit Blick auf die Zusammenlegung von Wahlen und Volksabstimmungen bei sehr hart umkämpften Sachfragen ein positiver Effekt auf die Wahlbeteiligung nachgewiesen werden.⁵⁰

Maßnahmen zur Vereinfachung des Wahlaktes sind teils nach wie vor schwierig umzusetzen (E-Voting, Zusammenlegung von Wahlterminen im föderalistischen System der Bundesrepublik), bereits weitgehend ausgebaut (Briefwahl) oder wenig vielversprechend (Verlängerung der Öffnungszeiten der Wahllokale). Die einzige Reformmaßnahme, mit der die Wahlbeteiligung mit Sicherheit erhöht würde, ist die Einführung einer Wahlpflicht. Zudem ist sie das probateste Mittel, um dem angesprochenen Problem der sozialen Selektivität entgegenzutreten. Allerdings wäre sie rechtlich höchst umstritten und auch mit Blick auf die deutsche Verfassungstradition kaum durchsetzbar.⁵¹

50 Daniel R. Biggers, When Ballot Issues Matter. Social Issue Ballot Measures and their Impact on Turnout, in: Political Behavior 1 (2011), S. 3-25 und Wolf Linder, Schweizerische Demokratie. Institutionen – Prozesse – Perspektiven, 2. Aufl., Bern/Stuttgart/Wien 2005, S. 66.

51 Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 48 f.

Abb. 6: Abgelehnte Reformmaßnahmen des Wahlrechts



Frage: Es werden ja verschiedene Maßnahmen diskutiert, damit wieder mehr Bürger an Wahlen teilnehmen. Sagen Sie mir bitte zu jeder der folgenden Maßnahmen, ob sie Ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

Grundgesamtheit: Bevölkerung ab 16 Jahren in Nordrhein-Westfalen
 Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht

Quelle: Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 51.

Bei allen Reformvorschlägen müssten mehr oder weniger weitgehende Änderungen in die Wege geleitet werden. Im Rahmen eines solchen Reformprozesses ist es deshalb von großer Bedeutung, dass die Bürgerinnen und Bürger die angestrebten Änderungen unterstützen. Deshalb soll an dieser Stelle ein Blick auf die Einstellungen der Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens hinsichtlich möglicher Reformatoptionen geworfen werden. [siehe links Abb. 5, S. 48]

Die mit Abstand größte Zustimmung von jeweils 70 Prozent der Befragten erhalten die Vorschläge, Ausländern, die schon lange in Deutschland leben, das Wahlrecht zuzugestehen sowie die Kopplung von Wahlen und Volksabstimmungen. Eine mehrheitliche Zustimmung erhalten zudem Vorschläge zur Personalisierung des Wahlrechts und, zumindest sehr knapp, eine Ermöglichung der Stimmabgabe per Computer oder Internet. [siehe oben Abb. 6]

Mehrheitlich abgelehnt werden hingegen die Zusammenlegung verschiedener Wahlgänge, die Einführung einer Wahlpflicht sowie eine Absenkung des Wahlalters bei Bundes- und Landtagswahlen auf 16 Jahre.

Wenig überraschend ist dabei die hohe Zustimmung zur Einführung bzw. Ausweitung von Volksentscheiden, die sich bereits vorher immer wieder in Umfragen gezeigt hat.⁵² Gleichzeitig zeigt die hohe Unterstützung der Befragten für die Ausweitung des Wahlrechts auf dauerhaft in Deutschland lebende Ausländer, dass die Bürgerinnen und Bürger scheinbar progressiver bei Themen sind, die die politischen Parteien eher versuchen zu umgehen, während z. B. die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre, wie sie zuletzt z. B. in Brandenburg, Bremen und Hamburg erfolgte, auf keine sonderlich große Gegenliebe stößt. Insgesamt sollte der Spielraum institutioneller Reformen zur Steigerung der Wahlbeteiligung nicht überschätzt werden. So zeigt sich, dass ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen zwei Parteien, Kandidaten oder Koalitionsbündnissen sowie kontroverse Wahlkampfthemen oder neue Formen der Mobilisierung im Wahlkampf die Bürger vermehrt an die Urnen treiben können. Es sind eben auch die politischen Akteure, und dabei insbesondere die Parteien, die durch ihre Angebote und ihr Verhalten Bürgerinnen und Bürger zur Beteiligung ermuntern können. Deshalb sollen diese im folgenden Kapitel in den Vordergrund gerückt werden.

Partizipation in politischen Parteien

Im Gegensatz zum vergleichsweise einfachen Wahlakt wird die Mitarbeit in Parteien treffenderweise als »*high-intensity political participation*« bezeichnet.⁵³ Das Engagement in Parteien geht in der Regel mit einem hohen Ressourceneinsatz einher. Dies gilt insbesondere für den Faktor Zeit: Veranstaltungen finden oft abends oder am Wochenende statt, dazu muss man sich in über lange Zeit gewachsenen (und mitunter eingefahrenen) Strukturen zurecht finden sowie Mitgliedsbeiträge entrichten. Um in einer Partei Einfluss

52 Todd Donovan/Jeffrey A. Karp, Popular Support for Direct Democracy, in: Party Politics 5 (2006), S. 671-688.

53 Paul Whiteley/Patrick Seyd, High-Intensity Participation. The Dynamics of Party Activism in Britain, Ann Arbor 2002, S. 1.

ausüben zu können und auf der Karriereleiter nach oben zu steigen, bedarf es an Durchsetzungsvermögen, Unterstützern für die eigenen Anliegen und mitunter einer guten Portion an Idealismus, da Mitarbeit in politischen Parteien gesellschaftlich meist nur wenig Anerkennung erfährt.⁵⁴ Auf der anderen Seite stellt die Mitarbeit in Parteien die einflussreichste Form politischer Partizipation im parlamentarischen Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland dar. Sowohl was politische Inhalte angeht als auch bei der Auswahl des politischen Personals: an Parteien führt nach wie vor kein Weg vorbei.

Dennoch hat die Parteimitgliedschaft als Form der politischen Beteiligung in den vergangenen Jahren an Attraktivität eingebüßt. Nur kurz gemildert durch den Mitgliederzustrom zu Zeiten der deutschen Wiedervereinigung, sinkt die Anzahl der Parteimitglieder in Deutschland seit etwa Anfang der 1980er Jahre. Waren es in der alten Bundesrepublik im Jahr 1981 noch knapp zwei Millionen Mitglieder, besaßen im wiedervereinigten Deutschland am Ende des Jahres 2014 nur noch rund 1,2 Millionen Bundesbürger ein Parteibuch. Der Anteil der Parteimitglieder an den Wahlberechtigten hat sich in diesem Zeitraum damit von 4,3 auf 1,8 Prozent mehr als halbiert. Der Rückgang geht dabei vor allem zu Lasten von CDU und SPD, während die kleineren Parteien ihre Mitgliederbestände tendenziell halten bzw. wie im Falle der Grünen steigern konnten.⁵⁵ [► siehe Abb. 7, S. 52]

Wie lässt sich der Rückgang der Mitgliedschaften politischer Parteien erklären? Letztlich müssen zwei Seiten derselben Medaille betrachtet werden. Einerseits treten weniger neue Interessenten in die Parteien ein, auf der anderen Seite brechen den Parteien im verstärkten Maße Teile ihres Mitgliederbestandes weg, Menschen treten also aus. Im Rahmen der aktuellsten Studie zu Parteimitgliedern in der Bundesrepublik Deutschland⁵⁶ geht Rohrbach auf die Frage nach dem Mitgliederrückgang ein. Als Gründe dafür, dass heute weniger Menschen in Parteien eintreten, führt sie zum einen Individualisierungsprozesse und die Erosion traditioneller Milieus an.⁵⁷ Neben

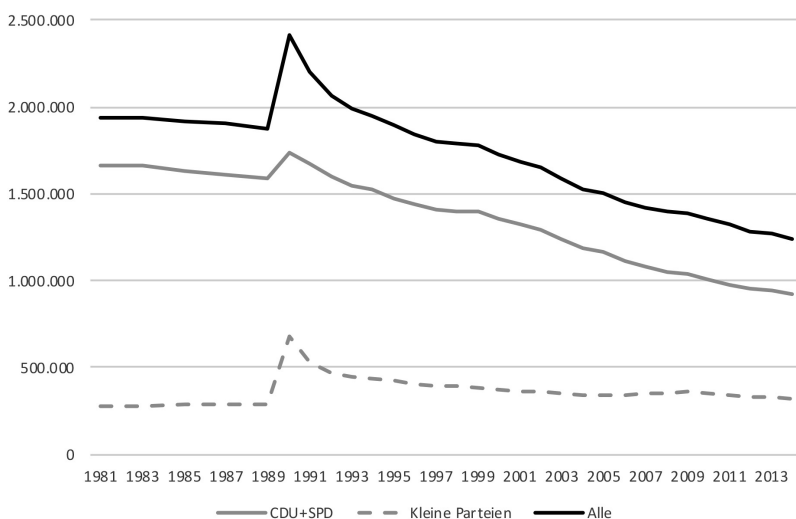
54 Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 76 f.

55 Ebd., S. 73.

56 Tim Spier et al. (Hg.), Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011.

57 Katharina Rohrbach, Warum treten Mitglieder aus Parteien aus?, in: Tim Spier et al. (Hg.), Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 177-201, hier: S. 177.

Abb. 7: Mitgliederentwicklung der deutschen Parteien seit 1981



Quelle: In die Kategorie der kleinen Parteien fallen CSU, FDP, Linke und Bündnis 90/Die Grünen. Eigene Zusammenstellung nach Marie-Luise Recker/Klaus Tenfelde, Handbuch zur Statistik der Parlamente und Parteien in den westlichen Besatzungszonen und in der Bundesrepublik Deutschland, Düsseldorf 2005 (für 1981–1989) und Oskar Niedermayer, Parteimitgliedschaften im Jahre 2014, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen 2 (2015), S. 371-395 (für 1990–2014).

anderen Faktoren (Ausbau des Wohlfahrtsstaates, Bildungsexpansion) haben diese Prozesse die Repräsentationsfunktion der Parteien geschwächt, was sich in einem Rückgang traditioneller Stammwähler ausdrückt, aber eben auch eine Parteimitgliedschaft als weniger attraktiv erscheinen lässt.⁵⁸ Als weiteren Grund für die rückläufige Anzahl an Parteibeitritten nennt Rohrbach, vergleichbar zur Argumentation mit Blick auf die sinkende Wahlbeteiligung, die alternativen Möglichkeiten politischer Beteiligung, die den Bürgerinnen und Bürgern in verstärktem Maße offen stehen.⁵⁹ Daneben kann zudem das geringe Ansehen politischer Parteien in der Bundesrepublik angesprochen

⁵⁸ Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 98.

⁵⁹ Rohrbach, Warum treten Mitglieder, S. 177.

werden, die bei Umfragen zum Vertrauen in verschiedene Institutionen regelmäßig die geringsten Zustimmungswerte erhalten.⁶⁰ Zuletzt soll auf einen Punkt hingewiesen werden, der auch in Crouchs Ausführungen zur Postdemokratie dargelegt wird. Er kritisiert den Zustand der politischen Parteien ja gerade deshalb, weil es zu einer Machtverschiebung innerhalb der Parteien hin zu den Parteiführungen gekommen sei, die in ihren Entscheidungen stärker auf die Forderungen wirtschaftlicher Eliten eingingen als auf die ihrer Parteibasis.⁶¹ Der Wandel von Parteiorganisationen mit einer einhergehenden Stärkung der führenden Parteigremien, die mittels professionalisierter Kampagnen an der Parteibasis vorbei den direkten Kontakt zu Medien und Wählerschaft suchen, klingt beispielsweise auch in den Arbeiten Panebiancos zur »professionalisierten Wählerpartei«⁶² oder von Beymes Ausführungen zu den »Berufspolitikerparteien«⁶³ an. Eine Parteimitgliedschaft erscheint unter diesen Voraussetzungen als wenig attraktiv, es mangelt an Mitentscheidungsbefugnissen. Als Hinweis hierfür war auch der zwischenzeitliche Erfolg der Piratenpartei bei der Mitgliedergewinnung zu bewerten, die in ihren Parteistrukturen dezidiert auf die Beteiligung aller Mitglieder an politischen Entscheidungen setzt.⁶⁴

Auf der anderen Seite treten viele Menschen aus den Parteien aus. Dabei ist ein nicht unwesentlicher Teil des Mitgliederschwundes auf den Tod von Parteimitgliedern zurückzuführen. Dies weist unmittelbar auf die veralteten Mitgliederstrukturen hin, insbesondere Union und SPD sind davon betroffen.⁶⁵ Dieses Problem wird sich in den kommenden Jahren eher verschärfen als in seiner Bedeutung abnehmen. Mitglieder treten aber auch aus konkreten Anlässen aus Parteien aus. Schaut man auf die Ergebnisse der Befragung der Parteimitgliederstudie, so sind es vor allem Sachentscheidungen der Partei, die Mitglieder dazu bewegt haben, über einen Austritt nachzudenken.

60 Zuletzt beispielsweise Standard Eurobarometer 77, Frühling 2012, online unter URL: <http://ec.europa.eu/public_opinion/archives/eb/eb77/eb77_en.htm>.

61 Crouch, Demokratie, S. 10.

62 Angelo Panebianco, Political Parties. Organization and Power, Cambridge 1988.

63 Klaus von Beyme, Parteien im Wandel. Von den Volksparteien zu den professionalisierten Wählerparteien, Wiesbaden 2000.

64 Marcel Solar, Die Piraten in Nordrhein-Westfalen. Newcomer an Rhein und Ruhr zwischen Transparenz und Protest, in: Stefan Marschall (Hg.), Parteien in NRW, Essen 2013.

65 Rohrbach, Warum treten Mitglieder, S. 177.

Es folgen andere in der Partei liegende Gründe, wie etwa bestimmte Personalentscheidungen oder die »allgemeine Richtung«, in die die eigene Partei steuert. Auch das Verhalten von Politikern bzw. Skandale um Politiker werden genannt.⁶⁶

Trotz dieser Entwicklungen muss festgehalten werden, dass nach wie vor Bürgerinnen und Bürger in Parteien eintreten und sich offensichtlich von den genannten Hürden und Problemen nicht abschrecken lassen. Es stellt sich die Frage, was sie zu diesem Schritt motiviert. Auch hierzu liefert die Parteimitgliederstudie Ergebnisse, die als Ausgangspunkt genommen werden sollen, um mögliche innerparteiliche Reformen aufzuzeigen, die eine Mitarbeit in Parteien attraktiver machen könnten. Insgesamt listet Laux sieben verschiedene Beitrittsanreize auf⁶⁷:

- persönliche Vorteile, die sich aus der Mitgliedschaft ergeben (etwa berufliche Vorteile oder das Erreichen politischer Ämter);
- persönliche Vorteile, die sich aus der konkreten Mitarbeit in einer Partei ergeben (etwa das Kennenlernen netter Leute oder das Erlangen von Informationen zu politischen Themen);
- die Durchsetzung politischer Ziele und Inhalte;
- die Erfüllung von Erwartungen aus dem eigenen Umfeld;
- die Übernahme staatsbürgerlicher Verantwortung;
- die Durchsetzung ideologischer Ziele und
- die Unterstützung der favorisierten Partei und ihrer Politiker.

Befragt man Parteimitglieder nach den für sie ausschlaggebenden Anreizen, so wird – bei allen Besonderheiten der einzelnen Parteien – eines deutlich: das wichtigste Beitrittsmotiv für Parteimitglieder in Deutschland ist die Umsetzung politischer Ziele und Inhalte. Es geht also darum, an politischen Sachentscheidungen mitzuwirken und Politik zu gestalten. Erst darauf folgt das Motiv, seiner Verantwortung als Staatsbürger gerecht zu werden und öffentlich seine Unterstützung für die eigene Partei kundzutun. Bei den Mitgliedern aller im Bundestag vertretenen Parteien wird das Motiv, berufliche

66 Rohrbach, Warum treten Mitglieder, S. 186.

67 Annika Laux, Was motiviert Parteimitglieder zum Beitritt?, in: Tim Spier et al. (Hg.), Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 61-78, hier: S. 62-64. Zusammenfassung übernommen aus Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 78.

Vorteile oder ein politisches Amt zu erlangen, am seltensten als Beitrittsgrund angegeben.⁶⁸

Auch wenn man bei der Bewertung der Umfrageergebnisse sozial erwünschtes Antwortverhalten bei der einen oder anderen Person unterstellen mag, so wird doch deutlich, dass es Bürgerinnen und Bürgern bei einem Parteibeitritt mehrheitlich darum geht, sich in den politischen Entscheidungsprozess einzubringen. Eine Reform von Parteistrukturen sollte deshalb daran ansetzen, genau dies zu ermöglichen. Was innerparteiliche Mitbestimmung angeht, hatte sich in der jüngeren Vergangenheit in der Bundesrepublik insbesondere die Piratenpartei hervorgetan. Tatsächlich wurden die vorhandenen Beteiligungsmöglichkeiten aber bei Weitem nicht von allen Mitgliedern in Anspruch genommen.⁶⁹ Bei den anderen Parteien mögen die Partizipationschancen, insbesondere solche, die online erfolgen, nicht so weit verbreitet sein, tatsächlich finden sich aber auch hier hinreichend Beispiele, mit denen eine verstärkte Beteiligung der Mitgliedschaft erreicht werden soll, etwa die Urwahl der Spitzenkandidaten der Grünen für die Bundestagswahl 2013 oder die Abstimmung der SPD-Mitglieder über den Eintritt in die Regierungskoalition nach selbiger Wahl. Zudem werden in anderen Parteien zahlreiche Reformüberlegungen angestellt. Diese kreisen um drei Diskussionsvorschläge:

1. Die Beteiligung von Parteimitgliedern an Personalentscheidungen (Urwahlen);
2. die Beteiligung von Parteimitgliedern an Sachentscheidungen;
3. die Öffnung von Parteientscheidungen für Nichtmitglieder.

Der Ausbau von Mitentscheidungsrechten der Parteimitglieder würde zwar auf Kosten des Entscheidungsspielraumes der Parteiführung geschehen, eine Mitgliedschaft aber aufwerten. Mit Blick auf die Probleme, die sich den Parteien bei der Gewinnung neuer Mitglieder stellen und die Erwartungen, die von vielen Parteimitgliedern mit einem Beitritt verknüpft werden, erscheinen entsprechende Maßnahmen als sinnvoll. Die Öffnung gegenüber Nichtmitgliedern könnte sich zwar als kontraproduktiv herausstellen, wenn es darum geht, Parteimitgliedschaften attraktiver zu machen. Schließlich ist

68 Laux, Was motiviert Parteimitglieder, S. 65.

69 Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 77 f.

es dann möglich, an Entscheidungsprozessen teilzuhaben, ohne z. B. Mitgliedsbeiträge entrichten oder andere Aufgaben übernehmen zu müssen. Andererseits würden so Hemmschwellen abgebaut und Leute dazu motiviert, sich darüber hinausgehend zu engagieren.

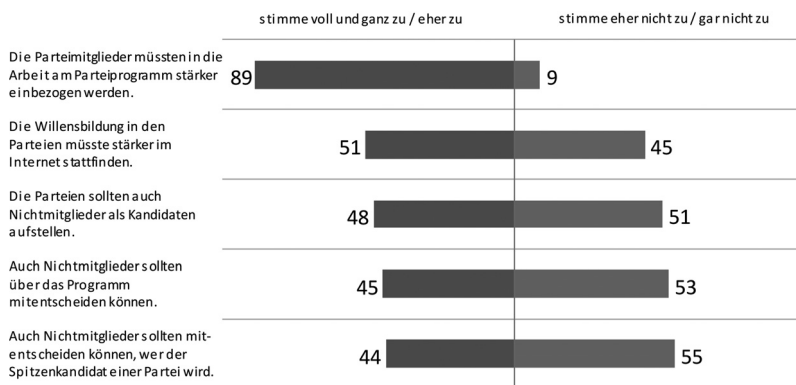
Die Reform von Parteistrukturen zielt letztlich darauf ab, auf Missstände zu reagieren und eine Mitgliedschaft attraktiver zu machen. Deshalb soll in einem letzten Schritt darauf eingegangen werden, wie die davon Betroffenen zu möglichen Reformschritten stehen. Dies sind einerseits die Parteimitglieder selbst, andererseits die Bevölkerung, wozu erneut auf die Befragung von Bürgerinnen und Bürgern Nordrhein-Westfalens zurückgegriffen wird. Die Ergebnisse der Parteimitgliederstudie sind dabei zunächst einmal wenig überraschend. So sprechen sich jeweils 58 Prozent der befragten Mitglieder aller Bundestagsparteien für Reformen aus, die Urabstimmungen in Sachfragen und Urwahlen ihrer Bundesvorsitzenden ermöglichen sollen. Sogar 66 Prozent unterstützen die Forderung nach Urwahlen einzelner Bundestagskandidaten.⁷⁰ Wesentlich reservierter stehen die deutschen Parteimitglieder einer Öffnung gegenüber Nichtmitgliedern gegenüber. So sprechen sich 38 Prozent dafür aus, Nichtmitglieder gleichberechtigt in der Partei mitarbeiten zu lassen, nur 34 Prozent befürworten eine vermehrte Kandidatur von Nichtmitgliedern auf Parteilisten.⁷¹ Für die Bürgerinnen und Bürger, die ohnehin schon Mitglieder einer Partei sind, soll also der Schwerpunkt innerparteilicher Reformen der Stärkung ihrer eigenen Mitspracherechte bestehen. Interessanterweise zeigen sich ähnliche Präferenzen in der Bevölkerungsumfrage in Nordrhein-Westfalen. [▣▣▣ siehe *rechts* Abb. 8]

Gefragt nach der Bewertung verschiedener Maßnahmen zur Förderung des Engagements in Parteien, stimmten 89 Prozent der Befragten der Aussage zu, dass Parteimitglieder stärker in die Arbeit am Parteiprogramm mit einbezogen werden sollten. Anderen Vorschlägen gegenüber sind die Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens erheblich skeptischer eingestellt. Zumindest mehrheitlich sprachen sich die Befragten für eine Stärkung der Willensbildung der Parteien im Internet aus. Bei den drei Items zur Einbeziehung von Nichtmitgliedern in innerparteiliche Entscheidungsprozesse

70 Laux, Was motiviert Parteimitglieder, S. 167.

71 Ebd., S. 164.

Abb. 8: Bewertung von Parteireformen



Frage: Es werden ja verschiedene Maßnahmen diskutiert, damit sich wieder mehr Bürger in den politischen Parteien engagieren. Sagen Sie mir bitte zu jeder der folgenden Maßnahmen, ob Sie ihnen voll und ganz zustimmen, eher zustimmen, eher nicht zustimmen oder gar nicht zustimmen.

Grundgesamtheit: Bevölkerung ab 16 Jahren in Nordrhein-Westfalen
Fehlende Werte zu 100 Prozent: weiß nicht

Quelle: Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 104.

finden sich die Befürworter allerdings in der Minderheit. 48 Prozent unterstützen die Aufstellung von Nichtmitgliedern als Kandidaten der Parteien, 45 Prozent stimmen einer Einbeziehung von Nichtmitgliedern in die Programmaufstellung zu und 44 Prozent stehen einer Einführung von offenen Vorwahlen der Spitzenkandidaten positiv gegenüber.⁷²

Die Ergebnisse zeigen, dass auch in der Bevölkerung das Organisationsprinzip der Mitgliederpartei fest in den Köpfen verankert ist. Zwar wird durchaus Verbesserungspotenzial in den bestehenden Beteiligungsmöglichkeiten für Mitglieder gesehen, grundsätzlich wird es aber als richtig angesehen, dass diese über mehr Privilegien verfügen als Nichtmitglieder.⁷³ Für mögliche Reformen, die eine Belebung der Parteiendemokratie zum Ziel haben, sollte daher der zweite Schritt nicht vor dem ersten gemacht werden: Zuerst sollte die Position der Parteimitglieder durch eine Stärkung von Mitsprache-

⁷² Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 104-106.

⁷³ Ebd., S. 106.

und vor allem Mitentscheidungsrechten verbessert werden. Gerade in der Programmentwicklung könnten über Mitgliederentscheide, seien sie von oben oder von der Basis herbeigeführt, aber auch mittels einer Stärkung inhaltlicher Arbeitsgruppen, die Präferenzen der Parteimitglieder nachhaltiger eingebracht werden. Dies hat einerseits das Potenzial, die Responsivität der Parteiliten gegenüber der Parteibasis zu stärken. Andererseits kann die Attraktivität einer Parteimitgliedschaft erhöht werden, womit den Parteien neue Köpfe und Ideen zugeführt werden könnten. Einer Öffnung gegenüber Nichtmitgliedern soll damit keine Absage erteilt werden. Um ihrer *linkage*-Funktion zwischen Staat und Gesellschaft gerecht zu werden, müssen die Parteien ohnehin permanent versuchen, sowohl die eigenen Positionen in die Bevölkerung hinein zu vermitteln, als auch Anliegen und Befindlichkeiten der Bürgerinnen und Bürger aufzunehmen. Eine stärkere Institutionalisierung von Mitentscheidungsrechten für Nichtmitglieder in den Parteien erscheint allerdings zunächst als weniger dringlich.⁷⁴

Fazit

Die Beteiligung an Wahlen geht seit Jahren kontinuierlich zurück, die Parteien verlieren stetig Mitglieder. Die verfassten Formen der politischen Partizipation haben offensichtlich an Attraktivität verloren. Die Gründe dafür sind mannigfaltig. Auf der einen Seite hat sich eine Vielzahl neuer Kanäle der politischen Beteiligung aufgetan. Die Bereitschaft sich zu engagieren ist in der deutschen Gesellschaft nicht unbedingt zurückgegangen, vielmehr bedienen sich die Bürgerinnen und Bürger eines breiteren Instrumentariums, um ihren Einfluss auf politische Entscheidungen geltend zu machen. Vor dem Hintergrund einer Gesellschaft, die von Individualisierungs- und Modernisierungsprozessen geprägt ist, erscheinen die klassischen Partizipationsformen teilweise nicht mehr zeitgemäß und auf die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger zugeschnitten. Relativierend kann man hier einwenden, dass Wahlen nach wie vor das mit Abstand bedeutendste Instrument der Bürgerbeteiligung darstellen und dass Parteien seit jeher nur einen

74 Decker/Lewandowsky/Solar, Demokratie, S. 126 f.

kleinen Teil der Bevölkerung als Mitglieder gewinnen konnten. Eine Diversifizierung der Wege, auf denen Bürgerinnen und Bürger Einfluss auf die Politik nehmen wollen und können, ist insofern begrüßenswert und kann als Zeichen einer vitalen Demokratie gedeutet werden.

Problematisch sind der Rückgang der Wahlbeteiligung und die schrumpfenden Parteimitgliederzahlen insofern, als diese auch Ausdruck einer gestiegenen Unzufriedenheit und eines Gefühls der Ohnmacht von Bürgerinnen und Bürgern sind, die sich nicht mehr repräsentiert fühlen. Denn das tatsächliche Problem sind weniger die abnehmenden Beteiligungsraten mit Blick auf die traditionellen Partizipationsformen, als dass dieser Rückgang sehr ungleich auf verschiedene gesellschaftliche Gruppen verteilt ist: Es sind gerade die ressourcenschwachen Teile der Bevölkerung, die sich weniger beteiligen, sei es bei Wahlen, in der Parteiarbeit, an Diskussionen oder bei Demonstrationen. Vor diesem Hintergrund müssen mögliche Reformen der traditionellen Partizipationsinstrumente betrachtet werden. Die Reformvorschläge liegen sowohl hinsichtlich der Wahlen als auch der Parteien auf dem Tisch und werden teilweise bereits umgesetzt. Die Bürgerinnen und Bürger können bei vielen Kommunal- und mittlerweile auch vereinzelt Landtagswahlen kumulieren und panaschieren, das Wahlalter wurde mancherorts bereits auf 16 abgesenkt, andere Vorschläge werden diskutiert. In allen Parteien wird nach Mitteln und Wegen gesucht, um Mitglieder und Öffentlichkeit stärker einzubinden, auch wenn bisher oftmals nur vorsichtige Schritte implementiert wurden. Die Frage nach der Anpassungs- und Wandlungsfähigkeit traditioneller Akteure und Formen politischer Partizipation kann also durchaus bejaht werden. Eine weitere Aufgabe im Wandlungsprozess wird es sein, die klassischen Partizipationsformen nicht als abgeschottete Bereiche, sondern im Zusammenhang und im Zusammenwirken mit anderen Beteiligungsformen zu sehen, seien es Volksbegehren und Volksentscheide, Online-Partizipationsinstrumente oder Formen der nicht-verfassten Partizipation. Institutionelle Reformen werden aber nicht ausreichen, um insbesondere ressourcenschwache Bürgerinnen und Bürger wieder zurück an die Urnen oder in die Parteien zu bringen. Selbst eine Wahlpflicht würde nichts am grundsätzlichen Problem einer wachsenden sozialen Spaltung der Gesellschaft ändern. Letztlich bedarf es hierzu einer politischen Agenda, die Chancengerechtigkeit in den Mittelpunkt rückt, indem die Integration in

den Arbeitsmarkt verbessert wird sowie stärker in Bildung, Kinderbetreuung und Gesundheitsvorsorge investiert wird. Die politischen Parteien sind aber nach wie vor zentrale Orte, an denen über entsprechende Maßnahmen diskutiert werden muss.

Kooperation zwischen Gewerkschaften und sozialen Bewegungen: Ursachen und Herausforderungen

Die gesellschaftlichen Rahmenbedingungen der Bundesrepublik Deutschland, unter und in denen sich Menschen politisieren, stehen in zunehmendem Maße auf dem Prüfstand.¹ Diese Rahmenbedingungen sind vornehmlich dadurch geprägt, dass die seit den 1990er Jahren rasant wachsende soziale Ungleichheit in der bundesdeutschen Gesellschaft die entscheidende Herausforderung für die zukünftige Gestaltung der politischen und sozialen Demokratie darstellt. Hans-Ulrich Wehler argumentiert, dass bei der aktuellen Vermögensverteilung nach oben und dem kontinuierlichen Absenken nach unten die entscheidende Legitimationsgrundlage der sozialen Demokratie, nämlich die Verteilungsgerechtigkeit zwischen Kapital und Arbeit, immer mehr in Frage gestellt wird.² Und Klaus Dörre ist der Auffassung, wenn diese gesellschaftliche Auseinanderentwicklung zwischen den Polen »Hartz und Hoeneß« von einer breiten Bevölkerungsmehrheit weiter geduldet wird, eine dauerhaft gespaltene Gesellschaft droht, in der die Politisierungsprozesse dann vornehmlich in abgeschotteten sozialen Ghettos und klassenspezifischen Milieus verlaufen.³ Politische, aber auch religiöse Manifestierungen, wie die wachsende Ausländerfeindlichkeit durch »soziale« Bewegungen wie der PEGIDA auf der einen und militant religiöse Vereinigungen wie der Salafisten auf der anderen Seite werden dann zukünftig auch in der Bundesrepublik keine gesellschaftlichen Randerscheinungen

1 Die Autoren bedanken sich bei Anna-Lena Strehl für die Unterstützung bei der Erstfassung des Beitrages.

2 Siehe: »Hört auf mit der umfrisierten Mittelstandsgesellschaft«, Gespräch mit Hans-Ulrich Wehler, in: Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte 6 (2013), S. 4-8.

3 Vgl. Klaus Dörre, Hartz und Hoeneß. Warum Reichtum Armut bedingt und was dagegen zu tun ist, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 6 (2013), S. 30-33.

mehr darstellen, sondern durch politische Praktiken den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft zukünftig extrem gefährden.

Sozialhistorische und sozialwissenschaftliche Analysen weisen auf diese Gefährdung der politischen und sozialen Demokratie und die tiefer liegenden Ursachen für diese vielschichtigen, gesellschaftlichen Spaltungsprozesse hin. In den letzten 20 Jahren waren nach der deutschen Vereinigung insbesondere die bundesdeutschen Gewerkschaften – im Vergleich zu den 1950er und 1970er Jahren der entwickelten »Arbeitsdemokratie«⁴ – gesellschaftspolitisch immer weniger in der Lage, über die Absicherung von Normalarbeitsverhältnissen, Tarifverträgen und Tarifabschlüssen eine dem sozialen Zusammenhalt angemessene Verteilungsgerechtigkeit zwischen Kapital und Arbeit herzustellen. So kommt das Betriebspanel des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) aus dem Jahr 2014 zu dem Ergebnis, dass der tarifvertragliche Schutz des Beschäftigungsverhältnisses für Arbeitnehmer in der westdeutschen Privatwirtschaft zwischen 1996 und 2014 von 66 % auf 47 % drastisch gesunken ist. Der Rückgang der tarifvertraglichen Regulierung fällt in der ostdeutschen Privatwirtschaft für den gleichen Zeitraum von 48 % auf nur noch 28 % noch bemerkenswerter.⁵ Nach diesen neusten Daten arbeitet in der bundesdeutschen Wirtschaft nur die Minderheit von 37,5 % aller Beschäftigten unter dem Regulierungsschutz von Tarifverträgen. Dies ist ein Resultat der schleichenden Erosion institutioneller Gestaltungsmacht von Gewerkschaften ist. Die Armut hierzulande wächst dagegen dramatisch, obwohl in den letzten Jahren die Arbeitslosigkeit merklich gesunken ist: Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik waren mit knapp 44 Millionen so viele Menschen erwerbstätig und noch nie haben so viele Menschen – mithin 8 Millionen – im Niedriglohnssektor gearbeitet. Für Dörre haben gerade die deutschen Gewerkschaften in einer zunehmend prekären Vollerwerbsgesellschaft in letzten Dekaden deutlich an institutioneller Macht eingebüßt⁶, so dass in Zukunft nur durch eine Revitalisierung der gewerkschaftlichen Orga-

4 Ulrich Beck, *Die Zukunft von Arbeit und Demokratie*, Berlin 2000.

5 Vgl. Peter Ellguth/Susanne Kohaut, *Tarifbindung und betriebliche Interessenvertretung: Ergebnisse aus dem IAB-Betriebspanel 2014*, in: *WSI-Mitteilungen* 4 (2015), S. 290-297, hier: S. 293.

6 Vgl. Klaus Dörre, *Die strategische Wahl der Gewerkschaften – Erneuerung durch Organizing*, in: *WSI Mitteilungen* 1 (2008), S. 3-9, hier: S. 4.

nisationsmacht und durch gegenstandsbezogene Allianzen mit neuen sozialen Bewegungen eine entschlossene Politik der gesellschaftlichen Teilhabe durch sowohl eine Entprekarisierung der Erwerbsarbeit als auch durch eine umverteilende Steuerpolitik von oben nach unten möglich ist.⁷

Wie kann nun eine auf das demokratische Gemeinwohl und den Gemeinsinn orientierte Politisierung der Menschen in einer Gesellschaft gelingen, die durch eine zunehmende soziale Spaltung, Klassengegensätze und durch die Herausforderungen einer globalen Flüchtlingsproblematik geprägt ist? Um diese Leitfrage zu beantworten, geht der vorliegende Beitrag von drei Annahmen aus: Erstens: In der zweiten Dekade des 21. Jahrhunderts haben sich die gesellschaftlichen Widersprüche in der Bundesrepublik derartig zugespitzt, dass sich die politische Distanz zwischen traditionellen Organisationen (Gewerkschaften) und sozialen Bewegungen deutlich verringert hat. Zweitens: Keine Organisation oder soziale Bewegung für sich allein verfügt über hinreichende politische Macht diese tiefen, gesellschaftlichen Spaltungstendenzen erfolgreich zu bekämpfen. Drittens: Gegenstandsbezogene Kooperationen und soziale Netzwerke zwischen traditionellen Organisationen und sozialen Bewegungen können zu einer gegenseitigen Revitalisierung und zu einer auf das Gemeinwohl hin orientierten Politisierung breiter Bevölkerungsschichten führen sowie tiefe gesellschaftliche Grabenkämpfe (PEGIDA) begegnen.

Um diese drei Annahmen zu erläutern, ist der Beitrag wie folgt gegliedert. Zunächst stellt sich die Frage, ob die aktuelle gesellschaftliche Entwicklung als *neofeudal* charakterisiert werden kann. Worin liegen die Gemeinsamkeiten zwischen den traditionellen, feudalen Grund- und neuen Dienstherrn und ist dieser vom Finanzmarkt getriebene Kapitalismus mit Demokratie überhaupt noch vereinbar, wie der stark reformierte Wolfgang Streeck problematisierte? Um diese kontroverse, sowohl wissenschaftliche, als auch politische Debatte mit empirischem Material zu untermauern, werden im darauffolgenden Abschnitt ausgewählte Daten zur Einkommens- und Vermögensentwicklung der Bundesrepublik Deutschland diskutiert. Führt die zunehmende Verteilungsgungerechtigkeit zu einer kontinuierlichen Aushöhlung der sozialen Demokratie? Abschließend wird in Anlehnung an Colin Crouch und Ludger Pries die Frage gestellt, welche Organisationen oder soziale Netzwerke zu

7 Vgl. Klaus Dörre, Hartz und Hoeneß, S. 30-33.

einer auf das Gemeinwohl orientierten Politisierung der Menschen beitragen können. Es wird damit ein Beitrag zu der viel diskutierten Frage geleistet, ob eine organisierte Zivilgesellschaft als Korrektiv zum ausufernden, die soziale Demokratie unterwandernden, Finanzmarktkapitalismus fungieren kann.

Neofeudalismus: Zu den Gemeinsamkeiten von feudalen Grund- und neuen Dienstherrn des Finanzmarktkapitalismus

Im Jahr 2013 feierte die älteste demokratische Partei Deutschlands ihr 150-jähriges Bestehen. »150 Jahre SPD: »Herzlichen Glückwunsch, du alte Tante!«⁸ titelte ein Onlinebericht des Spiegels, der neben einem Rückblick auf eineinhalb Jahrhunderte sozialdemokratische Grundsatz- und Parteiarbeit auch einen kritischen Ausblick in die Zukunft wagte. Trotz der langen Geschichte der sozialen Demokratie, die seit Jahrzehnten in zahlreichen europäischen Ländern die Staatsgrundlage bildet⁹, zeigen die Entwicklungen der beiden letzten Dekaden, dass breiten Bevölkerungsmehrheiten eigentlich nicht nach Feierlichkeiten zumute ist. Der deutliche Unmut gegenüber der bundesdeutschen und europäischen Krisenpolitik zur Lösung der Finanz- und Wirtschaftskrise nach 2008 und zahlreiche Protestbewegungen wie Occupy Wallstreet verdeutlichten auch in Deutschland, dass das demokratische System von zahlreichen Bürgern weniger als eine Plattform der aktiven politischen Partizipation in einer sozialen Demokratie als eher politisches System mit Lobbyismus und direkter politischer Einflussnahme von Mitgliedern der finanzkapitalistischen Dienstklasse auf politische Entscheidungen wahrgenommen wird.¹⁰ Diese politischen Entwicklungen erinnerten den Soziologen Sighard Neckel an »Zeiten feudaler Strukturen, ständischer Privilegien und aristokratischer Oberschichten«.¹¹ Als historische Reminiszenz:

8 Florian Gathmann/Veit Medick, 150 Jahre SPD: »Herzlichen Glückwunsch du alte Tante!«. Spiegel Online, im Internet unter URL: <www.spiegel.de/politik/deutschland/150-jahre-spd-a-901086.html> (9.6.2013).

9 Vgl. Colin Crouch, Postdemokratie. Bonn 2008, S. 7.

10 Vgl. ebd., S. 10.

11 Vgl. Sighard Neckel, »Refeudalisierung« – Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse, in: Leviathan 1 (2013), S. 39-56, hier: S. 40.

In dem mittelalterlichen, feudalistischen Staatssystem, auf das Neckel mit seinem Vergleich anspielt, herrschte eine kleine, elitäre Schicht über eine verelendete Masse der Leibeigenen. Dem Prinzip der Grundherrschaft entsprechend stellten Feudalherren einen Teil ihres Landes adeligen Grundherren zur Verfügung. Diese ließen das Land durch ihre Leibeigenen bewirtschaften, die das Land zwar wirtschaftlich nutzen und bearbeiten durften, im Gegenzug jedoch immens hohe Abgaben an den Grundherrn leisten mussten. Die Leibeigenen waren somit abhängig vom Grundherrn und nicht in der Lage über den notwendigen Lebensunterhalt hinaus Einkünfte zu erlangen. Der Grundherr indes stellte ihnen das Land unter Erhalt seiner Eigentumsrechte zur Verfügung und konnte somit aus der Arbeitskraft der Leibeigenen sein Einkommen und das seines Familienclans generieren. Politische Partizipation war für die Bevölkerungsmehrheit der Leibeigenen grundsätzlich ausgeschlossen, da sich die politische Herrschaft im abgeschlossenen Zirkel zwischen den adeligen Grundherren, dem Klerus und dem Militär abspielte.¹² Die Frage lautet, in welchem Zusammenhang steht nun der Feudalismus des Mittelalters mit dem – nach Neckel – Neofeudalismus des finanzmarktgetriebenen Kapitalismus?

Colin Crouch weist in seinem bekannten Werk »Postdemokratie« darauf hin, dass die Entwicklung der Demokratie parabelförmig verlief. Den Anfang bilden die politische und später die zivile Demokratie. Durch die gesellschaftliche Teilhabe der Arbeiterklasse an politischer Macht entwickelt sich eine soziale Demokratie, in der politische und zivile Grundrechte in den Bereich von Arbeit und Wirtschaft als Ergebnis von tiefen sozialen Konflikten transformiert wurden. Höhepunkt war bislang zweifellos »das Zeitalter des Wohlfahrtsstaats«¹³ nach dem zweiten Weltkrieg bis in die späten 1970er Jahre hinein. Nach den Ergebnissen der Weltwirtschaftskrise 1973/74 erleben wir den schleichenden Zerfall der erreichten demokratischen Teilhabe an Arbeit und Wirtschaft. Crouch bezeichnet diesen Verlust an demokratischer Teilhabe als »Postdemokratie«¹⁴, die sich dadurch kennzeichnet, dass sich die eigentliche Politikgestaltung von den demokratisch legitimierten Institutio-

12 Politik Lexikon online, URL: <www.politik-lexikon.at/print/feudalismus/> (10.6.2013).

13 Vgl. Colin Crouch, Postdemokratie, S. 12.

14 Vgl. ebd. S. 10.

nen hin zu ökonomischen Eliten des Finanzmarktes verlagert hat, die schließlich vergleichbar mit feudalen Strukturen abgekoppelt von nationaler demokratischer Kontrolle vornehmlich im globalen Kontext operieren.¹⁵ Die damit einhergehende Reduzierung von politischer Partizipation der arbeitenden Bevölkerungsmehrheiten wird durch die Macht der neuen finanzkapitalistischen Dienstklasse deutlich. Insbesondere durch den Zugang zu globalen Informationsflüssen unterscheiden sich global operierende Unternehmen des Finanzmarktes von klassischen Unternehmen der Produktionswirtschaft hinsichtlich ihrer Wachstums- und Profitchancen. Der frühzeitige Zugang zu Marktinformationen hängt demnach von der ökonomischen Potenz ab und resultiert nach Crouch aus einer Schleife der Gewinnmaximierung: je potenter ein ökonomischer Akteur ist, desto niedrigschwelliger ist die Informationsgewinnung, die wiederum einen weiteren Zuwachs an ökonomischer Potenz nach sich zieht.¹⁶ Ebenso sind politische Parteien und Medien durch finanzielle Mittel dieser ökonomischen Akteure beeinflussbar, die selbst Einfluss auf die der breiten Masse zur Verfügung stehenden Informationen nehmen.¹⁷ Lobbyismus untergräbt demnach das demokratische System und bringt »[...] unter dem Deckmantel der Rhetorik der Marktwirtschaft und des freien Wettbewerbs«¹⁸ die elitären Klassen in eine manipulierende Position, was unmittelbar an feudale Gesellschaftsstrukturen des Mittelalters erinnert.

Neckel greift diesen Gedanken mit dem Begriff Refeudalisierung, angelehnt an Jürgen Habermas, auf¹⁹ und klassifiziert vier Dimensionen von aktuellen Refeudalisierungsprozessen: Zunächst beschreibt er die Dimension der Sozialstruktur, die soziale Ungleichheit und die drastische Vermögensumverteilung der letzten zwei Dekaden, die auf feudale Strukturen verweist. Eine zweite Dimension ist die der dominanten Finanzmärkte und ihr Einfluss auf Wirtschaft und Gesellschaft. Drittens beschreibt Neckel die Komponente des Leistungsprinzips als Teil des Refeudalisierungsprozesses, welches

15 Vgl. ebd. S. 10.

16 Vgl. Colin Crouch. *Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus*, Berlin 2011, S. 73.

17 Vgl. ebd. S. 76.

18 Colin Crouch, *Postdemokratie*, S. 69.

19 Vgl. Jürgen Habermas, *Theorie des kommunikativen Handelns*. Frankfurt a. M. 1981.

die Reproduktion von Macht und niedrigem Einkommen beschreibt.²⁰ Als vierte Dimension gilt der Verzicht auf Anrechte des Staates in Form von Steuergeldern bei privaten Stiftungen, welche diese einbehaltenen Privatvermögen dann frei wählbar einsetzen können. Gerade diese vierte Dimension ist zentrales Merkmal einer gesellschaftlichen Spaltung, da dies insbesondere dem Normalverdiener nicht gestattet ist.²¹

Nicht nur Neckel, sondern auch ein stark reformierter Wolfgang Streeck beschreibt in seinem aus der Frankfurter Adorno-Vorlesung hervorgegangenen Buch die Spannung zwischen Finanzmarktkapitalismus und Demokratie, die sich insbesondere nach dem Ende des Nachkriegszyklus entfaltet hat. Er argumentiert, dass die Ursache für die Finanz- und Wirtschaftskrise in einer neoliberalen Transformation liegt, blickt aber auch optimistisch in die Zukunft, in der die Bürger selbst zu einer Lösung dieser Krise beitragen und die Demokratie zurückgewinnen können.²² Wenn sich die Prinzipien der Demokratie und eines finanzmarktgetriebenen Raubtierkapitalismus (Helmut Schmidt) im Wege stehen und sich ein neofeudales System mit einer elitären transnationalen Finanzmanagerklasse herausgebildet hat, die politische Entscheidungen maßgeblich beeinflusst, stellt sich die Frage, inwieweit sich der politische Mensch gegen diesen Prozess der Refeudalisierung wehren kann. Der Verdross der Bürger über die reale Reduzierung an politischer Partizipation in den Bereichen Arbeit und Wirtschaft hat in den vergangenen Jahren erhebliche Aufmerksamkeit erlangt. Spätestens seit der Occupy Wall Street Bewegung im September 2011 in den USA unter dem Slogan »We are the 99 Percent«²³ wird das kapitalistische Finanzsystem und die Vermögensverschiebung offen und breit angeprangert. Wird Neofeudalismus nun als »staatliche Sozialstruktur mit ständiger Beharrung«²⁴ definiert, und die reduzierte politische Partizipation der Bürger als Folge daraus gesehen, so wird sich der politische Mensch die Frage stellen, in welcher Gesellschaft er eigentlich lebt.

20 Vgl. Sighard Neckel, »Refeudalisierung« – Systematik und Aktualität eines Begriffs der Habermas'schen Gesellschaftsanalyse, in: Leviathan 1 (2013), S. 39-56, hier: S. 49.

21 Vgl. ebd., S. 53.

22 Vgl. Wolfgang Streeck, Gekaufte Zeit. Die vertagte Krise des demokratischen Kapitalismus, Berlin 2013.

23 Sighard Neckel, »Refeudalisierung«, S. 44.

24 Vgl. ebd.

Aushöhlung der sozialen Demokratie: Die Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland

Die wissenschaftliche Debatte über die Entwicklung hin zum Neofeudalismus ist stark gekoppelt an die zunehmende Ungleichverteilung der Einkommen und Vermögen. Diese ist längst nicht mehr nur ein Problem, mit dem hauptsächlich die angelsächsischen Länder konfrontiert sind, sondern auch in Deutschland wächst die Einkommens- und Vermögensungleichheit dramatisch an. Ähnlich wie in den USA befindet sich auch die Bundesrepublik mittlerweile in der von Paul Krugman definierten Phase der »großen Divergenz«.²⁵ Während es in den ersten drei Jahrzehnten nach dem Zweiten Weltkrieg noch zu einer tendenziellen Angleichung von Einkommen und Vermögen gekommen ist (»große Kompression«²⁶), nahm die Ungleichheit in Deutschland seit Mitte der 1980er Jahre durch eine zunehmende Einkommens- und Vermögenskonzentration am oberen Ende der Verteilung dramatisch zu.²⁷

Statistisch lässt sich das Ausmaß der Einkommens- und Vermögensverteilung mit dem Gini-Koeffizienten messen. Dieser kann Werte zwischen 0 und 1 annehmen, wobei die gemessene Ungleichheit mit steigendem Gini-Koeffizienten wächst. So würde sich das gesamte Volkseinkommen bei einem Gini-Koeffizienten von 1 auf nur eine einzige Person konzentrieren, wogegen die Einkommen bei einem Wert von 0 gleichmäßig auf die gesamte Bevölkerung verteilt wären. Die aktuellen Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) ergeben, dass der Gini-Koeffizient der Haushaltsnettoeinkommen²⁸ zwischen 1991 und 2011 in der Bundesrepublik Deutschland von 0,247 auf 0,288 merklich angestiegen ist.²⁹ Somit hat die Ungleichheit der verfügbaren

25 Paul Krugman, *The Conscience of a Liberal*. New York/London 2007, S. 124.

26 Claudia Goldin/Robert A. Margo, *The Great Compression: The Wage Structure in the United States at Mid-Century*, in: *The Quarterly Journal of Economics* 107 (1992), S. 1-34, hier: S. 1.

27 Vgl. Christina Anselmann/Hagen Krämer, »Denn wer da hat, dem wird gegeben«. Spitzen-einkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland, Bonn 2012, S. 1-4.

28 Das Haushaltsnettoeinkommen bzw. verfügbare Einkommen bezieht sich auf das Einkommen, was einem einzelnen Haushalt nach Abzug aller Steuern und Sozialabgaben sowie nach staatlicher Umverteilung zur Verfügung steht.

29 Vgl. DIW Berlin, *SOEP 2012 – SOEPmonitor Person 1984–2012 (SOEP v29)*, *SOEP Survey Papers* 193 (2014), S. 81-83.

Einkommen innerhalb von 20 Jahren um 17 % zugenommen. Besonders auffallend ist, dass die Ungleichverteilung der Haushaltsnettoeinkommen vor allem zwischen den Jahren 2000 und 2005 in der Phase der rot-grünen Bundesregierung am gravierendsten gewachsen ist. So ist der Gini-Koeffizient während dieser Phase um 0,037 Punkte angestiegen.³⁰ Im OECD Vergleich war Deutschland in den Jahren nach der Jahrtausendwende uneingeschränkt der Spitzenreiter hinsichtlich der Spreizung in der Einkommensentwicklung.³¹ Seit 2005 ist der Gini-Koeffizient aber größeren Schwankungen ausgesetzt und vorübergehend deutete sich auch ein leichter Rückgang der Ungleichverteilung an, bevor 2011 ein erneuter Anstieg zu verzeichnen war. Die zwischenzeitlich rückläufigen Tendenzen spiegeln zweifelsfrei die Folgewirkungen der Finanzmarktkrise 2008/9 sowie die positiven Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt wider. So dürfte der temporäre Rückgang der Vermögensrenditen vor allem am oberen Rand der Verteilung zu Einkommenseinbußen – und somit zu einer Angleichung der Einkommen insgesamt – geführt haben.³² Ebenso dürfte sich auch die seit 2005 kontinuierlich gesunkene Arbeitslosigkeit mindernd auf die Einkommensungleichheit ausgewirkt haben.³³ Als eine Trendwende kann diese Entwicklung nicht gedeutet werden, denn dafür hätten sich die Einkommen noch stärker in Richtung gleichmäßiger Verteilung bewegen müssen. Die Daten lassen eher die Interpretation zu, dass die Einkommensungleichheit trotz gesunkener Arbeitslosigkeit und einem hohen Beschäftigungsniveau auf dem erreichten Niveau stagniert.³⁴ Gemessen an der Reduzierung der Arbeitslosigkeit um zwei Millionen Menschen seit 2005 hätte sich die Ungleichverteilung der Haushaltseinkommen deutlich stärker verringern müssen. Dass es nicht zu

30 Vgl. ebd.

31 Vgl. OECD, *Growing Unequal?: Income Distribution and Poverty in OECD Countries*. Country Note Germany (in German): Deutschland, 2008, S. 1.

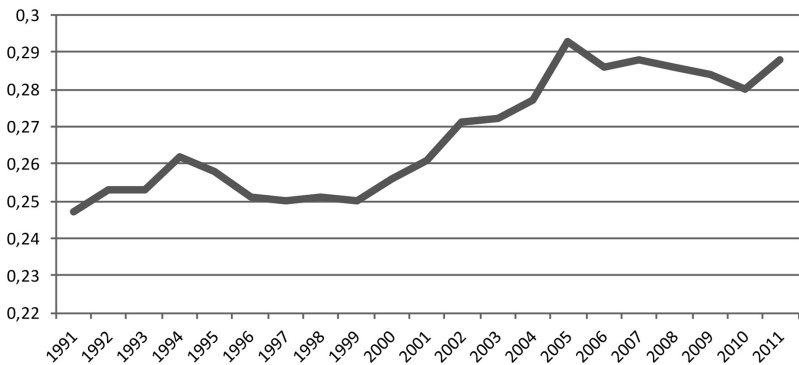
32 Vgl. Jan Behringer/Thomas Theobald/Till van Treeck, *Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland: eine makroökonomische Sicht*, in: *IMK Report 99* (2014), S. 3-4.

33 Vgl. Markus M. Grabka/Jan Goebel/Jürgen Schupp, *Höhepunkt der Einkommensungleichheit in Deutschland überschritten*, in: *DIW Wochenbericht Nr. 43* (2012), S. 3-15, hier S. 7.

34 Vgl. Karl Brenke/Gert G. Wagner, *Ungleiche Verteilung der Einkommen bremsst das Wirtschaftswachstum*, in: *Wirtschaftsdienst 2* (2013), S. 110-116, hier: S. 113; Stefan Bach, *Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte 10/11* (2013), S. 15-19, hier S. 16.

einer größeren Angleichung der Einkommen gekommen ist, liegt u. a. an der verstärkten Ausbreitung der Niedriglohn- und Teilzeitbeschäftigung.³⁵ Laut den Daten des Instituts für Arbeit und Qualifikation (IAQ) ist fast jeder vierte Arbeitnehmer (22,9 %) in Deutschland zu einem Niedriglohn beschäftigt und die Anzahl der Niedriglohnbeschäftigten liegt mittlerweile bei knapp unter acht Millionen.³⁶

Abb. 1: Entwicklung des Gini-Koeffizienten der verfügbaren Einkommen in der Bundesrepublik Deutschland zwischen 1991 und 2011



Quelle: Eigene Darstellung nach DIW Berlin, SOEP 2012 – SOEPmonitor Person 1984–2012 (SOEP v29), SOEP Survey Papers 193 (2014), S. 81-83. Originaldaten: SOEP 2012.

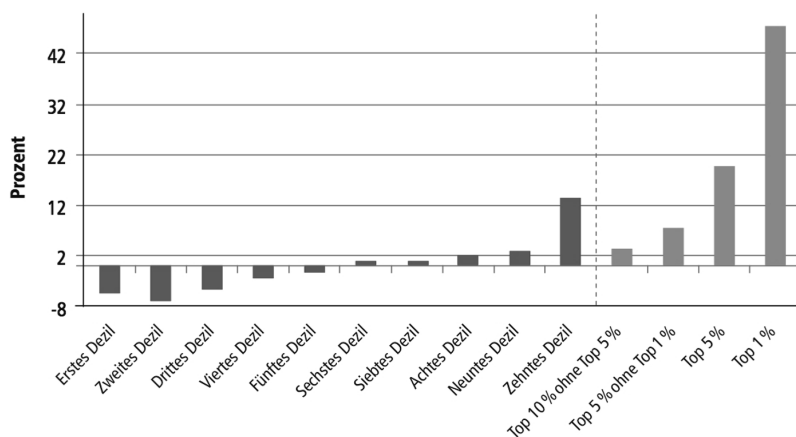
Paradox mutet es an, dass man in Deutschland in der Langzeitbetrachtung eine zunehmende Einkommensungleichheit messen kann, doch im gleichen Zeitraum das Bruttonationaleinkommen stetig wächst. Die zunehmende Ungleichheit der Einkommen ist vor allem auf die extrem starken Zuwächse am oberen Rand der Einkommensverteilung zurückzuführen. Verdeutlichen kann man dies, wenn man die Haushalte in Abhängigkeit ihres Einkommens in Dezile unterteilt (Abb. 2): Nur das oberste Dezil konnte seit dem Jahr 2000

35 Stefan Bach, Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 10/11 (2013), S. 15-19, hier S. 15.

36 Vgl. Thorsten Kalina/Claudia Weinkopf, Niedriglohnbeschäftigung 2010: Fast jede/r Vierte arbeitet für Niedriglohn. Duisburg/Essen 2012, S. 3-5.

signifikante Zuwächse (13 %) verzeichnen, wogegen vor allem die Einkommen der mittleren und untersten Dezile stagnierten bzw. sanken.³⁷ Noch gravierender wird die Scherenentwicklung, wenn die Zuwächse bei dem einkommensreichsten einen Prozent der Haushalte in Deutschland (Top 1 %) betrachtet werden. Die Topeinkommen sind im gleichen Zeitraum um 48 % angestiegen, zu denen u. a. die Gehälter von Managern und Finanzmarktakteuren (»working rich«) gehören.³⁸ So liegt das durchschnittliche Vorstandsgehalt in den 30 deutschen Dax-Gesellschaften mittlerweile zwischen fünf und sechs Millionen Euro im Jahr und beträgt somit mehr als das Hundertfache von dem, was die Beschäftigten im Durchschnitt pro Jahr verdienen.³⁹

Abb. 2: Veränderungsrate der verfügbaren Einkommen in Deutschland zwischen den Jahren 2000 und 2009



Quelle: Christina Anselmann/Hagen Krämer, »Denn wer da hat, dem wird gegeben.« Spitzeneinkommen und Einkommensungleichheit in Deutschland, Bonn 2012, S. 4. Originaldaten SOEP 2011.

37 Vgl. Christina Anselmann/Hagen Krämer, Spitzeneinkommen, S. 2.

38 Vgl. ebd.

39 Vgl. Hans-Ulrich Wehler, Die neue Umverteilung. Soziale Ungleichheit in Deutschland, München 2013, S. 49. Bis zur Aufdeckung des Manipulationsskandals bei VW lag Winterkorn mit 16 Mio. Euro deutlich an der Spitze der Managergehälter in Deutschland.

Während nun am oberen Ende der Einkommensverteilung ein explosionsartiges Wachstum der Gehälter zu verzeichnen ist, sinken die verfügbaren Einkommen der drei untersten Dezile seit dem Jahr 2000 kontinuierlich (-8 %).⁴⁰ Diese Entwicklung verdeutlicht, dass die Verteilungsspielräume der Produktivitätssteigerungen in den vergangenen Jahren politisch nicht annähernd ausgereizt wurden und entweder in Tarifverhandlungen die Lohnzurückhaltung zu sehr dominierte oder mehrheitlich überhaupt keine Tarifverträge mehr Anwendung fanden. Statt in den Einkommen der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern schlugen sich die Wohlfahrtsgewinne ausschließlich bei den höheren Einkommen nieder.⁴¹ Eine Studie des DIW und der Universität Bremen belegt zudem, dass im Zuge der gestiegenen Einkommenspolarisierung auch eine deutliche Schrumpfung der Mittelschicht zu erkennen ist. Als Mittelschicht werden dabei jene Haushalte definiert, die 70 bis 150 % des mittleren Haushaltsnettoeinkommens in Deutschland beziehen. Diese Studie belegt, dass der Anteil der Einkommensmittelschicht gemessen an der Gesamtbevölkerung seit 1997 um 7 % gesunken ist. Rund 5,5 Millionen Menschen sind demnach aus der Mittelschicht herausgefallen, wobei der überwiegende Teil (4 Millionen) in die untere Einkommensschicht abgestiegen ist.⁴² [→ siehe *rechts* Abb. 3]

Wesentlich stärker als die Einkommensungleichheit ist die ungleiche Verteilung der Vermögen ausgeprägt. So geht eine auf SOEP Daten basierende Schätzung des DIW davon aus, dass sich im Jahr 2012 zwischen 63 % und 74 % der privaten Nettovermögen⁴³ in Deutschland im obersten Dezil konzentrierten. Das wohlhabendste eine Prozent besitzt nach der DIW Berechnung sogar über 31 % des Nettogesamtvermögens, die reichsten 0,1 % der Haushalte besitzen über 14 %. Dagegen verfügen zwei Drittel der deut-

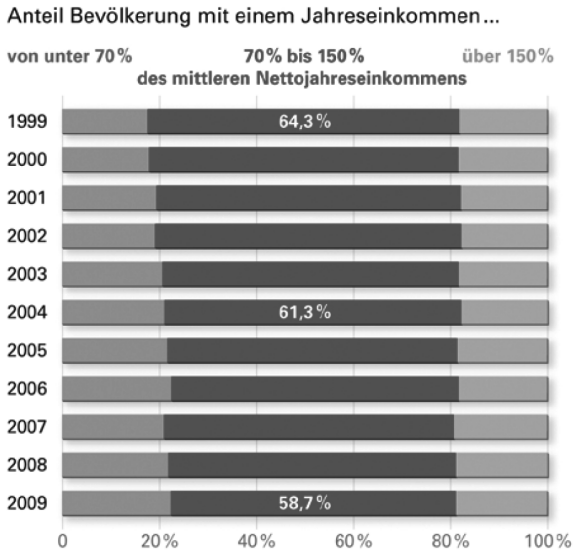
40 Vgl. Christina Anselmann/Hagen Krämer, Spitzeneinkommen, S. 2.

41 Vgl. Karl Brenke/Markus M. Grabka, Schwache Lohnentwicklung im letzten Jahrzehnt. In: DIW Wochenbericht Nr. 45 (2011), S. 3-15, hier: S. 15.

42 Vgl. Thomas Öchsner, Deutschlands Mitte bröckelt. 2013 Berlin; Bertelsmann Stiftung, Die Mittelschicht in Deutschland schrumpft seit 15 Jahre, Gütersloh 2012.

43 Nach der DIW Definition umfasst das Nettovermögen das Geld-, Sach- und Beteiligungsvermögen eines privaten Haushalts abzüglich sämtlicher Verbindlichkeiten (Hypotheken, Kredite).

Abb. 3: Die schrumpfende Mitte



Quelle: Böckler Impuls 3 (2011).

schen Privathaushalte nur über wenig oder gar kein Vermögen.⁴⁴ Eine längsschnittliche Betrachtung der Vermögensverteilung ist auf der Grundlage der SOEP Daten erst ab dem Jahr 2002 möglich. Die Daten deuten auf eine stagnierende Entwicklung auf hohem Niveau hin: Zwischen den Jahren 2002 und 2007 stieg der Gini-Koeffizient für die Nettovermögen von 0,776 auf 0,799 an. Im Jahr 2012 betrug der Gini-Koeffizient 0,780.⁴⁵ In der Eurozone weist die Bundesrepublik Deutschland derzeit die höchste Vermögensungleichheit auf. So liegt der Gini-Koeffizient für Frankreich bei 0,68, für Italien bei 0,61 und für die Slowakei bei 0,45. Mit einem Gini-Koeffizienten

44 Vgl. Markus M. Grabka/Christian Westermeier, Große statistische Unsicherheit beim Anteil der Top-Vermögenden in Deutschland, in: DIW Wochenbericht 7 (2015), S. 123-133, hier: S. 130-132.

45 Vgl. Markus M. Grabka/Christian Westermeier, Anhaltend hohe Vermögensungleichheit in Deutschland, DIW Wochenbericht 9 (2014), S. 151-164, hier: S. 153.

von 0,87 im Jahr 2010 ist die Vermögensungleichheit in den Vereinigten Staaten aber noch deutlich stärker ausgeprägt.⁴⁶ Diese zunehmende Polarisierung der Einkommen und Vermögen in Deutschland wurde durch die Steuerpolitik der Bundesregierung beschleunigt, denn die seit Mitte der 1990er Jahre durchgeführten Steuerreformen haben dazu geführt, dass hohe Einkommen und Vermögen deutlich entlastet statt belastet werden. So wurde die Spitzen- und Unternehmensteuer gesenkt, aber auch insbesondere die Abschaffung der Vermögensteuer, die nach einem Urteil des Bundesverfassungsgerichts seit dem Jahre 1997 nicht mehr erhoben wird, hat die zunehmende Ungleichverteilung forciert.⁴⁷ Eine verfassungskonforme Wiedereinführung der Vermögensteuer wurde bisher versäumt, so dass die Bundesrepublik zu den wenigen Industrieländern gehört, die »sich den Luxus eines völligen Verzichts auf die Vermögensteuer erlaubt«⁴⁸. Im gleichen Zuge wurden dagegen die indirekten Steuern erhöht, wie beispielsweise die Mehrwertsteuer oder die Energiesteuer. Diese haben eine regressive Wirkung, d. h. sie belasten die niedrigeren Einkommen in Relation zu den wohlhabenden Haushalten deutlich stärker.⁴⁹ Angesichts dieser, sich immer weiter zuspitzenden Aushöhlung der Grundlagen der sozialen Demokratie verwundert es nicht, dass nach der Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes im Jahr 2015 auch die Forderungen nach einer stärkeren Besteuerung von hohen Einkommen und Vermögen weiterhin auf der politischen Agenda von zahlreichen Akteursgruppen aus der Zivilgesellschaft auf der Tagesordnung stehen.

Die Zivilgesellschaft als Korrektiv

Diese dramatischen Entwicklungen in der Einkommens- und Vermögensverteilung der Bundesrepublik Deutschland lassen sich vornehmlich vor dem Hintergrund eines wachsenden Niedriglohnsektors und damit einhergehend einer schwindenden institutionalisierten Macht der Gewerkschaften

46 Ebd. S. 156.

47 Vgl. Stefan Bach, Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland, S. 17.

48 Hans-Ulrich Wehler, Die neue Umverteilung, S. 64.

49 Vgl. Stefan Bach, Einkommens- und Vermögensverteilung in Deutschland, S. 17.

verstehen. Im deutschen System der industriellen Beziehungen üben die Gewerkschaften grundsätzlich eine Verteilungsfunktion aus, da sie den Beschäftigten über den Abschluss von Tarifverträgen und über die Tarifpolitik eine Teilhabe an der steigenden Leistungskraft der Unternehmen und damit auch am gesellschaftlichen Wohlstand ermöglichen.⁵⁰ Die diskutierten Daten konnten aufzeigen, dass es den deutschen Arbeitnehmerorganisationen in den vergangenen 20 Jahren immer seltener gelungen ist, die politischen Verteilungsspielräume bei Tarifverhandlungen auszureizen, um so der zunehmenden Einkommenspolarisierung entgegen zu wirken. Zurückzuführen ist dies auf ihre deutlich geschwächte gesellschaftliche Position. Durch Mitgliederverluste und durch die Deregulierungspolitik der letzten zwei Dekaden haben die deutschen Gewerkschaften sowohl an organisatorischer als auch an institutioneller Macht eingebüßt.⁵¹ Auch ihr Einfluss auf die politischen Entscheidungsprozesse ist geschwunden, da sich zwischen Gewerkschaften und sozialdemokratischer Politik bis zum Regierungswechsel im Jahr 2013 ein Entflechtungsprozess vollzogen hatte, der sich durch den wieder gewonnenen Einfluss der Gewerkschaften auf die SPD als Regierungspartei erst allmählich wieder umzukehren scheint.⁵² Auf Grund der Erosion der institutionellen Machtressourcen sind die deutschen Gewerkschaften zukünftig als Organisation allein nicht mehr in der Lage, über die Tarifpolitik und über die politische Einflussnahme auf eine Angleichung der Einkommen und Vermögen hinzuwirken. Zu einer ähnlichen Einschätzung kam auch Colin Crouch für die Entwicklung in England. Nach der Schwächung der englischen Gewerkschaften unter der Regierung Thatcher⁵³ setzt Crouch

50 Vgl. Walther Müller-Jentsch, Strukturwandel der industriellen Beziehungen. »Industrial Citizenship« zwischen Markt und Regulierung. Wiesbaden 2007, S. 49.

51 Vgl. Andreas Aust/Hajo Holst (2006), Gewerkschaften und prekär Beschäftigte. Von der Ignoranz zur Organisierung? Gewerkschaftliche Strategien im Umgang mit atypisch Beschäftigten, in: Industrielle Beziehungen 4 (2006), S. 291-313, hier: S. 292; Ullrich Brinkmann et al., Strategic Unionism: Aus der Krise zur Erneuerung? Umriss eines Forschungsprogramms, Wiesbaden 2008, S. 29-40.

52 Vgl. Anke Hassel, Die Erosion der gewerkschaftlichen Lobbymacht, in: Thomas Leif/Rudolf Speth (Hg.), Die fünfte Gewalt. Lobbyismus in Deutschland, Bonn 2006, S. 188-198, hier: S. 194.

53 Während der Regierungszeit von Margaret Thatcher ist die Anzahl der Gewerkschaftsmitglieder in Großbritannien um rund 6 Millionen gesunken.

seine Erwartungen zur Wiederherstellung einer sozialen Demokratie nicht auf traditionelle Organisationen, sondern vielmehr auf eine starke, engagierte und vernetzte Zivilgesellschaft, die als Korrektiv zur neoliberalen Dominanz wirken sollte.⁵⁴ Ähnlich argumentieren Ludger Pries und Martin Seliger mit Blick auf den internationalen Kontext zunehmend grenzüberschreitender Wertschöpfungsketten der bundesdeutschen Industrie. In einer Netzwerktextur können sich Gewerkschaften demnach mit zivilgesellschaftlichen Akteuren zusammenschließen, um gemeinsam die Ursachen in der Niedriglohnentwicklung und der damit einhergehenden gesellschaftlichen Widersprüche der Vermögensungleichentwicklung über gegenstandsbezogene Kampagnen politisch zu bekämpfen.⁵⁵

Diesen Weg der Netzwerktextur hat die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di mit der Kampagne »UmFairteilen« seit dem Jahr 2013 eingeschlagen. Zusammen mit 23 weiteren Organisationen, darunter Sozialverbände, Migrantenverbände, NGOs, globalisierungskritische Bewegungen und weitere Gewerkschaften, hat ver.di ein breites zivilgesellschaftliches Bündnis aufgestellt, das darauf abzielt, die Niedriglohnentwicklung und die Verteilungsfrage mit Nachdruck auf die politische Agenda zu setzen. Konkret fordert das Bündnis die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine einmalige Abgabe für hohe Vermögen.⁵⁶ Das breite Bündnis setzt sich zum Ziel, den gesellschaftlichen Verteilungskonflikt wieder stärker in der öffentlich-diskursiven Arena auszutragen, und organisierte dazu bundesweite Aktionstage, an denen über 40.000 Menschen teilgenommen haben. Auch im Rahmen der Bundestagswahlen 2013 wurde die Verteilungsfrage zu einem zentralen Thema gemacht; u. a. führte das »UmFairteilen« – Netzwerk mehrere Großdemonstrationen durch.⁵⁷ Ob diese breite Kooperation zur einer erfolgreichen Politisierung der Menschen geführt hat, kann im Rückblick nur ambivalent beantwortet werden. Das große Medienecho und die gesteigerte Unterstützung für das soziale Bündnis zeugen davon, dass eine verstärk-

54 Vgl. Colin Crouch, Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus.

55 Ludger Pries/Martin Seliger, Work and Employment Relations in a Globalized World: The Emerging Texture of Transnational Labour Regulation, in: Global Labour Journal 1 (2013), S. 26-47.

56 Vgl. URL: <umfairteilen.de/start/info/> (1.6.2013).

57 Vgl. URL: <umfairteilen.de/start/vergangene-aktionen/aktionstag-134/> (1.6.2013).

te Sensibilisierung der Öffentlichkeit für die Verteilungsthematik durchaus erreicht wurde. Die niedrige Wahlbeteiligung und das schlechte Abschneiden der SPD bei der Bundestagswahl 2013 weisen allerdings in eine andere Richtung.

Auch die Aufmerksamkeit verebbte wieder nach den Bundestagswahlen im Jahr 2013 vor dem Hintergrund der politischen Dominanz der tiefen Euro-Krise um Griechenland. Im Jahr 2015 scheint diese Debatte um die Verteilungsgerechtigkeit durch die Herausforderungen der durch Gewalt und Terror fliehenden Menschen in die Bundesrepublik Deutschland abermals beiseite geschoben. Dabei wirft gerade die zukünftige Integration der Flüchtlinge die Frage nach einer gesamtgesellschaftlichen Verantwortung auf den Plan. Die große Herausforderung besteht darin, wie sich ein breites soziales Netzwerk von zivilgesellschaftlichen Organisationen – Gewerkschaften und soziale Bewegungen – im Kontext der vielfältigen sozialen Integrationsproblematik verfestigen kann. Die ambivalenten Erfahrungen mit dem Bündnis »UmFairteilen« können dafür eine Grundlage bieten, um eine Politisierung breiter Bevölkerungsschichten, die als Verlierer der Einkommens- und Vermögensentwicklung in Deutschland gelten, voranzutreiben. In diesem Zusammenhang kann das Netzwerk auch zu einer gegenseitigen Revitalisierung von Gewerkschaften und sozialen Bewegungen beitragen.

Ausblick

In den beiden Dekaden nach der deutschen Vereinigung haben sich die gesellschaftlichen Widersprüche in der Bundesrepublik derart zugespitzt, dass mittlerweile bekannte Sozialhistoriker, Soziologen und Politikwissenschaftler von einer starken Tendenz zur Refeudalisierung der bundesdeutschen Sozialordnung sprechen. Der vom Finanzmarkt getriebene Raubtierkapitalismus (Helmut Schmidt) ist mit einer politischen und sozialen Demokratie nicht vereinbar. Der Hauptgrund für diese Entkoppelung von Kapitalismus und Demokratie liegt in der Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik war die Verteilungsgerechtigkeit zwischen Kapital und Arbeit so ausgeprägt wie gegenwärtig. Weder die Gewerkschaften noch Akteure aus den sozialen

Bewegungen verfügen als Organisationen allein über hinreichende politische Macht, um diese tiefen gesellschaftlichen Spaltungstendenzen, die das Konzept der sozialen Demokratie grundsätzlich in Frage stellen, politisch zu bekämpfen.

Am Bündnis »UmFairteilen« kann gezeigt werden, dass gegenstandsbezogene Kooperationen und soziale Netzwerke zwischen traditionellen Organisationen und sozialen Bewegungen zu einer gegenseitigen Revitalisierung und zu einer auf das Gemeinwohl hin orientierten Politisierung breiter Bevölkerungsschichten führen können, auch wenn sich die positiven Resultate erst später einstellen. Jedoch weist die aktuell beispiellose Zusammenarbeit zivilgesellschaftlicher Gruppen im Rahmen der Flüchtlingskrise darauf hin, dass organisationsübergreifende Kooperationen durchaus zu einer Re-Politisierung von Menschen führen können, die sich für den Zusammenhalt der Gesellschaft einsetzen. Gegenüber diesen vielfältigen zivilgesellschaftlichen Aktivitäten der bundesdeutschen Bevölkerung wirkt PEGIDA geradezu wie eine Randerscheinung.

Postdemokratischer Protest? Anlässe und Trägerschaften städtischer Proteste

Für viele TageschauzuschauerInnen und ZeitungsleserInnen war es wohl der 13. August 2010, als sie die neue bundesdeutsche »Protestwelle«¹ erstmals wahrnahmen: An diesem Tag machte der »Protest gegen Stuttgart 21«² »plötzlich bundesweit Schlagzeilen«³, nachdem rund zwanzigtausend Demonstranten gegen den beginnenden Abriss des Kopfbahnhofs demonstriert hatten. Doch schon zuvor »brodelt[e]«⁴ es in den bundesdeutschen Großstädten und Regionen: Bereits 2008 führten die Proteste der Initiative »Mediaspree versenken« in Berlin zu einem Bürgerentscheid, in Hamburg bildete sich 2009 das Bündnis »Recht auf Stadt« aus verschiedenen Protestinitiativen, und in Stuttgart selbst war vor dem 13. August 2010 bereits fast ein Jahr lang wöchentlich demonstriert, 2007 ein Bürgerbegehren durchgeführt und das Projekt quasi von Beginn an kritisch begleitet worden. Diese Protestereignisse sind dabei auch der zumindest in den Massenmedien

-
- 1 Wladislawa Kolosowa, Wenn Weihnachts-Man beim Shoppen stört. Konsumkritik-Aktion, in: Spiegel Online 12.12.2010, URL: <www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/konsumkritik-aktion-wenn-weihnachts-man-beim-shoppen-stoert-a-734172.html> (12.11.2015).
 - 2 So zumindest die häufigste Formulierung. Im Folgenden soll Protest allerdings nicht allein als Zurückweisung verstanden werden, sondern als komplexerer Beitrag in einem politischen Prozess, der insbesondere auch das Darstellen von Alternativen beinhalten kann. »Protest hat demnach eine doppelte Signatur. Wer protestiert, stellt sich gegen etwas. [...] Wer protestiert, ist aber zugleich für etwas. [...] Protest bringt zumindest indirekt Maßstäbe von Gerechtigkeit, Fairness, Zumutbarkeit oder Würde zur Geltung. Er ist somit nie blanke Abwehr, sonder verweist zumindest implizit auf die Möglichkeit und Wünschbarkeit anderer und besserer Zustände.« Dieter Rucht, Protest und Protestereignisanalyse. Einleitende Bemerkungen, in: Dieter Rucht (Hg.), Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen, Frankfurt a. M./New York 2001, S. 9.
 - 3 Jörg Nauke/Achim Wörner, Stuttgart macht plötzlich bundesweit Schlagzeilen, in: Stuttgarter Zeitung (14.8.2010).
 - 4 Josef-Otto Freudenreich, Im Stuttgarter Kessel brodelt's, in: Spiegel Online 29.7.2011, URL: <www.spiegel.de/politik/deutschland/widerstand-gegen-s21-im-stuttgarter-kessel-brodelt-s-a-777163.html> (12.11.2015).

am stärksten wahrgenommene Ausdruck neu entstandener gesellschaftlicher Gruppen und Netzwerke, die nur teilweise mit den mittlerweile größtenteils institutionalisierten Organisationen der »neuen sozialen Bewegungen« der vergangenen Jahrzehnte verbunden sind und wenigstens zum Teil als neue städtische (soziale) Bewegungen betrachtet werden.⁵

Seit dem Höhepunkt der Stuttgarter Auseinandersetzungen haben weitere lokale Protestereignisse relativ breite bundesweite Wahrnehmung erzielt: So formierte sich Ende 2010 der Widerstand gegen die Münchener Olympiabewerbung, mit der Energiewende kamen ab dem Frühjahr 2011 immer neue Initiativen gegen Stromtrassen und Windparks, aber auch für die Rekommunalisierung städtischer Netze hinzu, und spätestens seit Ende 2011 wird in Berlin vor einer »Touristification« gewarnt.⁶ Dennoch waren es insbesondere die Stuttgarter Proteste, die neben dem umfangreichen Medienecho auch zu einer gesamtgesellschaftlichen Diskussion um Großprojekte und Bürgerbeteiligung und mit der so genannten »Schlichtung« zu einer in dieser Art zuvor unbekannt Form der Konfliktaustragung führten. Mehr noch: Beinahe zeitgleich entstand zunächst ad hoc auch eine wissenschaftliche Debatte, die in verschiedenen Disziplinen die politische, gesellschaftliche und kulturelle Bedeutung der aktuellen Proteste, Bewegungen und Netzwerke auszuloten versucht und der zuletzt stagnierenden⁷ Protest- und Bewegungsforschung neuen Auftrieb verleiht.

Der nachfolgende Beitrag möchte diese Debatte aufgreifen und sie im Lichte des Themas dieses Bandes letztlich auf die Frage hin zuspitzen, ob auch die aktuellen städtischen Proteste Ausdruck einer postdemokratischen Gesellschaft, ja selbst als postdemokratisch zu bezeichnen sind. Sind es tatsächlich mündige, politisch handelnde BürgerInnen, die da demonstrieren, oder folgen sie nur einem Partikularinteresse? Handeln sie für das Ge-

5 So etwa Dirk Gebhardt/Andrej Holm, Initiativen für ein Recht auf Stadt, in: Andrej Holm/Dirk Gebhardt (Hg.), Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignungen, Hamburg 2011, S. 7.

6 Der vorliegende Beitrag entstand im April 2013 auf Grundlage eines Vortrags im Oktober 2012 und berücksichtigt daher weder nachfolgende Protestverläufe und neuere Proteste, noch den aktuelleren wissenschaftlichen Diskurs.

7 Brigitte Geißel/Katja Thillman, Partizipation in Neuen Sozialen Bewegungen, in: Beate Hoecker (Hg.), Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest, Opladen 2006, S. 179.

meinwohl oder nur aus Eigennutz? Sind sie Fluch oder Segen für unsere Demokratie? Diese auch in der politisch-gesellschaftlichen Debatte virulenten Fragen nach der »ungleichen Demokratie«⁸ sollen in diesem Beitrag im theoretischen Rahmen der Postdemokratie-Hypothese diskutiert werden.

Da die womöglich prägnanteste Gegenthese zum Postdemokratie-Ansatz, der auf die globale Problematik der politischen Kontrolle von Wirtschaftshandeln und Medienmacht abzielt, in der gleichzeitig beobachteten »regional-lokale[n] Demokratisierung«⁹ liegen mag, sollen die Fragen dabei an konkreten Beispielen lokaler – genauer gesagt raumbezogener¹⁰ städtischer – Proteste untersucht werden. Damit sind nicht etwa die städtischen sozialen Bewegungen nach Manuel Castells¹¹ gemeint, für die Städte die Arena für gesamtgesellschaftliche Kämpfe darstellen. Es geht vielmehr um Konflikte, die sich auf die räumliche Stadtentwicklung, ihre Planung und politische Aushandlung beziehen – also durchaus auch um »nur« stadtteilbezogene Mobilisierungen, die nicht auf die großen strukturellen Widersprüche der Klassengesellschaft zu beziehen« sind.¹² Denn wie spätestens das Beispiel Stuttgart zeigt, werden städtische Räume nicht mehr nur als Bühne für Proteste gegen bzw. Empörung über nationale und internationale Politik sowie transnationale Konzerne genutzt.¹³

In diesem Beitrag wird in Kauf genommen, dass die hier thematisierten Proteste oftmals von lokal begrenzter Reichweite sein werden, ohne dass dies die Bedeutung der Proteste für die lokale Ebene – und damit letztlich

-
- 8 Vgl. auch Petra Böhnke, Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* ½ (2011), S. 18-25.
 - 9 Martina Ritter, Postdemokratie versus Partizipationsgesellschaft. Überlegungen zu gegenläufigen Entwicklungen in spätmodernen Gesellschaften, in: Andreas Langenohl (Hg.), *(Un) Gleichzeitigkeiten – die demokratische Frage im 21. Jahrhundert*, Marburg 2011, S. 120.
 - 10 Paul Reuber, *Raumbezogene politische Konflikte. Geographische Konfliktforschung am Beispiel von Gemeindegebietsreformen*, Stuttgart 1999.
 - 11 Manuel Castells, *The urban question: a Marxist approach*, Cambridge Mass. u. a. 1979, S. 246-275; vgl. Chris Pickvance, *From urban social movements to urban movements: a review and introduction to a symposium on urban movements*, in: *IJURR* 1 (2003), S. 103.
 - 12 Margit Mayer, *Städtische soziale Bewegungen*, in: Roland Roth/Dieter Rucht (Hg.), *Die sozialen Bewegungen in Deutschland seit 1945. Ein Handbuch*, Frankfurt a. M. 2008, S. 294.
 - 13 Werner Lindner, *Jugendprotest seit den fünfziger Jahren. Dissens und kultureller Eigensinn*, Opladen 1996, S. 414, Ulrich Bielefeld, *Der Auftritt des Volkes auf der leer geräumten Bühne: Repräsentation, Darstellung und Demokratie*, in: *Mittelweg* 3 (2011), S. 49-65.

auch für die bundesweite Stadtentwicklungspolitik – notwendigerweise schmälern würde. Somit wird hier ein gänzlich anderer Ansatz als jener der »urban revolution«¹⁴ beschritten, wie er im Moment am prominentesten von David Harvey formuliert wird: Die These dort ist, dass die bisherige Marginalität städtischen Protests für die Untersuchung sozialer Bewegungen durch die steigende Bedeutung von Städten und Metropolregionen als strategischen Knotenpunkten der Globalisierung aufgehoben sei, könnten sie doch die lokale Infrastruktur der Globalisierung empfindlich stören und daher wichtige Verbündete globaler sozialer Bewegungen im Klassenkampf sein.¹⁵

Die Frage nach der vermeintlich postdemokratischen Natur des aktuellen Protestgeschehens mag sehr unterschiedliche Reaktionen hervorrufen – sowohl bei ProtestbeobachterInnen als auch die Aktiven: Von den Beobachtenden in den Redaktionen, Parlamenten, Planungämtern und Hochschulen werden die Protestierenden entweder mit dem »Ressentimentbegriff«¹⁶ »Wutbürger«¹⁷ belegt und es wird ihnen unterstellt, sich nicht an demokratische Beschlüsse zu halten¹⁸, oder sie werden als »Mutbürger«¹⁹ stilisiert. Es wird die »neue Macht der Bürger«²⁰ gepriesen oder festgestellt, »[that] something went wrong«.²¹ Ganz ähnlich – und mindestens ebenso widersprüchlich – verhält es sich mit den Aktiven selbst: Viele werden ihre Handlungen als urdemokratisch verstehen, als notwendige und legitime Teilhabe

14 David Harvey, *Rebel cities. From the right to the city to the urban revolution*, New York 2012; vgl. auch David Harvey, *The Urban Roots of Financial Crises: reclaiming the city for anti-capitalist struggle*, in: *The Crisis and the Left*, Socialist Register 2011.

15 Letztlich zurückzuführen auf Manuel Castells, *The city and the grassroots. A cross-cultural theory of urban social movements*, London 1983, vgl. auch Susan S. Fainstein/Norman I. Fainstein, *Economic Restructuring and the Rise of Urban Social Movements*, in: *Urban Affairs Review* 2 (1985), S. 191-192 und S. 203-204.

16 Heinz Bude, *Stuttgart 21 – reflexiv*, in: *Mittelweg* 3 (2011), S. 3.

17 Dirk Kurbjuweit, *Der Wutbürger. Stuttgart 21 und Sarrazin-Debatte: Warum die Deutschen so viel protestieren*, in: *Der Spiegel* 41 (2010).

18 Etwa Peter Ramsauer, *Wer am lautesten schreit*, URL: <[www.peter-ramsauer.de/blog/71-
wer-am-lautesten-schreit-2c](http://www.peter-ramsauer.de/blog/71-wer-am-lautesten-schreit-2c)> (12.12.2011).

19 Barbara Supp, *Die Mutbürger. Die Proteste gegen Stuttgart 21 sind ein Segen für die Demokratie*, in: *Der Spiegel* 42 (2010).

20 Franz Walter (Hg.), *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?*, Reinbek b. Hamburg 2013.

21 Klaus Selle, *Something went wrong. Oder: Vom langen Weg zur Lokalen Beteiligungskultur*, in: *PND online* (2011) II.

des Souveräns an seinem Staat, dessen Diener entweder eigenmächtig oder fehlerhaft handeln und daher der Kontrolle bedürfen. Sie halten zum Beispiel ein Transparent mit der Aufschrift »Wir sind die Wähler!«²² in der Hand. Andere Aktive – bei der gleichen Protestveranstaltung – mögen hingegen entweder anzweifeln, dass eine *echte* Demokratie je verwirklicht wurde, oder gar eine z. B. anarchische Alternative jenseits der Demokratie herbeisehnen. Sie schreiben dann beispielsweise »Ich bin ein Wutbürger geworden!«²³ auf ihr Transparent.

Ohne interpretatorische Überdehnung lassen sich hier zwei sehr unterschiedliche Gründe für das gleiche Partizipationsverhalten – die Demonstrationsteilnahme – feststellen: Einmal wird Protest als Ergänzung und gewissermaßen Aufwertung der konventionellen Partizipation (durch Wahlen) um eine unkonventionelle Beteiligungsform gesehen, die dazu dienen soll, der eigenen (Wahl)Stimme mehr Gewicht zu verleihen. Das andere Mal wird Protest als Ausdruck einer Entpolitisierung, einer Unzufriedenheit mit dem politischen System formuliert. Protest wäre dann das Mittel derer, die sich selbst als machtlos ansehen und deren einzige Möglichkeit darin besteht, diese Ohnmacht zu demonstrieren.

Im mittlerweile zentralen Werk der Postdemokratie-Debatte von Colin Crouch kommt letztere Variante politischer Beteiligung erst auf der letzten Seite vor, während er eingangs noch auf die »passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle«²⁴ der Bürger in der Postdemokratie abhebt. Erst nachdem er einen Ausblick auf mögliche Strategien gegen die Postdemokratie gegeben hat, werden bei ihm die Begriffe Protest und Widerstand verwendet:

»Wenn es nicht tatsächlich zu jener massiven Eskalation des Protests und des Widerstands kommt, auf die diese Demonstrierenden setzen, was könnte den globalen Unternehmen dann eine solche Angst um ihre Gewinne einjagen, daß ihre Vertreter an den Verhandlungstisch zurückkehren?«²⁵

22 Eigene Beobachtung des Autors während einer Demonstration gegen »Fracking« in Kassel im November 2012.

23 So etwa ein Demonstrant auf dem Titel von Norbert Kersting/Wichard Woyke, Vom Musterwähler zum Wutbürger. Politische Beteiligung im Wandel, Münster i. Westf. 2012.

24 Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt a. M. 2008, S. 8.

25 Auch im Folgenden Crouch, Postdemokratie, S. 156-157.

Ansonsten beschränkt er die Handlungsmöglichkeiten des politischen Subjekts der BürgerIn im Wesentlichen darauf, das politische Handeln der »politischen Klasse«²⁶ quasi von außen zu legitimieren und ggf. auch zu korrigieren. Damit handelt es sich bei Crouch, bezogen auf die Partizipation, letztlich um eine erweiterte pluralistische Vorstellung von Demokratie. Und selbst auf der letzten Seite bleibt er trotz der immensen Wichtigkeit, die er diesem Protest und Widerstand einräumt, dabei, dass ihre Aufgabe allein darin bestünde, die globalen Unternehmen wieder an den Verhandlungstisch – bzw. die politische Elite zur Einsicht – zu bewegen, obwohl er zuvor die Bedeutung revolutionärer »Unruhen« für das Entstehen des »demokratische[n] Interregnum[s]« betonte. Andere, eigenständigere oder gar selbstermächtigende Formen der Partizipation wie Selbsthilfegruppen und Nachbarschaftsnetzwerke werden von ihm zuvor zwar als »interessant, nützlich und ehrenwert«²⁷ bezeichnet. Da sie aber auch eine »Abwendung von den politischen Institutionen« bedeuten, könnten sie – im Widerspruch etwa zu Putnam et al.²⁸ – eben nicht »als Indizien für die Gesundheit der Demokratie – die *per definitionem* politisch ist – angeführt werden«. Proteste unter postdemokratischen Bedingungen scheinen selbst postdemokratisch zu sein.

Ausgehend von den in der Mitte des 20. Jahrhunderts entstandenen pluralistischen Politikansätzen ist die Protest- und Bewegungsforschung bis heute stark von strukturalistischen Ansätzen geprägt: Spaltungen der »politischen Klasse«, Möglichkeitsstrukturen oder die Mobilisierung von Ressourcen sind erforderlich, damit aus braven BürgerInnen ProtestlerInnen werden.²⁹ Ändern sich nun diese strukturellen Erfordernisse für Protest unter den Bedingungen in einer Weise, die als Postdemokratie verstanden wird, besteht innerhalb strukturalistischer Modelle die Gefahr eines Zirkelschlusses: Ist die gesellschaftliche Struktur postdemokratisch, erscheinen auch Proteste in diesem Rahmen letztlich ebenfalls postdemokratisch.

26 Crouch, Postdemokratie, S. 141.

27 Auch im Folgenden Crouch, Postdemokratie, S. 24-26; Herv. i. Orig.

28 Robert D. Putnam/Robert Leonardi/Raffaella Nanetti, Making democracy work. Civic traditions in modern Italy, Princeton (N.J.) 1993.

29 James M. Jasper, A Strategic Approach to Collective Action. Looking for Agency in Social Movement Choices, in: Mobilization 1 (2004), S. 1; für eine Übersicht siehe Doug McAdam (Hg.), Comparative perspectives on social movements, Cambridge 1996.

Um diesem Zirkelschluss zu vermeiden, soll hier nicht allein von Möglichkeitsstrukturen und Ressourcen gesprochen werden. Stattdessen sollen im Folgenden vor allem die konkreten *Anlässe* für unterschiedliche städtische Proteste untersucht werden. Ähnlich der aktuellen Studie von Franz Walter ist auch hier also die zentrale Frage »Was bewegt die Bewegung? Was motiviert die Protestler? Was treibt sie?«³⁰ Der dort ebenfalls in einem Beitrag³¹ eingenommene städtische Fokus erlaubt es zudem, einen etwas genaueren Blick auf die Protestierenden selbst zu werfen und die »Bürgerlichkeit«³² des Protests zumindest stichprobenhaft zu überprüfen. Die beiden hier skizzierten Perspektiven auf die *Anlässe* und die *Träger* der städtischen Proteste sollen es ermöglichen, hinter die massenmediale Protestwahrnehmung zu schauen und die politischen Subjekte und die Beweggründe für ihr Handeln zu rekonstruieren.³³ Die Untersuchung ist damit auch offen für beide oben genannten Gründe der Protestpartizipation. Im Folgenden soll allerdings zunächst dargestellt werden, dass die neue Hochphase lokaler Proteste und die Renaissance städtischer Bewegungen und Initiativen aus einer Situation entstanden ist, in der Protest und damit auch soziale Bewegungen kaum möglich schienen. Damit werden auch einige strukturelle Erklärungen für die aktuelle Protestwelle wiedergegeben werden. Das Hauptaugenmerk liegt dann allerdings auf einer Analyse der Anlässe und Trägerschaft aktueller städtischer Proteste, die exemplarisch anhand von Beispielen in Stuttgart, Hamburg und Berlin untersucht werden sollen, bevor abschließend die Frage des vermeintlich postdemokratischen Charakters diskutiert werden kann.

30 Franz Walter, *Bürger in Bewegung*. Zur Einführung, in: ders. (Hg.), *Die neue Macht der Bürger. Was motiviert die Protestbewegungen?*, Reinbek b. Hamburg 2013, S. 9-13, hier S. 11.

31 Felix Butzlaff/Christoph Hoefft/Julia Kopp, »Wir lassen nicht mehr alles mit uns machen!«. Bürgerproteste an und um den öffentlichen Raum, Infrastruktur und Stadtentwicklung, in: Franz Walter (Hg.), *Die neue Macht der Bürger, Was motiviert die Protestbewegungen?*, Reinbek b. Hamburg 2013.

32 Walter, *Bürger in Bewegung*, S. 10.

33 Die Rolle der Massenmedien und die massenmediale Darstellung der Proteste wie auch eigene Medienaktivität der Protestierenden wäre zwar vor dem Hintergrund der Rolle der Medienmacht in der Postdemokratie durchaus interessant, soll hier aber nur beiläufig behandelt werden.

Erosion und Renaissance städtischer Proteste und Initiativen in der Bewegungsgesellschaft

In den vergangenen Jahrzehnten haben zwei zunächst widersprüchlich erscheinende Befunde die Untersuchung städtischer Proteste geprägt: Einerseits besteht die Einschätzung, dass aufgrund der zunehmenden Konflikthaftigkeit gesellschaftlicher Entscheidungen eine Situation bestehe, in der immer »irgendjemand protestiert«³⁴: Gerade in der Planung von Großprojekten – wie umfangreichere Infrastrukturmaßnahmen, Stadtbauvorhaben und Großereignissen – sind erhebliche Interessenskollisionen und mithin auch daraus erwachsende Proteste von Betroffenen und Widerstand von InteressensvertreterInnen weitgehend alltäglich. Gesamtgesellschaftlich kann spätestens seit den 1970er Jahren von einer kontinuierlichen Verbreiterung von Protestanlässen, -akteuren und -formen ausgegangen werden, die prinzipiell auch zu einem zwar überaus unsteten, über die Gesamtdauer des Bestehens der Bundesrepublik aber eindeutigen Anstieg der Zahl von Protesten und ProtestteilnehmerInnen ausgegangen werden.³⁵ Entsprechend wurde für die Bundesrepublik von einer »Demonstration Democracy«³⁶, »Protestgesellschaft«³⁷ oder auch »Bewegungsgesellschaft«³⁸ gesprochen.³⁹

Andererseits durchlaufen soziale Bewegungen auch Phasen relativ geringerer Aktivität und bringen nur zeitweise Protestereignisse hervor.⁴⁰ So führten die umfänglichen Voraussetzungen öffentlichen und insbesondere

34 Thorsten Bonacker, Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien – Einleitung und Überblick, in: ders. (Hg.), Sozialwissenschaftliche Konflikttheorien. Eine Einführung, Wiesbaden 2008, S. 9-32, hier S. 11.

35 Dieter Rucht, Politischer Protest in der Bundesrepublik: Entwicklungen und Einflussfaktoren, in: Beate Hoecker (Hg.), Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest, Opladen 2006, S 184-208.

36 Amitai Etzioni, Demonstration democracy, New York 1970.

37 Harry Pross, Protestgesellschaft. Von der Wirksamkeit des Widerspruchs, München 1992.

38 Friedhelm Neidhardt/Dieter Rucht, Auf dem Weg in die »Bewegungsgesellschaft«? Über die Stabilisierbarkeit sozialer Bewegungen, in: Soziale Welt 3 (1993).

39 Rucht, Politischer Protest in der Bundesrepublik: Entwicklungen und Einflussfaktoren, S. 184.

40 Vgl. die Vorstellung von »cycles of contention« bei Sidney Tarrow, Power in movement. Social movements and contentious politics, Cambridge 2011 sowie die Vorstellung von sozialen Bewegungen als emergente Formen bei Fainstein/Fainstein, S. 189.

kollektiven Protests⁴¹ in den 1990er Jahren insbesondere auf der lokalen Ebene (mit ihren besonderen Restriktionen hinsichtlich der Mobilisierung) zu einer »Erosion von Protest- und Widerstandspotenzialen«. ⁴² Trotz einzelner Massenproteste mit großen Teilnehmerzahlen sank die Anzahl der Protestereignisse kontinuierlich. ⁴³ Die Frage, »where have urban movements gone?«⁴⁴, konnte auch für die »Politik- und Verwaltungsebene, die den Bürgern am nächsten ist«, wie es in der Agenda 21 über die Kommunen heißt, in weitgehender Übereinstimmung mit Thesen der Entpolitisierung bzw. Politikverdrossenheit beantwortet werden: Warum sollten sich ausgerechnet die »schwachen« BürgerInnen in der Postdemokratie ihrer demokratischen Möglichkeiten besinnen? Aus der Einschätzung heraus, ihre Meinung zähle ohnehin nicht, verzichteten die BürgerInnen demnach nicht nur auf die Teilnahme an Wahlen und sonstigen Verfahren der offiziellen Bürgerbeteiligung, sondern verzichteten auch auf die ohnehin risikoreicheren, häufig ressourcenintensiven, so genannten »unkonventionellen«⁴⁵ Partizipationsformen und beschränken sich auf die unpolitische Beschwerde. ⁴⁶

Aus der Protest-⁴⁷ und Bewegungsliteratur⁴⁸ können weitere Indizien für das zunehmend negative Zusammenspiel von Mobilisierungsstrukturen und Kontextfaktoren seit den 1990er Jahren angeführt werden: Ausgerechnet der bereits seit den 1970er Jahren bestehende Trend zur Pluralisierung von Inhalten, Formen und Anhängerschaft der Proteste unterstützte die Erosion

41 Rucht, Politischer Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen 2001, S. 8.

42 Mayer, Städtische soziale Bewegungen, S. 306.

43 Für den Zeitraum 1993 bis 2003 siehe Rucht, Politischer Protest in der Bundesrepublik: Entwicklungen und Einflussfaktoren, S. 189.

44 Chris Pickvance, Where have urban movements gone?, in: Sadler Hadjimichalis (Hg.), Europe at the margins, Chichester 1995.

45 Beate Hoecker, Politische Partizipation: systematische Einführung, in: Beate Hoecker (Hg.), Politische Partizipation zwischen Konvention und Protest, Opladen 2006, S. 3-20, hier: S. 11.

46 Zur Unterscheidung von Protest und Beschwerde vgl. etwa Jeff Goodwin/James M. Jasper (Hg.), The social movements reader. Cases and concepts, Malden (MA) 2003. Andere Autoren sehen Beschwerden – etwa in Form von Bittschriften und Resolutionen – bereits als Protestform an (etwa Dieter Rucht, Flughafenprojekte als Politikum. Die Konflikte in Stuttgart, München und Frankfurt, Frankfurt a. M./New York 1984).

47 Etwa Rucht (Hg.), Protest in der Bundesrepublik. Strukturen und Entwicklungen, S. 200-202.

48 Vgl. Karolos-Iosif Kavoulakos, The emergence, development and limits of the alternative strategy of the urban movements in Germany, in: City 3 (2006); Mayer, Städtische soziale Bewegungen.

zusätzlich, führte er doch zu einer so starken Zersplitterung des Bewegungsmilieus, dass nur selten eine kritische Masse für ein Ziel mobilisiert werden konnte. Und auch die Institutionalisierung und politische Integration von Teilen der früheren städtischen Bewegungen hatte negative Folgen für die Mobilisierung, indem eine Radikalisierung der verbleibenden nicht-institutionellen Teile einsetzte, die trotz einer Verbreiterung der Bevölkerungsgruppe, die potenziell an Protestaktionen, alternativen Projekten und Ähnlichem teilnehmen würde⁴⁹, zu einer Begrenzung der Zahl der tatsächlichen Teilnehmer führte.

Auch wenn man aus guten Gründen eher von einer Veränderung des politischen Engagements spricht als von einem Ausbleiben politischer Partizipation, ist ein Rückgang der Protestneigung in der Bevölkerung erklärbar: Frühere »Bewegungsorganisationen«⁵⁰ – einschließlich der sogenannten »alternativen Projekte«⁵¹ – sind weitgehend in den zivilgesellschaftlichen Teil des gegenwärtigen Governance-Modus integriert worden, ihre Akteure haben sich transformiert und gleichen denen von Nichtregierungsorganisationen oder sozialen Trägern, und sie reproduzieren sich – »manche erfolgreich, viele prekär«⁵² – vor allem durch staatliche Programme. Damit sind sie häufig nicht oder doch zumindest nur eingeschränkt in der Lage, Proteste zu organisieren, die auch ihre Mittelgeber adressieren würden, die Ressourcenmobilisierung für Protest ist insgesamt erschwert. Zudem führte auch die schrittweise politische wie gesellschaftliche Akzeptanz der Bewegungen und Initiativen sowie ihre Einbindung in kooperative Verfahren zu einem für das Entstehen neuer Initiativen und Bewegungen ungünstigen politischen und gesellschaftlichen Kontext. Innerhalb der *Bewegungsgesellschaft* übernehmen diese mittlerweile fest institutionalisierten⁵³ »Bewegungsorganisationen« (insbesondere die aus der Alternativbewegung entstan-

49 Geißel/Thillman, Partizipation in Neuen Sozialen Bewegungen.

50 Hanspeter Kriesi, The organizational structure of new social movements in a political context, in: Doug McAdam (Hg.), Comparative perspectives on social movements, Cambridge 1996, S. 166-171.

51 Kavoulakos, The emergence.

52 Mayer, Städtische soziale Bewegungen, S. 306.

53 Kavoulakos, The emergence, S. 343; Roland Roth, Demokratie von unten. Neue soziale Bewegungen auf dem Wege zur politischen Institution, Köln 1994, S. 182-230.

nen politischen Verbände) die Rolle der politischen Parteien, den politischen Willen ihrer AnhängerInnen zu repräsentieren.⁵⁴ Zusätzlich hat die Bewegung mit der Anti-Parteien-Partei »Die Grünen« quasi einen parlamentarischen Arm entwickelt, dessen Beteiligung an Regierungen auf Bundes- und Landesebene sowie seine kommunalpolitische Einbindung die eigene Protestneigung und die ihrer Mitglieder und SympathisantInnen lähmte⁵⁵ und insbesondere auch die Spontaneität ihrer Aktionen verringerte.⁵⁶

In den vergangenen Jahren nun haben sich nicht nur in den südeuropäischen Krisenstaaten neue nationale Protestbewegungen etabliert, sondern es sind globale Bewegungen entstanden, die wie »Occupy« und »WikiLeaks« neue Protest- und Widerstandspotenziale gefunden und insbesondere globalisierungskritische Themen aufgegriffen haben. Wie eingangs bereits beschrieben, entstanden auch im lokalen Maßstab vieler deutscher Großstädte neue Proteste, Initiativen und vielleicht sogar Bewegungen.⁵⁷ In ähnlicher Weise werden auch international vermehrt städtische Proteste und Initiativen wahrgenommen – sowohl in der westlichen Welt als auch dem globalen Süden.⁵⁸ Diese lokalen Proteste stehen teilweise in einer direkten Austauschbeziehung zu den globalen Phänomenen und werden daher manchmal als »(Re-)Lokalisierung«⁵⁹ der Globalisierungskritik verstanden. Dies wird insbesondere dort sichtbar, wo lokale Protestnetzwerke im Zusammenhang mit überlokalen Mobilisierungen im Zusammenhang mit politischen Großereignissen wie dem WTO-Gipfel in Seattle entstanden sind⁶⁰ oder eine Verlagerung zum Beispiel der New Yorker *Occupy*-Proteste in *community groups* feststellbar ist.⁶¹ Zudem gibt es deutliche Indizien – und

54 Vgl. Hoecker, Politische Partizipation: systematische Einführung.

55 Kavoulakos, The emergence, development and limits of the alternative strategy of the urban movements in Germany, S. 350.

56 Mayer, Städtische soziale Bewegungen, S. 312-315.

57 Gebhardt/Holm, Initiativen für ein Recht auf Stadt, S. 7.

58 Vgl. etwa Jenny Künkel/Margit Mayer (Hg.), Neoliberal Urbanism and Its Contestations. Crossing Theoretical Boundaries, Basingstoke 2011.

59 Mayer, Städtische soziale Bewegungen, S. 315.

60 Benjamin Heim Shepard/Ronald Hayduk (Hg.), From ACT UP to the WTO. Urban protest and community building in the era of globalization, London, New York 2002.

61 Margit Mayer, Soziale Bewegungen in Städten – städtische soziale Bewegungen?, Universität Hamburg 2012.

in einigen Fällen auch belastbare Belege⁶² – für Lernprozesse zwischen städtischen Protestnetzwerken über Stadt- und Ländergrenzen hinweg. Unabhängig von solchen direkten Zusammenhängen kann allein die mediale Aufmerksamkeit für große Protestereignisse und der sie begleitende öffentliche Diskurs dazu führen, dass zumindest bestimmte Protestformen als kulturell angemessen oder sogar wünschenswert erachtet werden und dadurch eine gesellschaftliche Legitimation für Protesthandlungen über den konkreten Fall hinaus entsteht. Dadurch werden vermutlich auch Nachahmungen von medial vermittelten Protesthandlungen an völlig anderen Orten wahrscheinlicher, die sich nicht unbedingt an Anlässen und Zielen des »Originals« orientieren müssen. Die umfangreiche Berichterstattung über Stuttgart 21 wird etwa als »Initialzündung«⁶³ für sehr unterschiedliche lokale Proteste gesehen, die sich weder gegen vergleichbare Projekte noch dieselben Akteure richten müssen. Entsprechend können sogar internationale Proteste ein »Gelegenheitsfenster«⁶⁴ für lokalen Widerstand eröffnen.

Solche Erklärungsansätze helfen zwar dabei, zu verstehen, warum die aktuell beobachtbaren lokalen Proteste möglich sind, wenngleich sie auch nur einen sehr begrenzten Ausschnitt der Potenzialabschätzung für lokale Mobilisierungen abdecken und insbesondere die Frage der den Protestierenden zur Verfügung stehenden Ressourcen⁶⁵ weitgehend außer Acht lassen. Sie sind aber nur begrenzt dazu geeignet, die Gründe zu untersuchen, warum

62 Vgl. etwa Ulf Stahre, *Stockholm's urban social movements. A study of change, political influence and global connections*, in: *Ethnologia Scandinavica* 39 (2009), S. 99-118; für Zusammenhänge zwischen Protestbewegungen in London und Stockholm und Peter Birke/Chris Holmsted Larsen (Hg.), *Besetze deine Stadt! Bz din by! Häuserkämpfe und Stadtentwicklung in Kopenhagen*, Berlin 2007 für solche zwischen Kopenhagen und Hamburg.

63 Butzlaff/Hoeft/Kopp, *Bürgerproteste an und um den öffentlichen Raum*.

64 Zur Bedeutung von solchen opportunity structures vgl. insbesondere Tarrow und Doug McAdam/Sidney Tarrow/Charles Tilly, *Dynamics of contention*, Cambridge u. a. 2001, zur Kritik an solchen »strukturalistischen Ansätzen« vgl. Jasper 2004.

65 Vgl. allg. etwa John D. McCarthy/Mayer N. Zald, *Resource Mobilization and Social Movements: A Partial Theory*, in: *American Journal of Sociology* 6 (1977); Bob Edwards/John D. McCarthy, *Resources and Social Movement Mobilization*, in: David A. Snow/Sarah A. Soule/Hanspeter Kriesi (Hg.), *The Blackwell Companion to Social Movements*, Oxford 2005; Walter J. Nichols, *The Urban Question Revisited: The Importance of Cities for Social Movements*, in: *IJURR* 4 (2008), S. 842 zeigt die generelle Bedeutung von Städten für die Ressourcenbildung von sozialen Bewegungen.

das Protestpotenzial auch tatsächlich ausgenutzt wird, warum BürgerInnen es trotz des damit für sie verbundenen Aufwands und Risikos für erforderlich halten zu protestieren, und welche Anlässe und Ziele sie damit verbinden. Auf diese konkreten Anlässe soll sich die Analyse einiger ausgewählter bundesdeutscher städtischer Proteste im Folgenden konzentrieren, während die Frage der Ressourcenausstattung erst im Anschluss – und allein mit Bezug zur Trägerschaft der Proteste – in den Blick genommen werden soll.

Anlässe aktueller städtischer Proteste

Wenn an dieser Stelle Anlässe aktueller städtischer Proteste untersucht werden, so geht es um die im lokalen politischen Diskurs direkt geäußerten bzw. wahrgenommenen Anlässe und Ziele – also einerseits um die konkreten Konflikte, andererseits um die im Protest fast immer mitformulierten Alternativen zur Flächennutzung, Stadtraumgestaltung, Ressourcenverwendung etc.⁶⁶ Da eine umfassende Dokumentation und Typologisierung der aktuellen städtischen Proteste noch aussteht, soll im Folgenden der notwendigerweise lückenhafte Versuch unternommen werden, einen ersten Überblick über die aktuellen Geschehnisse zu geben. Hierfür werden drei Zugänge gewählt: Zunächst als Einstieg ein Überblick über verschiedene Interpretationsmöglichkeiten der Stuttgarter Proteste, dann eine Übersicht über Initiativen im Hamburger »Recht auf Stadt«-Netzwerk und schließlich eine eigene Zeitungsrecherche für Berlin. Es soll an dieser Stelle nicht der Versuch unternommen werden, die sehr unterschiedlichen Anlässe zu ordnen oder auch nur weiter zu verdichten. Sie sollen vielmehr zunächst als Beleg für die Vielzahl und Heterogenität städtischer Proteste dienen.

Schon am Protest gegen das Bahn-/Stadtentwicklungsprojekt bzw. für den Erhalt/die Weiterentwicklung des Kopfbahnhofs in Stuttgart lässt sich zeigen, wie heterogen die Anlässe sind, aus denen heraus BürgerInnen »vor

66 Dieser und die beiden nachfolgenden Abschnitte basieren auf einem ausführlicheren Artikel des Autors: Grischa Frederik Bertram, Wir sind die Zielgruppe! Zur Bedeutung bürgerschaftlichen Protests bei der Konstruktion von Zielgruppen, in: Uwe Altröck/Sandra Huning/Thomas Kuder/Henning Nuissl (Hg.), Zielgruppen in der räumlichen Planung. Konstruktionen, Strategien, Praxis, Berlin 2014.

Ort« politisch aktiv werden. Schon die Schrägstriche im vorangegangenen Satz zeigen dabei, dass Protestanlässe und -ziele einerseits so komplex sind, dass eine Nennung nur noch als extrem verdichtete Chiffren wie »gegen Stuttgart 21« oder – bereits als Ziel umformuliert – »oben bleiben« möglich ist, damit alle Betroffenen oder in ihren jeweiligen Interessen angesprochenen Akteure bzw. Einzelpersonen und Netzwerke mobilisiert werden können. Dies bedeutet dann aber jeweils bereits eine erhebliche Reduktion, für die ein umfassender Framing-Prozess erforderlich ist, welcher maßgeblich zur öffentlichen Wahrnehmung der Problematik beigetragen hat.⁶⁷

Dabei zeigt sich zum einen, dass es in Stuttgart um eine große Vielzahl von sehr unterschiedlichen Anlässen ging und geht. Diese Heterogenität, die auch andernorts vor allem anhand großer Protestereignisse und Meta-netzwerke festgestellt wird, kann zunächst als ein Abbild der komplexen Projekte und Programme, auf die sich die Proteste beziehen – gerade in Fragen der Stadtentwicklung – richten: »Es gibt viele Gründe für den Protest.«⁶⁸ Zum anderen erscheint der Erfolg – oder zumindest die erfolgreiche Mobilisierung – der Stuttgarter Proteste maßgeblich darauf zurückzuführen zu sein, dass ein Zusammenschluss von unterschiedlichen Betroffenen und Interessen trotz erheblicher politischer, organisatorischer und letztlich auch habitueller Unterschiede zumindest punktuell gelungen ist. Diese Zusammenführung heterogener Motivationen zu einer einzigen Protestbewegung wird von einigen BeobachterInnen als die eigentliche Neuheit der aktuellen Ereignisse beschrieben⁶⁹. Während viele der aktuellen Anlässe, Ziele und auch Akteure bereits in vorangegangenen Protestphasen vertreten waren, wurden sie damals als weniger verbunden wahrgenommen – so zumindest die heutige Rückschau.

67 Zum Framing vgl. etwa David A. Snow, Framing Processes, Ideology, and Discursive Fields, in: David A. Snow/Sarah A. Soule/Hanspeter Kriesi (Hg.), *The Blackwell Companion to Social Movements*, Oxford 2005, William A. Gamson/David S. Meyer, Framing political opportunity, in: Doug McAdam (Hg.), *Comparative perspectives on social movements*, Cambridge 1996.

68 Holm, zit. i. Ulrich Paul, »Es gibt viele Gründe für den Protest«. Interview, in: *Berliner Zeitung* (24.3.2012).

69 Etwa Margit Mayer, Recht auf die Stadt-Bewegungen in historisch und räumlich vergleichender Perspektive, in: Andrej Holm/Dirk Gebhardt (Hg.), *Initiativen für ein Recht auf Stadt, Theorie und Praxis städtischer Aneignungen*, Hamburg 2011, S. 53.

In der Diskussion um Stuttgart 21 und der darauf bezogenen Proteste wurden häufig neben inhaltlichen Protestanlässen solche genannt, die die Verfahren der Planung und Entscheidung des Projekts betreffen. Wolfgang Schorlau⁷⁰ etwa fasst die vielfältigen Protestanlässe in den beiden Kategorien »Bahnhof« und »Demokratie« zusammen – wozu etwa auch Forderungen nach »Transparenz« und gegen »schwarzen Filz« gehören. Viele verfahrensbezogene Anlässe haben für die Mobilisierung von Protestierenden sicher eine zentrale Rolle gespielt. So zeigte zum Beispiel die Befragung von DemonstrantInnen, dass die Entscheidung der Stadt Stuttgart, das Bürgerbegehren abzulehnen, mit Abstand am meisten Menschen »erstmalig«⁷¹ dazu veranlasst hat, sich gegen Stuttgart 21 zu engagieren. Dennoch sollen an dieser Stelle die sachlichen Anlässe im Vordergrund stehen, da diese einerseits gerade in der planungswissenschaftlichen Debatte bislang häufig außen vor bleiben⁷² und dies einseitig zur Forderung nach einer Anpassung der Planungs- und Entscheidungsprozesse führt, zum Beispiel einer Abkehr von der »Basta-Politik«⁷³ und hin zu stärker deliberativen Verfahren. Andererseits soll davon ausgegangen werden, dass mit veränderten Planungsprozessen die sachlichen Konflikte nicht behoben und bestenfalls anders verhandelt und damit auch Interessensausgleiche geschaffen werden.

Diese inhaltlichen Anlässe sind im Stuttgarter Fall nicht nur auf der lokalen Ebene zu suchen und haben daher nicht nur BewohnerInnen Stuttgarts und der Region angesprochen – wengleich bundesweite Protestaktionen häufig auch als interlokale Sympathisierungen verstanden werden können.

70 Vgl. auch im Folgenden Wolfgang Schorlau (Hg.), Stuttgart 21. Die Argumente, Köln 2010.

71 Auch im Folgenden Dieter Rucht/Britta Baumgarten/Simon Teune/Wolfgang Stuppert, Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21. Pressekonferenz 27.10.2010, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung 2010, S. 5. 31 % der Befragten gaben dieses Ereignis an, gefolgt vom Abriss des Seitenflügels im August 2010 mit lediglich 16 %.

72 Gleichmaßen übrigens auch emotionale Beweggründe, wengleich viele Einschätzungen über die Konfliktgegenstände emotional geprägt sein können und Emotionen daher seit einiger Zeit ein wichtiges Thema in der Protest- und Bewegungsliteratur darstellen, vgl. etwa Jeff Goodwin/James M. Jasper/Francesca Polletta, Emotional Dimension of Social Movements, in: David A. Snow/Sarah A. Soule/Hanspeter Kriesi (Hg.), The Blackwell Companion to Social Movements, Oxford 2005; James M. Jasper, The Emotions of Protest, in: Jeff Goodwin/James M. Jasper (Hg.), The social movements reader. Cases and concepts, Malden (MA) 2003.

73 Eric M. Tenz, Lehren aus Stuttgart 21. Von der Basta-Politik zur deliberativen Demokratie, in: PND online (2011), IV.

Gerade die Bedenken, dass die öffentliche Hand Geld verschwende, finden auf nationaler Ebene etwa in den Anti-Euro-Protesten (gegen den Euro-»Rettungsschirm«)⁷⁴ ihre Parallele. Die sich in diesen Protesten äußernde bürgerliche Sorge um Besitzstandswahrung, ein bundesweites Phänomen, wurde stark verallgemeinernd auch auf die Stuttgarter ProtestlerInnen übertragen⁷⁵ – ihr Slogan »oben bleiben!« wäre aus dieser Sicht nur ein verbrämter Wunsch nach gesellschaftlichem Klassenerhalt.

Dennoch sollen zumindest viele der Proteste als städtisch bzw. stadtpolitisch verstanden werden, da einerseits eine Ortsgebundenheit der Anlässe in der Stadt(region) Stuttgart besteht und andererseits der die Stadt wesentlicher Adressat ist. So wird mancher Stuttgarterin zum Beispiel die Belastung von BahnkundInnen, Bundes- und Landeshaushalt weit ferner gewesen sein als die für sie wesentlich direkter spürbaren Auswirkungen auf den Etat der Landeshauptstadt. Schon die Titel der Schlichtungssitzungen zeigen, dass es neben der »Kosten- und Wirtschaftlichkeitsrechnung« um ein großes Spektrum verschiedener Themenkomplexe ging⁷⁶:

- »Strategische Bedeutung und verkehrliche Leistungsfähigkeit des Bahnknotens Stuttgart 21«;
- »Leistungsfähigkeit des Bahnknotens Stuttgart 21«;
- »Neubaustrecke Wendlingen-Ulm«;
- »Kopfbahnhof 21«;
- »Ökologie und städtebauliche Entwicklung«;
- »Geologie, Sicherheit und Bauablauf«;
- »Auswirkungen auf Regional- und Nahverkehr«.

Hier zeigt sich, welche Bedeutung die Funktionsweise des Bahnhofs und der dazugehörigen Strecken nicht nur für die öffentliche Wahrnehmung, sondern auch für den Protest selbst hatte. In der Debatte wurden sehr unterschiedliche Bedenken angeführt: dass sich der öffentliche Personennahverkehr verschlechtere, dass der geplante Bahnhof insgesamt wenig leistungsfähig sei, dass die unterirdische Verlegung Komfortverluste mit sich bringe und

74 David Bebnowski/Nils Kumkar, »Jeder hat Angst, seinen Besitzstatus zu verlieren«. Die Anti-Euro-Proteste, in: Franz Walter (Hg.), Die neue Macht der Bürger, Was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek b. Hamburg 2013.

75 Gert Kähler, Recht auf das Gewohnte, in: PND online II (2011).

76 Schlichtung Stuttgart 21. URL: <www.schlichtung-s21.de> (10.4.2013).

nicht behindertengerecht ausgestaltet sei und vieles mehr. Im Rahmen der Schlichtung konnte ein anderer Protestanlass nur noch protokollarisch gewürdigt: der Verlust eines architektonischen Werkes und Baudenkmals, das zu diesem Zeitpunkt bereits abgerissen war. Im Bereich der Umweltverträglichkeit des Vorhabens ging es nicht nur um Belange des Naturschutzes (wie etwa die Zerstörung des Lebensraums des Juchtenkäfers und die Fällung alter Bäume, die durch die Aktionen der »Parkschützer«-Initiative zwar von erheblicher mediale Resonanz begleitet war, jedoch kaum zur Mobilisierung neuer Protestierender beitrug)⁷⁷, sondern auch um die Lebensqualität der Menschen durch Eingriffe in den beliebten Schlosspark und stadtklimatische Auswirkungen. Hierzu lässt sich auch die potenzielle Zerstörung bzw. Verunreinigung von Mineralquellen zählen, die zu den geologischen Risiken für Bevölkerung und deren Eigentum zählen. Schließlich wurden auch die durch das Verwertungsinteresse der Investoren und den Veräußerungswunsch der Stadt bestimmte Gestaltung der neuen Stadtquartiere (Europa- und Rosensteinviertel) kritisiert. Die Entwicklung dieser immerhin rund hundert Hektar in bester Lage und weitere Stadtentwicklungsfragen blieben in der Stuttgarter Diskussion zweitrangig.

Anders im Norden der Republik, in Hamburg: Dort sind Probleme der Stadtentwicklung zentraler Ausgangspunkt der Proteste und können wesentlich detaillierter untersucht werden. Die sich als »wachsende Stadt«⁷⁸ vermarktende Metropole hat sich neben Berlin zum »geographische[n] Schwerpunkt für Aktivitäten [mit Stadtentwicklungsbezug] herauskristallisiert«.⁷⁹

Auch zu den Protesten des Hamburger Netzwerks »Recht auf Stadt« erscheint zunächst ein Hinweis auf ihr spezifisches Framing angebracht, das (stärker noch als in Stuttgart) auf das Selbstverständnis der Protestierenden zurückzuführen ist. Diese Selbsteinschätzung der Protestierenden wurde in der journalistischen Berichterstattung und in der (erst noch rudimentär

77 Vgl. Rucht/Baumgarten/Teune Stuppert, Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21, S. 5.

78 So das städtische Leitbild von 2002; vgl. etwa Marcus Menzl, Hamburg – Reurbanisierungsprozesse in einer wachsenden Stadt, in: Klaus Brake (Hg.), Reurbanisierung. Zwischen Diskurs und Realität, Wiesbaden 2012; Uwe Altröck/Dirk Schubert, Wachsende Stadt. Leitbild, Utopie, Vision?, Wiesbaden 2004.

79 Butzlaff/Hoefl/Kopp, Bürgerproteste an und um den öffentlichen Raum, S. 53.

vorhandenen) Forschung relativ unkritisch übernommen. Weder wird die Verbindung der heterogenen Themen unter dem trotz vieler älterer internationaler Beispiele⁸⁰ zunächst relativ willkürlich gewählten Begriff »Recht auf Stadt«⁸¹ hinterfragt, noch wird die Vorstellung eines offenen, relativ losen Netzwerks überprüft, wengleich gelegentlich auch von einer »Bewegung« gesprochen wird.⁸²

Hervorgegangen aus relativ »konkrete[n] Nachbarschaftskonflikte[n]«⁸³ – wie der »Es regnet Kaviar«-Initiative in St. Pauli oder dem Protest für den Erhalt des »Centro Sociale« im Schanzenviertel⁸⁴ – schaffte es das Initiativen-Bündnis seit 2009, durch beständige Aktionen und mediale Aufmerksamkeit einen teils an den konkreten Problemen, teils an gesamtstädtischen Politiken und Entwicklungen orientierten Diskurs aufrechtzuerhalten. In allgemeiner Form bezeichnen viele AktivistInnen die »neoliberale Stadtentwicklungspolitik«⁸⁵ als den allgemeinen Nenner ihrer Proteste. Konkreter ist damit zum einen das 1983 ausgerufenen, wettbewerbsorientierte städtische Leitbild des »Unternehmen Hamburg« gemeint, zum anderen der Gentrifizierungskurs durch »Immobilien-Verwertungs-Koalitionen« innerhalb der städtischen Elite gemeint.⁸⁶ Füllner und Templin, selber aktiv innerhalb des Bündnisses, nennen fünf »inhaltliche Schwerpunkte [...], die sich in den einzelnen Initiativen oftmals überlagern, aber teilweise auch widersprechen [...]: 1. die allgemeine Frage der Gentrifizierung, der Umstrukturierung und »Aufwertung« einzelner Stadtteile, 2. die Frage nach der Rolle von »Kreativen« und Räumen für KünstlerInnen und Subkultur, 3. die ökologische Frage in Form städtischer Grünflächen und 4. die Mieten-, Wohnraum- und Leerstandsproblematik. All diesen Themenkomplexen sind darüber hinaus 5. Fragen von Demokratie, Teilhabe und Aneignung gemein«.⁸⁷

80 Gebhardt/Holm, Initiativen für ein Recht auf Stadt, S. 7.

81 Peter Birke, Das Netzwerk Recht auf Stadt in Hamburg, Universität Hamburg 2012.

82 Gebhardt/Holm, Initiativen für ein Recht auf Stadt, S. 7.

83 Ebd., S. 21.

84 Jonas Füllner/David Templin, Stadtplanung von unten. Die Recht auf Stadt Bewegung in Hamburg, in: Andrej Holm/Dirk Gebhardt (Hg.), Initiativen für ein Recht auf Stadt. Theorie und Praxis städtischer Aneignung. Hamburg, S. 79-104, hier S. 80-81.

85 Auch im Folgenden ebd., S. 82.

86 Christoph Twickel, Gentrifidingsbums oder eine Stadt für alle, Hamburg 2010, S. 101.

87 Füllner/Templin, Stadtplanung von unten, S. 82, Absätze G. B.

Gegenüber verschiedenen »Recht auf Stadt«-Initiativen weltweit, die zusätzlich auch Sozialabbau und Globalisierung als Handlungsfelder ihrer Netzwerke beschreiben und damit noch weitere Schnittstellen zu den städtischen Bewegungen »gegen die neoliberale Stadt« der 2000er Jahre finden, stellt die Aufzählung der Hamburger Protestschwerpunkte eine deutliche Einengung auf »verräumlichte Konflikte« dar⁸⁸, die zum Teil sogar begrifflich noch enger gefasst werden, nämlich als »Hamburger Initiativen im Kampf gegen Gentrifizierung«. In anderen deutschen Städten, in denen derzeit ähnliche Netzwerke entstehen, kann das durchaus anders gelagert sein.

Um diese beiden sehr spezifischen und besonders prominenten Beispiele zu ergänzen und die Vielfalt städtischer Proteste ein Stück weit abzubilden, sollen im Folgenden Ergebnisse einer eigenen Auswertung von Artikeln und Meldungen aus vier Berliner Tageszeitungen wiedergegeben werden. Für das Jahr 2011 wurden in insgesamt 503 Zeitungsmeldungen aus den Online-Archiven von Tagesspiegel, B. Z., Berliner Morgenpost und der Berlin-Ausgabe der Tageszeitung Beschreibungen von 64 verschiedenen raumbezogenen städtischen Protesten in Berlin identifiziert.⁸⁹ Die Auswertung zeigt, dass zwar viele der Proteste in einem ähnlichen Spektrum verortet werden können wie die zuvor genannten aus Hamburg. Es zeigen sich aber auch deutliche Unterschiede. Das für Hamburg zentrale Themenfeld Gentrifizierung, bei dem vor allem die Aufwertung »von ehemals von ArbeiterInnen und MigrantInnen geprägten innerstädtischen Stadtteilen [...] zu hippen Wohn-, Einkaufs- und Ausgevierteln«⁹⁰ kritisiert wird, ist in Berlin 2011 nur mit einer Reihe kleinerer Konflikte vertreten (Störungen durch eine Großveranstaltung, Ausweitung von Marktnutzungen). Gentrifizierung oder auch die ab 2012 vermehrt thematisierte »Touristification« werden zudem nur selten

88 Auch im Folgenden: Recht auf Stadt. URL: <www.rechtaufstadt.net> (26.6.2012).

89 Insgesamt wurden 1.293 Meldungen gefunden, die den Begriff »Protest« enthielten. Davon wurden in 1.024 Meldungen (bürgerschaftliche) Proteste beschrieben, von denen allerdings nur 958 tatsächlich in Berlin stattfanden und nicht zum Beispiel im brandenburgischen Umland. In 321 Artikeln wurden überlokale Proteste und deren lokale Ereignisse wie etwa Demonstration innerhalb des Tarifkampfs, Camps der Occupy-Bewegung oder Aktionen gegen Atomkraft beschrieben, für die Proteste in weiteren 134 Meldungen konnte kein Raumbezug festgestellt werden, weil etwa wegen der Berliner Bildungspolitik demonstriert wurde.

90 Füllner/Templin, Stadtplanung von unten, S. 83.

dezidiert benannt. Das »Mediaspree«-Projekt stellt hier eine Ausnahme dar, wird aber vor allem wegen der verdrängten Räume für Kreative und Subkultur thematisiert. Ansonsten überwiegen Berichte über Proteste gegen Schließungen von (vormals) alternativen Projekten und Szeneläden (»Tacheles«, ein zeitweise besetztes Ladenlokal in der Scharnweberstraße 29). In Hamburg hingegen wird etwa mit der Besetzung des Gängeviertels unter dem Motto »Komm in die Gänge« auch die Schaffung neuer »Freiräume«⁹¹ thematisiert. Dort sind ökologische Themen eher randständig⁹² und maßgeblich auf städtische Grünflächen einschließlich Schrebergärten beschränkt. In Berlin ist ökologischer Protest prominenter, es kommen insbesondere noch eine ganze Reihe von Protesten gegen die Fällung von Allee- und Platzbäumen hinzu. Im Bereich Wohnungspolitik ist die Protestlage in Berlin der Hamburgs recht ähnlich, so wurde in Berlin etwa über eine Störungsaktion zur »Langen Nacht der Wohnungsbesichtigungen« der Immobilienwirtschaft berichtet, die an Hamburgs »fette Mieten Partys« erinnert, bei denen Wohnungsbesichtigungen gestört werden. Zudem wird auch über eine Reihe von Aktionen gegen Zwangsräumungen alternativer Wohnprojekte, maßgeblich der »Liebig 14«, berichtet.

Bereits Füllner und Templin weisen darauf hin, dass die anlassübergreifende Diskussion über Teilhabe und demokratische Spielregeln zumindest im Bereich der räumlichen Aneignung oft mit sachlichen Protestanlässen verknüpft ist. Für Berlin können eine Reihe von Protestanlässen ausgemacht werden, die sich direkt auf die Nutzung öffentlicher Räume beziehen: Proteste gegen ein Grillverbot in einem städtischen Park, die Schließung eines Jugendfreizeitparks oder das Verbot der jährlichen Wasserschlacht auf der Oberbaumbrücke sind auch innerhalb des »Recht-auf-Stadt«-Netzwerks denkbar. Die in der Berliner Berichterstattung häufig genannten Proteste gegen die Raumeignung durch rechtsradikale Parteien sind allerdings nur bedingt und solche gegen Fahrradrowdys oder auch gegen die Ausschreitungen am 1. Mai kaum kompatibel.

Über diese Kategorisierung hinaus sind Proteste im Rahmen von Infrastrukturplanungen bundesweit ein wesentlicher Teil zeitgenössischer Be-

91 Ebd., S. 84.

92 Hamburger Manifest der Projektgruppe Stadtnatur, Hamburg 2011.

troffenenproteste.⁹³ An erster Stelle sind hier die Proteste gegen den neuen Hauptstadtflughafen zu nennen. Bundesweite Beachtung fanden auch die Auseinandersetzungen um die »Kastanienallee«⁹⁴ und die Verlängerung der Stadtautobahn A100. Daneben – und mit weitaus geringerer überregionaler Beachtung – wurde in Berlin gegen die Errichtung eines Gefängnisses und einer Windkraftanlage protestiert, gegen den Mangel und die Reduzierung von Infrastrukturangeboten. Am seltensten wurde über Proteste gegen die konkreten Auswirkungen von Bauarbeiten berichtet wie Ruhestörung oder Einschränkungen des Geschäftsbetriebs oder Kosten, die für die Anlieger entstehen. Dies kann möglicherweise aber auch an der in der Berliner Lokalpresse relativ hohen Wahrnehmungsschwelle⁹⁵ liegen.

Neben diesen verschiedenen Infrastruktur-bezogenen Protesten lässt sich eine ganze Reihe von Protesten zusammenfassen, die aus antifaschistischen und ähnlichen politisch linksgerichteten Gründen auf Veränderungen im Raum reagieren (»Naziläden«, »keine Ruhe« für NS-Kriegsverbrecher, öffentlicher Auftritt von Thilo Sarrazin). In diese Kategorie wurden außerdem Proteste gegen ein Abschiebegefängnis sowie gegen Übergriffe auf linke Gruppen eingeordnet. Auch einige andere lokale, raumbezogene Proteste können als direkte Lokalisierung von gesellschaftlichen Bewegungen angesehen werden: lokale Mitglieder der Umwelt- und Antiatombewegung demonstrierten gegen Standorte für eine Kohlendioxidspeicherung sowie einen Forschungsreaktor. DenkmalschützerInnen begleiteten den Abriss der Deutschlandhalle mit einer Protestaktion und kritisierten die Demontage historischer Gaslaternen.

93 Stine Marg/Christoph Hermann/Verena Hambauer/Ana Belle Becké, »Wenn man was für die Natur machen will, stellt man da keine Masten hin«. Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende, in: Franz Walter (Hg.), Die neue Macht der Bürger, Was motiviert die Protestbewegungen?, Reinbek b. Hamburg 2013 beschreiben etwa solche im Rahmen der Energiewende.

94 In Anlehnung an die Stuttgarter Auseinandersetzungen auch »K21« genannt; vgl. Axel Schubert, Lange Wege und starke Worte bei Stuttgart 21 – zugleich ein Plädoyer für K21-minus. Emanzipation als nötiges Gegenmittel gegen Geißlers nachhaltige Beruhigungspille, URL: <www.planung-neu-denken.de/images/stories/pnd/dokumente/2_2011/s21_schubert.pdf> (12.11.2015).

95 Vgl. Rucht, Politischer Protest in der Bundesrepublik: Entwicklungen und Einflussfaktoren, S. 186-187.

Trägerschaft aktueller städtischer Proteste

Bei der Frage der Trägerschaft der aktuellen städtischen Proteste scheint es angebracht, weder allein auf Berichte von Aktiven noch auf die häufig oberflächlichen medialen Darstellungen zu vertrauen, sondern die wenigen vorhandenen empirischen Untersuchungen zu Hilfe zu nehmen. Innerhalb der Massenmedien werden vor allem zwei wesentliche Merkmale angeführt: Die Protestaktionen sind entweder »bunt« oder »bürgerlich«, wobei die Bewertungen dieser Attribute erwartungsgemäß unterschiedlich bewertet werden. Ob die konstatierte Heterogenität der Protestaktivitäten allerdings etwas Neues sei und ob es sich den protestierenden BürgerInnen um »Wutbürger«⁹⁶ oder »Mutbürger«⁹⁷ handelt, ist umstritten.

Auch von Seite der Protestierenden wird häufig ihre einmütige Vielfalt beschrieben: »Alte und Junge, Schüler, Studenten und Lehrlinge, Pensionierte und Rentner, Arbeitnehmer und Arbeitgeber waren da zusammen, um gegen [Stuttgart 21] zu protestieren [...].«⁹⁸ Viele Selbstdarstellungen gehen noch einen Schritt weiter und reklamieren Universalität oder zumindest eine allgemeine Nutznießerschaft für ihre Protestaktionen: »Wir bleiben alle«⁹⁹ ist schon seit einigen Jahren ein Hauptslogan von wohnraum- und mietenbezogenen Protesten in Berlin – vom besetzten Haus bis zu Auseinandersetzungen um einen Altentreff.¹⁰⁰ In ähnlicher Weise fordern Initiativen, die sich wie Teile des Hamburger Netzwerks »Recht auf Stadt« mit steigenden Mieten, Gentrifizierung und Verdrängung beschäftigen, eine »Stadt für alle«.¹⁰¹

96 Dirk Kurbjuweit, Der Wutbürger, in: Der Spiegel, 11.10.2010, URL: <www.spiegel.de/spiegel/print/d-74184564.html> (12.11.2015).

97 Barbara Supp, Die Mutbürger, in: Der Spiegel, 18.10.2010, URL: <www.spiegel.de/spiegel/print/d-74549707.html> (12.11.2015).

98 Rupert Neudeck, Mutbürger. Gelebter Widerstand. Zwölf Beispiele, Oberursel 2011, S. 31; für Hamburg in ähnlicher Weise Christoph Twickel, Gentrifidingsbums oder Eine Stadt für alle, Hamburg 2010.

99 Andrej Holm, Wir bleiben alle! Gentrifizierung – städtische Konflikte um Aufwertung und Verdrängung, Münster i. Westf. 2010. Matthias Bernt/Andrej Holm, Wir bleiben alle?, in: StadtRat (Hg.), Umkämpfte Räume, Städte & Linke, Hamburg 1998.

100 Vgl. Hendrik Ternieden, Senioren als Villenbesetzer in Berlin, URL: <www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/senioren-besetzen-haus-in-berlin-pankow-a-842748.html> (12.11.2015), Konrad Litschko, Wir machen Politik, Alter!, URL: <www.taz.de/15089394/> (12.11.2015).

101 Twickel, Gentrifidingsbums oder eine Stadt für alle.

Auch die Argumente im Stuttgarter Bahnhofstreit scheinen zumindest aus Sicht Budes in ähnlicher Weise von der Vorstellung einer »universelle[n] Gemeinschaft in Zukunft«¹⁰² und »eines lebenswerten Lebens für künftige Generationen« geprägt zu sein. Es wird also darauf verzichtet, eine Träger-schaft zu bezeichnen, sich als Teilmenge der Bevölkerung mit entsprechenden Partikularinteressen auszugeben. Stattdessen wird entweder auf ein unspezifisches »Wir« verwiesen oder gleich »alle« als Bezeichnung der Pro-testierenden angeführt. »Wir« sind dort das eine oder das andere und ge-legentlich alles zugleich, »Klasse« ist eine Vielheit, in der die Reduktion auf eine bestimmte soziale Figur (wie die historische Klasse der Lohnarbeiter) sinnlos wird.¹⁰³ Eine Ähnlichkeit mit dem Motto »Wir sind die 99 Prozent« der Occupy-Wallstreet-Bewegung ist nicht von der Hand zu weisen.

Im Gegensatz zu den universellen Ambitionen der Protestakteure ging die Protestforschung auch schon vor den aktuellen Protestereignissen von einer zunehmenden Heterogenität nicht nur der Protestanlässe und -ziele, sondern auch der Akteure aus, und ihre empirischen Befunde bestätigen die Vorstellung einer allgemeinen Protestgesellschaft nur eingeschränkt. Die zunehmende Themenvielfalt hat schon in den vergangenen rund dreißig Jahren maßgeblich zu einer Erweiterung des soziokulturellen Spektrums der Protestaktiven insgesamt geführt, da insbesondere auch vormalig pro-testabstinente, bürgerlich-konservative Bevölkerungsgruppen bzw. Milieus aktiv geworden sind – nicht einmal die Vereinigung verschiedener Milieus in einem Protest ist vollkommen neu, wie ein Blick auf die Friedensbewegung zeigt.¹⁰⁴ Fraglich ist es jedoch, daraus eine gesamtgesellschaftliche Protest-kontinuität abzuleiten, wie es Bude tut, wenn er schreibt, dass sich mit den aktuellen Protesten »eine lange Geschichte des Protests in der Bundesre-publik« vollende.¹⁰⁵ Denn das frühere Protestklientel der Jungen, Linken und Unterprivilegierten ist in den aktuellen lokalen Protesten zum Teil schon

102 Auch im Folgenden Heinz Bude, Stuttgart 21 – reflexiv, S. 3-5, hier S. 4.

103 Peter Birke, Zurück zur Sozialkritik. Von der »urbanen sozialen Bewegung« zum »Recht auf Stadt«, in: Andrej Holm/Klaus Lederer/Matthias Naumann (Hg.), Linke Metropolenpolitik, Erfahrungen und Perspektiven am Beispiel Berlin, Münster i. Westf. 2011, S. 45.

104 Ebd.

105 Bude, Stuttgart 21 – reflexiv, S. 4.

unterrepräsentiert, bzw. in überlokale Proteste wie Occupy und globalisierungskritische Bewegungen eingebunden.

Aktuelle Erhebungen zu Stuttgart 21 zeigen ein weit homogeneres Bild der Protestierenden als vermutet: Nach Rucht et al. sind die Protestierenden überwiegend zwischen 40 und 64 Jahren alt (62 %, verglichen mit einem Anteil von 36 % an der Gesamtbevölkerung), besitzen zur Hälfte einen Hochschulabschluss und gaben fast ebenso oft an, bei der letzten Bundestagswahl für Bündnis 90/Die Grünen gestimmt zu haben.¹⁰⁶ Die Untersuchung von Walter bestätigt diese Erkenntnisse, weist aber in einem zentralen Punkt eine andere Interpretation auf: Während Rucht et al. eine Mehrheit der TeilnehmerInnen (52,6 %) als »situativ Engagierte« mit »geringe[r] Protesterfahrung« bezeichnen, da sie in den vergangenen fünf Jahren an nur wenigen Protesten teilgenommen haben, kommt Walter zu dem Schluss, dass circa 80 % über langjährige Protesterfahrung etwa aus 68er-Bewegungen oder den Auseinandersetzungen um Atomkraft und Nachrüstung verfügten, häufig allerdings längere Zeit aufgrund anderer Prioritätensetzungen protestabstinent gewesen seien. Entsprechend spricht er auch vom »Aufstand der Generation Joschka«.¹⁰⁷

Ähnliche Zahlen liegen für die übrigen beschriebenen Proteste nicht vor, dennoch gibt es auch hier Hinweise auf eine ähnlich gelagerte Trägerschaft. Eine Auswertung der Berufsangaben von rund 4.100 UnterzeichnerInnen des Hamburger »Recht auf Stadt«-Manifests »Not in Our Name Marke Hamburg« zeigt ein noch klarer begrenztes Milieu¹⁰⁸: 21,8 % gaben »Grafik/Medien«, 19,3 % »Künstler«, 17,2 % »in Ausbildung«, 14,7 % »Wissenschaft«, nur 0,7 % »nicht akademisch« und nur 0,4 % »arbeitslos« an. Diese die »kreative Klas-

106 Rucht et al., Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21; vgl. Britta Baumgarten/Dieter Rucht, Die Protestierenden gegen »Stuttgart 21« einzigartig oder typisch?, in: Frank Brettschneider/Wolfgang Schuster (Hg.), Stuttgart 21, Wiesbaden 2013; Wolfgang Kraushaar, Protest der Privilegierten? Oder: Was ist wirklich neu an den Demonstrationen gegen »Stuttgart 21«?, in: Mittelweg 3 (2011), S. 13-17.

107 Franz Walter, Aufstand der Generation Joschka. Studie zu S-21-Demonstranten, URL: <www.spiegel.de/politik/deutschland/studie-zu-s-21-demonstranten-aufstand-der-generation-joschka-a-729896.html> (12.11.2015).

108 Jürgen Ossenbrügge, »Kampf in den Städten«? Aktuelle Erscheinungsformen und Erklärungen für die (Re-)Urbanisierung der Künstler- und Sozialkritik am Beispiel Hamburg, Jügelhaus der Goethe-Universität Frankfurt a. M. 2012.

se«¹⁰⁹ fast schon karikierende Zusammensetzung der Hamburger Protestakteure wird durch ihre Selbstdarstellungen durchaus bestätigt: »[I]hre überwiegende Herkunft aus dem linksalternativen Mittelklasse-Milieu ... [...] [ist] nicht zu übersehen. [...] [Es] handelt [...] sich zudem nicht um eine Jugendbewegung, der Großteil der Aktiven ist zwischen 30 und 60 Jahren alt.«¹¹⁰

Diese Erkenntnisse können aber nicht ohne weiteres als Beleg für die These eines bürgerlichen »Protests der Privilegierten«¹¹¹ dienen. Das Bürgertum ist spätestens seit der sogenannten »neuen Bürgerlichkeit« längst nicht mehr homogen.¹¹² Die demografisch wie ökonomisch deutlichen Überschneidungen der Trägerschaft mit der gesellschaftlichen *Mitte*, genauer einem bildungsbürgerlichen Milieu, zeigen vor allem die Mobilisierungsfähigkeit der unterschiedlichen Milieus, bestätigt doch der lange Diskurs innerhalb der Protestforschung, »dass gerade die am stärksten Entrechteten und Geknechteten nicht protestieren«.¹¹³ Eine absolute Deprivation bedingt kaum eine Protestteilnahme, eine relative Deprivation schon eher.¹¹⁴

Ebenso lässt sich der Unterschied zwischen dem allgemeinen Anspruch der Protestierenden – »wir«, »alle« – und ihrer Sozialstruktur auf mehrere Weisen interpretieren. Aus Sicht der Aktiven ist hiermit häufig der sozialpolitische Anspruch gemeint, der als »neoliberal« oder »kapitalistisch« bezeichneten Stadtentwicklung, die dafür kritisiert wird, nur wenigen Privilegierten zu dienen, eine »gerechte« Stadtentwicklung entgegenzusetzen, die *allen* dient.

Die auffällige Häufung der sprachlichen Verallgemeinerung soll hier Anlass zur kritischen Reflexion bieten, zumal auch ein exemplarischer historischer Vergleich eine deutliche Verschiebung zeigt: Die Hoffnung und Forderung der Berliner Besetzerszene der 1980er in den von der Kahlschlagsanierung betroffenen Altbauquartieren lautete schlicht »Wir bleiben« – wohl wissend,

109 Richard L. Florida, *Cities and the creative class*. Richard Florida, New York u. a. 2005.

110 Füllner/Templin, *Stadtplanung von unten*, S. 94.

111 Kraushaar, *Protest der Privilegierten?*

112 Vgl. ebd., S. 17.

113 Rucht, *Politischer Protest in der Bundesrepublik: Entwicklungen und Einflussfaktoren*, S. 200.

114 Joan Neff Gurney/Kathleen J. Tierney, *Relative Deprivation and Social Movements: A Critical Look at Twenty Years of Theory and Research**, in: *Sociological Quarterly* 1 (1982); vgl. Geißel/Thillman, *Partizipation in Neuen Sozialen Bewegungen*, S. 171.

dass sie insbesondere viele ärmere und migrantische BewohnerInnen nicht mobilisieren und vielleicht auch nicht für sie sprechen konnten. Ihr »wir« signalisierte eine partikulare Gruppenidentität, keine Universalität. Von heutigen Gentrifizierungs-betroffenen wird in einer vergleichbaren Situation »Wir bleiben alle!« proklamiert.¹¹⁵ Mit dem universalen Anspruch, für alle zu sprechen, wird die Problematik der Exklusion anderer Bevölkerungsteile kaschiert, die nicht oder doch zumindest nur in geringem Umfang vertreten sind, obwohl sie entweder ebenfalls betroffen sind oder sogar gegensätzlich gelagerte Interessen besitzen. So besteht die Gefahr, marginalisierte Bevölkerungsteile zu übersehen, deren Ressourcen nicht ausreichen, sich über ihre individuelle oder gruppenbezogene Betroffenheit auch nur zu beschweren oder Protest zu organisieren, geschweige denn eigenständig Alternativen zu entwickeln. Es ist also zumindest darauf zu verweisen, dass die Verallgemeinerung auch dazu dienen kann, bestehende individuelle Interessen zu verdecken, oder aber einen Vertretungsanspruch darstellt, der von den Vertretenen in der Regel nicht explizit legitimiert sein wird und möglicherweise nicht nur eine Bevormundung, sondern auch eine Fehleinschätzung ihrer Interessen und Ziele darstellt.

Empirische Befunde bestätigen die mangelnde Repräsentativität des »Wir alle«. So waren etwa lediglich 7 % der befragten Stuttgart-21-Demonstranten unter 25 Jahre – statt 25 % in der Gesamtbevölkerung.¹¹⁶ Bei solch deutlichen Verschiebungen mag der Protest zwar in Teilen von »einem Enkel-Motiv beherrscht«¹¹⁷ sein. Ob die so Vertretenen aber mit der proklamierten Version »eines lebenswerten Lebens für künftige Generationen« einverstanden sind und ob die antizipierte »universelle Gemeinschaft der Zukunft« bei dem gleichzeitig vorhandenen stark überproportionalen Akademikeranteil tatsächlich so allgemeingültig ist, sollte nicht nur wissenschaftlich, sondern auch in den Protestgruppen selbst hinterfragt werden.

115 Vgl. aber etwa Füllner/Templin, Stadtplanung von unten, S. 94 für einen kurzen Hinweis.

Als erfolgreiches Gegenbeispiel einer Integration von sozial Benachteiligten wurde zuletzt die Berliner Initiative »Kotti & Co« genannt, URL: <kottiundco.wordpress.com> (7.6.2012).

116 Rucht et al., Befragung von Demonstranten gegen Stuttgart 21.

117 Vgl. auch im Folgenden Bude, Stuttgart 21 – reflexiv, S. 4.

Postdemokratischer Protest?

Was bedeuten diese Befunde nun für die Frage nach dem postdemokratischen Charakter dieser Proteste? Zunächst muss geklärt werden, ob die dargestellten Proteste aus Stuttgart, Hamburg und Berlin überhaupt Crouchs Vorstellung von einem *politischen* Protest entsprechen – und wenn nicht, ob sie einem anderen sinnvollen Konzept von politischem Protest entsprechen.

Wie eingangs erwähnt, unterscheidet Crouch zwei Arten von »Interessengruppen«¹¹⁸, wie er die Organisationen für »das kreative Engagement der Menschen« jenseits traditioneller politischer Prozesse bezeichnet: Als förderlich für die Demokratie sieht er nur solche an, »die im Wesentlichen eine politische Agenda verfolgen, indem sie versuchen, die Gesetzgebung, das Handeln oder die Haushaltspolitik der Regierung zu beeinflussen«, während er andere, »die ihre Ziele direkt angehen und die Politik links liegen lassen«, problematisiert. Wenngleich Protest und andere unkonventionelle Partizipationsformen heute gemeinhin als politisch betrachtet werden und viele Bürger und Bürgerinnen sie gar nicht von konventioneller Beteiligung unterscheiden¹¹⁹, soll Crouchs Differenzierung hier zum Anlass genommen werden, die Zuordnung der zuvor beschriebenen Proteste zu prüfen, zumal Protest aus wissenschaftlicher Sicht lange Zeit *nicht* als Politik angesehen wurde. Dies mag auch erste Hinweise darauf geben, ob die aktuellen Proteste möglicherweise als postdemokratisch zu betrachten sind.

Eine alleinige Untersuchung der *Protesthandlungen* erscheint dabei müßig, zumal auch Crouch einräumt, dass »Gruppen des ersten Typs gelegentlich auch die Methoden des zweiten anwenden«.¹²⁰ Stattdessen lässt sich aus der oben vorgenommenen Untersuchung der *Protestanlässe* schließen, dass diese eine wesentliche Rolle bei der Mobilisierung bzw. der Protestentscheidung spielen. Dabei zeigt sich, dass überwiegend konkrete Anlässe und Ziele die Grundlage der Proteste sind: Der »Bahnhof«¹²¹, die fehlenden »Freiräume« für Kreative, die diese in Hamburg »in die Gänge« kommen lassen, das Investorenprojekt oder die Fällung von Alleebäumen.

118 Vgl. auch im Folgenden Crouch, *Postdemokratie*, S. 24-26.

119 Geißel/Thillman, *Partizipation in Neuen Sozialen Bewegungen*, S. 163.

120 Crouch, *Postdemokratie*, S. 25.

121 Schorlau (Hg.), *Stuttgart* 21.

Auch die Forderung nach mehr Demokratie ist häufig durchaus konkret und bezieht sich etwa auf Mängel im Planungsverfahren oder ein abgelehntes Bürgerbegehren. Als Tendenz ist dies keineswegs neu, wurde doch bereits im Übergang von den alten zu den neuen sozialen Bewegungen in den 1980er Jahren ein Trend weg von einem ideologischen Kampf für hin zu konkreten Projekten festgestellt, die damals als »alternativ« bezeichnet und damit zumindest noch in einen ideellen Kontext gebracht wurden.¹²²

Diese Entwicklung hat nun aber einen Punkt erreicht, an dem die vormals für Protest fast schon konstitutive symbolische Aufladung so weit reduziert ist, dass manche BeobachterIn von einer Entideologisierung und einem Kampf für Partikularinteressen bzw. »rein postpolitische Begehren« spricht: »Die Protestler gegen das Großprojekt ›Stuttgart 21‹ haben alle ideologischen Fesseln abgeworfen, weil sie nichts anderes als dem Menschenrecht auf gute Luft, kommunitäre Einbettung, gesunde Ernährung und ruhigem Schlaf Geltung verschaffen wollen. Das liegt offensichtlich jenseits des ideologischen Kampfes zwischen konservativen, liberalen oder sozialistischen Positionen.«¹²³

Damit wird letztlich eine andere, gewissermaßen schärfere Zweiteilung als die von Crouch vorgenommen, die, wie im Falle Budes, ihre Sympathie für die älteren, ideologisch motivierten, »politischen« Protestformen nicht verleugnet. Zwar würden viele Protestierende den Vorwurf der Entideologisierung bestreiten, und es ist zumindest im weiteren Protestverlauf und bei so komplexen Themen wie Stuttgart 21 oder dem »Recht auf Stadt« davon auszugehen, dass sich die durchaus verschiedenen Anlässe zu komplexeren politischen Vorstellungen weiterentwickeln. Doch ist es auch denkbar, dass in vielen Protesten erst durch die Befreiung von ideologischen Fesseln gemeinsames Handeln von unterschiedlichen Betroffenen mit unterschiedlichen Weltanschauungen und Zielen möglich geworden ist. Verschiedene BeobachterInnen und AktivistInnen der lokalen Netzwerke, die sich unter dem Motto »Recht auf Stadt« zusammengefunden haben, halten deren Offenheit, Flexibilität und geringe Hierarchisierung ähnlich der von den USA ausgehen-

122 Sven Reichardt/Detlef Siegfried, *Das Alternative Milieu. Konturen einer Lebensform*, in: Sven Reichardt/Detlef Siegfried (Hg.), *Das Alternative Milieu. Antibürgerlicher Lebensstil und linke Politik in der Bundesrepublik Deutschland und Europa 1968–1983*, Göttingen 2010.

123 Vgl. im Folgenden etwa Bude, *Stuttgart 21 – reflexiv*, S. 4.

den *Occupy*-Bewegung¹²⁴ gar für eine wesentliche Stärke ihrer Organisation. Kritisiert wird das Fehlen von Gemeinsamkeiten, Programm- und Ziellosigkeit hingegen gerade auch von AktivistInnen und SympathisantInnen früherer Bewegungen.¹²⁵

Wenn Crouchs Partizipationsbegriff dem pluralistischen darin ähnelt, dass er die »normalen« BürgerInnen auf die Rolle von weitgehend unbeteiligten ZuschauerInnen und Betroffenen des Handelns einer herrschenden, durch Wahlen (gewissermaßen) legitimierten »politischen Klasse« begreift, so wäre die Analyse eines zwar heterogenen, aber stark bildungsbürgerlich dominierten Protests eine Wiederholung der Erkenntnis, die Schattschneider bereits 1960 formuliert: Das Problem des »pluralistischen Himmels« sei, dass der »Engelschor« mit einem starken Oberklassenakzent »singe«, weil 90 % der Menschen nicht am System der Interessengruppen teilhaben könnten.¹²⁶ Zwar waren die untersuchten Stuttgarter Demonstrierenden keineswegs nur im obersten Einkommensdezil der Stadtgesellschaft zu finden. Der Allgemeinheitsanspruch, der bei Hamburger und Berliner Protesten noch deutlicher gezeigt werden konnte, bleibt aber deutlich untererfüllt. Soziale und politische Gleichheit – für Crouch das konstitutive Merkmal einer Demokratie¹²⁷ – wäre damit auch unter den Protestierenden keineswegs erfüllt.¹²⁸ Sie wären schlicht BürgerInnen, die, obwohl sie zu den Bessergestellten gehören, ihre ureigenen Interessen durchzusetzen versuchen, ohne sich an die demokratischen Spielregeln zu halten, weder übergeordnete Ziele verfolgen noch dauerhafte Koalitionen eingehen. Ihre Aktionen wären der »Auftritt vieler Einzelner«¹²⁹ auf der »leer geräumten Bühne«¹³⁰ der Politik.

124 David Graeber, *Inside Occupy*, Frankfurt a. M. 2012, S. 58-70.

125 Vgl. etwa Fanny Zeise, *Halbherziger Herbst*, in: *Der Herbst der »Wutbürger«*, Soziale Kämpfe in Zeiten der Krise, Berlin 2010, Regina Kreide, *Welcome and Introduction*, Justus-Liebig-Universität Gießen 2012.

126 Zitiert in William A. Gamson, *The strategy of social protest*, Belmont 1990, S. 9.

127 Crouch, *Postdemokratie*, S. 155-156.

128 Weitere Daten zur ungleichen Verteilung von Partizipationschancen und ungleichen Verteilung politischen Engagements abhängig von der Sozialstruktur bietet Böhnke, *Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation*, URL: <www.bpb.de/apuz/33571/ungleiche-verteilung-politischer-und-zivilgesellschaftlicher-partizipation?p=all> (12.11.2015).

129 Vgl. auch im Folgenden Bude, *Stuttgart 21 – reflexiv*, S. 4.

130 Bielefeld, *Der Auftritt des Volkes auf der leer geräumten Bühne*.

Um die Bedeutung der im Vergleich zur öffentlichen Wahrnehmung weit stärkeren Homogenität der Sozialstruktur herausarbeiten zu können, erscheint es zunächst erforderlich, der pluralistischen Protestvorstellung die Vorstellung von Protest als sozialer Strategie entgegenzusetzen, wie sie Gamson bereits 1975 formulierte.¹³¹ Gamsons Untersuchung legt nahe, dass die Trennung von »politischer Klasse« (im Sinne der politischen Entscheidungsträger) und »normalen« BürgerInnen gar nicht so stark ist. Wer heute protestiert, kann morgen Teil der »politischen Klasse« sein – zum Beispiel Ministerpräsidentin in Baden Württemberg. Folgt man Gamsons Modell und unterstellt, dass die zeitgenössischen Proteste strategisch genutzt werden können, um Unterstützer zu mobilisieren, politischen Einfluss auszuüben und politische Macht zu erlangen, erscheinen die Proteste nicht mehr als bloße Manifestationen unpolitischer Partikularinteressen.

Dies ermöglicht auch eine stärker individuelle, im Wesentlichen mit deliberativen Demokratievorstellungen übereinstimmende Vorstellung von »politischen Menschen«, die für sich die Entscheidung treffen, sich in der einen oder anderen Weise zu engagieren, politisch zu partizipieren. Die beschriebene Heterogenität der Anlässe, die zunächst Abbild der komplexen Projekte und Programme war, gegen die sich die Proteste richten, kann so in bestimmten Fällen zu einer besonders umfassenden Partizipation beitragen: Jeder einzelne Anlass und jede einzelne Forderung spricht andere Individuen an. Die Zunahme von Milieus, sozialen Einheiten und die Betonung der Differenzen zwischen Personen führen zu einer größeren Heterogenität von sowohl Protestanlässen als auch Personen, die davon angesprochen werden.¹³² Versteht man Individualisierung als eine Zunahme von Netzwerkzusammenhängen¹³³, in die jedes einzelne Individuum eingebunden ist, so wird deutlich, warum es den so verstandenen politischen Menschen möglich ist, sich trotzdem zum kollektiven Protest zu vereinigen: Sie aktivieren bestehende soziale Netzwerke für ihre Anliegen und werden umgekehrt inner-

131 William A. Gamson, *The strategy of protest*, Homewood (Ill.) 1975; vgl. im Folgenden die 2., erw. Aufl. 1990.

132 Joachim Schild, *Politische Konfliktlinien, individualistische Werte und politischer Protest. Ein deutsch-französischer Vergleich*, Opladen 2000, S. 152-198.

133 Etwa Jan Fuhse, *Gruppe und Netzwerk – eine begriffsgeschichtliche Rekonstruktion*, in: *Berliner Journal für Soziologie* 2 (2006).

halb ihrer Netzwerke zur Teilnahme angeregt. Über einzelne Schlüsselpersonen, die in mehreren Netzwerken aktiv sind, entstehen zudem Schnittstellen zwischen diesen Netzwerken, und es werden so gemeinsame Aktionen und sonstige Synergien möglich.

Es sind also eher nicht die vielen Einzelnen, sondern durchaus vernetzte Menschen, die aktuell protestieren. Sehr wohl bleiben diese Vernetzten allerdings »individueller« als früher: Nicht alle tragen die gleiche Fahne, und sie müssen die Transparente anderer Demonstrierender nicht unbedingt richtig finden: Wie eingangs gezeigt, sind es durchaus Wut- und Mutbürger, die gemeinsam – oder doch wenigstens nebeneinander – protestieren. Um ihre politischen Ziele zu erreichen, und damit ihre Strategie zu protestieren aufgeht, akzeptieren sie aber diese Unterschiede. Dass dies möglich ist, ist letztlich eine wesentliche demokratische Errungenschaft. So wichtig politische Gleichberechtigung und soziale Chancengleichheit für das Funktionieren demokratischer Systeme sind, so sehr ist es auch das Recht auf individuelle Freiheiten und nicht zuletzt auch die daraus resultierende Möglichkeit zu protestieren und neue Alternativen und Freiheiten zu erstreiten, die Demokratien gegenüber anderen politischen Systemen auszeichnen.¹³⁴

Nun geht aber längst nicht aus jedem Protest einE MinisterpräsidentIn hervor. Gerade für das Netzwerk »Recht auf Stadt« und viele Berliner Proteste ist zu konstatieren, dass sie bislang vor allem bei der Mobilisierung und in Teilen bei der Einflussnahme auf Entscheidungen oder zumindest Wahlkampfthemen erfolgreich waren, selten aber bei der Gewinnung von Macht. Ihre Akteure verstehen sich weiterhin in Opposition zur »politischen Klasse«. Entsprechend erscheint es sinnvoll, auch die Reaktionen der Gegenseite auf die aktuellen Protestgeschehen auf städtischer Ebene zu betrachten. Es soll untersucht werden, welche Veränderungen der gesellschaftlichen Wahrnehmung und Bedeutungszuschreibung des städtischen Protests zu beobachten sind. Allerdings muss sich dabei mehr noch als bei der Darstellung der Anlässe und Akteure auf Indizien und wenige empirische Befunde beschränkt werden. Skizzenhaft sollen zwei Aspekte herausgehoben werden, die sich auf den ersten Blick zu widersprechen scheinen: Einerseits werden

134 Vgl. Hauke Brunkhorst, *Crisis of Democracy in Europe*, Justus-Liebig-Universität Gießen 2012.

»mündige BürgerInnen«, denen man ihre Betroffenheit abspricht, als Problem dargestellt, und andererseits werden eine neue Bürgernähe, aber auch eine neue Zielgruppen stadtpolitischen Handelns proklamiert.

In der öffentlichen Diskussion wird die Individualisierung des Protestgeschehens in Kombination mit der Beobachtung einer bürgerlichen Trägerschaft häufig auf zwei Aussagen verkürzt: Protestanlass seien vor allem die Partikularinteressen der Protestierenden, und es protestierten vor allem diejenigen, die über ausreichend Ressourcen verfügen, und damit ihre Besitzstände verteidigen. Kanzlerin Merkel etwa sagte bezogen auf die Stuttgarter Proteste: »Wenn man nur an sich denkt und nicht an kommende Generationen, ist das ein Problem für unser Land.«¹³⁵ An anderer Stelle wird von einer »Dagegen-Republik« gesprochen, die TrägerInnen als »Wutbürger« bezeichnet – was dann sogar zum Wort des Jahres gekürt wurde – und ihr Protest als »egoistisch, saturiert und zukunftsvergessen, [...] wohlstandsverwöhnt und unduldsam, bequem und gleichzeitig von Hass erfüllt«¹³⁶ verunglimpft.

Nun ist es aber zumindest im Bereich der räumlichen Planung, auf die sich viele lokale Proteste beziehen, so, dass die Vertretung von eigenen Interessen und Belangen zunächst keineswegs etwas Negatives ist, sondern vielmehr der Part, den das Planungsrecht den BürgerInnen in der Beteiligung zuschreibt, weshalb lange auch nicht von »Bürger-« sondern von »Betroffenenbeteiligung« gesprochen wurde. Die eigenen Belange im Planungsverfahren einzubringen hilft in dieser Vorstellung den PlanerInnen – bzw. politischen EntscheidungsträgerInnen dabei, »die öffentlichen und privaten Belange gegeneinander und untereinander gerecht abzuwägen«, wie es in § 1 Abs. 7 BauGB heißt.

Dennoch besteht auch hier schon seit geraumer Zeit eine Diskussion um den sogenannten NIMBYismus (»*Not in my backyard*«)¹³⁷: Der Protest richtet

135 Vgl. Stephan Hebel, Vorwort, in: Monika Kappus (Hg.), *Bürger Macht Politik, Der Protest gegen Stuttgart 21 als Chance für die Demokratie*, Karlsruhe 2011.

136 Supp, *Die Wutbürger*, 2010; zusammenfassend und widersprechend zu Kurbjuweit, *Der Wutbürger*, 2010.

137 Vgl. zu diesem Thema Kent E. Portney, *Siting hazardous waste treatment facilities. The Nimby Syndrome*, New York 1991, und im vorliegenden Band den Beitrag von Marco Alt-haus.

sich gar nicht gegen das umstrittene Projekt an sich, man will nur nicht selbst der Leidtragende sein. Nun, wo immer mehr BürgerInnen sich nicht darauf beschränken, ihre Belange nur im vorgesehenen Verfahren vorzutragen, sondern auch auf der Straße oder gar in der Presse, in der Öffentlichkeit also, wird die aktuelle Beteiligungspraxis kritisiert. Forderungen, die dergestalt geäußerten Belange nicht so wichtig zu nehmen, sind da schnell erhoben, nach dem Motto, »wer am lautesten schreit, [hat] nicht immer recht«¹³⁸, wie es seinerzeit der zuständige Bundesminister auf seiner Homepage formuliert. Wenngleich bislang niemand gefordert hat, den zuvor zitierten Kernsatz des bundesdeutschen Planungsrechts zu ändern, so könnte hieraus eine Situation entstehen, in der Betroffenheit nicht mehr als ausreichend angesehen wird, um Einwände zu legitimieren. Die bisherige Zielgruppe der »Betroffenen« wäre dann dekonstruiert.

Umgekehrt gibt es aber auch eine zweite Reaktion: Der Bürger – und damit hoffentlich auch die Bürgerin – soll stärker in das politische Geschehen einbezogen werden; diejenigen, die ihn als »Wutbürger« sehen, wollen ihn hinreichend befrieden, um Projekte nicht zu gefährden; diejenigen, die in ihm etwa den »Mutbürger« oder »[ausgeschlafenen] Citoyen«¹³⁹ sehen, wollen womöglich tatsächlich, dass er mitentscheiden soll. ProjektplanerInnen gehen inzwischen wie selbstverständlich davon aus, die Kosten für Maßnahmen, die die Akzeptanz der Projekte bei der Bevölkerung – oder zumindest den ggf. erfolgreichen Bevölkerungsteilen – unterstützen sollen, in den Etat mit einzuberechnen. Aus dieser Sicht müssen potenzielle WutbürgerInnen, auch wenn er nur vielleicht nur konservative Partikularinteressen vertreten, besänftigt werden, um die Gefahr einzudämmen, dass die Kosten durch breit angelegte Protestaktionen explodieren. Wieder andere sehen die BürgerInnen als Quelle innovativer Ideen, als engagierte Zivilgesellschaft, die auffängt, was der öffentlichen Hand verloren geht, als nützliches Korrektiv, das etwa innerhalb von Bürgerhaushalten sparsamer Haushalten könnte als mancher Politprofi.

So wenig präzise die Trägerschaft der Proteste insgesamt gefasst werden kann, so deutlich ist doch, dass an bestimmten städtischen Protesten das

138 Ramsauer, Wer am lautesten schreit, 2011.

139 Peter Grohmann, Der Citoyen hat ausgeschlafen, in: Stuttgarter Zeitung (27.10.2010).

so genannte »kreative Milieu« oder auch die »kreative Klasse« erheblichen Anteil hat, da sie auch wesentliche Ressourcen und Kompetenzen insbesondere für die mediale Präsenz einbringen. Die Stadtentwicklungspolitik der vergangenen Jahre hat dabei zwar die Kreativwirtschaft als neues Thema entdeckt, die Kreativen aber weniger als Betroffene begriffen. Nun scheint es aber möglich, dass die Kreativen als Zielgruppe der Stadtpolitik erkannt werden und etwa Programme für Kreativstandorte entstehen. Spätestens die sehr schnell und in breitem Konsens auch mit konservativer Stadtpolitik und Medien vollzogene Legalisierung der Besetzung des Hamburger »Gängeviertels« zeigt, dass dies möglich ist. Andererseits haben punktuelle, direkte Zugeständnisse an die Zielgruppe der »Kreativen« auch dazu geführt, dass ähnliche Proteste an anderer Stelle erfolglos blieben und sich das Netzwerk »Recht auf Stadt« insgesamt anderen Themen zugewendet hat.

Fazit

Aus der Analyse der Protestanlässe heraus zeigt sich trotz gewisser Widersprüche recht deutlich, dass die protestierenden Interessengruppen sehr wohl versuchen, die Gesetzgebung, das Handeln oder die Haushaltspolitik der Regierung zu beeinflussen. Hiervon haben sie – zumal in den untersuchten städtischen Initiativen – häufig auch sehr viel konkretere, »bescheidener« Vorstellungen, als dies in vorangegangenen Protesten und Bewegungen der Fall war. Doch ist ihnen eine politische Veränderungsabsicht kaum abzustreiten, und für Crouch selbst wären sie damit wohl eher demokratische Hoffnung als Treiber der Postdemokratie. Die Kritik an der Entideologisierung und die Unerfüllbarkeit der in dieser Kritik enthaltenen Forderung, sich stärker an früheren sozialen Bewegungen zu orientieren, kann unter den gegenwärtigen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen hingegen eher als ein Indiz dafür verstanden werden, dass sich die gegenwärtigen Proteste innerhalb eines postdemokratischen Umfelds behaupten müssen.

Die Reaktionen der »politischen Klasse« können diesen Eindruck allerdings nur teilweise bekräftigen. Zwar wird die Wahrnehmung eines eigenständigen politischen Engagements der BürgerInnen teilweise dazu genutzt, dieses zu begrenzen oder wenigstens zu kanalisieren. Doch zeigt sich auch, dass die

Proteste durchaus den Anstoß zu einem politischen Diskurs jenseits der Kontrolle »konkurrierende[r] Teams professioneller PR-Experten«¹⁴⁰ gegeben haben. Dieser wird zwar nur in begrenztem Maße um die sachlichen Forderungen geführt, dafür ist aber eine breite Debatte um die »Demokratiepolitik«¹⁴¹ entstanden. Jenseits der sachlichen Anlässe könnte man also die These formulieren, dass es sich auf der überlokalen Ebene um eine Art neue »Bürgerinitiativbewegung«¹⁴² in dem Sinne handelt, dass es eine Bewegung gibt, die nicht an bestimmten Inhalten oder Interessen festzumachen ist, sondern daran, dass es unter ihren TrägerInnen ein Grundverständnis gibt, dass BürgerInnen den Mut, die Fähigkeit und die Möglichkeit zur politischen Initiative haben – und in der sich somit auch Wut- und MutbürgerInnen begegnen können. Trotzdem bleibt die Verwunderung über das Entstehen der hier beschriebenen *städtischen* Proteste: Ist ein solches Maß an demokratischem Handeln mündiger – und häufig auch sehr kompetenter – BürgerInnen unter den Bedingungen der Postdemokratie tatsächlich möglich?¹⁴³ Begrifflich ist man auf der sichereren Seite, wenn man sich bescheidet, postdemokratische Züge und Tendenzen in einer sich – insbesondere durch ihre aktiven BürgerInnen – fortlaufend weiterentwickelnden Demokratie festzustellen. Und solche Tendenzen führen zu Wut und Zorn, vor allem aber bedarf es Mut, um gegen sie anzugehen – und sei es auf der untersten, der lokalen Ebene, deren Themen den BürgerInnen zwar am nächsten sind, deren Verfahren der institutionalisierten Politik ihnen aber häufig genug bereits sehr fern erscheinen.

Die Beantwortung der Frage, ob diese neue »Bürgerinitiativbewegung« die Demokratie aushöhlt und postdemokratische Tendenzen stärkt, scheint ganz wesentlich an die Beobachtung einer bürgerlichen oder doch zumindest überwiegend aus bildungsbürgerlichen Milieus zusammengesetzten Träger-

140 Crouch, Postdemokratie, S. 10.

141 Roland Roth, Bürgermacht. Eine Streitschrift für mehr Partizipation, Bonn 2011, S. 16-17.

142 Günter Altner, Alternativen. Anders denken, anders handeln. Zum Selbstverständnis der Bürgerinitiativbewegung, Freiburg 1978; Peter Cornelius Mayer-Tasch, Die Bürgerinitiativbewegung. Der aktive Bürger als rechts- und politikwissenschaftliches Problem, Reinbek b. Hamburg 1977; Dieter Rucht, Die Bürgerinitiativbewegung. Entwicklungsdynamik, politisch-ideologisches Spektrum und Bedeutung für die politische Kultur, in: Peter Grotzian (Hg.), Großstadt und neue soziale Bewegungen, Basel u. a. 1983.

143 Bude, Stuttgart 21 – reflexiv, S. 4.

schaft gebunden zu sein: Die Folgerung »ungleiche Ressourcen – ungleiche Beteiligung – ungleiche Demokratie«¹⁴⁴ muss insbesondere dann zu einer kritischen Überprüfung der aktuellen Geschehnisse führen, wenn es das Selbstverständnis der Protestierenden ist, für Gleichheit und Gerechtigkeit zu streiten.

Hier scheint es wichtig, Augenmaß zu behalten. Solange es nur wenige sind, die da von »wir« und »allen« reden, ist es nicht nötig ihnen vorzuwerfen, einen Vertretungsanspruch für sich zu reklamieren oder einen quasi hegemonalen Deutungsanspruch über Betroffenheit geltend zu machen. Es ist ein häufig hilfloser Versuch, sich Mut zu machen gegen die als übermächtig wahrgenommenen »Immobilien-Verwertungs-Koalitionen« oder auch den »wehrhaften« Staat. Es ist schlicht die Selbstbestärkung oder -vergewisserung, die es braucht, um als Einzelner aufzutreten, nur in ein loses Netzwerk eingebunden, über wenig ideologischen Überbau verfügend, und dennoch politisch zu handeln.

Crouch selbst geht so weit, sozialen Bewegungen in ihrem demokratieförderlichen Charakter zuzugestehen, auch postdemokratische Methoden für ihre Zwecke anzuwenden und zumindest teilweise wie eine Lobby zu funktionieren.¹⁴⁵ Dies allerdings ist erstens kein geringes Zugeständnis und müsste zweitens mit einem deutlichen Hinweis verbunden sein, dass diese zivilgesellschaftlichen Lobbyisten sich stets des Mandats ihrer AuftraggeberInnen vergewissern müssen. Viel wesentlicher aber ist, dass die sich dann einstellende »neue Macht der BürgerInnen« zu einem verantwortungsvollen Umgang genutzt werden muss. Denn, sollte die Bewegung Erfolg haben, könnte sie in einer Bewegungsgesellschaft münden, die bereits in der letzten Boomphase sozialer Bewegungen annonciert wurde: Eine Gesellschaft, deren politische Weiterentwicklung nicht mehr parlamentarisch, sondern maßgeblich durch das Wirken von Bewegungen und Initiativen bestimmt wird, deren Ideen den gesellschaftlichen Diskurs bestimmen und deren Forderungen zu politischen Entscheidungen werden. Das hätte dann möglicherweise wieder postdemokratische Züge.

144 Vgl. auch insgesamt Böhnke, Ungleiche Verteilung politischer und zivilgesellschaftlicher Partizipation.

145 Crouch, Postdemokratie, S. 155-156.

Der politische Mensch in mediatisierten translokalen politischen Bewegungen

Der Mensch lebt nicht isoliert, sondern ist ein soziales und auf die Gemeinschaft ausgerichtetes Wesen, ein *Zoon politikon*, wie Aristoteles formulierte. Um die Gemeinschaft, in der der politische Mensch lebt, zu gestalten, verbündet er sich mit weiteren politischen Menschen. Hierfür findet sie/er verschiedene Organisationsmöglichkeiten: Sie/er organisiert sich u. a. in Parteien, Gewerkschaften oder in politischen Bewegungen.

In den vergangenen Jahren provozierten verschiedene politische Bewegungen die mediale und gesellschaftliche Aufmerksamkeit: Während Ende der 1990er Jahre eine globalisierungskritische Bewegung u. a. anlässlich verschiedener G8-Gipfel das gesellschaftliche Interesse auf sich zog, sind es in den vergangenen Jahren v. a. die Akteure des Arabischen Frühlings und der Occupy-Bewegung gewesen. Die Organisation und Mobilisierung der Akteure des Arabischen Frühlings löste eine neue Debatte über die Aneignung digitaler Medien durch politische Bewegungen aus. Denn die zivilgesellschaftlichen Akteure des Arabischen Frühlings haben neue Medien (z. B. Internetmedien wie Twitter und Facebook über u. a. mobile Endgeräte wie Smartphones) genutzt, um sich zu organisieren und eine Öffentlichkeit für ihre Interessen zu schaffen. Dennoch kann nicht von einer »Facebook-Revolution«¹ oder »Twitter-Revolution«² gesprochen werden, denn trotz der Internetmedien bleibt der politische Mensch ein lokal verorteter und agie-

1 Mike Giglio, Tunisia Protests. The Facebook Revolution, 2011. Abrufbar unter URL: <www.newsweek.com/tunisia-protests-facebook-revolution-66741>, Zugriff am 26.8.2015.

2 Der Begriff der »Twitter Revolution« wurde wiederholt für die Bewegung im Iran genutzt, siehe z. B. Shahram Najafi, Proteste in Iran. Die Twitter-Revolution erwacht wieder (2011), URL: <www.taz.de/166197/> (5.4.2013) und Washington Times (2009): Iran's Twitter Revolution. Abrufbar unter URL: <www.washingtontimes.com/news/2009/jun/16/irans-twitter-revolution/> Abgerufen am 25.8.2015.

render Akteur und Revolutionen (so sie denn entstehen und erfolgreich sein können), finden nicht über das Internet vermittelt statt.

Dennoch ermöglichen es neue (Internet-)Medien dem politischen Menschen, neue Räume und Formen des Protests sowie der Politik zu kreieren, andere Artikulationsmöglichkeiten zu finden und sich translokal, also über nationale und kulturelle Grenzen hinweg, zu vernetzen. Solche translokalen Vernetzungen sind in hohem Maße medial vermittelt, denn nur mit Medien und v. a. internetbasierten Medien, ist es Akteuren aus verschiedenen Weltregionen möglich, in Kontakt zu treten und in Verbindung zu stehen. Im Folgenden soll die Vernetzung des politischen Menschen in politischen Bewegungen betrachtet und charakterisiert werden. Es gibt eine Vielzahl von Studien, die die Medienaneignung durch politische Bewegungen analysieren.³ Der vorliegende Beitrag beschäftigt sich nicht empirisch, sondern theoretisch mit dem politischen Menschen in politischen Bewegungen und diskutiert die Konzepte des Netzwerks und der Vergemeinschaftung als solche, mit denen politische Bewegungen betrachtet werden können. Herausgearbeitet werden die translokalen und mediatisierten Charakteristika einer Vielzahl politischer Bewegungen und deren Bedeutung für den politischen Menschen. Hingewiesen wird sowohl auf die Relevanz und das Potenzial mediatisierter politischer Bewegungen als auch auf die Ungleichheiten, die solchen Bewegungen inhärent sind.

3 Das Forschungsfeld, das sich mit politischen Bewegungen und ihrer Medienaneignung beschäftigt, ist zu komplex, als dass es hier abgebildet werden könnte. Exemplarisch seien genannt: Bart Cammaerts, Social media and activism, in: Robin Mansell/Peng Hwa (Hg.), *The International Encyclopedia of Digital Communication and Society*, Oxford 2015, S. 1027-1034 und Victory Carty, *Social Movements and New Technology*, Boulder, 2015.

Der politische Mensch in politischen Netzwerken

Um seine politischen Interessen zu verfolgen, organisiert sich der politische Mensch u. a. in politischen Bewegungen, die sich als Netzwerke konstituieren.⁴ Politische Netzwerke zivilgesellschaftlicher Akteure sind Phänomene der »Netzwerkgesellschaft«, die von Jan van Dijk und Manuel Castells proklamiert wurde. Manuel Castells bezeichnet Netzwerke als *die* Organisationsform der heutigen Zeit und definiert die Netzwerkgesellschaft wie folgt: »A network society is a society whose social structure is made around networks activated by microelectronic-based, digitally processed information and communication technologies.«⁵ Zwar sind Netzwerke keine neuen Gebilde, sondern »uralte Formen menschlicher Praxis, aber ihnen wurde in unserer Zeit neues Leben eingehaucht: Sie wurden zu Informationsnetzwerken, die ihre Energie aus dem Internet ziehen.«⁶ Die Etablierung des Internets revolutionierte die Organisationsform des Netzwerks sowohl qualitativ als auch quantitativ, d. h. mit der Etablierung des Internets entstand eine Vielzahl von Netzwerken, die translokal aufgestellt sind und deren Mitglieder häufiger oder regelmäßiger in Verbindung stehen können. Castells unterscheidet daher zwischen Netzwerken vor und nach der Entwicklung des Internets:

-
- 4 Frantz und Martens verwenden für translokale Netzwerke von Nichtregierungsorganisationen den Begriff der föderativen Nichtregierungsorganisationen und betonen deren lockere Koordination und dezentrale Struktur, vgl. Christiane Frantz/Kerstin Martens, Nichtregierungsorganisationen (NGOs), Wiesbaden 2006, S. 46. Zwar meint der Begriff des Föderalen das Vereinen durch ein Bündnis. Vgl. hierzu Friedrich Kluge, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, bearb. v. Elmar Seebold, 24. Aufl., Berlin 2002, S. 306. Da der Begriff überwiegend für eine bundesstaatliche Organisationsform verwendet wird, halte ich ihn für die Charakterisierung von Netzwerken nicht-staatlicher Akteure irreführend. Daher verwende ich im Folgenden den Begriff des Netzwerks für ein solches Bündnis.
 - 5 Manuel Castells, *Communication Power*, Oxford 2009, S. 24. Ähnlich definiert van Dijk die Netzwerkgesellschaft »as a social formation with an infrastructure of social and media networks enabling its prime mode of organization at all levels (individual, group/organizational and societal«. Hierzu Jan van Dijk, *The Network Society. Social Aspects of New Media*. 2. Aufl., London/Thousand Oaks/New Delhi 2006, S. 20.
 - 6 Manuel Castells, *Die Internet-Galaxie. Internet, Wirtschaft und Gesellschaft*, Wiesbaden 2005, S. 9.

»Netzwerke waren in erster Linie ein Reservat des Privatlebens; die zentralisierten Hierarchien waren die Domänen von Macht und Produktion. Jetzt aber setzen die Einführung computergestützter Informations- und Kommunikationstechnologien und vor allem des Internets Netzwerke in stand, ihre Flexibilität und Anpassungsfähigkeit auszuspielen und so ihr evolutionäres Wesen zur Geltung zu bringen. Zugleich erlauben diese Technologien die Koordination von Aufgaben und die Handhabung von Komplexität. Das führt zu einer nie dagewesenen Kombination von Flexibilität und Effizienz, von koordinierter Entscheidungsfindung und dezentralisierter Durchführung, von individualisierten Ausdrucksmöglichkeiten und globaler, horizontaler Kommunikation, die eine überlegene Organisationsform für menschliches Handeln bereitstellen.«⁷

Neu ist also, die gesellschaftliche Dominanz der Organisationsform des Netzwerks und die Rolle von Internetmedien für (politische) Netzwerke.

Was aber genau ist ein Netzwerk? »Ein Netzwerk besteht aus mehreren untereinander verbundenen Knoten. [...] Was ein Knoten konkret ist, hängt von der Art von konkreten Netzwerken ab, von denen wir sprechen.«⁸ Je nach theoretischem Ansatz werden als Netzwerkknoten soziale Akteure wahrgenommen.⁹ In den hier betrachteten Netzwerken politischer Bewegungen ist ein Netzwerkknoten der politische Mensch, das *Zoon politikon*.

Verbunden sind die Netzwerkknoten, also die politischen Menschen, durch Flüsse. »Flows are streams of information between nodes, circulating

7 Ebd.

8 Manuel Castells, Das Informationszeitalter I. Der Aufstieg der Netzwerkgesellschaft, Opladen 2004, S. 528.

9 Vgl. Steffen Albrecht, Knoten im Netzwerk, in: Christian Stegbauer/Roger Häußling (Hg.), Handbuch Netzwerkforschung, Wiesbaden 2010, S. 125. In der Akteur-Netzwerk-Theorie sind sowohl Menschen als auch Dinge Knoten, hierzu Albrecht, Knoten im Netzwerk, S. 130 f. Einer der bekanntesten Vertreter dieses Ansatzes ist Bruno Latour. Er unterscheidet zwischen menschlichen und nicht menschlichen Aktanten, die Teile von (Handlungs-)Ketten sind. Hierzu Bruno Latour, Technik ist stabilisierte Gesellschaft, in: Andrea Belliger/David J. Krieger, (Hg.), Anthology. Ein einführendes Handbuch zur Akteur-Netzwerk-Theorie. Bielefeld 2006, S. 376. Da in diesem Beitrag der politische Mensch als Knoten der Netzwerke angesehen wird, ist der Ansatz der Akteur-Netzwerk-Theorie in diesem Rahmen weniger brauchbar.

through the channels of connection between nodes.«¹⁰ In Netzwerken politischer Bewegungen sind diese Flüsse Kommunikationsprozesse, die vis-à-vis oder medial vermittelt stattfinden. Durch die Kommunikationsflüsse stehen die Knoten innerhalb eines Netzwerks in einem engeren Verhältnis zueinander als zu solchen außerhalb des Netzwerks. Die in einer politischen Bewegung durch Kommunikation verbundenen politischen Menschen stehen also in einem engeren Verhältnis zueinander als zu anderen politischen Menschen in anderen politischen Bewegungen.

Doch können verschiedene Netzwerke und damit politische Bewegungen miteinander in Verbindung treten: Sie werden durch »Schalter« verbunden, die den Code eines Netzwerks in ein anderes Netzwerk übersetzen können.¹¹ Die Metapher des Schalters dient dazu, Machtstrukturen innerhalb von Netzwerken auszumachen, denn im Schalter ist Macht konzentriert.¹² Neben den Schaltern, die nach Castells in der Lage sind, Netzwerke zu verbinden, nimmt Castells eine weitere Machtposition in Netzwerken wahr: Die »Programmierer«, denen die Kompetenz zukomme, Netzwerke für ein bestimmtes Ziel herzustellen.¹³

Für politische Bewegungen bedeutet die von Castells etablierte Netzwerkmetapher, dass die Knoten die politischen Menschen sind und die Schalter sowie Programmierer diejenigen politischen Menschen, denen mehr Macht und Einflussnahme als anderen innerhalb der politischen Bewegung zukommt. So verbinden politische Menschen als Schalter verschiedene politische Netzwerke respektive politische Bewegungen oder gründen als Programmierer neue politische Netzwerke/Bewegungen. Schalter und Programmierer in politischen Bewegungen sind oftmals Personen, die für Nicht-regierungsorganisationen arbeiten, welche wiederum Teil politischer Bewegungen sind, z. B. Greenpeace als Teil der Umweltbewegung. Den MitarbeiterInnen kommt eine Machtposition innerhalb der politischen Bewegung

10 Castells, *Communication Power*, S. 20.

11 Vgl. Andreas Hepp, *Translokale Medienkulturen. Netzwerke der Medien und Globalisierung*, in: ders./Friedrich Krotz/Shawn Moores/Carsten Winter (Hg.), *Konnektivität, Netzwerk, Fluss. Konzepte gegenwärtiger, Medien-, Kommunikations- und Kulturtheorie*, Wiesbaden 2006, S. 48.

12 Ebd.

13 Castells, *Communication Power*, S. 45.

zu, da ihnen die Ressourcen zur Verfügung stehen von ihnen ausgewählte politische Menschen zusammenbringen, Diskurse zu beeinflussen und politischen Einfluss zu nehmen.

Der Grund für die Bildung politischer Netzwerke/Bewegungen ist ein politisches Ziel. Der Zusammenschluss von verschiedenen Netzwerkknoten, also mehreren politischer Menschen in Netzwerken, ist also auf einem gemeinsamen politischen Anliegen begründet. Dadurch werden die politischen Bewegungen zu Vergemeinschaftungen.

Der politische Mensch in posttraditionalen Vergemeinschaftungen

Im Folgenden soll deutlich werden, warum politische Bewegungen als posttraditionale Vergemeinschaftungen bezeichnet werden können.¹⁴ Der Begriff der *Vergemeinschaftung* unterstreicht den Prozesscharakter des Phänomens, also den Prozess der *Gemeinschaftsbildung*. Kennzeichen für Vergemeinschaftungen sind

- »a) die Abgrenzung gegenüber einem wie auch immer gearteten »Nicht-Wir«,
- b) ein wodurch auch immer entstandenes *Zu(sammen)gehörigkeitsgefühl*,
- c) ein wie auch immer geartetes, von den Mitgliedern der Gemeinschaft geteiltes *Interesse* bzw. *Anliegen*, d) eine wie auch immer geartete, von den Mitgliedern der Gemeinschaft anerkannte *Wertschätzung* und schließlich
- e) irgendwelche, wie auch immer geartete, den Mitgliedern zugängliche Interaktions(zeit)räume.«¹⁵

14 In dem von Hitzler, Honer und Pfadenhauer herausgegebenen Sammelband »Posttraditionale Gemeinschaften« findet sich neben theoretischen Auseinandersetzungen mit Konzepten der Vergemeinschaftung und deren Weiterentwicklung auch eine Reihe empirischer Beispiele für posttraditionale Vergemeinschaftungen. Vgl. Ronald Hitzler/Anne Honer/Michaela Pfadenhauer (Hg.), *Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnografische Erkundungen*, Wiesbaden 2008.

15 Ronald Hitzler/Anne Honer/Michaela Pfadenhauer, Zur Einleitung: »Ärgerliche Geselligkeitsgebilde«?, in: dies. (Hg.), *Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnografische Erkundungen*, Wiesbaden 2008, S. 10, Herv. i. Orig.

Max Weber differenziert zwischen Vergesellschaftung und Vergemeinschaftung: »Vergemeinschaftung« soll eine soziale Beziehung heißen, wenn und soweit die Einstellung des sozialen Handelns [...] auf subjektiv gefühlter (affektuellem oder traditionaler) Zusammengehörigkeit der Beteiligten beruht.«¹⁶ Während Vergesellschaftungen auf einem gemeinsamen rationalen Ziel beruhen, ist für Vergemeinschaftungen das Zugehörigkeitsgefühl relevant. Globalisierungs- und Individualisierungsprozesse sowie Mediatisierungsprozesse (s. u.) lösen Vergemeinschaftungen nicht auf, vielmehr werden traditionale Formen der Vergemeinschaftung in der Netzwerkgesellschaft transformiert¹⁷, so dass *posttraditionale* Vergemeinschaftung entstehen: Dieser »Begriff macht [...] deutlich, dass der Mensch gewissermaßen sozial bleibt, dass der sozialstrukturelle Wandel also keine ersatzlose Auflösung von Sozialbeziehungen bewirkt, sondern neue Formen von Vergemeinschaftung ermöglicht.«¹⁸

Der politische Mensch vernetzt sich in politischen Vergemeinschaftungen, um ein gemeinsames politisches Ziel zu verfolgen und fühlt sich gleichzeitig der jeweiligen politischen Bewegung zugehörig. Während die Frauenbewegung z. B. das Ziel der Geschlechtergerechtigkeit verfolgt, fordert die globalisierungskritische Bewegung u. a. die Regulierung des globalen Finanzmarktes oder die Umweltbewegung den Schutz des Klimas und der Erde. Neben diesen gemeinsamen politischen Zielen, fühlt sich der politische Mensch als Teil der jeweiligen politischen Bewegung, er weiß, dass er nicht alleine handelt und seine/ihre Meinung vertritt, sondern er/sie gemeinsam mit weiteren politischen Menschen die jeweilige politische Bewegung bildet.

Kennzeichen posttraditionaler Vergemeinschaftung sind die Freiwilligkeit und Zeitweiligkeit bzw. variierende Intensität der Vergemeinschaftung.¹⁹ Der politische Mensch kann Mitglied verschiedener politischer Bewegungen sein,

16 Max Weber, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 5. Aufl., Tübingen 1972, S. 21.

17 Andreas Hepp/Friedrich Krotz/Shawn Moores/Carsten Winter, *Konnektivität, Netzwerk, Fluss. Konzepte gegenwärtiger, Medien-, Kommunikations- und Kulturtheorie*, in: dies. (Hg.), *Konnektivität, Netzwerk, Fluss*, Wiesbaden 2006, S. 10.

18 Friedrich Krotz, *Posttraditionale Vergemeinschaftung und mediatisierte Kommunikation. Zum Zusammenhang von sozialem, medialem und kommunikativem Wandel*, in: Hitzler/Honer/Pfadenhauer, *Posttraditionale Gemeinschaften*, S. 151 f.

19 Ebd., S. 9.

er tritt freiwillig der jeweiligen politischen Bewegung bei und kann diese jederzeit wieder verlassen. Die Verständigung über die geteilten Ziele der politischen Menschen erfolgt in kommunikativen Akten; posttraditionale Vergemeinschaftungen sind Kommunikationsgemeinschaften, ihre Mitglieder verhandeln Themen kommunikativ.²⁰

Knoblauch konstatiert, dass der Begriff der Mitgliedschaft für kommunikative Vergemeinschaftungen zu stark sei, da »Zugehörigkeit [...] vorgängig kommunikativ ausgewiesen, [...] situativ angezeigt oder performativ belegt [wird].«²¹ Einer Allgemeingültigkeit dieser These soll hier widersprochen werden, denn politische Bewegungen, die als kommunikative Vergemeinschaftungen beschrieben werden können, sind oftmals durch Nichtregierungsorganisationen institutionalisiert, der politische Mensch kann dann offizielles Mitglied einer solchen Organisation sein, die Teil einer politischen Bewegung ist. So verfügt z. B. Greenpeace über Mitglieder, die Teil der Organisation durch einen offiziellen Beitritt und der Entrichtung eines Beitrags werden, gleichzeitig ist Greenpeace aber auch Teil der Umweltbewegung und seine Mitglieder damit auch.

Der politische Mensch in mediatisierten translokalen Vergemeinschaftungen

Posttraditionale Vergemeinschaftungen sind in der heutigen Gesellschaft oftmals medienvermittelt, d. h., dass die zugehörigen Akteure sich über Medien vernetzen. Friedrich Krotz betont, dass der gesellschaftliche Wandel, in dem posttraditionale Vergemeinschaftungen entstehen, und damit auch viele politische Vergemeinschaftungen, durch den Metaprozess der Mediatisierung geprägt sei.²² Mediatisierung definiert er als

20 Knoblauch, Kommunikationsgemeinschaften. Überlegungen zur kommunikativen Konstruktion einer Sozialform, in: Hitzler/Honer/Pfadenhauer, Posttraditionale Gemeinschaften, S. 74.

21 Ebd., S. 86.

22 Vgl. Krotz, Posttraditionale Vergemeinschaftung und mediatisierte Kommunikation, S. 154.

»Komplexität[szunahme] der Medienumgebung der Individuen [...] und [...] [die] Bedeutungszunahme medienvermittelten Erlebens und Erfahrens [...]. Der Metaprozess Mediatisierung ist jedenfalls für alle Formen von Vergemeinschaftung und Vergesellschaftung vor allem deshalb hoch relevant, weil sich im Kontext von dessen Entwicklung die Beziehungen der Menschen untereinander wandeln.«²³

Auch die Medienumgebung des politischen Menschen wird komplexer und sein/ihr Erleben und Erfahren des Politischen ist oftmals medienvermittelt, daher kann man politische Bewegungen, in denen sich der politische Mensch vernetzt, oft als *mediatisierte* Vergemeinschaftung charakterisieren. Will man politische Vergemeinschaftungen und Bewegungen verstehen, muss man also auch ihre Medienaneignung und Kommunikationsweisen betrachten.

Krotz weist darauf hin, dass Mediengesellschaften, die durch Mediatisierungsprozesse geprägte sind, über andere Vergemeinschaftungsformen verfügen als Gesellschaften, die z. B. durch Printmedien geprägt sind.²⁴ Die Qualität der Mediatisierung einer Gesellschaft bestimmt also die Formen der Vergemeinschaftung sowie auch deren Reichweite. In einer Gesellschaft, in der z. B. nicht annähernd die gesamte Bevölkerung Zugang zum Internet hat, finden sich weniger kommunikative Vergemeinschaftungen, die sich über internetbasierte Medien konstituieren. So verändern sich politische Vergemeinschaftungen zum einen historisch (politische Bewegungen im »Printmedien-Zeitalter« hatten andere Formen und agierten anders als solche im heutigen »Internet-Zeitalter«), zum andern unterscheiden sie sich je nach Medienumgebung verschiedener Gesellschaften, also nach den den Mitgliedern einer Gesellschaft zur Verfügung stehenden Medien.

Trotz der verschiedenen Möglichkeiten des Medien- bzw. Internetzugangs, stehen politische Menschen unterschiedlicher Gesellschaften über nationale und kulturelle Grenzen hinweg in Kontakt und bilden translokale Vergemeinschaftungen. Saskia Sassen beobachtet »die Herausbildung einer neuen Form grenzüberschreitender Politik, tief verwurzelt im Lokalen, aber

23 Ebd.

24 Ebd., S. 162.

zugleich digital dicht vernetzt.«²⁵ Sie spricht vom Internet als »digitalem Schlüsselmedium«, das eine spezifische Art von Aktivismus ermöglicht, »der von einer Vielzahl von Standorten ausgeht, aber digital verknüpft lokale Reichweiten überschreitet und oft globale Ausmaße erreicht.«²⁶ Das gemeinsame politische Ziel und die Konfrontation mit ähnlichen (politischen) Problemen sind dabei Anlass der (digitalen) Vernetzung.

»Digitale Medien erlangen für ortsgebundene und mit lokalen Fragestellungen beschäftigte Aktivist:innen, die sich mit vergleichbaren Gruppen in anderen Weltteilen verbinden wollen, entscheidende Bedeutung. Es handelt sich dabei um grenzüberschreitende politische Arbeit, die auf der Tatsache basiert, dass sich bestimmte lokale Fragen überall in der Welt stellen.«²⁷

Der Begriff der Translokalisierung betont die Verortung des (politischen) Menschen an einen Ort bei gleichzeitiger grenzüberschreitender Vernetzung:

»Lokalität« betont, dass sich aufgrund der physischen Verfasstheit der Menschen lokale Referenzen auch mit der Globalisierung nicht einfach auflösen, sondern bestehen bleiben. Mit dem Präfix ›trans-‹ verweist der Ausdruck allerdings gleichzeitig darauf, dass eine solche Auseinandersetzung nicht bei Fragen des Lokalen stehen bleiben darf, sondern den Fokus der Analyse auf Prozesse und Momente des ›zwischen‹ und ›durch‹ Lokalitäten hindurch Konnektierenden legen sollte.«²⁸

Translokalisierung bedeutet also nicht die Auflösung des Lokalen zugunsten des Globalen, vielmehr betont dieser Neologismus die Vernetzung verschiedener

25 Saskia Sassen, Die Macht des Digitalen: Ambivalenzen des Internets, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2 (2011), S. 103.

26 Ebd., S. 100. Sassen ist hier insofern zu präzisieren, als dass das Internet nicht selbst als Kommunikationsmedium im engeren Sinne zu bezeichnen ist, sondern vielmehr eine Übertragungstechnologie darstellt, also ein Medium im Sinne der stofflichen Basis für die Übertragung von Informationen darstellt. Sassen meint hier internetbasierte Medien wie E-Mail oder das World Wide Web.

27 Ebd.

28 Andreas Hepp, Netzwerke der Medien. Medienkulturen und Globalisierung, Wiesbaden 2004, S. 163.

Lokalitäten. Translokalität steht also für die These, dass Raum in Zeiten aktueller Globalisierung durch eine zunehmende Konnektivität geprägt ist: Akteure an verschiedensten Orten stehen in Verbindung oder sind selbst mobil.

Manuel Castells unterscheidet im Hinblick auf die Netzwerkgesellschaft zwischen dem »Raum der Orte« und dem »Raum der Ströme«. Er konstatiert, dass sich ein Ort dadurch auszeichne, »dass seine Form, seine Funktion und seine Bedeutung innerhalb der Grenzen eines physischen Zusammenhangs eigenständig sind.«²⁹ Orte sind also geographische Räume. Der »Raum der Ströme« hingegen »ist die materielle Organisation von Formen gesellschaftlicher Praxis, die eine gemeinsame Zeit haben, soweit sie durch Ströme funktionieren.«³⁰ Die Akteure des »Raums der Ströme« sind nach Castells Führungseliten.³¹ Sie reisen um die Welt und selbst, wenn sie an einem Ort bleiben, so nutzen sie digitale Medien als globales Informationsnetzwerk, um »mit der Welt« zu kommunizieren. Es ist vor allen Dingen das Verfügen über materielle Güter und finanzielle Ressourcen, die neben kulturellen und Bildungsressourcen den »Raum der Ströme« zugänglich machen. Der politische Mensch, der im »Raum der Ströme« agiert, gehört einer politischen Elite an. Es sind die BerufspolitikerInnen, welche im »Raum der Ströme« um die Welt fliegen und sich auf internationalen Veranstaltungen vernetzen.

Der politische Mensch in politischen Bewegungen agiert eher im »Raum der Orte« als im »Raum der Ströme«, zwar ist auch er/sie medial mit politischen Menschen an anderen Orten vernetzt (s. o.), doch agiert er/sie primär an seinen Orten und ist weniger physisch mobil, als der/die BerufspolitikerIn, dem/der entsprechende finanzielle Ressourcen zu Verfügung stehen. Anders die MitarbeiterInnen einiger translokaler Nichtregierungsorganisationen, die ähnlich BerufspolitikerInnen z. T. selbst um die Welt reisen, um an internationalen politischen Veranstaltungen teilzunehmen und damit auch im »Raum der Ströme« agieren.

Doch existieren der »Raum der Ströme« und der »Raum der Orte« nicht auf globaler und lokaler Ebene in unabhängigen »Parallelwelten«, vielmehr

29 Castells, Informationszeitalter I, S. 479; Herv. i. Orig.

30 Ebd., S. 467; Herv. i. Orig.

31 Ebd., S. 470.

stehen sie in einem Machtverhältnis: Castells konstatiert, dass der »Raum der Ströme« seine Logik dem »Raum der Orte« aufzwingt.³² Die im »Raum der Ströme« agierenden und herrschenden Menschen (wie wirtschaftliche und politische Eliten) entscheiden über Angelegenheiten, welche das Leben der Menschen im »Raum der Orte« tangieren, wie z. B. Finanzkrisen und die globale Umweltzerstörung zeigen: Während der (politische) Mensch im »Raum der Orte« diese Krisen weniger verursacht, ist es v. a. er, der sie (er) tragen muss.

Arturo Escobar und Wendy Harcourt betonen die Relevanz des Lokalen als Ort politischen Handelns in ihrem Konzept »the politics of place«.³³ Escobar kritisiert, dass im Globalisierungsdiskurs lokale Orte oftmals »ausgelöscht« werden und betont, dass es gerade die lokalen Orte sind, an denen Politik wirksam werde.³⁴

Der politische Mensch in translokalen Vergemeinschaftungen agiert an einem Ort, ist aber über diesen Ort hinaus mit anderen politischen Menschen vernetzt und bildet mit ihnen translokale politische Bewegungen. Politische Bewegungen sind translokale Vergemeinschaftungen, wenn sich lokale politische Menschen, die sich an verschiedenen Orten befinden, aufgrund eines geteilten politischen Ziels zusammenschließen und sie sich dieser Gemeinschaft zugehörig fühlen. Beispiele solcher translokalen Vergemeinschaftungen politischer Bewegungen sind die Umwelt- oder Frauenbewegung, aber auch die globalisierungskritische Bewegung und Occupy. Am Beispiel der globalisierungskritischen Bewegung zeigt Andreas Hepp das Spannungsverhältnis zwischen der lokalen Aktion und translokalen Vernetzung auf: Diese Bewegung konstituierte sich aus lokalen Gruppen verschiedenster Territorien, die sich kommunikativ vernetzten und ihre Veranstaltungen und Demonstrationen als (Medien)Events inszenierten.³⁵

32 Ebd., S. 484.

33 Wendy Harcourt/Arturo Escobar (Hg.), *Women and the Politics of Place*, Bloomfield 2005.

34 Arturo Escobar, *Gender, Place and Networks: A political Ecology of Cyberspace*, in: Wendy Harcourt (Hg.), *Women@Internet. Creating New Cultures in Cyberspace*, London/New York 1999, S. 44.

35 Andreas Hepp, *Medienkommunikation und deterritoriale Vergemeinschaftung. Medienwandel und die Posttraditionalisierung von translokalen Vergemeinschaftungen*, in: Hitzler/Honer/Pfadenhauer, *Posttraditionale Gemeinschaften*, S. 145. Siehe detaillierter für eine Analyse von Attac als globalisierungskritische Bewegung Andreas Hepp/Waldema

Die politische Relevanz mediatisierter translokaler politischer Bewegungen

Welchen politischen Einfluss haben translokale mediatisierte politische Bewegungen?

Saskia Sassen bezeichnet die translokale Vernetzung zivilgesellschaftlicher Akteure als eine »nicht-kosmopolitische Version globaler Politik«³⁶. Darunter versteht sie »die Herausbildung globaler Politiktypen, die die Besonderheiten ortsbezogener Sorgen und Kämpfe durchlaufen und doch als eine Ausweitung demokratischer Partizipation über Staatsgrenzen hinaus gelten können.«³⁷ Ähnlich argumentiert Rainer Winter mit dem Konzept des »verwurzelten Kosmopolitismus«³⁸ von Ulrich Beck, dass durch das Internet die kosmopolitische Perspektive *gestärkt* werde,

»weil es zu einer Verdichtung und Intensivierung des transnationalen Aktivismus beiträgt. Die Aktivisten sind in nationalen Kontexten verwurzelt, gleichzeitig aber in transnationale Netzwerke medial eingebunden. [...] In

Vogelgesang, Medienkritik der Globalisierung. Die kommunikative Vernetzung der globalisierungskritischen Bewegung am Beispiel von attac, in: Andreas Hepp/Friedrich Krotz/Carsten Winter (Hg.), Globalisierung der Medienkommunikation. Eine Einführung, Wiesbaden 2005, S. 229-260. Manuel Castells analysiert im zweiten Band seiner Trilogie zum Informationszeitalter drei soziale Bewegungen, die er als Globalisierungsgegner bezeichnet: die Zapatistas in Mexiko, die amerikanische Miliz *The Patriots* und die japanische Bewegung *Aum Shinrikyo*. Vgl. Manuel Castells, Das Informationszeitalter II, Die Macht der Identität, Opladen 2002, S. 75 ff.

36 Ebd., S. 100.

37 Ebd.

38 Ulrich Beck definiert den verwurzelten Kosmopolitismus als »ein gleichzeitiges lokales und globales Engagement,« Ulrich Beck, Verwurzelter Kosmopolitismus: Entwicklung eines Konzepts aus rivalisierenden Begriffsoppositionen, in: ders./Natan Sznaider/Rainer Winter (Hg.): Globales Amerika? Die kulturellen Folgen der Globalisierung, Bielefeld 2003, S. 41. Er weist auf die Kosmopolitisierung sozialer Bewegungen hin, deren Forderungen transnational gefasst seien und die eine kosmopolitische Perspektive einnehmen (ebd.). Diese Perspektive ist ein kosmopolitischer Blick, den Beck definiert als »Weltsinn, Grenzenlosigkeitssinn. Ein alltäglicher, ein historisch wacher, ein reflexiver Blick, ein dialogischer Blick für Ambivalenzen im Milieu verschwimmender Unterscheidungen und kultureller Widersprüche,« Ulrich Beck, Der kosmopolitische Blick oder: Krieg und Frieden, Frankfurt a. M. 2004, S. 10.

der Mediengesellschaft beinhaltet die Erfahrung des Kosmopolitismus eine komplexe Vermischung der realen Teilhabe vor Ort mit medienvermittelter Erfahrung von Ereignissen und Erfahrungen an entfernten Orten.«³⁹

Winter untersucht die Entstehung einer transnationalen Öffentlichkeit durch zivilgesellschaftliche Organisationen. Er setzt solche Organisationen in den Fokus, die die Stärkung demokratischer Prozesse zum Ziel haben.⁴⁰ Sie betrachten »das Internet als ein Werkzeug, um sich eigene offen strukturierte und demokratisch gestaltete Räume zu schaffen, die die Grundlage für eine bessere Zukunft sein sollen.«⁴¹

Winter fasst die politischen Aktivitäten, die im virtuellen Raum stattfinden, als Cyberaktivismus zusammen, betont jedoch später den Offline-Ursprung dieses Aktivismus.⁴² Diese Hervorhebung ist wichtig, um zu begreifen, wer tatsächlich *Online* ist, sich hier vernetzt und aufgrund der Offline-Gegebenheiten (also des soziokulturellen Kontexts und der Ressourcen) überhaupt vernetzen kann. Weder die Bezugspunkte des Lokalen noch der Nation werden für die Akteure politischer Bewegungen hinfällig, doch gewinnen translokale politische Vergemeinschaftungen mit der Globalisierung der Medienkommunikation an Relevanz.⁴³ Nicht nur bleiben die Akteure lokal verortet, auch ihre politischen Anliegen fokussieren das Lokale. Gleichzeitig sind sie translokal vernetzt. »So kann sich eine Handlungsgemeinschaft herausbilden, die auf vielfältige Weise horizontale Verbindungen, neue Formen der Kooperation, der Solidarität und wechselseitigen Unterstützung erzeugt.«⁴⁴

Eine solche solidarische Politik kann die traditionelle Hierarchisierung des politischen Mehrebenensystems perforieren. Zwar wird institutionalisierte Macht, z. B. die eines Staates, durch die Bedeutungszunahme einer translokal vernetzten Zivilgesellschaft nicht gemindert, doch kann durch sie

39 Rainer Winter, *Widerstand im Netz. Zur Herausbildung einer transnationalen Öffentlichkeit durch netzbasierte Kommunikation*, Bielefeld 2010, S. 34.

40 Ebd., S. 18 u. 35.

41 Ebd., S. 37.

42 Ebd., S. 101 u. 144.

43 Hepp, *Medienkommunikation und deterritoriale Vergemeinschaftung*, S. 147.

44 Sassen, *Die Macht des Digitalen* S. 104.

eine Gegenmacht auftreten.⁴⁵ Eine globale Zivilgesellschaft gibt es jedoch nicht im Singular, vielmehr muss diese immer im Plural gedacht werden, da zivilgesellschaftliche Akteure sich in verschiedenen Konstellationen zu verschiedenen Themen formieren.⁴⁶

»These civil society constellations share the view that the classical form of international politics (›governance by governments‹) is not suitable for solving global problems. They also see the supra- and international structure as inefficient, inadequate and even possibly autocratic. These civil society initiatives and movements either take on regulatory development themselves and comply with self-generated norms (›governance without governments‹), or they pressure international political and economic actors to develop and practically implement such regulations (›governance with governments‹).«⁴⁷

Diese zivilgesellschaftlichen Konstellationen bezeichnen Jakobeit, Kappel und Mückenberger als transnational normsetzende Netzwerke (transnational norm-building networks), da sie ihnen das Potenzial zuschreiben, sozio-kulturelle Normen in ökonomische und politische Mächte einzuschreiben und neue Normen zu formulieren.⁴⁸

Ein Beispiel für den Einfluss auf (inter)nationale Normen ist das der internationalen Menschenrechtsbewegung. So konnte z. B. die Frauenbewegung in verschiedenen Veranstaltungen der Vereinten Nationen (VN) internationale Politik beeinflussen und die hier entstehenden Abkommen wiederum für ihre Arbeit auf nationaler Ebene nutzen. Neben dem Einfluss auf globaler und nationaler Ebene versuchen Nichtregierungsorganisationen auch,

45 Ebd., S. 100. Jakobeit, Kappel und Mückenberger arbeiten heraus, dass Staaten selbst zu »network-agencies« werden, denn nicht mehr nur ihre ökonomische oder militärische Macht ist entscheidend in einer globalisierten Welt, sondern auch ihre Fähigkeit des Netzwerks, die Jakobeit, Kappel und Mückenberger als »soft power« bezeichnen. Siehe Cord Jakobeit/Robert Kappel/Ulrich Mückenberger, *Civilizing the World Order? The Scope and Potential of Transnational Norm-building Networks*, GIGA Focus International Edition 1 (2010), Hamburg, S. 3.

46 Jakobeit/Kappel/Mückenberger, *Civilizing the World Order?* S. 5.

47 Ebd.

48 Vgl. ebd.

Politiken auf regionaler Ebene zu beeinflussen, wie z. B. die afrikanische Menschenrechtsbewegung im Hinblick auf die Afrikanische Union.⁴⁹

Im Verhältnis zwischen lokal und translokal agierenden politischen Bewegungen ist ein Spannungsverhältnis auszumachen. So beobachtet z. B. der ugandische Rechtsprofessor Oloka-Onyango ein ambivalentes Verhältnis zwischen afrikanischen und internationalen⁵⁰ Nichtregierungsorganisationen: Zum einen könnten afrikanische Nichtregierungsorganisationen von internationalen methodisch und strategisch lernen und würden durch letztere bei der Vernetzung mit internationalen Institutionen unterstützt, zum anderen jedoch dominierten die internationalen Nichtregierungsorganisationen die Menschenrechtsszene in Afrika.⁵¹ Ein weiteres Spannungsverhältnis zwischen afrikanischen Nichtregierungsorganisationen und internationalen Akteuren sieht Oloka-Onyango in der finanziellen und damit inhaltlichen Abhängigkeit ersterer:

»The vast majority of human rights NGOs is foreign-funded. This means that there is a lack of an independent economic foundation for these groups. It also means that, whether directly or otherwise, NGOs are forced to follow the dictates of those who provided them with the finances to organize and operate.«⁵²

Dieses finanzielle und inhaltliche Abhängigkeitsverhältnis von internationalen Akteuren lässt sich nicht nur für Menschenrechtsorganisationen konstatieren, sondern ist ein Dilemma der meisten Nichtregierungsorganisationen in ökonomisch weniger entwickelten Ländern. Trotz der Abhängigkeiten bleiben es die lokalen Akteure, die die Experten für das Lokale sind. Sie sind

49 Zur afrikanischen Menschenrechtsbewegung siehe Joe Oloka-Onyango, *Modern-day Missionaries or Misguided Miscreants? NGOs, the Women's Movement and the Promotion of Human Rights in Africa*, in: Wolfgang Benedek/Esther M. Kisaakye/Gerd Oberleitner (Hg.), *Human Rights of Women. International Instruments and African Experiences*, London/New York 2002, S. 288.

50 Mit internationalen Nichtregierungsorganisationen meint Oloka-Onyango solche, die nicht afrikanischen Ursprungs sind, entweder solche aus anderen Ländern oder solche, die international operieren.

51 Ebd., S. 292.

52 Ebd., S. 291.

es, die zum einen über das Wissen verfügen, um lokale Projekte erfolgreich durchzuführen, und zum anderen die entsprechenden lokalen Erfahrungen haben, welche sie auf internationaler Ebene in die Normsetzungsverfahren einbringen können.

In diesem Spannungsverhältnis zwischen lokalen und translokalen agierenden politischen Nichtregierungsorganisationen werden bereits Ungleichheiten sichtbar, die in allen translokalen mediatisierten politischen Vergemeinschaftungen zu finden sind.

Ungleichheit in mediatisierten translokalen politischen Bewegungen

Nicht alle politischen Menschen können Teil mediatisierter translokaler politischer Bewegungen werden. Denn die Globalisierung der Medienkommunikation ist von Ungleichheiten geprägt; innerhalb der politischen Netzwerke sowie zwischen ihnen und ihrer Umgebung sind Machtgefälle auszumachen. Der fehlende Zugang von Menschen zum Internet lässt Prozesse der Globalisierung der Medienkommunikation weltweit ungleich und ungleichzeitig verlaufen.

»Die Tatsache, dass das Internet auf vielen Gebieten des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und politischen Lebens eine so zentrale Rolle spielt, bedeutet zugleich, dass diejenigen, die keinen oder nur begrenzten Zugang zum Internet haben oder die es nicht richtig nutzen können, marginalisiert werden.«⁵³

Die erheblichen Unterschiede im Zugang zu digitalen Medien wird als digitale Kluft (Digital Divide) benannt.⁵⁴ Durch die digitale Kluft wird ein Großteil

53 Castells, Die Internet-Galaxie, S. 261.

54 Ebd., S. 262, Herv. i. Orig. Neben dem Begriff der digitalen Kluft sollte meiner Meinung nach auch der Begriff der medialen Kluft (Media Divide) genutzt werden. Siehe hierzu Sigrüd Kannengießer, Medialität und Globalisierung. Amerikanisierung, Nationalisierung oder Hybridisierung (globaler) Medienkulturen?, in: Sophia Khomor/Rebekka Rohleder (Hg.), Post-Coca-Colonization: Zurück zur Vielfalt?, Frankfurt a. M. 2009, S. 154. Auch wenn im

der Weltbevölkerung von der zunehmenden kommunikativen Konnektivität und translokalen politischen Bewegungen ausgeschlossen. Es ist ein Ausschluss von Kommunikationsprozessen, durch die sich Menschen translokal vernetzen. Dabei ist zwischen einem Zugangsgefälle innerhalb einer Gesellschaft (National Access Divide) und zwischen den Gesellschaften (Global Access Divide) zu unterscheiden.⁵⁵ Der Global Access Divide ist v. a. zwischen entwickelten und ökonomisch weniger entwickelten Ländern auszumachen. Die bereits vor der Einführung des Internets bestehende Kluft zwischen entwickelten und ökonomisch weniger entwickelten Ländern wird durch das Internet also nicht entschärft, sondern im Gegenteil noch verschärft: »Die Differenzierung zwischen denen, die Zugang zum Internet haben, und denen, die keinen haben, fügt den bestehenden Quellen für Ungleichheit und sozialer Exklusion eine grundlegende Kluft hinzu.«⁵⁶

Die digitale Kluft ist nicht allein durch den technologischen Zugang bestimmt, sondern auch durch das Wissen bzw. die Wissenslücke im Umgang mit dem Internet. So sind die Ursachen für die digitale Kluft divers. Haseloff entwirft einen Ursachenkatalog für die digitale Kluft und unterscheidet die Gründe nach der Access-Ebene, dem fehlenden technischen Zugang zu digitalen Medien, der Skill-Ebene, den fehlenden kognitiven Fähigkeiten, sowie der Content-Ebene, z. B. der fehlenden Sprachkompetenz, und schließlich der User-Ebene, z. B. der fehlenden Motivation der Nutzenden.⁵⁷ Die digitale Kluft resultiert daher nicht nur aus dem Fehlen der Internettechnik. Daher wäre das Problem nicht mit der alleinigen Bereitstellung des technologischen

Hinblick auf die Globalisierung der Medienkommunikation die Fokussierung des Internets nachvollziehbar ist, so sind hinsichtlich der Entwicklung ökonomisch weniger entwickelter Länder auch nicht-digitale Medien relevant, wie z. B. die Bedeutung des Community Radios in solchen Ländern zeigt. Vgl. Sigrid Kannengießer/Wolfgang Settekorn (Hg.), Radio Global. Hamburger Hefte der Medienkultur 10 (2007). Gerade solche Community Radios versuchen eine mediale Kluft zu schließen: Während z. B. Printmedien eine Lesefähigkeit und das Fernsehen finanzielle Ressourcen für das Anschaffen eines Gerätes und Stromzugang voraussetzen, ist Radio auch für AnalphabetInnen und durch »Kurbelgeräte« auch ohne Stromzugang zugänglich.

55 Anikar Michael Haseloff, Public Network Access Points und der Digital Divide. Eine empirische Untersuchung der Bedeutung von öffentlichen Internetzugängen für Entwicklungsländer am Fallbeispiel Indien, Augsburg 2007, S. 8.

56 Castells, Die Internet-Galaxie, S. 261.

57 Haseloff, Public Network Access Points und der Digital Divide, S. 24.

Zugangs gelöst, wenn dieser auch »eine notwendige Voraussetzung [ist] [...], um in einer Gesellschaft, in der die beherrschende Funktion und gesellschaftliche Gruppierung zunehmend um das Internet herum organisiert sind, Ungleichheit zu überwinden«. ⁵⁸ Es muss vielmehr breiter angesetzt werden, um die digitale Kluft zu schließen.

Für mediatisierte translokale politische Bewegungen, in denen der politische Mensch vernetzt ist, hat die digitale Kluft weitreichende Konsequenzen. Nicht alle politischen Menschen haben Zugang zu translokalen mediatisierten politischen Netzwerken, u. a. die, die keinen Zugang zum Internet haben, sind von vielen mediatisierten politischen Vergemeinschaftungen ausgeschlossen. Durch die digitale Kluft existiert ein Gefälle zwischen den Personen und zivilgesellschaftlichen Organisationen, die in entwickelten und ökonomisch weniger entwickelten Ländern verortet sind.

In einer Analyse des Association for Progressive Communications Women's Networking Support Programme (APC Women), eine translokale Nichtregierungsorganisation, die Frauenförderungsprojekte in ökonomisch weniger entwickelten Ländern durchführt und Lobbyarbeit für Geschlechtergerechtigkeit auf nationalen Ebenen sowie internationaler Ebene betreibt, wird die Ungleichheit aufgrund der digitalen Kluft offenbar: Die translokal vernetzten Mitarbeiterinnen der Organisation gehören einer Mittel- und Bildungsober-schicht der beteiligten Länder an, sie haben Zugang zu Internetmedien und können so Teil der translokalen mediatisierten politischen Vergemeinschaftung sowie der translokalen Frauenbewegung sein. Die Legitimationsfolie ihres Handelns bilden die Frauen in den von ihnen durchgeführten lokalen Projekten, in denen u. a. die von der digitalen Kluft betroffenen Frauen (erste) Kontakte mit Internetmedien haben sollen. Diese Frauen haben aber keinen Zugang zu dem translokalen Netzwerk APC Women, da sie keinen Zugang zu Internetmedien haben und sie so weder Teil des mediatisierten Netzwerks noch der translokalen Frauenbewegung werden können. ⁵⁹

Aufgrund der digitalen Kluft und Ungleichheit in politischen Bewegungen fordert Saskia Sassen:

58 Castells, Die Internet-Galaxie, S. 262.

59 Siehe für eine Analyse von APC Women: Sigrid Kannengießer, Translokale Ermächtigungskommunikation, Medien, Globalisierung, Frauenorganisationen, Wiesbaden 2014.

»Internetmedien – insbesondere E-Mail – sind die meistgenutzten ICTs [information and communication technologies] der Organisationen des globalen Südens, die durch geringere Bandbreiten und langsame Verbindungen eingeschränkt sind. Um entsprechende Globalitätsformen zu erreichen, müssen die großen transnationalen Organisationen, die sich mit dem globalen Süden befassen, diese technischen Zwänge zur Kenntnis nehmen, etwa indem Text-Nachrichten ohne Bildelemente oder HTML, ohne Arbeitsblätter oder Tabellen und auch ohne die anderen Anwendungen, die größere Bandbreiten und schnelle Verbindungen erfordern, liefern.«⁶⁰

Die Akteure politischer Bewegungen sollten sich also über die unterschiedlichen Zugangsmöglichkeiten von Menschen zu mediatisierten politischen Vergemeinschaftungen bewusst sein, dies gilt nicht nur für die Kluft zwischen entwickelten und ökonomisch weniger entwickelten Ländern, sondern auch für verschiedenen Zugangsmöglichkeiten innerhalb einer Gesellschaft (s. o.). So müssten Strategien entwickelt werden, allen politischen Menschen die Möglichkeit der Beteiligung an politischen Bewegungen zu geben. In der Aufhebung der Netzwerkexklusion, also der Überwindung der digitalen Kluft, sieht Castells eine der Herausforderungen der heutigen Netzwerkgesellschaft⁶¹, und hier liegt auch eine Herausforderung für die in politischen Vergemeinschaftungen und Bewegungen organisierten politischen Menschen.

60 Sassen, *Die Macht des Digitalen*, S. 101.

61 Castells, *Die Internet-Galaxie*, S. 291 ff. Neben der Exklusion aus Netzwerken benennt Castells als weitere Herausforderungen der heutigen Netzwerkgesellschaft u. a. die Freiheit des Internets, welche durch Besitzansprüche auf die Infrastruktur des Internets in Frage gestellt wird, die Kompetenz zur Informationsverarbeitung und Herstellung von Wissen sowie den Widerspruch zwischen der technologischen Überentwicklung und der institutionellen und gesellschaftlichen Unterentwicklung, vgl. hierzu Castells, *Die Internet-Galaxie*, S. 291 ff. In einem politischen Plädoyer ruft Castells dazu auf, dass alle Menschen zur Bewältigung dieser Herausforderungen beitragen (ebd.).

Das Potenzial politischer Bewegungen für Demokratien

Was bedeuten mediatisierte politische Vergemeinschaftungen für demokratische Gesellschaften? Oskar Negt konstatiert, dass der Mensch nicht als politisches Lebewesen geboren werde; sondern durch politische Bildung zu einem solchen werde.⁶² »Das Schicksal einer lebendigen demokratischen Gesellschaftsordnung hängt davon ab, in welchem Maße die Menschen dafür Sorge tragen, dass das Gemeinwesen nicht beschädigt wird, in welchem Maße sie bereit sind, politische Verantwortung für das Wohlergehen des Ganzen zu übernehmen.«⁶³ Politische Bewegungen sind daher für eine lebendige Demokratie existentiell: In politischen Bewegungen finden sich Menschen zusammen, die Gesellschaft gestalten wollen, die im Hinblick auf verschiedene Ziele, das Zusammenleben verbessern möchten.

Colin Crouch spricht den neuen politischen Bewegungen sogar die Möglichkeit einer »Vitalisierung der Demokratie«⁶⁴ in postdemokratischen Zeiten zu. Unter Postdemokratie versteht er das derzeitige Gemeinwesen,

»in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, [...] in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. [...] Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht.«⁶⁵

Da Politik nach Crouch in postdemokratischen Zeiten über Lobbygruppen funktioniert, sollten seiner Meinung nach neue Initiativen und Bewegungen diese Einflussmöglichkeiten nutzen, und das Feld nicht wirtschaftlichen

62 Vgl. Oskar Negt, *Der politische Mensch*, Göttingen. 2010, S. 13. Für Negt gehören zur politischen Identitätsbildung des politischen Menschen folgende »Bauelemente«: Orientieren, Wissen, Lernen, Erfahren, Urteilen und Charakterbildung. Vgl. ebd., S. 32.

63 Ebd., S. 13.

64 Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt a. M. 2008, S. 155.

65 Ebd., S. 10.

Interessengruppen überlassen.⁶⁶ Der politische Mensch kann und sollte sich in der Postdemokratie organisieren, um die Gemeinschaft zu gestalten, auch wenn den BerufspolitikerInnen damit keine Verantwortung abgenommen werden kann und soll. Politische Bewegungen bieten eine Organisationsmöglichkeit für den politischen Menschen.

In diesem Beitrag wurden die Konzepte des Netzwerks und der posttraditionalen Vergemeinschaftung als erkenntnisbringende Ansätze für die Analyse politischer Bewegungen diskutiert. Des Weiteren wurde konstatiert, dass viele politische Bewegungen in der heutigen Gesellschaft als mediatisiert charakterisiert werden können, da sie sich oftmals über Medien und v. a. Internetmedien vernetzen, Medien an Bedeutung für die politischen Bewegungen zunehmen und die Medienumgebung der politischen Akteure komplexer wird. Ein zweites Merkmal vieler politischer Bewegungen, das beschrieben wurde, ist ihre Translokalität: Politische AktivistInnen an verschiedenen Orten vernetzen sich (medial vermittelt) über nationale und kulturelle Grenzen hinweg, aber dennoch bleibt der Ort, an dem sich die Akteure befinden, für ihren politischen Aktivismus relevant. Es sind die Lokalitäten, an denen Gemeinschaft verändert und gestaltet werden kann, aber über eine translokale Vernetzung ist es dem politischen Menschen möglich, sich zu solidarisieren und gegenseitig in den politischen Vorhaben zu unterstützen.

Durch Internetmedien erhalten politische Bewegungen und der politische Mensch neue Vernetzungs-, Artikulations- und Aktionsmöglichkeiten. Gleichzeitig sind diesen mediatisierten translokalen Vernetzungen aber auch neue Ungleichheiten eingeschrieben: So verfügt nicht jeder politische Mensch über neue Medien, über Computer, Mobiltelefone und Zugang zum Internet. Durch die digitale Kluft sind viele politische Menschen von der translokalen Netzwerkbildung ausgeschlossen.

Auch die translokalen politischen Bewegungen müssen diese Ungleichheit berücksichtigen und Strategien entwickeln, politische Menschen, die von der digitalen Kluft betroffen sind, zu involvieren. Nur durch solche Inklusionsangebote und das Bewusstsein dieser Ungleichheiten kann es dem politischen Menschen gelingen, Demokratie für alle zu gestalten.

66 Ebd., 155 f.

Der politische Mensch zwischen Kommunikation und Manipulation

Karin Priester

Die Manipulation des politischen Menschen in der Demokratie

Am Beginn meiner Ausführungen steht eine Frage: Hätte der Titel meines Beitrags nicht eher lauten müssen: Die Manipulation des Menschen oder gar des unpolitischen Menschen in der Demokratie? Lassen Sie mich kurz auf Hegel zurückgreifen, der zwischen der Sphäre des Privaten und der staatlichen Sphäre unterschieden hat:

»Das Aggregat des Privaten pflegt [...] häufig das Volk genannt zu werden; als solches Aggregat ist es aber *vulgus*, nicht *populus*; und in dieser Beziehung ist es der alleinige Zweck des Staates, daß ein Volk *nicht als solches Aggregat* zur Existenz, zur Gewalt und Handlung komme. Solcher Zustand eines Volkes ist der Zustand der Unrechtlichkeit, Unsittlichkeit, der Unvernunft überhaupt [...].«¹

Das Aggregat des Privaten ist für Hegel der vorpolitische Zustand, den er mit Unrechtlichkeit und Unvernunft gleichsetzt. Der alleinige Zweck des Staates sei es, zu verhindern, dass dieses Aggregat des Privaten, der *vulgus*, als handelnder Akteur auftrete. Denn erst der Mensch als Bürger oder als

1 Georg Wilhelm Friedrich Hegel (1979), Werke, Bd. 8, § 544, Frankfurt a. M., Herv. v. Verf.

cives begründet ein politisches Aggregat, für das die Römer den Begriff des *populus* kannten. Erst als Bürger – und vergleichsweise spät auch als Bürgerin – wird der Mensch zum politischen Menschen, indem er am politischen Gemeinwesen, der *civitas*, teilnimmt.

1 Neufiguration des politischen Feldes

Diese Unterscheidung zwischen privat und öffentlich, zwischen unpolitisch und politisch wird heute als zu eng angesehen. Seit den 1960er Jahren gilt auch das Private als politisch – von den einen begrüßt, von anderen bekämpft. Politik wird heute nicht mehr auf das juristische Handeln des Staates beschränkt, sondern reicht bis weit in die Zivilgesellschaft hinein. Dieser Ausweitung von Politik stehen Entwicklungen entgegen, die meist mit dem Schlagwort der »Politik«- oder »Parteienverdrossenheit« bezeichnet werden. Nicht nur die Zahl der Wähler ist rückläufig, sondern auch die Zahl der Mitglieder in gesellschaftlichen Großorganisationen wie Parteien, Kirchen, Gewerkschaften oder Sportvereinen. Dies sind zwar Auswirkungen eines allgemeinen Individualisierungsschubs, aber es ist zu plakativ, sie auch als Indikatoren für »Politikverdrossenheit« zu werten. Viele Menschen engagieren sich heute anders, etwa in Bürgerinitiativen oder anderen sozialen Bewegungen. Es zeichnet sich eine neue Figuration des politischen Feldes außerhalb der etablierten Institutionen ab. Zweifellos gibt es aber auch Anzeichen eines Rückzugs von politischer Beteiligung, vor allem in den Unterschichten. Sie nehmen häufig nicht mehr an Wahlen teil und zeigen politisches Desinteresse, ja sogar Apathie. Auch der Versuch, mit Referenden oder Bürgerbefragungen neue Foren der politischen Beteiligung attraktiv zu machen, stößt an Grenzen. Häufig sind sie auch im sozialstrukturellen Sinne eine Sache von »Bürgern«, von formal besser gebildeten Angehörigen der Mittelschicht.

2 Manipulation des politischen Menschen in der Demokratie

Um zu meinem eigentlichen Thema zu kommen, möchte ich zunächst mit dem Begriff der Manipulation beginnen. Unter Manipulation wird eine Einflussnahme durch Täuschung oder Überredung zum Schaden des oder der Manipulierten verstanden. Diese Beeinflussungen sollen bei den Adressaten ein bestimmtes, in unserem Falle politisch relevantes Verhalten hervorrufen. Schon zur Zeit der Aufklärung sprach man von »Priestertrug«. Die Kirche war die wirkmächtigste Instanz zur Beeinflussung von Menschen, und Priester galten als die Bewusstseinsmanipulateure der damaligen Zeit. Man sollte annehmen, dass diese Manipulation des Bewusstseins in der modernen Demokratie nicht mehr vorkommen könne. Denn die moderne Demokratie fußt auf einer Voraussetzung: auf der Existenz mündiger, autonomer Bürger und Bürgerinnen, die über ein Mindestmaß an formaler Bildung verfügen, um sich selbst ein rationales Urteil zu bilden. Wir alle wissen aber, dass dies eher ein Ideal ist und nicht der Realität entspricht.

Wo liegen gerade auch in demokratisch verfassten Gesellschaften die Einfallstore für Manipulation des politischen Willens? Ich sehe sie vor allem auf drei miteinander verschränkten Ebenen: auf Manipulation durch Sprache, auf Manipulation durch Kommunikation und auf Manipulation durch Medienexperten. »Manipulation« war schon in der 68er Generation ein großes Thema und richtete sich in Deutschland gegen den Springer-Konzern und sein bekanntestes Produkt, die »Bild«-Zeitung. In dieser Zeit des aufgeheizten Ost-West-Konflikts konnte man noch von »Propaganda« sprechen. Propaganda ist die grobschlächtige Form von Manipulation und arbeitet mit einfachen Freund-Feind-Bildern, mit bewusster Lüge, mit Erfindungen und Diffamierungen. Ich erinnere nur an den noch gar nicht so lange zurückliegenden Irak-Krieg, als die US-amerikanische Propaganda den Krieg mit der Existenz von Massenvernichtungswaffen im Irak gerechtfertigt hat, die bekanntlich nie gefunden wurden. Ein besonders dreistes Beispiel für Manipulation war die Behauptung, die Anhänger Saddam Husseins würden in Krankenhäusern zu früh geborene Säuglinge aus dem Brutkasten entfernen. Auch dies stellte sich als eine infame Propagandalüge heraus, die an die tief sitzenden Schutzinstinkte für Neugeborene appellierte und dem Gegner auch den letzten Rest an Menschlichkeit absprach.

Aber auch heutige Rechtspopulisten wie der Niederländer Geert Wilders arbeiten mit einfachen Freund-Feind-Bildern. Als Feind des »Westens« gilt vor allem der Islam, ohne zwischen Islamismus als politischer Bewegung und Islam als Religion zu unterscheiden. Der akute Gegner der rechtspopulistischen PRO-Bewegung ist der Salafismus. Der Salafismus steht natürlich nicht für den Islam insgesamt und auch nicht für alle Moslems. Aber die rechtspopulistische Propaganda arbeitet nach dem Prinzip des »pars pro toto«. Eine leicht angreifbare, sektiererische islamistische Minderheit wird mit dem Islam identifiziert. Das ist so, als würde die Pius-Bruderschaft mit der katholischen Kirche gleichgesetzt.

2.1 Manipulation durch Sprache

Die Manipulation des politischen Menschen unter demokratischen Normalbedingungen ist dagegen viel subtiler und beruht vor allem auf der Manipulation der Sprache. In seinem bekannten Buch *1984* hat George Orwell das Bild einer utopischen Gesellschaft gezeichnet und das Merkmal des *Newspeak*, des Neusprech, hervorgehoben. Diese lexikalisch oder semantisch umgepolte neue Sprache führt bei Orwell zu einer eindimensionalen Gesellschaft. Der »Neusprech« und das mediale Arrangement von Themen, das Agenda Setting, sind die Hauptmechanismen von Manipulation. Die »neue« Sprache arbeitet vor allem mit Euphemismen und semantischen Umdeutungen.

Lassen Sie mich einige Beispiele geben: Wenn Politiker von Monetarisierung sprechen, meinen sie Inflation. Inflation ist aber, vor allem in Deutschland aufgrund leidvoller Erfahrungen in der Weimarer Republik, negativ besetzt. Um diese negative Konnotation zu entschärfen, greift man zu einem technischen Spezialbegriff, unter dem sich viele Menschen nichts vorstellen können und daher weniger angstvoll reagieren. Ein anderes Beispiel ist die Sprachformel »robuste Verhörmethoden«, eine euphemistische Bezeichnung für Folter. Da es aber Folter in demokratischen Gesellschaften offiziell nicht gibt und geben darf, greift man zu einer verhüllenden Sprachregelung. Die Bezeichnung »robuste Verhörmethoden« ist nicht so eindeutig wie Folter, sondern polysemisch-mehrdeutig. Sie erweitert den Raum der Auslegungsmöglichkeiten und verwischt die Grenze zwischen noch zulässigen und nicht mehr zulässigen Praktiken. Allgemein bekannt sind auch beschönigende

Formulierungen aus der Wirtschaft. Preiserhöhungen werden zu Preiskorrekturen und Beitragserhöhungen zu Beitragsanpassungen entschärft. Man kann das auch Scheinneutralisierung nennen.

Eine nicht ganz so leicht durchschaubare sprachliche Manipulationspraxis ist dagegen das sogenannte *Reframing*. Ein Begriff wird in einen neuen Rahmen gestellt und verändert dadurch seine Bedeutung. Nehmen wir den Begriff der Subsidiarität. Damit ist gemeint, dass die Lösung eines Problems – etwa in der Erziehung oder der Altenpflege – zunächst auf der untersten gesellschaftlichen Ebene erfolgen soll, in diesem Fall in der Familie. Kann das Problem auf dieser Ebene nicht gelöst werden, greift die Kommune als nächsthöhere Ebene ein und erst in letzter Instanz der Staat.

In der politischen Praxis wird der Begriff heute aber zunehmend anders verstanden und neu »gerahmt«. Subsidiär bedeutet nicht mehr die Lösung oder Bewältigung eines Problems auf der untersten, sondern auf der effizientesten Ebene, auch wenn diese in der Hierarchie der Instanzen höher angesiedelt ist. Wenn beispielsweise Parlamentarier nicht das nötige Expertenwissen haben, um ein Gesetz zu formulieren, delegieren sie es subsidiär auf die vermeintlich effizientere Ebene von Experten, Anwaltskanzleien oder Lobbygruppen, die das Gesetz dann gleich nach Maßgabe ihrer eigenen Interessen formulieren.

Man sieht, wie hier ein Begriff seines ursprünglichen Bedeutungsgehalts entkleidet und neu »gerahmt« wird, ohne dass dies dem politisch durchschnittlich interessierten Menschen auffällt: Er geht immer noch von dem alten Subsidiaritätsverständnis und merkt gar nicht, dass der Begriff unter der Hand eine andere Bedeutung angenommen hat, nämlich die Verlagerung der Entscheidungsstrukturen von parlamentarischen Abgeordneten auf sogenannte Experten. Bundeskanzlerin Angela Merkel hat in der Euro-Krise das schöne Wort von der »alternativlosen Entscheidung« geprägt. Entweder gibt es in einer Situation keine Alternativen; dann kann es aber auch keine Entscheidung zwischen A und B geben. Merkels Formulierung suggeriert dagegen einerseits unabänderliche Sachzwänge, zu denen es keine Alternative gäbe, erweckt aber andererseits den Anschein, als ob Politiker eben doch politische Spielräume hätten und sich zwischen Alternativen entscheiden könnten.

Ich möchte diese Überlegungen zur Manipulation des politischen Menschen nicht mit weiteren Einzelbeispielen anreichern, sondern auf einen generellen Trend aufmerksam machen. Darunter verstehe ich das Eindringen eines umfangreichen neuen Vokabulars, eine neuen Wortschatzes in die Sprache der Politik. Dieser Wortschatz wurde ursprünglich in einer anderen Sphäre entwickelt und dringt zunehmend auch in die Sprache der Politik ein. So spricht man etwa seit den 1990er Jahren nicht mehr von regieren und Regierung, sondern von regulieren und Governance. Darunter wird ein neues Regierungshandeln verstanden, das nicht mehr hierarchisch von oben nach unten, sondern horizontal zwischen dem Staat und gesellschaftlichen Gruppen verläuft. Der Staat, vertreten durch das Kabinett, regiert nicht mehr, sondern kooperiert mit gesellschaftlichen Akteuren, seien es Wirtschaftsfachleute, Interessengruppen oder Organisationen der Zivilgesellschaft. Da aber unter demokratischem Vorzeichen »hierarchisch« negativ besetzt ist, »Kooperation« dagegen positiv konnotiert wird, entsteht der Eindruck, als handele es sich beim Wechsel von Regierungshandeln zu Governance um einen Prozess der Demokratisierung. Die Problematik der direkten Kooperation zwischen staatlichen und nicht-staatlichen Stellen oder Akteuren wird unterlaufen durch die Suggestion größerer Mitbestimmung und politischer Teilhabe der Zivilgesellschaft.

Diese Wende zur Governance geht einher mit sprachlichen Veränderungen, neuen Semantiken und einem technokratischen Verhüllungscode. Die Sprache des »alten«, hierarchischen Regierungshandelns (Government) kannte zentrale, meist staatsrechtliche Begriffe wie Regierung, Souveränität, Autorität, Legitimation, Kompromiss, Repräsentation, Kollektivverhandlungen, Delegation und nicht zuletzt den Bürger und die Bürgerin als Souverän. Die Sprache der Governance schöpft dagegen aus einer ursprünglich nicht politischen, sondern betriebswirtschaftlichen Steuerungspraxis und aus Managementtechniken. Die neue Schlüsselwörter lauten: Flexibilität, Regulierung, Steuerung, Koordination, prozedurale Rationalität, Konvergenz. Bevölkerungszielgruppen, Synergieeffekte, Interaktionsmuster, Interdependenz, Effizienz, Kohärenz und nicht zuletzt Kommunikation. Es zeigt sich also, dass die Sprache der Politik sich zunehmend an der Werbepsychologie und an der technokratisch-funktionalistischen Sprache der Wirtschaft orientiert. Dieses Vokabular ist so abstrakt, dass man auf den ersten Blick nichts

dagegen einwenden kann: Wer plädiert schon für *Ineffizienz*, für weniger Kohärenz oder für *unkoordinierte* Maßnahmen? Erst das Ensemble des neuen Wortschatzes und das Ineinandergreifen von Semantik und konkreter Praxis zeigen, dass Governance nicht unter dem Primat demokratischer Selbstbestimmung, sondern unter dem Primat von Effizienz und Sachgesetzlichkeit steht.

2.2 Manipulation durch Kommunikation

Lassen Sie mich nun auf die Rolle von Kommunikation bei der Manipulation des politischen Menschen zu sprechen kommen. Kommunikation ist das große Schlagwort unserer Zeit. Schlagwörter sind Modewörter oder bloße Phrasen: Jeder glaubt zu wissen, was darunter zu verstehen sei. Fast schon als Karikatur erscheint diese Signatur unserer Zeit in Redewendungen wie: »Es ist gut, dass wir darüber geredet haben«. Kommunikation *als solche* gilt schon als befreiend oder entlastend, unabhängig davon, ob ein Konflikt, ein Problem, eine Sachfrage tatsächlich gelöst oder beantwortet wurde.

Immer schon haben Menschen miteinander kommuniziert, sei es sprachlich, gestisch-mimisch oder symbolisch. Die Karriere des Kommunikationsbegriffs geht aber über diese bekannte Tatsache hinaus und bezeichnet eine bestimmte Form der sozialen Praxis. Die Grundannahme lautet: Es gibt keine objektive Realität, sondern das, was wir Realität nennen, ist nichts anderes als die Summe kommunikativer Prozesse oder Diskurse. Wie kann aber Kommunikation eine bestimmte Form von Manipulation sein? Ein Indiz dafür ist die inzwischen weit verbreitete transitive Verwendung des Verbs »kommunizieren«: Ich kommuniziere nicht *mit* jemanden *über* etwas, sondern »kommunizieren« steht mit dem Akkusativ: Ich kommuniziere eine Botschaft, eine Entscheidung, einen Tatbestand. Mit dieser kleinen grammatikalischen Veränderung wird aus dem interaktiven und intersubjektiven »kommunizieren« ein Akt der Verkündigung eines bereits feststehenden Sachverhalts oder einer bereits getroffenen Entscheidung. Kommunikation ist nicht mehr ein dialogischer Prozess zwischen mehreren Akteuren, sondern ein von oben nach unten verlaufender Akt der Mitteilung.

Ich möchte dies wieder an einem Beispiel verdeutlichen: Zunehmend sehen Politiker auf nationaler und EU-Ebene die schwindende Akzeptanz in

der Bevölkerung als Problem unzureichender Kommunikation. Nach dem Debakel der Volksabstimmung zur europäischen Verfassung in Frankreich und den Niederlanden 2005 ging die EU-Kommission daran, Europa »besser zu kommunizieren«. Wenn Parteien oder Politiker eine Niederlage erleiden, lautet die Erklärung häufig, die Maßnahmen, Pläne oder Ziele seien an sich gut, richtig und notwendig, aber leider den Wählern und Wählerinnen nicht richtig »kommuniziert« worden. Umgangssprachlich könnte man sagen, eine Sache wurde nicht richtig »verkauft« oder schmackhaft gemacht. Die Manipulation liegt hier, analog zur Werbung, in der Reduktion von Politik auf eine Verkaufsstrategie. Eine politische Entscheidung oder Maßnahme wird als besonders günstiges oder erstrebenswertes Produkt angepriesen oder »kommuniziert«.

2.3 Manipulation durch Medienexperten

Um eine optimale Kommunikation zu erreichen, setzen Parteien daher zunehmend Kommunikationsspezialisten, die sogenannten Spin-Doktoren, ein. Spin-Doktoren sind keine Propagandisten im vulgären Sinne des Wortes, sondern Fachleute, die den richtigen »Dreh« heraushaben. Sie verleihen einem Politiker durch bestimmte Image-Korrekturen oder einer politischen Botschaft durch subtile, meist unbemerkte Wendungen den richtigen, d. h. erfolversprechenden »Dreh«. Kommunikationsexperten betreiben politische Öffentlichkeitsarbeit und Kontaktpflege zu den Medien und sind häufig selbst aus dem Journalismus hervorgegangen. Sie sitzen an den Schaltstellen der Informationen, die einen Politiker oder ein Wahlkampfteam in einem möglichst positiven Licht erscheinen lassen sollen. Dazu gehören die Inszenierung von öffentlichen Auftritten oder »Events«, vor allem aber die Personalisierung von Politik. Spin-Doktoren sind als Pressesprecher für das sogenannte *Briefing* zuständig, d. h. für die Ankündigung geplanter Maßnahmen oder Entscheidungen. Durch vorzeitiges *Briefing* können sie daher nicht nur die mediale Berichterstattung, sondern auch die Entscheidungen manipulieren.

Spin-Doktoren können aber auch zu drastischeren Mitteln der Manipulation greifen. Dazu gehören gezielte Indiskretionen, Rufmordkampagnen, das Eindringen in die Privatsphäre von Konkurrenten oder politischen Gegnern und die Verunglimpfung kritischer Journalisten. Auch wenn die mediale Be-

richterstattung rasch von einem Hype zum nächsten eilt, ist vielleicht noch das Beispiel der ehemaligen First Lady Bettina Wulff in Erinnerung. Ihr wurde nachgesagt, sie habe früher im Rotlichtmilieu als Escortdame gearbeitet. Diese Rufmordkampagne begann als anonymes Gerücht, für das niemand die Verantwortung übernehmen wollte. Angeblich sollen politische Gegner ihres Mannes die Initiatoren gewesen sein. Aus dem Gerücht wurden Presseberichte, die im Zeitalter des Internet ein Millionenpublikum erreichen. Diese Presseberichte wurden wiederum von anderen Journalisten zitiert. Allein das Zitieren von Verdachtsmomenten bewirkt aber nach dem Schneeballeffekt eine weitere Verbreitung des Angangserüchtes. Schon die Römer wussten: *semper aliquid haeret*, etwas von den Verleumdungen bleibt immer hängen.

Diese Praxis, einen Konkurrenten oder Gegner unter der »Gürtellinie« anzugreifen, ist eher in konservativen Parteien als bei Linken oder Grünen verbreitet. Der Grund dafür liegt in der Personalisierung von Politik und der damit verbundenen Glaubwürdigkeitsfalle. Politiker müssen sich heute als glaubwürdig und authentisch darstellen. Für Konservative ist ein Politiker vor allem dann unglaubwürdig, wenn er in seinem Familien- und Sexualleben von konservativen Standards abweicht. Für Linke oder Grüne ist ein Politiker dagegen eher unglaubwürdig, wenn er sich persönlich bereichert oder sich in Stil und Habitus dem Geldadel anpasst. Der ehemalige SPD-Kanzler Gerhard Schröder galt als »Genosse der Bosse« und inszenierte sich selbst gern mit teuren Zigarren und Maßanzügen der Edelmarke »Brioni«. Gefordert wird aber eine Kohärenz von Person und öffentlicher Rolle, auch wenn diese Erwartungshaltung selbst manipulativ ist. Sie unterstellt nämlich, dass ein glaubwürdiger Mensch auch ein guter Politiker sei.

3 Abschließende Bemerkungen

Abschließend versuche ich, ein kleines Fazit zu ziehen. Rechtspopulisten arbeiten mit relativ grobschlächtigen Mitteln der Propaganda. Sie reduzieren komplexe Ursachenketten, etwa für Arbeitslosigkeit, auf ein eindimensionales Verursacherprinzip: die Immigranten, die Anderen, die Ausländer sind schuld. Also müssen sie »raus«, um eine Wende zum Besseren einzuleiten. Daneben gibt es aber auch die »geheimen Verführer« (Vance Packard), deren

Strategien und deren Sprachpraxis auch von formal gebildeteren Menschen nicht sofort durchschaut werden. In den 1960er Jahren ging einer der Lehrmeister der 68er Generation, Herbert Marcuse, von einem lückenlosen Zusammenhang von Manipulation und politischem Konformismus im Spätkapitalismus aus. Es finde, so Marcuse, eine Manipulation des Geistes mit Hilfe der Technik, der Massenmedien und der Waren statt. Auf diese Weise entstehe eindimensionales Denken. Vor allem in der Sprache sah er ein Vehikel der geistigen »Gleichschaltung«. Diese pessimistische Sicht hat sich als falsch erweisen. Menschen sind nicht hundertprozentig manipulierbar und fallen mehrheitlich auch nicht auf die grobmotorige Propaganda von Rechtspopulisten herein. Wähleranalysen zeigen, dass viele Wähler und Wählerinnen ihre Stimme für Rechtspopulisten nicht aus ideologischer Überzeugung abgeben, sondern weil sie in ihnen Sprachrohre für ihren Protest gegen konkrete Missstände sehen, die andere Parteien nicht aufgreifen.

Aber auch die zahlreichen Spin-Doktoren, Kommunikationsberater und Öffentlichkeitsarbeiter konnten trotz ihres Expertenwissens die Niederlage des ehemaligen britischen Premierministers Tony Blair nicht verhindern. Der manipulativen Inszenierung und Theatralisierung von Politik sind also Grenzen gesetzt. Aber das bedeutet keine Entwarnung. Nicht nur die manifesten, sondern vor allem die latenten, subtilen Manipulationsstrategien müssen erkannt und von einer kritischen Öffentlichkeit unter die Lupe genommen werden.

Populismus als Strategie politischer Akteure im 21. Jahrhundert

Eingeschränkte Handlungsmöglichkeiten als Herausforderung für Politik

Im Jahr 2014 geisterte noch das Gespenst der »Eurokrise« täglich durch die Medien, seit 2015 ist es der Flüchtlingsstrom nach Deutschland, der die täglichen Schlagzeilen beherrscht. Themen, die die Menschen in Deutschland umtreiben: War es während der medial präsenten »Eurokrise« noch die Angst vor dem Verlust ihres Arbeitsplatzes und des Ersparnisses, so ist es seit der öffentlich wahrgenommenen Flüchtlingswelle die Angst vor Überfremdung, steigender Kriminalität oder gar dem »Untergang der ›abendländischen Kultur««. Damit einher geht der Zweifel an der Handlungsfähigkeit politischer Akteure: Denn trotz Rettungsschirmen in Milliardenhöhe gibt es für die Mehrheit der Bevölkerung keine offensichtlich erfolgreichen Lösungsansätze für die Eurokrise – und trotz »Wir-schaffen-das«-Rhetorik und stetigem Bau von Flüchtlingsunterkünften keine Lösung für die Flüchtlingskrise. Politik scheint machtlos – für ein soziales System, das per se auf Machtgewinn und Machterhalt beruht, ein folgenschweres Problem: Dass einerseits immer mehr deutsche Steuergelder zur Absicherung der finanziellen Sicherheit fremder autonomer Staaten oder in die Unterbringung vermeintlich nicht geringer versiegender Flüchtlingsströme verwendet werden, während in Deutschland Gebühren, Steuern und Verbraucherpreise steigen, mehrt die Zweifel, die Politik sei nicht mehr für das Wohl der einheimischen Bürgerinnen und Bürger da – und sie sei unfähig geworden, das Land vor Krisen und Gefahren zu bewahren. Das politische System – und mit ihm seine politischen Akteure – steht vor der großen Herausforderung, einerseits für die Formulierung gesellschaftlich verbindlicher Entscheidungen zuständig zu sein, sich andererseits nicht in der Lage zu befinden, tatsächlich in jedem Politikfeld handlungsfähig zu sein. Dadurch wird die Legitimation von Politik als System zur Produktion

kollektiv verbindlicher Entscheidungen¹ in Frage gestellt. Finanzkrise und Flüchtlingskrise sind nur zwei aktuelle Beispiele für die Herausforderungen, die an Politik und an politische Kommunikation gestellt werden. Die eh schon durch die Diffusion der politischen Lager und die Auflösung klassischer Wählerklientel in Bedrängnis geratene Politik hat mit der offenkundigen Schwächung ihrer Handlungsspielräume und Einflussmöglichkeiten spätestens seit Beginn des 21. Jahrhunderts eine zusätzliche Herausforderung erhalten: Denn Politik in demokratischen Systemen ist auf die Zustimmung der Bevölkerung – manifestiert in Wahlen – angewiesen. Jemandem, dem oder der man nicht zutraut, dass er oder sie Probleme löst, den oder die wählt man eben nicht! Und das macht Demokratie angreifbar. Politische Akteure sind folglich darauf angewiesen in zunehmendem Maße professionelle politische Public Relations zugunsten einer strategischen Politikvermittlung zu nutzen: »Die Notwendigkeit der Parteien [...] auf die Medien durch PR und Ereignismanagement einzuwirken, [nimmt] ständig zu.«²

Politische PR als Politikvermittler

Colin Crouch versteht unter dem postdemokratischen politischen System »ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, daß Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf die Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor

1 Vgl. Dieter Nohlen/Bernhard Thibaut, Politisches System, in: Dieter Nohlen (Hg.), Kleines Lexikon der Politik, München 2002, S. 403.

2 Winfried Schulz, Wahlkampf unter Vielkanalbedingungen. Kampagnenmanagement, Informationsnutzung und Wählerverhalten, in: Media Perspektiven 8 (1998), S. 390.

allem die Interessen der Wirtschaft vertreten«.³ Folgen wir dieser These von Colin Crouch, gewinnen Akteure politischer PR einen zunehmenden Einfluss. Die Programmatik und Ideologie der politischen Parteien tritt zugunsten der Darstellungspolitik rund um einen Spitzenkandidaten in den Hintergrund; »Images statt Issues' lautet die Formel«⁴ – und Ulrich Sarcinelli konstatiert zu Recht: »Nie war die Zahl von Öffentlichkeitsarbeitern, Politik-, Kommunikations- und Medienberatern, aber auch von Vertretern journalistischer bzw. medienaffiner Professionen in Deutschland so groß wie gegenwärtig«.⁵ Aber was ist eigentlich PR? PR, also Public Relations, ist – in den Worten von Otfried Jarren und Ulrike Röttger – ein organisationsgebundenes Subsystem gesellschaftlicher Systeme wie Politik oder Wirtschaft, das geprägt ist »von den jeweiligen Speziesemantiken ihrer »Muttersysteme« [...] und [...] als organisationales Subsystem primär gemäß der Leitdifferenz des Organisationssystems«⁶ operiert. Funktionen und Leistungen von PR für Organisationen bestehen dabei in der Interpenetration, der Steuerung und der Reflexierung, also dem wechselseitigen Bereitstellen von Strukturen, um Effektivität zu erhöhen und Einfluss überhaupt zu ermöglichen, dem Einwirken auf andere Systeme (wie z. B. dem des Journalismus) und schließlich in der Selbstbeobachtung aus der Sicht anderer Systeme.⁷ PR dient dazu – und hier schließt sich der Kreis zur eingangs referierten These zum schleichenden Legitimationsdefizit von Politik –, die Legitimation einer Organisation zu sichern bzw. überhaupt erst herzustellen, um Organisationserfolg zu gewährleisten.⁸ Das leuchtet ein – denn schließlich müssen sowohl Wirtschaftsunternehmen als auch politische Akteure ihr Handeln legitimieren, da es ansonsten zum unternehmerischen Misserfolg oder zur Abwahl kommen kann. In der Politik übernehmen PR-Stellen zentrale Aufgaben in der Binnen-

3 Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt a. M. 2008, S. 10.

4 Schulz, Wahlkampf, S. 381.

5 Ulrich Sarcinelli, Medien und Demokratie, in: Tobias Mörschel/Christian Krell (Hg.), Demokratie in Deutschland. Zustand – Herausforderungen – Perspektiven, Wiesbaden 2012, S. 274.

6 Otfried Jarren/Ulrike Röttger, Steuerung, Reflexierung und Interpenetration: Kernelemente einer strukturationstheoretisch begründeten PR-Theorie, in: Ulrike Röttger (Hg.), Theorien der Public Relations. Grundlagen und Perspektiven der PR-Forschung, Wiesbaden 2004, S. 27.

7 Vgl. ebd., S. 32 ff.

8 Vgl. ebd., S. 30.

und Außenkommunikation der politischen Akteure: Sie stärken die Kommunikations- und Organisationsprozesse innerhalb einer Partei oder Regierung durch Beobachtung und Analyse, sie besitzen eine interne Kritikfunktion, sie helfen bei der Auswertung von Auftritten oder Aktivitäten.⁹ Insbesondere planen und organisieren sie Kommunikationsmaßnahmen, die sich an Wählerinnen und Wähler, Journalistinnen und Journalisten, Gewerkschafts- oder Verbandsmitglieder usw. richten können.¹⁰ Vor allem in der Ansprache von Journalistinnen und Journalisten, also den Akteuren des Mediensystems, greift politische PR gezielt auf Thematisierungs- und Überzeugungsstrategien zurück: Durch PR-Spezialisten wird »die Kommunikationstätigkeit auf Dauer gestellt und professionell betrieben«. ¹¹ Akteure politischer PR finden wir folglich in ganz unterschiedlichen Positionen im politischen Alltagsgeschäft. Das sind nicht ausschließlich Angestellte großer Agenturen, sondern Freiberufler, Journalisten, Abgeordnetenmitarbeiter oder Parteireferenten, die verschiedene Aufgaben übernehmen. Dazu gehören zum Beispiel die Thematisierung bzw. Dethematisierung von politischen Sachverhalten, Analyse der Medienberichterstattung, Imagepflege von Partei oder Politikern, Interne Kommunikation, Beziehungspflege zu Journalistinnen und Journalisten, Beziehungspflege zu Organisationen wie Wirtschafts- und Sozialverbänden, Unternehmen und Gewerkschaften sowie Krisenmanagement.¹²

PR als Risiko für das demokratische System

Im bisherigen Teil des Aufsatzes wurden die Relevanz politischer PR und die Aufgaben politischer PR-Akteure beleuchtet. Es wurde konstatiert, dass diese Akteure politischer PR einen starken Einfluss auf die Politik besitzen.

9 Vgl. Otfried Jarren/Patrick Donges, Politische Kommunikation in der Mediengesellschaft. Eine Einführung. Bd. 2: Akteure, Prozesse, Inhalte, Wiesbaden 2002, S. 71.

10 Vgl. Otfried Jarren/Ulrike Röttger, Politiker, politische Öffentlichkeitsarbeiter und Journalisten als Handlungssystem. Ein Ansatz zum Verständnis politischer PR in: Lothar Rolke (Hg.), Wie die Medien die Wirklichkeit steuern und selber gesteuert werden, Opladen 1999, S. 204.

11 Jarren/Donges, 2002, S. 60 f.

12 Vgl. Klaus Kamps, Politisches Kommunikationsmanagement. Grundlagen und Professionalisierung moderner Politikvermittlung, Wiesbaden 2007, S. 105.

PR-Akteure, die – und das ist an dieser Stelle entscheidend – keine direkte demokratische Legitimation besitzen. Während Politiker sich in regelmäßigen Abständen Wahlen stellen müssen, womit sie – ganz im demokratischen Sinne – lediglich Macht auf Zeit erhalten (bzw. abgeben müssen), und somit einer Kontrolle samt Sanktionsmöglichkeiten durch die Bevölkerung unterliegen, können PR-Akteure relativ unbeschadet agieren – solange dies ihnen von ihren Auftraggebern ermöglicht wird.¹³ Anders ausgedrückt: PR-Akteure »nehmen Einfluss auf den politischen Kommunikationsprozess, verfügen selbst aber nicht über ein politisches Mandat oder über die Legitimation als Medienvertreter. [...] [Sie] bewegen sich [...] in einer Art legitimatorischen Grauzone.«¹⁴ Ein PR-Berater, der einer gewählten Politiker_in nicht nur die Reden schreibt und ihren öffentlichen Auftritt inszeniert, sondern auch als eine Art Gatekeeper die Themen auswählt, die die Politikerin dann in den Fokus ihrer politischen Arbeit legt (während andere Themen eben nicht behandelt werden), machen aus dem reinen Berater auf einmal einen Entscheider: Vermeintliche »Gewinnerthemen« stehen dann ganz oben auf der Agenda, »Verliererthemen« unten. Ungünstig für die, die von den »Verliererthemen« betroffen sind. Übrigens kritisiert auch Colin Crouch im Zusammenhang seiner Postdemokratie-These diese »enorme Ausweitung der Berater- und Lobbyistenzirkel im Umfeld der führenden Politiker. Auch wenn sich drei Gruppen unterscheiden lassen (Spitzenpolitiker, Berater und Lobbyisten), so wechseln die Individuen in der Praxis zwischen diesen Positionen hin und her, zusammen machen sie das Feld aus, in dem Politik als Beruf stattfindet.«¹⁵ Die Rolle des zunehmenden Einflusses von PR-Experten auf die Politik bedarf in der Tat einer Kritik. In diesem Kontext soll nun auf eine besonders erfolgreich scheinende politische PR-Strategie eingegangen werden, die – aus Sicht des Autors – nicht nur im alltäglichen Sprachgebrauch, sondern in der Fachdiskussion noch deutlich fehlgedeutet und unterschätzt wird: Der Populismus.

13 Vgl. Sascha Adamek/Kim Otto, *Der gekaufte Staat. Wie Konzernvertreter in deutschen Ministerien sich ihre Gesetze selbst schreiben*, Köln 2008, S. 46 ff.

14 Sarcinelli, *Medien und Demokratie*, S. 285.

15 Crouch, *Postdemokratie*, S. 93.

Populismus als PR-Strategie

Die politische PR steht vor einer zentralen Herausforderung: Schließlich ist Politik »often dry and dull, if not ugly«. ¹⁶ Das müssen nicht nur die Wahlkämpfer unter ihrem Sonnenschirm erleben, die verzweifelt versuchen, Flugblätter oder Programmhefte an die vorbeiziehenden Bürgerinnen und Bürger zu verteilen, sondern auch die Zentralen von Parteien und Regierungen, die politische Botschaften unter erschwerten Bedingungen vermitteln müssen: Politische Inhalte konkurrieren schließlich spätestens mit dem Aufkommen des Privatfernsehens in den 1980er Jahren und der Etablierung des Internets in den 1990er Jahren zunehmend mit Informationen aus anderen gesellschaftlichen Funktionssystemen sowie medialen Unterhaltungsangeboten ¹⁷: Da konkurrieren auf einmal Sigmar Gabriel und Angela Merkel – um es mit den Worten von Melanie Köhler und Christian Schuster zu sagen – »in der Arena der Aufmerksamkeit mit weißen Riesen, lila Kühen und Goldbären«. ¹⁸ So rät auch der PR- und Werbe-Guru Coordt von Mannstein: »Wer sich in der plakativen Gesellschaft gegen 45.000 Marken und 3.000 Werbebotschaften pro Tag durchsetzen will, sollte plakativ kommunizieren. Dies gilt auch für die Politik.« ¹⁹ Colin Crouch formuliert es so: Politiker »leben [...] in einer Welt, die dem der privaten Unternehmen wesentlich näher steht. Auch sie sind gezwungen, sich permanent zu »verkaufen« und sie setzen dabei immer stärker auf die Instrumente der Markenpolitik [...] und der marktgerechten Aufarbeitung.« ²⁰ Es stellt sich also die Frage: Wie reagieren

16 Margaret Scammel/Ana I. Langer, Political advertising: why is it so boring?, in: Media Culture & Society 5 (2006), S. 764.

17 Vgl. Axel Balzer/Marvin Geilich, Politische Kommunikation in der Gegenwartsgesellschaft – Politikvermittlung zwischen Kommunikation und Inszenierung, in: Axel Balzer/Marvin Geilich/Shamim Rafat (Hg.), Politik als Marke. Politikvermittlung zwischen Kommunikation und Inszenierung, Münster i. Westf. 2005, S. 20 f.

18 Miriam Melanie Köhler/Christian H. Schuster, Regierungs-PR im Feld politischer Kommunikation. Funktion und Bedeutung von regierungsamtlicher Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, in: Miriam Melanie Köhler/Christian H. Schuster (Hg.), Handbuch Regierungs-PR. Öffentlichkeitsarbeit von Bundesregierungen und deren Beratern, Wiesbaden 2006, S. 26.

19 Coordt von Mannstein, Des Wahlkampfes Kern: Das Plakat – Markenmedium der Politik, in: Volker J Kreyher (Hg.), Handbuch Politisches Marketing. Impulse und Strategien für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Baden-Baden 2004, S. 232.

20 Crouch, Postdemokratie, S. 130 f.

Akteure der politischen PR auf diese Anforderungen? Wie können politische Akteure die notwendige öffentliche Aufmerksamkeit erhalten, die sie zur Vermittlung von Themen und – mittelfristig – zum Gewinn von Wählerstimmen so zwingend benötigen? Die politische Public Relations hat mit der Strategie des Populismus hierauf längst eine Antwort gefunden: Ob »Kopfpauschale« oder »Einheitsschule«, »Mindestlohn« oder »Kinderarmut«, »Pendlerpauschale« oder »Jugendkriminalität«, ob Sicherheit vor »Bankenbankrott« oder vor steigenden Energiepreisen, ob »Spätromische Dekadenz« oder »Rent a Rüttgers« – populistische Kommunikation politischer Akteure steht auf der Tagesordnung und ist aktueller denn je. Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht ein politisches Thema populistisch ausstaffiert wird – oder aber ein politischer Mitbewerber als »Populist« bezeichnet wird. Mit markigen Sprüchen, (über-)betonter Betroffenheit, starken Persönlichkeiten und demonstrativ dargebotener Problemlösungskompetenz versuchen Akteure politischer PR Aufmerksamkeit und Betroffenheit bei der Bevölkerung für Inhalte und Personen zu erreichen – mit dem Ziel, zumindest mittelfristig Zustimmung beim Wahlvolk zu generieren. Die Ansprache der Wähler mittels Simplifizierung, Inszenierung, Polarisierung, Personalisierung, Emotionalisierung, Volksbezug und der Suggestion politischer Omnipotenz sind dabei die Schlüsselfaktoren der Strategie des Populismus.²¹ Und diese Strategie erscheint genauso erfolversprechend wie riskant. Populismus ist in der Wissenschaft ein Begriff, den die Soziologin Karin Priester als »dehnbar, schwammig und inhaltsleer«²² bezeichnet. Damit hat sie leider Recht: Obwohl populistische Elemente fester Bestandteil politischer Auseinandersetzungen sind, stand Populismus bisher kaum im Fokus der (kommunikations-)wissenschaftlichen Forschung. In den sozialwissenschaftlichen Nachbardisziplinen wie der Soziologie oder der Politikwissenschaft existieren verschiedene Ansätze der Populismusforschung²³, jedoch findet der Begriff

21 Vgl. Martin Peter Mertens, Populismus als Strategie politischer Public Relations. Unveröffentlichte Magisterarbeit, Münster i. Westf. 2007, S. 44 ff.

22 Karin Priester, Populismus. Historische und aktuelle Erscheinungsformen, Frankfurt a. M. 2007, S. 12.

23 Jedoch gibt es auch hier Nachholbedarf wie etwa Cas Mudde formuliert: »Mein Fazit, dass mehr Forschung geboten ist, impliziert nicht zuletzt nur den obligatorischen Ruf nach mehr wissenschaftlicher Erkenntnis im Forschungsfeld (und zu mehr Forschungsmitteln). Die

hier überwiegend als Bezeichnung für Akteure extremer oder extremistischer politischer (Rand-)Gruppen Anwendung, die ein simples Freund-Feind-Verhältnis propagieren, häufig provokativ auftreten und sich dabei als Anwalt des »kleinen Mannes« darstellen, während sie sich gegen die etablierten Parteien wenden.²⁴ Diese Verwendung des Begriffes ist insofern sehr verengt, als sie lediglich eine normative Kategorisierung von Akteuren wie Parteien, Regierungen oder Interessenvertretungen als »Populisten« oder »populistisch« zulässt, damit jedoch die analytische Betrachtung von Populismus als Bestandteil politischer Kommunikationsstrategien von politischen Akteuren der demokratischen Mitte (also des vielzitierten politischen und gesellschaftlichen »Establishments«) vernachlässigt. Folgt man dem österreichischem Populismusforscher Anton Pelinka, bezieht sich der Begriff »auf einen Anspruch und auf eine Methode – und nicht auf einen bestimmten Kriterien wie ›rechts‹ und ›links‹ zuzuordnenden Inhalt.«²⁵ Aus Sicht des Autors sollte das Phänomen Populismus aus kommunikationswissenschaftlicher Perspektive betrachtet werden. Damit wird nicht nur einem normativ-deskriptiven Ansatz gefolgt, der die Zuschreibung »populistisch« auf der Akteursebene vornimmt, sondern Populismus als Kommunikationsform verstanden. Aus dieser Perspektive wäre es zu vermeiden, Politische Akteure oder Parteien oder zivilgesellschaftliche Bewegungen pauschal als populistisch zu qualifizieren, was implizierte, das es politische Akteure gebe, die keine Populisten sind. Stattdessen gilt es, dem Gedanken Raum zu geben, dass Populismus politischer Kommunikation als solcher inhärent ist, nämlich als strategische Option, als eine Strategie unter anderen. Populismus als Strategie kann von Akteuren jedweder politischen Couleur genutzt werden, als strategische Kommunikationsform politischer Public Relations, die auf Emotionalisierung, Personalisierung, Polarisierung und Simplifizierung

Frage nach den unterschiedlichen und komplexen Effekten des Populismus hat darüber hinaus bedeutende Folgen für die politische Diskussion« (Cas Mudde, Nachwort, in: Susanne Fröhlich-Steffen/Lars Rensmann (Hg.), *Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*, Wien 2005, S. 232).

24 Vgl. Everhard Holtmann/Adrienne Krappidel/Sebastian Rehse (Hg.), *Die Droge Populismus. Zur Kritik des politischen Vorurteils*, Wiesbaden 2006, S. 20.

25 Anton Pelinka, *Die FPÖ: Eine rechtspopulistische Regierungspartei zwischen Adaption und Opposition*, in: Susanne Fröhlich-Steffen/Lars Rensmann (Hg.), *Populisten an der Macht. Populistische Regierungsparteien in West- und Osteuropa*, Wien 2005, S. 89.

politischer Zusammenhänge beruht, mit dem Ziel, mit Hilfe der Inszenierung von Ereignissen, einem stetigen Volksbezug und dem Vorgeben politischer Omnipotenz die zur Politikvermittlung nötige Aufmerksamkeit und Betroffenheit zu erregen.²⁶ In dieser Definition sind bereits verschiedene Faktoren genannt, auf denen Populismus als strategische Kommunikationsform von Politik beruht. Im Einzelnen:

1) Emotionalisierung: Populistische Kommunikation appelliert weniger an die Rationalität, sondern in viel stärkerem Maße an die Gefühle der Menschen. Damit können argumentative Schwächen verdeckt werden, die Akzeptanzschwelle einer Aussage wird herabgesetzt. 2) Dramatisierungen: Das Erzeugen von Betroffenheit oder die Bedienung von Ängsten oder Vorurteilen dienen erstens dazu, Aufmerksamkeit zu generieren, und zweitens, die Komplexität politischer Prozesse und Zusammenhänge zu reduzieren und sie so leichter vermitteln zu können. 3) Personalisierung: Komplexitätsreduzierung steht auch hinter der Strategie, die Kommunikation auf Personen zu fokussieren und nicht auf Inhalte. Colin Crouch bezeichnet dies als die »Werbung für die angeblichen charismatischen Qualitäten eines Parteiführers [...] [, welche] zunehmend an die Stelle von Debatten über Probleme und Interessenkonflikte«²⁷ trete. Personalisierung äußert sich beispielsweise in der Präsentation eines Spitzenkandidaten anstelle eines Parteiprogramms, in der Gleichsetzung politischer Ziele mit einer Person oder aber in der Berufung auf prominente Personen. 4) Polarisierung: Durch die Schaffung von Feindbildern, der (Wieder-)Belebung von Vorurteilen und dem Schüren von Ängsten werden die Kontraste zum politischen Gegner erhöht. Polarisierung äußert sich beispielsweise in der Betonung des Gegensatzes zwischen »ausbeuterischen« Großkonzernen und »ausgebeuteten« Arbeitnehmern, dem Vermitteln des eigenen Handelns als »Reformen« und dem Handeln des politischen Gegners als »Rückschritte« oder der Hervorhebung der Ungerechtigkeit, die dem »fleißigen Arbeiter« widerfährt, der faule »Sozialschmarotzer« mit Steuergeldern finanziere. 5) Simplifizierung: Die vereinfachte Beschreibung von Problemen und das Anbieten einfacher Prob-

26 Vgl. Martin Peter Mertens, Populismus als Strategie politischer Public Relations. Unveröffentlichte Magisterarbeit, Münster i. Westf. 2007, S. 52.

27 Crouch, Postdemokratie, S. 39.

lemlösungen zeigt sich darin, dass politische Sachverhalte überspitzt und Scheinlösungen angeboten werden. 6) Inszenierung: Die mediengerechte Darstellung politischen (Schein-)Handelns erfordert die Anpassung von politischen Botschaften an die Logiken von Selektion und Präsentation angepasst. Ereignisse werden künstlich erzeugt, symbolische politische Prozesse in Gang gesetzt. Inszenierungen finden so zum Beispiel nicht nur durch angesetzte Pressekonferenzen oder Podiumsdiskussionen, sondern auch durch bewusst auf Unterhaltung ausgerichtete politische Veranstaltungen oder aber das Hochspielen eines (Alltags-)Geschehnisses zum »spektakulären Ereignis« statt. 7) Volksbezug: Die Suggestion, ein politischer Akteur höre bei seinem Handeln auf die »Stimme des Volkes«, kann z. B. durch Forderungen nach direkter Demokratie oder die Hervorhebung der Relevanz des »Stammtisch-Diskurses« vorangetrieben werden; durch das Heranziehen des »einfachen Arbeiters«, der »Familie« oder des »Steuerzahlers« in die politische Argumentation, durch die Kommunikation eigener Betroffenheit und Verbundenheit mit der Bevölkerung aber auch durch den Verweis auf Umfragezahlen, die den (vermeintlichen) Volkswillen darstellen. Durch den Bezug auf die »Volksmeinung« wird ein Gemeinschaftsgefühl geschaffen und gegenseitige Betroffenheit konstruiert. Das Vorgeben von Volksnähe ist damit simpel und subtil zugleich – denn der einfache Trick, sich mit Hilfe von Kleidung und Sprache auf volksnah zu trimmen, greift den demokratischen Urgedanken (nämlich den der Volksherrschaft) selber auf, indem ein politischer Akteur sich als »einer aus dem Volk« gibt – und ist damit weitgehend vor Kritik gefeit: Wer will schließlich etwas gegen einen Volksvertreter haben, der so ist, wie man selber? 8) Suggestion politischer Omnipotenz: Das Vorgeben vermeintlicher, tatsächlich nicht vorhandener Einflussmöglichkeiten und Problemlösungskompetenzen kommt einem Wählerbedürfnis entgegen, welches Abhilfe bei allen Krisen und Problemen erwartet – seien es Wirtschaftskrisen, Terrorismus, Naturkatastrophen. Das äußert sich beispielsweise in der Behauptung, die eigene Politik löse sämtliche Probleme, in der Forderung, der Staat müsse eingreifen, um Probleme zu lösen oder im Vorwurf, der politische Gegner habe »nicht genug getan«, um gesellschaftliche Probleme wie etwa Arbeitslosigkeit oder Terrorismus zu verhindern.

Diese kursorische Darstellung von acht Faktoren der Strategie des Populismus zeigt, dass Populismus eben mehr ist, als der volkstümelnde Auftritt eines Politikers beim Schützenfest oder die markante und teilweise provokante Ansprache vermeintlich populärer Themen: Populismus stellt sich als komplexes Gefüge unterschiedlicher kommunikativer Strategieme dar, die in ihrer Mischung dem Anlass entsprechend mehr oder minder stark Verwendung finden. Und, um es nochmal zu wiederholen, das zunächst einmal unabhängig von der politischen Ausrichtung des Akteurs, sondern vielmehr abhängig von der Zielgruppe und der erwünschten Wirkung ist.

Rechtspopulismus als riskante Fehlinterpretation des Populismusbegriffs

Der kommunikationswissenschaftlichen Analyse des Populismusbegriffs soll sich ein kurzer Blick auf das Phänomen des Rechtspopulismus anschließen. Eine ganze Reihe von Politikwissenschaftlern beschreibt die zuerst seit Mitte der 1980er Jahre, verstärkt seit Beginn des 21. Jahrhunderts entstandenen »Rechtsparteien« als neuen Politiktypus des »Rechtspopulismus«. ²⁸ Gemeint sind politische Gruppierungen, die sich rechts der politischen (meist aus konservativen oder christdemokratischen Volksparteien bestehenden) Mitte befinden und deren klassischen Themen vorwiegend »Kriminalität, Korruption und Immigration/Integration« ²⁹ sind, sich jedoch von den klassischen rechtsradikalen oder gar rechtsextremistischen Parteien äußerlich unterscheiden. Der Politikwissenschaftler Florian Hartleb konstatiert: »Inzwischen kann man von einer ›zweiten Generation‹ des Rechtspopulismus sprechen.« ³⁰ Dabei verweist er auf das Erstarken des französischen Front National, des österreichischen BZÖ oder der niederländischen Partij voor de Vrijheid seit 2006, womit er allerdings vollkommen unterschiedlich struk-

28 Vgl. Frank Decker, Populismus. Darstellungsformen und Strategien plebiszitärer Politik, in: Volker J. Kreyher (Hg.), Handbuch Politisches Marketing. Impulse und Strategien für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Baden-Baden 2004, S. 90.

29 Cas Mudde, Radikale Parteien in Europa, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 47 (2008), S. 17.

30 Florian Hartleb, Zwischen Euroskeptizismus und nationalem Populismus. Formationen des europäischen Rechtspopulismus, in: Vorgänge 4 (2011), S. 97.

turierte und organisierte Parteien als »Populisten« deklariert.³¹ Wie Hartleb und Decker verwenden auch andere Wissenschaftler die Begriffe Populismus, Rechtspopulismus und Rechtsradikalismus synonym, was weder einer trennscharfen wissenschaftlichen Abgrenzung noch einer dringend notwendigen gesellschaftspolitischen Differenzierung zu Gute kommt. Aus dem hier verfolgten kommunikationswissenschaftlichen Ansatz heraus scheint die in der deutschen Politikwissenschaft und den politischen Qualitätsmedien inflationäre Verwendung des Begriffs »Rechtspopulismus«³² durchaus fragwürdig zu sein. Denn es gibt ja bereits einen traditionsreichen Terminus für die neuerdings als »rechtspopulistisch« bezeichneten Phänomene: Es handelt sich um Rechtsradikalismus. Warum sollte dieser ältere, trennscharfe Begriff ohne Not fallengelassen werden? Populistische Anwendungen hat es bei rechten politischen Akteuren immer schon gegeben, genau so, wie bei linken Parteien und Gruppierungen und genauso bei den Akteuren der selbsternannten »politischen Mitte«. Es geht aber nicht nur um begriffliche Trennschärfe, sondern auch um politische Konsequenzen der Verwendung verschiedener Begrifflichkeiten. Rechtsradikale Gruppierungen als »Rechtspopulisten« zu bezeichnen, kann als Verniedlichung aufgefasst werden, was eine aus Sicht der wehrhaften Demokratie notwendige Auseinandersetzung mit antisemitischen, antimuslimischen oder schlichtweg rassistischen Programmatiken kaum befördern dürfte. Nicht nur aus wissenschaftlichen Gründen, sondern auch aus Gründen der politischen Kultur ist es daher naheliegend, den undifferenzierten und inflationären Gebrauch des Begriffs Rechtspopulismus fallenzulassen und eine kommunikationstheoretische Analyse des Populismus als PR-Strategie zu projektieren.

31 Vgl. ebd., S. 99.

32 Ein klassischer Ansatz, der die These des »Rechtspopulismus« stützt, findet sich bei Frank Decker, Populismus. Darstellungsformen und Strategien plebiszitärer Politik, in: Volker J. Kreyher (Hg.), Handbuch Politisches Marketing. Impulse und Strategien für Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, Baden-Baden 2004, S. 90.

Ausblick: Wähler als Ziel von Populismus – Chancen und Risiken

Im Rahmen dieses Textes kann eine solche umfassende Analyse natürlich nicht geleistet werden. Die kursorischen Hinweise darauf, in welcher Richtung die kommunikationswissenschaftliche Untersuchung des Populismus als politischer Strategie weitergeführt werden könnte, müssen hier genügen, doch sollen abschließend wenigstens einige mögliche Chancen und Risiken der offenkundig zunehmenden Verwendung dieser Strategie aufgezeigt werden. Zunächst zu den Risiken: Die zunehmende Vereinfachung, die De-Intellektualisierung und Simplifizierung von politischen Botschaften führt dazu, dass Politik immer »platter«, immer »simpler« wird und die eigentlichen Probleme und Handlungsfelder nicht mehr thematisiert werden können. Die Abkehr von Programmen und Ideologien durch Personalisierung birgt die Gefahr einer Entpolitisierung von Politik. Parteien verkommen zunehmend zum »Kanzlerwahlverein«. Die Konzentration auf eine inszenierte Darstellungspolitik führt zur Vernachlässigung der Herstellungspolitik. Der »schöne Schein« ersetzt die Sacharbeit. Die zunehmende Polarisierung politischer Themen verschreckt jene Bürgerinnen und Bürger, die den Wunsch nach Harmonie pflegen. Lautstarke Auseinandersetzungen lassen die bürgerliche Mitte an der Problemlösungskompetenz politischer Akteure eher zweifeln, als dass sie davon angesprochen würde. Die Emotionalisierung politischer Botschaften birgt die Gefahr, dass politische Extreme gestärkt werden. Gefühle wie Angst oder Wut führen zur Abkehr einer auf Konsens und Kooperation ausgelegten Politik. Wenn sich Politiker in ihrem Handeln und Reden der »breiten Masse« anschließen, riskieren sie damit die Vernachlässigung der Belange von Minderheiten. Die Überbetonung von Problemlösungskompetenz, die »Problemlöser Politik« stößt vor allem bei kritischeren Zeitgenossen – wie im Kontext der Finanzkrise zu beobachten – zunehmend an ihre Grenzen. Die Suggestion der Allmacht von Politik bei gleichzeitig zunehmend erkennbarer Ohnmacht führt zu mangelndem Vertrauen und Politikverdrossenheit.

Dieses Negativ-Szenario entspricht voll und ganz den Phänomenen, auf die Colin Crouch als Belege für die These von der Postdemokratie verweist. Vor diesem Hintergrund erscheinen populistische Kommunikationsstrategien geradezu als die der Postdemokratie adäquate Sprachform.

Allerdings birgt die kommunikationstheoretische Fassung des Populismusbegriffs nicht nur das kritische Instrumentar zur Identifikation postdemokratische Tendenzen, sondern paradoxerweise auch Chancen für das politische System, der Postdemokratie etwas entgegenzusetzen. Populismus wäre aus dieser Perspektive nicht per se etwas Negatives. Die Simplifizierung politischer Kommunikation müsste nicht immer nur darin bestehen, den Adressaten »Sand in die Augen zu streuen«; sie könnte auch dazu verwendet werden, »einfacheren Leuten« die Chance zu eröffnen, politische Zusammenhänge besser zu verstehen – und nicht nur fremdenfeindlichen Gruppierungen wie »PEGIDA« folgen zu können. Die Reduktion politischer Komplexität durch populistische Simplifizierung könnte dazu führen, Politik auch der »breiten Masse« verständlich zu machen, die kein Hochschulstudium absolviert hat. Personalisierung ermöglicht klare Identifikation mit Akteuren: Zunehmend komplexer werdende politische Prozesse, Strukturen und Inhalte können teilweise durch die Identifikation mit einer Politikerin oder einem Politiker, durch Sympathien der Bevölkerung zumindest ergänzt werden. Inszenierung macht Politik auch für ein breites Publikum wieder interessant. Inszenierte Politikdarstellungen können auch das Interesse der Menschen in der Mediengesellschaft wecken, die unterhalten statt informiert werden wollen. Sie können tatsächlich Politik wieder in gesellschaftliche Bereiche vordringen lassen, die in vergangenen Jahrzehnten der zunehmenden Depolitisierung ausgesetzt waren. Polarisierung führt zu klaren Unterscheidungsmöglichkeiten: Eine klare Polarisierung von Positionen führt dazu, dass Menschen wieder Unterschiede zwischen verschiedenen politischen Akteuren feststellen können – und somit aus der Beliebigkeit der Wahl eine wahrnehmbare Alternative wird. Emotionalisierung nimmt die Menschen mit: Gefühle können die oft als technokratisch und distanziert wahrgenommene Politik wieder »menschlicher« machen. Für Bürgerinnen und Bürger lohnt es sich damit vielleicht wieder, für etwas einzutreten. Volksbezug stärkt Zusammengehörigkeitsgefühl: Volksbezug ist das Gegenteil vom vielfach empfundenen »Abheben« politischer Akteure. Verstärkter Volksbezug kann die Distanz, die zwischen politischen Eliten und Wählern existiert, verringern. Politik könnte durch eine reflektierte populistische Kommunikation zu einer Wiederbelebung der politischen Partizipation derjenigen führen, die sich selbst als vom politischen Geschäft Ausgeschlossene fühlen. Colin Crouch

entwickelt ein sehr düsteres Szenario, wenn er die modernen westlichen Gesellschaften als »Postdemokratien« beschreibt und die PR als eine zentrale Ursache für diese Entwicklung sieht. Hier wurde versucht, ein andere Perspektive aufzuzeigen. In einer weniger pessimistischen Lesart könnte es gerade der Populismus als Strategie politischer PR sein, der die verbreitete politische Teilnahmslosigkeit beendet und die Demokratie im 21. Jahrhundert aus ihrer Krise der Postdemokratie herausführt – und damit nicht nur die Wehrhaftigkeit dieser bestmöglichen Herrschaftsform stärkt, sondern ihr neues Leben einhaucht. Dazu bedarf es noch einiger Arbeit am Begriff des Populismus.

Politische Menschen jenseits der Politik: Auswirkungen und Einflüsse des psychologischen Konstrukts »politische Fertigkeiten«

Politik und PolitikerInnen haben in der meist keinen guten Ruf. Politik und vor allem die Menschen, die sie betreiben werden häufig als »unredlich« und »schmutzig« beschrieben. PolitikerInnen genießen nach einer Studie der Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung (2014) weltweit unter allen Berufsgruppen das schlechteste Ansehen.¹ »Sie redeten den Menschen nach dem Mund, wollten in der Öffentlichkeit gut dastehen und seien nur an ihren nächsten Wahlerfolgen interessiert«, ist häufig latent die vorherrschende Meinung. »Politikerbashing« ist nicht nur am Stammtisch gerne gesehen, sondern hat es bis Film und Literatur geschafft. Auch das Phänomen der sog. »Wutbürger«, die mit ihren Protesten gegen Infrastrukturprojekte Anfang der 2010er Jahre für den Erhalt des Status quo eintraten, bezieht sich zu einem großen Teil auf Misstrauen in die Politik und besonders »die Politikerinnen und Politiker«.

Gleichzeitig wird vielfach der Zerfall klassischer Organisation von Politik in Parteien, Vereinen, Verbänden und Gewerkschaften beobachtet.² In der Politikwissenschaft beschreibt Colin Crouch in seinen Überlegungen zur »Postdemokratie« eine dramatische Demokratiekrise und er liest diese vor allem an der Erosion der Mitgliedschaften in Parteien und Gewerkschaften ab.³ In der Tat: während in Deutschland zwar insgesamt die Mitgliederzahlen

-
- 1 Nürnberger Gesellschaft für Konsumforschung, Nürnberg 2014. Trust in Professions, 2014.
 - 2 Katharina Oerder, Die Bedeutung von Motivation und Politischen Fertigkeiten von ehrenamtlichen RecruiterInnen in Mitgliederorganisationen. Eine prädiaktive Studie an Mitgliedern einer Industriegewerkschaft, Bonn 2015.
 - 3 Zum »Niedergang der Arbeiterklasse« bei Colin Crouch vgl. ders., Postdemokratie, Frankfurt a. M. 2008, S. 71 ff.

in Vereinen und Verbänden in den letzten Jahrzehnten leicht angestiegen sind⁴, gehen sie in etablierten und traditionsreichen Großorganisationen wie Gewerkschaften, Parteien, Wohlfahrtsverbänden oder Kirchen deutlich zurück.⁵

Um jedoch tatsächlich die Zukunftsfähigkeit europäischer Demokratien angemessen zu bewerten, sollte dieser beunruhigende Befund von Colin Crouch zunächst als These und ernster Appell an die Verantwortlichen organisierter Politik verstanden werden: denn noch sind moderne Demokratien ohne politische Menschen nicht zu denken. Insbesondere in westlichen Gesellschaften stellen sie ein wichtiges politisches und sozialstaatliches Fundament dar. Sie sind es, die sich in Demokratien »zur Wahl« stellen und sich täglich aktiv an den politischen Aushandlungsprozessen in Parlamenten, Rathäusern und anderen Entscheidungsgremien direkt, indirekt, formell und informell beteiligen.

Die Politik und die, die sie betreiben scheinen den Menschen eine weit entfernte, ihnen völlig unähnliche Spezies zu sein. Dabei beschreibt bereits Aristoteles den Mensch als *Zoon politikon*, als soziales, politisches Wesen. Und in der Tat sind viele der Handlungen die wir tagtäglich vollführen geprägt von Abwägungsprozessen, politischen Ränkespielen und Halbwahrheiten, die das Zusammenleben in Gruppen wie Familien oder Unternehmen. Diese politischen Handlungen von Menschen außerhalb der Politik darzustellen soll Ziel des vorliegenden Artikels sein.

In der Psychologie werden unter dem Begriff »Mikropolitik« Einflussnahmen und informelle Kommunikationsabläufe im Büroalltag von Mitarbeitern untersucht.⁶ Hier werden unter Mikropolitik »alle Handlungen und Einflussversuche von Individuen oder Gruppen [verstanden], die darauf ausgerichtet sind, die eigenen Interessen zu fördern oder zu schützen.«⁷ Solche auch

4 Vgl. Werner Reutter/Peter Rütters (2008). Interessenverbände, in: Oskar W. Gabriel/Sabine Kropp (Hg.), Die EU-Staaten im Vergleich. Strukturen, Prozesse, Politikinhalt, Wiesbaden 2008, S. 389-411.

5 Vgl. Bernhard Ebbinghaus, Die Mitgliederentwicklung deutscher Gewerkschaften im historischen und internationalen Vergleich. In Wolfgang Schroeder/Bernhard Weißels (Hg.), Die Gewerkschaften in Politik und Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland, Opladen 2003, S. 174-203.

6 Oswald Neuberger, Mikropolitik und Moral, Stuttgart 2006.

7 Gerhard Blickle/Marc Solga, Einfluss, Konflikte, Mikropolitik, in: Heinz Schuler (Hg.), Lehrbuch der Personalpsychologie, Göttingen 2006, S. 611-650, hier S. 636.

als »politisch« aufgefassten Handlungen umfassen ein breites Spektrum: vom Versuch, sich selbst für eine attraktive Position im Unternehmen ins Spiel zu bringen, die eigene Abteilung im Vergleich zu anderen Abteilungen gut da stehen zu lassen, bis hin zur Arbeit, Machtbasen im Unternehmen zu sichern. Lange waren Organisationen für die soziologische Forschung nach der Maßgabe Max Webers vor allem hinsichtlich ihrer bürokratischen Regelabläufe interessant. In der Organisationsforschung der 1980er Jahre war hingegen von Anfang das psychologische Interesse bestimmend, und man insistierte darauf, dass es »menschele« – überall, wo Menschen aufeinander treffen, also auch in (bürokratischen) Organisationen. Infolgedessen versteht man Organisationen seitdem verstärkt als »politische« Arenen⁸, in denen verhandelt wird, Gefälligkeiten ausgetauscht werden, diskutiert und argumentiert wird, ohne zunächst den Vorgang oder die Ergebnisse zu moralisieren. Zahlreiche Veröffentlichungen der Organisationsforschung haben sich aber auch mit den negativen Auswirkungen von Mikropolitik auseinandergesetzt. Dabei werden vor allem Aspekte wie Manipulationen genannt, das Ansinnen, die eigenen Interessen über andere zu stellen, die Strategie, anderen Menschen (bewusst) Schaden zuzufügen oder (illegitime) Macht auszuspielen. Die Machtspielchen in Organisationen wurden, gerade in früheren Jahrzehnten, gerne auch als »soziale Krankheit« beschrieben.⁹ Von solchen negativen Tönen ist man in der Personalpsychologie inzwischen abgerückt. Die kritische Sichtweise früherer Jahrzehnte vernachlässigte die positiven Auswirkungen politischen Verhaltens in Organisationen, wie etwa Demokratisierungsprozesse durch breite politische Partizipation bzw. Informationskanäle in alle Richtungen, oder die Möglichkeit, Gerechtigkeit oder Fairness durch politisches Verhalten durchzusetzen.¹⁰ Im Gegensatz zu vielen seiner Kolleginnen und Kollegen argumentiert Hochwarter, politisches Verhalten sei häufig viel mehr instinktiv als kalkulierte Strategie. Auch sozia-

8 Vgl. Henry Mintzberg, *Power in and around organizations*, New Jersey 1983; Jeffrey Pfeffer, *Power in organizations*, Boston 1985.

9 Jean-François Chanlat, *Conflict and politics*, in Arndt Sorge/Malcom Warner (Hg.), *Handbook of organizational behaviour*, London 1997, S. 472-480.

10 Vgl. Oswald Neuberger, *Mikropolitik, gesamt und Wayne A. Hochwarter, The positive side of organizational politics*, in: Gerald R. Ferris/Darren C. Treadway (Hg.), *Politics in organizations. Theory and research considerations*, New York 2012, S. 27-66.

le Kompetenz könne durch politisches Verhalten trainiert und erweitert werden.¹¹ Politisches Verhalten sei also nicht per se als negativ oder positiv zu bewerten – es sei vielmehr ein Werkzeug, das sowohl für gute als auch schlechte Absichten eingesetzt werden könne.

Politische Fertigkeiten

Unabhängig davon, wofür Politik eingesetzt wird, stellt sich die Frage, wie genau dies geschieht. Jede/r kennt sicherlich Menschen, die besonders geschickt darin sind, ihre Positionen durchzusetzen, sei es die kleine Schwester, die gekonnt die Eltern »um den Finger wickelt«, damit sie abends von einer Freundin mit dem Auto abgeholt wird; sei es die Kollegin, die es stets schafft, die ganze Abteilung von ihren Ideen und Projekten zu überzeugen; sei es die Chefin, die die Anordnung von Überstunden »so geschickt verkauft«, dass man glauben könnte, diese selbst vorgeschlagen zu haben. Wie auch immer es angestellt wird – bei manchen »funktioniert« es im aristotelischem Sinne des »Zoon politikon«. Diesem *wie* der politischen Aktivität versucht sich die Psychologie wissenschaftlich anzunähern. Gerade in Situationen, in denen keine Positionsmacht oder Weisungsbefugnis einer Person über eine andere besteht (beispielsweise in einem ehrenamtlichen Kontext) oder in denen Aufwärts-Einfluss genommen werden soll (Mitarbeiter-Vorgesetzte), ist politisch geschicktes Verhalten besonders hilfreich¹², da die entsprechenden Personen Einfluss nehmen, ohne Macht auszuüben.¹³ Dieses geschickte politische Verhalten wird in der Unternehmenspsychologie als »politische Fertigkeit« bezeichnet.

11 Wayne A. Hochwarter, The positive side of organizational politics, in: Gerald R. Ferris/Darren C. Treadway (Hg.), Politics in organizations. Theory and research considerations, New York 2012, S. 27-66.

12 Alexis N. Smith et al., Gendered influence: a gender role perspective on the use and effectiveness of influence tactics, in: Journal of Management 39 (2013) 5, S. 1156-1183. Zum Begriff »Zoon politikon« siehe die Anmerkungen in der Einleitung dieses Bandes.

13 Wolfgang Scholl, Machtausübung oder Einflussnahme: Die zwei Gesichter der Machtnutzung, in: Bianka Knoblach/Torsten Oltmanns/Ivo Hajnal/Dietmar Fink (Hg.), Macht in Unternehmen – Der vergessene Faktor, Wiesbaden 2011, S. 203-221.

Im Gegensatz zu anderen Formen sozialer Kompetenzen, die meist eine schwer definierbare Gesamtheit von Fertigkeiten zur Gestaltung sozialer Interaktion nützlicher oder notwendiger Aspekte beschreibt, sind »politische Fertigkeiten« im Zusammenhang der Personalpsychologie alleine auf den beruflichen Kontext zugeschnitten. Dieser spezifische Zuschnitt des Konstruktes soll »politische Fertigkeiten« von den vielen anderen, schwammigen Begrifflichkeiten sozialer Kompetenz oder *soft skills* unterscheiden.¹⁴ »Politische Fertigkeiten« sind definiert als »the ability to effectively understand others at work and to use such knowledge to influence others to act in ways that enhance one's personal and/or organizational objectives.«¹⁵

Der Begriff »Politische Fertigkeiten« wurde erstmals in den frühen 1980er Jahren von Pfeffer¹⁶ und Mintzberg¹⁷ verwendet. Nachdem das Konzept einige Jahre lang weniger Aufmerksamkeit fand, präsentierten Ferris und Kollegen Mitte 2000 eine Neukonzeption, die alle Register der quantitativen Sozialforschung zieht.¹⁸ Insgesamt 40 Selbsteinschätzungitems wurden mit Hilfe verschiedener Evaluationsprozesse (z. B. Faktorenanalyse und Itemanalyse) auf 18 Items reduziert, die seit dem das *Political Skill Inventory* bilden.¹⁹ Dieser Fragebogen wurde von Gerhard Blickle ins Deutsche übersetzt und wird seitdem vor allem von Personalpsychologen aus Bonn und Florida genutzt.²⁰

»Politische Fertigkeiten« bestehen demzufolge aus den vier Dimensionen »soziale Geschicklichkeit«, »interpersonale Einflussnahme«, »Netzwerkfähigkeit« und »wahrgenommene Aufrichtigkeit«. Mit diesen Dimensionen werden die unterschiedlichen Facetten der »politischen Fertigkeiten« beschrieben:

-
- 14 Anthony P. Ammeter et al., Toward a political theory of leadership, in: *The Leadership Quarterly* 13 (2002), S. 751-796.
 - 15 Kathleen K. Ahearn et al., Leader political skill and team performance, in: *Journal of Management* 30 (2004), S. 309-327.
 - 16 Jeffrey Pfeffer, *Power in organizations*, Boston 1985.
 - 17 Henry Mintzberg, *Power in and around organizations*, New Jersey 1983.
 - 18 Gerald R. Ferris et al., Development and validation of the political skill inventory, in: *Journal of Management* 19 (2005), S. 15-29; Gerald R. Ferris et al., Political skill in organizations, in: *Journal of Management* 33 (2007), S. 290-320.
 - 19 Gerald R. Ferris et al., Development and validation of the political skill inventory, in: *Journal of Management* 19 (2005), S. 15-29.
 - 20 Gerhard Blickle et al., Personality, political skill, and job performance, in: *Journal of Vocational Behavior* 72 (2008), S. 377-387.

Menschen mit hoher *sozialer Geschicklichkeit* sind aufmerksame Beobachter ihrer Umwelt und der Personen, mit denen sie interagieren. Sie sind in der Lage, verborgene Motive anderer genau zu erkennen und ihr Verhalten entsprechend anzupassen.²¹ *Interpersonale Einflussnahme* beschreibt die Fähigkeit, unaufdringlich, dabei aber überzeugend aufzutreten und so Einfluss auf die Menschen in der Umgebung zu nehmen. Ein effektiver Kommunikationsstil hilft dabei.²² *Hohe Netzwerkfähigkeit* versetzt Menschen in die Lage, schnell und unkompliziert Beziehungen aufzubauen, Freundschaften zu knüpfen oder Koalitionen zu schmieden. Diese Menschen verstehen es, ihr Netzwerk geschickt für die eigenen Interessen einzusetzen. Menschen mit hoher Netzwerkfähigkeit kennen eigentlich immer die richtige Person, die es gerade braucht, um ihre Ziele zu erreichen: sei es der Hausmeister oder die Chefin. Die *hohe wahrgenommene Aufrichtigkeit* dieser Menschen führt gleichzeitig dazu, dass sie bei ihren Handlungen stets als ehrlich und authentisch wahrgenommen werden. Diese Art der Vertrauenswürdigkeit ist ihr wichtigstes Kapital.

Oben wurde bereits auf die schwierige Abgrenzung verschiedener Beschreibungen sozialer Kompetenzen hingewiesen. Schnell kommt deshalb also die Frage auf: sind diese politischen Fertigkeiten denn nun überhaupt etwas Neues oder messen sie vielleicht die gleichen Aspekte wie andere Maße der sozialen Kompetenz? Die Personalpsychologie spricht von der Validität des Konstruktes, die sich aus der Nähe (Konvergenz) und Ferne (Diskriminanz) zu ähnlichen Konstrukten ergebe. Valide ist das Konstrukt »politische Fertigkeiten« also dann, wenn es eine große Ähnlichkeit mit Konstrukten wie »soziale Kompetenz« hat, d. h. wenn es mit ihnen »korreliert«, aber nicht deckungsgleich mit ihnen ist. Deshalb ist es bei der Entwicklung neuer Messinstrumente und Konstrukte stets wichtig zu untersuchen, wie diese im Verhältnis zu anderen, bereits etablierten Konstrukten stehen.

Eines dieser etablierten Konstrukte ist z. B. das der »Selbstwirksamkeit«. Es beschreibt die (Selbst-)Einschätzung einer Person, ein bestimmtes Verhalten (erfolgreich) zeigen und so auch den Ausgang eines Ereignisses selbst

21 Ebd.

22 Gerald R. Ferris et al., Political skill in the organizational sciences, in: Gerald R. Ferris/Darren C. Treadway (Hg.), Politics in organizations. Theory and research considerations, New York 2012, S. 487-529.

beeinflussen zu können.²³ Menschen mit hoher Selbstwirksamkeit glauben, eine hohe (Handlungs-)Kontrolle über ihr eigenes Leben zu haben. In einer Studie, die mehrere Modellvorstellungen von sozialer Effizienz miteinander vergleicht, korreliert »Selbstwirksamkeit« nur moderat mit dem Konstrukt »politische Fertigkeiten«²⁴ und lässt so Spielraum für einen hohen Eigenanteil in seiner Bedeutsamkeit.

Das in den 1970er Jahren entwickelte Konstrukt »Self-monitoring«, um ein weiteres Beispiel zu nehmen, beschreibt die Fähigkeit, für soziale Hinweise wachsam und aufmerksam zu sein.²⁵ Diese hohe Selbstaufmerksamkeit und Selbstregulation beschreibt zwar inhaltliche Nähe zu politischen Fertigkeiten (insbesondere zur Dimension »sozialer Scharfsinn«), die nachgewiesenen Korrelationen weist aber neben einigen Überschneidungen ebenfalls auf weitgehende Unabhängigkeit der beiden Konstrukte »Self-monitoring« und »politische Fertigkeiten« hin.

Die hier erwähnten Korrelationen deuten darauf hin, dass die Ausprägung »politische Fertigkeit« zwar (sinnvoll) mit bestehenden und etablierten personalpsychologischen Konstruktionen benutzt werden kann, dass aber auch eine eigenständige Etablierung der »politischen Fertigkeiten« gerechtfertigt erscheint.

Fragebogen Political Skill Inventory

Nach den ersten theoretischen Überlegungen zur Wiederbelebung der »politischen Fertigkeiten« entwickelten Ferris et al. ein 18-Item Inventar, um das Konstrukt genau erfassen zu können. Auf einer 7-stufigen Likert-Skala (1 = stimme überhaupt nicht zu – 7 = stimme stark zu) können verschiedene Aussagen zu politischen Fertigkeiten bewertet werden. Eine deutsche

23 Albert Bandura, Self-efficacy: Toward a unifying theory of behavioral change, in: *Psychological Review* 84 (1977), S. 191-215.

24 Assaf Semadar et al., Comparing the validity of multiple social effectiveness constructs in the prediction of managerial job performance, in: *Journal of Managerial Psychology* 26 (2006), S. 584-461.

25 Mark Snyder, The self-monitoring of expressive behavior, in: *Journal of Personality and Social Psychology* 30 (1974), S. 526-537.

Übersetzung wurde 2008 von Blickle et al. validiert. Items der verschiedenen Dimensionen lauten beispielsweise: »Ich scheine instinktiv immer die richtigen Dinge zu sagen oder zu tun, um andere zu beeinflussen« (sozialer Scharfsinn – 5 Items); »ich kann bewirken, dass sich die meisten Menschen in meiner Gegenwart wohl und ungezwungen fühlen« (Interpersonaler Einfluss – 4 Items); »im Arbeitsleben verwende ich viel Zeit und Anstrengung darauf, nützliche Kontakte mit Anderen zu knüpfen« (Netzwerkfähigkeit – 6 Items); »ich versuche, anderen Menschen gegenüber echtes Interesse zu zeigen« (wahrgenommene Aufrichtigkeit – 3 Items).

In den letzten Jahren hat sich eine rege Forschungsaktivität um den Ansatz der politischen Fertigkeiten entwickelt. Studien und Untersuchungen konnten verschiedenste (positive) Auswirkungen politischer Fertigkeiten sowohl auf ihre Inhaber selbst, als auch auf ihre Kolleginnen oder Kollegen feststellen. Politische Fertigkeiten haben dabei sowohl direkt positive als auch moderierende Einflüsse²⁶ auf verschiedene Aspekte der Arbeitsleistung wie Leistung, Führung oder Karriereerfolg. Diese sollen im Folgenden genauer dargestellt werden.

Verschiedene Studien zeigen beispielsweise, dass Menschen mit höheren politischen Fertigkeiten höhere (Arbeits-)Leistung erbringen. Blickle et al. demonstrieren in einer Studie mit Versicherungskauffleuten, wie politische Fertigkeiten einerseits die Wahrnehmung der Arbeitsleistung durch die Vorgesetzten beeinflusst und gleichzeitig auch die tatsächliche Arbeitsleistung (Anzahl verkaufter Versicherungen) erhöht.²⁷ Dabei konnte gezeigt werden, dass politische Fertigkeiten vor allem in unternehmerischen Arbeitsumgebungen (wie Verkaufen) wirksam sind. Bing et al. konnten positive Auswirkungen politischer Fertigkeiten auf berufliche Leistung, sowohl Kontextperformance als auch Aufgabenperformance, sogar in einer Metaanalyse (Zu-

26 Eine Moderatorvariable bezeichnet in der Statistik eine Variable C, von der abhängt, wie der Effekt einer Variable A auf eine andere Variable B ausfällt. So kann z. B. Vorwissen entscheidend beeinflussen, ob ein Training im Selbststudium einen Effekt auf die Fremdsprachenkenntnisse einer Person hat. Bei hohem Vorwissen hat die Trainingsmethode einen hohen Effekt, liegt kein Vorwissen vor, hat das Training keinen Effekt. Vorwissen moderiert also den Zusammenhang von Trainingsmethode und Fremdsprachenkenntnisse.

27 Gerhard Blickle et al., Fit of political skill to the work context: A two-study investigation, in: *Applied Psychology: An international Review* 61 (2012), S. 295-322.

sammenfassung mehrerer Primärstudien) mit 22 verschiedenen Stichproben nachweisen. Insgesamt wurden in dieser Metaanalyse knapp 3.000 Personen (Kontextperformance) bzw. 3.500 (Aufgabenperformance) berücksichtigt, um die Hypothese, höhere politische Fertigkeiten der unterschiedlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer hängen mit höheren beruflichen Leistungen zusammen, zu untersuchen.

Aus der Literatur ist bekannt, dass Verkäufer mit hoher Extraversion besonders erfolgreich in ihrem Beruf sind – allerdings störten immer wieder auch weniger überzeugende Studienergebnisse dieses Bild. (Zu selbstbewusst dürfen Verkäufer dann doch wieder nicht sein.) Blickle, Wendel et al. fanden in einer weiteren Studie, diesmal mit Autoverkäufern, einen moderierenden Einfluss von politischen Fertigkeiten auf den Zusammenhang von Extraversion und beruflicher Leistung (Anzahl verkaufter Autos), dergestalt, dass hohe politische Fertigkeiten den Zusammenhang von Extraversion und beruflicher Leistung verstärken. So können politische Fertigkeiten auch über ihren eigenen positiven Einfluss auf die Arbeitsleistung hinaus als Moderatorvariable die Forschung zu beruflicher Leistung entscheidend voranbringen, indem sie bisherige (widersprüchliche) Forschungsergebnisse in einem neuen Licht erscheinen lässt.

Hohe berufliche Leistung bedeutet jedoch nicht zwangsläufig, auch beruflich erfolgreich zu sein, die Karriereleiter hinaufzusteigen. Politische Fertigkeiten haben aber nicht nur Auswirkungen auf die erbrachte oder wahrgenommene Leistung von Beschäftigten, sie können darüber hinaus auch die Karriereentwicklung von Personen positiv beeinflussen. So konnten Studien zeigen, dass Menschen mit höheren politischen Fertigkeiten beruflich erfolgreicher als Menschen mit niedrigeren politischen Fertigkeiten sind.

In einer Studie von Gentry et al. wird dargelegt, dass Manager mit höheren politischen Fertigkeiten als beförderungswürdiger eingeschätzt wurden – und zwar sowohl von ihren Untergebenen, ihren Kolleg_innen wie von ihren Vorgesetzten.

In einer weiteren Studie wurde das Modell der »politischen Fertigkeiten« auf den Erfolg von Betriebsräten übertragen. Blickle, Oerder und Summers zeigten, dass Betriebsräte mit höheren politischen Fertigkeiten mehr (Gesamtbetriebsrat, Konzernbetriebsrat, Wirtschaftsausschuss) und höhere, z. B. stellvertretenden Vorsitz oder Vorsitz, (Wahl-)Ämter innerhalb des Betriebs-

rates innehaben – damit also auf einer höheren Karrierestufe stehen, als ihre Kolleginnen und Kollegen aus dem Betriebsrat mit geringeren politischen Fertigkeiten.

Was gute Führungskräfte oder gute Führungspersönlichkeiten ausmacht, ist eine sowohl in der Psychologie als auch Politik vielfach untersuchte Fragestellung. Douglas und Ammeter zeigen²⁸, dass die politischen Fertigkeiten einer Führungskraft in engem Zusammenhang mit ihrem Führungserfolg stehen. Die von ihnen zusammengetragenen Beurteilungen wurden dabei sowohl von den direkten Vorgesetzten als auch von den Mitarbeitern der Führungskräfte abgefragt. Beide Gruppen kamen in der Einschätzung überein, dass hohe politische Fertigkeiten mit hoher Führungseffektivität und hoher Mitarbeiterperformance einhergehen.

Neben den dargestellten Leistungseffekten haben politische Fertigkeiten natürlich auch Auswirkungen auf die persönliche Reputation. Leute mit hohen politischen Fertigkeiten haben in der Businesswelt einen guten Ruf, sie werden als kompetenter, seriöser und vertrauenswürdiger empfunden²⁹, alles wichtige Eigenschaften in der Berufswelt.

In der Personalpsychologie finden sich etliche weitere Studien, die ein facettenreiches und überaus positives Bild des Konstruktes »politische Fertigkeiten« liefern. Leute, denen solche Fertigkeiten bescheinigt werden, gelten nicht nur, wie bereits gesagt wurde, als leistungsstark und beliebt, sondern auch als weitgehend stressresistent. Stress im Beruf bekommt vor allem in den letzten Jahren, seitdem viele Fälle von Überlastung und Burn-out im Beruf Schlagzeilen machen, eine hohe Aufmerksamkeit. Viele Unternehmen versuchen ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mit verschiedensten Trainings und Methoden gegen Stress und Überlastung zu schützen. Auch für Krankenkassen ist die Stress-Prävention ein wichtiges Element geworden. Doch führt hohe Arbeitsbelastung nicht automatisch zu hohem Stressempfinden. Häufig ist es der Umgang der Betroffenen selbst mit der Arbeitssituation, der Überlastung entgegenwirkt oder Vorschub leistet.

28 Caesar Douglas/Anthony P. Ammeter, An examination of leader political skill and its effect on ratings of leader effectiveness, in: *The Leadership Quarterly* 15 (2004) 4, S. 537-550.

29 Angela T. Hall et al., Organizational Citizenship Behavior and Reputation Mediators in the Relationships between Accountability and Job Performance and Satisfaction, in: *Journal of Leadership & Organizational Studies* 15 (2009) 4, S. 381-392.

Zwar ist bekannt, dass Stress zu hoher Unzufriedenheit im Beruf führt, Harvey et al. konnten jedoch nachweisen, dass dies für Menschen mit hohen politischen Fertigkeiten nicht gilt.³⁰ In einer Studie konnten sie zeigen, dass die Job- und Karrierezufriedenheit bei Menschen mit niedrigen politischen Fertigkeiten absinkt, sich bei Menschen mit hohen politischen Fertigkeiten jedoch kein signifikanter Effekt einstellt. Auch Rollenkonflikte führen zu Stress. Die Forschergruppe um Perrewé konnte nachweisen, dass die negativen Auswirkungen von Rollenkonflikten von Menschen mit hohen politischen Fertigkeiten deutlich geringer wahrgenommen werden. Sowohl die selbst wahrgenommene Belastung der Personen als auch ihre physiologischen Reaktionen wie Bluthochdruck oder erhöhte Hautleitfähigkeit (ein physiologisches Anzeichen zur Messung von Angst und Stress) fielen deutlich geringer aus.³¹ Insgesamt wird berufliche Anspannung bei hohen politischen Fertigkeiten deutlich weniger negativ empfunden.³² Politische Fertigkeiten wirken also den negativen Auswirkungen von Stress im Berufsleben entgegen.

In einem verhältnismäßig frühen Beitrag in der Analyse von politischen Fertigkeiten, diskutieren Perrewé und Nelson den wichtigen Beitrag politischer Fertigkeiten auf die Karriereentwicklung von Frauen in Organisationen.³³ Gerade aufgrund der vielen Nachteile, die Frauen sowohl im beruflichen Umfeld immer noch erfahren, sollte das geschickte Einsetzen politischer Fertigkeiten für sie besonders wichtig sein. Auch der hohen Belastung von Frauen, für die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie in der Regel immer noch eine beträchtliche Herausforderung darstellt, kann durch hohe politische Fertigkeit entgegen gewirkt werden.

Dennoch gibt es bis heute kaum empirisch gestützte Forschung zum Zusammenhang von Geschlecht und politischen Fertigkeiten. Einige Studien

-
- 30 Paul Harvey et al., Attenuating the effects of social stress: The impact of political skill. *Journal of Occupational Health Psychology* 12 (2007) 2, S. 105-115.
 - 31 Pamela L. Perrewé et al., Neutralizing job stressors: Political skill as an antidote to the dysfunctional consequences of role conflict, in: *Academy of Management Journal* 47 (2004), S. 141-152.
 - 32 Robert W. Kolodinsky et al., Nonlinearity in the relationship between political skill and work outcomes: Convergent evidence from three studies, in: *Journal of Vocational Behavior* 65 (2007), S. 294-308.
 - 33 Pamela L. Perrewé/Deborah L. Nelson, Gender and career success: The facilitative role of political skill, in: *Organizational Dynamics* 33 (2004), S. 366-378.

weisen darauf hin, dass politische Fertigkeiten bei Frauen besonders dann zu positiven Ergebnissen führen, wenn die damit verbundenen Strategien den bestehenden Rollenstereotypen entsprechen.³⁴ Bei Männern, so das Ergebnis einer anderen Studie, können politische Fertigkeiten unter Umständen auch negative Auswirkungen haben, da die politischen Fertigkeiten insgesamt eher weiblichen Rollenerwartungen entgegenkommen (überzeugen statt zwingen, empathisch sein).³⁵ Die genauen Zusammenhänge von politischen Fertigkeiten und Geschlecht sollten jedoch weiter theoretisch begründet und empirisch überprüft werden.

Wie wird nun dieses Wissen um »politische Fertigkeiten« genutzt? Die Abfrage politischer Fertigkeiten in Bewerbungssituationen liefert auch dann robuste Informationen, wenn man unterstellt, dass die Bewerber_innen ihre Fertigkeiten unter diesen Umständen etwas besser beurteilen, als sie es in »ehrlichen« Situationen tun würden.³⁶

In der Personalakquise Personen mit bereits vorhandenen politischen Fertigkeiten zu identifizieren, ist aber nur der eine Bereich. Die Personalplanung eines Unternehmens sollte auch damit rechnen, dass es sinnvoll sein könnte, die politischen Fertigkeiten des bestehenden Mitarbeiterstabs zu fördern. In der Literatur wird immer wieder darauf hingewiesen, dass politische Fertigkeiten neben dispositionalen auch lernbare Anteile aufweisen.³⁷ Es wurde jedoch bisher kein vollständiges Training politischer Fertigkeiten entwickelt und überprüft. In Anlehnung an den Micro-Skills-An-

34 A. Brooke, Shaughnessy et al., Influence and promotability: the importance of female political skill, in: *Journal of Managerial Psychology* 26 (2011), S. 584-603.

35 Katharina Oerder/Gerhard Blickle, When Men Lose – Geschlechtereffekte bei politischen Fertigkeiten auf die Leistungsbeurteilung in der der Betriebsratsarbeit. *Zeitschrift für Politische Psychologie* 3 (2012) 2, S. 52-64 und dies. et al., How work context and age shape political skill. *Journal of Managerial Psychology* 29 (2014) 5, S. 582-599.

36 Zwar wurden in experimentellen Bewerbungssituationen höhere Mittelwerte politischer Fertigkeiten angegeben, das Verhältnis sowohl der einzelnen Personen zueinander als auch der Skalen zueinander wurde davon jedoch nicht berührt. Vgl. Blickle, Gerhard/Ariane von Below/Angela Johannen. Self-Ratings of Political Skill in Job Application: A within and between subjects field experiment, in: *International Journal of Selection and Assessment* 19 (2011) 1, S. 98-104.

37 Gerald R. Ferris et al., Political skill in the organizational sciences, in: Gerald R. Ferris/Darren C. Treadway (Hg.), *Politics in organizations. Theory and research considerations*, New York 2012, S. 487-529.

satz³⁸ wird jedoch davon ausgegangen, dass sich zwischenmenschliche (interpersonelle) Fertigkeiten dann besonders gut trainieren lassen, wenn sie sehr spezifisch oder konkret definiert sind. Politische Fertigkeiten sollten demnach in ihren vier Dimensionen (soziale Geschicklichkeit, Interpersoneller Einfluss, Netzwerkfähigkeit und wahrgenommene Aufrichtigkeit) einzeln trainiert werden.³⁹

Obwohl die Forschung zum Training politischer Fertigkeiten noch in den Kinderschuhen steckt, gibt es einige Studien, die darauf hindeuten, dass beispielsweise Netzwerkfähigkeit durch Mentoring unterstützt werden kann. Blass et al. zeigen, dass neue Kolleginnen und Kollegen durch einen erfahrenen Mentor u. a. lernen, wer wichtig ist in einer Organisation, wen man auf jeden Fall kennen muss und wen man für welche Unterstützungsleistung ansprechen kann. Auch die weiteren Aspekte politischer Fertigkeiten sollten unter Umständen durch Mentoring beeinflussbar sein. Mentees können beispielsweise durch Beobachtung ihrer Mentoren (Sprache, Gesten, Gesichtsausdrücke) die in dem beruflichen Kontext übliche Verhaltensweisen lernen sowie auch durch das direkte Gespräch über soziale Interaktionen (wie sollte man sich in dieser Organisation wann verhalten) mit dem Mentor, ihre politischen Fertigkeiten weiterentwickeln.⁴⁰

Die Dimensionen soziale Geschicklichkeit, wahrgenommene Aufrichtigkeit und Interpersonelle Einflussnahme sollen laut der Forschergruppe um Ferris⁴¹ durch das Trainieren empathischen Zuhörens lernbar sein. Denn um andere Menschen richtig zu verstehen und so erfolgreich beeinflussen zu können muss man diesen erst einmal richtig zuhören.⁴² Aktives empathisches Zuhören kann als Prozess verstanden werden, in dem verbale und non-ver-

38 Hayes, John, *Interpersonal skills at work*. New York: Routledge 2002, gesamt.

39 Gerald R. Ferris et al., *Political skill in the organizational sciences*, in: Gerald R. Ferris/Darren C. Treadway (Hg.), *Politics in organizations. Theory and research considerations*, New York 2012, S. 487-529.

40 Gerald R. Ferris et al., *Political skill in organizations*, in: *Journal of Management* 33 (2007), S. 290-320.

41 Gerald R. Ferris, Sherry L. Davidson, and Pamela L. Perrewé. *Political skill at work: Impact on work effectiveness*. Mountain View, Kalifornien: Davies-Black Publishing 2005, gesamt.

42 Gerald R. Ferris/D. C. Treadway et al., *Political skill in the organizational sciences*, in: ders./D. C. Treadway (Hg.), *Politics in organizations: Theory and research considerations*, S. 487-528.

bale Cues (Hinweisreize) aufgenommen und verarbeitet werden. Dabei wird versucht, neben dem gesprochenen Wort auch die zugrunde liegende Bedeutung der Nachricht zu verstehen, in dem man sich selbst in die Position des Senders hineinversetzt.⁴³ Ferris et al. schlagen außerdem vor, Rollenspiele oder Szenario-Training als Elemente in einer Schulung der politischen Fertigkeiten zu verwenden.

Politische Fertigkeiten können sich jedoch auch ohne gezieltes Training, »on the job« entwickeln.⁴⁴ Das passiert jedoch nicht en passant, sondern hierfür benötigt es »Lerngelegenheiten«. In einer prädiiktiven Längsschnittstudie mit zwei Messzeitpunkten über zwei Jahre hinweg zeigen Oerder et al. (2013), dass sowohl Betriebsräte in höheren hierarchischen Positionen (Wahlämtern), als auch Betriebsräte mit einem höheren Grad an Freistellung mehr politische Fertigkeiten entwickelten. Sowohl eine höhere hierarchische Position als auch ein höherer Grad an Freistellung bietet jeweils ein mehr an Lerngelegenheiten, in denen Betriebsräte beispielsweise mit der Geschäftsleitung verhandeln, in Sitzungen überzeugen müssen oder sich die Sorgen und Nöte von Kolleg_innen aus dem Betrieb anhören und auf diese reagieren. All solche Situationen können für die Ausbildung politischer Fertigkeiten nützlich sein.

Ausblick

Die dargestellten positiven Auswirkungen der politischen Fertigkeiten sollen politisches Verhalten aus der »Schmuddelecke« der Organisationswissenschaften herausholen. Nicht Politik an sich ist gut oder böse – sondern das, was Menschen, die dieses Instrument für sich nutzen, damit anstellen und bewirken (wollen). Denn Menschen sind politisch, und verhalten sich auch entsprechend auch politisch.

43 Tanya Drollinger/Lucette B. Comer, Active empathetic listening and selling success: A conceptual framework, in: Journal of Personal Selling and Sales Management 19 (1999), S. 15-29.

44 Gerhard Blickle/Katharina Oerder/James K. Summers. The impact of political skill on career success of employees' representatives, in: Journal of Vocational Behavior 77 (2010) 3, S. 383-390.

Politische Fertigkeiten bieten die Gelegenheit, die Komplexität der sozialen Umwelt zu verstehen, die Motivation anderer nachzuvollziehen, das eigene Verhalten an die gegebenen Situationen anzupassen, andere subtil zu beeinflussen, nützliche Beziehungen zu anderen Menschen aufzubauen, und dabei stets ehrlich und authentisch wahrgenommen zu werden. Diese Fähigkeit zieht positive Auswirkungen nach sich: von der Leistungssteigerung bis zu Stressreduktion. Politische Fertigkeiten sind lernbar – dies wurde sowohl theoretisch postuliert⁴⁵ als auch in Untersuchungen gezeigt.⁴⁶ Ein gezieltes Training der politischen Fertigkeiten zu entwickeln und vor allem wissenschaftlich zu überprüfen, steht jedoch noch aus. Dies sowie die weitere Erforschung des Konstruktes, beispielsweise hinsichtlich der Übertragbarkeit des ja ursprünglich für die Personalplanung in Wirtschaftsunternehmen entwickelten Vokabulars auf außerwirtschaftliche Interaktionsfelder wie Non-Profit Organisationen, Parteien oder Gewerkschaften wäre noch zu leisten, ebenso wie eine Analyse von Geschlechtereinflüssen auf den Zusammenhang zwischen politischen Fertigkeiten und Arbeitsleistung. Auch die Anknüpfungspunkte an andere wissenschaftliche Bereiche, Disziplinen und Forschungsprojekte sind zu diskutieren.

45 Gerald R. Ferris et al., *Political skill in the organizational sciences*, 2012, gesamt.

46 Ebd.

Der kommunizierende Mensch als politischer Mensch? Zu einer Ethik der Kommunikation

Das Forschungsprogramm »Kommunikationsdesign und Ethik – Ethik des Kommunikationsdesigns« an der Fakultät Gestaltung der Hochschule für angewandte Wissenschaften Würzburg dient der theoretischen Fundierung und Formulierung einer zeitgemäßen Ethik der Kommunikation.¹ Erforscht werden ethische Kriterien der Gestaltung von visuellen, wortsprachlichen und multimedialen Kommunikationen. Das Hauptbezugsfeld der Untersuchungen ist das Feld des Kommunikationsdesigns; daneben sind auch Erörterungen zum jüngeren Feld des Informationsdesigns zu tätigen. Die Erkenntnisinteressen bewegen sich im Spannungsfeld von Fragen der ästhetischen Verkörperung von Ideen und Konzepten einerseits und den rein begrifflichen Formalisierungen der Ethik andererseits.

Nach methodischen Kriterien der Angewandten Ethik und auf Basis bestehender Erkenntnisse aus Teilbereichsethiken wie etwa der Medien-, der Wirtschafts-, Internet- und Technikethik wird der Versuch unternommen, das Eintreten für eine demokratische Öffentlichkeit, für freien Informationsaustausch und für sozial verträgliche Verständigungsangebote zu begründen.²

-
- 1 Das Würzburger Forschungsteam besteht zum einen aus Prof. Dr. Gertrud Nolte, die praktische Erfahrung im Umgang mit Entwurf und Konzeptionierung von Typographie und Graphikdesign verkörpert. Zum anderen entfaltet der Philosoph Prof. Dr. Gerhard Schweppenhäuser die ethischen Grundlagen und entwickelt mediensemiotische Analyseverfahren. Der Autor dieses Beitrags setzt als wissenschaftlicher Mitarbeiter den Schwerpunkt auf die systemtheoretischen und kommunikologischen Implikationen von Kommunikations- und Informationsdesign. Ein Resultat dieser gemeinsamen Forschungsarbeit ist folgender Tagungsband: Christian Bauer/Gertrud Nolte/Gerhard Schweppenhäuser (Hg.), Ethik und Moral in Kommunikation und Gestaltung, Würzburg 2014.
 - 2 Ein entsprechendes Problembewusstsein existiert bereits: »Sollte möglicherweise die Medienethik als ein Teilbereich einer umfassenderen Kommunikationsethik verstanden werden? Oder ist das Umgekehrte der Fall?«, hierzu Nikolaus Knoepffler, Angewandte Ethik. Ein systematischer Leitfaden, Köln/Weimar/Wien 2010, S. 248.

Bisher hat sich die philosophische Forschungsrichtung der Angewandten Ethik nicht eingehender mit den besonderen Belangen, Rechten und Pflichten des Kommunikationsdesigners befasst.³ Dies verwundert, ist doch die exemplarische Bedeutung der Profession des Kommunikationsdesigners nicht zu verkennen. Denn sie weist bei weitem über den Kontext rein gestalterischer Problematiken hinaus und hat, wie zu zeigen ist, Relevanz für die Frage, inwieweit gesellschaftspolitisches Handeln in der Gestaltung individueller und kollektiver Lebenswelten im 21. Jahrhundert möglich ist. In der Folge wird zudem näher zu explizieren sein, dass – so meine These – der politische Mensch im 21. Jahrhundert vor allem ethisch vertretbar bzw. bedeutsam ist.

Handlungstheorien

Um eine hinreichende Deskription des Handlungsfelds von Kommunikationsdesignern zu gewährleisten, ist an bereits etablierte Handlungstheorien anzuknüpfen, in denen zum ersten das Verhältnis von Sprechen, Handeln und Denken beleuchtet wird und die zum zweiten im Kommunikationsbegriff konvergieren. So unterschiedliche Handlungstheorien des ausgehenden 20. Jahrhunderts wie die Diskurstheorie nach Jürgen Habermas⁴ oder die von Niklas Luhmann⁵ entwickelte Systemtheorie teilen, trotz verschiedenen Theoriesigns, das Bewusstsein der sozialen Wirkmächtigkeit von Kommunikation. Beiden Theoriemodellen ist zu eigen, Kommunikation oder kommunikatives Handeln als wesentlich für die Konstituierung von Wirklichkeit und der darin agierenden Subjekte und Akteursgruppen zu begreifen.

3 Ansätze lassen sich allerdings nachweisen, etwa eine kritische »Hermeneutik visueller Kommunikation als Teil einer kritischen Gesellschafts- und Kulturtheorie« zu formulieren; vgl. Gerhard Schweppenhäuser, Überlegungen zu einer kritischen Hermeneutik der visuellen Kommunikation, in: Zeitschrift für kritische Theorie 26–27 (2008), S. 159–190, hier S. 163.

4 Habermas thematisiert vier zentrale Handlungsbegriffe: Den teleologischen, den strategischen, den normenregulierten und den dramaturgischen Handlungsbegriff vgl. Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns. Bd. 1, 4. Aufl., Frankfurt a. M. 1987, S. 126–128.

5 Zum spezifischen Verhältnis der Systemtheorie gegenüber der Ethik als »Reflexionstheorie der Moral« vgl. Niklas Luhmann, Die Moral der Gesellschaft, hg. v. Detlef Horster, Frankfurt a. M. 2008, S. 253–347.

Wer nicht kommuniziert, nimmt nicht an der durch Kommunikation generierten politischen Wirklichkeit teil. Dieser Gedanke ist in der politischen Praxis längst angekommen. Die derzeitige Hochkonjunktur des Paradigmas der »Partizipation« ist vor diesem Theoriehintergrund verständlich. Die Teilnahme an der durch Massenmedien bestimmten und regulierten Öffentlichkeit ist für einen politisch denkenden und handelnden Menschen zwingend geboten. Erst durch aktive Mitwirkung an der symbolischen Strukturierung der Lebenswelt, »die sich in den Interpretationsleistungen ihrer Angehörigen konstituiert und nur über kommunikatives Handeln reproduziert«⁶ werden kann, wird der politische Mensch greifbar und kommunikativ handlungsfähig. Wer nicht qua Kommunikation an der politischen Debatte teilnehmen kann oder will, partizipiert weder am politischen Meinungsbildungsprozess noch an der Struktur und Konstitution der sozialen Realität.⁷ Betreffende Personen sind sodann bestenfalls politisch-passivitätskompetent im »Sich-Informieren-Lassen, Sich-Unterhalten-Lassen, Sich-Bedienen-Lassen, Sich-Beliefern-Lassen, Sich-Erregen-Lassen«.⁸ Zur politischen Partizipation gehört heutzutage eine besondere technologische Kenntnis und formale Kompetenz hinsichtlich der Regeln der Kommunikation und der Argumentation. Man müsste davon ausgehen dürfen, dass in dieser Hinsicht Kommunikations- und Informationsdesignern besondere handwerkliche und technisch-formale Kompetenzen zuzusprechen sind.

6 Habermas, Theorie des Kommunikativen Handelns, S. 533.

7 Zur systematischen Grundlegung einer Sozialontologie, in der über soziale, d. h. eben auch Zeichensprachlich-kommunikative Prozesse, Wirklichkeit generiert wird vgl. John Rogers Searle, *The Construction of Social Reality*, London 1995, S. 59 ff. Im Kontrast zu Searles Sozialontologie muss die Bedeutung hervorgehoben werden, die den sprachlichen Konstitutionsleistungen für die Genese und Geltung von gesellschaftlichen und politischen Institutionen in der Wissenssoziologie zugeschrieben wird, vgl. Peter L. Berger/Thomas Luckmann, *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit. Eine Theorie der Wissenssoziologie*, Frankfurt a. M. 2007, S. 68 ff.

8 Zum Theorem der »Passivitätskompetenz« vgl. Peter Sloterdijk, *Du mußt dein Leben ändern. Über Anthropotechnik*, Frankfurt a. M. 2009, S. 591 f.

Kommunikationsstrukturen und Medienhandlungen

Die Mehrzahl politischer Kommunikationen handelt zwar vom Handeln (Regieren/Regulieren/Votieren) und dem, was der Möglichkeit des Handelns widerstreitet (Opponieren/rechtliche Kodifikation). Nicht zu verkennen ist hingegen, dass entsprechende kommunikative Handlungen in mediale Strukturen eingebettet sind. Jenen Kommunikationsstrukturen galt das besondere Erkenntnisinteresse des Medienphilosophen und Kulturanthropologen Vilém Flusser (1920–1991).⁹ Wie von Flusser in der Schrift »Kommunikologie« expliziert, gehorcht ein Großteil der Massenmedienlandschaft einem »Amphitheaterdiskurs«.¹⁰ Dieser lässt sich von anderen sozial verbindlichen Kommunikationsstrukturen wie dem künstlerischen »Theaterdiskurs«¹¹, dem »Pyramidendiskurs«¹², wie ihn Militär, Kirchen, Verwaltungen und politische Parteien pflegen, klar abgrenzen. Diese für das Fernsehen, die Presse, die Plakatierungen, das Anzeigenwesen und andere Amphitheaterdiskurse grundlegende kommunikative Struktur erkennt man daran, dass Sender und Empfänger bei den »symbolische[n] Übertragung[en] von Botschaften«¹³ meist für einander unsichtbar sind und bleiben. Die potentielle Rezipientenschar ist grenzenlos – eben eine Masse: Jedermann darf sich gleichermaßen angesprochen fühlen (oder auch nicht). Der Amphitheaterdiskurs ist für den Prozess der politischen Meinungsbildung zwar symbolisch hoch leistungsfähig, setzt er doch eine diffuse Distribution und Streuung von Informationen in Gang. Manche verwechseln diesen Diffusionseffekt jedoch vorschnell mit dem Befolgen von demokratischen Prinzipien und sehen darin die Funktion

9 In kulturanthropologischer Hinsicht ist Vilém Flusser u. a. von Ernst Cassirers »Philosophie der symbolischen Formen« beeinflusst. Cassirer fasste seinen Ansatz für ein amerikanisches Lesepublikum in »An Essay on Man« zusammen, auf deutsch als »Versuch über den Menschen« erschienen, vgl. Ernst Cassirer, Versuch über den Menschen. Einführung in eine Philosophie der Kultur, Frankfurt a. M. 1990. Im Übrigen ist in Erinnerung zu halten, dass Hannah Arendt auf den engen Zusammenhang von (politischem) Handeln und Sprechen Wert gelegt hat vgl. Hannah Arendt, Vita activa oder Vom tätigen Leben, München/Zürich 2002, S. 217 f.

10 Vilém Flusser, Kommunikologie, hg. v. Stephan Bollmann u. Edith Flusser, 4. Aufl., Frankfurt a. M. 2007, S. 27 f.

11 Ebd., S. 21.

12 Ebd., S. 22.

13 Ebd., S. 244.

der politischen Meinungsbildung verkörpert. Folgt man den Erkenntnissen Flussers, so ist der Amphitheaterdiskurs der Massenmedien schlicht auf Verantwortungslosigkeit programmiert.¹⁴ Damit ist diese Diskursform dem »Netzdialog«¹⁵ verwandt, der heute einen immer wichtigeren Beitrag zur Herstellung der öffentlichen Meinung leistet. Obschon der Netzdialog »auf authentische Weise demokratisch«¹⁶ sein kann, verflüchtigen sich die Kriterien der Urheberschaft und der Zurechenbarkeit von kommunikativen Handlungen in einem »technotheologischen Informationspfingsten«: Der Geist weht, wann und wo er will. Er kann in offenen Schaltungen (»open circuits«¹⁷) auch die festgezurrten Regularien der anderen massenmedialen Diskursformen kurzfristig durcheinanderwirbeln. Flusser kommt angesichts der fortschreitenden »Synchronisation von technisch hochentwickelten Amphitheaterdiskursen mit archaisch gebliebenen, aber immer besser bearbeitbaren Netzdialogen« zu der Konklusion, dass wir einer »totalitäre[n] Entpolitisierung bei scheinbar allgemeiner Partizipation« entgegen gehen.¹⁸

Eine *Ethik der Kommunikation* ist in Flussers Kommunikationstheorie rudimentär angelegt, da es ihm gelingt zu zeigen, in welchem Maße verschiedene Diskursformen und Dialogtypen dem *zōon logon echon*¹⁹, als politischem Mensch, überhaupt Freiheit und Entscheidung, mithin Entschei-

14 »Jede Verantwortung und ›Revolution‹ ist in dieser Struktur ausgeschlossen: die Empfänger schweben darin sozusagen im schwerelosen Raum und können sich in dieser Richtungslosigkeit nirgends ›hinbewegen‹. Im Feld der amphitheatralischen Ausstrahlung fehlt jede Orientierung, da dieses Feld nur von den Kanälen strukturiert ist. Anstatt über Orientierung verfügen die Empfänger solcher Diskurse über Programme.«, ebd., S. 28, »Im Medienbereich ist die Frage nach der Verantwortung der *Handlungsträger* stark umstritten: Wer ist im arbeitsteiligen Prozess der Erstellung und Verbreitung von Medienangeboten verantwortlich zu machen? Sind es die einzelnen Produzenten, sind es die Institutionen oder die Strukturen des Mediensystems? [...] Auch bezüglich der *Handlungsfolgen* verflüchtigt sich Verantwortlichkeit nur dann nicht, wenn man von einer ›kooperativen Verantwortung‹ ausgeht.« Hierzu Rüdiger Funiok, *Medienethik: Trotz Stolpersteinen ist der Wertediskurs über Medien unverzichtbar*, in: Matthias Karmasin (Hg.), *Medien und Ethik*, Stuttgart 2002, S. 37-58, hier S. 44 f.

15 Flusser, *Kommunikologie*, S. 32 ff.

16 Ebd., S. 32.

17 Ebd.

18 Ebd., S. 34.

19 Zur Verschränkung des politischen Menschen mit dem »zōon logon echon«, siehe weiter unten den Abschnitt: »Nach Aristoteles: Kollapskommunikation«.

dungsfreiheit, gewähren oder zumuten. Zu fragen ist nun, wie in radikal entgrenzte und zugleich sich synchronisierende Kommunikationsstrukturen eine *Ethik der Kommunikation* implementiert werden könnte. Wie realistisch ist ein solches Ansinnen angesichts der quantitativ-ubiquitären Ausdehnung von Netzdialogen und Amphitheaterdiskursen als symbolischer Übertragung von Botschaften? Wer der Bestrebung folgt, ethische Konzeptionen des politischen Menschen im 21. Jahrhundert hervorzubringen, hat dessen raumübergreifende Erscheinungsbilder auf unterschiedlichen technischen Kanälen nachzuzeichnen.

Von systematischem Interesse ist für eine *Ethik der Kommunikation*, wie die Produktion, Distribution und Rezeption von »Medienhandeln«²⁰ funktioniert. Dies umschließt zwangsläufig das Feld des politischen Medienhandelns, das hinsichtlich seiner augenscheinlichen wie auch seiner diskreten Strukturmerkmale und Muster zu diskursivieren ist.

Zum einen ist die symbolische Strukturierung globaler Lebenswelt im beträchtlichen Maße von ihrer Oberflächenerscheinung und der inhärenten Bedeutungshaftigkeit determiniert. Zum anderen ist die ethische Formalisierung (Normen und Werte) ebenfalls ein Element der geistigen Prozessierung von (politischen) Handlungen in symbolischer Form. Beide Phänomenbereiche, ästhetisch wie ethisch gültig, unterhalten Beziehungen zu Verkörperungen, ja werden erst als »verkörperte Erfahrung«²¹ evident. Der politische Mensch ist auf Akte der Formgebung durch wort- und bildsprachlichen Ausdruck angewiesen, um durch die symbolischen Verkörperungen soziale Übereinkunft, sprachliche Konventionalisierung und handlungsbezogene Orientierung herzustellen. Auf solchen Wegen können sich politische Menschen über ihre ethischen Bezugssysteme verständigen.

20 Rüdiger Funiok, *Medienethik. Verantwortung in der Mediengesellschaft*, Stuttgart 2007, S. 13.

21 Jeremy Rifkin, *Die empathische Zivilisation. Wege zu einem globalen Bewusstsein*, Frankfurt a. M./New York 2010, S. 123 f.

Massenmedien und Anthropotechnik

Im einführend genannten Forschungskontext hat man sich kognitiven Herausforderungen zu stellen, die die allgemein verbindlichen Problemlagen im Zeitalter der Massenmedien wie des gesteigerten Individualismus gleichermaßen berühren. Die Tatsache, dass die unmittelbare Face-to-Face-Kommunikation (Dialog) durch mediale Vermittlungen verdrängt und durch Austausch von Informationen zwischen Individuen untereinander via Massenmedien ersetzt wird, zeitigt Konsequenzen für den politischen Diskurs. Politik findet, jenseits der staatlichen Institutionen und bewusst geschlossener Zirkel, im Lichte der Medienöffentlichkeit statt. Hieraus sind Konsequenzen für die Möglichkeit von ethischer Verbindlichkeit zu ziehen: Ist etwa die mangelhafte Zurechenbarkeit von Kommunikationen im Amphitheaterdiskurs der Massenmedien und im Netzdialog des Internets nicht Grund genug, die Rede vom (frei) agierenden Subjekt als eine operativ wirksame Fiktion zu behandeln?²² Muss nicht im Dienst an der Weiterentwicklung verbindlichen Verhaltens zwischen gesellschaftlichen Kommunikatoren mehr denn je die kommunikationstechnische Seite der Verständigung analysiert werden? In dieser Fragerichtung ist evident, dass ein Fokus auf die Funktionslogiken und die Kommunikationsstrukturen der Massenmedien gesetzt werden muss: Gerade dann, wenn eingeräumt wird, dass in massenmedialen Formaten und Programmen die mit-entscheidenden Bilder des politischen Menschen konstituiert, Voraussetzungen für politische Absichten und Entscheidungen auf der Ebene der Nachrichtenbilder und Sprachinformationen kodifiziert und somit vor-gebildet werden.²³ Aus einem gesteigerten Interesse an rechtlichen und/oder ethischen Verbindlichkeiten ist ein

22 Diese Frage stellt die Schwierigkeit in Rechnung, dass gerade digital vernetzte Medien zu großen Herausforderungen für die Begründung und Durchsetzung von (Medien-)Recht führen. Zumindest in medienethischer Perspektive erscheint die Implementierung einer Ethik der internetgestützten Kommunikation schwer vorstellbar zu sein.

23 Dies gilt auch für den Bereich der strikt rechtlichen Kodifizierung im Zeitalter der »Postdemokratie«, den Colin Crouch thematisiert. Wenn Crouch angesichts postdemokratischer Verhältnisse eine Problemlösungsstrategie vorschlägt, die auf eine »Entwicklung rechtlich verbindlicher Verhaltenskodizes« abhebt, welche sicherstellen sollen, »daß die globalen Operationen der Wirtschaft mit anderen sozialen Interessen und Anliegen versöhnt werden«, so hätte er mit gleichem Recht mitzuteilen, auf welchen kommunikativen Wegen ein

Augenmerk auf die anthropotechnischen²⁴ Strukturen der Kommunikation und die bereits etablierten, sukzessive eingeübten wie konventionalisierten Diskursformen zu richten. Welche politischen Haltungen durch Mediengebrauch eingeübt werden und welche politischen Implikationen der Mediengebrauch austrägt, ist von besonderem Interesse.

Die Entwicklung rechtlich bindender wie ethisch verbindlicher Verhaltenskodizes hätte also mit dem Explizitmachen der impliziten Grundregeln der Massenmedien zu beginnen und mit der darin beschlossenen politischen Sinnstiftungsfunktion zu rechnen. Das bringt die Komplikation mit sich, dass zumindest für ethisch verbindliche Verhaltenskodizes Typisierungen von sozialen Rollen sowie Verhaltens- und Handlungsmustern von Nöten wären. Derlei Typisierungen können zweckdienlich sein für die Erörterung der Stellung und der Bedeutung des politischen Menschen im 21. Jahrhundert. Dieses Jahrhundert verspricht, die Ära der Massenkommunikation von Individuen zu sein, die auf einem globalisierten Markt der Aufmerksamkeit für ihre politischen wie anderweitigen lebens- und arbeitsweltlichen Interessen Geltung beanspruchen werden.

Der Sozialtypus »Gestalter«

In den konkreten Berufsfeldern des Sozialtypus »Gestalter« bzw. »Kommunikations- und Informationsdesigner« werden für die Beziehungs- und Funktionsebene der gesellschaftspolitischen Lebenswelt wichtige Beiträge gestiftet. Mit Fug darf man den Kommunikationsdesignern als sozialen Akteuren im Übergang zum 21. Jahrhundert symptomatischen Wert innerhalb der Informationsgesellschaft zuschreiben. Vor allem was die kommunikative Leistungsfähigkeit von Medienbürgern in der Lebens- und Arbeitswelt betrifft, sind die technologischen, ökonomischen und allgemein anthropologischen Impulse der sogenannten »Kreativen« von nicht zu unterschätzender Be-

Konsens über das Ergreifen solcher Maßnahmen erzielt wird, da ohne diesen Konsens ein weiteres Abgleiten ins Postdemokratische zu konstatieren wäre. Vgl. Colin Crouch, Postdemokratie, Bonn 2008, S. 140.

24 Zu Genese und Geltungsbereich des Begriffs »Anthropotechnik« vgl. Sloterdijk, Du mußt dein Leben ändern, S. 628 ff.

deutung.²⁵ Gestalter und Designer sind die Avantgarde der Kommunikation unter den Bedingungen der Informationsgesellschaft. Permanent und professionell werden neue Muster kommunikativen Handelns erprobt, die der Gestaltung individueller und kollektiver Lebenswelten im 21. Jahrhundert zu Gute kommen sollen. Es wird noch nicht hinlänglich wahrgenommen, dass Designer kulturanthropologisch bedeutsame Beiträge für stark individualistische Kulturen leisten. Der Typus Designer beansprucht schon deshalb besondere Beachtung, weil er in verschiedener Hinsicht einen paradigmatischen Typus Mensch im Zeitalter des gesteigerten Individualismus verkörpert. Schließlich leistet die Berufsgruppe der Designer wichtige Beiträge zum Übergang von Bürgern zu Konsumenten von kommunikativen Angeboten, bei gleichzeitig immer geringerer Nachfrage nach politischen Gehalten. Nicht zu unterschätzen ist die Tatsache, dass die Tätigkeit von Designern aufs Engste mit den Glücksversprechungen unserer zeitgenössischen konsumeristischen Lebenswelt verschränkt ist. So geben beispielsweise die Gestaltungen von Werbern darüber Auskunft, wie die »konsumbürgerlichen«²⁶ Visionen eines guten und erfüllten Lebens aussehen und anmuten sollen. Je nach kommunikativem Erfolg werden diese Leistungen in die sozialen Realitäten integriert und finden dort im eminenten Sinn des Begriffs Anwendung. Sicherlich handelt es sich in vielen Fällen um Angebote, die sich in das Theoriepassepartout von Colin Crouchs »Postdemokratie«-These einpassen ließen: Schließlich ereignen sich die Tätigkeiten von Gestaltern, Kommunikations- und Informationsdesignern in der Verschmelzungszone von gesellschaftspolitischer Lebens- und Arbeitswelt einerseits und der

-
- 25 In Technologie, Psychologie, Anthropologie und Ökonomie dominiert das Paradigma der »Kreativität«, wie der Soziologe Ulrich Bröckling feststellt und das Paradigma des Unternehmers mit der Berufsgruppe der Kreativen kurzschließt; vgl. Ulrich Bröckling, Das unternehmerische Selbst. Soziologie einer Subjektivierungsform, Frankfurt a. M. 2007, S. 152 ff.
- 26 Vgl. Wolfgang Ullrich, Über die warenästhetische Erziehung des Menschen – oder: Von Konsumenten zum Konsumbürger!, in: Bazon Brock/Peter Sloterdijk (Hg.), Der Profi-Bürger. Handreichungen für die Ausbildung von Diplom-Bürgern, Diplom-Patienten, Diplom-Konsumenten, Diplom-Rezipienten und Diplom-Gläubigen, München 2011, S. 59-67; ders., Für mehr konsumbürgerliches Bewusstsein!, in: Christian Bauer (Hg.), Musealisierung als Zivilisationsstrategie – Fünftes Memorial zum 24.11.1934. Zur Ausbildung von Diplom-Patienten, Diplom-Rezipienten, Diplom-Konsumenten, Diplom-Bürgern und Diplom-Gläubigen, Weimar 2009, S. 51-55.

Massenkultur des Konsums andererseits. Designer stiften auf vielen Kanälen Anstöße für soziale Bewegungen, nicht nur dann, wenn sie, wie Crouch beschreibt, »Bürger durch Werbekampagnen ›von oben‹ dazu überreden [. . .], überhaupt zur Wahl zu gehen«. ²⁷ Um diese soziale Initiations- und Gestaltungskraft besser zu verstehen, ist es angeraten, Kommunikationstheorie als eine Theorie des Politischen zu betreiben. Im Übrigen könnte auf diesem Weg in psychopolitischer ²⁸ Hinsicht in Erfahrung gebracht werden, wieso in politischen Kontexten ein Verlangen nach Regelverletzung beobachtbar ist. Offenbar besteht in Demokratien eine gewisse Toleranz gegenüber unnoblem Verhalten, da rüpelhaftes Auftreten politischer Akteure von Politzuschauern gemäß dem Motto – »Endlich mal jemand, der Klartext redet« – hingenommen wird. Interessant ist der Vergleich des Verhaltensspektrums politischer Funktionsträger mit verbal-grobianistischem Kommunikationsprofil mit jenem Typus Designer, dessen Ethos in der Regel durch die Erprobung von Regelverletzungen zustande kommt: Was Kreativität konkret bedeutet, ist in vielen Fällen nichts Geringeres als die willentliche und schöpferische Transgression tradierter Konventionalisierungen in Wort- und Bildsprache. Die spezifische Kompetenz dieser Designer besteht darin, die Regelverletzung als artistische Könnerschaft öffentlich, souverän und zugleich spielerisch in Szene zu setzen. Welche Gestaltungsnorm auch immer es sein mag: Sie muss ins Bewusstsein des Designakteurs getreten und dann »kreativ« überschritten sein. Daher ist es handelsüblich, dass Regelverletzung und Tabubruch die ganz normalen psychosozialen Mediatisierungsleistungen im Rahmen einer Ökonomie der Aufmerksamkeit sind. ²⁹ Kalküle des Überraschenden,

27 Crouch, Postdemokratie, S. 30. Der Medienethiker Rüdiger Funiok bietet Kriterien eines erstrebenswerten Berufsethos für die Vertreter der Medienbranche. Dazu zählen »vorbildliche Handwerklichkeit, eigenständiges Urteil, das Bemühen um dem Berichtgegenstand angemessenes Wissen, Transparenz herstellende Offenheit und nicht zuletzt persönlicher Mut, demokratisches Engagement und – darin eingeschlossen – Solidarität mit Gruppierungen und Anliegen, die wenig Möglichkeiten haben, öffentliche Aufmerksamkeit zu gewinnen.« Vgl. hierzu Funiok, Verantwortung in der Mediengesellschaft, S. 40.

28 Zum Konzeptbegriff »Psychopolitik« und der Beobachtung, dass führende Politiker und Ideologen des 20. Jahrhunderts auch als »Konzeptkünstler« anzusprechen sind, deren revolutionäre Praxis mit der permanenten Überschreitung (selbst-)gesetzter Regeln einhergeht, vgl. Peter Sloterdijk, Zorn und Zeit. Politisch-psychologischer Versuch, Frankfurt a. M. 2006, S. 265 f.

29 Vgl. Georg Franck, Ökonomie der Aufmerksamkeit. Ein Entwurf, München/Wien 1998.

des Anstößigen, des Schocks und des Skandals werden entfaltet, damit soziale Kommunikation über mediatisierte Sachverhalte stattfinden und sich durch Redundanzeffekte im Bewusstsein von Medienrezipienten einschreiben kann.

Beispielhaft sind Designer und Gestalter aber nicht nur als Vertreter der zeitgenössischen Medienökonomie. Was Politik und politische Menschen von dieser Berufsgruppe in ihr eigenes Übungspensum übernehmen können, hat Peter Sloterdijk in unvergleichlicher Prägnanz gekennzeichnet:

»Denn Design ist – von einem kompetenzökologischen Ansatz her gesehen – nichts anderes als die gekonnte Abwicklung des Nichtgekonnten. Es sichert die Kompetenzgrenzen der Einzelnen, indem es dem Subjekt Verfahren und Gesten an die Hand gibt, im Ozean seiner Inkompetenz als Könnler zu navigieren. Insofern darf man Design als Souveränitäts-Simulation definieren: Design ist, wenn man trotzdem kann.«³⁰

Steuerungstechniken im bis dato Ungekonnten zu etablieren und Nicht-Beherrschbares in eine ansprechende Form zu zwingen, profiliert den Sozialtypus Designer in bis dato nicht voll begriffener und gewürdigter Weise als beispielgebenden *agent provocateur* in der Postdemokratie. Im Zeitalter der interdependenten Vernetzung und gesteigerten Transparenz von politischen Akteuren wird die Legitimität von politischen Amtsträgern und auch von politischen Systemen verstärkt auf den Prüfstand gestellt. Die Öffentlichkeit vermerkt gerade in Krisenzeiten, inwiefern politisches Personal in der Lage ist, Krisenmanagement zu betreiben. In diesem Zusammenhang findet bereits eine mehr implizite Auseinandersetzung mit dem Leistungspotenzial von Designern statt: Nicht nur, dass Politiker über PR-gesteuerte Beratungsgremien erfahren, wie mit dem Nicht-Können, dem Nicht-Regieren, d. h. dem Nicht-Steuern-Können umgegangen wird, sollte die Aufmerksamkeit der Politikwissenschaft und Soziologie für Fragen des Designs wie des Projektmarketings und deren Kommunikationsstrategien evozieren. Mit Kreativität

30 Peter Sloterdijk, Das Zeug zur Macht: Bemerkungen zum Design als Modernisierung von Kompetenz, in: Peter Weibel (Hg.), Der ästhetische Imperativ. Schriften zur Kunst, Hamburg 2007, S. 138-161, hier S. 144.

zu regieren, um neuartige Steuerungsverluste in Kompetenzzuschreibungen umzukodieren, wirkt reformierend auf politische Kommunikation. Nicht nur im Designumfeld, sondern auch im sozio-politischen Umgang mit Maschinen und Technologien wird »kreativ« mit Problemen umgegangen. Die Opazität und Undurchdringlichkeit der Maschinenparks, mit deren Hilfe der lebensweltliche Alltag bestritten wird, ist ein unhinterfragtes Kuriosum, das als solches meist nur im Störfall wahrgenommen wird. Ähnlich wie die politische Apparatur, die dem Normalbürger bloß in Gestalt von mediatisierten *personalities*, *icons* und *celebrities* auf der politischen Betriebsoberfläche vertraut erscheint, wird mit Computern und Telekommunikationswerkzeugen operiert, ohne dass hierfür mehr als ein basaler Sachverstand gegeben wäre. Erst wenn das Betriebssystem kollabiert oder eine politische Krise am Ereignishorizont erscheint, wird die Frage nach der Leistungsfähigkeit der sozio-politischen Apparatur thematisch. Dann schlägt die Stunde des system- und kommunikationstheoretischen Bewusstseins, das aus dem Dämmer Schlaf selbstverständlicher Funktionstüchtigkeit erwacht.

Nach Aristoteles: Kollapskommunikation

Der Kollaps eines Systems, einer Umwelt, einer Gesellschaft – all diese Formen sozialer und politischer Dysfunktionalität werden in der »Politiká« des Aristoteles (384–322 v. Chr.) thematisiert. Der von ihm kodifizierte Mindeststandard, demzufolge die Polis einen *dēmos* (und darüber hinaus ein *éthos*) aufzuweisen habe, kann heute, da die antike Polis nicht mehr das Handlungsfeld von Politik ist, allerdings nur noch als kritisches Korrektiv dienen. Eher wird man durch eine Verschränkung des Codeworts *zōon politikón* mit seinem konzeptuellen Pendant, jenem »anderen Begriff *zōon logon echon*«³¹, der Konstitution des politischen Menschen im 21. Jahrhundert Rechnung tragen können. Erst in der Berufung auf das sprach- und vernunftbegabte Lebewesen Mensch werden die Prämissen deutlich, ohne die eine zeitgemäße Rede vom *zōon politikón* keinen rechten Sinn ergeben kann. Die Modellierung des politischen Raumes folgt heute nicht mehr dem Polis-Ge-

31 Otfried Höffe (Hg.), *Aristoteles-Lexikon*, Stuttgart 2005, S. 620.

danken der »Politiká«, weil u. a. die aristotelische Beschreibung der Genese autarker politischer Entitäten durch der Zusammenschluss von Privathäusern (*oikíai*) zu einem Gemeinwesen (*pólis*) nicht mehr geeignet ist, die Funktionsbedingungen heutiger politischer Groß-Entitäten abzudecken. Was für den griechischen Stadtstaat der Antike ein hinreichendes begriffliches Instrumentarium war, ist es heute nicht mehr.³² Dementsprechend ist der öffentliche Raum des Politischen heute auch nicht gleichbedeutend mit der *agora*, dem Marktplatz der Ideen, auf dem politische Theorie dialogisch praktiziert wurde. Die politische Praxis ereignet sich zusehends in den massenmedialen Foren politischer Zwiesprache, lange schon post-autark und immer stärker interdependent vernetzt. Nicht zuletzt auf Grund von Innovationen in der medialen Repräsentation politischer und sozialer Realität kann eine 1:1-Übersetzung der aristotelischen Begriffssystematik auf unsere zeitgenössischen Gesellschaftsverhältnisse entweder nur naiv sein oder die Tatsache verkennen, dass weder *das Volk* existiert noch *ein Ethos* gilt. Trotz globaler Mobilität von Personen, Waren, Dienstleistungen und Kommunikationen, die die verfassungsmäßig gerahmte Bedingtheit durch nationale Großkommunen weit hinter sich lassen, leistet sich die politische Anthropologie des Westens das Paradigma des *zōon politikón*. Mit dieser Anleihe, die in Aristoteles Politik-Schrift ihren konzeptuellen Anfang nimmt und das *zōon politikón* zum Grundbegriff der abendländischen Anthropologie erhebt, sind allerdings ideengeschichtliche Hypothesen verbunden, die in Anbetracht von Kollapszenarien gewaltig zu Buche schlagen können. Das Kollabieren

32 In der politischen Philosophie des 20. Jahrhunderts begegnen uns Denker, die sehnsuchtsvoll zurückblicken auf den antiken Polis-Gedanken und die in der Hülle der Polis wahrgenommene Entfaltung politischer Tugenden. Fasziniert vom Denken des Anfangs und des Ursprungs (*arché*) wird beispielsweise im Werk von Eric Voegelin eine neue Wissenschaft der Politik proklamiert, die sich »im Rückblick vom leidenschaftslos erkennenden Ende zu seinem noch leidenschaftserfüllten Anfang« entfalte, hierzu Eric Voegelin, Die neue Wissenschaft der Politik. Eine Einführung, München 1959, S. 23. In artverwandter Weise bedient sich der US-amerikanische Sozialphilosoph Alasdair MacIntyre eines rückläufigen Verfahrens: MacIntyre demonstriert in seinem Werk »Der Verlust der Tugend. Zur moralischen Krise der Gegenwart«, wie »der Plan einer unabhängigen, rationalen Rechtfertigung der Moral« im Kontext der Aufklärung gescheitert ist und wie die Wiedergewinnung von moralischer Integrität im Politischen durch den Rückgang auf antike Wissensbestände zu leisten wäre, hierzu Alasdair MacIntyre, Der Verlust der Tugend. Zur moralischen Krise der Gegenwart, Frankfurt a. M. 1995, S. 60.

von sozialen Groß- und Kleinkommunen ist auf eine Systemschwäche zu beziehen, die nicht ausschließlich auf das Unterschreiten politischer, rechtlicher oder ethisch-verbindlicher Möglichkeiten, sondern auf den besonderen Handlungs- und eigentümlichen Erwartungsmustern von Kommunikation und Information beruht: »Wir müssen kommunizieren, weil wir uns nicht verstehen können.«³³ Selbst durch ein ständig wachsendes Mehr an Kommunikation bleibt es Sache der Hoffnung oder des Glaubens, ob Menschen dadurch bessere, d. h. kollapsverzögerndere Entscheidungen treffen, sozial verträgliche Handlungen ausführen oder bloß Redundanzen mit auto-plastischem Sinn erzeugen können.³⁴ Da das gemeinsame *ergon* und auch die politisch entscheidende *energeia* der gegenwärtigen Menschheit, die »alle vollbringen im Zusammenleben« und als »eine gemeinschaftliche Leistung« verstehen können, die Kommunikation des sprachsymbolisch und vernunftbegabt handelnden Lebewesens Mensch ist, sind die politischen Horizonte des Gemeinsamkeit und Verbindlichkeit Stiftenden ohne eine eingehende Analyse der kommunikativen Mittel, Zwecke und Codes überhaupt nicht näher bestimmbar.³⁵ Von der Beschreibung, der Beurteilung und dem Gebrauch des Vermögens zur Kommunikation hängt es ab, wie sich politische Lebenswelten formieren und wie sich das politische Rest-Bewusstsein der Zeitgenossen transformieren wird.

Es ist ersichtlich, dass die begriffliche Systematik des Aristoteles nicht unbesehen als philosophisches Erbe in die heutige Zeit übertragen werden darf. Gleichwohl nehmen wir eine weitere Anleihe bei Aristoteles' »Politeia« (1339b 10 ff.), meint der Philosoph doch, Medien sollen erziehen, aber auch

33 Bazon Brock, Vergegenständlichungszwang. Zwischen Ethik und Logik der Aneignung, in: ders./Anna Zika (Hg.), Der Barbar als Kulturheld. Ästhetik des Unterlassens – Kritik der Wahrheit. Wie man wird, der man nicht ist. Gesammelte Schriften III, 1991–2002, in: Köln 2002, S. 506-510, hier S. 506.

34 Flussers »Kommunikologie« basiert u. a. auf der kulturanthropologischen Hypothese, dass der Mensch nicht zuallererst um der Verständigung willen kommuniziert, sondern gegen die naturgesetzliche Entropie an-kommuniziert. Der Mensch bringt durch Diskurs und Kodifikation nicht nur seine Welt hervor, sondern er wehrt durch Kommunikation die Realität des Todes wie der symbolischen Vernichtung ab: »Das Wissen um den Tod (soweit »Wissen« hier das richtige Wort ist) ist ja schon das Spezifische, eben Gegennatürliche, negativ Entropische am Menschen, denn es zwingt ihn dazu »politisch« zu werden, das heißt zu kommunizieren«, hierzu Flusser, Kommunikologie, S. 260.

35 Höffe, Aristoteles-Lexikon, S. 620.

»Vergnügen bereiten«. ³⁶ Als vergnüglich empfinden die einen das redundante Spielen mit den Codes und meist konservativen Diskursen der Massen, andere hingegen (z. B. Forscher und Künstler) suchen das Neue im Dialog. ³⁷ Der amüsierende Aspekt und die »Politik der Verwöhnung« endet dort, wo die mediale Melodie des Ewig-Gleichen abbricht und die Herausforderungen des radikalen gesellschaftlichen Umbaus beginnen und zugleich das Unvermögen von gesellschaftlichen »Immunsystemen« realisiert wird, durch den strukturkonservativen Diskurs der Massenmedien plausible Antworten auf ständig neue Fragen zu geben. ³⁸ Das gesamte Feld der Herausforderungen durch die Globalisierung und die parallel dazu sich ereignenden kommunikativen »Stressierungen« ³⁹ durch Kollapsszenarien können zwar massenmedial besprochen, aber keineswegs gelöst werden. Die politischen Kommunen mit angeschlossenen öffentlichen Radio- und Fernsehanstalten bereiten die Bürger_innen längst darauf vor, dass Populationen von Nationen nach innen wie außen voll vernetzt sind oder sein sollen. Dass damit eintretende neue Risiken die lebensweltlichen Strukturen perforieren, schlägt sich im Bewusstsein der Medienbürger nieder. Sie begreifen allmählich, dass in dieser Epoche die Legitimität von politischen Amtsträgern und von politischen Systemen wie der Demokratie unweigerlich von der Auflösung gesellschaftlicher Immunsysteme bedroht sein wird. Würde man sich heute dennoch dem aristotelischen Erbe verpflichtet fühlen, müsste aus seinen

36 Knoepffler, *Angewandte Ethik*, S. 249.

37 Die Unterscheidung zwischen Diskurs und Dialog ist wesentlich für die Medientheorie nach Flusser, der den Dialog als den systemischen Ort auffasst, an dem sich das Neue ereignet, wohingegen der Diskurs eher eine systemstabilisierende, bewahrende und vereinheitlichende Wirkung bei den mediatisierenden und mediatisierten Teilnehmern zeitigt; vgl. Dieter Mersch, *Medientheorie zur Einführung*, Hamburg 2006, S. 139.

38 Die Errichtung von Schutzschilden aller Art, »fire walls« und »Rettungsschirmen« sind der ganz aktuelle Beleg für das kulturanthropologisch verankerte Bedürfnis von Menschen nach Immunität, die bei Aristoteles die inkludierende und exkludierende Polis-Gemeinschaft verbürgen sollte. Das kulturanthropologische Grundlegungswerk zu einer »Allgemeinen Immunologie« stellt das dreibändige »Sphären«-Werk von Peter Sloterdijk dar; zum immunologischen Konzept des politischen Denkens unter Bedingungen des zeitgenössischen Lebens in einem »Komforttreibhaus«, vgl. Peter Sloterdijk, *Sphären*. Bd. III. *Schäume*, Frankfurt a. M. 2004, S. 801-832, hier S. 803.

39 Zur politischen Formierungskraft von »Stress« vgl. Peter Sloterdijk, *Streß und Freiheit*, Berlin 2011, S. 12 ff.

Grundlegungen eine sehr unbehagliche Konsequenz gezogen werden. Postuliert Aristoteles doch, dass das *zōon politikón* außerhalb der Polisgemeinschaft »gierig nach Krieg« und ein »wildes Tier« sei, was erst »durch das Recht als Ordnung der politischen Gemeinschaft überwunden wird«.40 Man kann sich Aristoteles als einen Globalisierungsgegner *avant la lettre* vorstellen.

Zorn- und Empörungskommunikation

Da sich nun aber die politischen Ordnungssysteme zu Beginn des 21. Jahrhunderts im Umbau, wenn nicht gar zum Teil in der Auflösung befinden und gleichzeitig der schleichende Schwund von politischer Legitimität der Funktionsebenen zu gewärtigen ist, ist man gehalten, sich mit dem Gedanken vertraut zu machen, dass postdemokratische Subjekte auch *post-politische Subjekte* sein könnten. Nicht das politische *Ethos* zählt als Richtgröße, sondern das Gewicht politischen *Pathos* wird gemessen – etwa in Stress- und Sorgegrößen41 (Panik, Hysterie) und in Jubelgrößen (Zustimmung, Einverständnis42), die sowohl »auto-referentielle Systeme [wie] auch autologe und auto-eulogische Systemen«43 mit hervorbringen. Die Erzeugung von relativer

40 Höffe, Aristoteles-Lexikon, S. 621; Höffe bezieht sich auf Aristoteles, Politik, 1253 a6 und a29. Das moderne Naturrecht mit und nach Thomas Hobbes' »Leviathan« legt kraft seines anthropologischen Pessimismus eine solche Sicht der Dinge sogar nahe. Die Tradition der Naturrechtsdenker macht die Notwendigkeit zur Vergesellschaftung zum einen stark, leidet zum anderen unter dem methodischen Defizit, dass sie diese Notwendigkeit zugleich gegen den Einzelmensch richtet. Bis Rousseau gilt die Prämisse: Das Subjekt ist als einzelnes weder lebensfähig noch in seiner Eigenmächtigkeit (alias: »Egoismus«) zu erdulden, weil es sich ohne gesetztes Recht räuberisch und ohne politische Ordnung widernd gegen andere in Stellung bringt und Unrecht tut.

41 Zur psychopolitischen Steuerung und Verordnung von Stress und Sorge in nationalen »Streßkommunen« und »Sorgesystemen« vgl. Peter Sloterdijk, Streß und Freiheit, S. 12 f.

42 Zur politischen Logik des verordneten Einverständnisses oder erzwungenen Jubels vgl. Christian Bauer, *Sacrificium intellectus*. Das Opfer des Verstandes in der Kunst von Karlheinz Stockhausen, Botho Strauß und Anselm Kiefer, Paderborn 2008, S. 11 ff.

43 Peter Sloterdijk, Über die Verbesserung der guten Nachricht. Nietzsches »fünftes Evangelium«, Frankfurt a. M. 2001, S. 56.

und symbolischer Homogenität, einst eine Leistung der Nation⁴⁴, ist an die Massenmedien übergegangen, deren Funktion es ist, »die Kollektive als solche zu evozieren und zu provozieren, indem sie ihnen täglich und stündlich neue Erregungsvorschläge unterbreiten – Empörungsvorschläge, Beleidigungsvorschläge, Überhebungsvorschläge [...]«. ⁴⁵

Wenn es stimmen sollte, dass zeitgenössische Kollektive tatsächlich die Summe ihrer kommunikativen Beziehungen sind, wären die darin medial eingeschlossenen Individuen selbstverständlich nicht mehr als jene authentischen Subjekte anzusprechen, die das bürgerliche Zeitalter hervorgebracht hat. ⁴⁶ In diese Richtung weist auch die Definition des politischen Menschen nach Habermas: »Der Mensch ist ein politisches, das heißt im öffentlichen Raum existierendes Tier. [...] Der Mensch ist ein Tier, das dank seiner originären Einbettung in ein öffentliches Netzwerk sozialer Beziehungen erst die Kompetenzen entwickelt, die ihn zur Person machen«. ⁴⁷ Demnach ist die Kompetenzökonomie der Personen an den Zugang zum öffentlichen Raum gekoppelt. Wenn wir nun aber anerkennen müssten, wie Crouch insinuiert, dass es sich angesichts des gegenwärtigen gesellschaftspolitischen Entwicklungsstandes nicht mehr um Personen als »Bürger«⁴⁸ im eminenten Sinne des Begriffs handelte, so müsste man umgekehrt Bereitschaft erkennen lassen, das Bild von der politischen Klasse und ihrer Vertreter zu revidieren.

Anzeichen für den Umbau der politischen Kultur zu Beginn des 21. Jahrhunderts sind Legion⁴⁹, wodurch sich ein verändertes politisches *éthos* in Szene setzt. Nicht nur wird der Bürger als *mixtum compositum*, nämlich als

44 Vgl. Niklas Luhmann, Die Gesellschaft der Gesellschaft. Zweiter Teilband, Frankfurt a. M. 1997, Kap. XV. Die Unterscheidung von »Nationen«, S. 1045-1055, hier S. 1050 f.

45 Sloterdijk, Streß und Freiheit, S. 12 f.

46 Vgl. Rifkin, Die empathische Zivilisation, S. 158.

47 Jürgen Habermas, Zwischen Naturalismus und Religion. Philosophische Aufsätze, Frankfurt a. M. 2005, S. 17.

48 Crouch, Postdemokratie, S. 140 ff.

49 Was sich derzeit im Umfeld der »Piraten-Partei« ereignet, legt deutliches Zeugnis von der Vernetzungskultur ab, die der bürgerlichen Lebenswelt älteren Einschlags mit ihrer substantiellen Unterscheidung von Privatheit-Öffentlichkeit zuwiderläuft. Wenn sich jeder Politiker »transparent« zu machen hat, ein jeder Präsident global wahrnehmbar twittert und jeder Wahlkämpfer in Chat-Rooms für seine Interessen wirbt, wenn PR-Abteilungen politische Botschaften auf ihre »Kommunizierbarkeit« hin zuschneiden, haben wir unsere etablierten Vorstellungen vom bürgerlichen und politischen Gemeinwesen grundsätzlich

animal sociale mit Gefühlen, etwa als »Wutbürger« wahrgenommen und mediatisiert. Hinter solchen Klassifizierungen oder Zuschreibungen verbirgt sich ein anderes, über die konkreten Pathos-Anlässe der Agitation und der Empörung hinausweisendes Moment, das vorerst von jedem Individuum und von allen Bürger_innen einzeln und *manu propria* beantwortet werden muss: Die Frage nämlich, ob man sich hinsichtlich der politischen Lebenssphäre eher zu den anthropologischen Pessimisten oder den anthropologischen Optimisten zählt. Die Pessimisten sehen im Menschen ein Lebewesen, das utilitaristisch bis egoistisch agierend, gierig-geil, latent bis manifest gewaltsam ist. Die Optimisten hingegen betonen die potentielle Gutheit des Menschen, seine Anlage zu Mitgefühl, Solidarität und Empathie.⁵⁰ Die Pragmatiker würden wissen wollen, ob es die bestehenden Kommunikationsstrukturen überhaupt zulassen, dass es über das reine Herdentier-Dasein des *anthropos* hinaus zu einem gelingenden, guten und glücklichen Leben (*eu zên*) im Sinne der politischen Philosophie des Aristoteles kommen kann. Was aber gebietet die politische Vernunft? Sollte man besser anthropologischer Optimist und entsprechend Weltbürger mit empathischen Absichten (wie etwa Jeremy Rifkin) sein oder eher der abendländischen Tradition des Rechts- und Ordnungsdenkens folgend Pessimist sein? Wahrscheinlich bietet sich eine dritte Option an, der man im zeitgenössischen Wutbürger, Zornbürger oder auch Empörungsbürger (siehe Stéphane Hessel) begegnen kann: Er ist aus schmerzlicher und leidvoller Erfahrung zuallererst Pessimist, der aber aus Erfahrung weiß, dass ebenso demokratiebelebender Zweck-Optimismus geboten ist: Der Empörungsbürger will es nicht zulassen, radikal desengagiert den politischen Machthabern das Heft des Handelns zu überlassen. Weiterhin offen ist, ob es den politischen Akteuren aus der Bürgerschaft gelingen wird, die mediale Sphäre zu besetzen und zu domi-

zu revidieren. Zumal die Entgrenzung dieser Kommunikationen in einer Weltöffentlichkeit geschieht, die im Gegensatz zu den Massenmedien weitaus weniger gut beschreibbar ist, als die ihr zugrunde liegenden Kommunikationsstrukturen.

50 Beispielhaft ist auf den Band »Die empathische Zivilisation« (siehe Fußn. 23) des US-amerikanischen Soziologen und Ökonomen Jeremy Rifkin zu verweisen, der in seiner breit angelegten Studie die Möglichkeiten empathischer Nah- und Fernbeziehungen untersucht. Ergänzend sind die Studien des Kulturtheoretikers Fritz Breithaupt anzuführen, der die Grenzen von empathischen Beziehungen in der Parteinahme kenntlich macht, vgl. Fritz Breithaupt, *Kulturen der Empathie*, Frankfurt a. M. 2009, S. 152 ff.

nieren und in der Öffentlichkeit für ihre Belange zu werben – im öffentlichen Diskurs wie auch im Dialog von Mensch zu Mensch. Eine Vielzahl von Diskursen über den Wut- und Zornbürger hat gezeigt, dass es der *politische Dialog* ist, wonach sich empörte Bürger_innen sehnen: Ihre Stimme soll im öffentlichen Raum vernommen werden. Es wird u. a. proklamiert, dass im öffentlichen Raum allseitig Verantwortung übernommen werden soll.⁵¹ Dazu muss im Dialog konkret Rede und Antwort gegeben werden können. Dieses Verlangen ist begreiflich, kann aber nicht über die mediale Schwelle hinaus gelangen, wo das kommunizierte Verlangen wieder Teil eines politischen Diskurses wird, wie zum Beispiel in sogenannten »Bürgerdialogen«. Es ist zu erkennen, dass ein Teil des *dēmos* ein *éthos* für sich in Anspruch nimmt, das mit den herkömmlichen politischen Strukturen brechen möchte: sei es in Richtung einer Stärkung von Partizipation und direkter Demokratie, indem der öffentliche Dialog gestärkt wird; oder sei es in evidenter Verdrossenheit angesichts der Selbstherrlichkeit von politischen Leistungsträgern, deren öffentlich geführte Diskurse an den Interessen des Staatsvolks immer wieder vorbeizielten. Evident ist die Aporie: Wagen Politiker es, sich auf die *vox populi* zu beziehen und in deren Namen zu sprechen, ziehen sie sich öffentlich den Populismus-Vorwurf zu. Unterlassen sie die Referenz auf die Stimme des Volkes, ziehen sie sich den Lobbyismus-Vorwurf zu. Allseits liegen die begrenzten Möglichkeiten des politischen Diskurses offen zu Tage.

Manipulation des Demokraten oder: Der post-politische Mensch

Im Anschluss an die »Postdemokratie«-Thesen von Colin Crouch sollen diese an einer bestimmten Stelle seiner Überlegungen überboten werden. Angesichts der delikaten Rolle der Massenmedien bzw. der »Medienunternehmen«⁵², die Crouch untersucht, könnte gezeigt werden, dass wir uns, wie

51 Die ethische Schlüsselkategorie der »Verantwortung« spielt im öffentlichen Diskurs eine immer stärkere Rolle, seitdem »Begriffe wie »Gewissen«, »Pflicht« oder »Tugend« nur noch als Altertümligkeiten gelten, hierzu Funiok, Verantwortung in der Mediengesellschaft, S. 43.

52 Crouch, Postdemokratie, S. 63-69.

bereits angedeutet, nicht nur auf postdemokratische, sondern auf *post-politische* Verhältnisse hinbewegen.⁵³

Es lässt sich beobachten, wie die sozialen Beziehungen, die der politische Mensch gegenwärtig unterhält, zu einem Gutteil von den kommunikativen Vorgaben (alias: »Diskursen«) bestimmt sind, die in der massenmedial zu gerichteten Öffentlichkeit aufscheinen. Wenn von *post-politischen* Strukturen in der Gegenwart gesprochen wird, so deshalb, weil es seit dem 20. Jahrhundert zunehmend die kommunikativen Strukturen sind, die nicht nur den politischen Raum mitdefinieren, sondern eine ganz eigene soziale Physik zur Geltung bringen. Es sollte bekannt sein, dass die Realität der sozialen Beziehungen, seien es soziale Nahbeziehungen oder Formen der global wirksamen sozialen Synthesis, sich aus den Form- und Funktionsgesetzen einer medial repräsentierten Physik ableitet. Diese Symbolphysik als psychopolitische Grammatik zu entziffern, die Einbettung politisch handelnder Akteure in kommunikative Strukturen zu explizieren, müsste ein Hauptthema sein, wenn von politischen Menschen im Übergang zum 21. Jahrhundert die Rede ist. Die Kommunikationsstrukturen selbst sind zu beleuchten hinsichtlich ihrer potentiell postdemokratischen Struktur, ihrem strukturell angelegten Entzug von individuellen Freiheiten und Unverfügbarkeiten. Wir müssten Formen von politischer Handlung darauf hin untersuchen, wie sie als Kommunikation strukturiert, konventionalisiert und kodifiziert werden. Die Realität der Massenmedien wirkt in ihrer politischen Sinnstiftungsfunktion regulatorisch auf die Überzeugungen von politischen Akteuren, indem sie die Formen und das Material der zu führenden Diskurse vorgibt. Massenmedien konstituieren nicht nur Kommunikationsstrukturen und Diskursformen, sondern entfalten auch eine eigentümliche Paradoxie: Kraft ihrer Eigengesetzlichkeit schaffen Massenmedien einen Abhub von der real anschaulichen Lebenswelt. Zugleich bringen sie »unsere alltägliche Lebens-

53 In diese Richtung weist Wolfgang Michal in seinem Beitrag über die italienische Politik, die seit Jahren die Gestalt eines »nationalen Unterhaltungsprogramms« annimmt, womit die »Postdemokratie« in Italien, d. h. im »alten Kerneuropa« unter dem Vorzeichen vollständiger medienpolitischer Steuerung »erstmalig in Erscheinung« tritt; vgl. Wolfgang Michal, Der Netzwerker gegen den Fernseharen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung Nr. 77 (3.3.2013), S. 31.

welt«⁵⁴ mit hervor, mit welcher Edmund Husserl »das Ensemble derjenigen operativen und gelegentlich diskursiven Evidenzen [bezeichnete], die die jeweils prädiskursiven Einverständnisse des menschlichen (Zusammen-)Lebens bilden.«⁵⁵

Wenn politisch denkende und empfindende Menschen heute das unabweisliche Gefühl beschleicht, die massenmediale Inszenierung von Politik sei trügerisch und im Grunde durch Markt- und Lobbyinteressen manipuliert, so verkennt man auf einseitige Weise die aporetische Situation des zeitgenössischen Medienbürgers. Denn mediatisierte und reale Lebenswelt interferieren und zeitigen fließende Übergänge im je Gegebenen einer bestimmten Zeit. Wenn die alltägliche Erfahrung und Wahrnehmung von verschärfter Mediennutzung geprägt ist, kann der subjektive Effekt einer Überblendung und Abschattung der realen Lebenswelt eintreten. Dann löst sich die real erfahrene Lebenszeit in ihrer zeithistorischen Linearität in punktuelle Medienereignisse auf, wobei die Kommunikationsstrukturen der Massenmedien den psychopolitischen Taktgeber bilden und die Frequenzen der politischen Realität vorgeben. Unbestreitbar ist politische Kommunikation manipulativ.⁵⁶ Schließlich ist es erklärte Intention, mediale Beeinflussung (alias: »Meinungsbildung«) von Bürger_innen zu leisten. Insbesondere dann,

54 Edmund Husserl, Die Krisis der europäischen Wissenschaften und die transzendente Phänomenologie. Eine Einleitung in die phänomenologische Philosophie, hg., eingeleitet u. mit Registern versehen v. Elisabeth Ströker, Hamburg 1996, S. 52.

55 Carl Friedrich Gethmann, Lebensweltliche Grundlagen der Ethik technischen Handelns, in: Michael Quante/Erzsébet Rózsa (Hg.), Anthropologie und Technik. Ein deutsch-ungarischer Dialog, München 2012, S. 141-156, hier S. 141.

56 Vorzüglich die Kritische Theorie nach Theodor W. Adorno widmete sich der Untersuchung der politischen Lebenswelt und der Alltagskultur, für deren dezidiert kulturindustrielle Momente Adorno »eine manipulationstheoretische Bildkritik als Ideologiekritik« formuliert hat, die mit der »normative[n] Differenz zwischen Schein und Wahrheit« operiert, hierzu Schweppenhäuser, Überlegungen zu einer kritischen Hermeneutik der visuellen Kommunikation, S. 167 f. und S. 175. Schweppenhäuser referiert den Diskussionsstand in der neueren Kritischen Theorie und zeigt, dass den Massenmedien dort ein ambivalenter Status zugesprochen werden muss. »Kulturindustrie« ist demzufolge zwar immer noch ein Ort von »sozialer Kontrolle«, Ideologieproduktion und Manipulation, aber sie hat darüber hinaus, aufgrund ihrer medialen Multiplikation kommunikativer Handlungen, stets auch ein diskursives Potenzial und kann daher Steuerungs- und Kommunikationsmedium egalitärer Verständigung sein.«, hierzu ders., Überlegungen zu einer kritischen Hermeneutik der visuellen Kommunikation, S. 167 f. und S. 175.

wenn man sich einen starken Medienbegriff zu eigen macht, verändert sich die Perspektive dahingehend, dass der *formale* und *formatierende* Aspekt medialer Kommunikation in den Vordergrund rückt und zugleich die Frage in den Hintergrund gestellt werden muss, ob eine Manipulation kommunizierter *Inhalte* stattfindet.⁵⁷ Die Zweideutigkeit der Medientheorie dürfte spätestens mit Marshall McLuhans Theoremen in »Understanding Media. The Extensions of Man« (1964; auf dt. »Die magischen Kanäle«) und »The Medium is the Massage. An Inventory on Effects« (1967; auf dt. »Das Medium ist die Massage. Eine Bestandsaufnahme der Auswirkungen«) bekannt sein: Indem die Medientheorie das Formmoment des Mediums ins Zentrum der Betrachtung rückt, umgeht sie einige unangenehme Fragen, die sich auf das von ihr ins Sekundäre verschobene Inhaltsmoment beziehen. Wenn mediale Vermittlung eo ipso manipulativ ist, wie kann Medientheorie dann überhaupt noch kritisch gegenüber den Wirkungen medialer Manipulation sein? Scheint es in ihrem Theoriepassepartout überhaupt möglich, die Wirkung medialer Manipulation von der Inhaltsseite her zu fassen oder findet nicht eine theoriebedingte Übercodierung durch den Formaspekt statt? Werden nicht durch die Priorisierung des Formmoments inhaltliche Differenzen und Abweichungen in der politischen Mediatisierung getilgt, was unweigerlich Folgen für die Beschreibung politischer Prozesse in den Medien haben muss, die in ihrer Differenziertheit und konkret lebensweltlich-zeithistorischen Einbettung überhaupt nicht recht wahrnehmbar wären?

Nun sollte man die Formaspekte medialer Vermittlung auch dann – und vielleicht gerade dann – nicht unterschätzen, wenn man die vermittelten Inhalte als politische Manipulationen verdächtigt. Der Frage »Politische

57 »Gegenwärtig kann man zwischen einer schwachen und einer starken Bedeutungsvariante von Medium unterscheiden. Die schwache sieht das Medium als einen Informations- oder Kommunikationsträger, der auf das Übertragene nicht zwangsläufig einwirkt. Das Medium bleibt hier Instrument. [...] Die starke Bedeutungsvariante betrachtet das Medium als einen Träger von Information, der diese nicht mehr oder weniger neutral vermittelt, sondern sie grundsätzlich prägt, sich ihnen medienspezifisch einschreibt und dadurch dem menschlichen Zugriff auf Wirklichkeit Form verleiht. Den Medien wird hier eine nicht steuerbare, von ihrer Form stärker als ihre Inhalt beeinflusste Wirkung zugeschrieben; ein Medienwechsel soll die Sinneswahrnehmung der Menschen verändern.« – Art. »Medien/mediale«, in: Karlheinz Barck et al. (Hg.), *Ästhetische Grundbegriffe. Historisches Wörterbuch in sieben Bänden*, Bd. 4, Stuttgart/Weimar 2000, S. 1-38, hier: S. 1 ff.

Kommunikation – instrumentalisiert und manipuliert?« ist vor medientheoretischem Hintergrund jedenfalls ein anderes Verständnis abzugewinnen: Sind politische Menschen überhaupt in der Lage zu begreifen, was mit ihnen geschieht, wenn sie in Berührung mit Massenmedien geraten? An welchen Merkmalen erkennen Medienbürger, dass es sich um politische Kommunikation handelt? Gibt es feste und allgemein gültige Kriterien, wann mediatisierte Sprech- und Bildakte im eminenten Sinn *politisch* sind? Müssen diesen Vermittlungen eigentümliche Intentionen zugrunde liegen? Müssen diese Kommunikationen im öffentlichen Raum stattfinden?⁵⁸

Wenn man feststellen würde, dass politische Kommunikation in der Demokratie (und nicht nur in dieser Regierungsform) eine Vielzahl von Merkmalen mit den punktuellen Interventionen der Werbung teilt, dann hätte man jene Formen und Praktiken des Politikmarketings näher zu untersuchen, mit denen das Lob auf ein Produkt gelenkt und vorab für den Jubel und die Zustimmung gesorgt wird, die für den *sensus communis* und die Bildung von Mehrheiten so bedeutsam sind. Diese Erkenntnis muss dem politischen System nicht zum Schaden gereichen. Je mehr sich die Einsicht durchsetzen wird, dass Politik zu weiten Teilen symbolischen Charakter besitzt (weil man in Krisen und Handlungsnot ist, keine Mehrheiten besitzt und nicht schlichtweg »Durchregieren« kann), werden Bürger_innen ihre Perspektiven auf und Erwartungen an die Gegebenheiten des politischen Systems anpassen müssen. Der symbolische Charakter von politischer Kommunikation ist zugleich Grund genug, um ihr Mehrdeutigkeit zuzuschreiben und ihr dies auch zuzubilligen. Zwar lassen sich Ambiguitäten aller Art vorzüglich instrumentalisieren und manipulieren; man kann ebenso von Auslegungspraktiken sprechen. Wer aber nicht bereit ist, Mehrwertigkeiten und Mehrdeutigkeiten auszuhalten und stattdessen die Komplexität von politischen Botschaften maximal reduzieren will, handelt sich den Verdacht fundamentalistischer Denkstrategien ein: Wer Eindeutigkeit erzwingen will, kann kein guter Demokrat sein. In diesem Sinne liegt in der Auffassung von Zeichengebrauch und Zeichen-Auslese immer schon ein politisches Moment. Wir

58 Gerade aus Interesse an der Sicherheit von Staat und Bürger_innen werden Eingriffe in das Internet getätigt, die die Unterscheidung von Öffentlichkeit und Privatheit aufheben, vgl. Peter Schaar, *Das Ende der Privatsphäre. Der Weg in die Überwachungsgesellschaft*, München 2007.

hätten daher im Sinne einer politischen Zeichenlehre in Erfahrung zu bringen, in welchen Medien welcher Zeichengebrauch vorherrscht und inwiefern das Medium semiotische Ambivalenzen zulässt oder reduziert. Noch einmal anders: Eindeutigkeit kann nur dann erreicht werden, wenn Manipulation am Werke ist.

Evidenzkritik: Enttäuschung und Vertrauen

Selbst wenn aus informationstheoretischer Sicht die Auswahl von mediatisierten Botschaften und Nachrichten stets sowohl inhaltlichen wie formalen Selektionen unterliegen muss, ist angesichts der relativen Vielfalt des medialen Angebots eine grundsätzliche Alarmiertheit angesichts der massenmedialen Manipulation nicht angebracht. Vielmehr ist die Wiedergewinnung der feinen Unterschiede in der Auslegbarkeit von Vermittlungen und Mediatierungsabsichten gefordert, und dies ist die Sache eines aufgeklärten Bewusstseins. Wer dagegen blindwütig und im scheinbar besten Sinne der Aufklärung fordert, dass (bewusster) Täuschung und (systematischer) Fälschung ein Ende bereitet werden soll, müsste auf die evidenzkritischen Schlüsselfragen eine Antwort finden⁵⁹: Wozu hat der politische Mensch die »Wahrheit« nötig? Verfügen politische Menschen über die »Wahrheit« oder bloß über Evidenzen, die durch die Akte der Vermittlung stets Transformationen ausgesetzt sind? Oder ist mit »Wahrheit« vielmehr »Sittlichkeit« gemeint? Wenn ernsthaft gemeint würde, Wahrheit und ihr sittliches Pendant, die Wahrhaftigkeit und Redlichkeit in der politischen Kommunikation, seien Notwendigkeiten, müsste angeben können, mit welchen Mitteln die geforderte Wahrheit vermittelt werden soll, ohne dass eine Verfälschung, eine in der Logik der Vermittlung liegende Verschiebung, Metaphorisierung und Metonymisierung stattfände. Jeder Fundamentalist der Wahrheit verstrickte sich in der Beantwortung der oben aufgeführten Fragen unweigerlich in performative Widersprüche. Denn diese Fragen führen ins Absurde, selbst

59 Zur programmatischen Entfaltung des Konzeptbegriffs »Evidenzkritik« vgl. Bazon Brock/Hans Ulrich Reck, *Utopie und Evidenzkritik. Diskursive Twin-Towers*. Bd. 1, Hamburg 2010, S. 7-27 ff.; Bazon Brock, *Orient und Okzident: Bilderverbote von Moses über Mohammed zu Malewitsch*, in: ders./Anna Zika (Hg.), S. 294-298, hier S. 296 f.

und gerade im Fall emphatisch aufklärerischer Wahrheitssuche, die durch eine Dialektik der Aufklärung über politische Kommunikation zu läutern und zu kontern ist: Wenn unter Umständen politische Kommunikation nicht imstande ist, ein Bewusstsein von der »wahren Wirklichkeit« zu vermitteln, müssen Abstriche hinsichtlich des Manipulationsverdachts gemacht werden.⁶⁰ Juristen würden im Falle eines Manipulationsverdachts wissen wollen, ob eine konkret nachweisbare Täuschungsabsicht vorgelegen hat, um aber zugleich den kodifizierten Rechtsgrundsatz »ultra posse nemo obligatur«⁶¹ ins Evidenzkritische wenden zu müssen: Verfügt der jeweilige Akteur überhaupt über das geistige wie sittliche Vermögen, um wissen zu können, was er medial leistet oder manipuliert er nicht nur andere, sondern sich selbst in artverwandter Weise? In dieser Frage konvergieren die sowohl ästhetischerkenntnistheoretischen wie moralischen Unterscheidungsvermögen der Einzelnen, die naturgemäß die Unfähigkeit zur moralischen Unterscheidung als Schutzbehauptung instrumentalisieren können. Zugleich muss die Aporie in Rechnung gestellt werden, dass »je rationaler man die Wirklichkeit angeht, je leidenschaftlicher, ethisch dominierter und gutwilliger, desto vollständiger [verschwindet] die Bestimmtheit des Objekts oder die Erfahrbarkeit der Wirklichkeit [...]«. ⁶² Man hat sich auf den Boden der Tatsache zu stellen, dass durch politische Kommunikation Sachverhalte geschaffen (bzw. erfunden) werden, indem sie durch Thematisierung und Problematisierung in den Sichtkreis der Allgemeinheit treten und dann gegebenenfalls annäherungsweise diskursiv und intersubjektiv verobjektiviert werden. Eine endgültige Annäherung an eine stillgestellte Wahrheit ist ein Ding der Unmöglichkeit. Was aber möglich ist, ist die offenbar gewordene Lüge als Lüge zu kennzeichnen, ohne über eine darüber hinausgehende Wahrheit zu verfügen; es sei denn, jemand sieht sich zum Eingeständnis der bewussten

60 Einer der ersten, der sich diese Frage als Erkenntnistheoretiker wie als politischer Philosoph stellte, war Platon, der schrieb: »Die Wahrheit in die Seele eines Menschen zu pflanzen, sagt Platon im Staat, sei genauso unmöglich, wie einem blind Geborenen die Sehkraft zu schenken.« Hierzu Cassirer, Versuch über den Menschen, S. 21.

61 Dem Grundsatz, dass über sein Vermögen hinaus, etwas zu tun, niemand verpflichtet ist, wird zivilrechtlich im BGB, § 275 (»Ausschluss der Leistungspflicht«) Rechnung getragen und ist in ethischer Hinsicht zwar nicht normbegründend, dafür aber normbegrenzend.

62 Bazon Brock/Hans Ulrich Reck, Gespräch über Aporie und Atopie, in: Christian Bauer (Hg.), Tarnen und Täuschen. Diskursive Twin-Towers. Bd. 2, Hamburg 2010, S. 22.

Täuschung genötigt. Eine Dialektik der Aufklärung über politische Kommunikation hat als Evidenzkritik die besten Chancen, nicht dem resignativ-neuplatonischen Eindruck zu erliegen, alles Mediale sei generell Täuschung. Ein entsprechender Generalverdacht, wenn er sich im Diskurs von politischen Großkommunen (alias: »Nationen« oder »Demokratien«) durchsetzte, hätte gewiss verheerende Folgen für das Politikverständnis: Nicht nur das politische Personal als Sender von Botschaften wäre davon betroffen, sondern vice versa auch die Bürger_innen, die Endabnehmer ihrer Botschaften, hätten unter entsprechenden Glaubwürdigkeitsverlusten zu leiden. Schließlich erfährt das politische Personal aus den Medien, was das Volk resp. die Wähler_innen wollen. Ein Desiderat einer ethisch funktionstüchtigen Kommunikationstheorie als politischer Theorie ist daher eine allgemein gesellschaftliche Verständigung über die Kriterien ethischer wie evidenzkritischer Kommunikation, die an den Kanon des medialen Alltags gekoppelt werden müsste. Im Interesse an der Wiedergewinnung verloren gegangenen Vertrauens, wie es mit aller Redundanz aus Radios, TV und Internet verkündet wird, ist diese Kommunikationstheorie mit einer breitenwirksamen und nüchtern argumentierenden Evidenzkritik zu verschränken. Wenn es immer wieder heißt, dass das »Vertrauen in Problemlösekompetenz, Verantwortungsgefühl und Integrität der »politischen Prominenz« beschädigt und die Bürger zugleich zunehmend »entpolitisiert« seien, so hat das nicht allein mit einer generellen Änderung der Kodierung der ehemals bürgerlichen Lebenswelt zu tun.⁶³ Was heute als die *Krise des Vertrauens* in der Medienöffentlichkeit verhandelt wird, ist nicht ausschließlich auf das Konto etwaigen Versagens von Politeliten zu buchen. Vielmehr ist diese Krise ein Moment eines bereits allseits im Wachsen begriffenen evidenzkritischen Bewusstseins im Umgang mit medialen Vermittlungsleistungen. Vertrauen bedarf der intellektuellen Begründung und der kontinuierlichen Erfahrung der Legitimität von Vertrauen. Wenn dies heutzutage kein unnaiver Mensch mehr gegenüber der Medienmaschine aufbringt, so wird Vertrauen erst dann wieder zu gewinnen sein, wenn alle Bürger_innen davon ausgehen dürfen, dass eine große Mehrheit von Medienrezipienten souverän mit dem Anfangsverdacht der Medienmanipulation umgehen kann, diese Erkenntnis aber nicht ein-

63 Vgl. hierzu die Einleitung in diesem Band.

seitig auf politisches Personal und Medienvertreter zurückführt, sondern sich selbst als Teil des Medienamphitheaters begreifen lernen will. Die Wiedergewinnung von Souveränität auf allen Seiten ist an ein allgemeines evidenzkritisches Bewusstsein geknüpft. Unumgänglich hierfür ist ein wahrheitstheoretischer Vorbehalt, der auf die Formel gebracht werden kann: »Nur das Falsche ist als solches noch wahr.«⁶⁴

64 Bazon Brock, Der falsche Hase. Hakenschlagen auf Kunstrasen, in: ders./Anna Zika (Hg.), S. 496-503, hier S. 496.

Der politische Mensch im Ringen um Organisation und Beteiligung

Marco Althaus

Sonst gerne, nur bitte nicht hier! Regionaler Widerstand gegen Großprojekte und die Reaktion der Industrie

Einführung

Die Entdeckung des »Wutbürgers« als Protestphänomen manifestierte nicht nur, dass sich auch eine bislang staatstragende bürgerliche Mitte radikalieren kann, wenn sie ihre Mitspracherechte, ihre Lebensqualität und ihre materiellen Interessen bedroht sieht. Es war kein primär soziologisches Interesse, das Wirtschaft und Politik aufschrecken ließ. Vielmehr zeigte der »Wutbürger«: Die gesellschaftliche Akzeptanz von Großprojekten für Industrie und Infrastruktur ist äußerst instabil geworden.

Neben großen Verkehrsprojekten ist es vor allem die Energiewende, die ständig neue Konflikte produziert. Dazu gehören zum Beispiel Aus- und Neubau von Kraftwerken, Anlagen der erneuerbaren Energien und Stromnetze, ebenso neue Technologien. Die Liste protestwürdiger Projekte aber ist lang und führt quer durch alle Branchen. Der Protest verursacht nicht nur »miese« Stimmung und Imageprobleme; er bedroht die Durch- und Umsetzung. Protest kann so stark sein, dass er durch irritierte Politiker und

Gerichtsprozesse Projekte verzögert, behindert oder verhindert. Diese Sorge hat es in der Wirtschaft ganz oben auf die Agenda geschafft. Bei Unternehmerverbänden, Kammern und wirtschaftspolitischen Arbeitskreisen, bei Industriekongressen und in der Wirtschaftspresse wird überall die »Klamme« Frage gestellt: »Kann Deutschland noch Großprojekte?«

Großprojekte bargen schon immer politisches Risikopotenzial und Lastenverteilungskonflikte. Aus dem Dilemma konzentrierter Kosten und diffusen Nutzens kommen sie nicht so einfach heraus. Allerdings können sich Unternehmen immer weniger darauf verlassen, dass Politiker und Behörden für sie Akzeptanzprobleme beseitigen. Das ist der Industrie heute klarer denn je. Ihr Vertrauen in die Problemlösungs- und Befriedungskompetenz der Politik ist massiv gesunken – so wie umgekehrt das Vertrauen der Bürger gesunken ist, dass die Politik den notwendigen Interessenausgleich aller Stakeholder absichert, bevor bei einem Großprojekt die Bagger rollen.

So wird die direkte und vor allem kontinuierliche Kommunikation mit dem kritischen Bürger zentral. Projektträger und Projektmanager der Wirtschaft müssen heute selbst beweisen, dass sie gute Nachbarn sind und den Interessenausgleich intelligent moderieren. Für Akzeptanz im Konsens oder zumindest mehrheitliche Unterstützung in der Öffentlichkeit sind sie selbst verantwortlich. Das verändert das Management der Großprojekte, das ohnehin unter großen Mängeln und Komplexität leidet.

Der »Wutbürger« konfrontiert die Wirtschaft dabei mit einem alten Bekannten: dem Sankt-Florians-Prinzip, international bei Projektmanagern als NIMBY-Phänomen (»Not in my backyard«) oder Nimbyismus in der Diskussion. Neue Strategien sollen ihm entgegen treten. In der Industrie beginnt ein Mentalitätswandel, der neue Ansätze zur kommunikativen, politischen und rechtlichen Begleitung von Großprojekten initiiert. Ignoriert die Industrie die neuen Anforderungen, trägt sie durch die Unberechenbarkeit der Projekte und Investitionen das Risiko des Scheiterns oder von Verzögerungen.

Bürgerbeteiligungskonzepte können ein Teil der Lösung sein; aber auch diese haben Grenzen. Sie können scheitern, trotz wachsender Routine und Professionalität. Kein Runder Tisch ist gegen Totalopposition, Sabotage und Konflikteskalation in Grundsatzfragen gefeit. Verhandlungs-Demokratie kann Konsens und Kompromisse liefern. Aber zur Realität gehören auch Verhinde-

rungs-Demokratie und das strategische und taktische Verhalten politischer Akteure aller Art.

Zudem hat Stuttgart 21 gelehrt, dass lautstarke Minderheiten keineswegs immer die Mehrheit vertreten. Es fehlt nur häufig an der öffentlichen Präsenz der Unterstützer von Großprojekten. Daher sucht die Wirtschaft auch nach Möglichkeiten, für Großprojekte selbst Bürger zu politischem Handeln anzutreiben und gegenüber Politik und Öffentlichkeit Legitimität durch Bürgerwillen zu belegen. Sie mobilisiert, unterstützt Bürgerinitiativen, bildet lokale Bündnisse, Koalitionen mit Arbeitnehmern und etablierten Bürgergruppen, sie organisiert sogar Großdemonstrationen. Dies – und die Kritik daran – ist ebenfalls ein Phänomen, mit dem sich die Wissenschaft beschäftigen muss.

Großprojekte sind fragile Kolosse

Industrielle und Infrastruktur-Großprojekte sind oft beeindruckende Giganten – nicht nur ihre Superbaustellen, sondern auch die Organisation dahinter, die eine Vielzahl von Menschen, Technik und Kapital bewegt wie eine scheinbar unaufhaltsame, robuste Riesenmaschine. Ihre Investitionen werden in Hunderten Millionen oder sogar in Milliarden Euro gezählt. Ihre Planungshorizonte laufen über Jahre oder Jahrzehnte. Großprojekte haben unsere moderne Welt geschaffen. Auf ihnen ruht das Anlagevermögen großer Kapitalgesellschaften, sie sind das Rückgrat mächtiger Volkswirtschaften. Sie bezeugen die Kraft leistungsstarker Konzerne, den Machbarkeitswillen der Industrie- und Standortpolitik, die Mobilmachung gesellschaftlicher Ambitionen, das beherzte Zupacken öffentlicher Hände.

Doch der Eindruck täuscht. Großprojekte sind fragile Kolosse, innerlich instabil und leicht angreifbar. Sie sind anfällig für Misswirtschaft und Misserfolge. Sie sind in Misskredit geraten und stoßen auf Widerstand. Staunen sollte der Bürger und Stolz empfinden, stattdessen schimpft er. Der politische Mensch des 21. Jahrhunderts ist zum Großkritiker von Großprojekten geworden. Seine Skepsis, sein Zweifel und Argwohn stehen im krassen Kontrast zu den Ambitionen der Eliten, die auf ihren Platz in Geschichtsbüchern hoffen. Der Techniksoziologe Ortwin Renn bringt den Konflikt auf den Punkt: »Solche Großprojekte sind es aber gerade, die die Herzen von Ingenieuren

und Politikern höher schlagen lassen. Endlich kann man zeigen, was in einem steckt. Die Geschichte belohnt denjenigen mit Anerkennung oder zumindest langem Andenken, der Gigantisches geschaffen oder initiiert hat. Das fängt bei den sieben Weltwundern der Antike an und mag heute bei Stuttgart 21 enden. Die ganze Welt ist ein Baukasten, der zur Gestaltung einlädt. Ruhm, Ehre, Anerkennung, Respekt und Reputation stehen hier auf dem Spiel. Wer in diesem Spiel auf kleine dezentrale Einheiten setzt, kann sich gleich ausklinken. Je größer, teurer und mächtiger, desto eher wird der Name im kollektiven Gedächtnis haften bleiben. Doch gerade dieser Hang zum Gigantischen und Großartigen stößt zunehmend bei Bürgern auf Misstrauen.«¹

Als das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung im Frühjahr 2013, kurz vor der Bundestagswahl, eine prominent mit Industrievertretern besetzte »Reformkommission Bau von Großprojekten« berief, benannte es als Anlass: »Bürger zweifeln zunehmend die Fähigkeit von Politik und Wirtschaft an, Großprojekte erfolgreich durchzuführen. Auf diese Entwicklung muss die Politik reagieren, um das Vertrauen der Menschen zurückzugewinnen und Gefahren für den guten internationalen Ruf der deutschen Bauwirtschaft abzuwehren.«²

Salopp gesagt: Großprojekte sind sehr teuer, sie dauern sehr lange, und »man kann Großprojekte nicht wie einen Hasenstall einfach abbrechen und woanders wieder aufbauen«, wie die Süddeutsche sinnig bemerkte.³ Doch nicht allein sperrige Ausmaße und Unverrückbarkeit trennen Großprojekte von normalen Projekten. Es ist ihre Komplexität. Wichtigster Komplexitätstreiber ist die Anzahl interner und externer Beteiligten und Betroffener. Entscheidungen sind meist Aushandlungsprozesse mit und zwischen Anspruchsgruppen. Das Regie- und Strukturproblem, die Interessen dieser Stakeholder zu koordinieren und auszugleichen, multipliziert viele Risiken. Dazu zählt das Risiko, die Informationsflüsse und Steuerungsfähigkeiten von Managern

1 Ortwin Renn, Hang zum Gigantischen stößt auf Misstrauen, VDI Nachrichten 2 (5.11.2010), S. 44.

2 BMVBS, Themenpapier für die 1. Sitzung Reformkommission Bau von Großprojekten, URL: <www.bmvbs.de/SharedDocs/DE/Artikel/UI/reformkommission-bau-von-grossprojekten.html> (17.4.2013).

3 Heribert Prantl, Bürgerproteste? Basta!, in: Süddeutsche.de, URL: <www.sueddeutsche.de/politik/widerstand-gegen-grossprojekte-buergerproteste-basta-1.1043843> (8.1.2011).

und Aufsichtsgremien zu überfordern; das rechtliche Risiko von Vertragsstreitigkeiten und Gerichtsverfahren; das Reputations-Risiko, das eigene Ansehen und Vertrauen zu schädigen. Großprojekte bringen große Konflikte mit sich, welche die ohnehin beachtlichen Unsicherheiten und Schadenspotenziale wechselseitig verstärken können.

Seit Babels Turm als Investitionsruine liegen blieb, beschäftigt sich das Großprojektgeschäft mit der Tatsache, dass Sozialverhalten, Kommunikationsdefizite und psychologische Fallen ebenso gefährlich werden können wie Statikfehler, Materialmängel, Handwerkerpfusch und leere Kassen. Die Projektmanagementlehre hat die typischen Kardinalfehler schon zu einer Großprojekte-Pathologie verdichtet. Wieland Cichon etwa nennt »Gigantomanie, die über das Optimum maximal beherrschbarer Komplexität hinausdränge; den irrationalen Glauben an die Einzigartigkeit des eigenen Projekts«, was zu Ablehnung von Referenzgrößen und Lernresistenz führe; »unklare Ziele und Fixierung auf eine einzige Lösung; kurzfristiges Denken und Ad-hoc-Reaktionen«. ⁴ Thomas Schnelle kritisiert, dass sich Gruppendenken mit extremem Absicherungsverhalten paare, so dass es zum gemeinsamen Kaschieren, Ausblenden und Verschleppen von Problemen komme. ⁵ Edward Merrow listet auf: Profitgier, überzogener Termindruck, Aufschieben der Detailplanung, unsaubere Projektdefinition, Unterfinanzierung der Planungsphase, Abwälzen von Risiken auf Lieferanten und Subunternehmer sowie das Suchen von Sündenböcken unterhalb der Führungsebene. ⁶

Werden schon rein privatwirtschaftliche Großprojekte von vielen Problemen mit Kostenwahrheit und Kostentransparenz, Termintreue, Qualitäts- und Funktionsansprüchen sowie Risikomanagement heimgesucht, gilt das erst recht für Großprojekte im öffentlichen Sektor ⁷ – egal, mit welchen staatlichen oder halbstaatlichen Organisationsstrukturen und Steuerungsmitteln die

4 Wieland Cichon, Fehler im Projektmanagement: 4 Gründe, warum Großprojekte scheitern, in: CIO.de, URL: <www.cio.de/projektmanagement/denken/2303993/> (23.2.2012).

5 Ulrike Thiele, »Dafür ist kein Gehirn groß genug«, in: ZDF heute (14.2.2013), abgerufen von URL: <www.heute.de/Daf%C3%BCr-ist-kein-Gehirn-gro%C3%9F-genug-26635150.html>.

6 Edward Merrow, Industrial megaprojects, Hoboken 2011, S. 1-10.

7 Der Fokus soll auch hier auf Bauprojekten liegen. Im öffentlichen Sektor spielen ebenso Reorganisation und (zivile und militärische) Beschaffung als Großprojekte eine wichtige und oft kontroverse Rolle, v. a. in der Informations- und Kommunikationstechnik (z. B. LKW-Mautsystem, Polizeifunk, Software).

Regie geführt wird. Ihre Planung ist geprägt von »wicked problems«⁸, jenen vertrackten Aufgaben und Streitfällen, die sich administrativen Lösungen störrisch widersetzen. Viele Fallstricke lauern in Vergaberecht und Auftragswesen, tradierten Verwaltungsverfahren und Haushaltsmittelbewirtschaftung, politischen Präferenzen, etwa Terminwünsche nach dem Wahlkalender, und Sonderwunsch-Lobbyismus. Solche Projekte sind Aufmerksamkeits- und Meinungsmagneten, die Empörungsrouten auslösen.

»Die Schönfärberei hat Tradition und System«

Der Stammtisch wusste schon immer, wieso bei öffentlichen Großprojekten so viel schief geht – nämlich weil Politiker an den Hebeln sitzen. Zugespitzt und zusammengefasst: Aus Machtkalkül tricksen und täuschen Politiker systematisch, um ihre »Leuchtturmprojekte« und »Jobmaschinen« der skeptischen Öffentlichkeit zu verkaufen und dem Parlament die Zustimmung abzutrotzen oder abzuschwatzen. Ihre Prestige- und Prachtbauwerke sind aufgeladen mit Fortschrittssymbolik, ihre Initiatoren lassen sich als »Macher« und »Visionäre« feiern. Sie wollten damit Wahlen gewinnen, der politischen Konkurrenz zeigen, wo der Hammer hängt, und sich selbst ein Denkmal setzen. Der Nutzen für das Gemeinwohl ist ihnen ebenso egal wie reale Kosten. Ignoranz, Inkompetenz, Bürokratie, Durchwursteln, Klüngel, Klientelismus, Korruption – mit diesen Wörtern lassen sich Diskussionen leicht bestreiten.

Recht neu ist das Phänomen, Großprojekte nicht als regionale Einzelfälle ins Visier zu nehmen, sondern als Typus – also überhaupt kategorial über »Großprojekte« zu sprechen. Ein wichtiger Auslöser war das Bahnhofprojekt Stuttgart 21, das zusammen mit dem Flughafen Berlin-Brandenburg und der Elbphilharmonie Hamburg die meisten medialen Hitlisten anführt, die Hohn und Spott über sie ausschütten.

Der Pool ähnlich skandalisierter Großprojekte ist gut gefüllt, von der BND-Zentrale, dem JadeWeserPort Wilhelmshaven und dem Freizeitpark

8 Der Begriff geht zurück auf eine Diskussion in den Planungswissenschaften, v. a. Horst Rittel/Melvin Webber, Dilemmas in a general theory of planning, in: Policy Sciences 4 (1973), S. 155-169.

am Nürburgring bis zum Citytunnel Leipzig oder Berliner Stadtschloss bis hinunter zu weit bescheideneren Verkehrs- oder Stadtentwicklungsprojekten, öffentlich geförderten Ansiedlungen, Betriebs- oder Gewerbeflächenerweiterungen (u. a.).

Wer ein Großprojekt initiiert, mag sich als neuer Prometheus fühlen; doch wirft er mit seinem Tun – bleiben wir im Bild der griechischen Mythologie – wie Eris, Göttin der Zwietracht, einen goldenen Zankapfel in die Menge. Streit und Großprojekte gehören zusammen. Großprojekte sind in der Kommunikation sperrig und ziehen eine »Giftwolke« medialer Kritik geradezu an, wie Walter Berka meint: Es gebe »gewisse Faktoren«, die eine »sachliche, faire und objektive Berichterstattung bei wirtschaftlichen Großvorhaben tendenziell ungünstig beeinflussen, mit der Konsequenz, dass sehr oft ein für die Realisierung derartiger Vorhaben ungünstiges Meinungsklima entsteht«.⁹ Das »ungünstige Meinungsklima« ist längst nicht mehr lokal begrenzt, sondern ein überregionales Phänomen.

Ein Streifzug durch das Pressearchiv ab 2011 als Stimmungsindikator: Die Zeit sieht ein »Großversagen« in einer »Kette von Fehlplanungen«.¹⁰ Focus zieht eine »Lügenbilanz der deutschen Großbauprojekte«.¹¹ »Wenn die Politik Großprojekte angeht, ist mit Pfusch am Bau, Verzögerungen und Kostenexplosionen zu rechnen«, warnt der Spiegel: »Der Wahnsinn hat im ganzen Land Methode.«¹² »Mein Flughafen, mein Bahnhof, meine Oper – das Begehren der Politik nach Prestigeprojekten endet allzu oft in teuren Scherbenhaufen – den Kehraus übernimmt der Steuerzahler«, meint die WirtschaftsWoche.¹³ »Gier nach Macht« identifiziert die Neue Zürcher als Motiv

9 Walter Berka, Infrastrukturprojekte im öffentlichen Meinungsstreit, *Journal für Rechtspolitik* 3 (2009), S. 137-144, hier: S. 137 f.

10 Jan Guldner/Marlies Uken, Das Großversagen, in: *Zeit online*, URL: <www.zeit.de/wirtschaft/2013-01/grossprojekte-verzoegerung/komplettansicht> (7.1.2013).

11 Jens Bauszus/Peter Seiffert, »Wer mit wahren Zahlen operiert, verliert«, *Focus.de*, URL: <www.focus.de/politik/deutschland/tid-26329/wer-mit-wahren-zahlen-operiert-verliert-die-luegenbilanz-der-deutschen-grossbauprojekte_aid_773780.html> (17.12.2012).

12 Florian Diekmann/Michael Kröger/Anna Reimann, Desaster bei öffentlichen Großprojekten: Wie die Politik die Bürger täuscht, *Spiegel.de*, URL: <www.spiegel.de/politik/deutschland/grossprojekte-der-politik-warum-ber-s21-und-co-so-teuer-werden-a-876311.htm> (9.1.2013).

13 Christian Schlesiger/Max Haerder/Christian Ramthun/Cordula Tutt, Gefahr für den Standort Deutschland, *WirtschaftsWoche*, URL: <www.wiwo.de/politik/deutschland/industriepolitik-gefahr-fuer-den-standort-deutschland-seite-all/8715996-all.html> (4.9.2013).

»fachlich überforderter Politiker, die ›Wünsch dir was‹ auf Kosten der Steuerzahler spielen.«¹⁴ »Die Politik wird sich immer aus der Verantwortung zu ziehen wissen, weil Planungszyklen zu lang und Legislaturperioden zu kurz sind«, heißt es im Deutschlandradio.¹⁵ Die Frankfurter Allgemeine fühlt sich »von kalter Wut erfasst«, denn die »maßlosen Kostenüberschreitungen« der Großvorhaben seien »längst kein wirtschaftliches Problem mehr, sie stellen die politische Legitimität der Projekte in Frage.« Es »gibt es ein stilles Arrangement zwischen Politik und Industrie mit dem Zweck, die kühle Wahrheit vor den Bürgern zu verstecken.«¹⁶

»Bei Großprojekten hat die Schönfärberei nicht nur Tradition, sondern auch System«, schreibt die Stuttgarter Zeitung. Der Erwartungsdruck von Wählern und Wirtschaft sei hoch, darum gingen Politiker nach dem »unseriösen Muster vor: Erst für die Bürger Kosten und Risiken kleinrechnen. Dann die Finanzierung beschließen und den Bau starten. Und schließlich die wahren Kosten und Risiken schrittweise offenbaren, mit unerwarteten technischen Problemen begründen und immer mehr Geld verlangen – und zwar möglichst erst dann, wenn es angeblich kein Zurück mehr gibt.«¹⁷ Die Süddeutsche sagt: »Wenn erst einmal die Baugrube ausgehoben ist, dann werden Projekte fertiggestellt – koste es, was es wolle. Eine Ruine in der Landschaft macht sich für die Politik zu schlecht.« Großprojekte würden »auf Lügen errichtet«.¹⁸

14 Jürgen Tietz, Babel Berlin: Warum architektonische Grossprojekte in Deutschland scheitern, Neue Zürcher Zeitung, URL: <www.nzz.ch/aktuell/feuilleton/kunst_architektur/babel-berlin-1.18013686> (21.2.2013).

15 Christoph Giesa, Planlos trotz Plan. Deutschland hat verlernt, Großprojekte erfolgreich umzusetzen. Deutschlandradio Kultur, Ortszeit, Politisches Feuilleton, URL: <www.dradio.de/dkultur/sendungen/politischesfeuilleton/2023208/> (27.2.2013).

16 Winand von Petersdorff, Großbauprojekte. Milliardengräber, in: Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, URL: <www.faz.net/aktuell/wirtschaft/wirtschaftspolitik/grossbauprojekte-milliardengraeber-12057368.html> (10.2.2013).

17 Thomas Wüpper, Kostensteigerung bei Großprojekten. Augen zu und durch, in: Stuttgarter Zeitung, URL: <www.stuttgarter-zeitung.de/inhalt.kostensteigerung-bei-grossprojekten-auge-zu-und-durch.6bbab486-c398-4844-934f-ac6a06d53329.html> (21.12.2012).

18 Sebastian Beck, Überteuerte Großprojekte. Auf Lügen errichtet, in: Süddeutsche.de, URL: <www.sueddeutsche.de/politik/2.220/ueberteuerte-grossprojekte-auf-luegen-errichtet-1.1127004> (2.8.2011).

Und ihre Planung »hat weniger mit dem Abwägen von Argumenten zu tun, umso mehr aber mit der Durchsetzung von Macht.«¹⁹

Das Paradox der Großprojekte

Die publizistische Entrüstung besorgt sich ihre Munition auch in der Wissenschaft – mit der deutschen Großprojekte-Krise stieg z. B. sprunghaft das Interesse an den Studien über Infrastrukturprojekte der Forschergruppe um Bent Flyvbjerg und Werner Rothengatter.²⁰ In Fachkreisen waren ihre verstörenden Thesen schon ein Jahrzehnt lang in Umlauf. Sie konnten empirisch und mit alarmierenden Zahlen viele Klischees bestätigen. Die Ursachen für die (prozentual seit fast 100 Jahren quasi konstante) Überschreitung der Kosten- und Zeitpläne gehe praktisch immer mit Unehrlichkeit, frisierten Zahlen und Vernebelung bereits in der frühen Planungsphase einher. Bewusste strategische Falschinformation sei die Regel, nicht die Ausnahme. Wäre das nicht so, würden viele Projekte mangels öffentlicher Unterstützung gar nicht erst an den Start gehen. Folgerichtig sei die Risikovorsorge weit unterentwickelt, ebenso Transparenz, Kontrollen, Sanktionen und wirksame Anreize für realistische Planung.

Trotz des technischen Fortschritts, trotz großer Erfahrung mit Großprojekten und ihren Fehlern bleiben die Zielerfüllungsquoten lausig. Trotz der fragwürdigen Bilanz wachsen die Zahl der Großprojekte und ihre Bedeutung. Es sind verblüffende Widersprüche, finden Flyvbjerg und Kollegen, geradezu ein Großprojekte-Paradox. Flyvbjerg spricht ironisch von einer Art umgekehrten Darwinismus: »survival of the unfittest«. Den für Großprojekte scheinbar natürlichen Ausleseprozess überlebe nicht die an praktische Anforderungen bestmöglich angepasste Projektplanung, sondern die mit der besten Papier-

19 Sebastian Beck, Großprojekte in Deutschland. Wenn der Bürger nur stört, in: Süddeutsche.de, URL: <www.sueddeutsche.de/politik/buergerproteste-gegen-grossprojekte-hier-koennen-sie-praktisch-nur-verlieren-1.1037416> (17.12.2010).

20 Auswahl: Bent Flyvbjerg, What you should know about megaprojects and why. An overview, in: Project Management Journal 45.2 (April 2014), 6-19; ders., Medga delusional: the curse of the megaproject, in: New Scientist 2945 (2013, 30. Nov.), S. 28-29; ders./Nils Bruzelius/Werner Rothengatter, Megaprojects and risk: an anatomy of ambition, Cambridge 2003; ders./Hugo Priemus/Bert van Wee (Hg.), Decision-making on mega-projects, Cheltenham 2008.

form: eine »Fantasiewelt« aus zu tief gesetzten Kosten, zu hoch kalkulierten Einnahmen, aufgeblasenen Wachstumseffekten für den Standort und kleingeredeten Umweltfolgen.²¹ Was sie da tun, sei Politikern – sowie ihren Planern und Beratern – völlig klar. Alle Parameter von Großprojekten seien für sie kontextabhängig, pragmatisch verhandelbar, opportunistisch formbar und Machtinteressen unterworfen. Sie folgten keiner objektiven Vernunft, sondern einer eigenen »Realrationalität« – explizit ruft Flyvbjerg den Begriff »Realpolitik« und Machiavellis machtpolitischen Realismus auf.²² Für ihn sind Politiker keine kurzsichtigen, »naiven« oder »schlecht informierten Trottel«, die sich von durchtriebenen Geschäftsleuten und Experten die sprichwörtlichen »Weißen Elefanten« aufschwätzen lassen.²³ Nein, sie verhielten sich innerhalb ihres eigenen politischen Referenzrahmens strategisch rational, auch wenn das entstehende Großprojekt schließlich als Produkt kollektiver Unvernunft aussehen mag.

Man mag sich indes auch über die Unterstützung von Politikern für Großprojekte wundern. Zwar sei deren Absicht erklärlich, den Wählern im »Circus« »Brot und Spiele« anzubieten, meint Will Jennings. Dem stehe aber doch das Wagnis gegenüber, wahrscheinlich in eine Spirale von Kontroversen über Kostenexplosionen, Fehlfunktionen, Entscheidungsfehlern und irreparablen Irrtümern, Pannen und Protesten hineingezogen zu werden. Ebenso schwer verständlich sei die Unterstützung für Großprojekte im modernen Staat, der seine Verwaltung in vielen Modernisierungsrunden auf Effizienz getrimmt hat: auf Ergebnisorientierung, Budgetierung, Wettbewerb, Kontraktmanagement, Kennzahlen und Controlling. Der so reformierte und ökonomisierte

21 Bent Flyvbjerg, Design by deception. The politics of megaproject approval, in: Harvard Design Magazine 22 (2005), S. 50-59, hier S. 50; siehe auch ders., Survival of the unfittest. Why the worst infrastructure gets built – and what we can do about it, in: Oxford Review of Economic Policy 25 (2009) 3, S. 344-367.

22 Bent Flyvbjerg, Rationality and power. Democracy in practice, Chicago 1998, S. 6.

23 »Weiße Elefanten« sind sprichwörtlich nutzlose, doch mit hohen Folgekosten verbundene Repräsentationsgeschenke. Im englischen Sprachraum gern auf technische Großprojekte gemünzt. Das mit dem Weltsozialforum verbundene »Europäische Forum gegen unnütze und aufgezwungene Großprojekte« wählte sich den Weißen Elefanten als Logo, URL: <www.drittes-europaeisches-forum.de/>. Eine Sammlung historischer Beispiele: Dirk van Laak, Weiße Elefanten: Anspruch und Scheitern technischer Großprojekte im 20. Jahrhundert, München 1999.

Staat sollte eigentlich alles daran setzen, betriebswirtschaftliche Risiken zu begrenzen. Mit Großprojekten tue er meist das Gegenteil.²⁴

Wer will, kann hier Paradebeispiele für Colin Crouchs These der »Postdemokratie« erkennen.²⁵ Offenbar sind Großprojekte durch ein strukturelles Demokratiedefizit belastet. Mögen sie formal Legitimität durch parlamentarische Zustimmung erhalten und solide Verfahren im Planungs-, Bau- und Umweltrecht durchlaufen (mit Auslegungspflichten, Erörterungsterminen und Rechtsbehelfsbelehrungen, mit Einsichts-, Anhörungs- und Verbandsklagerechten), so entziehen sich doch faktisch der Mitsprache und Teilhabe vieler Stakeholder. Bürger bleiben vor undurchsichtigen Fassaden stehen, hinter denen Eliten und Experten definieren, was angemessen und fürs Gemeinwohl richtig ist. Zwar ist den Verantwortlichen das Klima des Misstrauens bewusst. Sie bemühen sich um Anerkennung, Akklamation und Akzeptanz. Sie investieren in Imagewerbung, Projektinszenierung und Standortkommunikation als guter Nachbar. Ansonsten aber wird bedeutet, das Vorhaben sei »alternativlos«. Früher sprach man vom »Sachzwang«.

Was bleibt aus »postdemokratischer« Sicht übrig für den ohnehin weitgehend entpolitisierten Bürger? Ein ungutes Gefühl, nicht nur in der Sache schlecht bedient, sondern schlecht informiert, listig manipuliert, ausgenutzt und in weitere Passivität gedrängt worden zu sein. Was daraus folgt, ist nicht nur mit dem Schlagwort der Politikverdrossenheit zu fassen. Die Politikverdrossenen gibt es noch, aber die Empörten, denen nach Herfried Münkler »die politischen und wirtschaftlichen Eliten zum Objekt des Zorns und der Wut geworden sind«, reagieren heftiger. Auch deshalb, weil die Empörten das Produkt überzogener Erwartungen an die Problembearbeitungskapazität der Demokratie seien.²⁶

24 Will Jennings, Executive politics, risk and the mega-project paradox, in: Martin Lodge/Kai Wegrich (Hg.), Executive politics in times of crisis, Basingstoke 2012, S. 239-263, hier: S. 240 f.

25 Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt a. M. 2008.

26 Herfried Münkler, Die Verdrossenen und die Empörten, in: Neue Züricher Zeitung, URL: <www.nzz.ch/aktuell/feuilleton/uebersicht/die-verdrossenen-und-die-empoeerten-1.16611315> (24.4.2013).

Proteste gegen Großprojekte

Großprojekten zu misstrauen und zu murren, dafür können Bürger viele Gründe haben. Doch eher selten entsteht daraus wirkungsvoller Protest. Unmut mündet nicht automatisch in Politisierung; diffuses Dagegen-Sein nicht gleich in organisierten, kollektiven Widerstand, der auf öffentliche Entscheidungen und Handlungen Einfluss zu nehmen in der Lage ist – zumal die Deutschen eher als »protestfaul« gelten.²⁷ Indes fällt Protestforschern wie Dieter Rucht auf, dass das Protestieren gesellschaftlich »konsensfähiger« und normaler geworden ist: »Dadurch, dass die Protestbeteiligten stärker aus der gesellschaftlichen Mitte und nicht nur von Randgruppen oder objektiv benachteiligten Gruppen kommen, ist der negative Nimbus von Protestierenden als Außenseitern, Querulanten, Ideologen oder Radikalen sukzessive in den Hintergrund gedrängt worden, sodass Protest als normales und legitimes Mittel der politischen Auseinandersetzung zunehmend akzeptiert ist. Das erleichtert es dann auch eher protestfernen Menschen zu demonstrieren.«²⁸

Festzustellen ist aber auch, dass weniger für breite weltanschauliche Protestzwecke mobilisiert wird, dafür umso häufiger und intensiver gegen Großprojekte für Industrie und Infrastruktur. Dieser Protest ist nicht nur unbecome Begleitmusik in der Vorbereitungsphase, sondern kann sich zur substantziellen Blockade entwickeln. Zwei Wirtschaftsanwälte konstatieren: »Projekte müssen darauf vorbereitet sein, dass auch nach einem jahrzehntelangen Genehmigungsverfahren [...] der öffentliche Protest gegen Projekte trotz schließlich erreichter Rechtssicherheit so stark sein kann, dass ein faktisches Vollzugshindernis entsteht.«²⁹

Das liegt nicht nur an wachsender Scheu der Politiker, Rechtsansprüche mit Gummiknüppel und Wasserwerfer durchsetzen zu lassen.³⁰ Proteste

27 Swen Hutter, Simon Teune, Politik auf der Straße: Deutschlands Protestprofil im Wandel, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62 (2012) 25-26, S. 9-17, hier: S. 9.

28 RWE, *Akzeptanz für Großprojekte*, Essen 2012, S. 245.

29 Manfred Haesemann/Tassilo Schiffer, *Großprojekte zwischen Stuttgart 21 und dem Europäischen Gerichtshof*, *Juve Handbuch* (2011), S. 2.

30 Der Polizei- und Wasserwerfereinsatz gegen die Gegner von Stuttgart 21 war Thema von zwei parlamentarischen Untersuchungsausschüssen und trug zur Abwahl der CDU-Landesregierung bei. Fünf Jahre später urteilte das Stuttgarter Verwaltungsgericht, der Polizeieinsatz sei rechtswidrig gewesen, da es sich bei der Demonstration im Schlossgarten nicht

gegen Großprojekte können auf breite Sympathie hoffen, wie repräsentative Umfragen zeigen. Dimap belegte 2011, dass 63 % der Befragten meinten, »Proteste gegen solche Großprojekte sind eine gute Gelegenheit, seinem Unmut gegenüber der Politik Luft zu machen.« 58 % Zustimmung fand die Aussage »Wenn in meiner Umgebung ein Großprojekt wie ein Flughafen oder ein Kraftwerk gebaut werden sollte, würde ich mich dagegen engagieren.« Dies ist umso überraschender, weil zwei Drittel zugeben, es sei ihnen oft kaum möglich zu beurteilen, ob solche Großprojekte sinnvoll seien. Ebenso viele meinten, bei Projekten, die dem Wohle der Allgemeinheit dienen, seien persönliche Interessen zurückzustellen.³¹

Nach einer Allensbach-Umfrage für Industrie- und Bauverbände 2011 zeigten 76 % generell Verständnis für Proteste gegen Großprojekte. Ein ordnungsgemäßes Planungs- und Genehmigungsverfahren hielt die Mehrheit nicht für hinreichend, um sie zu legitimieren. 68 % akzeptierten Proteste gegen bereits genehmigte Projekte. 62 % stimmten der Aussage zu: »Wenn Entscheidungen getroffen werden, die die Mehrheit der Bürger für falsch hält, müssen solche Beschlüsse auch im Nachhinein korrigiert werden.«³² Zwei Jahre später hatten sich die Zahlen so gut wie nicht bewegt.³³

Protestmotive und -mittel können sehr unterschiedlich sein. Ärger darüber, nicht oder nicht richtig beteiligt oder im Verfahren benachteiligt gewesen zu sein, ist eine starke Triebfeder. Aber sie ist nicht die einzige Triebfeder, auch nicht unbedingt die wichtigste. Proteste können von Gruppen getragen werden, die nur lose kooperieren und wenig gemein haben. Hinter Protesten stehen in der Regel nicht nur ad hoc Aktivierte, die sich spontan aus einer Gefühlsaufwallung zusammenfinden. Die Protestforschung weiß, dass auch eine scheinbar gesichts- und strukturlose Masse bei näherem

um eine »Verhinderungsblockade«, sondern eine von der Verfassung geschützte Versammlung gehandelt habe. Rüdiger Soldt, Stuttgart 21: Das lange Nachspiel der Wasserwerfer, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung (2015, 19. Nov.), URL: <www.faz.net/aktuell/politik/inland/der-polizeieinsatz-gegen-die-stuttgart-21-gegner-war-rechtswidrig-13919658.html>.

31 Konrad Adenauer Stiftung, Das Bürgerliche und der Protest. Auswertung einer repräsentativen Umfrage von Infratest dimap, URL: <www.kas.de/wf/de/33.21970/> (1.2.2011).

32 IfD Allensbach, Akzeptanzprobleme großer Infrastrukturprojekte, URL: <bdzement.de/fileadmin/gruppen/bdz/1Presse_Veranstaltung/Veranstaltungen/Text_Handout_Koecher.pdf> (9.9.2011).

33 Renate Köcher, Wachsender Widerstand, WirtschaftsWoche 24 (10.6.2013), S. 41.

Hinsehen »ein strukturiertes Kompositum« ist, in dem bereits existierende Gruppen, Organisationen und Aktivistennetzwerke präsent sind. Sie sind es, deren »Motivationshilfen« die Beteiligungsbarrieren schleifen.³⁴

Dazu gehören z. B. existierende Bürgerinitiativen (es passiert durchaus, dass sich Initiativen und Vereine neue Zwecke suchen) – oder die in Protestaktionen erfahrenen Natur- und Umweltschutzverbände. Lange sah die Wirtschaft deren PR- und Lobbyarbeit, vor allem aber das jüngst per EU-Recht erweiterte Verbandsklagerecht als »Super-Bremsklotz«. Allerdings sind deren Strategien halbwegs berechenbar; mit Profis lässt sich zumeist auch pragmatisch verhandeln.³⁵ Weit unberechenbarer sind Risiken, die von radikalisierten Laien in Ad-hoc-Initiativen ausgehen und sich regional konzentrieren. Ihr Protest richtet sich typischerweise – aber nicht unbedingt ausschließlich – gegen die örtlichen Belastungen, die ein Projekt mit sich bringt. In diesem Protest geht es nicht um eine übergeordnete Mission oder Ideologie. Die Haltung zum Protest ist spezifisch. Es geht, auf den ersten Blick betrachtet, eben nicht ums Prinzip: Der Zweck des Großprojekts wird nicht bestritten, wohl aber sein Standort oder die standortspezifische Ausführung. Die Kernlogik lautet: Anderswo gerne, aber bitte nicht hier.

LULU – lokal unerwünscht

Projekte, die sehr oft oder immer solche Reaktionen auslösen, hat der US-Planungswissenschaftler Frank Popper in einem Begriff zusammengefasst: »Locally Unwanted Land Use«, kurz LULU.³⁶ Dafür hat der Schweizer Ökonom Bruno Frey die Eindeutschung vorgeschlagen: »Lokal unerwünschte Projekte, Anlagen und Einrichtungen«, kurz LUPAE.³⁷ Popper zeigte, dass bestimmte Projekte aufgrund ihrer Eigenschaften zwangsläufig zu örtlichem Widerstand führen, egal wie gut das Projekt geplant und vorbereitet ist. LULUs seien laut, übel riechend, schmutzig, hässlich, gefährlich oder zögen die falschen Leu-

34 Dieter Rucht, Massen mobilisieren, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 62(2012) 25-26, S. 5.

35 Marco Althaus, *Schnelle Energiewende – bedroht durch Wutbürger und Umweltverbände?* In: *Wissenschaftliche Beiträge der TH Wildau* (2012), S. 103-114.

36 Frank Popper, *Siting LULUs*, in: *Planning* 47 (1981), S. 12-15.

37 Bruno Frey, *Unerwünschte Projekte, Kompensation und Akzeptanz*, in: *Analyse & Kritik* 19 (1997), S. 3-14, hier: S. 5.

te an; wo viele LULUs platziert würden, sähen die Menschen automatisch eine schlechte Gegend, in der man nicht leben möchte. Protest sei daher selbstverständlich, das Problem eingebaut. Manche LULUs seien viel unbeliebter als andere – neben einem Bürohochhaus oder Kohlekraftwerk zu wohnen sei für mehr Menschen akzeptabel, als neben einer Sondermülldeponie. Gebe es echten Bedarf, würden die meisten LULUs irgendwann irgendwo errichtet; allerdings werde das Finden und Durchsetzen von Standorten immer zeitaufwändiger, teurer, bürokratischer, kontroverser und anfälliger für Stillstand, so Popper 1981 – eine Warnung, die keine »Patina« angesetzt hat.

Nach Popper bedrohen LULUs ihr Umfeld stets durch das Aufzwingen von – im Ökonomenjargon gesprochen – negativen Externalitäten (Kosten, für die der Verursacher nicht aufkommt). LULUs sind gesellschaftlich erwünscht und gut für die Allgemeinheit; aber wer in der Nähe wohnt, hat den geringsten direkten Nutzen und die höchsten Kosten, die er für andere tragen muss. Mit Kosten kann vieles gemeint sein, von sinkenden Immobilienwerten über abnehmende Lebensqualität bis zur Übernahme höherer Gesundheitsrisiken. Netto also ist es für den betroffenen Anwohner ein äußerst schlechtes Geschäft, das er freiwillig kaum eingehen würde. Es ist ein Dilemma konzentrierter Kosten und diffusen Nutzens, bei dem die Verteilungsgerechtigkeit quasi aus technischen Gründen auf der Strecke bleibt. »This imbalance often cannot be rectified. The local few must suffer for the sake of the regional many«, unterstreicht Popper. Wenn es keine irgendwie geartete Kompensation für die Zumutung gibt, ist das eine kritische Situation, vor allem in einer Demokratie, die nicht nur Mehrheitswillen forcieren, sondern Minderheiten vor der Mehrheit und föderale Untergliederungen vor dem Machtanspruch des Zentralismus schützen will.

Poppers LULU-Begriff geht davon aus, dass ein Vorhaben notwendig ist; aber er wertet den Widerstand dagegen nicht als irrational, kurzfristig, egoistisch, unmoralisch oder verantwortungslos ab. Solche Wertungen sind indes sehr häufig. Auffällig ist dies vor allem, wenn vom »Wutbürger« die Rede ist, vom »Sankt-Florians-Prinzip« (nach dem volkstümlichen Anruf »Heiliger Sankt Florian, verschon mein Haus, zünd' andere an«) oder neuerdings auch in Deutschland immer häufiger vom »NIMBY-Syndrom«, kurz für »Not in my backyard«. Ob Wutbürger, Sankt Florian oder NIMBY – stets geht es nicht allein

um das Projekt mit problematischen Eigenschaften, sondern um die gesellschaftliche Reaktion darauf und die Haltung der (örtlich) Protestierenden.

Zerrbild Wutbürger – eine »Feuilleton-Chimäre«?

2010 begann ein »Aufmarsch der Bürgerwehren« Deutschland zu verschrecken.³⁸ Der politische Mensch trat als tendenziell militanter »Wutbürger« auf den Plan – eine Wortschöpfung der Wochenschrift *Der Spiegel*.³⁹ Als »Zeitungsjargon« kategorisiert, fand der »Wutbürger« bald Eingang in den Duden, definiert als »aus Enttäuschung über bestimmte politische Entscheidungen sehr heftig öffentlich protestierender und demonstrierender Bürger«.⁴⁰ Die Gesellschaft für deutsche Sprache kürte ihn zum Wort des Jahres: Er werde von vielen Medien »verwendet, um einer Empörung in der Bevölkerung darüber Ausdruck zu geben, dass politische Entscheidungen über ihren Kopf hinweg getroffen werden.« Er dokumentiere ein großes Bedürfnis der Bürger, über ihre Wahlentscheidung hinaus Mitspracherecht bei gesellschaftlich und politisch relevanten Projekten zu haben.⁴¹

Im begriffsprägenden *Spiegel*-Essay war von dieser sympathisch basisdemokratischen Interpretation zuvor nicht die Rede: »Der Wutbürger buht, schreit, hasst. Er ist konservativ, wohlhabend und nicht mehr jung. Früher war er staatstragend, jetzt ist er zutiefst empört über die Politiker. [...] Der Wutbürger wehrt sich gegen den Wandel [...] Der Wutbürger denkt an sich, nicht an die Zukunft seiner Stadt. Deshalb beginnt sein Protest in dem Moment, da das Bauen beginnt, also die Unannehmlichkeit. Nun schiebt er das beiseite, was Bürgertum immer ausgemacht hat: Verantwortlichkeit, nicht nur das Eigene und das Jetzt im Blick zu haben, sondern auch das Allgemeine und das Morgen. Er vergisst zudem, dass er die Demokratie trägt. Es spielt

38 Sebastian Kemnitzer, Protest gegen Großprojekte: Aufmarsch der Bürgerwehren, in: Stern.de, URL: <www.stern.de/politik/deutschland/protest-gegen-grossprojekte-aufmarsch-der-buergerwehren-1595361.html> (21.8.2010).

39 Als »Wutbürger« wurden zuvor gelegentlich auch Abgeordnete und Mitglieder der 2004 gegründeten rechtspopulistischen Wählervereinigung »Bürger in Wut« (BIW) bezeichnet.

40 Duden online, Wutbürger (o. D.), URL: <www.duden.de/rechtschreibung/Wutbuenger>.

41 Gesellschaft für deutsche Sprache, »Wutbürger« zum Wort des Jahres 2010 gewählt, URL: <www.gfds.de/presse/pressemitteilungen/171210-wort-des-jahres-2010/> (17.12.2010).

keine Rolle mehr, dass das Bahnprojekts in einem langen Prozess durch alle demokratischen Instanzen gegangen ist. Der Wutbürger hat das Gefühl, Mehrheit zu sein und die Lage besser beurteilen zu können als die Politik. Er macht sich zur letzten Instanz [...] Er ist saturiert, er hat keine großen Ziele mehr, strebt nicht, sondern erhält, verteidigt den Status quo, ihm graut vor dem Wandel.«⁴²

In Feuilleton und Talkshows verdichtete sich das (Zerr-)Bild: Wutbürger sind selbstgerechte Wohlstandsbürger, humorlose Querulanten, sture Egoisten, die ihre Partikularinteressen als Gemeinwohl verpacken, renitente Besitzstandswahrer, meistens Rentner, die vom Neuen persönlich keinen Nutzen mehr zu haben glauben. Gerhard Matzig bescheinigt ihnen in seinem Buchbestseller »Einfach nur dagegen« gar »Hass auf die Zukunft« und wirft ihnen vor, sich im »Neobiedermeier« einzurichten.⁴³ Bisweilen wird – im Anschluss an die Spiegel-Interpretation – bedeutet, aus Verdrossenheit, Frustration und Entfremdung entstehe Aggression und daraus ein irrationaler, reizbarer, hysterischer Mob.

Dagegen erhob sich umgehend Widerspruch. Schon der Begriff Wutbürger sei diffamierend, das Engagement der Bürger legitim, durchaus gemeinwohlorientiert, rational und längst nicht so emotional wie behauptet – und wenn, dann als gerechter Volkszorn. Wutbürger seien »Mutbürger«, deren neues Misstrauen gegenüber Staat, Wirtschaftsinteressen und Großprojekten »ein Segen für die Demokratie« sei und die alte Protestmittel mit ihrem Bürgersinn wiederbelebten.⁴⁴ Mit »Laientheorien«, analysiert der Psychologe Stefan Stürmer, war da ein »Machtkampf um die Deutungshoheit« entbrannt, in dem soziale Repräsentationen kollektiven Protests für die (De-)Legitimierung und (De-)Mobilisierung eingespannt wurden. Das Erklärungsmodell Wutbürger sei zwar »kongenial« verknüpft und intuitiv verständlich, empirisch gesehen allerdings nicht mehr als eine »Feuilleton-Chimäre«.⁴⁵

42 Dirk Kurbjuweit, Der Wutbürger, in: Der Spiegel 41 (11.10.2010), S. 26-27.

43 Gerhard Matzig, Einfach nur dagegen. Wie wir unseren Kindern die Zukunft verbauen, München 2011.

44 Barbara Supp, Die Mutbürger, in: Der Spiegel 42 (18.10.2010), S. 42-43.

45 Stefan Stürmer, Soziale Repräsentationen von Bürgerprotesten: Der Wutbürger – soziale Realität, Feuilleton-Chimäre oder politischer Kampfbegriff? Politische Psychologie 1 (2011), S. 9-18, hier: S. 14.

NIMBY: Nicht in meinem Hinterhof

Die mediale Konstruktion Wutbürger findet als Kategorie bei Wissenschaftlern, die sich konkret mit Großprojekt-Protesten befassen, wenige Freunde. Eher wenden sie sich einem älteren Konkurrenzkonzept zu, das sich im deutschen Sprachraum verbreitet: NIMBY. Auch dieser hat Feuilleton-Unschärfen und ist nicht nett gemeint. »Wir sind auf dem Weg zur ›NIMBY‹-Republik«, warnt etwa Focus.⁴⁶ Von NIMBYs twittern Bundestagsabgeordnete, Bürgermeister halten Reden über die Nicht-in-meinem-Hinterhof-Haltung in ihrer Stadt. In Protest- und Akzeptanzstudien, die BP und RWE in Auftrag gaben, erhält NIMBY reichlich Raum. In der RWE-Expertise heißt es, unter den befragten Experten seien sich alle »einig, dass das NIMBY-Phänomen bei Protesten eine gewichtige Rolle spielt, wenn auch im Zusammenspiel mit anderen Beweggründen«, und: »Wann immer über die Motive von Protestierern theoretisiert wird, fällt mit großer Wahrscheinlichkeit dieser Begriff«.⁴⁷

NIMBY hat eine längere Begriffskarriere, seit er um 1980 in den USA auftauchte und bald nach Europa kam, vor allem nach England, wo ein konservativer Umweltminister mit diesem Begriff gern gegen seine Gegner giftete⁴⁸; aber auch nach Italien (»Non nel mio cortile«, »Non nel mio giardino«)⁴⁹ oder Holland, wo ein Beschleunigungsgesetz für Infrastrukturvorhaben, das örtlichen Widerstand aushebeln sollte, Anfang der 1990er das Etikett »NIMBY-Wetje« erhielt.⁵⁰ Auch deutsche Stadt-, Regional- und Planungsforscher griffen das Konzept auf. Sie untersuchten die zunehmende Fragmentierung urbaner Bewegungen und fanden zunehmend NIMBY-Initiativen vor, die sie

46 Martina Fietz, Ob Nachtflugverbot oder Bahnhofausbau: Wir sind auf dem Weg zur »NIMBY«-Republik, Focus, URL: <www.focus.de/politik/deutschland/fietz-am-freitag/nachtflugverbot-in-frankfurt-wir-sind-auf-dem-weg-zur-nimby-republik_aid_733594.html> (6.4.2012).

47 RWE, Akzeptanz für Großprojekte, Essen 2012, S. 48.

48 Der umstrittene Politiker Nicholas Ridley popularisierte den Ausdruck Ende der 1980er Jahre in den britischen Medien. Siehe dazu Antoinette Renouf, *Corpora and historical dictionaries*, in: Ian Lancashire/T. Russon Wooldridge (Hg.), *Early dictionary databases*, Toronto 1994, S. 219-235, hier: S. 28 f.

49 Terri Mannarini/Michele Roccato, *Non nel mio giardino. Prendere sul serio i movimenti Nimby*, Bologna 2012.

50 Maarten Wolsink, *Entanglement of interests and motives: Assumptions behind the NIMBY-theory on facility siting*, in: *Urban Studies* 6 (1994), S. 851-866.

eher negativ beschrieben. Diese wandten sich, stellte die Stadtforscherin Margit Mayer fest, etwa gegen Gentrifizierung oder liberal-wettbewerbsgetriebene Stadtentwicklungs- und Standortpolitik, aber ebenso gegen sozialen Wohnungsbau; mal traten sie sozial oder ökologisch auf, dann wieder ausgrenzend, fremdenfeindlich und rassistisch. Zum Teil schoben Mittelschicht-NIMBYs unerwünschte Projekte in ärmere Stadtviertel ab, so Mayer.⁵¹ Diese kritische Diskussion schloss an die in den 1980ern entstandene US-Debatte um »environmental justice« (Umweltgerechtigkeit) bei der Lastenverteilung an. Sie ist dort oft mit Rassismusdebatten verbunden (daher z. B. der Ausdruck »PIBBY« – »Put it in blacks' backyards«).

Die 1980er gelten in Amerika als »the decade which gave birth to NIMBYism as an art form – the break-out decade«.⁵² Die New York Times griff das um sich greifende Phänomen in einem viel beachteten Artikel 1988 auf. Sie beschrieb die Virilität und Schlagkraft der neuen Bewegung, die sich aus einem kritischen Meinungsklima nach Watergate, Vietnam und Umweltskandalen (Three Mile Island, Bhopal, Love Canal) speise und durch das Versagen von Unternehmen, sich auf lokale, oft emotionale Konflikte und Beteiligungsansprüche der Bürger einzustellen, eskalierte: »This is the age of the NIMBY. Developers of everything from hotel and airport extensions to soup kitchens and McDonald's restaurants have met the NIMBY squads. [...] NIMBYs are noisy. NIMBYs are powerful. NIMBYs are everywhere. NIMBYs are people who live near enough to corporate or government projects – and are upset enough about them – to work to stop, stall or shrink them. NIMBYs organize, march, sue and petition to block the developers they think are threatening them. They twist the arms of politicians and they learn how to influence regulators. They fight fiercely and then, win or lose, they vanish. [...] Companies are often outgunned in the NIMBY wars. Each loss makes corporations more attractive targets for the next NIMBY commandos. [...] NIMBYs can be tireless adversaries who wear their corporate opponents down.«⁵³

51 Margit Mayer, The onward sweep of social capital, in: International Journal of Urban and Regional Research 1 (2003), S. 110-132, hier: S. 121.

52 Matthew Kiefer, The social functions of NIMBYism, Harvard Design Magazine (2008), S. 95-98, hier: S. 96.

53 William Gladerson, Coping in the age of »NIMBY«, in: New York Times (19.6.1988), S. 25.

Seitdem ist in Wissenschaft und Praxis breite internationale Literatur zu NIMBY entstanden. Zudem kursiert eine Familie griffiger Kurzformeln, die Einzelphänomene und Interessenlagen beschreiben oder karikieren, etwa: NIMFOS (»Not in my field of sight«) für den, der seine Blickachse freihalten will; NAMBI (»Not against my business or industry«) und GOOMBA (»Get out of my business area«) für den Geschäftsmann, der gegen unerwünschte Konkurrenz vorgeht; NIMTOO (»not in my term of office«), NIMEY (»not in my election year«) und NIMED (»Not in my election district«) für Politiker, die sich in ihrer Amtszeit, im Wahljahr oder Wahlkreis lästigen Ärger vom Hals halten wollen. Diese Kurzformeln klingen schrullig, haben aber ernste Hintergründe. Das gilt sogar, wenn Projektplaner über CAVE (»citizens against virtually everything«) oder BANANA (»build absolutely nothing anywhere near anyone«) spotten, womit Fundamental- und Totalopposition gemeint sind.⁵⁴

Bei wissenschaftlichen Fallstudien dominierten früher Anlagen der Entsorgungswirtschaft, später kamen Verkehrs- und Einzelhandelsprojekte (z. B. Super- und Baumärkte, Fabrikverkaufszentren) hinzu. Heute steht die Energiewirtschaft oben auf der Agenda, getrieben vom Kraftwerks- und Netzausbau sowie Protesten gegen Windparks und andere erneuerbare Energien.⁵⁵ Auch Stakeholder-orientierte Handbücher und Ratgeber für Bau- und Projektmanagement thematisieren NIMBY.⁵⁶ Diese internationale Literatur wurde in den deutschen Politik- und Kommunikationswissenschaften recht wenig beachtet, bis das wutbürgerinduzierte Interesse am lokalen Widerstand ein akademisches Trendthema schuf, mit dem Sozialwissenschaftler hohe Aufmerksamkeit sogar bei der Wirtschaft gewannen.

In den Fokus rückte insbesondere die Soziodemografie der Proteste in Deutschland. Das Göttinger Institut für Demokratieforschung befragte für eine BP-geförderte Studie Beteiligte an städtischen, suburbanen als auch

54 Im Englischen sind »cave people« Höhlenmenschen; »to go bananas« heißt überschnappen.

55 Z.B. Patrick Devine-Wright, *Renewable energy and the public. From NIMBY to participation*, London 2010 und *100 Prozent Erneuerbar*, Stiftung, Akzeptanz für Erneuerbare Energien, Berlin 2012.

56 Exemplarisch: Rainer Stempkowski/Hans Georg Jodl/Andreas Kovar, *Projektmarketing im Bauwesen. Strategisches Umfeldmanagement zur Realisierung von Bauprojekten*, Wien 2003; Ezekiel Chinyio/Paul Olomolaiye, *Construction stakeholder management*, Chichester 2010.

ländlichen Protesten in allen Teilen Deutschlands: gegen Stuttgart 21, den Ausbau der Flughäfen Berlin-Brandenburg und München, Hochspannungs-Freileitungen, Windkraftanlagen, Geothermie- und Pumpspeicherwerke sowie CCS-Speicherung.⁵⁷ Ein extrem hoher Anteil materiell gut gestellter Akademiker wird bestätigt. Junge Rentner dominierten das Bild einer mehrheitlich über 45 Jahre alten Protestpopulation, Teens und Twens seien eine schmale Randgruppe, und 90 % seien Immobilienbesitzer. Forschungsteamchef Franz Walter formulierte spitz: »Die umtriebigen Wortführer gegen Flughafenausbau, Windräder und Oberleitungen sind in bemerkenswert großem Umfang (über 90 %) Grundstückseigentümer und Hausbesitzer [...]. Die Immobilienwerte stehen auf dem Spiel, wenn Stromleitungen und bis zu 150 Meter hohe Windräder in einem bis dahin beschaulichen Kurort den Blick auf eine Caspar-David-Friedrich-Landschaft verstellen.«⁵⁸

Walters Team fiel zudem auf, dass häufig Unternehmer, Selbstständige, Ingenieure, Techniker und Lehrer in den Initiativen aktiv seien – Menschen mit hoher formaler Bildung, langen Karrieren, Organisationserfahrung und dem Gefühl, Dinge bewegen zu können. Mit Selbstwirksamkeitserfahrung und Selbstbewusstsein ausgestattet, verschafften sie sich zügig Fachkenntnisse und die Fähigkeit, auf hohem technischem Niveau zu argumentieren.⁵⁹ Nicht emotional, sondern mit Rationalität versuchten sie zu überzeugen: objektives Expertenwissen sei ihnen wichtig. Sie sprächen aber Politik und Wirtschaft ab, sachgerecht zu entscheiden. Gerade technisch qualifizierten Bürgern sei die Logik politischer Aushandlungsprozesse sehr fremd.⁶⁰ Sie gerieten in Rage, wenn ihnen Projektträger und Politik als fadenscheinig wahrgenommene Begründungen auftischten oder sie als »schwer von Be-

57 Felix Butzlaff/Christoph Hoeft/Julia Kopp, »Wir lassen nicht mehr alles mit uns machen!« Bürgerproteste an und um den öffentlichen Raum, Infrastruktur und Stadtentwicklung, in: Franz Walter u. a., Die neue Macht der Bürger: Was motiviert die Protestbewegungen? Reinbek b. Hamburg 2013, S. 48-93; Stine Marg/Christoph Hermann/Verena Hambauer/Ana Belle Becké, »Wenn man was für die Natur machen will, stellt man da keine Masten hin«. Bürgerproteste gegen Bauprojekte im Zuge der Energiewende, in: ebd., S. 94-138.

58 Franz Walter, Studie über »Wutbürger«: Alt, stur, egoistisch, in: Spiegel online, URL: <www.spiegel.de/politik/deutschland/studie-ueber-wutbuenger-alt-stur-egoistisch-a-784664.html> (8.9.2011).

59 Marg et al., Bürgerproteste gegen Bauprojekte, S. 99 f.

60 Ebd., S. 123-129.

griff« hinstellten.⁶¹ Nicht als fortschrittsfeindlich oder egoistisch sähen sie sich, sondern als gemeinwohlorientiert. Sie wollten ernst genommen werden und erwarteten Anerkennung.⁶² Direkte persönliche Betroffenheit sei zwar oft der Einstieg ins Engagement, doch »im weitesten Sinn geht es ihnen eigentlich um den Schutz der Heimat [...] Man scheut sich beinahe, dieses angestaubte und altmodische Wort zu benutzen, es ist jedoch *der* Begriff der lokalen Aktivisten. Sie handeln und wehren sich, um ihre Heimat, ihre Gemeinde, ihr Zuhause, ihren Lebensort zu schützen.«⁶³

Eine frühe Befragung von Stuttgart 21-Demonstrierenden durch das Wissenschaftszentrum Berlin widerlegte das Klischee von der wohlhabenden, gesetzten Dame mit Perlenkette und dem konservativen, radikalisierten Rentner. Der schwäbische Wutbürger sei eher ein linksliberaler, mit Grün sympathisierender Bildungsbürger. Die Forscher fanden eine breite Streuung der Altersgruppen, eine Mehrheit berufstätiger Akademiker sowie größere Untergruppen von »S21-Gegnern« mit Vorerfahrung im kommunalen und sozialen Engagement. Was sie antrieb, so ein Fazit, war offenbar weniger die Sorge um persönliche Belastung durch Lärm und Verkehr, sondern eher Empörung über Demokratie- und Verfahrensdefizite sowie der Umgang des Staates und der Projektträger mit Kritik und Protest.⁶⁴

NIMBY – ein zweiter Blick

Aus diesen Befunden wird bereits deutlich, dass sich Interessen- und Motivationslagen mischen. Praktische und technische Sachfragen sind verwoben mit Wertkonflikten, sachliche mit emotionalen Gründen, selbstbezogene, partikularistische und protektionistische Ideen mit altruistischen Motiven. Die Ablehnung von Projekten mag scharf und total sein oder sich nur auf bestimmte Details beziehen.

Auch die höchst subjektiven Kategorien Hinterhof und Betroffene erscheinen oft zu simpel – wessen Hinterhof ist eigentlich gemeint, wo fängt er an, wo hört er auf? Wem »gehört« der örtliche Hinterhof? Ist die Metapher

61 Butzlaff et al., Bürgerproteste an und um den öffentlichen Raum, S. 78.

62 Ebd., S. 73.

63 Marg et al., Bürgerproteste gegen Bauprojekte 2013, S. 107.

64 Britta Baumgarten, Die neue alte Bürgerbewegung, in: Umwelt aktuell 12 (2010), S. 2-3.

vom Hinterhof überhaupt sinnvoll? Auch gibt es direkt und indirekt, nah und fern Betroffene. »Betroffenheit ist kompliziert, auch – oder gerade – in einer demokratischen Gesellschaft«, lautet ein richtiger Einwand.⁶⁵ Anders formuliert: »Wer betroffen ist und wer nicht, lässt sich [in einer hochdifferenzierten Gesellschaft] nicht mehr eindeutig ausmachen.«⁶⁶

Das NIMBY-Phänomen ist schwer zu fassen: Es ist ambivalent, komplex, multidimensional, subtil kontextabhängig, von sozialen und kulturellen, institutionellen und historischen Kriterien geprägt und selten eine statische Konfliktsituation. Am Werk sind nicht immer harte, sondern weiche, intangible Faktoren. Ein neuerer Forschungsstrang stellt etwa den »sense of place« in den Mittelpunkt – das Empfinden der Bürger, was ein Ort für sie darstellt, womit sie sich identifizieren, welche emotionalen Bindungen und Werte damit verbunden sind und welche Form disruptiver Veränderung sie sich ausmalen. Nach außen mag das wie »überzogenes Kopfkino« wirken, aber die Psychologie ist wirksam.

So argumentiert etwa der Brite Patrick Devine-Wright auf Basis umfassender Fallstudien: Für Projektplaner mag es nüchtern um einen »Standort« gehen, der von Experten objektiv bewertet und technisch verändert werden kann. Für die Anwohner gehe es aber darum, dass der ganze Charakter eines Ortes auf dem Spiel stehe. Wenn ein Windpark oder eine Stromtrasse entsteht, wo vorher keine war, mag sich das für die Bürger wie die Verwandlung der ländlichen Gegend in ein Industriegebiet anfühlen. Ein Ort sei oft mit Bedeutung und Symbolik aufgeladen, er sei eine soziale Konstruktion, genau wie das anrückende Projekt oder die Technologie. Devine-Wright warnt vor der Haltung vieler Projektplaner, man müsse beim Bürger nur ein sachliches Informationsdefizit bereinigen. Vielmehr sei die Herausforderung, ein Projekt in das Rahmenverständnis des Ortes einzubetten (»emplacement«). Wer das ignoriere, gerate in einen destruktiven Teufelskreis der Eskalation, und die

65 Thomas Löffelholz, Die weg demonstrierte Zukunft, in: FAZ, URL: <www.faz.net/themenarchiv/politik/stuttgart-21/stuttgart-21-die-weg-demonstrierte-zukunft-11057208.html> (18.10.2010).

66 Ortwin Renn, Akzeptanzforschung: Technik in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung, in: Chemie in unserer Zeit 2 (1986), S. 44-52.

Einschätzung, die Bürger seien im NIMBYismus gefangen, werde zur selbst-erfüllenden Prophezeiung.⁶⁷

Unermüdlich warnt seit 20 Jahren der Niederländer Maarten Wolsink, einer der profiliertesten NIMBY-Forscher, vor oberflächlichen und irreführenden Annahmen. Wer sich auf Mythen und Pseudotheorien zurückziehe, legitimiere damit allein das pauschale »Abbügeln« örtlicher Einwände und das Verweigern von Verhandlungen. Das absichtliche Missverstehen sei unklug. Die Gegenseite werde erst recht zu Empörung und verstärktem Protest angestachelt. Die Quittung sei strategisches Verhalten der Bürger, das sich auf Obstruktion statt Anpassung und Einflussnahme reduziere.⁶⁸

Die typische NIMBY-Konstante »Woanders gerne« kann sich dabei leicht abschleifen. Zum NIMBY-Bürger gesellt sich oft ein NIABY (»Not in anybody's back yard«), der ein Projekt weder im eigenen Hinterhof noch irgendwo anders sehen möchte. Genau auseinander zu halten ist das nicht immer. Wer sich als NIMBY gebrandmarkt und ausgebremst fühlt, sucht zusätzliche allgemeine Argumente und findet sie in der Regel auch. Die typischen Probleme von Großprojekten machen das leicht. Wer begründen kann, weshalb ein Standort A schlechter für ein Projekt geeignet ist als ein Standort B, dem fallen auch Gründe ein, weshalb das Vorhaben überall grundsätzlich falsch ist. Solidarisierungseffekte führen etwa zur Warnung vor einer »Zwei-Klassen-gesellschaft der Regionen« und dem markigen Motto, NIMBY heiße eigentlich: »Next idiot might be you.«⁶⁹ Die Haltung wird verstärkt durch wachsende regionale, überregionale und internationale Vernetzung von Initiativen (Beispiel: die Europäische Plattform gegen Windkraftanlagen EPAW), im Internet koordinierte Kampagnen (Beispiel: Campact mit seinem Vorgehen gegen

67 Patrick Devine-Wright, From backyards to places: public engagement and the emplacement of renewable energy technologies, in: ders. (Hg.), *Renewable energy and the public. From NIMBY to participation*, London 2010, S. 57-74; und ders., *Rethinking NIMBYism. The role of place attachment and place identity in explaining place-protective action*, in: *Journal of Community & Applied Social Psychology* 6 (2009), S. 426-441.

68 Maarten Wolsink, *Invalid theory impedes our understanding: a critique on the persistence of the language of NIMBY*, in: *Transactions of the Institute of British Geographers* 1 (2006), S. 85-91.

69 Jutta Reichardt, *Nimby? St. Florianer? Windkraftgegner!*, in: *Windwahn.de*, URL: <www.windwahn.de/index.php/wissen/hintergrundwissen/nimby-st-florianer-windkraftgegner> (1.4.2012).

Kohlekraftwerke, CCS oder Fracking) sowie die professionellen Ressourcen etablierter Verbände, auf die ihre Ortsvereine zurückgreifen können.

Pauschalisierungen sind auch ethisch kritikwürdig. Widerstand ist nicht deshalb per se illegitim, nur weil ein Projekt nicht aus Prinzip abgelehnt wird. Eine Abwertung von NIMBY-Protesten als gemeinwohlvergessen ist in einer pluralistischen Demokratie kaum logisch durchzuhalten, wenn man nicht auch alle anderen Partikularinteressen für illegitim erklärt. Im Kern gehe es, so eine These, um die Frage, ob eine NIMBY-Haltung als heuchlerisch und scheinheilig wahrgenommen wird, also als Ausdruck von Doppelmoral – aber das ist in den meisten Fällen zweifelhaft.⁷⁰

Das Doppelmoral-Dilemma verbindet sich auch mit der populären Annahme, NIMBY-Widerstand habe seinen wichtigsten Grund in tief sitzender Skepsis, Ressentiments oder sogar aggressiver Feindseligkeit gegenüber Technik (vor allem großtechnischen Anlagen), Innovation und Industrie. Das mag nur eine Karikatur oder »gängiges Vorurteil auf deutschen Chefetagen«⁷¹ sein. Selbst die RWE-Akzeptanzstudie befindet: »Die oft unterstellte Technikfeindlichkeit der Deutschen scheint eher Klischee als tatsächlicher Treiber von Bürgerprotesten zu sein.«⁷² Gleichwohl spielt sie eine Rolle, denn die Vermutung gehört spätestens seit den 1980er Jahren zu den Konstanten der öffentlichen Debatte. Es ist auffällig, wie oft inständig vor den Verlusten für Volkswirtschaft und Wohlstand gewarnt wird, wenn Deutschland seine Technophobie nicht in den Griff bekomme. Statements wie »Technikfeindlichkeit können wir uns nicht leisten« und Forderungen nach »neuer Kultur der Technologieoffenheit« erzeugen unter Politikern und Unternehmern, die sich um »schleichende Deindustrialisierung« sorgen, »heftiges Kopfnicken«.⁷³ Umso mehr, als die Bedeutung der Industrie und zugehöriger Infrastruktur

70 Simon Feldman/Derek Turner, Why not NIMBY?, in: Ethics, Policy and Environment 13 (2011) 3, S. 251-266.

71 So der Publizist Roger de Weck in einem Interview, RWE 2012, S. 153.

72 RWE, Akzeptanz für Großprojekte, S. 49.

73 Michael Fuchs, Statement Podium II, Wirtschaftstag 2012 des Wirtschaftsrates der CDU, URL: <www.wirtschaftsrat.de/wirtschaftsrat.nsf/id/3C03E45A8E8BDF6BC1257A140051999A/Sfile/20120612_%20dr.%20michael%20fuchs_podium_ii.pdf> (12.6.2012).

seit der Finanzmarktkrise und Energiewende wieder stärker auf die wirtschaftspolitische Agenda gerückt ist.⁷⁴

Weit verbreitet scheint die Unterstellung, die Bürger genossen wohl gerne die Vorzüge der hoch technisierten Industriegesellschaft mit ihrem hohen Lebensstandard, sähen aber nicht ein, dafür den Preis zu zahlen. Sie übersähen die Voraussetzungen sowie den ständigen Erneuerungsbedarf. Sie seien gefangen in diffusen Technikängsten, bezweifelten grundsätzlich die Beherrschbarkeit von Technik und sähen sich stets gleich persönlich bedroht. Überkritisch, übervorsichtig, pessimistisch seien sie, von Angst- und Panikmachern leicht zu scheuchen. Vielleicht hat der Wertewandel schuld, der Postmaterialismus, die physische und persönliche Distanz zur Industrie, die die Menschen nicht mehr verstehen, weil ihre Welt nur noch aus Dienstleistungen besteht? In der Tat: Immer weniger Menschen wohnen neben einer Industrieanlage. Sie weichen aus. Rauchende Schornsteine sind schon lange kein Symbol mehr für gute Arbeit und gutes Leben. Ob Großtechnik gefährlich ist oder nicht, entzieht sich dem Erfahrungshorizont – was die Menschen wissen, wissen sie nur noch aus Medien. Konsum ist selbstverständlich, aber Sachen machen ist nicht schick. Güter kommen aus China, der Strom kommt aus der Steckdose. Ähnlich ist es beim Verkehr. Die Leute sind saturiert und machen sich keine Gedanken mehr, warum es uns (noch) so gut geht – so lässt sich das Kernargument zusammenfassen.

Die Disziplinen der Technikfolgenabschätzung und Risikokommunikation kennen diese Annahmen gut, aber sie haben gelernt zu differenzieren. Nicht jede Technik hat ein Problem, nicht jede verursacht eine Akzeptanzkrise – wobei Akzeptanz nicht nur passive Duldung »von oben« verordneter Neuerungen heißt, sondern positive Aufnahme nach bewusster Auseinandersetzung, wie Ortwin Renn unterstreicht.⁷⁵ Bei Konsum- und Alltagstechnik seien die Deutschen geradezu technikeuphorisch, schließlich seien Haushalte und Freizeit voll mit Geräten. Technik am Arbeitsplatz werde schnell und intensiv angenommen. Probleme tauchten fast nur bei der externen Technik auf, die in Produktion oder Infrastruktur angesiedelt sei und der die

74 Anna-Lena Schönauer, Industriefeindlichkeit in Deutschland: Zur Akzeptanz von Großprojekten, in: WISO direkt (Juni 2013), S. 1.

75 Renn, Akzeptanzforschung, S. 44.

Menschen als Nachbar, nicht Nutzer von Industrie- und Infrastrukturanlagen begegneten. Echte Akzeptanzverweigerung gebe es eigentlich nur dort.⁷⁶

Eine wichtige Erkenntnis der Forschung bezieht sich auf das Risikoverständnis, das Großprojekte umgibt. Experten – Planer, Ingenieure, Wissenschaftler, technokratisch orientierte Beamte und Fachpolitiker – sehen Risiko völlig anders als Laien. Wo der Experte kühl Schadenshöhe mit Eintrittswahrscheinlichkeit multipliziert, um ein Risiko zu berechnen, malt sich der Laie fantasievoll den denkbaren Maximalschaden aus. Der Laie ist damit aus Expertensicht irrational. Weil Experten sich aber untereinander oft nicht einig sind, glaubt er nur noch jenen Experten, die ihm sein Bauchgefühl bestätigen. Bieten Industrie und Staat ihm Wissen an, um ihn sachlich aufzuklären, läuft das ins Leere oder verstärkt sogar die Ablehnung. Die unpopulärsten Industrien (z. B. Atomwirtschaft) haben zwar oft die aufwändigsten Image- und Informations-Kampagnen, aber nur bescheidene Erfolge mit ihrer Kommunikation. Wenn Unternehmen die Wahrheit sagen, gilt das erst einmal als Trick, stellte Hans-Christian Röglin pointiert fest.⁷⁷

Warum eigentlich? Bestimmte Ängste und Skepsis, betont der Techniksoziologe Michael Zwick, erwiesen sich oft als »tief internalisiert«, »stark verfestigt« und als »lebenslange Erfahrungsaufschichtung«. Darum zeigten sich die Bürger »ziemlich unempfindlich gegenüber kurzatmigen Manipulationsversuchen« durch PR und politische Appelle. Wer die Grundeinstellung missachte oder verletze, werde als Angreifer wahrgenommen – »vor allem auch dann, wenn versucht wird, Technologien und technische Produkte hinter dem Rücken der Öffentlichkeit »schleichend« einzuführen.«⁷⁸

Denn es ist dem Laien sehr wichtig, ob er sich ein Risiko selbst aussuchen kann. Ein Risiko, das man ihm ungefragt zumutet, schätzt der Laie automatisch höher ein – egal, was das Expertenurteil sagt. Zwangseingriffe provozieren den Abwehrreflex, um Autonomie und Handlungsfreiheit zu schützen. Der Laie verlässt sich immer weniger darauf, dass seine Interessen von seinen politischen Repräsentanten verantwortungsvoll in Kompromis-

76 Ebd.

77 Hans-Christian Röglin, Technikängste und wie man damit umgeht, Düsseldorf 1994, S. 55.

78 Michael Zwick, Wertorientierungen und Technikeinstellungen im Prozeß gesellschaftlicher Modernisierung, Arbeitsbericht 106, S. 79, URL: <www.michaelmzwick.de/UPLOAD/ab106.pdf> (1.4.1998).

sen berücksichtigt werden. Nicht erst gestern, sondern seit Jahrzehnten ist Technikakzeptanz zur »symbolischen Arena für politische Konflikte« geworden – nicht als Rundum-Legitimationskrise, aber durchaus eine »Implementationskrise der politischen Praxis«. ⁷⁹

Stolz, ein NIMBY zu sein

Genauso wenig wie als Wutbürger möchte wohl normalerweise jemand als NIMBY bezeichnet werden – sollte man meinen. Doch heften sich manche das NIMBY-Etikett trotzig oder kokettierend als Ehrenabzeichen an, ähnlich wie sich vermeintliche Wutbürger als Mutbürger und Citoyen in Szene setzen. Das überrascht nicht: Der politische Mensch verfolgt nicht unbedingt nur instrumentellen, extern orientierten Protest, um Druck auf Entscheidungsträger auszuüben, sondern auch, um eine kollektive Selbstvergewisserung in Gang zu setzen. ⁸⁰ In England etwa hört man inzwischen öfter den Satz, man sei stolz darauf, ein NIMBY zu sein. ⁸¹ Der Brite Antony Jay (Autor der legendären TV-Satireserie »Yes, Minister«) überschrieb das Vorwort zu seiner einschlägigen Anleitung für Protestkampagnen mit »Proud to be a NIMBY«. Der Stolz sei gerechtfertigt, denn »NIMBY is any citizen who tries to defend their home and their neighborhood from plans which would destroy the view, pollute the environment, overload the transport network, upset the ecosystem and knock £ 50,000 off the value of their house. When it comes to our own back yard, we are all NIMBYs, and every NIMBY deserves respect for standing up to corporate and government giants.« ⁸²

79 Renn, Akzeptanzforschung, S. 51.

80 Kathrin Fahlenbrach, Die Mobilisierung von Öffentlichkeit, in: Olaf Hoffjann/Roland Stahl (Hg.), Handbuch Verbandskommunikation, Wiesbaden 2010, S. 259-274, hier S. 260 f.

81 Vgl. Geoffrey Wheatcroft, I'm proud to be a NIMBY. For the environment's sake, we all should be, in: Guardian, URL: <www.theguardian.com/commentisfree/2013/jun/22/proud-NIMBY-environment-developers-no-nature> (22.6.2013) und Janet Street Porter, Yes, I'm a NIMBY. And proud of it!, in: Daily Mail, URL: <www.dailymail.co.uk/femail/article-2323573/Yes-Im-NIMBY-And-proud--JANET-STREET-PORTER-cheers-Not-In-My-Backyard-brigade-snubs-wind-farms.html> (13.5.2013).

82 Antony Jay, Not in our back yard. How to run a protest campaign and save the neighbourhood, Great Ambrook 2005, S. 1.

Ergo: Jeder kann, darf und sollte NIMBY sein; je mächtiger der Gegner, desto ruhmreicher ist der Widerstand. Der konzern- und systemkritische Einschlag ist noch tiefer bei John Stauber und Sheldon Rampton: Sie beschreiben in ihrem Anti-PR-Bestseller »Toxic Sludge is Good for You!« (Deutsch: »Giftmüll macht schlank«) NIMBY-Proteste als Abwehr- und Immunsystem einer gesunden Demokratie gegen »Invasoren« und deren Desinformations- und raffinierte Manipulationsversuche. Sie implizieren, unerwünschte Projekte seien wie Fremdkörper, Krankheitserreger, Viren und Bakterien: »NIMBYs sind die weißen Blutkörperchen der modernen Demokratie – klein, beweglich und sehr effektiv, wenn es darum geht, fremde Eindringlinge abzuwehren. Wie weiße Blutkörperchen attackieren sie manchmal auch harmlose Neulinge oder sogar Wohltäter, aber sie sind authentisch und ein tief empfundener Ausdruck der Demokratie, sie reflektieren das Recht der Bürger, ihre Umgebung und ihr Schicksal selbst zu gestalten.«⁸³

Jane Morris, Autorin eines in den USA populären »NIMBY-Handbuchs«, proklamierte: »NIMBY! And proud!« NIMBY-Aktivisten stehe derselbe Respekt zu wie anderen sozialen Bewegungen. Es gehe um gelebte Demokratie. Das Praxiswissen, wie man sich gegen Vorhaben wehre, müsse allen Bürgern zur Verfügung stehen, nicht nur einflussreichen Eliten. Solche »Stealth NIMBYs«, heimliche Projektgegner mit Tarnkappe, wirkten hinter verschlossenen Türen auf Planungen ein. Wer nicht dazugehöre, müsse als »Public NIMBY« den Kampf in die Öffentlichkeit tragen: »Everyone is a NIMBY and no one wants a LULU. One might oversimplify a little and say that there are only two kinds of people: public NIMBYs and stealth NIMBYs. Stealth NIMBYs are generally the affluent, the influential, and the well-placed who can keep LULUs out of their neighbourhoods by quietly exerting their influence behind the scenes during the decision making process. Usually, their turf is not even considered as a site. Public NIMBYs, lacking such political clout and effectively excluded from most of the decision making process, have to fight it out in the public domain.«⁸⁴ [...] NIMBY activism is not an obstruction but a sti-

83 John Stauber/Sheldon Rampton, Giftmüll macht schlank. Medienprofis, Spin Doctors, PR-Wizards. Die Wahrheit über die Public-Relations-Industrie, Freiburg 2006, S. 132. Orig.: Toxic sludge is good for you! Lies, damn lies and the public relations industry, Monroe (Maine) 1995, S. 89.

84 Jane Morris, Not in my back yard. The handbook, San Diego, 1994, S. 13 f.

mulus to finding lasting solutions instead of temporary and often devastating technofices. In NIMBY activism, people take an active role in shaping their futures and in running their government instead of letting it run them.«⁸⁵

Matthew Kiefer, der etwas »flapsig« meint, »NIMBYism is the last lawful blood sport«, hält den Protesten zu Gute, unausgereifte Projektplanungen in einen Diskurs- und Anpassungsprozess zu ziehen. Sie seien ein notwendiges Korrektiv. Gäbe es diese Kräfte nicht, wäre das ein ernster Mangel: »NIMBYism serves many social functions. In an improvised and very democratic way, it forces mitigation measures to be considered, distributes project impacts, protects property values, and helps people adjust to change in their surroundings. It is a corrective mechanism that, if allowed to function properly, can even help to preserve a constituency for development. [...] [If] the forces that animate NIMBYism – attachment to place, increases in homeownership, and public participation in government decision-making – were waning, we would lament this more than we now bemoan NIMBYism.«⁸⁶

In diesem Geist schrieb der global orientierte Friedensnobelpreisträger und US-Vizepräsident Al Gore in seinem Öko-Bestseller »Earth in the Balance«, das NIMBY-Syndrom sei ein gesunder Trend. Zwar sei örtlicher Widerstand gegen ökologisch fragwürdige Projekte manchmal zu sehr an persönlichen Interessen verankert. Doch im Grunde sei die Luft, die jeder atme, jedermanns Hinterhof – und NIMBY-Protest darum ein wichtiger Teil der Bewegung für Klimaschutz und Nachhaltigkeit.⁸⁷

Diesen idealisierenden, fast schon heroisierenden Bewertungen ist gemein, dass sie vom Einzelfallkonflikt abstrahieren und die positive Funktion für die Gesellschaft herausstreichen. Wo Kritik aus Wirtschaft und Politik die Engstirnigkeit und Kirchturmsicht der Proteste angreift, die dann insgesamt zu Problemen für die Gesellschaft führe, da schreibt die NIMBY-Hagiografie den Aktivisten insgesamt und pauschal gute Absichten, Verantwortungsgefühl und Vernunft zu, die die technokratischen Entscheidungsprozesse sinnvoll korrigierten.

85 Morris, *Not in my back yard*, S. 187.

86 Matthew Kiefer, *The social functions of NIMBYism*, *Harvard Design Magazine* (2008), S. 95-98, hier: S. 98.

87 Al Gore, *Earth in the balance: ecology and the human spirit*, New York 1993, S. 291.

Der Soziologe Mark Wexler nennt dies die »Romantisierung« der NIMBY-Initiativen: In diesem Rahmen gelte NIMBY-Aktivismus nicht in erster Linie als Widerstand, sondern als informativer Input. Das erfahre teilweise sogar ein positives Echo bei Projektplanern, denn daraus lasse sich ableiten, dass das Phänomen nur richtig kanalisiert und gemanagt werden müsse. Zum Teil werde vorgeschlagen, dass NIMBY-Protest in konstruktive Bahnen gelenkt werden könne, wenn Protestinitiativen Unterstützung (d. h. auch Geldmittel) für Berater und technische Experten bewilligt werde. So könnten sie sich optimaler beteiligen. Protestgruppen seien hilfreich, wenn sie solides Wissen hätten, gut organisiert und artikulatio[n]sfähig seien.⁸⁸

Wexler ist allerdings der Auffassung, dass man NIMBY-Widerstand nicht vorschnell zum positiven sozialen Wert an sich erklären sollte. Bestimmte Interessengegensätze seien damit nicht aufzulösen. Er greift das bekannte Argument auf: Was als örtliches Ausleben von Graswurzeldemokratie und Bürgerengagement erscheine, könne die Rechte und Interessen Dritter in der Gesellschaft verletzen, wenn Projekte stets dorthin verschoben würden, wo sich die Menschen weniger wehrten. Wer NIMBY differenziert beurteilen wolle, müsse hinter die Legitimierungs-Rhetorik schauen und sowohl die Scylla der NIMBY-Verunglimpfung als auch die Charybdis der NIMBY-Romanisierung vermeiden.⁸⁹

Mehr Projekt-Tempo durch Dialog und Beteiligung?

Der öffentliche Druck hat die Planer, Träger und Interessenten von Großprojekten dazu gezwungen, ihre Positionen zur Bürgerbeteiligung strategisch anzupassen. Lange war im Kontext von Großprojekten vor allem die Forderung nach »Beschleunigung« zu hören, nach mehr Tempo und schlankeren Genehmigungsverfahren, um Investitionen freizusetzen. Das stieß nicht auf taube Ohren, denn globale Wettbewerbsorientierung, Effizienz und Entbürokratisierung standen in den 1990ern hoch auf der Agenda. Das war auch im

88 Mark N. Wexler, A sociological framing of the NIMBY (not-in-my-backyard) syndrome. *International Review of Modern Sociology* 1 (1996), S. 91-110, hier S. 100-102.

89 Ebd., S. 104-105.

Ausland so, aber in Deutschland wirkte als Katalysator zusätzlich der ostdeutsche Aufbaubedarf nach der Einheit. Der Gesetzgeber suchte für Verkehrsprojekte Möglichkeiten im Planungsrecht. Vom Infrastrukturplanungsbeschleunigungsgesetz (2007) bis zu den Energiewende-Netzausbaubeschleunigungsgesetzen (2011/2013) zieht sich die jüngere Linie.

Was wirtschaftspolitisch positiv besetzt ist, ließ früh bei Umweltverbänden und Bürgerinitiativen Alarmsirenen heulen. Lange Verfahren sichern eher Zugang als kurze. Mehr Tempo heißt kleinere Zeitfenster für öffentliche Diskussion, Abwägung widerstreitender Belange, Interessenausgleich und Rechtsmittel mit aufschiebender Wirkung. Ein langjähriger Zankapfel war etwa die Abschaffung der Verwaltungspflicht, Erörterungstermine anzusetzen. Der Umweltverband BUND beklagte, die Bilanz von 20 Jahren Beschleunigungsgesetzen sei ein »Erosionsprozess der Bürgerbeteiligung« und »fortschreitende Entmündigung des Bürgers« im Planungsrecht.⁹⁰ Stuttgart 21 war dafür ein Brennglas. So wetterte Schlichter Heiner Geißler gegen »Basta-Politik« im »obrigkeitsstaatlichen Baurecht«.⁹¹ Er beschied: »In Deutschland läuft es doch immer so, dass am Anfang die Entscheidung steht, dann erst werden die Leute angehört [...] deswegen haben wir die Krawalle.«⁹²

So drehte sich 2011 der Wind, forciert durch die Energiewende. Das Netzausbaubeschleunigungsgesetz schien der Bundesregierung nur noch durchsetzbar, wenn Transparenz und frühe Öffentlichkeitsbeteiligung mehr Raum erhielten. Beschleunigung wurde an die Akzeptanz der Bürger gekoppelt – eine Position, die nun auch die Wirtschaft einnahm. Plötzlich hört man sehr ungewöhnliche Signale aus dem Bundesverband der deutschen Industrie (BDI), Bau- und anderen Branchenverbänden oder dem Deutschen Industrie- und Handelskammertag (DIHK). Zwar warnen sie weiter vor Investitionsstau, Planungsunsicherheit, Technikfeindlichkeit und sinkender

90 Jenny Becker, Vom Wutbürger zum Mutbürger: Umweltverband fordert stärkere Beteiligung der Öffentlichkeit bei Großprojekten, Neues Deutschland, URL: <www.neues-deutschland.de/artikel/187799.vom-wutbuenger-zum-mutbuenger.html> (5.1.2011).

91 Stefan Wirner, »Die Leute waren zu Recht wütend«, Drehscheibe (2011), URL: <www.drehscheibe.org/interview-mit-heiner-geissler.html> (1.12.2013).

92 Andreas Bernard/Jan Heidtmann/Wolfgang Luef, Gut, dass Sie da sind! Süddeutsche Zeitung Magazin 13 (1.4.2011), S. 20-30, hier S. 28.

Wettbewerbsfähigkeit. Doch thematisieren sie selbst den Mangel an Akzeptanz und bieten der Politik an, gemeinsam an Lösungen zu arbeiten. Nicht zuletzt ist es die Furcht vor wechselnden politischen Mehrheiten (wie in Baden-Württemberg 2011), die rechtsverbindliche Beschlüsse in Frage stellen können.

Das Mantra lautet nun: Beteiligung und Beschleunigung sind kein Widerspruch, sondern zwei Seiten derselben Medaille. Gerade langwierige Verfahren seien ein zentraler Grund für mangelnde Akzeptanz: Komme die Beteiligung zu spät und zögen sich Verfahren über Jahre hin, sei das zu teuer, ineffizient, bürgerfern und schwer zu vermitteln. Der BDI betont: »Politik und Wirtschaft müssen gemeinsam kommunikative Legitimationsprozesse initiieren – mit dem Ziel, in der Bevölkerung mehr Akzeptanz für Großprojekte zu gewinnen.«⁹³ Selbst ein hartgesottener Manager wie Hartmut Mehdorn räumt ein: »Ein Großprojekt hat zunächst einmal einen Preis an sich. Aber das ist nicht die ganze Wahrheit«, es gebe einen »Aufschlag, den wir für die Demokratie bezahlen.« Mehrkosten für Kommunikation und Bürgerbeteiligung müsse man von Anfang an einrechnen. Früher habe man Planungen irgendwo in einem Rathaus ans Schwarze Brett gehängt. »Das geht so heute nicht mehr.«⁹⁴

An Bekenntnissen zu Dialog, Transparenz und Beteiligung herrscht heute kein Mangel. Die Hoffnung ist, dass der Bürger die neue Haltung honoriert. Die Signalwirkung soll groß sein, Distanz und Widerstand verringern, ein positives Klima schaffen, Konflikte verringern und vermeiden. Der Aufwand soll sich lohnen, weil er Zeitgewinne, Planungs- und Investitionssicherheit verheißt. Allerdings: Neue und mehr formale Rechte für Mitsprache und Mitentscheidung stehen für die Wirtschaft nicht im Vordergrund. Das Planungsrecht soll nicht komplizierter werden. Im Gegenteil: Dialog und Beteiligung sollen flexibel sein und nicht Teil gesetzlich vorgeschriebener Verfahren werden.

Es entstehen durchaus kreative und erstaunlich aufwändige Verfahren. So initiierte der Öl- und Gaskonzern ExxonMobil in Nordwestdeutschland

93 BDI, Investitionsprojekte vorantreiben, InvestitionsAgenda 27 (Juni 2011), URL: <www.bauindustrie.de/media/attachments/BDI-InvestitionsAgenda_27_Juni_2011_small.pdf> (27.6.2011).

94 Kevin Hoffmann, Mehdorn kann auch milde, in: Der Tagesspiegel (25.6.2013), S. 11.

2011–12 einen fast zweijährigen »Info-Dialog«, der Bürger- und öffentliche Expertenbeteiligung kombinierte. Im Fokus stand das Defizit an Grundinformationen und Bewertungen einer neuen Technologie: Fracking, einer kontroversen Technik zur Erkundung und Förderung von Erdgas aus unkonventionellen Lagerstätten. ExxonMobil ließ einen Expertenkreis zusammenstellen, der nur aus Wissenschaftlern und Technikern bestand, die zuvor nicht für ExxonMobil oder Erdgasfirmen gearbeitet hatten. Deren Unabhängigkeit sollte auch kritischen Bürgern gesichert erscheinen. Parallel tagte ein Arbeitskreis gesellschaftlicher Akteure, in dem Bürger-, Bauern-, Kommunal-, Kirchen-, Kammer- und Verbandsvertreter Fragen an die Technikexperten sammelten sowie deren Ergebnisse und Empfehlungen diskutierten. Die Experten tagten meist öffentlich. Ihre Berichte ließen es an Kritik, Anpassungsvorschlägen und Arbeitsaufträgen für Exxon nicht mangeln.⁹⁵ Solange der rechtliche Rahmen fürs Fracking ungeklärt ist, kann Exxon nicht weiterbohren. Fracking bleibt weiterhin umstritten, und mit dem »Info-Dialog« waren Fundamentalgegner nicht zufrieden. Doch der Prozess belegte, dass es ein konstruktives Miteinander geben kann.

Legitimation durch Kommunikation?

Mit der von Frank Brettschneider geforderten »Legitimation durch Kommunikation«⁹⁶ ist es so eine Sache. Es ist riskant, Interessenausgleich und Konfliktbearbeitung auf ein Kommunikationsproblem zu reduzieren. Zwischen Kommunikation, Beteiligung und Konfliktlösung liegen Unterschiede. Wenn in Unternehmen eine zu schlichte Vorstellung von PR-getriebenem »Projektmarketing« dominiert, ist es mit der Legitimation nicht weit her. Problembehaftet ist auch die Annahme, die Menschen leisteten Widerstand, weil sie nicht richtig informiert seien; oder sie reagierten nur auf bestimmte Art Kommunikation. Wer nur informieren und aufklären will, mag am Ende eher Widerstand schüren, weil die Risikowahrnehmung steigt. Wird die Kommu-

95 ExxonMobil, Informations- & Dialogprozess der ExxonMobil über die Sicherheit und Umweltverträglichkeit der Fracking-Technologie für die Erdgasgewinnung (2012), URL: <www.dialog-erdgasundfrac.de/> (1.12.2013).

96 Frank Brettschneider, Kommunikation und Meinungsbildung bei Großprojekten, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 44/45 (2011), S. 40-47, hier S. 41.

nikation gar nur als Verfahrenskosmetik angelegt, ist das eine Provokation. Dann steht der Vorwurf im Raum, es gehe nur um »Akzeptanzmanagement«; bei Alibiveranstaltungen würden Bürger nur belehrt, es werde gar nicht ernsthaft verhandelt; da könnten nur »faule Kompromisse« herauskommen, und Bürgergruppen würden »über den Tisch gezogen«. ⁹⁷

Mit Placebo-Partizipation gewinnt man keine Freunde und Partner. Substantielle Beteiligung umfasst die Bereitschaft zur (möglicherweise grundlegenden) Veränderung des Projekts. »Mit Partizipation wird das Produkt an die Präferenzen der Bürger angepasst«, unterstreicht Ortwin Renn, »und nicht nur der Stil der Kommunikation«. ⁹⁸ »Die gestellte Frage muss wirklich offen und nicht bereits entschieden sein. Es darf also keine Scheinpartizipation sein. Das wirkt manipulativ«, mahnt der Berater und Moderator Henning Banthien: »[D]as Ergebnis muss relevant sein, es muss Eingang finden in den Entscheidungsprozess der zuständigen Institutionen«. ⁹⁹ Eng verknüpft mit der Wahrnehmung, wie »ergebnisoffen« die Gespräche sind, ist, wie Teilnehmer ihre Einflussmöglichkeiten einschätzen. »Der Grad der Ergebnisoffenheit von Dialog-Prozessen«, fordert Kristina Sinemus, muss »stets transparent kommuniziert werden«. ¹⁰⁰ Umgekehrt aber wirkt es realitätsfern, nähme man – gerade bei Privatunternehmen – völlige Ergebnisoffenheit an. Manager werden für Betrieb und Firmenerfolg substantielle Projekte – erst recht die ganz großen – niemals in halb fertigem Zustand und ohne klare Steuerungs- und Durchsetzungsabsicht öffentlich erörtern und schauen, »was geht«.

Projektträger dürften Beteiligungsprozesse nicht als »Konsensmaschine« missverstehen, warnen die Kommunikationsberater Tarik Shah und Inga Karten, die am Projekt Fehmarnbeltquerung mitwirken. »Das Ziel lautet

97 Anna Geis, *Regieren mit Mediation. Das Beteiligungsverfahren zur zukünftigen Entwicklung des Frankfurter Flughafens*, Wiesbaden 2005, S. 142-145.

98 Ortwin Renn, *Hang zum Gigantischen stößt auf Misstrauen*, URL: <www.ingenieur.de/Panorama/Am-Rande/Hang-Gigantischen-stoesst-Misstrauen> (12.11.2015).

99 Henning Banthien, *Letzte Chance Bürgerbeteiligung? Innovation, Partizipation und Mediation in der Großstadt- und Regionalpolitik*, in: Marco Althaus/Gerhard Göhler/Cornelia Schmalz-Jacobsen/Christian Walther (Hg.), *Medien, Macht und Metropolen*, Frankfurt a. M. 2012, S. 131-144, hier S. 136.

100 Kristina Sinemus, *Bürger im Dialog. Zur konstruktiven Gestaltung von Dialog-Prozessen*, in: Thorsten Hofmann/Kristina Sinemus (Hg.), *Partizipation. Neue Herausforderungen für die Kommunikation*, Berlin 2013, S. 75-85, hier S. 78.

Vertrauen, nicht Konsens«, dafür lägen Positionen häufig zu weit auseinander. Kritiker sollten »darauf bauen können, dass die Projektträger kompetent und auch willens sind, ihre Anliegen ernst zu nehmen und konkrete Verbesserungsvorschläge zu berücksichtigen«. Sie fordern einen »Mentalitätswandel bei der kommunikativen Begleitung von Großvorhaben« und betonen, dass Bürger rechtzeitig, aber auch auf Augenhöhe agieren wollten. Kommunikation müsse von Anfang an und auch finanziell in die Projektstrategie integriert werden. Stuttgart 21 zeige, wie wichtig Kommunikation von Zwischenschritten sei, um die »böse Überraschung« der Bürger zu vermeiden: »Wenn hierzulande technische Pläne oder Ergebnisse veröffentlicht werden, dann in der Regel erst, wenn klar ist, dass sich daran nichts mehr ändern wird. In Skandinavien dagegen ist es üblich, dass Zwischenstände bei der Planung mit kommuniziert werden. Diese Praxis überrascht in Deutschland und erfordert einiges an Mut – vor allem, weil die Öffentlichkeit Veränderungen lieber als Korrektur vorheriger Fehler statt als natürlichen Teil einer optimierten Planung ansieht.«¹⁰¹

Selbst gut gemeinten, umfassend und professionell gemanagten Dialog- und Beteiligungsangeboten können Missverständnis und Misstrauen entgegenschlagen. Nichtregierungsorganisationen ist aus politischen Verfahren die »Kooptationsfalle« wohl bekannt: Wer sich an den Konferenzstisch setzt, trägt zur Legitimierung unerwünschter Entscheidungen bei. Es ist eine Strategiefrage, ob eine Gruppe ihre Interessen besser durch Teilnahme vertreten und durchsetzen kann oder durch Beeinflussung der Öffentlichkeit von außen. Einbindung ist, wie Anna Geis hervorhebt, stets ein Risiko.¹⁰²

Das Risiko wiegt umso schwerer, wenn die Steuerung des Verfahrens bei anderen liegt oder vermutet wird, dass der vermeintlich neutrale Moderator die Strippen für den Projektträger zieht. Wie über was mit wem gesprochen wird, wohin die Gespräche gelenkt werden, wie verbindlich sie sind – das ist zu Beginn eines Verfahrens oft nur schwer absehbar. Selbst eher administrative Regeln können ins Dilemma führen. Ein Beispiel sind Vereinbarungen über Vertraulichkeit und Nichtöffentlichkeit, die helfen sollen, hinter ver-

101 Tarik Shah/Inga Karten, Wege aus der »Dagegen-Falle«. Politik & Kommunikation (Mai 2011), S. 42-46, hier S. 46.

102 Anna Geis, Regieren mit Mediation. Das Beteiligungsverfahren zur zukünftigen Entwicklung des Frankfurter Flughafens, Wiesbaden 2005, S. 142.

geschlossenen Türen offen und ehrlich zu sprechen. Sich aber zur Schweigensamkeit zu verpflichten, wenn die eigene Basis kontinuierliche Information, Transparenz und Öffentlichkeit einfordert, ist für manche Gruppen ein schwieriger Spagat. Im Fall der Schlichtungsgespräche zu Stuttgart 21 wurde maximale Öffentlichkeit vereinbart, die Runden sogar live im Rundfunk übertragen. Das war eine geradezu extreme Lösung.

Typischerweise wird die Forderung erhoben, »alle« Betroffenen an einen runden Tisch zu bringen. Dem können sich Projektträger kaum entziehen. Teilnehmende Gruppenvertreter haben allerdings keineswegs immer ein eindeutiges Mandat, und im Fall lockerer Initiativen und Netzwerke ist dies oft diffus. Es kann sein, dass sich neue Gruppen bilden, wenn bestimmte Bürger ihre Interessen bisher nicht berücksichtigt sahen oder es zu Konflikten und Rivalitäten kommt – oder durch Projektveränderungen neue Betroffenengruppen hinzukommen.

Ein Beispiel liefert der Flughafen Berlin-Brandenburg: Ein Jahrzehnt lang waren im Konflikt um BER nur Bürgerinitiativen brandenburgischer Anrainergemeinden engagiert. Als 2010 die Flugrouten-Planung bekannt wurde – und das »in einer durch Stuttgart 21 vorgewärmten öffentlichen Grundstimmung«, so der Flughafensprecher Ralf Kunkel –, schossen in Berlin und weiteren Kommunen Brandenburgs neue Gruppen wie Pilze aus dem märkischen Sand. »Bündnisse bildeten sich, zerstritten sich, formierten sich neu«, beobachtete Kunkel. Es gab bald so viele Gruppenvertreter, dass in der Airport-Fluglärmkommission Interessenausgleich und das Finden gemeinsamer Empfehlungen immer schwieriger wurden. Während sich einige Gruppen dennoch konstruktiv um Lösungen bemühten, kam es bei anderen Gruppen zur Radikalisierung; sie forderten sofortigen Baustopp und Neuplanung.¹⁰³

Ein weiteres Dilemma zeigt sich, wenn auch kompromisslose Gegner Platz am Tisch nehmen – Gruppen, für die Verhinderung und nicht Projektanpassung Priorität hat. Mit unverrückbaren Kontrahenten lässt sich schwer ein produktiver Dialog führen. Diesen den Platz am Tisch zu verweigern, ist dennoch selten gute Taktik. Das würde der Idee »Legitimation durch Kom-

103 Ralf Kunkel, Mutbürger stärken, Wutbürger aushalten – Beobachtungen zur Akzeptanz von Großprojekten am Beispiel des Flughafens Berlin Brandenburg, in: Thorsten Hofmann/Kristina Sinemus (Hg.), Partizipation. Neue Herausforderungen, S. 146-153, hier: S. 149 f.

munikation« zuwiderlaufen. Zudem sind Gesprächspartner nicht immer leicht einzuschätzen. Die Grauzone zwischen NIMBY und NIABY wurde schon erläutert. In allen Gruppen gibt es konstruktive Leute und solche, die es nicht sind; Idealisten, Ideologen ebenso wie Opportunisten. Manche Gruppen sind von realistischen Strategen geprägt, die zwar hart für ihre Sache streiten, aber darauf zielen, sich ihre Zustimmung für einen hohen Preis abhandeln zu lassen. Gerade Bürgerinitiativen sind nicht monolithisch. Innere Zerwürfnisse, Macht- und Strategiekämpfe sind häufig zu beobachten.

Quasi-Politiker und Politiker

In der Wirtschaft wird die strategische und taktische Finesse von Bürgergruppen gern unterschätzt, ebenso ihre Verankerung in der politischen Landschaft einer Region. Darum lautet ein Ratschlag, die Anführer von Bürgerinitiativen und Protestgruppen wie Politiker einzustufen, als inoffizielle Mitglieder der regionalen Politikelite; sie mögen zwar weder gewählte Volksvertreter noch öffentlich bestellte Amtsträger sein. Aber sie seien, so Michael Thomsett, gewissermaßen Minister ohne Portfolio. Ihre Macht möge inoffiziell und informell sein, aber es sei eben Macht. Sie hätten politische Motive, und Eigeninteressen seien, auch wenn das nicht unbedingt sofort sichtbar sein mag, immer ein treibender Faktor. Sie sähen sich zudem oft selbst als (ungewählte) Volksvertreter. Das sei stärker als gelegentlicher Aktivismus: Wer eine Organisation anführt, hat Zeit und Mühe investiert, um ein politisches Kontaktnetz aufzubauen, und er hat mutmaßlich einen Sinn für Macht und Einfluss entwickelt.

Sie als Quasi-Politiker einzustufen, ist auch deshalb plausibel, weil in Protestgruppen tatsächlich oft politisch erfahrene Leute oder Politiker aktiv sind. Das mag der (frühere) Gewerkschaftssekretär oder Vorstand der Handwerkskammer sein, der ehrenamtliche Gemeinderat oder Ortsbürgermeister, Unternehmer mit Parteibuch, der gut verdrahtete Anwalt, Journalist oder Inhaber einer kleinen Werbeagentur. Sie zweifeln nicht an eigener Wichtigkeit, kennen die Werkzeuge und sind mit allen Wassern gewaschen. Der Rentner beispielsweise, der zehn Jahre lang die größte Initiative gegen den Flughafen Berlin-Brandenburg führte, Tausende Kläger und Millionenspenden für Prozesse, Medienarbeit und Aktionen sammelte, war der frühere

CDU-Bundestagsabgeordnete Ferdi Breidbach, der auch als PR-Manager und Lobbyist für BP, Philip Morris und Axel Springer gearbeitet hatte.¹⁰⁴

Quasi-Politiker legen wie andere Politiker Wert darauf, sich kräftig zu artikulieren, Anerkennung zu erhalten und nicht als machtlos da zu stehen. Was auch immer als Sachlösung sinnvoll sein mag, aus politischen Gründen des »do ut des« ist es nötig, Konzessionen zu machen – auch symbolische. Sie müssen ihrer Basis beweisen, dass der Kontrahent ihre Sichtweise ernst nimmt und sie etwas erreicht haben. Der Bedarf an Reziprozität ist zu befriedigen, so Wolfgang Gessenharter: »Nur auf dieser Grundlage kann dann jene Haltung erwachsen, die für Win-win-Lösungen unverzichtbar ist, nämlich dem anderen seinen Gewinn gönnen, so wie ich sicher sein kann, dass er mir meinen gönnt.«¹⁰⁵

Vermittelnde Gespräche, Mediation und Schlichtungen sollen zur Beruhigung, Befriedung und Risikominimierung beitragen. Genau dies lässt sich aber, wie Anna Geis feststellt, »auch als Entpolitisierung lesen«, mit denen Protest deaktiviert, demobilisiert und entmutigt wird.¹⁰⁶ Wer sich darauf nicht einlassen will, nutzt die Gesprächsplattform möglicherweise als neue Bühne.

Implizit wird häufig angenommen, dass Protestgruppen während laufender Gespräche nicht weiter protestieren. Doch die weiße Parlamentärsflagge ist in der Realität gesellschaftlicher Konflikte kein Schutzschirm. Zweifellos belastet es den Gesprächsverlauf, wenn Teilnehmer extern weiter gegen ein Projekt agitieren (oder auch prozessieren) statt stillzuhalten. Es kann vorkommen, dass selbst am Tisch demonstrativ das Gespräch verweigert wird; oder dass Teilnehmer offen Konflikte zu eskalieren oder die Verfahren zu kapern versuchen. Ein Ziel der Polarisierung während laufender

104 Jürgen Schwenkenbecher, Der Himmel über Diedersdorf, Berliner Zeitung, URL: <www.berliner-zeitung.de/archiv/der-bayer-ferdi-breidbach-ist-in-die-naehe-von-schoenefeld-gezogen--dann-kamen-die-flughafenplaene--seitdem-ist-sein-leben-ein-kampf-der-himmel-ueber-diedersdorf,10810590,10746362.html> (2.10.2010).

105 Wolfgang Gessenharter, Chancen und Grenzen von Bürgerbeteiligungen – Theorie und Praxis, in: Stephan Braun/Alexander Geisler (Hg.), Die verstimmte Demokratie. Moderne Volksherrschaft zwischen Aufbruch und Frustration, Wiesbaden 2012, S. 237-246, hier S. 240.

106 Anna Geis, Das »Schlichtungsverfahren« zu »Stuttgart 21«. Die neueste demokratische Errungenschaft?, in: Olaf Asbach/Rieke Schäfer/Veith Selk/Alexander Weiß (Hg.), Zur kritischen Theorie der politischen Gesellschaft, Wiesbaden 2012, S. 143-163, hier S. 160.

Verfahren kann auch sein, Mandatsträger unter starken Druck zu setzen, sich sofort »dafür« oder »dagegen« auszusprechen.¹⁰⁷

Es ist in der Praxis nicht allzu schwierig, Politiker zu beeindrucken. Politiker haben Respekt vor Organisations- und Mobilisierungsfähigkeit jeder Art. Sie wissen, dass sich die meisten Bürger eher nicht so stark für öffentliche Belange interessieren, dass sie ihre Freizeit nicht opfern, um auf Veranstaltungen oder Verwaltungsterminen trockene Themen zu verfolgen. Ein gut gefüllter Saal, in dem gut informierte Bürger sichtbar und laut ihre Meinung äußern, hartnäckig Fragen stellen und scharfe Debatten anzetteln, ist im Politikeralltag eher ungewöhnlich. Häufiger stellen Politiker bei den meisten Bürgern Desinteresse, Apathie, geringes Engagement und Beteiligungsbereitschaft fest. Politiker haben ein Gespür dafür, dass eine Situation vom Normalfall abweicht. Wenn für ein Thema Interesse wächst und es Gruppen gelingt, Aufmerksamkeit zu erheischen, dann werden Politiker genau hinsehen, was sich da zusammenbraut. Erst recht gilt das für die eskalierende Konfrontation. Es kommt vor, dass Firmenvertreter im Bürgerhaus niedergebuckt oder sogar physisch bedrängt werden oder dass vor dem Saal der Firmenwagen beschädigt wird. Das werden Politiker öffentlich verurteilen, aber dennoch sind es politische Signale, die sie kaum ignorieren werden. Ebenso vermerken Politiker, wenn es im Vorfeld von Erörterungsterminen der Verwaltung zu organisierten Handlungen kommt: wenn mehr und kritischere Stellungnahmen von Trägern öffentlicher Belange eingehen als erwartet oder wenn Gruppen Mustertexte verbreiten, um die Zahl schriftlicher Einwendungen hochzutreiben, so dass die Verwaltung mehr Einwender einladen und anhören muss.

Politiker haben multiple Interessen, auch solche, die mit dem Projekt gar nichts zu tun haben. Mancher sucht sich eine Arena, um die eigene Bürgernähe, Tatkraft und Führungsstärke in Szene zu setzen; um sich ein Profil als Anwalt für hochkommende Themen zu geben, oder schlicht Macht, Einfluss und Wichtigkeit zu demonstrieren. Dazu gehört der Zweck, Parteiflügel oder Wählergruppen einzubinden und unter Kontrolle zu halten. Eine »ergebnisoffene« Diskussion zu führen, widerspricht häufig dieser Logik.

107 Gilbert Garcia, The NIMBY psychology. Garcia for Mayor, URL: <web.archive.org/web/20050405102125/>, URL: <dwp.bigplanet.com/garciaformayor/nimby/> (12.10.2000).

Profis fürs Dialog- und Beteiligungsgeschäft

Indes setzen zahlreiche Politiker auch auf einen systematischen Einsatz von Dialog- und Beteiligungsinstrumenten, weil sie der Wirtschaft helfen wollen, Konflikte zu entschärfen. Erkennbar bemühen sich vor allem Wirtschafts-, Infrastruktur- und Verkehrsministerien. Sie stellen praktische und institutionalisierte Hilfen bereit. Handbücher und Leitfäden, Kommunikations- und Koordinationsstellen, nicht nur – wie erwähnt – auf Bundesebene. So beschäftigt das Wirtschaftsministerium in Nordrhein-Westfalen eine Geschäftsstelle »Dialog schafft Zukunft – Fortschritt durch Akzeptanz«, die diverse lokale »Industriebündnisse« betreut und sich selbst als Berater und Serviceagentur sowie einen mit zahlreichen Beteiligungsformaten und Prozessmustern bestückten »Werkzeugkasten« empfiehlt.¹⁰⁸

Egal, ob Beteiligung auf der Informations- und Konsultationsebene verharrt oder intensivere Zusammenarbeit verspricht: Das »Beteiligungsmanagement« verlangt Organisation und Planung, Fachwissen und eigene Etats. »Ein großes Missverständnis auf Seiten der Bauherren ist, dass Beteiligung »nebenbei« passieren kann«, konstatiert der Berater Thorsten Hofmann.¹⁰⁹ Wer Profis für Dialog und Bürgerbeteiligung finden will, findet sie in einer jungen »cottage industry«: Beratungsfirmen, Kommunikationsagenturen, Anwaltskanzleien und Mediatoren bieten gegen Honorar an, den Prozess in die Hand zu nehmen. Darüber hinaus treten geschäftstüchtige Stiftungen und akademische Institute auf den Markt. Die Vielzahl ihrer – teilweise recht komplexen und sogar computergestützten – Ansätze soll hier nicht erörtert werden.¹¹⁰ Die Professionalisierung dieser Dienstleistung ist schon länger im Gange: Die steigende Zahl der Umwelt- und Technikkonflikte und das kritische Klima für Großprojekte dürften den Markt für Manager der öffentli-

108 Dialog schafft Zukunft, Werkzeugkasten Dialog und Beteiligung. Ein Leitfaden zur Öffentlichkeitsbeteiligung, Düsseldorf 2012, URL: <www.dialog-schafft-zukunft.nrw.de/fileadmin/redaktion/PDF/Werkzeugkasten_Dialog_und_Beteiligung.pdf> (1.12.2013).

109 Thorsten Hofmann, Der Weg des Vertrauensaufbaus, in: Thorsten Hofmann/Kristian Sine-mus (Hg.), Partizipation. Neue Herausforderungen, S. 99-114, hier: S. 107.

110 Siehe dazu den genannten Werkzeugkasten von »Dialog schafft Zukunft«, das Überblickswerk Patrizia Nanz/Miriam Fritsche, Handbuch Bürgerbeteiligung. Verfahren und Akteure, Chancen und Grenzen, Bonn 2012 oder das Netzwerk Bürgerbeteiligung, an dem zahlreiche Berater mitwirken, URL: <www.netzwerk-buergerbeteiligung.de> (1.12.2013).

chen Beteiligung weiter wachsen lassen. 1990 entstand sogar ein Berufsverband, die International Association for Public Participation (IAP2), dessen Weiterbildungsakademie Fachzertifikate vergibt.¹¹¹ In Deutschland haben diverse Berufsverbände der Mediatoren und Universitätsstudiengänge den Bedarf im öffentlichen Sektor aufgegriffen.

Doch auch solche Profis bieten keine Erfolgsgarantie. Dialog- und Beteiligungsverfahren sind mehr Kunst als exakte Wissenschaft; es gibt viele Formate, aber wenig Standardsituationen. Von Routinepraxis lässt sich beim besten Willen nicht reden. Unberechenbarkeit ist ein ständiger Begleiter. Keineswegs führen die durch Profis gemanagten und moderierten Verfahren immer zu einer Versachlichung und vertrauensvollen Zusammenarbeit. Das mag an den Auftraggebern liegen, an den Bürgern oder an der Beratung und Vermittlung selbst. Die Verfahren können zu komplex werden und die Teilnehmer überfordern; falsches Format, Timing oder Handwerkszeug können die Beteiligten zermürben und das Misstrauen erhöhen. Je länger ein Verfahren dauert, desto unwahrscheinlicher wird es, dass dieselbe Gruppe engagierter Bürger kontinuierlich mitwirkt und die Repräsentativität gesichert bleibt. Überdies bewegen sich solche Prozesse nicht im politischen Vakuum: Sie werden zumindest von Politikern und Medien immer auch im Sinne politischen Wettbewerbs gedeutet.

Beteiligung und Kompensation: Der Appell an den Homo oeconomicus

Eine mögliche Lösung für NIMBY-Konflikte liegt in einem Kompensationsgeschäft: Akzeptanz gegen Geldzahlung als Ausgleich für eine (wahrgenommene) Belastung. Der ausgehandelte finanzielle Interessenausgleich lässt sich als Variante von Bürgerbeteiligung interpretieren. Auch ein NIMBY-Aktivist kann ein kalkulierender Homo oeconomicus sein, dessen Widerstand ab einer bestimmten Summe kollabiert. Dies gilt auch für ganze Gemeinden und Regionen. Hohe Ausgleichs- oder Pachtzahlungen können selbst erbitterte Gegner umstimmen – wie der Fall einer früheren Galionsfigur der Anti-Windkraft-Bewegung belegt: Zehn Jahre lang führte ein Grundbesitzer

¹¹¹ Bis 1996: International Association of Public Participation Professionals (IAP3). Der Verband öffnete sich im Laufe der Zeit für alle am Thema Interessierten., URL: <www.iap2.org>.

im Nordosten Brandenburgs eine Bürgerinitiative an, die sogar für den Kreistag kandidierte und dort als Fraktion einzog; doch als der »Don Quichotte der Uckermark« den Kampf gegen die Windmühlen verloren sah, bot er seinen Boden selbst als Standort an, um Pacht zu kassieren.¹¹²

Es gibt zahlreiche Vorschläge aus der Ökonomen-Werkstatt, wie sich NIMBY-Widerstand mit Marktanreizen beikommen lässt: etwa durch Ausschreibungen und Auktionen, bei denen Gemeinden als Standorte für ein Großprojekt und entsprechende Kompensationszahlung bieten. Kommunen, die intern keine Willensbildung dazu herstellen können, sollen sich gar nicht erst beteiligen. Die wohl umfassendste Konzeptstudie zu Auktionen für LULU-Projekte stammt von Herbert Inhaber, der die Holländische Rückwärtsversteigerung für besser hält als jede Verhandlungslösung und dies ökonomisch, politisch, psychologisch und kommunikativ begründet.¹¹³ Von Zeit zu Zeit wird so etwas ausprobiert. Für Aufsehen sorgte 2011 das spanische Dorf Villar de Cañas, das sich gegen 13 Kommunen in der Ausschreibung für ein Atommüll-Zwischenlager durchsetzte. Jedes Jahr sieben Millionen Euro und neue Arbeitsplätze schienen es wert, sich freiwillig als Standort zu melden.¹¹⁴

Warum gibt es dabei Probleme? Nicht nur deshalb, weil die Sache teuer werden kann. Nein, bei der Überwindung des regionalen Widerstands geht es vorrangig darum, eine Vertrauensbeziehung aufzubauen. Die Aussicht auf ökonomische Vorteile spielt eine Rolle. Doch direkte Geldangebote belasten den Prozess. Was scheinbar einfach ist, nämlich die nüchterne Geschäftstransaktion, macht ein unerwünschtes Projekt möglicherweise noch unerwünschter. Die ökonomische Kompensationslösung sei zwar theoretisch elegant, stellt der Ökonom Bruno Frey fest, aber »sie funktioniert nicht«. Die Verwendung des Geld- und Preissystems zur Überwindung gesellschaftlicher Probleme stoße in den meisten Fällen auf starken Widerstand. Monetäre

112 Alexander Fröhlich, Die Seiten gewechselt, Tagesspiegel (21.9.2012), auf URL: <www.tagesspiegel.de/berlin/die-seiten-gewechselt/7160572.html>; Marcus Franken, Der Anti-Anti-Windkraftaktivist, Klimaretter.info, URL: <www.klimaretter.info/protest/hintergrund/12688-der-anti-anti-windkraftaktivist> (3.1.2013).

113 Herbert Inhaber, Slaying the NIMBY dragon, New Brunswick/London 1998.

114 Strahlende Aussichten auf Arbeitsplätze: Spanisches Dorf feiert Zuschlag für Atommüll-Lager, Süddeutsche.de, URL: <www.sueddeutsche.de/politik/spanisches-dorf-feiert-zuschlag-fuer-atommuell-lager-strahlende-aussichten-auf-arbeitsplaetze-1.1247673> (31.12.2011).

Kompensationen würden häufig empört und grundsätzlich abgelehnt. Frey meint empirische Belege zu haben, dass ein »Verdrängungseffekt« eintritt: Das Angebot unterhöhle den Gemein- und Bürgersinn. Es vermindere die Bereitschaft, Opfer für die Gesellschaft zu bringen. Das sei erklärbar, wenn sozialpsychologische Effekte berücksichtigt werden. Bürger nähmen den »Bestechungsversuch« als Missachtung ihrer Protestgründe, ihrer Souveränität und Rechte wahr. Der Versuch, intrinsische durch extrinsische Anreize zu substituieren, schlage fehl. Insgesamt, so Frey, erschwere ein Geldangebot eine politische Lösung, statt sie zu erleichtern.¹¹⁵

Eine andere Art Anreiz ist die finanzielle Beteiligung von Bürgern. Man macht sie zu Miteigentümern oder zu Gläubigern mit gewissen Mitspracherechten. Anders als bei der Auktionsidee gibt es dafür viele erfolgreiche Beispiele. Bürgerwindparks, Bürgersolaranlagen und andere Bürgerkraftwerke sowie Energiegenossenschaften zeigen, dass die Akzeptanz solcher Projekte groß ist. Das belegt die Praxis in vielen Ländern ebenso wie Best-Practice-Empfehlungen von Branchenverbänden sowie wissenschaftliche Fallstudien. Ein Beispiel: Im Direktvergleich privater und kommunaler Windparks in zwei Nachbardörfern Sachsens zeigte sich, dass die negative Wahrnehmung von Belastungen, z. B. Schattenwurf von Rotorblättern, geringer und die Zustimmung zum Ausbau höher ist, wenn die Bürger Anteile besitzen.¹¹⁶ Nicht immer ist es praktikabel, Bürger als Direktinvestoren und Miteigentümer zu beteiligen. Unternehmerische Erfolgsbeteiligung ist auch durch schuldrechtliche Beteiligung möglich, bei denen Bürger Zins- und Rückzahlungsansprüche erwerben und mittelbar beteiligt sind. Dabei gibt es aber diverse gesellschafts- und kreditmarktrechtliche Fußangeln.¹¹⁷

115 Bruno S. Frey, Unerwünschte Projekte, Kompensation und Akzeptanz, in: *Analyse & Kritik* 19 (1997), S. 3-14; vgl. dazu Bruno Frey/Felix Oberholzer-Gee/Reiner Eichenberger, *The old lady visits your backyard: a tale of morals and markets*, in: *Journal of Political Economy* 6 (1996), S. 1297-1313.

116 Fabian Musall, Onno Kuik, *Local acceptance of renewable energy. A case study from southeast Germany*. *Energy Policy* 39 (2011), S. 3252-3260.

117 Carsten Kunkel, *Zur Bedeutung und möglichen Haftungsrisiken bei der Umsetzung von gesellschaftsrechtlichen Bürgerbeteiligungsmodellen bei Erneuerbare-Energien-Projekten*, in: *Wissenschaftliche Beiträge der TH Wildau* (2013), S. 31-38, URL: <www.th-wildau.de/fileadmin/dokumente/aktuelles/Medien_Publikationen/wb_2013_web.pdf> (1.12.2013).

Im Herbst 2012 plädierte Bundesumweltminister Peter Altmaier dafür, beim Netzausbau eine »Bürgerdividende« einzuführen. Netzbetreiber seien ohnehin verpflichtet, Fremdkapital aufzunehmen. 15 % des Gesamtkapitals könnten für Bürgerbeteiligungen in Form von festverzinslichen Anleihen zu 3 bis 5 % reserviert werden. »In erster Linie möchte ich sie den Bürgern anbieten, über deren Grundstücke die neuen Leitungen führen. In zweiter Linie denjenigen, deren Gemeinde durch den Netzausbau tangiert ist«, so Altmaier. Gefragt, ob er glaube, dass »mit ein paar Euro« der Widerstand gegen Trassen gebrochen werden könne, sagte er, das sei gar nicht das Ziel: »Die Anteilsscheine werden vermutlich nicht von denjenigen gekauft, die vor Gericht gegen die Planfeststellung klagen. Es geht darum, generell die Akzeptanz für die Energiewende zu schaffen – dadurch, dass wir nicht nur die Kosten, sondern auch die Erträge breit streuen.«¹¹⁸

Die vom Minister propagierte Maßnahme setzte im Sommer 2013 als Pilotprojekt der niederländische Übertragungsnetzbetreiber TenneT in Schleswig-Holstein um: Trassenanwohner in den Kreisen Nordfriesland und Dithmarschen sollten ein TenneT-Finanzprodukt zeichnen. Mit viel Aufwand führte TenneT eine Kampagne »Ihre Energiewende direkt und vor Ort – Bürgeranleihe Westküstenleitung«. Die Firma schrieb 160.000 Haushalte an und warb mit dem Internetauftritt »buergerleitung.de«, mit Inseraten, Plakaten und im Rundfunk, in Sprechstunden, Diskussionsveranstaltungen, an Runden Tischen und in kommunalen Arbeitskreisen. Minister Altmaier und Ministerpräsident Torsten Albig ließen sich einspannen. Doch hagelte es bald Kritik. Verbraucherzentralen und Finanzberater warnten vor der für Kleinanleger ungeeigneten Anlage und Totalverlustrisiko.

In der Tat war die börsennotierte Hybridanleihe eher ein Finanzprodukt höherer Risikoklasse. Bürger investierten nicht direkt in eine »Bürgerleitung«, sondern liehen Geld an eine holländische Holding. Die Resonanz bei den Anwohnern war zurückhaltend; bald war von Flop, Ladenhüter und Käuferstreik die Rede. TenneT bemühte sich klarzustellen, dass es die Anleihe gar nicht anbiete, um die Leitungsfinanzierung zu sichern: »Die Bürgeranleihe

118 Ralph Bollmann/Inge Kloepfer, Umweltminister Peter Altmaier. »Die Bürger sollen an der Energiewende verdienen«, Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, URL: <www.faz.net/aktuell/wirtschaft/umweltminister-peter-altmaier-die-buerger-sollen-an-der-energiewende-verdienen-11908837.html> (29.9.2012).

ist ein Instrument, mit dem wir lediglich um Akzeptanz für die Westküstenleistung werben möchten. Wir sind davon überzeugt, dass der Netzausbau nur dann gelingt, wenn wir die Menschen in der Region dabei mitnehmen. Dafür führen wir einen breiten Dialog mit den Anwohnern, Gemeinden und Organisationen. Wir wollen den Menschen an der Westküste darüber hinaus auch die Möglichkeit bieten, über die Bürgeranleihe vom Netzausbau in ihrer Region auch finanziell zu profitieren. [...] TenneT teilt lediglich seine durch die Bürgerleitung entstehenden Kosten und erzielten Erträge mit den betroffenen Bürgern.«¹¹⁹

Aber auch das Akzeptanz-Ziel stieß auf Kritik. Die *WirtschaftsWoche* rechnete vor: Solange sich die Stromleitung in der Planungsphase befinde, erhielten Anleger nur 3 % Zinsen, mit Baubeginn steige der Ertrag auf 5 %. »Diese Klausel liest sich fast wie eine Art Bestechungsversuch an die Anwohner: Je geringer ihr Widerstand, desto schneller wird das Projekt genehmigt und umso attraktiver auch ihre Geldanlage.«¹²⁰ In der Energiebranche gingen die Meinungen weit auseinander. Bei einem Stromkonzern hieß es: »Akzeptanz kann man nicht kaufen und deshalb werden auch diese Modelle bei den direkt vom Leitungsbau betroffenen Bürgern nicht zu mehr Akzeptanz führen.«¹²¹

Gegenmobilisierung: Gewinnen statt »Win-win«

Dialog-, Vermittlungs- und Beteiligungsprozesse werden meist mit dem Ziel organisiert, einen Basiskonsens herbeizuführen. Kooperation, Wertschätzung, wechselseitiges Lernen, Wahrung und Ausgleich der Interessen sind Kernelemente. Auf das Gesamtpaket wird ein freundliches Etikett geklebt: »Win-

119 TenneT, Bürgerleitung (2013), URL: <www.buergerleitung.tennet.eu/anleihe/tennet-und-die-buergeranleihe.html> (1.12.2013).

120 Sebastian Kirsch, Bürgeranleihe: Hochspannung als Geldanlage, in: *WirtschaftsWoche*, URL: <www.wiwo.de/unternehmen/energie/buergeranleihe-hochspannung-als-geldanlage/8373644.html> (19.6.2013).

121 Steffen Fründt, Warum Altmaiers Anleihe ein Flop zu werden droht, in: *Welt*, URL: <www.welt.de/finanzen/geldanlage/article118892738/Warum-Altmaiers-Anleihe-ein-Flop-zu-werden-droht.html> (11.8.2013).

win«. Im Hintergrund steht die v. a. bei Mediatoren wohlgeleitete Grundidee des »sachgerechten Verhandeln«, bekannt als Harvard-Konzept.¹²² Sie beschreibt eine Doppelsieg-Strategie, bei der es keinen Verlierer gibt, nur Gewinner. »Win-win« ist nicht einfach ein Kompromiss, bei dem jede Seite Abstriche macht und damit (zumindest ein bisschen) »verliert«. Im Konzept gelten Kompromisse aufgrund von Instabilität und weiter schwelender Konflikte als zweifelhafte Lösung. »Win-win« heißt mehr Aufwand, soll aber nachhaltig Frieden sichern. »Win-win« verlangt den Abschied vom Gewinner-Verlierer-Schema, den Ausstieg aus der Nullsummenlogik. Wettbewerb, etwa auf dem Markt oder zwischen politischen Parteien, basiert eher auf »Winlose«, auch wenn strategische Kooperation nicht ausgeschlossen ist.

Sich zu »Win-win« zu bekennen, ist rhetorisch leicht. Das populäre Konzept trifft allerdings auf eine gewisse Widerborstigkeit politisch denkender Akteure. Zudem ist offen die Frage zu stellen, ob »Win-win«-Orientierung immer richtig ist. Bei NIMBY-Konflikten gibt es eine zweite strategische Option, wenn Unternehmen oder andere Projektträger um öffentliche Unterstützung werben: den advokatischen Ansatz. Der Beteiligungsansatz ist stark prozess-, der advokatische Ansatz stärker ergebnisorientiert. Der Beteiligungsansatz zielt auf Konsens; die advokatische Option visiert kein »Win-win« an, sondern das Gewinnen eines spezifischen Ziels.¹²³ Im Grunde beruht sie auf »Winlose«, nur dass sie keine autoritär-administrative und technokratische Durchsetzung favorisiert, sondern vielmehr die Idee, dass breite öffentliche Unterstützung für ein umstrittenes Projekt gewonnen werden kann. Sie sieht den Gegner als Gegner, der so weit wie möglich zu neutralisieren und niederzuringen ist – demokratisch, aber wettbewerbsorientiert wie Parteien. Mit dem Gegner konkurriert man um unentschlossene Bürger und Multiplikatoren, die noch keine definitive Meinung haben. Mit anderen Worten, es ist eine Art Wahlkampf oder ein Plebiszit. Man könnte auch von einer Lobbykampagne sprechen, im Sinne von »Grassroots-Lobbying«: Für ein Großprojekt werden unter Bürgern Unterstützer identifiziert, organisiert und mobilisiert, die auf politische Entscheider Einfluss und Druck ausüben. Sie tun das, indem sie

122 Roger Fisher/William Ury/Bruce Patton, Das Harvard-Konzept, Frankfurt a. M. 2000.

123 Debra Stein, Winning community support for land use projects, Washington 1992 und dies., Creating a community outreach plan, Developments Magazine, URL: <www.gcastrategies.com/booksandarticles/138/creating-a-community-outreach-plan/> (1.12.2013).

ihre Sympathie für das Projekt artikulieren: in den Medien z. B. durch medienwirksame Aktionen, Demonstrationen oder auch nur Leserbriefen, mit Werbung, mit Unterschriftensammlungen und Petitionen, mit Briefen und Emails an Politiker, mit Präsenz bei Veranstaltungen und in Politiker-Sprechstunden, im Treppenhaus und an Nachbars Gartenzaun und ebenso auf allen Online-Kanälen. Eine solche Kampagne sucht sich Bündnispartner bei Vereinen, Interessengruppen, Initiativen; sie bildet eine Koalition für das Projekt. Wie im Wahlkampf wird Meinungsforschung eingesetzt, um die Kommunikationschancen zu finden.

Die advokatische Kampagne soll deutlich machen, dass die Zahl der Projekt-Unterstützer mindestens ebenso groß ist wie die der Gegner, besser noch größer. Der Haken dabei ist, dass sich Gegner meist leichter organisieren lassen als Befürworter, die weniger Leidenschaft zeigen und weniger motiviert sind, nach Artikulation zu suchen, Bürgerinitiativen zu gründen und sich das Rüstzeug für Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit anzueignen. Es reicht nicht, einen sachlichen Dialog anzustreben; Kampagnen müssen wie im Wahlkampf vermittlungsfähige Botschaften zuspitzen und emotionalisieren. Sie müssen mediale Kommunikationsereignisse schaffen. Sie müssen nicht nur eine positive Haltung schaffen, sondern in Aktionsformen verwandeln. Sie müssen Aktivisten anleiten, schulen, informieren, auf Argumentation und Auseinandersetzungen vorbereiten. So wie im Wahlkampf heute wieder Tür-zu-Tür-Canvassing und simple Mitmachaktionen (online wie offline) zum Instrumentarium gehören, müssen Projekt-Kampagnen durch persönliche Kontakte Mobilisierungskraft entfalten.

Das Problem der »schweigenden Mehrheit«

Der Ausgangspunkt der Überlegung ist, dass der Widerstand gegen Projekte oft größer scheint, als er ist. Die advokatische Kampagne soll ihn als Scheinriesen entlarven. In NIMBY-Konflikten behaupten Projektträger zwar, dass eine »schweigende Mehrheit« für das Projekt sei. Solange sie es aber nicht beweisen können und die Mehrheit schweigt, steht das Projekt in der strategischen Defensive.

Eine Erkenntnis der Stuttgart 21-Episode war, dass kämpferisch auftretende Protestinitiativen sehr große Resonanz in den Medien erhalten und

den Eindruck erwecken können, die Mehrheitsmeinung zu vertreten. Die Volksabstimmung zeigte später, dass der Eindruck nicht korrekt war. In der Wirtschaft kommt man daher zunehmend zu dem Schluss, dass eigene Kampagnen notwendig sind, um die »schweigende Mehrheit« zum Reden zu bringen.

Im Hintergrund knüpft diese Interpretation an Elisabeth Noelles Theorie der Schweigespirale an: Die durch die Medien wahrgenommene Mehrheitsmeinung verstärkt oder verringert die Bereitschaft vieler Menschen, die eigene Meinung öffentlich zu äußern, Gegenstandspunkte einzunehmen und sich auch zu streiten. Wer wahrnimmt, dass er zur Mehrheit gehört, fühlt sich bestätigt und trägt seine Haltung eher nach außen. Wer glaubt, sich in der Minderheit zu befinden, fürchtet soziale Isolation und schweigt, besonders wenn die eigene Haltung noch nicht gefestigt ist.¹²⁴

Eine Kampagne soll also nicht nur sachbezogene Informationsdefizite beseitigen, den möglichen Wandel in ein positives Licht rücken oder versichern, dass der Status quo durch ein Großprojekt gar nicht so bedroht ist, wie die Kritiker meinen. Sie soll vorrangig die Wahrnehmung umdrehen, dass »jeder« dagegen ist – in der Medienrealität, aber auch unterhalb der Medienschwelle zwischen Bürgern. Dafür werden Bürgerinitiativen *für* das Projekt gegen Bürgerinitiativen *gegen* das Projekt in Stellung gebracht. Die deutsche Bau- und Autoindustrie etwa fördert seit Jahrzehnten über 150 Bürgerinitiativen, die sich für Straßenbauprojekte einsetzen, mit Geldmitteln, Beratung und Schulung; auch das Initiieren von Bürgerinitiativen gehört dazu, indem man Gründer sucht und anleitet.¹²⁵

Politiker und Bürger sollen wahrnehmen, dass unter ihren Nachbarn viele Projektbefürworter sind, es sich also nicht um ein von außen aufgezwungenes Projekt handelt. Politikern wird verdeutlicht, dass es riskant ist, Protestgeheul hinterherzulaufen: Geben sie einseitig Protesten nach, verärgern sie viele andere Bürger (lies: Wähler). Der US-Berater Michael Saint, der in seinem Buch »Nimby Wars« etwas dramatisierend vom Häuser- und

124 Elisabeth Noelle, Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut, München 2001.

125 Marco Althaus, GSV: Industrie fördert Bürgerinitiativen für den Straßenbau, in: ders. (Hg.), Kampagne! 3. Neue Strategien im Grassroots Lobbying für Unternehmen und Verbände, Berlin/Münster i. Westf. 2008, S. 159-163.

Straßenkampf spricht, erläutert die Strategie: »The organization and management of citizen support groups is the key to land use politics because it creates an aura of popularity and approval. It also undermines and helps short-circuit opposition efforts to treat the developer as an unwelcome outsider inflicting a monstrosity on the town. If this effort is properly handled, opponents will find themselves unable to establish a convincing local chauvinism – us against them – since the »them« contingent includes their own neighbors. [...] Politicians realize that there are two sides to the matter and that they cannot simply adopt the view of the squeakiest wheel.«¹²⁶

Advokatische Kampagnen in der Praxis: Beispiel Flughäfen

Zum Abschluss soll das Prinzip der advokatischen Kampagne an einem Beispiel erläutert werden. Deutschland hat in Europa die größte Dichte von Flughäfen: Es gibt rund 550 Flugplätze, davon 40 Verkehrsflughäfen. Die Deutschen fliegen gerne. Luftfracht- und Logistikdienste sind wichtiger denn je. Sie sind Teil der Just-in-time-Produktion und der Kundenauslieferung. Die Flugbewegungen haben sich in den letzten 20 Jahren vervielfacht. Damit stiegen Fluglärm, Gesundheits- und Umweltbelastungen, Zubringerverkehr, Waldrodungen und Siedlungsbeschränkungen. Die Opposition von Umweltschützern gegen den »Klimakiller« Luftverkehr hat sich mit Anwohner-Initiativen verbündet. Die Bundesvereinigung gegen Fluglärm zählt als Mitglieder gut 100 Schutzvereinigungen sowie 40 Städte und Gemeinden aus dem Umland von Flughäfen. Allein im Frankfurter Einzugsbereich haben sich über 60 Initiativen und Umweltgruppen zusammengeschlossen.¹²⁷

An den Airports fordern sie Ausbaustopp, umfassende Nachtflugverbote, Flugrouten- und andere Betriebsbeschränkungen. Mit klarem Votum verhinderte in München 2012 ein Bürgerentscheid den Bau der dritten Bahn – und das, obwohl der Airport weit draußen liegt. Der Neubau des BER ist nicht nur von Technikpannen gezeichnet, sondern von einem Jahrzehnt Demonstrationen und Klagewellen. Gerichtsprozesse gegen Nachtflug hatten in

126 Michael Saint/Patrick Fox/Robert Flavell, *Nimby wars. The politics of land use*, Hingham, 2009, S. 64.

127 Bundesvereinigung gegen Fluglärm, URL: <www.fluglaerm.de>; Bündnis der Bürgerinitiativen [Rhein-Main], URL: <www.flughafen-bi.de> (1.12.2013).

vielen Bundesländern Erfolg. In Frankfurt und Berlin kam es über Monate zu fast wöchentlichen »Montagsdemonstrationen«, sogar an den Terminals. In der Rhein-Main-Region waren Wirtschaft und Politik lange darauf stolz, dass nach den Kämpfen um die Startbahn West in den 1980er Jahren ein aufwändiges Mediationsverfahren ab 1998 ein Jahrzehnt lang Frieden schuf. Doch heute ist die Polarisierung groß. Der Flughafen plant bereits ein neues Terminal und will kräftig wachsen, während der Lärmpegel mit der vierten Bahn höher geworden ist als einst gedacht. Die heutigen Aktivisten sehen sich an frühere Mediationsergebnisse nicht mehr gebunden. Selbst an kleineren Regionalflughäfen, die Defizite einfahren und um jede Landung kämpfen, um der örtlichen Wirtschaft Impulse zu geben, bedrängen Bürgerinitiativen erfolgreich Politik und Behörden.

Die sinkende Akzeptanz des Luftverkehrs ist in den Medien klar angekommen – besonders visuell. Die Bilder der Proteste sind an Konfliktstandorten allgegenwärtig. Das geht an Politik, Behörden und Gerichten natürlich nicht vorbei. Die Interessenverbände der Branche hatten dem lange wenig entgegen zu setzen, zumal die Lobbys oft zerstritten waren und der Politik geradezu signalisierten, dass aus ihren Reihen kaum koordinierter Widerstand gegen neue Belastungen zu erwarten war. Der 2010 gegründete Bundesverband der Deutschen Luftverkehrswirtschaft (BDL) sollte das ändern. Der BDL rekrutierte den Ex-ZDF-Journalisten Klaus-Peter Siegloch als Präsidenten. 2012 kritisierte Siegloch, kein einziges DAX30-Unternehmen habe sich vor dem Münchner Bürgerentscheid öffentlich für eine dritte Bahn ausgesprochen. Es sei kurzsichtig, sich an aktuellen Meinungsströmungen auszurichten:

Damit überließen die Profiteure der Luftfahrteinrichtungen die öffentliche Bühne dem lautstarken Bürgerprotest, der es dank starker Bilder in die Medien schafft.¹²⁸ Der Chef des Flughafens Köln/Bonn, Michael Garven, schlug in dieselbe Kerbe: Firmen zierten sich sehr, sich öffentlich zu Flughäfen und Luftverkehr zu bekennen. Zudem sei bisher versäumt worden, die an der Branche interessierten Bürger als politische Fürsprecher zu aktivieren. Diese reagierten nicht auf Zahlen und Fakten. Man müsse sie »mehr über den Bauch

128 Airliners.de, »Da läuft etwas schief«. Luftfahrt braucht mehr Unterstützer, URL: <www.airliners.de/luftfahrt-braucht-mehr-unterstuetzer/27029> (1.12.2013).

ansprechen als über den Kopf«: Es müsse noch mehr darum gehen, »die große schweigende Masse, die sich vielleicht nicht proaktiv zum Luftverkehr bekennt, die aber alle vom Luftverkehr fasziniert sind, zum Botschafter des Luftverkehrs in Deutschland machen [...] [Die Branche müsse] auf emotionaler Ebene ein Gegengewicht schaffen zu den Menschen, die gegen Luftverkehr sind und die wir auch nicht mehr werden bekehren können.«¹²⁹

In der Tat: Wenn Flughäfen zum Tag der offenen Tür laden, eine Flugshow oder eine Luftfahrtausstellung lockt, sind Hunderttausende Menschen auf den Beinen. Technik und Tradition der Fliegerei haben in Deutschland von jeher eine große Fangemeinde (das kann man an jedem Pressekiiosk sehen). Von der Selbstverständlichkeit, mit der Menschen regelmäßig fliegen, ganz abgesehen. Dieser Sympathiebonus wurde bisher politisch verschenkt. Zudem hängt das Einkommen von Arbeitnehmern und Geschäftsleuten vieler Branchen am Flugverkehr. Aber wo sind die Bürger, wenn sie der Luftfahrt politisch helfen könnten? Darauf zu hoffen, dass sich in der Bürgerschaft die Freunde der Luftfahrt spontan von selbst zur politischen Aktivität bewegen, ist wenig aussichtsreich. Diese Einsicht hat zu einer neuen Form des politischen Unternehmertums beigetragen.

Mitarbeiter der Berliner Flughäfen wurden im Herbst 2011 von der Geschäftsführung im Intranet aufgefordert, an einer Demonstration (»Kein Nachtflugverbot in den Randzeiten!«) vor dem Bundesverwaltungsgericht Leipzig teilzunehmen, wo auch Flughafengegner protestierten. Die Fahrt sollte sogar als Dienstreise gelten. Die Manager warnten vor Arbeitsplatz-, Auftrags- und Einkommensverlusten. »Sicher wird auch in Ihrem Freundes- und Bekanntenkreis dieses Thema heiß diskutiert. Wir möchten auch Sie bitten: Bringen Sie sich in die Diskussion ein und bekunden Sie Ihre Meinung zum BER offen.« Sekundiert von Vertretern der Gewerkschaft Ver.di, wurde dazu auf Betriebsversammlungen und an den Schwarzen Brettern aufgerufen, im Intranet kursierten Argumentationshilfen. Zuvor hatten Betriebsräte per offenem Brief in den Medien »einen Schlusstrich« unter die Lärm- und Routendiskussion gefordert. Bürgerinitiativen kritisierten diese »Betriebskampfguppen« jedoch scharf: Das in öffentlicher Hand befindliche Unter-

129 Airliners.de, a. a. O.

nehmen lasse seine Mitarbeiter »auf Steuerzahlerkosten gegen Flughafen-anwohner aufmarschieren«. ¹³⁰

Lufthansa Cargo initiierte »Die Fracht braucht die Nacht«, eine Koalitions-kampagne der Logistikbranche vom Juni 2010 bis Mai 2012. Sie forderte eine von der Bundesregierung bereits angekündigte Novelle des Luftverkehrsgesetzes, um Flughäfen »wettbewerbsfähige Betriebszeiten« zu garantieren. Dies sollte als Gegengewicht zum Ruhebedürfnis der Anwohner im Gesetz verankert werden. Im Kern ging es um die Rolle der Gerichte, deren Urteile bisher Fluglärmregelungen prägen. Diese hätten zu »zunehmend einseitiger Interessensabwägung geführt«; daher sollten Politik und Öffentlichkeit hinsichtlich der Bedeutung der Luftfracht für die exportabhängige Wirtschaft »sensibilisiert« werden. Neben LH Cargo wurden 17 Organisationen, vor allem Logistikverbände, als Mitglieder gewonnen; dazu gehörte eine »Bürgeraktion Pro Flughafen«, eine Rhein-Main-Initiative. Betriebsräte und der LH Cargo-Vorstand übten im Herbst 2011 bei einer Demonstration von 500 Mitarbeitern in Frankfurt den Schulterschluss gegen ein vom Hessischen Verwaltungsgerichtshof verhängtes Nachtflugverbot. Mit Rundbriefen, Anzeigen und Tagungen suchte die Kampagne Multiplikatoren. An einer Unterschriftenkampagne beteiligten sich 100 Logistikfirmen und 10.000 Einzelpersonen. Die Listen wurden beim Luftverkehrskongress Berlin 2010 der Regierung übergeben. Nachdem das Bundesverwaltungsgericht im April 2012 das Nachtflugverbot bestätigte, zeigten sich die Mitglieder »geschockt« und beschlossen, »die Initiative in der bestehenden Form nicht weiter fortzuführen«. ¹³¹

In Frankfurt schlossen sich Lufthansa, Condor und Fraport 2012 zu »Ja zu FRA« zusammen. Sie vermittelt eine diffus positive, mehr emotionale als informative Grundbotschaft. Sie soll v. a. zeigen, dass die Proteste keine Mehrheitsmeinung darstellen. Condor-Chef Ralf Teckentrup erläuterte das Ziel der Kampagne: »Es geht darum, dass sich die Gegner von irgendetwas immer sehr viel lauter und emotionaler artikulieren als die Befürworter. Insofern ist die Aktion »Ja zu FRA« dazu da, der schweigenden Mehrheit, die

130 Marco Althaus, Unternehmen und Grassroots-Lobbying, in: Rudolf Speth (Hg.), Grassroots-Campaigning, Wiesbaden 2013, S. 61-90, hier S. 79-80. Einzelnachweise zu den Zitaten dort.

131 Ebd., S. 80.

sich etwa Arbeitsplätze oder eine berufliche Perspektive verspricht, eine Plattform zu geben.«¹³²

Im Internet können sich Befürworter mit Fotos und Bekenntnissen zum Flughafen äußern (»1000 Gründe für FRA«), zum Teil wurden daraus Motive für Plakate und Anzeigen. An einem Flughafengebäude wurde ein 24 Meter hohes Megaplakat mit Porträtfotos von 200 Mitarbeitern installiert, das von der Autobahn und beim Anflug zu sehen ist. Condor beklebte gar einen Jet mit Unterstützerfotos und dem Slogan. Ein Kinospot kam heraus, über YouTube zirkuliert ein Cartoonfilm. Eine Fotoaktion mobilisierte zum Auftakt des Ausbildungsjahres die Azubis. Feste und Informationsveranstaltungen für die Bürger wurden angesetzt. Die Kampagne startete mit einem starken Auftakt: Eine Kundgebung auf dem Frankfurter Römerberg am 1. März 2012 zog 8.000 Teilnehmer (Polizeischätzung) an, vor allem Arbeitnehmer und ihre Familien, die von Managern und Betriebsräten in Luftfahrt- und Logistikfirmen mobilisiert wurden. Bei der Kundgebung sprachen Piloten und Arbeiter, die sich als Kämpfer für die Jobs präsentierten (»Solange die Flieger am Himmel sind, haben wir Arbeit und Brot«); aber auch Vertreter von Sportvereinen, Behindertenwerkstätten und Hilfsorganisationen, die aus der Flugbranche Sponsoring und Spenden erhalten. Für Teilnehmer standen vorgefertigte Schilder und Transparente bereit (z. B. »Pro Flughafen – contra St. Florian«). Im Halbstundentakt hieß es zuvor im Rundfunk, der Flughafen sei eine der wichtigsten Lebensadern der Region. »Auch dafür kann man auf die Straße gehen. Geben Sie den Argumenten für unseren Flughafen ein Gesicht«, hieß es in Radiospots.¹³³

Der Überraschungserfolg der Kundgebung veranlasste die Landtags-Grünen zur Kritik an der Kampagne, die angeblich eine Million Euro teuer gewesen sein soll – die Initiatoren entgegneten, die Kosten seien nicht der

132 Frank van Bebber, »Lärm-Emissionen, die nötig sind«, hr-online, URL: <www.hr-online.de/website/rubriken/nachrichten/index.jsp?rubrik=71831&key=standard_document_47549285&type=d> (18.2.2013).

133 Gegen die Spots wurden zahlreiche Beschwerden bei HR, Radio FFH und Rundfunkaufsicht eingereicht; sie verstießen gegen das Politik-Werbeverbot. Gerald Schäfer, »Ja zu FRA«-Werbung auf dem Prüfstand, Journal Frankfurt, URL: <www.journal-frankfurt.de/journal_news/Politik-10/Nach-der-Kundgebung-Ja-zu-FRA-Werbung-auf-dem-Pruefstand-15324.html> (2.3.2012).

Rede wert, gaben aber keine Zahlen preis. Sie wehrten sich gegen die Unterstellung, Mitarbeiter seien als Klatschkommandos zur Teilnahme gezwungen, freigestellt oder belohnt worden; die Teilnahme sei freiwillig gewesen und habe in der Freizeit stattgefunden. Allerdings stellten die Initiatoren Busse zur Verfügung oder erstatteten Fahrtkosten, und gratis Essen gab es auch.¹³⁴

Die Protestgruppen fühlten sich provoziert. Die Kritikergruppe Gegenwind 2011 machte sich die Mühe, »Ja-zu-FRA«-Aussagen auf der Website Frapedia.de einzeln zu widerlegen und erklärte, wieso sie in der Kampagne das Vortäuschen einer Bürgerinitiative sieht. Eine andere Initiative befand: »Damit soll der Eindruck vermittelt werden, dass die Mehrheit der Bevölkerung hinter dem Flughafenausbau und Nachtflügen steht [...] Wer jedoch genau hinschaut, wird feststellen, dass dabei unter anderem auch Menschen zu Wort kommen, die in ihrem Wohnort gar nicht von Fluglärm betroffen sind. [...] Hier wird mit der Unterstützung professioneller PR-Leute eine unglaublich teure Kampagne gefahren, um die Lage der unter Lärm leidenden Menschen wegzureden.«¹³⁵

Auch Kommunalpolitiker äußerten scharfe Kritik. So kommentierte der Flughafendezernent der Stadt Offenbach, die Kampagne »verunglimpfe« die Bürger der Region: »»Ja-zu-FRA« suggeriert schon im Titel, dass es auch ein »Nein-zu-FRA« gibt, gegen das sich der Flughafenbetreiber zur Wehr setzen muss [...] Die Menschen demonstrieren nicht gegen den Flughafen Frankfurt, sondern gegen eine nicht zu verantwortende Ausbauplanung, die die Verlärmung einer ganzen Region billigend in Kauf nimmt. [...] Alle lärm betroffenen Bürger mit einer solchen Kampagne implizit als Flughafen-Gegner zu verunglimpfen trägt zur Eskalation bei, statt eine gemeinsame, erträgliche Lösung zu finden.«¹³⁶

Für Wirbel sorgte der Versuch, die Kampagnenagentur Burson-Marsteller durch Verweise auf deren frühere Kunden zu diskreditieren. Die *FR* sprach

134 Althaus, S. 81. Aktuelle Darstellungen auf Ja zu FRA, URL: <www.ja-zu-fra.org>.

135 Thomas K. Slotwinski, »Ja zu FRA«: Kampagne zum Flughafen macht Mainzer sauer, Rhein-Zeitung, URL: <www.rhein-zeitung.de/region/lokales/mainzer-rhein-zeitung_artikel,-Ja-zu-FRA-Kampagne-zum-Flughafen-macht-Mainzer-sauer-_arid,448106.html> (2.7.2012).

136 Stadt Offenbach, Stadtrat Weiß: Kampagne »Ja-zu-FRA« nicht sachlich und nicht kohärent, URL: <www.offenbach.de/offenbach/themen/rathaus/aktuelles-und-medien/flughafen-ausbau-laermxl/berater-und-experten/news/p4jazufra.html> (1.3.2012).

von einem »gefundenen Fressen für die Flughafen-Opposition«, einem »heißen Eisen« und einer »wahren PR-Schlacht«. ¹³⁷ Die Flughafenausbaugegner-Wählergemeinschaft wies darauf hin, dass Burson einst für Union Carbide nach dem Chemieunfall in Bhopal arbeitete, die Atomkraftwerkfirma Babcock nach Three Mile Island, die Schweizer Atomwirtschaft, die Militärjunta in Argentinien und das Ceausescu-Regime in Rumänien; sie habe auch schon »bezahlte Demonstranten« für den Monsanto-Konzern auf die Straße geschickt. Über »Ja zu FRAU« hieß es: »Organisiert wird sie durch die PR-Agentur Burson-Marsteller, eine Agentur, die dafür bekannt ist, dass sie im Auftrag von Großunternehmen Propaganda im Zusammenhang mit umweltzerstörerischen und gesundheitsschädlichen Projekten und Techniken betreibt. Gerne täuscht man dabei eine spontane Bewegung vor. [...] Die Lage ist offensichtlich so ernst bei Fraport, dass man nicht nur die spontane Gründung einer Initiative vortäuschen muss, sondern es ist auch bezeichnend, dass man eine solche Agentur engagiert, die von Insidern als Meistermanipulator bezeichnet wird.« Polemisch ätzte die Gruppe, »für Burson-Marsteller ist Fraport bei den prognostizierten Krankheits- und Todesfällen durch permanenten Fluglärm und Schadstoffe ein dankbarer Kunde auch für die Zukunft.« ¹³⁸

Die »Ja-zu-FRA«-Kampagne soll in ihrer Präsenz und Bedeutung für die Flughafenkonflikte hier nicht überinterpretiert werden. Zumindest aber lässt sich sagen, dass sie einen Akzent gesetzt hat. Weit über die Luftfahrtbranche hinaus wird in der Wirtschaft beobachtet, ob hier ein Modell entsteht, mit dem Unternehmen und Branchen Akzeptanz zurückgewinnen und belegen können. Es ist aber noch zu früh, um diese oder andere Bemühungen der Wirtschaft oder die Kritik daran umfassend zu bewerten. Das gilt auch für andere Branchen, die auf »Grassroots«-Mobilisierung von Mitarbeitern, Kunden und Bürgern setzen, um aus der Defensive zu kommen. Deutlich wird aber bereits, dass die Glaubwürdigkeit solcher Kampagnen sehr schnell

137 Jürgen Ahäuser, Flughafen Frankfurt und Burson-Marsteller »Ja zu FRA« beauftragt umstrittene PR-Agentur, Frankfurter Rundschau, URL: <www.fr-online.de/flughafen-frankfurt/flughafen-frankfurt-und-burson-marsteller--ja-zu-fra--beauftragt-umstrittene-pr-agentur,2641734,11676876.html> (21.2.2012).

138 Flughafenausbaugegner Wählergemeinschaft, Wie groß ist die Imagekrise von Fraport?, URL: <www.flughafenausbaugegner.de/2012/02/pe-wie-gross-ist-die-imagekrise-von-fraport> (18.2.2012).

angezweifelt wird und in direkte Konfrontation mit Protestgruppen hineinläuft. Darauf müssen sich advokatische Kampagnen einstellen.

Dennoch ist die Luftverkehrsbranche – und nicht nur sie – inzwischen zu teils konflikthaften Politik- und Kommunikations-Experimenten bereit, vor allem dort, wo verkehrsreiche Flughäfen als Großprojekte in die Kontroverse geraten sind. Das Branchenbeispiel zeigt: Dialog und Beteiligung werden von Teilen der Wirtschaft auch anders interpretiert und genutzt, als es das konsensuale Verständigungs- und Verhandlungsmodell vorgibt. Es ist eine mühsame Suche nach Unterstützern und Glaubwürdigkeit; die finanziellen Ressourcen der Unternehmen garantieren keineswegs Erfolg. Im Gegenteil birgt der Ansatz erhebliche politische Risiken.

Die advokatische Kampagne will Dialog und Beteiligung vor allem ihrer Sympathisanten und die, die es werden könnten. Sie setzt auf Konfrontations- statt Konsensmanagement. Und sie definiert für den politischen Menschen, den sie anspricht und gewinnen will, eine advokatische Rolle. Für die politische Streitkultur und die Demokratie, die sowohl vom öffentlichen Ringen der Interessen um Gemeinwohlziele als auch von der Politisierung und Aktivierung des Bürgerengagements lebt, muss das nicht schlecht sein.

Lokale Lobbyisten oder Mitgestalter der Politik vor Ort? Wie Akteure organisierter Zivilgesellschaft auf lokaler Ebene ihre Rolle als politische Interessenvertreter verstehen

Einleitung: Der politische Mensch als organisierter Akteur auf lokaler Ebene

Der politische Mensch in Deutschland ist nicht selten organisiert. Deutschland verfügt über eine Vereinsdichte von 650 Vereinen auf 100.000 Einwohner.¹ Das entspricht über 500.000 Vereinen in Deutschland. Für das Jahr 2012 konnten konkret 580.294 Vereine in Deutschland gezählt werden, siebenmal so viele wie noch in den 1960er Jahren.² Die überwiegende Zahl von ihnen ist auf lokaler Ebene verortet – vom Sportverein über den Karnevalsclub bis zum Umweltverband. Bezogen auf ihren jeweiligen Kontext verfolgt die organisierte Zivilgesellschaft – verstanden als lokal agierende Vereine und Verbände – ganz unterschiedliche Ziele und Organisationszwecke – von der traditionellen Brauchtumpflege bis hin zur Erbringung von lokalen Dienstleistungen wie etwa in den kommunalen Politikfeldern Jugendhilfe oder Kultur. (Organisierter) Zivilgesellschaft wird ferner eine gesellschaftlich-integrierende Wirkung im Sinne einer Stärkung des sozialen Kapitals einer (lokalen) Gemeinschaft zugesprochen.³ Noch kaum thematisiert von Wissenschaft und Praxis wird jedoch bislang die Rolle von Vereinen und Verbänden in lokaler Politikgestaltung – als Akteur innerhalb der Trias mit Lokalpolitik und Kommunalverwaltung. Ein Erklärungsansatz mag darin liegen, dass

1 Annette Zimmer et al., *Gemeinnützige Organisationen im gesellschaftlichen Wandel. Ergebnisse der Dritte-Sektor-Forschung*, Wiesbaden 2004.

2 Holger Krimmer/Jana Priemer, *ZiviZ – Zivilgesellschaft in Zahlen*, 2013.

3 Vgl. u. a. Robert D. Putnam et al., *Making democracy work. Civic traditions in modern Italy*, Princeton (NJ) 1993.

organisierte Zivilgesellschaft nach klassischem Politikverständnis gar nicht in lokaler Politikgestaltung vorkommt, da sie – anders als die lokalen Parteien und die Verwaltung – kein legitimer Handlungsakteur ist, weder qua Wahlen, noch qua Amt. Nach den Studien der Community-Power-Forschung, die in Deutschland ab den 1970er Jahren einsetzte, sind es jedoch gerade die Vereine und Verbände, die auf die lokale Politik einwirken können und denen eine »Vorentscheider«-Funktion zugeschrieben wird.⁴

Verstärkte Aufmerksamkeit erhielt die Rolle organisierter Interessen innerhalb von Politik durch Crouchs provokante Thesen zur »Postdemokratie«. Mit seinem Konstrukt beschreibt er ein politisches System, in dem zivilgesellschaftliche Beteiligungsprozesse nur ein Feigenblatt darstellen. Ihre Resultate haben kaum Wert, da nach Crouch politisch-relevante Entscheidungen nicht selten jenseits von »echter« Beteiligung in *closed shops* getroffen werden. Organisierte Interessen differenzieren sich in diesem System nach Crouch in zwei Typen: Solche, »die ihre Ziele direkt angehen und dabei Politik links liegen lassen« und solche, die ihre eigene Agenda in die Politik einbringen wollen, »indem sie versuchen, die entscheidungsrelevanten Akteure und ihr Handeln zu beeinflussen.«⁵ Zwar gibt es auf der lokalen Ebene keine Regierung, und auch Lobbyarbeit organisierter Interessen gilt hier im Vergleich zur Landes-, Bundes- oder europäischen Ebene auf den ersten Blick als verhältnismäßig schwach ausgeprägt. Doch scheint vor Crouchs Thesen und aufgrund bislang mangelnder empirischer Erkenntnisse innerhalb der lokalen Politikforschung die Fragestellung interessant, wie organisierte Zivilgesellschaft eigentlich ihre Interessen in der lokalen Politik vertritt und wie Vereins- und Verbandsakteure ihre Rolle im öffentlichen Raum konkret verstehen und diese ausfüllen. Wie nah agieren Vereins- und Verbandsvertreter mit politisch-administrativen Akteuren auf lokaler Ebene und in welchen lokalpolitischen Arenen kommen sie zusammen? Lassen sich hier lobbyähnliche Strukturen erkennen?⁶ Und wie bewerten Vertreter

4 Annette Zimmer et al., *Vereine – Zivilgesellschaft konkret*, Wiesbaden 2007.

5 Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt a. M. 2008, S. 25.

6 Lobbying soll in diesem Beitrag nach Klein/Schubert verstanden werden als der Versuch der Einflussnahme auf politische Entscheidungen durch Ausübung von Druck auf die Akteure von Politik und Verwaltung sowie auf die Medien; Martina Klein/Klaus Schubert, *Das Politiklexikon. Begriffe, Fakten, Zusammenhänge*, Bonn 2011.

zivilgesellschaftlicher Organisationen den aktuellen Trend zu lokalen Beteiligungsprozessen in bundesdeutschen Kommunen? Als Möglichkeit politischer Teilhabe oder als bloßes Feigenblatt?

Konkret möchte der Beitrag folgende Fragentrias aus einer Bottom-up-Perspektive beleuchten: (1) In welchen Arenen lokaler Politikgestaltung interagieren Vertreter von Vereinen und Verbänden?⁷ (2) Wie verstehen sie ihre Rolle darin? Und (3) inwiefern lassen sich Muster politischer Interessenvertretung identifizieren? Ziel des Beitrags ist es, ausgehend von Arenen lokaler Politikgestaltung Merkmale der Interaktion zwischen organisierter Zivilgesellschaft, Lokalpolitik und Kommunalverwaltung zu generieren und hiermit die Rolle von organisierter Zivilgesellschaft als Akteur politischer Interessenvermittlung politikfeldübergreifend (und nicht feldspezifisch) für die lokale Ebene zu konkretisieren.

Zur Beantwortung der Fragestellung gliedert sich der Aufsatz in vier Abschnitte: Zunächst wird herausgearbeitet, wer die organisierte Zivilgesellschaft auf lokaler Ebene ist und welche Funktion sie ausfüllt (Kap. 1). In einem zweiten Schritt wird in das Konzept lokaler Governance eingeführt. Dieses dient als Analyseheuristik für die empirischen Befunde⁸, indem davon ausgegangen wird, dass lokale Politik aus Interaktionsbeziehungen öffentlicher

7 Aus Gründen besserer Lesbarkeit wird im vorliegenden Beitrag ausschließlich die männliche Form verwendet. Die weibliche Form ist dabei stets mitgemeint. »Akteur« bedeutet also immer auch »Akteurin«, »Adressat« immer auch »Adressatin«, »Bürger« immer auch »Bürgerin«, »Mitgestalter« immer auch »Mitgestalterin«, »Kunde« immer auch »Kundin«, »Einwohner« immer auch »Einwohnerin«, »Verbandsvertreter« immer auch »Verbandsvertreterin«, »Politiker« immer auch »Politikerin« usw.

8 Der Beitrag basiert auf Teilergebnissen meines Dissertationsvorhabens, welches an der Graduate School of Politics, WWU Münster durchgeführt und von Prof. Dr. Christiane Frantz betreut worden ist (2011–2014). Das Forschungsprojekt fokussiert aus einer Governance-Perspektive die Beziehung von Kommunalverwaltung und organisierter Zivilgesellschaft in lokaler Politik. Methodisch basiert das Dissertationsvorhaben – wie auch die nachfolgend dargestellten Ergebnisse – auf 29 leitfadengestützten Experteninterviews mit Vertretern von Kommunalverwaltung, organisierter Zivilgesellschaft und Lokalpolitik in einer ausgewählten Kommune in NRW (Münster i. Westf.) und hier in ausgewählten Politikfeldern (Umwelt, Jugendhilfe, Kultur und Sport). Münster ist als eine von 38 Großstädten in Deutschland und 15 in NRW mit ca. 290.000 Einwohnern gesampelt worden. Die qualitativen Interviews wurden zwischen Oktober 2011 und August 2012 geführt. Darüber hinaus ist eine Dokumentenanalyse (von Ratsprotokollen, Geschäftsberichten kommunaler Ämter sowie Internetauftritten organisierter Interessen, Berichtsjahr 2011) durchgeführt worden. Vgl. für die Größenzuord-

und zivilgesellschaftlicher Akteure besteht, die wiederum durch bestimmte Mechanismen und Regeln geprägt werden (Kap. 2). Anschließend werden die Befunde dargestellt – aufgliedert nach den lokalpolitischen Arenen und der Rolle organisierter Zivilgesellschaft in der politischen Interaktion, ihrem Selbstverständnis sowie den identifizierten Mustern politischer Interessenvertretung (Kap. 3) und schließlich im Fazit diskutiert (Kap. 4).

Wer ist die lokale organisierte Zivilgesellschaft? Merkmale und Funktionen

Der Begriff der Zivilgesellschaft hat in der Politikwissenschaft in den letzten drei Jahrzehnten stark an Bedeutung hinzugewonnen.⁹ Im Geleitzug des Forschungsbooms rund um den Begriff Governance und aktueller lokalpolitischer Reformentwicklungen seit den 1990er Jahren (Stichwort: Verwaltungsmodernisierung und neue Formen der Bürgerbeteiligung) ist die Zivilgesellschaft zunehmend auch für die lokale Ebene als Handlungsakteur interessant geworden und somit nicht länger ausschließlich als Adressat von Politik zu verstehen. Wenn von der Zivilgesellschaft als lokaler Akteur die Rede ist, so wird in der Regel jedoch mit dem Begriff der einzelne Bürger intendiert. Der lokalpolitische Forschungsdiskurs fokussiert derzeit stark auf die Rolle des Bürgers als politischer »Mitgestalter«¹⁰ und damit verbunden auf die Frage, wie die lokale Demokratie vor Ort gestärkt werden kann: Landauf, landab werden dazu innovative Formen von Bürgerbeteiligung erprobt

nung der Kommunen: Andreas Kost/Hans-Georg Wehling, Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland – eine Einführung, in: Andreas Kost (Hg.), Kommunalpolitik in den deutschen Ländern. Eine Einführung, Wiesbaden 2010, S. 7-18, hier S. 15.

9 Vgl. Dieter Gosewinkel et al., Einleitung: Zivilgesellschaft – national und transnational, in: Dieter Gosewinkel (Hg.), Zivilgesellschaft – national und transnational, Berlin 2004, S. 11-26, hier S. 11.

10 Der Begriff des »Mitgestalter[s]« stammt von Bogumil und Holtkamp, die dem Bürger mit ihrem Konzept der Bürgerkommune drei zentrale Funktionen zuweisen: die des »Kunden«, des »Adressaten« und eben des »Mitgestalters« lokaler Politik. Jörg Bogumil/Lars Holtkamp, Die Bürgerkommune als Zusammenspiel von repräsentativer, direkter und kooperativer Demokratie. Erste Ergebnisse einer explorativen Studie 2002, unveröffentl. Manuskript.

und eingesetzt – vom Bürgerhaushalt bis zu Instrumenten der E-Democracy.¹¹ Das Gestaltungspotential organisierter Akteure für die lokale Ebene wird hingegen in der wissenschaftlichen Debatte kaum thematisiert. Dabei stellt die organisierte Zivilgesellschaft wie bereits angeführt nicht nur zahlenmäßig eine starke Kraft dar, sondern sie verfügt aus ihrem Organisationsziel heraus über spezifisches, fachliches Know-how und in der Regel über gewachsene Organisationsstrukturen – beides ermöglicht ihr, dauerhaft an Prozessen lokaler Politik teilzunehmen und nicht nur punktuell mitzuwirken. Holtkamp und Bogumil fragen vor dem Hintergrund der raren wissenschaftlichen Literatur zu Verbänden auf kommunaler Ebene, ob eine Beschäftigung mit ihnen gar lohne. Sie bejahen dies, indem sie auf die Besonderheiten lokaler Verbandstätigkeit verweisen, auf die »Strukturen einer personenvermittelten, konfliktvermeidenden und eher intransparenten Interessenvertretungspolitik.«¹² Wie bereits in der Einleitung erwähnt, hat es zudem in den 1970er und 1980er Jahren eine wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Machtpotential lokaler Eliten gegeben. Die Studien in der Tradition der Community-Power-Forschung belegen enge Verflechtungen zwischen Lokalpolitikern und Vereinsvorständen, vgl. dazu die Wertheim-Studie.¹³ Ähnlich argumentieren Holtkamp und Bogumil, indem sie unter politischer Interessenvertretung eine Form politischer Einflussnahme durch Vereins- und Verbandvertreter verstehen, die gleichzeitig Ratsmitglieder sind.¹⁴ Die Ergebnisse lassen sich jedoch eher in Richtung politischer Klüngel deuten und kommen weniger einer systematischen Betrachtung informeller und formeller Elemente lokaler Arenen nahe, so wie es der Governance-Ansatz ermöglicht (vgl. Kap. 2). In diesem Beitrag sollen die modernen Arenen der Interaktion auf lokaler Ebene (Bürgerbeteiligungsverfahren, kommunale Gremien) in den Mittelpunkt gerückt werden, die in dieser Form in den 1970er und 1980er Jahren noch kaum existent waren. Dabei soll die informelle Dimen-

11 Vgl. Norbert Kersting (Hg.), Politische Beteiligung. Einführung in dialogorientierte Instrumente politischer und gesellschaftlicher Partizipation, Wiesbaden 2008.

12 Jörg Bogumil/Lars Holtkamp, Verbände auf kommunaler Ebene, in: Ulrich Willems/Thomas von Winter (Hg.), Interessenverbände in Deutschland, Wiesbaden 2007, S. 539-561, hier S. 539.

13 Thomas Ellwein/Ralf Zoll, Wertheim, Politik und Machtstruktur einer deutschen Stadt, München 1982.

14 Bogumil/Holtkamp, Verbände, S. 540.

sion lokaler Politik berücksichtigt werden. Informalität wird dabei nicht im Sinne eines rechtswissenschaftlichen Verständnisses, als normabweichendes Handeln definiert, sondern als nicht formales Handeln, dessen Funktionalität es zu untersuchen gilt.¹⁵

Zur Analyse der Rolle von organisierter Zivilgesellschaft als politischer Interessenvermittler bedarf es zunächst einer Konkretisierung des Begriffs organisierter Interessen. Speziell für die lokale Ebene wird die organisierte Form der Zivilgesellschaft konkret in den hier ansässigen Vereinen und Verbänden. Mit Vereinen und Verbänden auf lokaler Ebene sind in Anlehnung an den Begriff des »ideellen Vereins« nach Zimmer¹⁶ jene organisierte Interessen gemeint, die einen ideellen, gemeinwohlorientierten Zweck verfolgen, die sich zwar wirtschaftlich betätigen können, aber nicht gewinnorientiert sind, und die mit einer dauerhaften Perspektive gegründet worden sind (im Gegensatz zu temporär bestehenden Initiativen).

Während die Funktion zivilgesellschaftlicher Organisationen in den 1970er Jahren noch primär – basierend auf ihrer Verortung im sogenannten »Dritten Sektor« – in der Erbringung von Dienstleistungen im Auftrag des Gemeinwohls gesehen wurde¹⁷, diagnostizierten Anheier et al. um den Jahrhundertwechsel einen Wandel dieses Verständnisses, begründet u. a. durch den Rückzug des Wohlfahrtsstaats, zunehmender Entfremdung von Parteien bzw. Politikern sowie durch die seit den 1980er Jahren neu entstanden Formen zivilgesellschaftlicher Akteure. »In diesem Kontext steht nicht das Profil der Nonprofit-Organisationen als Dienstleister im Zentrum, vielmehr wird auf die Fähigkeit freiwilliger Vereinigungen verwiesen, gesellschaftliche Partizipationschancen zu eröffnen, Wege der Integration in ein Gemeinwesen

15 Vgl. Götztrik Wewer: Spielregeln, Netzwerke, Entscheidungen – auf der Suche nach der anderen Seite des Regierens, in: Hans-Hermann Hartwich/Lars Kastning/Götztrik Wewer (Hg.), *Regieren in der Bundesrepublik II. Formale und informale Komponenten des Regierens in den Bereichen Führung, Entscheidung, Personal und Organisation*. Opladen 1991, S. 9-30, hier S. 10.

16 Zimmer et al., *Gemeinnützige Organisationen*, S. 18 ff.

17 Amitai Etzioni, *The Third Sector and Domestic Missions*, in: *Public Administration Review* 33 (1973) 4, S. 314-323, hier S. 315 f.

aufzuzeigen sowie bestimmte Werte und Normen weiterzugeben und damit eine Sozialisationsfunktion zu übernehmen.«¹⁸

Aus den Ausführungen von Anheier et al. gehen folgende vier Funktionen von Zivilgesellschaft (organisiert und nicht-organisiert) hervor:¹⁹ Die Partizipationsfunktion betrifft die Wahrnehmung von Möglichkeiten politischer Partizipation am Gemeinwesen (z. B. über aktives und passives Wahlrecht, Mitgliedschaft in organisierten Gruppen), die Integrationsfunktion bedeutet, dass Zivilgesellschaft als Bindeglied zwischen den unterschiedlichen Sphären Staat und Markt wirkt, so dass parallele Strukturen verhindert werden. Der Sozialisationsauftrag besagt, dass Regeln, Werte und Normen der Gegenwart sphärenübergreifend an künftige Generationen weitergegeben, verstetigt und im Kontext gesellschaftlicher Entwicklungen modifiziert werden. Die Interessenartikulationsfunktion schließlich stellt auf die politische Dimension der Zivilgesellschaft ab. Sie ist vor allem für den vorliegenden Beitrag relevant. Nach Anheier et al. sind im lokalen Raum die Funktionen der Partizipation und Interessenvertretung zivilgesellschaftlicher Akteure besonders ausgeprägt. Sie unterscheiden sich hinsichtlich des Kriteriums der Aktivität: Während die Partizipationsfunktion primär passive Teilnahme an institutionalisierten Angeboten ermöglicht, fokussiert die Interessenartikulation darauf, dass sich zivilgesellschaftliche Akteure aktiv in Prozesse der Politikgestaltung einbringen. Auf letztere Funktion und ihre konkrete Ausgestaltung soll im vorliegenden Beitrag abgehoben werden.

18 Helmut K Anheier et al., Zur zivilgesellschaftlichen Dimension des Dritten Sektors, in: Hans-Dieter Klingemann (Hg.), *Zur Zukunft der Demokratie. Herausforderungen im Zeitalter der Globalisierung*, Berlin 2000, S. 71-98, hier S. 71 f. (unter Verweis auf Putnam u. a.) und Annette Zimmer (Hg.), *Engagierte Bürgerschaft. Traditionen und Perspektiven*, Opladen 2000.

19 Anheier et al., *Zur zivilgesellschaftlichen Dimension*, S. 72.

Governance als Analyseheuristik lokaler Interaktionsbeziehungen

Governance gilt in der Politikwissenschaft als etablierter Ansatz zur Analyse von Regelungsprozessen. Der Ansatz basiert auf der zentralen Annahme, dass die etablierten Akteure (auf der lokalen Ebene: die Lokalpolitiker und Verwaltungsakteure) nicht ausschließlich aus einer Top-down-Perspektive »regieren«, sondern mit zivilgesellschaftlichen Akteuren interagieren. Zentrale Merkmale für Governance sind somit der Rückzug hierarchischer Strukturen sowie kooperatives Handeln.²⁰ Bereits von der Wortbedeutung ausgehend, lässt sich auf den Begriffskern von Governance schließen. Laut Wörterbuch-Definition bezeichnet Governance »the action or manner of governing a state, organization, etc.«²¹ Damit wird auf den Ablauf (Prozess) bzw. die Art (Form) des Regierens fokussiert. Benz resümiert aus der grammatischen Auslegung, dass Governance »nicht bloß die Tätigkeit des Regierens, Lenkens bzw. Steuerns und Koordinierens« meint, sondern auf »die Art und Weise dieser Tätigkeit« abstellt.²² Scharpf und Mayntz übersetzen Governance mit »Regelung«. Damit wollen sie deutlich machen, dass der Begriff Governance für sie über den Begriff der »Steuerung« hinausgeht.²³ Ausgehend von ihrem Forschungsverständnis, lokale Politik nicht aus rein staats- bzw. verwaltungswissenschaftlicher Perspektive zu beforschen, sondern den lokalen Raum primär als Interaktionssystem zu begreifen²⁴, hat sich die lokale Politikforschung in Deutschland bereits frühzeitig am Governance-Verständnis orientiert. Mit dem Einzug von Governance in sämtliche politikwissenschaftliche Disziplinen ab den 1990er Jahren setzte sich der Ansatz

20 Vgl. R. A. W. Rhodes, *Understanding governance. Policy networks, governance, reflexivity, and accountability*, Buckingham, Philadelphia 1997.

21 Angus Stevenson (Hg.), *The new Oxford American dictionary*, Oxford 2011.

22 Arthur Benz (Hg.), *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung*, Wiesbaden 2004.

23 Renate Mayntz u. Fritz Scharpf, *Steuerung und Selbstorganisation in staatsnahen Sektoren*, in: Renate Mayntz (Hg.), *Gesellschaftliche Selbstregulierung und politische Steuerung*, Frankfurt a. M. 1995, S. 9-38, hier S. 16.

24 Rolf-Richard Grauhan, *Einführung: Lokale Politikforschung*, in: ders. (Hg.), *Lokale Politikforschung 1*, Bd. 1, Frankfurt a. M. 1975, S. 11-37.

auch auf lokaler Ebene durch.²⁵ Besondere Forschungsrelevanz erfährt lokale Governance in der Untersuchung von Bürgerbeteiligungsverfahren, die in den 2000er Jahren einen regelrechten Boom erlebten, der weiter anhält. Charakteristisch für diese Formen kooperativer Demokratie ist, dass sie keine gesetzlich-formale Verankerung aufweisen und dass politisch-administrative Akteure in ihrer Ausgestaltung relativ frei sind (runde Tische, Bürgerhaushalte, Instrumente von E-Democracy).²⁶ Ausgehend von ihren Zielen richten sich diese informellen Verfahren prinzipiell auch an organisierte Interessen.

Für den vorliegenden Beitrag ist die analytische Dimension des Governance-Ansatzes relevant, die leicht auf drei Fragen heruntergebrochen werden kann: Warum interagieren zivilgesellschaftliche und öffentliche Akteure (Zweck)? Wie interagieren sie bzw. welche Rolle spielen Institutionen (Prozess)? Und welche Effekte hat die Interaktion auf ihre jeweilige politische Arena (Wirkung)? Durchaus komplex ist die Überführung dieser Fragen in einen geeigneten Analyserahmen. Hier ist der Governance-Ansatz oft der Kritik ausgesetzt, er bleibe zu vage und unterkomplex. Zuschreibungen wie »Zauberwort«²⁷ oder »Allzweckwaffe der Politikwissenschaft für jede Art von gesellschaftlichem Regelungsproblem«²⁸ machen die hohen Erwartungen deutlich, die in sämtlichen Teilbereichen der Politikwissenschaft (von den internationalen Beziehungen bis zur lokalen Politikforschung) an Governance als analytisches Konzept gerichtet sind.

Zweifelsohne ist das Governance-Konzept jedoch in der Lage, ein geeignetes Instrumentarium zu liefern, um Interaktionsbeziehungen, wie sie in diesem Beitrag untersucht werden sollen, unter Berücksichtigung der umgebenen Strukturen analysieren zu können. Dieser Analyserahmen besteht Benz zufolge aus Formen und Mechanismen.²⁹ Governance-Mechanismen erklären, nach welchen offensichtlichen und versteckten bzw. bewuss-

25 Hubert Heinelt, Governance auf lokaler Ebene, in: Arthur Benz (Hg.), Governance, S. 29-44, hier S. 32.

26 Kersting, Politische Beteiligung.

27 Vgl. Gunnar Folke Schuppert, Zauberwort Governance. Weiterführendes Forschungskonzept oder alter Wein in neuen Schläuchen?, in: WZB-Mitteilungen 2006, S. 53-56.

28 Edgar Grande (Hg.), Perspektiven der Governance-Forschung, Baden-Baden 2009.

29 Arthur Benz, Grundlagen der Governance-Analyse, Hagen 2007, S. 19.

ten oder unbewussten Regeln das jeweilige Zusammenwirken der Akteure (die jeweilige Governance-Form) funktioniert: So können zivilgesellschaftliche und öffentliche Akteure zum Beispiel in hierarchischen Strukturen (governance by government), in Netzwerken (governance without government) oder in Verhandlungen (governance with government) interagieren. Diese Formen sind dabei bestimmt durch konstitutive Regeln wie informelle Übereinkünfte oder formelle Standards. Hier wird die enge Verbindung zur Informalität als relevantes Prozessmerkmal in lokaler Politikgestaltung offensichtlich. Informelle und formelle Elemente bestimmen sämtliche Governance-Mechanismen. Beide Ausprägungen sollen hier jedoch nicht als zwei Extreme, sondern im Sinne eines Kontinuums verstanden werden. So wird vorausgesetzt, dass das Handeln organisierter Zivilgesellschaft in den Arenen politischer Interessenvertreter mit vorzufindenden Governance-Mechanismen innerhalb der Interaktion zwischen organisierter Zivilgesellschaft mit Lokalpolitik und Verwaltung erklärt werden kann.

Der Governance-Ansatz betrachtet die Interaktion von zivilgesellschaftlichen und öffentlichen Akteuren unter Einbezug gegebener Strukturen. Die lokale Ebene verfügt über einen spezifischen institutionellen Kontext. So unterscheidet sich lokale Politik in ihren Mechanismen deutlich von Landes- oder Bundespolitik und ist von zwei Besonderheiten geprägt: Als unterste Ebene öffentlicher Verwaltung in Deutschland sind Kommunen den Ländern unterstellt (Art. 83 GG) und juristisch gesehen keine eigene, unabhängige Ebene. Gleichzeitig ermöglicht ihnen die Institution der Kommunalen Selbstverwaltung, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln (Art. 28 GG). Der Begriff der Selbstverwaltung impliziert gleichzeitig die große Bedeutung der Zivilgesellschaft und vor allem der ehrenamtlich engagierten Bürger für eine funktionierende lokale Ebene.³⁰ »Sie [die lokale Ebene] ist der Inbegriff volksnaher Demokratie, in der sich der politische Gestaltungswille der Bürger unmittelbar äußert.«³¹ Darüber hinaus ist der Faktor »Nähe« ein Charakteristikum der lokalen Ebene (in sachlicher und räumlicher Dimension):

30 Uwe Andersen, Kommunalpolitik im Umbruch, in: ders. (Hg.), Kommunalpolitik in Nordrhein-Westfalen im Umbruch, Köln 1998, S. 9-43, hier S. 11 ff. und Jörg Bogumil/Lars Holtkamp, Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine policyorientierte Einführung, Wiesbaden 2006.

31 Heinz-Jürgen Dahme (Hg.), Handbuch kommunale Sozialpolitik, Wiesbaden 2011.

Bürger sind direkt betroffen von politischen Entscheidungen, die Themen dementsprechend nah an der eigenen Lebenswelt und die persönliche Distanz zwischen den legitimierten politischen bzw. administrativen Entscheidungsträgern und den Bürgern weit geringer als auf Landes- oder Bundesebene. Es besteht unmittelbare Nähe zwischen Politikadressaten und -gestaltern.³² Formulierungen wie »Schule der Demokratie«³³ machen deutlich, dass die Nähe zu Themen und zwischen Akteuren auch Auswirkungen auf die Modi lokaler Politikgestaltung hat.³⁴

Arenen der Interaktion in lokaler Politik: Deskription und Analyse der Rolle organisierter Zivilgesellschaft

Die gesetzlich-formalen Strukturen auf lokaler Ebene weisen organisierter Zivilgesellschaft keine spezielle Form der Beteiligung an lokaler Politikgestaltung zu. Vereine und Verbände nutzen vielfach die Partizipationsmöglichkeiten, die auch einzelnen Bürgern offenstehen, um ihre Interessen, Ideen und Positionen in den Politikprozess einzubringen, wie nachfolgend gezeigt wird. Ein wesentlicher Befund bei der Analyse der Arenen liegt darin, dass Interaktion nicht ausschließlich dort stattfindet, wo die Entscheidungen auf lokaler Ebene vorbereitet und getroffen werden, also innerhalb der Ausschüsse bzw. im Rat, sondern dass sich insgesamt vier Arenen identifizieren lassen, in denen sich Vertreter von Vereinen und Verbänden, Verwaltung und Politik regelmäßig austauschen. Diese Arenen der Interaktion mit ihren formellen und informellen Governance-Mechanismen sollen nachfolgend dargestellt werden.

Arena: Ausschussarbeit/Rat – Mitwirkung als sachkundige Einwohner:
Sachkundige Einwohner nehmen nach § 58 (4) GO NRW mit beratender Stimme an den Ausschusssitzungen teil (im Gegensatz zu den sachkundigen

32 Andersen, Kommunalpolitik im Umbruch, S. 17.

33 Gabriel A. Almond/Sidney Verba, *The civic Culture. Political attitudes and democracy in 5 nations*, Princeton (NJ) 1963.

34 Vgl. im Hinblick auf Formen und Mechanismen der Interaktion die zunehmende Bedeutung von Bürgerbeteiligungsprozessen.

Bürgern haben sie kein Stimmrecht).³⁵ Sie werden für ihr Amt von den Parteien benannt. Ihren ursprünglichen Zweck findet die Institution des sachkundigen Einwohners vom Gesetz her darin, ausländischen Mitbürgern die Mitwirkung am lokalen Politikprozess zu ermöglichen (Interview VW7).³⁶ Ausgehend von der untersuchten Kommune lässt sich feststellen, dass über das Instrument der sachkundigen Einwohner seitens der Politik jedoch auch gezielt Vereins- und Verbandsvertreter in die Ausschussarbeit geholt werden, um auf diese Weise dauerhaft Sachverstand aus dem Feld in die Politik einzubringen – auch oder gerade weil diese von der Verwaltungsmeinung divergieren kann. »Ich habe es immer sehr positiv empfunden, dass die Verbände in den Ausschüssen vertreten sind, weil es da eben oft dazu kommt, dass sie eine fachliche Meinung vertreten, die mal von der der Verwaltung abweicht. Das ist dann sehr schön [...]«, erklärt ein Ratsmitglied der Grünen (Interview PO3). Die Rekrutierung der Verbändevertreter erfolgt in der Regel nach nicht institutionalisierten Regeln, indem sich Parteien mit Vereinen und Verbänden besprechen und diese dann ihre Personen auswählen, die dann wiederum offiziell von den Parteien benannt werden.

Die Einbeziehung des sachkundigen Einwohners wird von den Vertretern der organisierten Zivilgesellschaft als Chance begriffen, »ein bisschen Einfluss nehmen [zu] können auf politische Entscheidungen« (Interview ZG1). Den Begriff der Einflussnahme operationalisieren die befragten Verbandsver-

35 Vgl. mit Bezug auf die kommunale Jugendhilfe Jörg Bogumil/Lars Holtkamp, Kommunalpolitik und Kommunalverwaltung. Eine policyorientierte Einführung, Wiesbaden 2006, S. 158 ff. Vgl. hier u. a. die starke Prägung durch landespolitische Vorgaben, Zweigliedrigkeit der Jugendämter und die besondere Zusammensetzung des Jugendhilfeausschusses. Diese Besonderheiten machen sich auch bei der Rolle von organisierten Interessen im Jugendhilfeausschuss bemerkbar. So verfügen freie Träger, die an der Implementierung kommunaler Jugendhilfepolitik in der Kommune beteiligt sind, regelmäßig auch über einen Sitz als sachkundiger Bürger im Jugendhilfeausschuss. Die Sitze werden jeweils von den Parteien vergeben. Wer als sachkundiger Bürger auf dem »Ticket« einer Partei mitfährt, verfügt auch über Stimmrecht im Ausschuss.

36 Die Interviews wurden mit Vertretern der Lokalpolitik, der Zivilgesellschaft und der Verwaltung geführt. Sofern im laufenden Text auf diese Interviews Bezug genommen wird, werden die Kürzel PO, ZG und VW verwendet, gefolgt von einer Zahl, die die laufende Nummer der entsprechenden Interviewgruppe indiziert. So steht z. B. »PO3« als Kürzel für das dritte geführte Interview mit einem Repräsentanten aus dem Feld der Lokalpolitik (PO).

treter dabei hinsichtlich dreier Faktoren: Rederecht, Kontaktpflege und Informationsbeschaffung. Das Rederecht dient den Zivilgesellschaftsakteuren dazu, ihre Position öffentlich ungefiltert darzulegen. So erklärt ein Verbandsvertreter aus dem Umweltbereich: »Ich sitze mehr oder weniger als Lobbyist [...] im Ausschuss und an den entsprechenden Stellen melde ich mich dann zu Wort, [...] um die Position der Verbände dann dem Rat mitzugeben [...] und vielleicht Einfluss auf die Entscheidungen der Fraktionen zu nehmen« (Interview ZG4). »Kontaktpflege« (ZG1) findet insofern statt, als dass die Akteure die Möglichkeit bekommen, die entsprechenden Funktionsträger aus ihrem Bereich kennenzulernen, mit ihnen durch die Ausschussarbeit in regelmäßigem Kontakt zu bleiben und auf diese Weise leicht bei Bedarf weiterführende Gespräche mit den einzelnen Fraktionen anbahnen zu können. Den frühen Zugang zu politisch-administrativem Wissen nehmen die Zivilgesellschaftsakteure als eine Art Informationsvorsprung wahr (beispielsweise im Vergleich zu anderen zivilgesellschaftlichen Organisationen ohne Sitz). Indem sie Unterlagen der Verwaltung qua Amt frühzeitig erhalten, können sie schnellstmöglich eigene Positionen und Handlungsansätze entwickeln, die es ihnen erlauben, zu agieren anstatt zu reagieren. »Wir kriegen aus allererster Hand die Informationen über die Planungsprozesse schon recht frühzeitig, können das entsprechend dann auch hier kommunizieren und multiplizieren [...] und dann uns auch frühzeitig positionieren.« (Interview ZG4). Gleichzeitig verfügen sie mit ihrem spezialisierten Expertenwissen aus der Vereins- und Verbandsarbeit auch über eine Ressource, die von Verwaltung und Politik durchaus nachgefragt wird, um lokale Sachverhalte einordnen zu können. So erklärt ein Vertreter eines Umweltverbandes: »[...] wir haben schon eine vergleichsweise gewichtige Stimme [...], wir werden gehört, die Meinung des [...] wird auch dezidiert eingeholt, auch im Rat der Stadt [...], wenn es um umweltrelevante Themen geht (Interview ZG4). Ein Vertreter aus dem Sportbereich verweist auf ähnliche Erfahrungen: »Wo wir dann also auch als Ratgeber mit beteiligt werden oder eben auch wie kann man eine Sportanlage zum Beispiel preiswerter bauen. Die Politiker haben mitgekriegt, dass es eben in den Vereinen [...] diese Kompetenzen gibt und nehmen sie dann auch in Anspruch« (Interview ZG9).

Arena: Bürgerbeteiligungsverfahren: Bürgerbeteiligungsverfahren haben ihren Ursprung in den 1990er Jahren und sind ein Produkt lokaler Reformanstrengungen. »Unter kooperativer Demokratie werden *freiwillige, dialogisch* orientierte und auf *kooperative* Problemlösungen angelegte Verfahren der Bürger- und Verbändebeteiligung an der Politikformulierung und an der Politikumsetzung auf *kommunaler Ebene* verstanden.«³⁷

Beteiligungsverfahren sind dadurch geprägt, dass sie auf ein konkretes Anliegen abzielen, beispielsweise die Erarbeitung eines Entwicklungsplans für ein bestimmtes städtisches Areal. Für die Verwaltung bietet diese Beteiligungsform ein Forum, um frühzeitig Argumente und Rahmenbedingungen des Falls zu erläutern (finanzielle Ressourcen, Machbarkeit etc.) und Anmerkungen aufzunehmen (Interview VW2). Auf diese Weise kann frühzeitig ein Austausch stattfinden und somit im Vorfeld eine gewisse Legitimation für Projekte erzeugt werden. Die Lokalpolitik sieht ihre Rolle in Bürgerbeteiligungsprozessen als passiver Akteur, der Argumente hört und dadurch seine eigene Positionierung nochmal überdenken bzw. schärfen kann (Interview PO2). Sie lassen sich unterscheiden in Bürgerbeteiligungsverfahren, die politikfeldübergreifend (Bürgerhaushalt) stattfinden und solche, die politikfeldspezifisch stattfinden (beispielsweise bezogen auf ein städtisches Areal). Der Ablauf dieser Verfahren gestaltet sich in der Regel so, dass über einen bestimmten Zeitraum verschiedene Treffen initiiert werden (Diskussionen, Ortsbegehungen), in dessen Rahmen sich die Akteure aus organisierter Zivilgesellschaft, Politik und Verwaltung themenbezogen austauschen können. Die Initiierung und Rekrutierung der beteiligten Akteure kann dabei variieren. Die Anregung zu Bürgerbeteiligungsverfahren kann aus der Zivilgesellschaft selbst stammen (beispielsweise über eine Anregung nach § 24 GO NRW)³⁸ oder von der Verwaltung bzw. konkret der Verwaltungsspitze

37 Lars Holtkamp unter Verweis auf Jörg Bogumil, Modernisierung lokaler Politik. Kommunale Entscheidungsprozesse im Spannungsfeld zwischen Parteienwettbewerb, Verhandlungszwängen und Ökonomisierung, Baden-Baden 2001, S. 212. (Herv. i. Orig.).

38 Bürger und organisierte Interessen können nach § 24 GO NRW Anregungen an die Politik stellen und somit ein Thema auf die Tagesordnung der Lokalpolitik setzen, mit der sich die Akteure aus Lokalpolitik und Kommunalverwaltung dann auseinandersetzen müssen. Das Verfahren ist so ausgestaltet, dass im Hauptausschuss bzw. Rat entschieden wird, ob das Thema von der Verwaltung (vor-)bearbeitet und inwiefern es den politischen Akteuren vorgelegt wird.

initiiert werden. Die Beteiligung der Akteure kann unlimitiert sein (d. h. alle interessierten Bürger und Verbandsvertreter können teilnehmen) oder nach einem bestimmten Rekrutierungsverfahren ablaufen. Ein Beispiel für einen offenen Beteiligungsprozess bildet in der untersuchten Kommune der dortige Bürgerhaushalt. Hier hat jeder interessierte (organisierte) Akteur aus der Zivilgesellschaft die Möglichkeit, teilzunehmen. Mit dem Hinweis, einen effizienten Arbeitsprozess gewährleisten zu wollen, kann die Teilnahme für Akteure aus der organisierten Zivilgesellschaft jedoch auch von der Verwaltung beschränkt werden, so dass nur bestimmte Organisationen mit unmittelbarer Betroffenheit Vertreter entsenden können. Als Beispiel kann hier die Erarbeitung des »Masterplan Aasee« dienen. Mit dem Erreichen des zuvor bestimmten Ziels endet das Verfahren in der Regel.

Die Arena der Bürgerbeteiligungsverfahren dient den Vertretern von Vereinen und Verbänden dazu, bereits gesetzte Themen mitzugestalten, indem »Argumente [...] in einer relativ frühen Phase« (Interview ZG1) eingebracht werden können. Dadurch, dass der Beginn von Bürgerbeteiligungsverfahren regelmäßig dadurch gekennzeichnet ist, dass Meinungen und Wissensbestände ausgetauscht werden und auch seitens der Politik noch keine abgeschlossene Positionierung vorliegt, sehen Vereins- und Verbandsvertreter hier die Chance, dass ihre Argumente gehört und ggf. in den weiteren Diskussionsprozess aufgenommen und umgesetzt werden (Interview ZG1). Gleichzeitig dient diese Arena der organisierten Zivilgesellschaft – ebenso wie die Ausschussarbeit – der Kontaktpflege zu den Vertretern aus Lokalpolitik und Kommunalverwaltung. So kann davon ausgegangen werden, dass Vertreter sämtlicher Parteien und innerhalb der Verwaltung sämtlicher Hierarchien (Dezernent, Amtsleiter, Sachbearbeiter) bei derartigen Verfahren vertreten sind. Die Vertreter organisierter Zivilgesellschaft sehen in den Beteiligungsverfahren darüber hinaus *windows of opportunities*, um im Kontext der Lösungserarbeitung Dienstleistungen der eigenen Organisation anzubieten. »So eine Gelegenheit lässt man nicht ungenutzt, um zum Beispiel die Ausstattung des X-Sees mit einer Vogelbeobachtungshütte mit einer Infotafel, ein Lehrpfad, anzuregen [...] für die Umsetzung bekommen wir aber Geld« (Interview ZG4). Gleichzeitig werden die Möglichkeiten in Bürgerbeteiligungsprozessen insgesamt betrachtet jedoch durchaus kritisch gesehen. Da die Ausgestaltung dieser Verfahren in der Praxis stark variieren

kann und damit auch die Chance für Vereins- und Verbandsvertreter, ihre Positionen tatsächlich durchzusetzen, kann solch ein Verfahren für die organisierte Zivilgesellschaft auch schon mal zur »Beteiligungs-Farce« werden. Dies passiert laut einem Verbandsvertreter aus dem Umweltbereich immer dann, wenn der Legitimationszweck eines Bürgerbeteiligungsprozesses größer gesehen wird als das Ziel von Politik und Verwaltung, Input von Seiten der Zivilgesellschaft zu bekommen. »[...] je größer die Veranstaltungen sind und je aufwendiger, [...] desto unwichtiger ist das. Dann geht es wirklich nur um die Außendarstellung [...], dass man sozusagen eine Art Feigenblatt ist. Wir haben die Vereine auch gehört, die haben auch auf dem Podium gesessen, die sind in der Dokumentation mit Bild drin. [...]« (Interview ZG4).

Arena: institutionalisierte Gremien (Beiräte, Netzwerke etc.): Institutionalisierte Gremien zeichnen sich durch ihre Dauerhaftigkeit und ihren fokussierten Themenansatz aus. Zu den etablierten Gremien auf lokaler Ebene gehören kommunale Beiräte und Netzwerke – für beide gibt es keine festen Regeln der Institutionalisierung. Kommunale Beiräte können auf Initiative von Politik, Verwaltung und Zivilgesellschaft (zum Beispiel über § 24 GO NRW) zurückgehen. In der Regel dient das veranschlagte Budget der Verwaltung als Grundlage zur weiteren Planung: Wie viele Mitglieder (aus welchen Bereichen) sollte der Beirat haben? Mit welchen konkreten Aufgaben soll er sich befassen? Wie oft pro Jahr sollen sich seine Mitglieder treffen? Wie hoch ist das Budget (für administrative Unterstützung und Aufwandsentschädigungen)? Netzwerke sind in der Regel lose Zusammenschlüsse ohne Budget, bei dem die Mitglieder des Netzwerks selbst über Rekrutierung und Arbeitsauftrag bestimmen. Institutionalisierte Gremien bieten Vertretern aus Politik, organisierter Zivilgesellschaft und Fachverwaltung ein Forum zum themenbezogenen Austausch. Mögliche Ziele können darin bestehen, der Lokalpolitik Impulse zu geben, konkrete Probleme zu lösen (Arbeitsgruppen) oder politisches Handeln in einem Politikfeld zu evaluieren. Kommunal eingesetzte Beiräte verfolgen dabei in der Regel das Ziel einer Monitoring-Funktion für ein Politikfeld (bzw. für einen Teilbereich daraus).

Die Arena der institutionalisierten Gremien wird von den Akteuren der organisierten Zivilgesellschaft als Raum zur Gestaltung von (Zukunfts-)Poli-

tik gesehen. Anders als in der Ausschussarbeit, wo primär über bereits gesetzte Sachthemen entschieden wird, sehen die Akteure hier Möglichkeiten, selbst Akzente und Themen setzen zu können (Interview ZG5). Sie verstehen ihre Rolle konkret darin, einerseits »neue Ideen einzubringen« (Interview ZG1), »Entscheidungen, die im Rat anstehen, nach Möglichkeit schon zu begleiten« (Interview ZG3), gleichzeitig gilt es jedoch auch für sie, eine »Kontrollfunktion« wahrzunehmen. Dies führt ein Vertreter aus dem Umweltbereich folgendermaßen aus: »Also, es ist [...] so, dass wir uns [...] eine Beleuchtung [...] von einigen Ratsbeschlüssen erhoffen, die eine starke Klimarelevanz haben, aber die im Moment oder die in der Vergangenheit gar nicht als Klimathema [...] diskutiert wurden« (Interview ZG1). Sekundär geht es auch hier wieder um »Kontakte« und »Informationen« (Interview ZG4). Das Ziel von Netzwerken oder anderen institutionalisierten Gremien zum regelmäßigen Austausch sehen die Akteure niedrigschwelliger als von Beiräten. Es geht darum, »sich nicht gegenseitig aus den Augen [zu] verlieren über [...] [das] Tagesgeschäft, was zugegeben aufreibend ist«, erklärt eine Vereinsvertreterin für das Feld der Jugendhilfe (Interview ZG5). Insgesamt gilt, je formaler solch ein Gremium eingesetzt ist (zum Beispiel via Ratsbeschluss und nicht durch die beteiligten Akteure selbst), desto größer wird seine Bedeutung von der organisierten Zivilgesellschaft im Politikfeld selbst und von den dort agierenden Entscheidungsträgern gewertet.

Dies verdeutlicht ein Umwelt-Akteur mit folgenden Worten: »Sie können noch so viele Arbeitsgruppen bilden als Bürger, die Politik kann das einfach ignorieren und das ist nicht möglich, wenn ein Ratsbeschluss vorliegt und ein [...] Beirat dann installiert ist, dann muss die Politik sich dazu ja irgendwie verhalten.« (Interview ZG2).

Arena: informelle Interaktion: Als »informelle Interaktion« soll jegliche Form des persönlichen Kontakts zwischen Vertretern organisierter Zivilgesellschaft sowie Lokalpolitik und Kommunalverwaltung bezeichnet werden, der nicht regelmäßig institutionalisiert (wie bei den oben beschriebenen Arenen), sondern situationsbedingt bzw. unter bestimmten Umständen stattfindet. Persönlicher Interaktion wird von den zivilgesellschaftlichen Akteuren besonders in folgenden Fällen Bedeutung zugemessen: a) zur Klärung von Verständnisfragen b) zum Beschaffen von Mehrheiten für eigene Themen c)

bei auftretenden Konfliktsituationen³⁹ und d) für die Anbahnung neuer Kontakte. Erstens, persönliche Interaktion zur Verwaltung ist für Vertreter organisierter Zivilgesellschaft in der Regel primär relevant, wenn es darum geht, Verständnisfragen zu einem konkreten Sachthema zu klären. Persönlicher Kontakt zur Lokalpolitik wird immer dann gesucht, wenn im Vorfeld zu einem bevorstehenden Entscheidungsprozess Mehrheiten für ein Thema gewonnen werden sollen: »[...] wenn man wirklich was will, muss man vorher in die Fraktion gehen, muss man die Personal-, die Einzelgespräche führen und dann muss das schon [...] bis zur Abstimmung muss das alles schon in trockenen Tüchern sein.« (Interview ZG4). Persönliche Interaktion kann zudem hilfreich sein, um Missverständnisse oder bereits bestehende Konfliktsituationen aufzulösen. Denn, so formuliert es ein Fraktionsvorsitzender, »da gibt es Situationen, da muss man sich [...] mit den Leuten treffen und muss [...] ein persönliches Gespräch führen.« (Interview PO1). Das Generieren neuer Kontakte ins Feld und das Erweitern bestehender Netzwerke auf lokaler Ebene mit Blick auf neue Projekte und Fachthemen gehört zum täglichen Geschäft von Verwaltung, Politik und Vereinen und Verbänden. Persönliche Interaktion kann hierzu »vor und nach den Sitzungen und in den Pausen« der Ausschusssitzungen stattfinden oder bei »Anlässen feierlicher Art [...], Neujahrsempfang beim Bürgermeister, Verleihung des X-Preises, also immer mal wieder eine Festveranstaltung, wo man die Möglichkeit hat, dann einzelne Ratsherren abzugreifen.« (Interview ZG4).

Lokale Lobbyisten oder Mitgestalter der Politik vor Ort? Das Selbstverständnis der Akteure

Wie die Analyse der Selbstwahrnehmung der Vertreter organisierter Zivilgesellschaft in den identifizierten Arenen lokaler Politik zeigt, übersetzen die Akteure ihre Rolle als politische Interessenvertreter mit zwei Hauptmotiven: dem Gestalten der Politik vor Ort und dem Auftreten als Lobbyist in eigener

39 Konflikte werden von den Akteuren aus Lokalpolitik, Verwaltung und organisierter Zivilgesellschaft dann wahrgenommen, wenn bestimmte Interessen dominieren (Interview VW1), wenn Projekte nicht verantwortungsbewusst implementiert werden (Interview VW5) oder es Unstimmigkeiten über ein politisches Thema gibt (Interviews ZG1, ZG3, PO1, PO3, VW3).

Sache. Einerseits bringen die befragten Akteure stark zum Ausdruck, dass sie die lokale Politik mitgestalten wollen. Ihnen geht es darum, Ideen einzubringen, Visionen zu entwickeln, Argumente aufzeigen, Rahmenbedingungen zu gestalten. Es geht ihnen um »inhaltlichen Austausch« (Interview ZG3), es geht ihnen darum, »übergeordnete Sachen [...] vorzubringen bei der Stadt [...], da sind wir dabei und hängen uns darein« (Interview ZG1).

Die Akteure sehen sich als Ideengeber bzw. als Visionäre, die die Kommune in einzelnen Politikfeldern oder als Ganzes weiterentwickeln wollen. Konkrete Kontexte können hier die Gestaltung von Nah- und Erholungsräumen sein (Umweltpolitik) oder die Mitwirkung am Bürgerhaushalt (politikfeldübergreifend). Eine Akteurin aus dem Feld der Jugendhilfe macht ihr Verständnis als Visionärin folgendermaßen deutlich: »[...] es gibt viel nervenaufreibendes Tagesgeschäft abzuwickeln, [...] man muss sich auch noch Zeit lassen für das Entwickeln von Visionen« (Interview ZG5). Ein anderer Akteur aus dem Politikfeld erklärt: »Ja, ich verstehe die Aufgabe schon darin, [...] die politischen Rahmenbedingungen für die Kinder- und Jugendhilfepolitik [...] mitzugestalten« (Interview ZG6). Dass dieser Gestaltungswille der Vereine und Verbände von den politisch-administrativen Akteuren durchaus gewünscht ist, ihre Ideen nachgefragt sind, darauf verweist ein leitender Verwaltungsvertreter mit folgenden Worten: »[...] so wie wir Stadtgesellschaft verstehen, ist Engagement von Bürgern, Vereinen, Verbänden ganz wesentlich. [...] eine lebendige Stadt lebt nicht von einer aktiven Verwaltung alleine [...] Und deswegen ist die Vielfalt und Aktivität von Vereinen, Verbänden für uns als Stadt wichtig, dass diese Kreativität, dieses Innovationspotential [...] genutzt wird [...]« (Interview VW4).

Die gleichen Akteure aus der organisierten Zivilgesellschaft erklären jedoch auch, dass es für sie in den Arenen lokaler Politik um Informationsbeschaffung geht, um Kontaktpflege, um politische Einflussnahme. Es geht darum, dass die »Arbeit eigentlich überwiegend [...] am Telefon oder eben in Vier-Augen-Gesprächen« (Interview ZG7) stattfindet. Sie betreiben »Lobbyarbeit in der Lokalpolitik« (Interview ZG1) und beschreiben ihr Vorgehen dabei sehr technisch. Ausgehend von ihrem jeweiligen Bereich verstehen sie sich als Anwälte ihrer Themen. Sie wollen nicht ausschließlich an bereits (vor-)gesetzten Themen durch Politik und Verwaltung arbeiten, sondern sie wollen ihren Verein, ihre Ziele und ihre aktuellen Vorhaben aktiv in die loka-

le Politik einbringen. Sie machen klassische PR- und Lobbyarbeit für ihre Organisation, in dem sie die Vorzüge öffentlichkeitswirksam und gleichsam im persönlichen Gespräch herausstellen. Ein Vertreter aus dem Sportbereich beschreibt sein Selbstverständnis als Lobbyist mit folgenden Worten: »[...] ich glaube, nicht alle wissen [...], dass hinter uns 87.000 Menschen stehen und wir verstehen uns auch nicht nur als Sprecher und Lobbyisten des Sports, der Leute, die bei uns in den Mitgliedsvereinen sind, [...] da haben wir teilweise noch Schwierigkeiten bei der Stadt, [...] aber das wird eigentlich auch immer deutlicher. Manchmal muss man eben Dinge einfach öfter mal sagen, bis sie dann richtig gehört werden.« (Interview ZG9). Ähnlich formuliert auch ein Vertreter eines Naturschutzverbandes sein Selbstverständnis: »Wir verstehen uns auch ausdrücklich als Lobbyverband. Wir sind die Lobby der Natur« (Interview ZG4). Die Selbstverständlichkeit, mit der die Akteure jeweils beide Motive zur Beschreibung ihres Alltagsgeschäfts verwenden, macht deutlich, dass diese Rollen keinesfalls konträr zueinander sind, sondern dass sie sich vielmehr gegenseitig bedingen. Die Rolle des Politikgestalters ist ihre Mission, die Lobbyarbeit dient der Umsetzung.

Merkmale und Muster politischer Interessenvertretung

Wie nachfolgend gezeigt wird, prägen die Spezifika der lokalpolitischen Arenen und das Selbstverständnis der Akteure ihr konkretes Handeln als politische Interessenvertreter. In dieser Rolle verfolgen die Akteure der organisierten Zivilgesellschaft spezifische Ziele, Ideale und Werte, die in der Regel aus dem genuinen Organisationskontext stammen und die es für sie in die lokale Politik einzubringen gilt. Das konkrete Vorgehen der organisierten Zivilgesellschaft als politische Interessenvertreter innerhalb der identifizierten politischen Arenen soll entlang des bereits eingeführten Governance-Analyseasters – bestehend aus Formen und Mechanismen – reflektiert werden.

Zunächst wird hierzu auf die Interaktionsbeziehung zwischen den Akteuren aus der Zivilgesellschaft und den Akteuren von Politik und Verwaltung fokussiert. Der Governance-Ansatz lässt in seinem normativen Verständnis die Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen zivilgesellschaftlichen und öffentlichen Akteuren offen. Für eine nähere Konkretisierung dienen die

einzelnen Governance-Formen: Während etwa in hierarchischen Interaktionsformen zivilgesellschaftliche Akteure eher geringe Möglichkeiten zur Mitwirkung haben und eher als Adressaten wahrgenommen werden, agieren sie in Netzwerkstrukturen idealtypisch nahezu als gleichrangiger Partner. Am hierarchischsten ausgeprägt unter den identifizierten Arenen ist die Ausschussarbeit. Die zivilgesellschaftlichen Akteure haben hier ausschließlich Rede- und kein Stimmrecht. Anstatt auf Mitbestimmung setzen sie hier auf Informationsbeschaffung (sie werden zum Adressaten von Prozesswissen) und Kontaktpflege. In der Gremienarbeit und den Bürgerbeteiligungsprozessen sehen die Akteure für sich hingegen durchaus Möglichkeiten konkreter Mitgestaltung. Da Projekte in diesen Arenen meist noch am Anfang stehen, besteht für sie eine reelle Chance, eigene Akzente zu setzen. Als idealtypisches Netzwerk lässt sich die persönliche Interaktion einordnen. Die Vertreter der Vereine und Verbände bauen sich im Laufe ihrer haupt- oder ehrenamtlichen Tätigkeit eigene Netzwerkstrukturen in dem Politik- sowie dem Verwaltungsbetrieb auf (manchmal wird der Zugang ins andere Feld dadurch erleichtert, dass über eine vorangegangene Tätigkeit im anderen Feld bereits Kontakte bestehen, zum Beispiel war ZG2 vor seiner ehrenamtlichen Tätigkeit im Umweltbereich kommunaler Verwaltungsangestellter). Diese Netzwerke werden primär dann von den Akteuren aktiviert, wenn es darum geht, spezielle Informationen einzuholen und Mehrheiten für eigene Projekte und Themen zu organisieren, die dann wieder in anderen Arenen, wie der Ausschussarbeit oder in Gremien, formal weiterbearbeitet werden. Da bei dem Zugriff auf das eigene Netzwerk im Regelfall ein Tauschgut als Gegenleistung eingebracht wird (zum Beispiel Expertenwissen) und diese Netzwerke gleichsam auf – langjährig aufgebautem – Vertrauen basieren, begegnen sich die Akteure aus Verwaltung, Politik und organisierter Zivilgesellschaft in dieser speziellen Form der Interaktionsbeziehung nahezu auf gleicher Höhe.

Diese Netzwerke sind gleichsam ein Beispiel für eine Governance-Form, die stark nach informellen Regeln funktioniert. So liegt es beim einzelnen Akteur selbst, wie frühzeitig er sein Netzwerk aktiviert, welche bzw. wie viele Netzwerkpersonen er aktiviert und was er als Tauschgut einbringen möchte. Stark formal geprägt ist hingegen die Ausschussarbeit. So ist klar geregelt, wie oft der Ausschuss tagt, wer wie lange im Ausschuss reden darf

und welche Bedingungen gegeben sein müssen, damit Ausschussmitglieder Informationen von Seiten der Verwaltung einholen dürfen. Als Ergebnis zu den Governance-Formen kann festgestellt werden, dass es nicht ausschließlich »formelle« und »informelle« Arenen auf lokaler Ebene gibt, sondern eher Mischformen. Beispielsweise sind Rechte und Pflichten des sachkundigen Einwohners in Nordrhein-Westfalen formal durch die Gemeindeordnung NRW festgelegt, die Auswahlmechanismen verlaufen jedoch informell über die Interaktion zwischen Lokalpolitik und organisierter Zivilgesellschaft im Feld. Ähnlich informell können sich die Auswahlmechanismen für kommunale Gremien oder Bürgerbeteiligungsprozesse gestalten.

Bezogen auf ihre Rolle in der Interaktionsbeziehung mit Politik und Verwaltung machen die Vertreter der organisierten Zivilgesellschaft deutlich, dass ihr Anspruch als Interaktionspartner in den politischen Arenen durchweg maximal ist. So erklärt ein Verbandsvertreter aus dem Sportbereich: »Ich würde mir mehr Augenhöhe wünschen, aber die haben wir noch nicht erreicht. In Einzelfällen vielleicht [...], aber ich habe das Gefühl, man sieht sich noch zu sehr als derjenige, der das Sagen hat und wir sind nur diejenigen, ja die Lobbyisten, die was wollen.« (Interview ZG9). »Einen transparenten Dialog mit den Akteuren auf Augenhöhe« fordert auch ein Verbandsvertreter aus dem Jugendhilfebereich ein; so »[...] dass es einen intensiven fachlichen als auch strategischen Austausch gibt, der fair und ja, in dem man auch die Argumente einfach hört [...], da erlebe ich schon eine sehr hohe Machtkonzentration in den Führungspersonen des X-Amtes, die haben schon eine Menge Macht und Einfluss« (Interview ZG7). Sie wollen den Akteuren aus Lokalpolitik und Kommunalverwaltung durchgängig auf möglichst gleicher Höhe begegnen. Damit streben sie auch für die formellen – eher hierarchisch funktionierenden – Arenen das Vertrauensverhältnis an, das sie aus informellen Kontexten kennen. Sie sehen sich auf einer Meta-Ebene als »Partner« von Lokalpolitik und Verwaltung und wollen als solche in sämtlichen Arenen wahrgenommen werden. Sie sind bereit, ihre Expertise und ihr Prozesswissen in die lokale Politik einzubringen, wenn sie dafür frühzeitig in laufende Prozesse einbezogen werden (Interview ZG9). Aus diesem empirischen Befund leitet sich ein Muster politischer Interessenvertretung ab, deren Interaktionsmodus sich am besten als »Kooperation statt Konfrontation« beschreiben lässt.

Hinsichtlich ihres Selbstverständnisses als lokale Gestalter neben Politik und Verwaltung zielen die Akteure organisierter Zivilgesellschaft in sämtlichen politischen Arenen zunächst auf eine kooperative Interaktion. Der Ausschuss oder sonstige Gremien werden genutzt, um die eigenen Positionen einzubringen. Die Vereins- und Verbandsvertreter zielen darauf ab, als Experten wahrgenommen zu werden und mit ihrer Sachkunde zu überzeugen. Bei ihrer Argumentation orientieren sie sich an den Zielen der Kommune auf dem Feld; zum Beispiel wird von den Umweltakteuren argumentiert, den Klimaschutz der Stadt voranbringen zu wollen (Interview ZG1). Dieser Ansatz bestätigt bisherige lokalpolitische Forschung darin, dass die Interaktion der Akteure auf lokaler Ebene stark konsensgeprägt bzw. konfliktvermeidend ist.⁴⁰ Wird hierzu als Begründung der Faktor Nähe herangezogen, unter der Annahme, dass die Akteure nicht nur beruflich, sondern auch privat einander begegnen⁴¹, kann dieses Muster mit der Einstellung der zivilgesellschaftlichen Akteure begründet werden, sich auf gleicher Höhe begegnen zu wollen. Dies impliziert zunächst beiderseitigen Respekt und damit auch einen Kooperations-Modus seitens der Zivilgesellschaft. Statt einem Mehr an Beteiligungsformen werden von den Vereins- und Verbandsvertretern gezielt Transparenz und vertrauensvolle Zusammenarbeit (Modus der Kooperation) eingefordert, die die Interaktion mit Politik und Verwaltung stabil im Hinblick auf Dauerhaftigkeit und gegenseitige Erwartungen sowie planbar(er) im Hinblick auf Ressourcentausch und Konfliktbewältigung machen sollen.

Politische Interessenvertretung verläuft immer dann über die persönliche Interaktion, wenn es darum geht, Mehrheiten für anstehende Entscheidungen zu organisieren oder neue Kontakte ins Feld aufzubauen (beides Machtstärkung) sowie bei der Klärung von Konfliktsituationen (Machterhalt). »Nähe« gilt als eine grundlegende Spezifik der lokalen Ebene, Informalität als zentraler verdeckter Mechanismus in politischen Arenen. Der Aspekt, dass die Distanz zwischen Akteuren in der Kommune geringer als auf Landes- und Bundesebene und damit sehr spezifisch ist, spiegelt sich auch in den Ergebnissen der Community-Power-Studien wider. Wenn hier von dem Einflusspotential der Vereine und Verbände gesprochen wird, so wird dieses jedoch

40 Holtkamp/Bogumil, *Modernisierung*, S. 539.

41 Hans-Georg Wehling, *Kommunalpolitik in der Bundesrepublik Deutschland*, Berlin 1986.

mit Verflechtungen zwischen den Akteuren erklärt, was eher den Bereich des politischen Klüngels tangiert. Netzwerken soll hier jedoch vielmehr als Technik verstanden werden, um sich eine Bühne zu schaffen, die es den Akteuren erlaubt, dicht an die Entscheidungsakteure zu gelangen, die sonst für sie nahezu unerreichbar bleiben. Als Beispiel kann hier der Dezernent dienen, der regelmäßig bei Bürgerbeteiligungsprozessen anwesend ist und damit für zivilgesellschaftliche Akteure greifbar wird. Um diese Netzwerke zu bedienen, gilt es für die Vertreter zivilgesellschaftlicher Organisationen, als soziale Beziehungsmanager zu agieren. Von ihnen wird gefordert, sowohl auf vertikaler (zwischen einzelnen Themenbereichen) als auch auf horizontaler Ebene (zwischen den einzelnen Hierarchiestufen, beispielsweise innerhalb der Verwaltung, aber auch innerhalb der Lokalpolitik vom Ratsmitglied bis hin zum Fraktionsvorsitzenden) zu interagieren. Schwierigkeiten stellt die informelle Arena vor allem für Akteure dar, die neu im Feld sind. Die lokale Ebene lebt von gewachsenen Beziehungen zwischen Akteuren der Lokalpolitik, Kommunalverwaltung und der Vereins- und Verbandslandschaft, diese These wird durch die empirischen Befunde untermauert. Das Fehlen von Beziehungsnetzwerken kann sich als nachteilig für den Prozess politischer Interessenvermittlung darstellen. Die informellen Rekrutierungsregeln, beispielsweise bei der Auswahl der Vertreter für Beteiligungsprozesse, können darüber hinaus als Exklusionsmechanismen von den Vertretern organisierter Zivilgesellschaft ohne aktive Netzwerkstrukturen wahrgenommen werden.

Die empirischen Befunde machen deutlich, dass es nicht den einen Handlungsansatz organisierter Zivilgesellschaft gibt, der sich in allen Arenen politischer Interaktion wiederfinden lässt. Vielmehr passen sich die Akteure den jeweiligen formellen und informellen Rahmenbedingungen und damit den spezifischen Governance-Mechanismen der Arenen an. Von Vorteil erscheint es, möglichst viele Ansätze im Repertoire zu haben, um damit möglichst viele unterschiedliche Arenen bedienen zu können. Sie beschreiben sich selbst immer wieder als Lobbyisten bzw. Anwälte ihrer Themen und greifen dabei auf das umfangreiche Instrumentarium der Lobbyarbeit zurück. Dazu gehört beispielsweise »das persönliche Gespräch zu den Entscheidungsträgern zu suchen, auch einfach politische Kontakte zu knüpfen und zu halten und sei es durch gemeinsames Kaffeetrinken oder einfach auch durch [...] Weihnachtskarten verschicken« (Interview ZG4). Aus den Aussagen

der Akteure wird jedoch deutlich, dass sich ihre Lobbytätigkeit auf Kontaktpflege beschränkt. Ob bzw. inwiefern Druck gegenüber politisch-administrativen Akteuren aufgebaut wird, bleibt offen. Vielmehr scheinen die Vereins- und Verbandsvertreter darauf abzielen, als Experte wahrgenommen zu werden, um so ein Tauschgut vorweisen zu können – »[...] bis hin, dass man sich zu bestimmten Themen als sachkundig erweist und dann auch Ansprechpartner ist« (Interview ZG4). Um ihre Positionen und ihre Expertise in möglichst vielen Arenen zu platzieren und bei möglichen Widerständen nicht gleich aufgeben zu müssen, wird der Ansatz verfolgt, möglichst viele Kanäle zu bespielen. Ein Verbandsmitglied aus dem Umweltbereich beschreibt dies folgendermaßen: »Also, für uns ist diese bunte Vielfalt schon auch sehr wichtig. Also, dass wir im Zweifelsfall, wenn wir so bei einigen Themen im Rat da gar keine Chance haben, durchaus diese Kampagnenfähigkeit uns noch erhalten. Das ist schon wesentlich, dass wir auch Öffentlichkeit versuchen, für unsere Themen zu kriegen [...]. Von daher ist diese bunte Vielfalt von Arbeitsmöglichkeiten schon für uns auch wichtig. Also nur diese Gremienarbeit hinter verschlossenen Türen ist sicherlich nicht das auf Dauer, wo wir meinen, das ist das, was alleine zum Ziel führen wird« (Interview ZG1).

Fazit

Die Akteure organisierter Zivilgesellschaft auf lokaler Ebene sehen ihre Rolle als politische Interessenvertreter darin, lokale Politik aktiv mitzugestalten. Die befragten Vereins- und Verbandsvertreter geben an, die Politik vor Ort bzw. in ihrem jeweiligen Politikfeld als Ganzes voranbringen zu wollen. In diesem Zusammenhang bringen sie auch die Ziele, Positionen und Projekte aus dem eigenen Organisationskontext ein. Politische Interessenvertretung findet für die Akteure organisierter Zivilgesellschaft permanent in ihrem Alltagsgeschäft statt, indem diese sämtliche lokalpolitische Arenen bedienen: Sie können als sachkundige Einwohner nach § 58 (4) GO NRW in der Ausschussarbeit vertreten, als ausgewählte Vertreter ihres jeweiligen Bereichs in kommunalen Beiräten, Netzwerken sowie in Arbeitsgruppen aktiv sein. Ferner nehmen sie oftmals die Möglichkeit wahr, als interessierte Bürger bzw. als ausgewählte Vertreter in Bürgerbeteiligungsprozessen teilzunehmen.

Darüber hinaus gilt es für sie, ihre persönlichen Netzwerke in der Kommunalverwaltung und in der Lokalpolitik zu pflegen. Diese informelle Arena dient ihnen vor allem dazu, Mehrheiten für eigene Initiativen zu beschaffen, mögliche Konfliktsituationen zu entschärfen – die lokale Ebene gilt von jeher als konfliktarm – und das eigene Netzwerk zu erweitern.

Ihr Handeln in den lokalpolitischen Arenen muss vor dem Hintergrund der den Arenen immanenten Governance-Mechanismen gedeutet werden. So konnte gezeigt werden, dass die Arenen nach unterschiedlichen Mechanismen (formellen und informellen Regeln) funktionieren und sich auf das Verhalten der Akteure auswirken. Während die Ausschussarbeit relativ hierarchisch strukturiert ist und die Vereins- und Verbandsvertreter sich in dieser Arena eher in einer passiven Rolle (als Empfänger von Informationen) sehen, kann die persönliche Interaktion, etwa in Gremienarbeit, als idealtypisches Governance-Netzwerk beschrieben werden. Die Akteure organisierter Zivilgesellschaft fühlen sich hier annähernd auf gleicher Höhe mit den politisch-administrativen Akteuren, indem sie ihr Expertenwissen als Tauschgut in das Netzwerk einbringen, was sie diesen Rahmen wählen lässt, um aktiv Unterstützung für ihre Projekte einzuwerben. Die vorgefundenen Netzwerkformen haben jedoch ambivalenten Charakter: Sie bieten den Akteuren zwar Möglichkeitsstrukturen, gleichzeitig stehen sie aber auch für Exklusivität. So ist es besonders für neue zivilgesellschaftliche Akteure schwer, in bestehende Netzwerke hineinzukommen. Gleiches gilt auch für die informellen Mechanismen, die in den lokalpolitischen Arenen vorzufinden sind: Ausschussarbeit verläuft zwar nach formellen Standards, die Rekrutierung der Akteure erfolgt jedoch nach informellen Regeln und ist damit für Außenstehende zunächst intransparent. Neben den beiden beschriebenen Extrempolen vorzufindender Governance-Formen (Hierarchie und Netzwerk) werden die anderen identifizierten Arenen dazu genutzt, um eigene Ideen einzubringen, Kontakte zu pflegen oder im inhaltlichen Austausch zu bleiben. Die Akteure beschreiben ihr konkretes Vorgehen zur Durchsetzung ihrer politischen Interessen mit Vokabular aus der Lobbyarbeit. Sie wollen »Einfluss nehmen«, »Gespräche führen«, »Kontakte knüpfen und halten«. Der Begriff des »Druckausübens«, der in der Regel zum Wesenskern von Lobbying zählt, kommt in ihren Ausführungen nicht vor. Damit wird das bestehende Hierarchieverhältnis zwischen den politisch-administrativen und zivilge-

sellschaftlichen Akteuren nicht umgekehrt. Im Gegenteil: Anstatt von Macht-ausübung sprechen die Akteure von einer Interaktionsbeziehung mit Lokalpolitik und Kommunalverwaltung auf Augenhöhe. Die organisierte Zivilgesellschaft versteht sich als Partner in der Interaktion und setzt damit auf einen Modus der Kooperation.

Der Beitrag verdeutlicht, wie politische Interessenvertretung seitens organisierter Zivilgesellschaftsakteure in lokaler Politik stattfindet und zwar jenseits politischer Einflussnahme durch personelle Verflechtungen (zum Beispiel durch eine gleichzeitige Ratstätigkeit von aktiven Vereins- und Verbandsvertretern in der Politik), wie sie bisherige Studien in der Tradition der Community-Power-Forschung in den Mittelpunkt gestellt haben. Auf Crouchs Befund einer informellen Verhandlungspolitik kann der Beitrag dahingehend eine Antwort geben, dass Vereine und Verbände, die als politische Interessenvertreter agieren, auch die Spielregeln der lokalen Politik kennen und als lokale Advokaten ihrer jeweiligen Themen versuchen, ihre Ziele – im Kontext der kommunalen Gesamtstrategie – umzusetzen, auch über informelle Kanäle. Gleichzeitig machen jedoch die empirischen Befunde deutlich, dass die unterschiedlichen Ausprägungen an Interaktionsbeziehungen (von hierarchisch bis partnerschaftlich) sich gegenseitig ergänzen und nicht verdrängen. Es bedarf dieser Vielfalt an Governance-Arenen – von Bürgerbeteiligungsverfahren bis hin zur Ausschussarbeit –, damit lokale Politik nicht zu einer Politik der *closed shops* wird. Erst die Vielfalt an politischen Arenen und die Beteiligung organisierter Interessen führt zu einer Macht-Balance der Akteure und damit zu einer Stärkung der lokalen Demokratie.

»Community Organizing« als politische Erwachsenenbildung in der Transformationsgesellschaft

Die politischen und gesellschaftlichen Umbrüche zu Beginn des 21. Jahrhunderts stellen die verschiedenen Disziplinen pädagogischen Handelns in zweierlei Richtungen vor neue Aufgaben: zum einen werden Antworten auf die Frage gesucht, wie mit Veränderungen umzugehen sei, zum anderen geht es um die Debatte, wie es weiterhin möglich ist, diese Veränderungen mitzugestalten.

In Deutschland herrscht, bezogen auf das politische Engagement, ein paradoxer Diskurs: auf der einen Seite wird das fehlende politische Engagement beklagt, gleichzeitig werden diejenigen Bürgerinnen und Bürger als »Wutbürger« verunglimpft, die für ihre selbst gewählten Themen eintreten. Der Begriff »Wutbürger« ist insofern problematisch, da damit Protest diffamiert und delegitimiert wird. Wut ist ein geeigneter Motivator für soziale und politische Veränderungen, allerdings nicht die dahinterstehende *Idée directrice* – diese sind Fragen wie z. B.: »Wie können wir verschwenderisches Handeln vermeiden?« oder: »Wie können wir die Lebensgrundlage auch für nachkommende Generationen erhalten?« In vielen Protesten kommt dieser gestalterische Wille allerdings nicht zum Ausdruck, oftmals handelt es sich scheinbar nur um eine themenzentrierte Reaktion auf vergangene Entscheidungen und eben nicht um Ausdruck mannigfaltiger, kollektiver Problemlösungsstrategien für die Zukunft. Eine zeitgemäße politische Bildung muss deshalb dazu befähigen, einen öffentlichen Austausch zu fördern, der dazu fähig ist, konkrete Forderungen und Alternativvorschläge zu erarbeiten und unterstützen, diese zu artikulieren.

Die Krise der Demokratie nach Colin Crouch

Colin Crouch beschreibt die aktuellen politischen Veränderungsprozesse als Übergang zur »Postdemokratie«.¹ Im Zuge dieses Beitrags stehen drei zentrale Punkte seiner Kritik im Blickfeld. Politisches Handeln fände heute fast nur noch durch die Teilnahme an Wahlen statt.² Diese Wahlen verkämen zusätzlich zu einem »reinen Spektakel«, bei dem »Teams professioneller PR-Experten«³ die Themen sowie den öffentlichen Diskurs bestimmen. Darüber hinaus gewännen Lobbygruppen der Wirtschaft zunehmend Einflussmöglichkeiten auf die Politik, auf Kosten der Bevölkerung.⁴

Anforderungen an den »politischen Menschen« und Belebung der Demokratie aus Sicht von Colin Crouch

»Die Demokratie kann nur dann gedeihen, wenn die Masse der normalen Bevölkerung wirklich Gelegenheit hat, sich durch Diskussionen und im Rahmen unabhängiger Organisationen aktiv an der Gestaltung des öffentlichen Lebens zu beteiligen – und wenn sie diese Gelegenheit auch aktiv nutzt.«⁵ Um Bürgerinnen und Bürger in den politischen Prozess einzubinden, macht Crouch verschiedene Vorschläge; die Frage, warum er nicht zwischen Top-down- und Bottom-up-Verfahren unterscheidet, bleibt dabei unbeantwortet. Auf der einen Seite schreibt er: »Wir dürfen uns allerdings nicht damit begnügen, uns nur durch Parteien für unsere politischen Ziele zu engagieren. Wir müssen auch von außen Einfluss auf die Parteien ausüben, indem wir diejenigen Kräfte unterstützen, die sie kontinuierlich unter Druck setzten«⁶, auf der anderen Seite bezieht er sich auf Schmitter: »den Vorzug, gewöhnliche Menschen in einer Weise direkt in das politische Handeln und in politische Entscheidungen einzubinden, die weit über die bloße Stimmabgabe am

1 Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt a. M. 2008.

2 Ebd., S. 20.

3 Ebd., S. 10.

4 Ebd., S. 1.

5 Ebd., S. 8.

6 Ebd., S. 142.

Wahlsonntag hinausgeht. [...] denn so könnte man sicherstellen, daß eine große Zahl von Bürgern irgendwann einmal an einer solche Veranstaltung teilnimmt und dadurch vielleicht ein Gefühl dafür bekommt, was politische Partizipation in der Praxis bedeutet; zudem könnte man so das Verständnis für politische Abläufe verbessern.«⁷ Die beiden Ansätze widersprechen sich deutlich: Crouch fordert eine selbstbestimmte außerparlamentarische Opposition, welche die Politik beeinflusst. Schmitter setzt sich dem gegenüber für eine Beteiligung ein, die das politische Geschäft nicht hinterfragt. Darüber hinaus wird nicht deutlich, wer, bzw. welche Institution diese Beteiligung sicherstellen soll.

Erwachsenenbildung in der Transformationsgesellschaft

Die Transformationsgesellschaft ist als Forschungsgegenstand interessant, da die Einordnung, im Gegensatz zu etwa der Postdemokratie, nicht normativ vorgibt, dass sich eine Gesellschaft von einem bestimmten in einen anderen bestimmten Zustand verändert, sondern vielmehr, dass sich Gesellschaft im Übergang befindet. Der Begriff Transformationsgesellschaft wurde anfangs auf ehemalige sozialistische Staaten, die in demokratisch-kapitalistische Systeme übergangen, angewandt. Mittlerweile wird mit dem Begriff der soziale Wandel allgemeiner beschrieben.⁸ Gekennzeichnet ist die Transformationsgesellschaft von gleichzeitig wirkenden Veränderungen auf individueller, gesellschaftlicher, politischer, wirtschaftlicher und temporaler Ebene.⁹

Diese gleichzeitig wirkenden Veränderungen produzieren prekäre Lebensverhältnisse, Überforderung und Anpassungsdruck auf einzelne Individuen. Dabei sind Menschen außerhalb der institutionalisierten Politiksysteme vom

7 Philippe C. Schmitter, A sketch of what a »post-liberal« democracy might look like. Unveröffentlichtes Manuskript, Florenz 2002, zit. i.: Crouch, Postdemokratie, S. 144.

8 Rolf Reißig, Gesellschaftstransformation im 21. Jahrhundert. Ein neues Konzept sozialen Wandels, Wiesbaden 2009.

9 Vgl. Ortfried Schäffter, Bürgerschaftliches Engagement als Kontext lebensbegleitenden Lernens in der Transformationsgesellschaft. Siehe URL: <ebwb.hu-berlin.de/team/schaeffter/downloads/buergerliches%20engagement> (20.10.2015).

öffentlichen Aushandlungsprozess ausgeschlossen, was wiederum Desorientierung, aber auch Partei-Politikverdrossenheit und ein »Gefühl der Ohnmacht«¹⁰ zur Folge hat. Angelehnt an Hannah Arendt¹¹ wirkt diese Ohnmacht destruktiv, da durch das Fehlen von Macht im Gegenzug die Gewalt quasi sprachlos – und somit unpolitisch – das Handeln bestimmt.

Siebert kommt zu dem Schluss¹², dass durch den Verlust individueller Veränderungsmöglichkeit das gesellschaftliche »Immunsystem« geschwächt wird und historisch errungene, »demokratische Konfliktlösungen« in Vergessenheit geraten, die »vormodernen Handlungsmustern« wie »magisches Denken, Fundamentalismus, körperlicher Gewalt gegen Fremde« weichen. Die aktuell pädagogisch zu klärende Frage ist somit, wie diese Ohnmacht überwunden werden kann. Institutionen wie Kirchen, Parteien, etc. verlieren sowohl Mitglieder als auch ihren Einfluss und eignen sich deshalb für Viele nicht mehr als sinnstiftende Instanz. Gerade deshalb ist es wichtig, einen selbstreferentiellen und reflexiven Rückzugsraum zu schaffen, der entschleunigend und als Ausgangspunkt eigener Zielfindungen von Individuen wirken kann.

Der »politische Mensch« aus Sicht der allgemeinen Erziehungswissenschaft

Oskar Negt greift in »Der politische Mensch: Demokratie als Lebensform« bereits im ersten Satz des Buches Fragestellungen der allgemeinen Pädagogik und auch der politischen (Erwachsenen)Bildung auf: »Kein Mensch wird als politisches Lebewesen geboren; deshalb ist politische Bildung eine Existenzvoraussetzung jeder friedensfähigen Gesellschaft.« Dabei wird erkennbar, dass Demokratie nicht nur eine Herrschaftsform, sondern gleichzeitig auch eine Gesellschafts- und Lebensform ist.

10 Leo Penta, *Community Organizing. Menschen verändern ihre Stadt*, Hamburg 2007, S. 54.

11 Hannah Arendt, *Macht und Gewalt*, München 1970.

12 Horst Siebert, *Grundlagen der Weiterbildung. Didaktisches Handeln in der Erwachsenenbildung. Didaktik aus konstruktivistischer Sicht*, hg. v. Jörg E. Feuchthofen/Michael Jagental/Arnim Kaiser, Augsburg 2006, S. 66.

In der Allgemeinen Pädagogik¹³ wird jeder Mensch als unbestimmt bildsam angesehen. Erziehung und Bildung zielen darauf ab, dass Menschen nach und nach fähig werden, ihre eigene Existenz zu erhalten sowie auch für die mehr oder weniger nahe Zukunft die Erhaltung der Art zu sichern. Jeder Mensch wird innerhalb der sechs ausdifferenzierten Praxisfelder (Arbeit, Politik, Ethik, Kunst, Pädagogik und Religion) tätig. Diese Praxisfelder stehen nicht hierarchisch nebeneinander, keine hat in der menschlichen Existenz eine Vorreiterrolle, wenn überhaupt, dann temporär. Dabei stehen die einzelnen Felder immer in Wechselwirkung zueinander, keine Praxis ist ohne die anderen möglich.¹⁴ Die geplante Sicherstellung der Gesellschaft auch in der Zukunft ist Aufgabe des Politischen im universalen Sinn. Die Frage ist somit nicht, ob der Mensch politisch ist, sondern vielmehr, wie Menschen (wieder) in den öffentlichen Austausch über Werte, Normen und Handlungsmöglichkeiten treten und wie dieser Prozess ermöglicht werden kann.

Lebenslanges Lernen versteht sich nicht als ausschließliche Vermittlung von Wissen, bzw. formalisierten Abschlüssen. AdressatInnen sollen vielmehr Kompetenzen für einen lernenden Umgang mit aktuellen Problemen erwerben. Erwachsenenbildung als eine gesellschaftliche Funktion ist somit eine Möglichkeit, einen selbst-referentiellen Rückzugsraum zu eröffnen, der als Ausgangslage weiterer Zielfindungsprozesse nutzbar gemacht werden kann.

Community Organizing in der Transformationsgesellschaft

Community Organizing wird oft fälschlicherweise als »Bürgerbeteiligung«¹⁵ verklärt und rückt den Ansatz somit in den Bereich von naiven Top-down-Beteiligungsverfahren Sozialer Arbeit oder der Stadtplanung. Dies hat ihren Ursprung vor allem darin, dass Community Organizing in Deutschland über

13 Vgl. Dietrich Benner, Allgemeine Pädagogik. Eine systematisch-problemgeschichtliche Einführung in die Grundstruktur pädagogischen Denkens und Handelns, Weinheim und München 2005.

14 Ebd., S. 44 ff.

15 Peter Szyntka, Community Organizing. Ein Weg zum mehr Beteiligung, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Berlin, Fachforum 8 (2011). Siehe URL: <library.fes.de/pdf-files/do/08065.pdf> (20.10.2015).

Jahrzehnte hinweg, nahezu ausnahmslos innerhalb der Sozialen Arbeit im Bereich der Gemeinwesenarbeit wissenschaftlich rezipiert wurde. Es ist aber vielmehr Support bei der Selbstermächtigung von Bürgerinnen und Bürgern¹⁶, bei der auch die Anleitenden ihre bisherige objektivierende Außensicht hinterfragen und verändern. Zur Klärung des Ansatzes Community Organizing ist eine neue fachliche Auseinandersetzung dringend notwendig, um zu bestimmen, was Community Organizing ist und was eben nicht, da es nicht nur lerntheoretisch Unterschiede macht, ob es als Beteiligung an vorgegebenen Detailfragen oder ernsthaftes Empowerment mit Willen zur Macht verstanden wird.

Seit Erscheinen der deutschen Übersetzung von Saul D. Alinsky »Rules for Radicals« meinen verschiedene staatlich finanzierte und kontrollierte soziale Einrichtungen, mit einzelnen Methoden des Community Organizing den Ansatz zu vertreten. Dabei wird vergessen, dass Community Organizing mehr ist, als die Anwendung von einzelnen Methoden. Grundvoraussetzung für eine unabhängige Arbeit ist eine nichtstaatliche Finanzierung. Deshalb ist das Deutsche Institut für Community Organizing (DICO) in Berlin, unter der Leitung von Leo Penta, die einzige Organisation in Deutschland, die Community Organizing betreibt.

Neben dem Community Organizing gibt es zielgruppenspezifisches Organizing, die einzelne Methoden und Taktiken anwenden. So finden Organizing-Ansätze auch innerhalb von Gewerkschaften¹⁷ und Parteien¹⁸, vor allem in der Mitgliederwerbung, zunehmend an Bedeutung. In Großbritannien¹⁹ ist die Labour Party dabei, die Partei zu modernisieren, um zu einer Mitmach-Partei²⁰ zu werden.

16 Vgl. dazu das Stufenmodell der Partizipation von Sherry Arnstein, A Ladder of Citizen Participation. AIP Journal, Juli 1967, S. 216-224.

17 Vgl. Peter Birke, Die große Wut und die kleinen Schritte. Gewerkschaftliches Organizing zwischen Protest und Projekt, Berlin/Hamburg 2010.

18 Vgl. Friedrich-Ebert-Stiftung, Akademie Management und Politik, Politische Mitgliederorganisationen zukunftsfähig gestalten, Aktive Mitglieder und Freiwillige für Parteien und Gewerkschaften gewinnen und binden, Bonn 2011.

19 Rowenna Davis/Arnie Graf, The man Ed Miliband asked to rebuild Labour, URL: <www.guardian.co.uk/politics/2012/nov/21/arnie-graf-labour-party-miliband> (25.10.2015).

20 Vgl. die Begrifflichkeiten der Labour-Party auf der Homepage, URL: <labour.org.uk/real-change> (25.1.2015).

Community Organizing wirkt sowohl auf individueller, als auch auf sozialräumlicher Ebene. Durch die initiierte Selbst-Weltverschränkung ist eine Standortbestimmung der eigenen Lebenswirklichkeit möglich. Im Austausch mit Anderen finden sich gemeinsame Themen, die, weil sie die eigene Lebenswirklichkeit betreffen, anschlussfähig werden. Somit setzt ein Neudefinieren ein, das die bisherige Lebenswelt auch als partizipierbaren politischen Raum erfahr- und gestaltbar macht. Bezogen auf Crouchs Demokratiekritik, werden die politischen Themen somit nicht von außen, also von »PR-Experten« innerhalb von Wahlkämpfen bestimmt, sondern sind das Produkt des öffentlichen Austauschs im jeweiligen sozialen und politischen Nahraum. Im Community Organizing wird ein ganzheitlicher didaktischer Ansatz gebildet. Dabei wird selbstkritische Reflexion ermöglicht, die zum Ausgangspunkt weiterer Lernschritte wird. Durch die persönliche Anschlussfähigkeit der gemeinsam erarbeiteten Themen entstehen wiederum selbstbestimmte Handlungsziele. Durch die Zusammenarbeit mit anderen gesellschaftlichen Gruppen und Individuen bilden sich informelle Beziehungen, welche die bisherigen Gruppenzugehörigkeiten erweitern. Innerhalb dieser informellen Beziehungen wird eine Konfliktkompetenz und -bearbeitung ermöglicht und ersetzt bisherige passive Konfliktvermeidung. Dadurch wird Konsensbildung als dynamische Welttätigkeit erfahrbar, die ihren lernförderlichen Anlass in der Verantwortung für das eigene und gemeinsame Handeln erhält. Die Motivation, zu lernen, resultiert nicht aus äußerlichem Veränderungs- und Anpassungsdruck, sondern in der Veränderung der eigenen Lebensumstände. Durch das Ermöglichen von Handlungsoptionen, die das eigene Erleben beeinflussen, weicht das Gefühl der Ohnmacht. Es wirkt somit selbstbewusst-fördernd im doppelten Sinne: zum einen reflexiv, also sich selbst bewusst werdend, zum anderen in Form von Vertrauen in die eigene Handlungsfähigkeit.

Die durch Stigmatisierung und in Form von Zielgruppenzuweisung hervorgerufene Segregation von einzelnen Bevölkerungsgruppen wird durch den Austausch von verschiedenen Bevölkerungsgruppen hinterfragt. Durch das Hinterfragen bisheriger Rollen innerhalb eines Gemeinwesens können sich neue Gruppenzusammenhänge ergeben. Dies hat sowohl Auswirkungen auf Lernprozesse der bisher Außenstehenden als auch der bisherigen Akteurinnen und Akteure. »Das Engagement in einer Bürgerplattform verleiht

den Menschen jene Kompetenz, die sie anderen gesellschaftlichen Akteuren gleichstellt.«²¹ Durch den Aufbau von Macht wird es ermöglicht, Zivilgesellschaft wieder gleichberechtigt, d. h. auf Augenhöhe und außerhalb des Privaten²² an den durch die Verfassung gedeckten Verhandlungstisch der Systeme Markt und Staat zu bekommen.²³ Somit handelt es sich um einen weiten Demokratiebegriff, der sich nicht allein auf Parteien oder Stimmabgabe – also auf die reine Verwaltungsstruktur; im individuellen Bereich auf den Staatsbürger – beschränkt. Durch auf Dauer gestellten, d. h. wiederkehrenden, öffentlichen Austausch wird politisches Handeln zur sozialen Praxis²⁴, bzw. Alltagskultur. Eine organisierte Zivilgesellschaft entspricht damit der von Crouch geforderten Gesellschaft »neuer kollektiver Identitäten, die die Form der Partizipation an Debatten und Entscheidungen verändern«²⁵, die in der Lage ist, die bipolare Machtstruktur von Staat und Markt um die der BürgerInnengesellschaft zu erweitern. Dadurch entsteht Sozialkapital im Sinne Bourdieus und nicht im wirtschaftlichen und politischen Sinne verwertbares Humankapital neoliberaler Prägung. Gesellschaftliche Solidarität ist damit keine wohltätige Handlung mehr, sondern wird zum neuen Paradigma, resp. zur sozialen Praktik gesellschaftlichen Zusammenlebens.

Um eine demokratische Gesellschaft zu verwirklichen ist es nötig, dass sich die verschiedenen Akteure im Gemeinwesen in auf Dauer angelegten und verbindlichen Zusammenhängen austauschen, wie das Zusammenleben erhalten und verbessert werden kann. Damit erhält politische Erwachsenenbildung eine bürgerschaftliche Komponente, welche die lokale Demokratie stärkt. Denn wer in den öffentlichen Diskurs von Werten und Normen eintritt, wird politisch aktiv und dadurch mündige/r Bürger/in, auch außerhalb des Parteienapparates. Somit ist Community Organizing nicht

21 Penta, Community Organizing, S. 9.

22 Hannah Arendt, *Vita activa oder Vom tätigen Leben*, München 1981, S. 62.

23 Vgl. Penta, Community Organizing.

24 Ortfried Schäffter, *Institutionalformen der Erwachsenenbildung in der Transformationsgesellschaft. Zur reflexiven Gestaltung erwachsenenpädagogischer Organisationen und ihrer institutionellen Lernkulturen*. Unveröffentlichtes Manuskript 2007, URL: <eb-wb.hu-berlin.de/team/schaeffter/downloads/institutionalformen> (20.10.2015).

25 Crouch, *Postdemokratie*, S. 20.

weniger als die Möglichkeit der Rückgewinnung eines genuin pädagogischen und demokratischen Selbstverständnisses in Form kollektiver Problemlösung gesamtgesellschaftlicher Aufgaben, was in direktem Gegensatz zur systemischen, versäulten Zuständigkeit, Zuweisung, Hilfeverabreichung und politischer Instrumentalisierung steht.

Möglichkeiten und Perspektiven digitaler Bürgerbeteiligung: Das isländische Beispiel Betri Reykjavík

Der Durchbruch des Internets in den letzten zwei Jahrzehnten hat das Alltagsleben von Milliarden von Menschen in der ganzen Welt grundlegend verändert.¹ Informationsübertragung funktioniert dank des Internets heute so schnell wie niemals zuvor und auch die zeit- und ortsunabhängige Interaktion zwischen Menschen wurde durch das World Wide Web revolutioniert. Unser Zeitalter prägende Entwicklungen wie die Globalisierung hat das Internet maßgeblich katalysiert.² Die Formation des sogenannten Web 2.0 oder Social Web hat diese Entwicklungen zusätzlich verstärkt. Das Internet funktioniert heute multi-direktional. Der Nutzer ist nicht mehr entweder Rezipient oder Produzent, sondern kann »[...] im Kontext ein und derselben Anwendung oder Nutzungsepisode beides tun [...]: Inhalte aller Art konsumieren bzw. rezipieren, aber auch aktiv herstellen, bearbeiten und weiter verbreiten«.³ Der Nutzer wird zum *Produzter*.⁴ Zunehmend verschieben Menschen Teile ihres alltäglichen Handelns, ihrer sozialen Beziehungen und ihrer Wissensbestände in onlinebasierte Umgebungen.⁵

Auch politische Kultur und Kommunikation erfuhren im Zusammenhang des Social Web grundlegende Veränderungen. Als ein eindrückliches Beispiel

-
- 1 Dieser Artikel greift auf die Forschung der Autorin im Rahmen der Anfertigung ihrer Masterarbeit »Decision-Making in Digital Democracy. Accessing the Online Participation Tool Betri Reykjavík« zurück. Diese wurde im Jahr 2012 am Institut für Kulturanthropologie/ Europäische Ethnologie der Georg-August-Universität Göttingen fertig gestellt.
 - 2 Vgl. Gertraud Koch, Der Cyberspace als Ende der Ethnografie? Anmerkungen zur Ortsmetapher des Internets in der kulturanalytischen Forschung, in: *Kulturen 2* (2011), S. 34-37, hier S. 37.
 - 3 Jan Schmidt, *Das neue Netz. Merkmale, Praktiken und Folgen des Web 2.0*, Konstanz 2009, S. 177.
 - 4 Vgl. Axel Bruns, *Blogs, Wikipedia, Second Life and Beyond. From Production to Produsage*, New York et al. 2008.
 - 5 Vgl. Schmidt, *Das neue Netz*, S. 181.

der jüngsten Jahre sind die Unruhen und Massenproteste im Mittleren Osten zu nennen, der sogenannte Arabische Frühling. Social Web-Anwendungen wie Facebook oder Twitter begünstigten in diesem Fall neue Formen soziopolitischen Protests.⁶

Eines dieser neuen Protestformate ist die isländische Webseite Betri Reykjavík, an deren Beispiel im Folgenden die Möglichkeiten und Perspektiven digitaler Bürgerbeteiligung erläutert werden. Betri Reykjavík wurde 2010, eine Woche vor den Kommunalwahlen in der isländischen Hauptstadt Reykjavík von den Software-Entwicklern und Internetpionieren Gunnar Grímsson und Róbert Bjarnason online gestellt. Auf dieser Online-Plattform wurde allen antretenden Parteien die Möglichkeit gegeben, sich und ihr Programm vorzustellen und mit potentiellen Wählern zu diskutieren. Besonders die neu gegründete Beste Partei (isl. Besti Flokkurinn) rund um den Komiker und Fernschauspieler Jón Gnarr machte extensiv von diesem Angebot Gebrauch – sicherlich auch ein Grund für den anschließenden Wahlsieg. Seit dem Herbst 2011 greift die Beste Partei in Koalition mit der Sozialdemokratischen Allianz (isl. Samfylkingin) im kommunalen Entscheidungsfindungsprozess auf ein neues Element zurück: die digitale Bürgerbeteiligung. Die ehemalige Wahlkampf-Plattform Betri Reykjavík wurde Anpassungen unterzogen, erhielt ein neues visuelles Design und eine vereinfachte Benutzeroberfläche. Nun dient sie als Sprachrohr der Stadtbevölkerung und ermöglicht ihr direkte Einflussnahme. Nach einer kurzen Registrierung können die Bürger Ideen dazu posten, was ihrer Meinung nach in der Stadt verändert werden soll. Andere Nutzer können für oder gegen die Vorschläge stimmen oder sie um Kommentare ergänzen. Indessen bemerkenswert ist die offizielle Verpflichtung der Stadtverwaltung von Reykjavík, sich jeden Monat mit den fünfzehn durch die Nutzer am wichtigsten bewerteten Ideen auseinanderzusetzen und über ihre Umsetzung zu entscheiden. Erste Beschlüsse, die auf Betri Reykjavík zurückgehen, sind mittlerweile im Stadtbild erkennbar, wie

6 Die Rolle der neuen Medien im Zusammenbruch der tunesischen und ägyptischen Regime sowie in der politischen Mobilisierung in Syrien und Bahrain ist noch wissenschaftlich zu analysieren. Eine erste Auseinandersetzung bietet die 15. Konferenz Trialog der Kulturen der Herbert-Quandt-Stiftung mit ihrem Tagungsband: Roland Löffler (Hg.), *Neue Autoritäten in der Arabischen Welt? Politik und Medien nach den revolutionären Aufbrüchen*, Freiburg i. Br. 2012.

z. B. die Einrichtung der Haupteinkaufsstraße als Fußgängerzone in den Sommermonaten. Mittlerweile sind mehr als 14.600 Menschen bei Betri Reykjavík registriert und jeden Tag kommen neue dazu.⁷

Im Folgenden wird genauer auf die soziale und politische Situation Islands in den letzten Jahrzehnten eingegangen. Dies ist unerlässlich für ein Verständnis der politischen Kultur und der neusten Entwicklungen hin zu mehr digitaler Bürgerbeteiligung in Island. Die Vergangenheit der Republik Island kann grob in zwei Zeitspannen – vor und nach 1940 – unterteilt werden. Der isländische Historiker Sigurður Gylfi Magnússon betont: »[u]p to 1940 Iceland is best viewed as an essentially agrarian and to some extent an insular society [...] grounded on the traditional peasant values of thrift and financial restraint.«⁸ Ergänzt wird dies durch eine grundsätzlich konservative Haltung gegenüber Gesellschaft und Kultur. Diese Situation änderte sich allmählich ab 1940, als Island erst von britischen, dann von US-amerikanischen Truppen besetzt wurde, um die Kontrolle der Alliierten über den Nordatlantik während des Zweiten Weltkriegs sicher zu stellen. Bis zu ihrem Rückzug im Jahre 2006 beeinflusste die Präsenz der US-Amerikaner die isländische Kultur nachhaltig. Nach dem Zweiten Weltkrieg setzte eine Phase umfassenden Wirtschaftswachstums ein, und Island etablierte sich als Wohlfahrtsstaat. Währenddessen kontrollierte eine oligarchische Gruppe aus etwa einem Dutzend Familien, umgangssprachlich Oktopus genannt, sowohl den politischen als auch den ökonomischen Sektor. »Die Oligarchen und ihr Familienklüngel hatten quasi dieselbe Macht wie im früheren Island die Stammesoberhäupter« und kontrollierten die Mitte-rechte Unabhängigkeitspartei (isl. Sjálfstæðisflokkur), welche wiederum Macht über die Medien hatte sowie über die Besetzung aller höheren Stellen in Legislative, Exekutive und Judikative entschied.⁹ Isländische Banker und Geschäftsleute agierten in den Jahren wirtschaftlichen Aufschwungs zu Beginn des 21. Jahrhunderts erfolgreich auch auf interna-

7 Am 17. November 2015 waren 14.651 Nutzer registriert. Hinzukommt noch eine unbekannte Zahl an Besuchern, die nur Inhalte lesen und nicht aktiv mitbestimmen. Dies ist ohne vorherige Registrierung möglich.

8 Sigurður Gylfi Magnússon, *Wasteland with Words. A Social History of Iceland*, London 2010, S. 238.

9 Robert Wade/Silla Sigurgeirsdóttir, *Die Reykjavik-Gang. Wie Islands Staatskasse verzockt wurde*, in: *Le Monde Diplomatique* 9494 (2011) s. p.

tionalen Finanzmärkten und gingen als *Útrásavíkingar*¹⁰ in die Geschichte ein. Der deutsche Journalist Jan Puhl beschreibt die neue, Island durchziehende Atmosphäre als geprägt von Gier, Konsumdenken und Rücksichtslosigkeit, in der »[...] die Isländer in einen kollektiven Konsumrausch verfielen – finanziert auf Pump«. ¹¹ Ein Gesprächspartner, der vor 20 Jahren nach Island ausgewanderte Norweger Morten Lange, weiß Gründe für diese Haltung: »Icelanders are newly rich. There's still [...] euphoria, because they now have the money which they didn't have when their grandparents or great-grandparents were growing up. They might have been living in houses made from turf and then came a lot of money from the Americans during the war and fisheries.« ¹² Nicht unbegründet nennt Sigurður Gylfi Magnússon diese Entwicklungen beinahe märchenhaft. ¹³

Ein Märchen, das dann tatsächlich zu schön war, um wahr zu sein. Ein Märchen, in dem Island, einst eines der ärmsten Länder Europas, eines der größten Experimente finanzieller Deregulierung wagte, die jemals unternommen wurden. ¹⁴ Nach dem Bankrott der US-amerikanischen Bank Lehman Brothers im September 2008 zogen ausländische Investoren über Nacht ihr Geld ab. Noch vier Jahre später war die isländische Bevölkerung mit 225 % des verfügbaren Einkommens verschuldet. ¹⁵ Die isländische Journalistin Alda Sigmundsdóttir beschreibt diesen Beinahe-Zusammenbruch: »A collapse of the people's trust in its country's politicians, institutions and financial system. It revealed to the vast majority of us that we'd had no idea of the extent of the political corruption and neglect that had lurked beneath the surface of our society for decades.« ¹⁶

10 Der Begriff *Útrásavíkingar* wurde noch nicht ins Deutsche übersetzt. Die englische Übersetzung lautet Outvasion Vikings und betont die als überheblich und siegessicher wahrgenommenen Attitüden der isländischen Geschäftsmänner, die wie Wikinger in die Welt loszogen um sie zu erobern.

11 Jan Puhl, Giftige Altlasten, in: Spiegel 49 (2011), S. 114-116, hier S. 114.

12 Persönliches Interview mit Morten Lange im Café Flora, Reykjavík am 23.7.2012.

13 Vgl. Sigurður Gylfi Magnússon, Wasteland with Words, S. 256.

14 Vgl. Esther Addley, Iceland Calls Its Former PM to Account for Financial Crash, in: The Guardian (9.3.2012).

15 Vgl. Jan Puhl, Giftige Altlasten, S. 116.

16 Alda Sigmundsdóttir, The Trial of Iceland's Prime Minister is About Democracy, Not Money, in: The Guardian (5.3.2012).

Diesem Unmut über politische Korruption und Vernachlässigung machten die Bürger Reykjavíks in den Kommunalwahlen 2010 Luft und wählten die gerade erst gegründete Beste Partei als stärkste Kraft. Die Gruppe von Musikern, Schauspielern, Schriftstellern und anderen Kreativen ohne professionellen politischen Hintergrund machte im Vorfeld u. a. durch Forderungen nach kostenlosen Handtüchern in Schwimmbädern sowie dem Versprechen eines spätestens bis 2020 drogenfreien Parlaments auf sich aufmerksam. Gekonnt stellten sie mit Humor und Sarkasmus traditionelles Politikergebaren in Frage und versprachen u. a. all ihre Wahlversprechen zu brechen.

Nun schließt sich ein cursorischer Überblick über die Forschungsthesen, mit denen ich mich dem vorher dargestellten Forschungsfeld genähert habe, an. Aufgrund der niedrigen Einwohnerzahl und der relativen politischen Souveränität ist Islands Bürokratie gering.¹⁷ Obwohl dies einer der Gründe für das Prosperieren der isländischen »Vetternwirtschaft« ist, ermöglicht es den Regierungsorganen eben auch eine schnelle und unkomplizierte Handlungsweise. Island konnte damit in Zeiten kulturellen und politischen Aufstands zu einer Art Petrischale werden, zu einem Versuchsfeld für experimentelle und kreative neue Regierungsformen. Darüber hinaus sehnten sich die Bürger Reykjavíks nach mehr Transparenz und einem größeren Mitspracherecht in politischen Prozessen. Das Online-Partizipationswerkzeug Betri Reykjavík befriedigt diese Bedürfnisse und sorgt für eine Stärkung der Demokratie in Reykjavík. Dies führt auch dazu, dass traditionelle Auffassungen davon, wie Entscheidungsprozesse grundsätzlich ablaufen, aber auch wie ein Politiker oder eine politische Partei zu sein hat, zunehmend in Frage gestellt werden.

Natürlich kann solch eine Webseite konstanten Erfolg nur in einer technik- und kommunikationsaffinen Gesellschaft haben, die generell offen ist für neue Projekte. Betri Reykjavíks Erfolg mag auch in den Ähnlichkeiten zu einer sozialen Netzwerk-Webseite liegen. Für viele Menschen gehört die Teilnahme an Betri Reykjavík zur alltäglichen Routine. Betri Reykjavík wird von einer Vielfalt von Menschen unterschiedlichen Alters, Geschlechts, Beschäftigung, Einkommens und Bildungsstands genutzt. Als konkretes Beispiel digitaler und direkter Demokratie hat Betri Reykjavík politisierenden Einfluss auf einen Großteil der Bevölkerung. Generell steigert die Beschäftigung und

17 Beispielsweise ist Island kein Mitglied der Europäischen Union.

Auseinandersetzung mit der Webseite das generelle politische Interesse der Nutzer. Die Online-Teilhabe auf *Betri Reykjavík* fördert auch die Offline-Partizipation in der Stadt Reykjavík. *Betri Reykjavík* ermöglicht es den Bürgern, die direkte Umsetzung ihrer Ideen in ihrer unmittelbaren Umgebung, ihrer Nachbarschaft, mizuerleben. Dies führt wiederum zur erhöhten Motivation für die Teilnahme an kommunalen Entscheidungsprozessen. Die nachbarschaftliche Gemeinschaft wird dabei zum wichtigsten Handlungsraum, in dem Bürger aktiv sind und für den sie aktiv sind.

Diese Forschungsthesen lassen sich in den Forschungsfeldern politischer Kultur, digitaler Demokratie und sozialer Medien verorten. Die Diskussion politischer Kultur ist dabei in verschiedenen akademischen Disziplinen verortet.¹⁸ Die heutige, eher offene Perspektive der deutschen Kulturanthropologie sieht politische Kultur stets als Zusammenspiel von Handlungen sowohl auf der Makro- als auch auf der Mikroebene und nicht beschränkt auf den Staat und seine Institutionen. Vielmehr konzentriert sich die kulturanthropologische Sichtweise auf den Akteur und die ihm beigemessene Handlungsmacht.¹⁹ Politik ist nie ein eindimensionaler Prozess von oben nach unten, sondern immer auch eine Kommunikationshandlung.²⁰ Folgt man Stefan Bergers und Thomas Luckmanns sozialkonstruktivistischer Ansicht, so ist Politik essentieller Teil individueller wie kollektiver Wahrnehmung und Erfahrung der Alltagswelt.²¹

-
- 18 Für einen Überblick seien folgende Arbeiten empfohlen: Serge Embacher, *Baustelle Demokratie. Die Bürgergesellschaft revolutioniert unser Land*, Hamburg 2012; Manuela Glaab/Karl-Rudolf Korte, *Politische Kultur*, in: Werner Weidenfeld/Karl-Rudolf Korte (Hg.), *Handbuch zur deutschen Einheit. 1949 – 1989 – 1999*, Berlin 1999, S. 642-649; Achim Landwehr, *Diskurs – Macht – Wissen. Perspektiven einer Kulturgeschichte des Politischen*, in: *Archiv für Kulturgeschichte* 85 (2003), S. 71-119; Máiréad Nic Craith, *From the Local to the Global (and Back). Political Anthropology in Europe*, in: *Berliner Blätter* 41 (2006), S. 147-157. Peter Reichel, *Politische Kultur der Bundesrepublik*, Opladen 1981; Joan Vincent, *Political Anthropology*, in: *Encyclopedia of Social and Cultural Anthropology*, London und New York 1996, S. 428-34.
- 19 Vgl. Sylvia Greiffenhagen, *Theorie(n) der Politischen Kultur*, in: Samuel Salzborn (Hg.), *Politische Kultur. Forschungsstand und Forschungsperspektiven*, Frankfurt a. M. 2009, S. 11-30, hier S. 11.
- 20 Vgl. Ute Frevert, *Neue Politikgeschichte*, in: Joachim Eibach/Günther Lottes (Hg.), *Kompass der Geschichtswissenschaft. Ein Handbuch*, Göttingen 2002, S. 152-164, hier S. 158.
- 21 Vgl. zit. b. Carola Lipp, *Politische Kultur oder das Politische und Gesellschaftliche in der Kultur*, in: *Kulturgeschichte Heute* (1996), S. 78-110, hier S. 91.

Große, international angelegte Studien wie die der US-amerikanischen Politologen Gabriel A. Almond und Sidney Verba²² sowie des US-amerikanischen Politologen Samuel H. Barnes und seines deutschen Kollegen Max Kaase²³ versuchten eine Klassifikation politischer Kulturen hervorzubringen. Die Untersuchungen geben jedoch keine Auskunft darüber, wie Ereignisse, politische Beobachtungen und Erlebnisse politische Kultur tatsächlich formen – ebenso wie das politische Interesse, das Wissen und die Partizipation der Bürger. Dazu möchte diese Studie einen Beitrag leisten.

Auch der Bereich der Forschung über digitale Demokratie wird tangiert. Das Internet ist neben der fundamentalen Veränderung der Wissensbeschaffungs- und Kommunikationshandlungen auch dazu in der Lage, politische Systeme durch vollkommen neue Formen von Demokratie zu bereichern.²⁴ Momentan etabliert sich in vielen Ländern des geographischen Nordens eine digitale Bürger-Staat-Beziehung, die sog. E-(lektronische) Demokratie oder digitale Demokratie.²⁵ Generell gilt, dass die Interaktivität des Internets ebenso wie seine Diversität, Flexibilität, Geschwindigkeit, Annehmlichkeit, die geringen Kosten und die hohe Informationskapazität es der Öffentlichkeit möglich machen, sich einen höheren Wissensstand bezüglich allgemeiner Politik und ihrer Regierung anzueignen.²⁶ Bisher wurde das Feld der digitalen Demokratie vor allem von Kommunikations- und Sozialwissenschaftlern sowie Politologen erforscht, überwiegend durch den Einsatz quantitativer

22 Vgl. Gabriel A. Almond/Sidney Verba, *The Civic Culture. Political Attitudes and Democracy in Five Nations*, Princeton 1963.

23 Vgl. Samuel H. Barnes/Max Kaase (Hg.), *Political Action. Mass Participation in Five Western Democracies*, Beverly Hills 1979.

24 Vgl. Wätzold Plaum, *Die Wiki-Revolution. Absturz und Neustart der westlichen Demokratie*, Berlin 2012, S. 148.

25 Der Begriff digitale Demokratie vereint dabei in sich verschiedene, im Internet stattfindende demokratische Prozesse und Strukturen der Beziehung zwischen Bürger und Staat. So wird die elektronische Durchführung administrativer Prozesse wie Volkszählungen oder Wahlen auch als E-Verwaltung bezeichnet, vgl. Daniel Roleff, *Digitale Politik und Partizipation. Möglichkeiten und Grenzen*, in: *Digitale Demokratie*. Aus *Politik und Zeitgeschichte* 7 (2012), S. 14-20.

26 Vgl. Karen Mossberger/Caroline J. Tolbert/Ramona S. McNeal, *Digital Citizenship. The Internet, Society, and Participation*, Cambridge (MA) 2008, S. 52.

Untersuchungsmethoden.²⁷ Die US-amerikanischen Politologinnen Karen Mossberger, Caroline J. Tolbert und Ramona McNeal zeigen, dass das Internet bedeutende, positive Auswirkungen auf demokratische Partizipation hat.²⁸ Tatsächlich erhöht es die Wahrscheinlichkeit der Teilnahme an Wahlen sowie von Bürgerengagement. Die US-amerikanischen Politologen Jessica T. Feezell, Meredith Conroy und Mario Guerrero waren unter den Ersten, die sich mit dem beliebten sozialen Netzwerk Facebook auseinandergesetzt haben. Mit Hilfe einer an Studenten einer öffentlichen kalifornischen Universität verteilten Umfrage konnten sie einen Zusammenhang zwischen der Mitgliedschaft in politischen Gruppen auf Facebook und politischer Offline-Partizipation belegen.²⁹

Es wird deutlich, dass auch der Forschungsbereich zum Internet an sich und v. a. dem Social Web kurz besprochen werden muss.³⁰ Schon in den 1960er Jahren wies der US-amerikanische Psychologe J. C. R. Licklider erst-

27 Für einen Überblick seien folgende Arbeiten empfohlen: Samuel J. Best/Brian S. Krueger, *Analyzing the Representativeness of Internet Political Participation*, in: *Political Behavior* 27.2 (2005), S. 183-216. Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.), *Digitale Demokratie*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 7 (2012); Homero Gil de Zúñiga et al., *Digital Democracy: Reimagining Pathways to Political Participation*, in: *Journal of Information Technology & Politics* 7 (2010), S. 36-51; Norbert Kersting/Harald Baldersheim (Hg.), *Electronic Voting and Democracy. A Comparative Analysis*, New York 2004. Howard Rheingold, *Using Participatory Media and Public Voice to Encourage Civic Engagement*, in: *ders. Civic Life Online*. Cambridge 2007, S. 97-118; Jo Saglie/Signy Irene Vabo, *Size and E-Democracy: Online Participation in Norwegian Local Politics*, in: *Scandinavian Political Studies* 32.4 (2009), S. 382-401; Michael Xenos/Patricia Moy, *Direct and Differential Effects of the Internet on Political and Civic Engagement*, in: *Journal of Communication* 57.4 (2007), S. 704-718.

28 Vgl. Mossberger/Tolbert/McNeal, *Digital Citizenship*, S. 2.

29 Vgl. Jessica T. Feezell/Meredith Conroy/Mario Guerrero, *Facebook Is [...] Fostering Political Engagement. A Study of Online Social Networking Groups and Offline Participation*, APSA 2009 Toronto Meeting Paper.

30 Für einen Überblick seien folgende Arbeiten empfohlen: Marion Hamm, *Indymedia. Zur Verkettung von physikalischen und virtuellen Öffentlichkeiten*, in: Gerald Raunig/Ulf Wuggenig (Hg.), *Publicum. Theorien der Öffentlichkeit*, Wien 2005, S. 176-186; Marion Hamm, *Proteste im hybriden Kommunikationsraum. Zur Mediennutzung sozialer Bewegungen*, in: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen* 19.2 (2006), S. 77-90; Daniel Miller, *Tales from Facebook*, Cambridge 2011; Daniel Miller/Ron Slater, *The Internet. An Ethnographic Approach*, Oxford 2000; Nina Katharina Paulus, *Virtuelle soziale Netzwerke als autobiographische Quellen*, in: Heidrun Alzheimer (Hg.), *In Europa. Kulturelle Netzwerke – Lokal, Regional, Global*, Würzburg 2012.

mals auf das Gemeinschaftspotential von Computern hin, sobald sie miteinander verknüpft seien.³¹ Nach dem Platzen der sogenannten Dotcom-Blase im Jahr 2000, der ersten ökonomischen Krise der IT-Industrie, erlebte die Internetnutzung keinen Einbruch, sondern den Aufbau neuer Geschäftsmodelle und -angebote. Das Internet wird seitdem zunehmend als Speichermedium wahrgenommen. Deutlich wird dies u. a. durch die Erfolgsgeschichte der Online-Enzyklopädie Wikipedia, der wohl weltweit erfolgreichsten Gemeinschaftsprojekt-Plattform. Die Umstrukturierungen nach der Dotcom-Blase wurden allgemein unter dem Begriff Web 2.0 zusammengefasst. Jedoch wird hier die Bezeichnung Social Web präferiert, denn sie betont den »grundlegenden sozialen Charakter [des Internets], der aufeinander bezogenes Handeln zwischen Nutzern fördert, also über die Mensch-Maschine-Interaktion hinausgeht.«³² Darüber hinaus ist das »Internet der Gegenwart [...] kein reines Abruf- und Transaktionsmedium mehr, sondern bietet die Infrastruktur für »soziale Medien«, die Partizipation und Teilhabe erleichtern.«³³ Charakteristisch für diese Entwicklung ist das Erfolgsphänomen soziales Netzwerk. Die US-amerikanischen Medien- und Kommunikationswissenschaftlerinnen Danah M. Boyd und Nicole B. Ellison definieren soziale Netzwerke als webbasierte Dienste, die es Individuen erlauben, ein (semi-)öffentliches Profil zu erstellen, eine Liste anderer Nutzer, mit denen sie verbunden sind, zu formulieren und diese eigene Verbindungsliste sowie die anderer Nutzer einzusehen.³⁴ Dieser Definition zufolge kann auch Betri Reykjavík als ein soziales Netzwerk gekennzeichnet werden. Auf jeden Fall profitiert es immens von der Synergie ähnlich gestalteter Seiten.

Laut der deutschen Kulturanthropologin Brigitta Schmidt-Lauber ist die Disziplin der Kulturanthropologie »[...] in besonderem Maße dazu aufgerufen, den (auch technisch-sozialen) Transformationen des Alltagslebens bzw. der Alltagsgestaltung sowie den neuen medialen Selbstverständlichkeiten

31 Vgl. J. C. R. Licklider/Robert W. Taylor, *The Computer as a Communication Device*, in: *Science and Technology* (1968) s. p.

32 Schmidt, *Das neue Netz*, S. 21.

33 Ebd., S. 4.

34 Vgl. Danah M. Boyd/Nicole B. Ellison, *Social Network Sites. Definition, History, and Scholarship*, in: *Journal of Computer-Mediated Communication* 13.1 (2007), s. p.

und Routinen reflexiv und aus Akteur/in-Perspektive nachzuspüren«. ³⁵ Im Folgenden wird auf die hierzu verwendeten Methoden eingegangen. Für den dialogisch reflexiven Prozess der Ethnografie des Internets wurde die Kombination leiblicher und digitaler Ko-Präsenz im Forschungsfeld gewählt. ³⁶ Demnach war ich sowohl im virtuellen Feld Betri Reykjavík als auch im physischen Feld, der Stadt Reykjavík, anwesend.

Über einen Zeitraum von zwei Monaten besuchte ich die Website zwei- bis dreimal wöchentlich je etwa eine Stunde lang und griff dabei auf einige der innovativen Methoden der virtuellen Ethnografie zurück. »Virtual ethnography transfers the ethnographic tradition of the researcher as an embodied research instrument to the social spaces of the Internet«, stellt die britische Soziologin Christine Hine fest. ³⁷ Dabei gibt es aus dem sozialen Blickwinkel keinen fundamentalen Unterschied zwischen sogenannten virtuellen und realen Umgebungen. ³⁸ Methoden virtueller Ethnografie sind u. a. Lurken, Email-Interviews und Interviews über Skype. Lurken, das anonyme Lesen Computer-vermittelter Medien, ist nach der deutschen Sozialwissenschaftlerin Heike Mónica Greschke eine etablierte soziale Praktik in öffentlich einsehbaren, internetbasierten Kontexten. ³⁹ Am Anfang des Forschungsprozesses bietet die Praktik des Lurken dem virtuell forschenden Kulturanthropologen die Möglichkeit, einen Überblick über das prospektive Forschungsfeld zu gewinnen, ohne dies durch seine Anwesenheit zu beeinflussen. ⁴⁰ Während eines fünfwöchigen Forschungsaufenthalts im Sommer 2012 in Reykjavík habe ich durch den Einsatz etablierter Methoden traditio-

35 Brigitta Schmidt-Lauber, Wege und Irrwege der Forschung über und im Cyberspace, in: *Kulturen 2* (2011), S. 4-10, hier S. 4 f.

36 Vgl. Marion Hamm, Zur ethnografischen Ko-Präsenz in digitalen Forschungsfeldern, in: *Kulturen 2* (2011), S. 28-37.

37 Christine Hine, *Virtual Ethnography. Modes, Varieties, Affordances*, in: Nigel Fielding/Raymond M. Lee (Hg.), *The Sage Handbook of Online Research Methods*, Los Angeles 2008, S. 257-270, hier S. 257.

38 Vgl. Martyn Hammersley/Paul Atkinson, *Ethnography. Principles in Practice*, London 2007, S. 139.

39 Zit. b. Franziska Klaas/Bernhard Lange, Virtueller K@ffee. Notizen einer Feldforschungserfahrung in einem Kaffeeforum, in: *Kulturen 2* (2011), S. 11-27, hier S. 14.

40 Dennoch dient Lurken in den meisten Fällen nur als Methode zum Feldeinstieg. Im Feld Betri Reykjavík eignete sich das Lurken besonders gut um die von den Nutzern am stärksten diskutierten Vorschläge ebenso wie die aktivsten Nutzer ausfindig zu machen.

neller ethnologischer Feldforschung neben teilnehmender Beobachtung auch Face-to-Face-Interviews mit relevanten Akteuren durchgeführt. Ich sprach mit neun Nutzern von Betri Reykjavík sowie mit den Entwicklern Gunnar Grimsson und Róbert Bjarnason, als auch mit Reykjavíks Bürgermeister Jón Gnarr.

Generell ist das Zusammenspiel der etablierten Methoden traditioneller ethnografischer Feldforschung mit den neuen Methoden der virtuellen Ethnografie zu betonen. Es geht bei der Methodenauswahl im Feldforschungsprozess nicht um die Frage nach entweder – oder, sondern darum, die jeweils geeignetste Methode für die Erforschung einer spezifischen sozialen Situation zu finden. Dabei können sich etablierte und virtuelle Forschungsformen sehr ertragreich ergänzen. Generell verfügen qualitative Methoden der Kultur- anthropologie über ein hohes Potential, die individuellen Gründe hinter dem vermuteten Anstieg politischer Partizipation freizulegen. Der Einsatz qualitativer ethnografischer Methoden im Forschungsfeld Reykjavík lässt Aussagen über die Zusammenhänge zwischen der aktiven Mitgliedschaft bei Betri Reykjavík und gesteigerter Offline-Partizipation sowie gesteigertem politischen Interesse zu, die auf den folgenden Seiten diskutiert werden. Doch zunächst wird noch ein kurzer Blick auf das befragte Sample geworfen.

Die Interviewpartner wurden im Voraus des Forschungsaufenthalts über die in Betri Reykjavík integrierte Nachrichten-Funktion kontaktiert, weitere Kommunikation verlief meist per Email. Das Sample wurde bewusst zusammengestellt, d. h. es wurden neunzehn Nutzer kontaktiert, die in den Nutzer-Rankings auf Betri Reykjavík höher als Platz 15 eingestuft waren.⁴¹ Es wurde also darauf geachtet, relativ aktive und engagierte Nutzer zu interviewen, um potentiell fruchtbarere Resultate zu erzielen als ein willkürlicher Sampling-Prozess vermeintlich ergeben hätte. Die Altersverteilung des Samples ist relativ ausbalanciert, drei Frauen und sechs Männer im Alter von 30 bis 63 wurden interviewt. Indessen repräsentiert das Sample nicht die generelle Geschlechtsverteilung aller Betri Reykjavík-Nutzer, denn im Frühjahr 2012 standen den 3.063 weiblichen Nutzerinnen 2.582 männliche Nutzer gegen-

41 Die Nutzer der Webseite werden in drei Rankings eingeordnet: nach ihrem Einfluss auf andere Nutzer, Vorschläge positiv zu bewerten, nach ihrer Kommentierfreudigkeit sowie nach der Anzahl der auf ihren Vorschlag hin neu beigetretenen Mitglieder.

über.⁴² Darüber hinaus ist zu beobachten, dass die Mehrheit der interviewten Nutzer einen hohen Bildungsstand hat. Acht von neun Gesprächspartnern haben einen Universitätsabschluss oder waren zur Zeit des Interviews Studenten.⁴³

Generell erscheint die isländische Bevölkerung sehr internet- und technikaffin. Von Islands rund 320.000 Einwohnern gaben 97 % im Jahr 2012 an, täglich oder beinahe täglich das Internet zu nutzen.⁴⁴ Darüber hinaus machten 2012 rund 75 % der Internetnutzer Gebrauch vom sozialen Netzwerk Facebook.⁴⁵ Vergleichsweise geringer fällt demgegenüber die Internetaffinität der deutschen Bevölkerung aus: 83 % waren 2012 generell Internetnutzer⁴⁶, aber nur rund 38 % waren 2012 auf Facebook aktiv.⁴⁷ Beobachtungen des isländischen Samples bestätigen diese Statistiken. Wie Þórgnýr Thoroddsen betont, fühlen sich Isländer von technischen Innovationen angezogen.⁴⁸ So wurde von mehreren Gesprächspartnern von bei Facebook angemeldeten Großeltern berichtet, und auch alle Gesprächspartner selbst sind ausnahmslos bei Facebook angemeldet. Darüber hinaus beschreiben sich die meisten als starke Internetnutzer. Generell gehört die Mehrheit des Samples zu Betri Reykjavík-Nutzern der ersten Stunde. Bezüglich des politischen Interesses kann das Sample grob in zwei Lager geteilt werden. Etwa die Hälfte der Befragten gab an, nicht per se politisch interessiert oder aktiv zu sein. Die andere Hälfte der befragten Nutzer ist und war schon vor ihrer Registrierung in sozialen Bewegungen oder Parteien aktiv.

42 Der Autorin wurden durch Hílmur Magnússon und Hreinn Hreinnsson, Angestellte der Reykjavíker Stadtverwaltung und dort zuständig für Betri Reykjavík, interne Datensammlungen mit Angaben zu den Nutzern der Webseite zur Verfügung gestellt.

43 Ein Vergleich mit der absoluten Mitgliederzahl der Webseite ist indessen nicht möglich, denn Informationen zu Alter oder Bildungsstand werden von Betri Reykjavíks Verantwortlichen nicht erhoben. Gunnar Grímsson meint, dass eine generelle Datenerfassung Betri Reykjavík und seine Entwickler weniger vertrauenswürdig erscheinen lassen würde: »If we don't collect anything, we can't betray anyone«, persönliches Interview mit Gunnar Grímsson und Róbert Bjarnason in ihrem Büro in Reykjavík am 12.7.2012.

44 Vgl. URL: <www.internetworldstats.com> (31.12.2012).

45 Ebd.

46 Ebd.

47 Ebd.

48 Vgl. Persönliches Interview mit Þórgnýr Thoroddsen im Café Babalú, Reykjavík am 20.7.2012.

Nachstehend wird sich mit den Ergebnissen der Studie bezüglich der Möglichkeiten und Perspektiven digitaler Bürgerbeteiligung auseinandergesetzt. Die zur Datenanalyse genutzte Technik lehnt sich lose an den qualitativen Ansatz der Grounded Theory an. Geprägt durch die US-amerikanischen Soziologen Anselm Strauss und Barney Glaser, wird die Überzeugung verfolgt, dass »[t]heory evolves during actual research, and it does this through continuous interplay between analysis and data collection«. ⁴⁹ Demnach ist Grounded Theory generell eine Methode konstanter komparativer Analyse. ⁵⁰

Wandel der Politischen Kultur treibt Entwicklungen an

Seit den letzten Jahren werden fundamentale Fragen bezüglich der Reformierung der isländischen politischen Kultur sowohl individuell als auch kollektiv ausgehandelt. Dies hat positiven Einfluss auf den Erfolg des Online-Partizipationswerkzeugs *Betri Reykjavík*. Vormalig für selbstverständlich angenommene, gelernte Praktiken und Beziehungen werden in Frage gestellt, und die Auffassung von der Rolle des Bürgers verändert sich. Viele Interviewte sehen den Anstoß für diesen Denkprozess und den Mentalitätswechsel als Konsequenz der Krise. Dominique Plédel Jónsson beschreibt dies wie folgt: »You had a passive way of being blind [...]. And then it went up for Iceland and then it crashed and everybody was blind, still. Most of the people were blind.« ⁵¹ Sie fügt hinzu: »activism is not an Icelandic trait.« ⁵² Jedoch protestierten im Zuge der Krise auch Menschen, denen Politik bis dato gleichgültig war. Sigurður Jónas Eggertsson erinnert sich: »I didn't care much

49 Anselm Strauss/Juliet Corbin, *Grounded Theory Methodology. An Overview*, in: Norman K. Denzin/Yvonna S. Lincoln (Hg.), *The Sage Handbook of Qualitative Research*, Kalifornien 1994, S. 273-285, hier S. 273.

50 Vgl. Barney Glaser und Anselm Strauss, zit. i. Strauss/Corbin, S. 273. Während der Auseinandersetzung mit der Methode der Grounded Theory muss man sich der Tatsache bewusst sein, dass Glaser und Strauss seit der Originalveröffentlichung 1967 nicht mehr darüber übereinstimmen, wie die Grounded Theory-Methode anzuwenden sei. Dies ist an dieser Stelle aber nicht weiter von Belang.

51 Persönliches Interview mit Dominique Plédel Jónsson im Café Loki, Reykjavík am 17.7.2012.
52 Ebd.

about demonstrations or something before the collapse.«⁵³ Dominique fügt aus ihrer Sicht hinzu: »it had been going in the wrong way, really: the politicians going away and putting either a barrier or a fracture between them and the people, the country. [...] But 2009 more than 2008 [...] made a difference. Because then they really had to come back down, to us [...].«⁵⁴ In diesem unruhigen politischen Klima waren die Menschen auf der Suche nach einem anderen Ansatz, den die Beste Partei zu verkörpern schien: »only the fact of being unconventional, I am very glad for that. [...] because otherwise, you would just go ahead the way it's always been done and it's not changing [...], but you need to think the city differently today.«⁵⁵ Betri Reykjavík ist ein Teil dieses neuen Ansatzes. Morten weist darauf hin, dass ein Werkzeug wie Betri Reykjavík der Diskussion tatsächlicher Themen Vorrang vor Parteiideologie gibt: »We should make decisions based on arguments and discussion, pro and con, and from knowledge, and not prejudices or feelings about this politicians.«⁵⁶

Doch nicht nur der Bürger an sich, sondern auch der professionelle Berufspolitiker ist Transformationen ausgesetzt. Das Sample stellte v. a. die generelle Omnipräsenz, die viele Politiker für sich beanspruchen, sowie ihr fast schon stoisches Beharren auf feststehenden Standpunkten und Meinungen in Frage. Deswegen sieht auch Þórgnýr die Beste Partei als »[...] one of the better things to have happened in Iceland for the past years, because it has brought a completely new thought into politics.«⁵⁷ Er lenkt die Aufmerksamkeit auf eine kuriose Tatsache: »Politicians are always talking about having a firm position. It's as if this is something that Icelanders generally accept as being like »Yes, they don't change their minds at all, even if they're wrong, that's good, I'm gonna vote them.««⁵⁸ Diese starre Einstellung hat die Beste Partei nicht, hat sie doch noch nicht mal eine offizielle Agenda veröffentlicht. Ein Gesprächspartner, Ólafur Pétursson, erinnert sich an die

53 Persönliches Interview mit Sigurður Jónas Eggertsson im Restaurant Hennan, Reykjavík am 9.7.2012.

54 Persönliches Interview mit Dominique Plédel Jónsson im Café Loki, Reykjavík am 17.7.2012.

55 Ebd.

56 Persönliches Interview mit Morten Lange im Café Flora, Reykjavík am 23.7.2012.

57 Persönliches Interview mit Þórgnýr Thoroddsen im Café Babalú, Reykjavík am 20.7.2012.

58 Ebd.

Hauptforderung der Besten Partei vor der Wahl: »a fun city, a fun city to live in«. Dies ist für Ólafur »a perfectly right political objective.«⁵⁹

In einer Diskussionsrunde mit dem deutschen Philosophen Richard David Precht und der ehemaligen Vorsitzenden der deutschen Piratenpartei Marina Weißband während der Frankfurter Buchmesse 2011 betonte Jón Gnarr, dass man sich vom traditionellen Bild, das die Existenz als Politiker ein Beruf sei, verabschieden müsse. Darüber hinaus gebe einem die Tatsache, dass man für eine spezifische Position gewählt sei, keinerlei Qualifikation für diese Stelle. Dies sieht Gunnar Grímsson ähnlich: »the thing that politicians are really good at is getting elected. It does not mean that they are good at their jobs. It's a different kind of skill-set which you need for these two. This is one of the basic faulty pillars beneath the representative democracy system.«⁶⁰ Während seines Wahlkampfs machte sich Gnarr über diesen Trugschluss lustig, indem er darauf hinwies, dass er die idealen Voraussetzungen für das Bürgermeisteramt mitbrächte: er habe früher in der Psychiatrie gearbeitet, wäre beinahe Kapitän gewesen und besäße darüber hinaus noch den LKW-Führerschein.⁶¹ Þórgnýrs Gedanken gehen in eine ähnliche Richtung: »[b]ringing in people that didn't have a political background apart from being just idealists or apart of being thinkers would be a nice change, to get rid of some of the professional politics«.⁶² Demnach ist die Einführung digitaler Werkzeuge der Direktdemokratie auch eine Möglichkeit für Politiker, durch die Integration der Bürger in Entscheidungsprozessen, Glaubwürdigkeit zu erlangen. Allerdings bedeutet »[e]ine solche Änderung vom »klassischen« Regieren hin zu einer neuen, offenen Staatskunst [...] nicht nur die reine Implementation von Portalen und Software, sondern auch einen Kulturwechsel, insbesondere auf höchster politischer Ebene.«⁶³

So war auch die Implementierung Betri Reykjavíks in die alltäglichen kommunalen Entscheidungsprozesse nicht einfach, wie Jón Gnarr erzählt: »When we were introducing this in the city council, reactions of the other

59 Persönliches Interview mit Ólafur Pétursson im Café Amokka, Reykjavík am 18.7.2012.

60 Persönliches Interview mit Gunnar Grímsson und Róbert Bjarnason in ihrem Büro, Reykjavík am 12.7.2012.

61 Vgl. Annette Brüggemann. Die Beste Partei der Welt, in: Das Feature, NDR Info, 9.10.2011.

62 Persönliches Interview mit Þórgnýr Thoroddsen im Café Babalú, Reykjavík am 20.7.2012.

63 Roleff, S. 19.

politicians was like »Pff! We are wasting money on this and de-de-de«. So we had to be very confident and we were and we are confident. Civil servants, people who were working for the city, many [...] thought this was just nonsense, mostly because of ignorance and prejudice, because people didn't know what it was and they thought it was just some humbug«. ⁶⁴ Heute, etwa anderthalb Jahre nachdem die Kooperation zwischen Betri Reykjavík und der Stadt Reykjavík offiziell in Kraft trat, befürworten sogar Teile der Opposition die Direktdemokratie propagierende Webseite. Baldur Már Gíslason ⁶⁵, ein Stadtrat der Unabhängigkeitspartei, lobt Betri Reykjavík für das Schaffen einer neuen Art von Transparenz: »it sort of knocks down the old secrecy way of doing things«. ⁶⁶ Er gibt zu, dass »everything changed when the *Best Party* came in. [...] [T]hey have done many good things, especially to the culture of politics. [...] I think [it] is good to have mini-revolutions once in a while and that was definitely one of them«. ⁶⁷

Digital ist nicht gleich unreal

Neben dem Befinden in einer Umbruchs- und Neuanfangsphase trägt auch die Internetaffinität der isländischen Gesellschaft zum Erfolg von Betri Reykjavík bei. Interessanter Weise wurde von der Mehrheit der Befragten die digitale Natur ihrer Aktivitäten auf Betri Reykjavík nicht thematisiert. Sie nehmen diese spezifische Qualität ihres Agierens nicht als restriktiv wahr. Tatsächlich sehen viele zwischen politischer Online- und Offlinepartizipation keinen Unterschied. Ihr Online-Engagement findet nicht in einer virtuellen Welt, die sich dezidiert von einer realen Welt unterscheidet, statt. Eher schätzen die Interviewten das Internet als einen praktischen und auch bequemen Ort, sich politisch zu engagieren. So auch der Bürgermeister: »it's so convenient to be able to be democratically involved through your laptop. Because it is boring, let's face it, going to meetings and stuff [...], it's much easier: instead going

64 Persönliches Interview mit Jón Gnarr in seinem Büro im Rathaus, Reykjavík am 10.8.2012.

65 Name auf Wunsch des Interviewpartners geändert.

66 Persönliches Interview mit Baldur Már Gíslason im Café Kaffitár Þjóðminjasafn, Reykjavík am 12.7.2012.

67 Ebd.

to a meeting which you know will last for two hours, you can do it in ten minutes at your computer. [...] We want to be efficient but we want to use as little time as possible. So, I see this is just a natural process«. ⁶⁸ Daneben eröffnet das Internet auch Menschen, die auf eine Art eingeschränkt sind, vollkommen neue Möglichkeiten der Teilnahme. ⁶⁹ Digitale Demokratie ändert die Art und Weise, aber auch die Wahrnehmung politischer Partizipation. Kam diese früher v. a. durch protestierende Menschenmassen auf den Straßen zum Ausdruck, so ist sie heute beispielsweise als eine von Tausenden unterzeichnete elektronische Petition im Internet sichtbar.

Die meisten Nutzer Betri Reykjavíks interessieren sich für einige bestimmte politische Themen, beliebt sind etwa der öffentliche Nahverkehr, Radfahren, Bau, Umwelt und Bildung. Generell sind dies auch die größten Kategorien auf Betri Reykjavík. Die Interessen der Gesprächspartner sind jedoch nicht auf den virtuellen Bereich beschränkt, sondern beschäftigen sie auch in ihrem alltäglichen Offline-Leben, z. B. im Beruf. Dominique ist beispielsweise Vorsitzende der Bewegung Slow Food Iceland, Morten Vorstandsmitglied der isländischen Radfahrer-Vereinigung und Baldur ist Stadtrat und sitzt im Ausschuss für Umwelt und Verkehr.

Benutzerfreundlichkeit und einfache Handhabung

Die Benutzerfreundlichkeit und eine einfache Handhabung sind wichtige Faktoren für einen langfristigen Erfolg von Partizipationswebseiten wie Betri Reykjavík. Generell ist der Zugang zur Webseite niedrigschwellig. Eine Registrierung ist nicht nötig, um den kompletten Inhalt einzusehen, sondern nur, um selbst Ideen einzustellen oder Kommentare zu schreiben. Im Sommer 2012, als die Webseite etwa 7.000 registrierte Nutzer hatte, ging Róbert Bjarnason davon aus, dass noch zusätzlich etwa 3.000 weitere Internetnut-

68 Persönliches Interview mit Jón Gnarr in seinem Büro im Rathaus, Reykjavík am 10.8.2012.

69 Auch unter den kontaktierten Betri Reykjavík-Nutzern war eine Person, die die Forscherin nicht persönlich treffen wollte, da es für ihn sehr unangenehm sei, fremde Menschen zu treffen. In einer E-Mail schrieb er: »The internet gives me some kind of shield to protect me from whatever my brain thinks I need protection from«.

zer die Webseite regelmäßig passiv besuchten.«⁷⁰ Das Lurken in Betri Reykjavík ist also möglich und auch durch die Entwickler der Seite erwünscht. Gunnar Grímsson beschreibt das sowohl für aktive als auch für passive Nutzer gleichermaßen funktionierende Konzept: »we have active users who create the content, they create the ideas, they prioritize them, they add points for and against them and judge whether these points were useful or not. But the thing is, when you have an idea with the best points for and the best point against it, everybody can come in and view it and doesn't need to do anything except maybe click on a link that a friend sent them anywhere. You just click on a link and see, that was the issue we were discussing and that's the best point for and against, and it might even help you to make up your mind. In many cases, it's not an issue where it is difficult to make a decision, but it's making it really easy for the people that are interested to find the priorities and also to communicate their stuff to the other people.«⁷¹

Nach einer kurzen Registrierung kann man bereits für oder gegen Ideen-vorschläge stimmen. Dazu muss man nicht über die Startseite hinaus, denn dort findet man bereits aktuell diskutierte Ideen. Sie sind jeweils mit einem grünen Knopf zum Zustimmung und einem roten Knopf zum Ablehnen ausgestattet. Darüber hinaus ist auf einen Blick sichtbar, wie viele andere Nutzer schon über diese Idee abgestimmt haben. Ist man an einer bestimmten Kategorie besonders interessiert, kann man sich Ideen nur aus dieser anzeigen lassen. Dies macht eine zeiteffektive, zielgerichtete politische Partizipation möglich. Gleiches gilt für das Erstellen einer neuen Idee. Bereits auf der Startseite findet man den Schriftzug »Settu inn nýja hugmynd« (dt.: »Stelle eine neue Idee ein«), begleitet vom Piktogramm einer Glühbirne. Mit Hilfe eines voreingestellten Formulars beschreibt man seine Idee in höchstens 500 Zeichen.

Dennoch ist Betri Reykjavík noch immer in der Beta-Version und wird ständig überarbeitet, um die Webseite noch handhabbarer zu machen. Diesen Zustand hat die deutsche Informationswissenschaftlerin Anja Ebersbach als gemeinsames Merkmal von Social-Web-Anwendungen identifiziert.⁷²

70 Persönliches Interview mit Gunnar Grímsson und Róbert Bjarnason in ihrem Büro, Reykjavík am 12.7.2012.

71 Ebd.

72 Vgl. Anja Ebersbach/Markus Glaser/Richard Heigl, Social Web, Konstanz 2011, S. 213 ff.

Hinter dem ständigen Work-in-progress-Zustand sieht Ebersbach eine bewusste Absicht, denn »die Art und Weise, wie Inhalte im Social Web produziert werden, [ist] eine direkte Folge der Organisation innerhalb von Communitys, der Offenheit und Hierarchiearmut, die in diesem Bereich vorherrscht und dazu dient, die Teilnehmer an die Gemeinschaft zu binden«. ⁷³

Nachbarschaft als wichtigste Bezugsgröße

In den meisten Gesprächen mit den Nutzern der Webseite spielte die Gemeinschaft und die Nachbarschaft eine große Rolle. Die Nachbarschaft ist der wichtigste Bezugsraum: hier sind Veränderungen am schnellsten sichtbar und haben den größten Einfluss auf die Bewohner der Stadt. Viele Gesprächspartner sind in ihrer Nachbarschaft also besonders aktiv, um ihren unmittelbaren Lebensraum zu prägen und sich auch für die dortige Gemeinschaft zu engagieren. Virtuelle Teilhabe an politischen Entscheidungsprozessen wird hier besonders (be)greifbar.

Dies manifestiert sich auf vielerlei Weise. Dominique betont, wie sehr Betri Reykjavík das alltägliche soziale Miteinander zum Guten geformt hätte: »You know, that's the thing that Betri Reykjavík did. It got the people closer.« ⁷⁴ Darüber hinaus sieht sie auch eine Zunahme nachbarschaftlicher Kommunikation: »all these people, they walk around the lake on Sundays [...] and they were talking together, if you stop, sit down on a bench, someone sits at your side and discusses and so. It [Betri Reykjavík] has been really opening speech, at least.« ⁷⁵ Die durch Betri Reykjavík gefestigte Gemeinschaft ist also nicht ausschließlich virtuell oder auf den Online-Raum beschränkt, sondern manifestiert sich auch offline. »The internet is not destroying community but it is responding to, resonating with, and extending the types of community [...]«, wie der kanadisch-amerikanische Soziologe Berry Wellman und die amerikanische Psychologin und Informatikerin Caroline Haythornthwaite

⁷³ Ebersbach, S. 212.

⁷⁴ Persönliches Interview mit Dominique Plédel Jónsson im Café Loki, Reykjavík am 17.7.2012.

⁷⁵ Ebd.

feststellen.⁷⁶ Tatsächlich finden auch die italienischen Soziologen Donatella della Porta und Mario Diani: »virtual networks operate at their best when they are backed by real social linkages in specifically localized communities [...]«. ⁷⁷ Dies ist auch der Fall für Betri Reykjavík. Generell scheint die geringe Größe Islands und seiner Bevölkerung ein weiterer Grund für die Betonung der Nachbarschaft zu sein und trägt damit auch zum Erfolg der Webseite bei. Þórgnýr etwa ist der Auffassung, dass je kleiner der Staat und die Gesellschaft ist, in der man lebt, desto »freer you are, the easier is it for you to influence«. ⁷⁸ Morten denkt darüber ähnlich: »It usually is a lot easier to make experiments on Icelanders. I mean, like the hydrogen buses, the people in charge of that were saying ›Let's do it here because were a small community and it will be easy to test this‹. And also the fact that Icelanders aren't sceptical about new technology. The smallness of the community, faster to turn around, easier to reach out«. ⁷⁹ Die isländische Gesellschaft ist relativ offen, beinahe jeder kennt jeden oder man ist über einige Ecken verwandt miteinander. Da ist es verständlich, dass es auch im Online-Kontext einfacher ist, Menschen zu überzeugen und Handlungsanstöße zu geben. Davon ist die Diskussion auf Betri Reykjavík geprägt, wie das folgende Zitat Baldurs zeigt: »We are so few, and we are so well connected [...]. In the utopia which might not be that far off, everyone would be there, on this [Betri Reykjavík] and we could discuss everything there and it would be an open discussion«. ⁸⁰

Kommunikation und Implementierung

Neben der Benutzerfreundlichkeit ist auch die Kommunikation der Stadtverwaltung mit den Nutzern sowie die Sichtbarkeit der Implementierung von Ideen aus Betri Reykjavík ein wichtiges Element zum erfolgreichen

76 Barry Wellman/Caroline Haythornthwaite, *The Internet in Everyday Life. An Introduction*, Malden 2002, S. 4.

77 Donatella Della Porta/Mario Diani, *Social Movements. An Introduction*, Malden 2006, S. 133.

78 Persönliches Interview mit Þórgnýr Thoroddsen im Café Babalú, Reykjavík am 20.7.2012.

79 Persönliches Interview mit Morten Lange im Café Flora, Reykjavík am 23.7.2012.

80 Persönliches Interview mit Baldur Már Gíslason im Café Kaffitár Þjóðminjasafn, Reykjavík am 12.7.2012.

Funktionieren der Webseite. Wenn ein Ideenvorschlag, den man selbst erstellt hat oder über den man abgestimmt hat, in den Ausschüssen der Stadtverwaltung diskutiert wird, bekommt man kurze Mails über den Fortschritt. Auch auf der Webseite der spezifischen Idee wird über die verschiedenen Stadien, die die Idee durchläuft, berichtet. Róbert Bjarnason meint: »this really encourages people to participate. Even if it's a negative answer, when the city says ›We don't have the money, we'll have to raise the taxes if we were going to do it, it's too expensive‹. Still, people are satisfied in a way, even if they didn't get their project done or their action done, at least somebody listened«. ⁸¹ Auch die Mehrheit der Nutzer, mit denen ich sprach, bestätigt den hohen Motivationsfaktor, welcher der Kommunikation mit der Stadtverwaltung entspringt, so etwa Dominique: »not only that you are sending your ideas, but I think most important in it is that you get a response, that you now get answers [...]. It goes from that person to that person and is sticking to that committee [...] and you get it back. [...] I think personally that was the most important thing in it«. ⁸² Dennoch wird noch mehr Interaktion gefordert, z. B. von Morten: »I don't think that we get to know about the process, not enough. It is discussed in the city council and they produce a short text like two or three sentences and then you don't know what is going to happen. Some things are actually executed or they say they've done this already and it's actually right, I agree. But I think there should be some kind of a reference number [...], take it one step further. ⁸³ Hier wird sichtbar, dass der Prozess, Bürger digital in den kommunalen Entscheidungsfindungsprozess miteinzubeziehen nicht damit abgeschlossen ist, eine Webseite wie Betri Reykjavík zu entwerfen und die Bürger dazu zu bringen, sich anzumelden und das Angebot zu nutzen. Auch die Strukturen und Praktiken der Stadtverwaltung müssen sich anpassen. ⁸⁴

Ein Schritt in diese Richtung stellt der Bürger-Haushalt Betri Hverfi (dt. Bessere Nachbarschaft) dar, der im Frühjahr 2012 erstmals stattfand und auf dem Potential der Nachbarschaft als primären Bezugsraum der Bevölkerung

81 Persönliches Interview mit Gunnar Grímsson und Róbert Bjarnason in ihrem Büro, Reykjavík am 12.7.2012.

82 Persönliches Interview mit Dominique Plédel Jónsson im Café Loki, Reykjavík am 17.7.2012.

83 Persönliches Interview mit Morten Lange im Café Flora, Reykjavík am 23.7.2012.

84 Vgl. Roleff, S. 19.

aufbaut. Auch im April 2013 konnten die Bürger selbst und nicht wie bisher nur die Nachbarschaftsausschüsse online über die Vergabe eines jährlichen Budgets von 300 Millionen isländischen Kronen (knapp zwei Millionen Euro) entscheiden. Dafür werden zunächst Ideen für zu fördernde Projekte auf *Betri Reykjavík* gesammelt, die Abstimmung selbst findet aber in einem getrennten System statt. Alle Gesprächspartner haben *Betri Hverfi* positiv bewertet. Jón Gnarr argumentiert, dass nach der ersten Durchführung ein Realisierungsprozess in der Bevölkerung einsetzte: »People have seen something in their neighbourhood, like a garden, an open space changed into a playground. People are like ›Wow, why is this happening?‹ and they get it from the people in the neighbourhood, ›Yeah, it was a decision from *Betri Reykjavík*«. [...] People are so not used to be pleasantly surprised by politics. It's usually the opposite. [...] Now people have actually seen this in practice working, that they can vote and what they do really matters«. ⁸⁵ Das Internet wird von den Isländern alltäglich genutzt. Jón Gnarr teilt seine Vermutungen bezüglich der Gründe mit: »maybe it has something to do with the mentality of this nation and the isolation. So, it's a way to break isolation, so you don't feel so far from everything by using the internet. [...] Since the internet, you can reach things. Because, we don't have iTunes. You know, we are too small. There's no McDonalds here, there's no Starbucks. For the self-image, it's so easy to feel left out and isolated. But the internet changed that, the internet helped many people to feel like being part of the world and not outskirts of the world.« ⁸⁶ Auch während der Finanzkrise hat die isländische Bevölkerung aufgrund der einseitig berichtenden Zeitungen und TV-Sendern vermehrt auf das Internet als Informationsmedium zurückgegriffen. Die zwei größten isländischen Zeitungen, *Frettablaðið* und *Morgunblaðið*, sind noch heute in der Hand von an der Finanzkrise beteiligten Personen. Gunnar Grímsson regt sich darüber auf: »We don't have a decent media, we just don't«. ⁸⁷

Diese Voraussetzungen hat Deutschland so nicht. Die Entwicklungen in Reykjavík gingen sehr rasch vor sich, angetrieben durch politische und soziale Veränderungen im Zuge der Finanzkrise. Noch 2009 von einer korrupten

85 Persönliches Interview mit Jón Gnarr in seinem Büro im Rathaus, Reykjavík am 10.8.2012.

86 Persönliches Interview mit Jón Gnarr in seinem Büro im Rathaus, Reykjavík am 10.8.2012.

87 Persönliches Interview mit Gunnar Grímsson und Róbert Bjarnason in ihrem Büro, Reykjavík am 12.7.2012.

Oligarchie regiert, ist Reykjavík heute ein Ort, in dem digitale Direktdemokratie immer mehr Fuß fasst, vorangetrieben durch die Beste Partei. Aber auch ohne solche starken Veränderungen des politischen und gesellschaftlichen Alltagslebens ist die Ergänzung des kommunalen Entscheidungsfindungsprozesses um digitale Bürgerbeteiligung auch in Deutschland möglich. Dies zeigt beispielsweise der Landkreis Friesland erfolgreich mit seiner Plattform Liquid Friesland.⁸⁸ Seit November 2012 ist diese Betri Reykjavík sehr ähnliche Seite online, und das in einer Gegend, die mit einer alternden Bevölkerung und lückenhaften Internetversorgung nicht gerade als der ideale Ort für einen Versuch in digitaler Politik erscheint.⁸⁹ Dennoch bezieht sich Liquid Friesland wie Betri Reykjavík auf ein eingeschränktes Gebiet und könnte damit über ähnliche Vorteile einer nachbarschaftlichen Gemeinschaft verfügen. Bisher sind etwa 600 der mehr als 80.000 teilnahmeberechtigten Einwohner registriert. Als durchaus erfolgversprechend sieht Sönke Klug, Pressesprecher des Landkreises Friesland, diese Zahlen: »[w]ir haben einen Nerv getroffen. 600 Menschen interessieren sich für Kreispolitik. Zu den öffentlichen Sitzungen kommen nur ein oder zwei Zuhörer«.⁹⁰ 40 % der Nutzer sind älter als 50 Jahre alt. Obwohl Projekte digitaler Demokratie die niedrige politische Beteiligung jüngerer Einwohner bisher kaum beeinflussen konnten, so zeigt dies doch, dass es den Software-Entwicklern in Friesland gelungen ist, eine vielversprechende, einfach handhabbare Plattform zu entwickeln, die nicht nur »junge Computernerds« verstehen.⁹¹ Damit ist auch in Deutschland ein erster Schritt in die richtige Richtung erfolgt: Die Einbeziehung der Bürger in den Prozess der Entscheidungsfindung in und über ihren unmittelbaren Lebensraum – effizient und komfortabel über das Internet.

88 Einen Vergleich beider Seiten strebe ich in meinem im Februar 2012 aufgenommenen Dissertationsprojekt »Akteur-Sein in politischen Entscheidungsprozessen: Politische Partizipation im Zeitalter digitaler Demokratie im ethnografischen Vergleich zwischen Island und Deutschland.« (Arbeitstitel) am Institut für Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie der Georg-August-Universität Göttingen an.

89 Vgl. Processing power. The internet helps politicians listen better to their electors. If they want to, in: *The Economist*, 30.3.2013.

90 Vgl. Meike Baars, »Liquid Friesland«. Ein Landkreis nutzt neue Wege der Bürgerbeteiligung im Netz, in: *Neue Osnabrücker Zeitung*, 2.3.2013.

91 Ebd.

Interviews

Dominique Plédel Jónsson, Reykjavík. Journalistin, leitet eine Weinschule. Vorsitzende von Slow Food Island. Café Loki, Reykjavík (17.07.2012).

Baldur Már Gíslason, Reykjavík. Ehemaliger Journalist und TV-Sprecher. Seit 2006 Stadtrat für die Unabhängigkeitspartei. Café Kaffitár Þjóðminjasafn, Reykjavík (12.07.2012).

Gunnar Grímsson und Róbert Bjarnason, Reykjavík. Software-Programmierer, die das Internet in Island etabliert haben. Aktivisten. Büro in Skipholt 11-13, Reykjavík (12.07.2012).

Jón Gnarr, Reykjavík. Schauspieler, Komiker, Drehbuchautor, ehemaliger Punkmusiker und seit 2010 Bürgermeister von Reykjavík. Büro im Rathaus, Reykjavík (10.08.2012).

Lange, Morten, Reykjavík. Ingenieur und Vorstandsmitglied der Isländischen Radfahrer-Vereinigung. Café Flora, Reykjavík (23.07.2012).

Ólafur Petursson, Reykjavík. Grafiker und Software-Programmierer. Café Amokka, Reykjavík (18.07.2012).

Sigurður Jónas Eggertsson, 39, Reykjavík. Software-Programmierer. Restaurant Hennan, Reykjavík (09.07.2012).

Þórgnýr Thoroddsen, 30, Reykjavík. Sozialpädagogik-Student. Café Babalú, Reykjavík (20.07.2012).

Der politische Mensch und Praktiken von Engagement und Protest

Sigrid Baringhorst

Der politische Mensch als Netzaktivist – Neue Formen kreativer Protestpraktiken im Social Web

Das ambivalente Verhältnis von Medienwandel und Demokratie

Medienkritische Sozialwissenschaftler sparen nicht mit drastischen Worten¹, wenn sie den fundamentalen demokratie- wie gemeinschaftszerstörenden Charakter der Medien – gemeint sind in der Regel Massenmedien wie Rundfunk und Fernsehen – beschreiben: Das Fernsehen ist schuld, so ließe sich das vernichtende Urteil von Robert D. Putnam über die Folgen des TV-Konsums für die Erosion von Sozialkapital, dem für das Funktionieren moderner Demokratien unverzichtbaren sozialen Engagement der Bürger in Assoziationen und Vereinigungen zusammenfassen.² Wir leben in einer

1 Ich danke Mundo Yang für konstruktive Kritik und hilfreiche Anregungen.

2 Robert Putnam, Tuning in, Tuning out. The Strange Disappearance of Social Capital in America, in: PS Political Science & Politics 4 (1995), S. 664-683.

»Mediokratie«, so der prägnante Begriff von Thomas Mayer³, mit dem er die Transformation von Politik und Demokratie in modernen Mediengesellschaften auf den Begriff zu bringen versucht. Ähnlich argumentiert auch der Soziologe Colin Crouch, der mit seinem Buch »Post-Democracy« die demokratiekritische Debatte der europäischen Linken in den letzten Jahren wie kein anderer angeregt hat. Das politische Leben, so Crouch, werde weitgehend von einer kommerziellen Handlungslogik bestimmt. Nicht zuletzt aufgrund der Kommerzialisierung der Massenmedien beschränke sich die politische Beteiligung der Bürger auf konsumtives Handeln: »The commercial model is [...] triumphing over other concepts of mass political communication. Politics and other types of news have been increasingly redefined as items of very short-term consumer spending. The consumer has triumphed over the citizen«.⁴

Solche Fundamentalkritiken an kommerzialisierten Massenmedien vergessen oft, dass auch Medien nicht frei sind von den Ambivalenzen der Moderne.⁵ Die Demokratisierung der europäischen Gesellschaften im 17. und 18. Jahrhundert ist systematisch verknüpft mit der Entstehung moderner Massenmedien. Die großen medientechnologischen Veränderungen, angefangen von der Erfindung des Buchdrucks hin zur Erfindung von Radio, Kino und Fernsehen sowie des Internets, sind demokratiebezogen janusköpfig. Sie bargen jeweils das Potenzial zur Expansion der Reichweite öffentlicher Kommunikation und führten zu »Politisierungsschüben«⁶ moderner nationaler Gesellschaften wie aber auch zur Politisierung transnationaler, wenn nicht gar globaler Räume. Sie wurden je nach Kontext als Instrumente der Demokratisierung und der Herrschaftskritik, aber auch zur Absicherung diktatorischer Herrschaft benutzt.⁷

3 Thomas Meyer, Mediokratie. Die Kolonialisierung der Politik durch die Medien, Frankfurt a. M. 2001.

4 Colin Crouch, Post-Democracy, Cambridge 2004, S. 49.

5 Zygmunt Baumann, Moderne und Ambivalenz. Das Ende der Eindeutigkeit, Hamburg 1992.

6 Frank Bösch/Norbert Frei (Hg.), Medialisierung und Demokratie im 20. Jahrhundert, Göttingen 2006, S. 8.

7 Die deutsche Geschichte hält Beispiele für beide Instrumentalisierungsrichtungen parat: So war der Volksempfänger, dem Brecht in den frühen dreißiger Jahren noch das Potenzial zu einer grundlegenden Demokratisierung der Politik zusprach, zentrales Sprachrohr der NS-Propaganda. Das Fernsehen der Bundesrepublik mit seiner eskapistischen Unter-

Diese grundsätzliche demokratiebezogene Ambivalenz von Kommunikationsmedien besteht auch hinsichtlich des Internets. Dies gilt für das Internet verstanden als technische Basis-Infrastruktur und »Medium erster Ordnung« wie für die vielen internetbasierten »Medien zweiter Ordnung«⁸, wie Weblogs, Twitter oder YouTube, die sich in ihrem semiotischen, institutionellen und organisatorischen Charakter deutlich unterscheiden. Zahlreiche empirische Studien betonen die große Bedeutung des Designs einzelner Social-Web-Anwendungen für ihr demokratisches Potenzial und plädieren für »einen applikationsspezifischen Blickwinkel, der die Format- und Nutzungseigenschaften der jeweiligen Internet-Applikation als Rahmenbedingungen für die Richtung und die Reichweite von Wirkungen berücksichtigt«.⁹ Demgegenüber wird in der öffentlichen Debatte jedoch noch immer das Singularetantum Internet¹⁰ als Medium im Singular simplifiziert.

Während die frühen Netzoptimisten Einführung und Verbreitung des Internets als Chance für eine Revitalisierung der Demokratie betrachteten, ist der anfängliche Enthusiasmus nüchterneren Einschätzungen gewichen: Gegen die Annahme einer Mobilisierung neuer Bevölkerungsgruppen für politische Angelegenheiten gerichtet, wird vor einer Überbewertung der Politik verändernden Auswirkung des Internets gewarnt. Autoren wie Evge-

haltungskultur lieferte nicht nur Anreize zur gesellschaftlichen Individualisierung und Rückbeziehung ins Private. Das Westfernsehen bildete zugleich vielen DDR-Bürgern die Möglichkeit, die Zensurzwänge des eigenen geschlossenen und vermachteten Raums medialer Nicht-Öffentlichkeit zu transzendieren. Die Einführung der Meinungsumfragen und Verdichtung von Demokratie in Tortengrafiken wird zwar einerseits zurecht als diskursabträglich kritisiert, doch sollte nicht vergessen werden, dass die Responsivität politischer Parteien – ein Begriff der in Deutschland erst in den 1960er Jahren im Zuge der Verbreitung von Meinungsumfragen geläufig wurde – auch ein Gewinn an Volkssouveränität und Ausrichtung von politischen Zielen am Wählerwillen bedeutet.

- 8 Klaus Beck, Soziologie der Online-Kommunikation, in: Wolfgang Schweiger/Klaus Beck (Hg.), Handbuch Online-Kommunikation, Wiesbaden 2010, S. 17.
- 9 Stefan Marschall/Martin Schultze, Normalisierung oder Mobilisierung? Die Auswirkungen politischer Online-Kommunikation auf die Wahlbeteiligung am Beispiel einer Internet-Applikation zur Bundestagswahl 2009, in: Politische Vierteljahresschrift 3 (2012), S. 460.
- 10 Mundo Yang, Massenmediale und massenpersönliche Online-Kommunikationsformen von NGOs, in: Lars Rademacher/Nadine Remus (Hg.), Handbuch NGO-Kommunikation, Wiesbaden 2013.

ny Morozov sehen im Internet etwa eine Medientechnologie, die zivilgesellschaftliches Engagement der Bürger eher schwächt als fördert.¹¹

Die Argumente, die von den sogenannten Netzskeptikern vorgebracht werden, sind keineswegs widerspruchsfrei: Für die einen ist die Überforderung der Bürger ein zentrales Motiv der Netzkritik. Befürchtet wird eine kognitive Überforderung der Subjekte – ein sogenanntes Information Overload –, und eine zeitliche Überforderung, etwa hinsichtlich einer Erschöpfung der persönlichen Engagementressourcen, in einer nicht von professionellen Organisationen getragenen DIY-Politik. Moniert wird andererseits aber auch eine politische Unterforderung der Bürger durch eine Politik mit dem Mausclick. Im Netzaktivismus beschränke sich das Mitmachen in der Regel auf niedrigschwellige Mitmachaktionen wie das Liking und Sharing, die Zustimmung zu Online-Petitionen, das einfache Weiterleitung von Informationen oder das Hinzufügen eines Buttons auf dem eigenen Profil in sozialen Netzwerken. »Feel good activism« oder »slacktivisms«¹², abgeleitet von engl. »slacker« für »Faulenzer«, »Nichtstuer«, wird diese als unverbindlich, wenig aufwendig und risikolos geltende Form des Engagements deshalb auch oft abwertend genannt.

In Artikeln zu »Shitstorms« und Empörungswellen im Netz dominiert demgegenüber die Sorge um einen Mangel an Sachlichkeit und Deliberation in der Netzpolitik. Aus dieser Perspektive führt die Kritik an der digitalen Demokratie zur Wiederbelebung der alten These von der »Stimmungsdemokratie«, der Demokratie als Herrschaft des Mobs.

Folgt man den Netzskeptikern, sind User den Potenzialen der digitalen Demokratie nicht gewachsen; statt Rationalitätsgewinn durch netzbasierte Deliberation erleide das politische Engagement im Netz einen demokratieschädlichen Rationalitätsverlust.¹³ Claus Leggewie, der schon früh die Bedeutung des Medienumbruchs zu digitalen Medien für die Politik erkannte und in den 1990er Jahren noch die der Technologie inhärenten Demokrati-

11 Evgeny Morozov, The brave new world of slacktivism, URL: <neteffect.foreignpolicy.com/posts/2009/05/19/the_brave_new_world_of_slacktivism> (27.2.2012) oder ders., To Save Everything, Click Here. The Folly of Technological Solutionism, New York 2013.

12 Ebd.

13 Alexandra Hertel/Serge Embacher, Internet und digitale Bürgergesellschaft. Neue Chancen für die Beteiligung, Centrum für Corporate Citizenship Deutschland, Berlin 2011, S. 24.

sierungspotenziale betonte, prognostiziert inzwischen eher demokratieschädigende Gesamtfolgen der »Medienevolution«: Zwar werde mit dem Internet die politische Inklusion, d. h. die Möglichkeit zur politischen Teilhabe aller Bürger, in einem »Höchstmaß« erreicht, »doch um den Preis einer hochgradig dispersen, (im doppelten Sinne) »zerstreuten« Öffentlichkeit, die von den Fiktionen und Konsensen bürgerlicher Partizipation ausdrücklich Abschied genommen hat und insofern eine simulative Pseudo-Beteiligung erlaubt.«¹⁴ Dagegen hebt Yochai Benkler hervor, dass sich im Internet gesellschaftsweite politische Diskurse auf neuartige Weise zentrieren. Dicht vernetzte Cluster von Gruppierungen, die an spezifischen Themen interessiert sind, bilden im Ganzen eine Struktur, die öffentliche Aufmerksamkeit auf bestimmte Knotenpunkte im Netzwerk lenke. Hierbei werden neuartige Filtermechanismen genutzt, vielfältige Anliegen synthetisiert und flexible Aufmerksamkeitshierarchien gebildet.¹⁵

Medien und Protest: Untersuchungsperspektiven der Protest- und Medienkulturforschung

Die Debatte um die Bedeutung des Internets für die Veränderung politischer Partizipation weiter entlang der Kontroverse zwischen Netzoptimisten und Netzpessimisten zu führen, ist angesichts der grundsätzlichen demokratiebezogenen Ambivalenz von Medien wenig sinnvoll. Netzkommunikation kann potenziell den politischen Raum erweitern und, wie die Proteste im Kontext des Arabischen Frühling gezeigt haben, zum Empowerment von Bürgern beitragen.¹⁶ Gerade in repressiven Regimen bietet das Internet trotz aller Zensurbemühungen immer wieder Chancen zur Erzeugung alternativer, kritischer Öffentlichkeit wie der kollektiven Handlungsabstimmung und Mobilisierung für Online- und Offline-Aktionen politischen Protests. Web-

14 Claus Leggewie, Die Medien der Demokratie. Eine realistische Theorie der Wechselwirkung von Demokratisierung und Medialisierung, in: Politische Vierteljahresschrift 42 (2009), S. 81.

15 Yochai Benkler, The Wealth of Networks. How Social Production Transform Markets and Freedom, New Haven/London 2006, S. 260.

16 Manuel Castell, Networks of Outrage and Hope. Social Movements in the Internet Age, Cambridge/Malden 2012.

basierte Proteste sind jedoch nicht zwangsläufig demokratisch – weder bezogen auf die Inhalte und Forderungen des Protests noch bezogen auf die interne Struktur von Meinungs- und Willensbildung innerhalb von Protestnetzwerken. Rechtsextreme Gruppen kopieren Handlungsrepertoires und Webästhetiken linker Gruppen, wie etwa die bei Neonazis in Mode gekommenen Flashmob-Aktionen zeigen. Der italienische »MoVimento 5 Stelle« (M5S) um Beppe Grillo veranschaulicht sehr deutlich die Spannungen zwischen basisdemokratischen und autoritären Strukturen und legitimen Forderungen nach Transparenz und demokratischer Machtkontrolle auf der einen und menschenrechtlich hoch problematischen, ausländerfeindlichen Positionen, die durchaus mit webbasiertem Populismus verbunden sein können, auf der anderen Seite.¹⁷

Statt die Debatte um Netzoptimismus und -pessimismus weiterzuführen, erscheint es gerade in Hinblick auf die Fragen nach dem »politischen Menschen« und den neuen Formen, in denen das Politische sichtbar wird, sinnvoll, den Blick stärker als bisher auf die Praktiken zu richten, in denen sich politisches Handeln gegenwärtig entfaltet. Statt wie im Diskurs der Postdemokratie die Legitimationsdefizite der repräsentativen Demokratie zu beklagen, um im Anschluss primär eine Stärkung der Parlamente zu fordern, eröffnet die Analyse kreativer und kollaborativer Beteiligungspraktiken der politischen Menschen als Netzaktivisten neue Perspektiven auf eine Bürgerpolitik jenseits der tradierten nationalen Intermediäre der Interessenaggregation. Dabei werden, wie im Folgenden erläutert, neue Wege der politischen Meinungsbildung und des politischen Wissens wie gemeinwohlorientierter Praktiken deutlich, die es politiktheoretisch in neuen Konzeptionalisierungen einer Demokratisierung des Politischen zu reflektieren gilt.

Bezogen auf den Teilbereich politischen Handelns, den man mit Protesthandeln bezeichnet, gilt es vor allem, die Vielfältigkeit und Komplexität von Online- und Offline-Beziehungen in den Fokus der Forschung zu rücken. Die Aufwertung individueller Teilhabechancen im Social Web – gemeint sind vor allem interaktive Anwendungen wie Blogs, soziale Netzwerke wie Facebook, Content Sharing Sites wie YouTube oder Flickr oder der Kurznachricht-

17 Fabio Bordinon/Luigi Ceccarini, Five Stars and a Cricket. Beppe Grillo Shakes Italian Politics, in: South European Society and Politics 3 (2013).

tendienst Twitter – verändert Organisationsformen und Handlungsrepertoires politischen Protests und legt es nahe, Protest- und Engagementkulturen als komplexe Medienkulturen zu untersuchen.¹⁸ Forschungsfokus sollte dabei mehr als bisher die Analyse der vielfältigen Medienpraktiken engagierter Akteure aus einer subjektzentrierten Cross-Media-Perspektive sein: Bisherige Forschungen zur Bedeutung von Medien für politischen Protest fokussierten vor allem die Bemühungen organisierter Akteure, durch strategisches »Framing« öffentliche Anschlussreaktionen in Politik und Massenmedien zu erzeugen.¹⁹ Mit der fortschreitenden Individualisierung von Protesten in webgestützten Medien sind Protestpraktiken der Skandalisierung, der Deutung beklagter Problemursachen und geforderter Problemlösungen jedoch vielschichtiger und partizipativer geworden. Zwar gibt es auch im Netz eine Kampagnenkommunikation mit top-down gesteuerten Framing- und Mobilisierungsprozessen, wie nationale (z. B. Campact) und transnationale Kampagnenplattformen (Avaaz.org und Change.org.) belegen. Kennzeichnend und für den Erfolg webbasierten Protests ausschlaggebend sind jedoch häufig die vielfältigen neuen und oft kreativen Formen der partizipativen Einbeziehung von Usern in Prozesse einer kollaborativen Erzeugung und viralen Verbreitung von Protest-Issues. Dabei muss der Einsatz einzelner Unterstützer nicht notwendigerweise sehr aufwendig sein. Die Bedeutung des Internets für politisches Engagement liegt gerade darin, dass Engagementpraktiken, die für den Einzelnen oft wenig aufwendig sind, durch die virale Kopplung in sozialen Netzwerken oder die schwarmähnliche Zusammenführung in Flashmob-artigen Mobilisierungen zu öffentlichkeitswirksamen Aktionen führen können.

18 Vgl. Zum Folgenden auch Sigrid Baringhorst, Internet und Protest. Zum Wandel von Organisationsformen und Handlungsrepertoires, in: Kathrin Voss (Hg.), Internet und Partizipation – Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet, Wiesbaden 2014; dies., Protest im Zeichen digitaler Kommunikation, in: Monika Conrad (Hg.), E-Protest. Neue Soziale Bewegungen und Revolutionen, Heidelberg 2013 und dies./Mundo Yang, Protestkulturen und Parteigründungen. Das Beispiel der Piraten, in: Christoph Bieber/Claus Leggewie (Hg.), Unter Piraten. Erkundungen in einer neuen politischen Arena, Bielefeld 2012, S. 187-198.

19 David A. Snow/Robert D. Benford, Ideology, Frame Resonance and Participant Mobilization, in: International Social Movement Research 1 (1988), S. 197-217.

Statt primär danach zu fragen, was Medien mit den Menschen machen, wäre aus einer Perspektive der Erforschung von Protestkulturen als Medienkulturen zu fragen: Was machen zivilgesellschaftliche Akteure mit Medien in einer komplexen Medienumwelt? Dabei gilt es, die Vielfältigkeit von Medienpraktiken unter den Gesichtspunkt von Mediendiversität und Medienkonvergenz und damit in verstreuten und oft überlappenden medialen Räumen mit unterschiedlichen Kommunikationsflüssen (one to many, many to one, many to many) zu untersuchen. Botschaften werden auf unterschiedlichen Plattformen analog und digital sowie zunehmend mobil kommuniziert, so dass es aus einer subjektzentrierten Perspektive wenig Sinn macht, nur einzelne Plattformen wie Twitter oder Weblogs zu untersuchen. Es geht in einer Analyse der Medienpraktiken von Protestakteuren, wie Alice Mattoni in ihrer Forschung zum Prekariatsaktivismus hervorgehoben hat, darum, »various types of action and reactions with regard to media environment, its technological supports, mediated messages and professionals at work«²⁰ in den Blick zu bekommen.

Partizipationspyramide und Handlungsdimensionen politischen Protests

Protestaktivisten waren aufgrund ihrer herrschaftskritischen Anliegen, wie die Geschichte und Vielfalt alternativer Medien zeigt, schon immer Laienproduzenten von Medieninhalten. Aber auch in den protestkulturellen Milieus der Arbeiter-, Studenten-, Frauen-, Friedens- oder Umweltbewegung gab es deutlich mehr Mitläufer, Spender und Flugblattverteiler als kreative Macher, die neue Ideen und Aktionsvorschläge entwickelten.²¹ Zivilgesellschaftliches Engagement war immer – etwa im Vergleich zur bloßen Wahlteilnahme – ressourcenaufwendig. Netzaktivismus reduziert die Kosten und »opens the door to part-time deliberation and part-time activism«.²² Auch wenn in den

20 Alice Mattoni, *Media Practices and Protest Politics. How Precarious Workers Mobilize*, Farnham 2012, S. 20.

21 Die folgenden Überlegungen finden sich ausführlicher in Baringhorst, *Internet und Protest*.

22 Merlyna Lim/Mark E. Kann, *Politics. Deliberation, Mobilization and Networked Practices of Agitation*, in: Kazys Varnelis (Hg.), *Networked Publics*, Cambridge 2008, S. 101.

kommunikativen Räumen des Social Web kreative Eigenleistungen leichter erbracht werden können, ist nicht davon auszugehen, dass sich hinsichtlich des Gesamtaktivitätsaufkommens die Partizipationspyramide wesentlich umkehrt. Kreative Macher, verstanden als regelmäßig Netzartefakte erzeugende gesellschaftskritische »Producers«²³, sind und bleiben vermutlich auch in Zukunft eher die Ausnahme. Die 1:10:100-Regel des »user-generated-content« gilt auch für die Erzeugung protestkultureller Inhalte im Social Web: Für jede Person, die Netzartefakte produziert, gibt es danach zehn User, die den Inhalt weiterleiten, und hundert, die den Inhalt sehen bzw. lesen.²⁴ Besonderheit und Erfolg webbasierter politischer Partizipation resultieren nicht daraus, dass – wie in der sogenannten Mobilisierungsthese angenommen – im Netz viel mehr Bürger als zuvor zur Beteiligung an politischen Protestpraktiken motiviert werden. Der entscheidende Vorteil der Netzkommunikation besteht vielmehr darin, dass die vielen oft wenig aufwendigen Einzelbeiträge durch Praktiken des kollaborativen Producers in kollektiven Schwarmaktionen oder anderen Formen der Kollaboration schnell und flexibel zu höchst wirkungsvollen Protestaktionen gebündelt werden können.

In der politischen Partizipationsforschung wird politische Beteiligung in sogenannten Partizipationspyramiden nach dem Ausmaß der Ressourcen wie vor allem Zeit und Geld, die der einzelne für bestimmte Beteiligungsformen aufbringen muss, dargestellt. Überträgt man solche Darstellungsversuche auf Medienpraktiken zivilgesellschaftlicher Netzaktivisten, so können prinzipiell rezeptive von aktiven Handlungsformen unterschieden werden. Die aktiven Formen hat Axel Bruns – in Anlehnung an den von Alvin Toffler eingeführten Begriff des »Prosuming« – treffend als »Producers« bezeichnet.²⁵ [■ siehe Abb. 1, S. 336]

Für Partizipationspraktiken eines zivilgesellschaftlichen Producers, der Verbindung von passivem Medienkonsum und aktiver Medienproduktion bzw. -distribution, wird folgende Abstufung vorgeschlagen: Die geringsten

23 Axel Bruns, Vom Prosumer zum Produzent, in: Birgit Blättel-Mink/Kai-Uwe Hellmann (Hg.), *Prosumer-revisited*, Wiesbaden 2010, S. 191-205.

24 Vgl. James O'Malley, zit. n. Beth Kanter/Allison H. Fine, *The Networked Nonprofit. Connecting with Social Media to Drive Change*, San Francisco 2010, S. 123.

25 Bruns, Vom Prosumer zum Produzent. In Blättel-Mink, Birgit/Hellmann, Kai-Uwe (Hg.), *Prosumer Revisited: Zur Aktualität einer Debatte*, Wiesbaden 2010, S. 191-205.



Abb. 1 Partizipationspyramide zivilgesellschaftlichen Handelns im Social Web

Eigenleistungen müssen bei simplem Clickivism erbracht werden, gemeint sind z. B. ein Klicken auf den Like-Button bei Facebook oder auf den Sign-Button bei Online-Petitionen. Die unverbindlichen, wenig aufwendigen und als risikolos geltenden Formen des Engagements sollten nicht vorschnell abgewertet werden, zumal ihre Resonanz bei adressierten Gegnern von Fall zu Fall durchaus variiert. Während Bundespolitiker nicht leicht zu beeindrucken sind²⁶, nehmen große Unternehmen massenhaft unterschriebene Petitionen durchaus als Warnsignal für Missstände und potentielle Kundenverluste wahr.²⁷

Mehr Ressourcen müssen Aktivisten für Online-Spenden und netzbasierete Handlungen eines politisch aufgeladenen Konsums aufwenden. Letztere umfassen nicht nur sozial-ökologische Boykott- und Buykottaktionen, sondern auch diskursive Beiträge auf einer Vielzahl kritischer Verbraucherplatt-

26 Kathrin Voss (Hg.), *Internet und Partizipation – Bottom-up oder Top-down? Politische Beteiligungsmöglichkeiten im Internet*, Wiesbaden 2014.

27 Sigrid Baringhorst/Veronika Kneip/Annegret März/Johanna Niesyto, *Unternehmenskritische Kampagnen. Politischer Protest im Zeichen digitaler Kommunikation*, Wiesbaden 2010.

formen, Weblogs, Facebookseiten und Ähnlichem. Die virale Verbreitung von Protestforderungen gelingt dann, wenn Produser zu Botschaftern der guten Sache werden und die mit Protesten verbundenen Informationen und Deutungsmuster weiterleiten, in ihren eigenen sozialen Netzwerken bekannt machen und ggfs. in die Sprache ihrer Freunde und Bekannten übersetzen. Kritiker der Netzkommunikation betonen häufig die Schwäche der sozialen Bindungen, die sogenannten »weak ties« zwischen den Usern, die einer ernsthaften und verbindlichen politischen Mobilisierung entgegenstehen.²⁸ Für das insbesondere für Rekrutierungs- und Mobilisierungszwecke immer wichtiger gewordene soziale Netzwerk Facebook gilt dies jedoch nur bedingt. Sein Potenzial für politische Mobilisierung liegt, wie vor allem Protestaktionen im Kontext des Arabischen Frühling gezeigt haben, gerade darin, dass Facebook-Mitglieder in ihren privaten Sozialbeziehungen angesprochen werden und Protestunterstützer Protestbotschaften relativ einfach in ihre persönlichen Netzwerke – bestehend aus Freunden und lockeren Bekannten – hineintragen können.²⁹

An der Spitze der Partizipationspyramide webbasierten zivilgesellschaftlichen Engagements stehen die vielfältigen Formen eines kreativen Produzage: eigene Protestinitiativen schaffen, auf Weblogs, Twitter oder in anderen Medien über protest- bzw. zivilgesellschaftlich relevante neue Phänomene schreiben, auf sozial-ökologischen Geschäftsideen basierende technologische Start-ups gründen oder Video-Spiele mit protestrelevanten Inhalten entwickeln.

Kreative Praktiken eines zivilgesellschaftlichen Produzage

Wesentliches Merkmal dieser neuen kreativen Formen des Engagements ist die Einbeziehung der Bürger als »Producer«, als im weitesten Sinne politisch und gesellschaftlich relevante Netzartefakte generierende, bewertende und verbreitende Mediennutzer. Medienpraktiken des politischen Protests wie

28 So z. B. Malcolm Gladwell, *Small Change. Why the Revolution Will not Be Tweeted*, in: *New Yorker* (4.10.2010).

29 Paolo Gerbaudo, *Tweets and the Streets. Social Media and Contemporary Activism*, London 2012, S. 134.

des zivilgesellschaftlichen Producers allgemein können nach unterschiedlichen Dimensionen politisch-moralischen Handelns differenziert werden: Zu unterscheiden sind: 1) Eine kognitive Dimension von Producers-Praktiken, bei denen es vor allem um die Erzeugung und Verbreitung von Meinungen, Informationen und Wissen geht. 2) Eine affektive Dimension von Praktiken des Producers, die z. B. darauf zielen, soziale Bindungen zu schaffen, zu erhalten oder zu intensivieren. 3) Eine ästhetische Dimension von Producers im Sinne von visuellen und audiovisuellen Medienpraktiken. 4) Eine technische Dimension von Medienpraktiken, die sich auf die Produktion und Destruktion von Software bezieht.

»Dann schreib doch selbst!« – so die Aufforderung des Berliner Piraten Christoph Lauer in der Wochenschrift DIE ZEIT vom 25. Juli 2012 an eine Redakteurin der Wochenzeitung, nachdem diese den Piraten in der Woche zuvor vorgeworfen hatte, noch immer kein ausgearbeitetes Parteiprogramm vorgelegt zu haben. Forderungen nach mehr Selbsttätigkeit entstanden aus einem netzkulturellen Handlungskontext einer Engagementkultur des individuellen und arbeitsteiligen DIY im Social Web.³⁰ Zentral ist in protestkulturellen Kontexten vor allem die gemeinschaftliche Produktion von Texten, die der Information und Meinungsbildung dienen. Informations- und wissensorientierte Formen eines zivilgesellschaftlichen Producers basieren oft auf Wiki-Anwendungen. Wie kaum eine andere Webtechnologie illustrieren Wikis die produktiven Möglichkeiten kollaborativer Wissensgenerierung im Netz. Leitend ist das Prinzip der freien Zirkulation von Wissen, unabhängig von Märkten und Verwertungszwängen. Amateurierung statt Professionalisierung, so die Devise der gemeinschaftlichen Praxis der Erzeugung von Wissen im Sinne der sogenannten *Wisdom of Crowds*, der Weisheit der Vielen. Die Qualitätskontrolle durch Experten wird ersetzt durch zum Teil durchaus ausgefeilte und wirksame soziale Kontrollen und Praktiken des Filterns. Der Prozess der Wissenserzeugung gilt oft mehr als das Ergebnis selbst. Die »Commons-based-peer-production«³¹ der Wikimedia-Varianten, d. h. der vielen Wissensarchive, die der 2001 erfolgten Gründung der Wiki-

30 Colin Lankshear/Michele Knobel (Hg.), *DIY Media. Creating, Sharing and Learning with new Technologies*, New York 2010.

31 Yochai Benkler, *The Wealth of Networks. How Social Production Transforms Markets and Freedom*, New Haven (CT) 2006.

media Foundation folgten, verlangt von den Aktiven eine hohe Bereitschaft, nicht nur ihr Wissen zu teilen, sondern auch das eigene Wissen mit anderen zu diskutieren. Im kollaborativen Producership sind die Diskussionsbeiträge hinter den Lemmata nicht selten länger als die Artikel selbst. Dies setzt bei allen Beteiligten eine hohe Frustrationstoleranz und Lernbereitschaft voraus.³²

Producership erzeugen nicht nur kollektives Wissen, sondern sie wirken auch als Informations- und Meinungsproduzenten wie etwa in kollaborativen alternativen Nachrichtenportalen oder in individualisierten Formaten wie Weblogs. Die politische Bedeutung von Weblogs wird oft mit Verweis auf den Long Tail ihrer Resonanz relativiert. Danach finden nur wenige Blogs ein großes Publikum, die Mehrheit wird nicht gelesen, geschweige denn weitergeleitet oder kommentiert. Doch sollte die Bedeutung von Weblogs nicht allein an der Reichweite einzelner Blogs gemessen werden. Für die zivilgesellschaftliche Praxis ist vor allem die Dichte des engagierten Austausches zwischen den Hunderten, ja Tausenden von »private-public bloggers« kennzeichnend. Nach Ferguson und Howell³³ weisen politische Blogs vor allem drei demokratisierend wirkende Merkmale auf: »Firstly, it provides a bridge between the private, subjective sphere of self-expression and the socially fragile civic sphere in which publics can form and act. [...] By allowing people to both interact with others and remain as individuals, blogs provide an important escape route from the ›if you don't come to the meeting, you can't have anything to say‹ mentality. Secondly, blogs allow people – indeed, expect them – to express incomplete thoughts. [...] Thirdly, blogs lower the threshold of entry to the global debate for traditionally unheard or marginalized voices, particularly from poorer parts of the world which are often represented by others, without being given the chance to present their own accounts.« Blogs sind für die kollektive Wissens- und Meinungsproduktion insofern charakteristisch, als in Blogs wie in Wikis Wissen und Meinungen in fragmentierten Praktiken erzeugt werden. Die Subjektivität und Prozesshaftigkeit des laienjournalistischen Producership ist stets offengelegt.

32 Clay Shirky, *Here Comes Everybody. The Power of Organizing without Organizations*, London 2008, S. 111 ff.

33 Ross Ferguson/Milica Howell, *Political Blogs. Craze or Convention?*, <www.hansardsociety.org.uk/files/folders/472/download.aspx> (12.7.2014).

Kennzeichnend für webbasierte Engagementpraktiken sind auch die zahlreichen Plattformen, auf denen Produser als Watchdogs, Investigatoren und Richter politische und gesellschaftliche Prozesse kritisch beobachten und skandalisieren. Während enzyklopädischen Wikis eine reine Informations- und Orientierungsfunktion zukommt, ist diesen Portalen darüber hinaus eine wichtige Alarmierungsfunktion zu zuschreiben. Hier werden Monita laut, die von anderen Netzwerkakteuren genutzt werden, um Kampagnenaufrufe und urgent appeals zu lancieren. Bekannt geworden sind im deutschen Kontext vor allem kollaborative Dokumentationsplattformen wie GuttenPlag, VroniPlag, die in kurzer Zeit Hunderte anonymer Freiwilliger motivierten, sich aktiv an der Suche nach Plagiaten in Doktorarbeiten von Politikern zu beteiligen. Neben den flüchtigen und spontanen Watchdog-Plattformen gibt es aber auch eine Fülle stärker institutionalisierter kollaborativer Watchdog-Formate: Als Akteure der Zivilgesellschaft kommt Nichtregierungsorganisationen traditionell eine wichtige Rolle als Watchdogs, als kritische Wacher über die Einhaltung gesellschaftlicher Normen, zu. Dies gilt insbesondere für Bereiche, die vom Staat nicht hinreichend überwacht werden und für die investigativen Journalisten der Zugang zu Informationen bzw. immer öfter auch die Zeit zur Eigenrecherche fehlt. Bekannt geworden sind in den letzten Jahren vor allem Portale wie AbgeordnetenWatch, LobbyControl, oder neuerdings auch FinanceWatch. Auch für den Engagementbereich des ethischen und politischen Konsums sind eine Vielzahl von Watchdog-Portalen entstanden, die von dem Informationsinput anonym bleibender, unternehmensinterner Whistleblower oder anderer, professioneller oder nicht professioneller kritischer Unternehmens- und Marktbeobachter leben.

Immer wieder wird in der Literatur zur Netzkultur auf die Individualisierung von Netzwerken als charakteristisches Merkmal des Engagements im Netz hingewiesen. Die damit angedeutete Reserve von Usern gegenüber dauerhaften Partei- und Vereinsmitgliedschaften bedeutet aber nicht, dass Vergemeinschaftung und damit die affektive Dimension von Engagement weniger wichtig geworden sei. Vergemeinschaftung findet auch in sogenannten »mediatisierten Welten«³⁴ statt, jedoch eher in posttraditionalen Formen,

34 Friedrich Krotz/Andres Hepp, *Mediatisierte Welten. Forschungsfelder und Beschreibungsansätze*, Wiesbaden 2012.

wie Krotz und Hepp herausgearbeitet haben. Diese webbasierten Engagementgemeinschaften bilden den sozialen Bezugsrahmen für vielfältige Prodosage-Beiträge ihrer Mitglieder, seien es Foto-Galerien von Treffen, Bewertungen von Ereignissen und Produkten, Hinweise auf zukünftige Events oder issue-bezogene Medienberichte in Online- wie Offline-Medien.

Auch Wissensplattformen wie Wikipedia oder Nachrichtenportale wie Indymedia sind nicht nur als Wissens- und Informationsproduzenten zu betrachten, sondern auch als engagierte Communities of Practice. Während bei ihnen die kollaborative Textproduktion im Zentrum steht, gibt es andere Engagement-Gemeinschaften, in denen das Prodosage der Mitglieder eher integrativer Teil einer auf sozialen Austausch und Gemeinschaftsbildung ausgerichteten sozialen Praxis ist. Letzteres gilt insbesondere für die Kommunikation in sozialen Netzwerken wie Facebook.

Politischer Protest als Kultur des Remix – Zur ästhetischen Dimension von Prodosage

Die Netzkultur des Prodosage gewinnt vor allem als Kultur des politischen bzw. zivilgesellschaftlichen Remix eine kreative Komponente. Kreatives Prodosage finden wir weniger in den Mitmachangeboten der etablierten politischen Akteure wie den politischen Parteien, sondern eher in hybriden Räumen zwischen kulturellen und politischen Sphären.³⁵ Technisch setzt Prodosage die Entstehung und Verbreitung von »DIY audio- und video-authoring tools« (ebd.) und Websites, auf denen Nutzer einfach Inhalte hochladen können, voraus. Ausschneiden, Kopieren und Einfügen sind die Grundpraktiken der digitalen Remix- oder Mashup-Kultur.³⁶

Nach William Gibson ist »remix« geradezu die Kernaktivität in der digitalen Welt der Gegenwart.³⁷ Mit der Entstehung des Social Web ist eine Art kollaborativer »remixability« entstanden, »a transformative process, in which the information and media we've organized and shared can be recombined

35 Lim/Kann, Politics. Deliberation, Mobilization and Networked Practices of Agitation, S. 96.

36 Dirk von Gehlen, Mashup. Lob der Kopie, Frankfurt a. M. 2011.

37 William Gibson, God's Little Toys. Confessions of a Cut & Paste Artist, in: Wired, URL: <www.wired.com/wired/archive/13.07/gibson.html> (13.7.2005).

and built on to create new forms, concepts, ideas, mashups, and services«. ³⁸ Wie viele netzbasierte Engagementformen sind Remix-Praktiken nicht völlig neu. Typisch sind im Kontext politischer Netzaktivitäten insbesondere Nachbearbeitungen von Bildern, seien es digitale Abbildungen von Politikern, Unternehmenslogos oder Produktwerbungen. Die kreativen Bildbearbeitungen gehen kunsthistorisch auf Traditionen der Collage, des Surrealismus, der Verfremdung und der Camouflage moderner und postmoderner Richtungen der bildenden Kunst zurück. Zu nennen sind neben Dadaismus und Surrealismus vor allem der Situationismus, aber auch Punk. ³⁹

Neue grafische Bildbearbeitungsprogramme wie Photoshop haben den Zugriff auf die hinter digitalen Bildern liegenden Datenstrukturen enorm vereinfacht und damit erst die medientechnische Grundlage für die Verbreitung von Praktiken eines kreativen visuellen Producers geschaffen. Die bearbeiteten Bilder, die Remix-Artefakte, werden inzwischen in kürzester Zeit in den sozialen Netzwerken repliziert und reichen damit viel weiter als die künstlerischen Artefakte und Aktionen in analogen Zeiten. Technische Bedingung der beschleunigten Mobilität der Bilder im Netz ist der generell beschleunigte Datentransfer durch die Entwicklung besserer Übertragungsstandards und in der Folge die Entstehung visueller Social Web-Plattformen wie Flickr und YouTube. Heute reichen nur »wenige Handgriffe [...] aus, um Bildelemente aus Websites zu kopieren und in Bildbearbeitungsprogramme zu importieren. Dort stehen vielfältige Hilfsmittel und Werkzeuge zur Bearbeitung, Verfremdung und Collage bereit«. ⁴⁰

Durch die Manipulation, die Neucodierung von Bildern, wie durch ihre Übertragung in neue politische und soziale Kontexte erhalten digitale Bilder neue Bedeutungen. Praktiken des Remix finden wir als kreative Aktionen

38 Barb Dydwad zit. n. Lim/Kann, Politics. Deliberation, Mobilization and Networked Practices of Agitation, S. 96.

39 Sigrid Baringhorst, Subversion durch Kunst und Protest. Culture Jamming als semiotischer Angriff auf die Konsumgesellschaft, in: Anja Besand (Hg.), Politik trifft Kunst. Zum Verhältnis von politischer und kultureller Bildung, Bundeszentrale für politische Bildung, Bonn 2012, S. 105-116. In der Musik arbeiteten vor allem Reggae und Hip-Hop mit Praxen der Aneignung und Mischung unterschiedlicher Musikstücke und -stile.

40 Christoph Bieber, Partizipation durch Pixel? Visuelle politische Kommunikation und der kreative Umgang mit digitalen Bildern, in: Anja Besand (Hg.), Politik trifft Kunst. Zum Verhältnis von politischer und kultureller Bildung. S. 75.

unorganisierter Einzelner wie als Bestandteile des Handlungsrepertoires organisierter Kampagnen. Oft sind sie aber auch neue Ausdrucksformen einer netzbasierten oder netzvermittelten Performance politisch bzw. zivilgesellschaftlich engagierter Künstler. Nach Alain Bieber besteht der »Unterschied zu früherer Politikunst« in den kritischen Netzaktionen von Künstlern darin, »dass Kunst sich immer stärker verweigert, dekorierende Ornamente zu produzieren: Kunst möchte wie ein Virus das System infizieren, um es zu beschädigen oder zu verändern.« (Netz)-Künstler verhielten sich wie »Hofnarren« und »Parasiten«, die ihren »Wirt nicht töten können«, ihn aber trotzdem angreifen und deshalb »subversiv und ironisch innerhalb des Systems gegen das System« operierten.⁴¹

Beispiele kreativer und kritischer Remix-Praktiken sind etwa die subversiven Aktionen der Künstlergruppe Yes Men oder die im Netz zirkulierende fiktive Einführung einer Facebook Identity Card durch den deutschen Aktionskünstler Tobias Leingruber. Kreative Remix-Aktionen in der deutschen netzpolitischen Protestkultur fanden zum ersten Mal weite Verbreitung im Kontext der sogenannten Zensursula-Kampagne, in der Bilder der damaligen Familienministerin von der Leyen zum beliebten Objekt kreativer Verfremdung wurden.

Im Rahmen organisierter Protestkampagnen hat insbesondere Greenpeace die satirische Verfremdung kommerzieller Werbe- und Unternehmenskommunikation im Netz professionalisiert und mit kreativen Partizipationsangeboten an potentielle Unterstützer verbunden. Zu nennen ist neben der bekannten Nestlé-Kampagne der subversive Remix der Homepage des Shell-Konzerns. Verbunden war dieser Akt des Culture Jamming mit der Aufforderung an die User, Kampagnenbilder mit möglichst kreativen und witzigen Bildunterschriften zu versehen. Durch das Ausrufen von Wettbewerben und die Möglichkeit der individuellen Bewertung von Produserbeiträgen gelingt es Nichtregierungsorganisationen, Partizipationsangebote mit der Verbreitung der eigenen Anliegen in sozialen Netzwerken zu verknüpfen.

41 Alain Bieber, Gesellschaftliche Utopien. Oder: Wie politisch ist die Kunst? Ein Essay, in: Anja Besand, Politik trifft Kunst. Zum Verhältnis von politischer und kultureller Bildung. S. 90.

Protestpraktiken eines technischen Producers

Während ästhetische Protestpraktiken eines netzbasierten Remix auf ältere kulturelle Protestformen des Dadaismus und Situationismus zurückgehen, sind technische Protestpraktiken nicht nur alter Wein in neuen Schläuchen, sondern völlig neu, da an die Entstehung der Netztechnologie gebunden. Protestierende stellen nicht nur Texte und visuelle Netzartefakte her. Sie produzieren auch nach dem Creative Commons-Prinzip frei verfügbare (open source) Software und tragen damit selbst zum medientechnologischen Wandel bei, von dem sie in vieler Hinsicht profitieren. Als Beispiele seien für den deutschen Kontext die Wikis zur kollaborativen Plagiatsdokumentation GuttenPlag, VroniPlag und SchavanPlag genannt, mit denen zahlreiche Politiker wegen unwissenschaftlicher Methoden bei der Abfassung ihrer Doktorarbeiten zu Fall gebracht wurden. Auch die Entwicklung der Software LiquidFeedback, die die interne Kommunikationspraxis innerhalb von Teilen der Piratenpartei strukturiert, zeigt, dass Protestakteure selbst zum medientechnologischen Fortschritt beitragen können. Im Konflikt mit Regierungen und transnationalen Konzernen wie Google und Microsoft haben Netzaktivisten eine Kultur des ständigen Experimentierens und Testens neuer technischer Tools entwickelt. Damit fordern sie nicht nur die Sicherheitsexperten attackierter Gegner heraus. Oft profitieren diese auch von der technischen Expertise der meist jungen netzaktivistischen Herausforderer, die sie auf Sicherheitslücken in der unternehmenseigenen oder staatlichen Infrastruktur aufmerksam machen.⁴²

Der Einsatz von Software-Code ist insbesondere im Kontext netzpolitischer Mobilisierungen zu einer innovativen Praktik des Protestierens geworden. So evozierte das umstrittene US-Urheberrecht zahlreiche virtuelle Formen des Protests, die über die Websphären hinaus Resonanz in der medialen Öffentlichkeit fanden.⁴³ Zu nennen sind in dem Zusammenhang vor allem die Blackouts von Google, Reddit und Wikipedia, mit denen User auf die katastrophalen Auswirkungen des Gesetzes hingewiesen werden sollten.

42 Baringhorst, Protest im Zeichen digitaler Kommunikation.

43 Vgl. Michael Moorstedt, Wie Code-Künstler den Online-Protest prägen, in: Süddeutsche Zeitung v. 6.2.2012.

Kevin Driscoll hat auf seinem Blog culturedigitally.org die politische und kreative Bedeutung der Entwicklung und freien Distribution protestunterstützender Programmcodes an zahlreichen Beispielen erläutert.

Programmierer engagierten sich, in dem sie etwa Codezeilen wie »Simple Stop Sopa« entwarfen, die zum Blackout, zum Schwärzen von Webseiten führten. Über Plattformen zur freien Nutzung von Programmcodes wie github.com wurden über 30 kleine Plug-ins und Add-ons verbreitet, die von mehr als 120.000 Betreibern von Wordpress-Blogs genutzt wurden, um auf ihren Webseiten symbolische Zeichen der SOPA-Kritik zu setzen. Eine reine Quantifizierung des Protesterfolgs im Sinne der Zählung der geschwärzten oder bannerähnlich markierten Webseiten, so Driscoll, verkenne jedoch die weitreichende emotionale Aufladung von Akten der Codeverwendung, die im Programmierer-Protest gegen SOPA zum Ausdruck gekommen sei. »But to understand the significance of these scripts and plugins only in terms of their impact on the size of the blackout overlooks the powerful emotional experience of developing software for the developers themselves. The large and growing corpus of anti-SOPA protest code suggests that frustrated programmers have begun to engage in the writing (and sharing) of software as meaningful acts of political expression apart from their instrumental ends. [...] For once, programmers were needed, not for their voices or their pocketbooks, but for their craftsmanship. In response, hundreds set out to produce code to blackout their sites and the sites of others. The blackout as a tactic produced an opportunity for programmers to experience the *feeling* of applying their technical skills to a political problem and witnessing an immediate, material outcome.«⁴⁴

Insbesondere bezogen auf politische Praktiken der Codeverwendung wird deutlich, dass der politische Mensch im Netz keineswegs nur Clicktivist und Polit-Faulenzer, sondern auch ein politisch handelnder Homo Faber, ein politischer Kreativschaffender, ist. Die Attraktivität des netzpolitischen Engagements liegt für viele technikaffine kreative Macher gerade darin, jenseits von kommerziellen Verwertungszwängen Ideale von »Craftsmanship«,

44 Kevin Driscoll, Protest code and the anti-SOPA blackout 24.01.2012, URL: <culturedigitally.org/2012/01/protest-code-and-the-anti-sopa-blackout> (27.3.2013).

alte Handwerkerideale der Selbsttätigkeit und technischen Könnerschaft in gesellschaftlicher Verantwortung wieder aufleben zu lassen.

Entwickelt werden in dem Zusammenhang auch innovative alltagstaugliche technische Tools wie Barcodescanner, die als Smartphone Apps mobil genutzt werden können, um Produkte skandalisierter Unternehmen zu identifizieren und dadurch zum Empowerment kritischer Konsumenten beizutragen. Mittels Barcodescanner können Verbraucher erkennen, welche Unternehmen SOPA oder ACTA unterstützen oder – in anderen Protestkontexten – welche Unternehmen gegen Normen der Nachhaltigkeit verstoßen oder aber auch welche Unternehmen und Produkte besonderen ethischen Ansprüchen genügen.

Mit neuen technischen Tools sind nicht nur neue Protestpraktiken, sondern oft auch neue Formen der Ressourcengenerierung verbunden: So etwa bei Ecosia, einer grünen Suchmaschine, die nach eigenen Angaben 80 % ihrer Einnahmen für die Arbeit des WWF zum Erhalt des Regenwaldes am Amazonas spendet.

Ästhetische und technische Dimensionen der Verbindung von Craftsmanship und Protest sind insbesondere in engagierten Aktionen von Webdesignern eng verbunden. Ein eindrucksvolles Beispiel für ein gesellschaftskritisches Engagement bildet die Arbeit der italienischen Gruppe La Molleindustria, die wesentlich getragen wird vom Designer Paolo Pedercini. Auf ihrer Homepage stellt die Initiative ihren Beitrag zur »Gameolution« so vor: »Since 2003 we produced homeopathic remedies to the idiocy of mainstream entertainment in the form of free, short-form, online games. Our products range from satirical business simulations (McDonald's Video game, Oiligarchy) to meditations on labor and alienation (Every day the same dream, Tuboflex, Unmanned), from playable theories (the Free Culture Game, Leaky World) to politically incorrect pseudo-games (Orgasm Simulator, Operation: Pedopriest). [...] Molleindustria is theory and practice of soft conflict – sneaky, viral, guerrillero, subliminal conflict – through and within video-games.«⁴⁵

Im September 2011 stellte Molleindustria ein satirisches Videospiel für Smartphones mit dem Produktnamen Phonestory vor. Anschaulich werden

45 Siehe URL: <www.molleindustria.org/blog/about/> (4.4.2013).

darin in vier Mini-Spielen die dunklen Seiten der Produktion von Handys wie z. B. bei der Gewinnung von Coltan im Kongo oder der Sweatshop-Arbeit in China skandalisiert. Dabei werden u. a. Kinder zur Arbeit im Coltanabbau gezwungen oder User sollen dabei helfen, den Selbstmord von Arbeitern in der Foxconn-Fabrik zu verhindern. Viel Medienresonanz erhielt das in der Tradition des Culture Jamming stehende Flash-Game dadurch, dass das zunächst auf der iOS Plattform von Apple hochgeladene Spiel von iTunes gesperrt wurde. In der Folge wurde es für Smartphones auf Android-Basis neu angeboten, inzwischen ist es frei erhältlich. Interessant ist auch die Kopplung der sozialkritischen Game-Entwicklung mit einem neuen Modus der Ressourcengewinnung für soziale Zwecke. Alle Gewinne, so Molleindustria, gehen an Arbeits- oder andere Non-Profit-Organisationen, »that are working to stop the horrors represented in the game.«⁴⁶

Der politische Mensch im Netz – Ambivalenzen des Netzaktivismus

Netzaktivismus senkt die Schwelle des politischen Mitmachens und kann insbesondere, aber nicht nur, mit Blick auf jüngere Bürger neue Einstiegsoptionen in politisches und zivilgesellschaftliches Engagement schaffen. Neben der Vielfältigkeit von Zugängen zum politischen Raum kann das Internet auf der individuellen Ebene der Bürger Gefühle der Efficacy, des selbsttätigen Einwirkens auf das soziale und politische Geschehen stärken und damit Ohnmachtsgefühlen und Apathie entgegenwirken. Zwar sind die vom Einzelnen geforderten Leistungen beim sogenannten Click-Aktivismus gering. Doch können die vielen kleinen Beiträge im kollaborativen Produzieren zuweilen erstaunliche Medienwirksamkeit und auch politische Folgen verursachen, wie Proteste gegen ACTA oder die Rücktritte von Ministerin Schavan oder Verteidigungsminister von Guttenberg eindrücklich gezeigt haben.

Netzkommunikation vereinfacht nicht nur individuelle politische Teilhabe, sie zwingt politische Institutionen und Organisationen zu mehr Trans-

46 Vgl. URL: <phonestory.org> (4.4.2013).

parenz und eröffnet den Bürgern dadurch mehr Kontrollmöglichkeiten. Mehr Partizipation, mehr Offenheit und mehr Interaktivität – so lassen sich die positiven Effekte der Netzkommunikation auf die Politik zusammenfassen. Netzaktivisten haben eine Vielfalt von Engagementpraktiken entwickelt, die zum einen – wie etwa im Netzstreik oder im alternativen Journalismus – alte Praktiken in elektronischer Form fortführen und zum anderen aber auch neue Formen kollaborativer Schwarmaktivitäten entwickeln. Während kritische Autoren wie Morozov die Unverbindlichkeit eines »Slackivism« betonen und Netzaktivismus weitgehend als Pseudo-Beteiligung abwerten, sollte ein unvoreingenommener Blick auf die politischen Netzaktivitäten der Bürger eher die damit verbundenen demokratiebezogenen Ambivalenzen herausarbeiten. Natürlich wäre es vermessen anzunehmen, man könne allein mit Hilfe und durch das Netz die Welt retten. »To Save Everything Click Here« – der Titel eines Buches von Evgeny Morozov⁴⁷ spielt an auf eine angeblich weltrettende Macht des Internets. Insbesondere Kampagnenplattformen wie Change.org oder Avaaz.org. suggerieren zuweilen eine hohe politische Wirksamkeit, die so nur in absoluten Ausnahmefällen gegeben ist. Im deutschen Raum vertraut etwa die Kampagnenplattform Campact keineswegs allein auf die Macht des Clickivism, sondern ruft zu Offline Aktionen auf und arbeitet nicht selten mit klassischen NRO zusammen. Netzaktivisten können die Welt nicht retten, aber ohne das Engagement vieler kritischer Blogger, Netzkünstler und Programmierer wäre der politische Raum im Netz aufgrund dessen inhärenter Tendenzen zur Kommerzialisierung weitaus kleiner als dies heute der Fall ist. Auch der Einwand der Zerstreuung von politischer Öffentlichkeit im Netz⁴⁸ überzeugt nur dann, wenn man die Fiktion eines einheitlichen nationalen öffentlichen Raumes voraussetzt.

Der politische Mensch als Netzaktivist ist kein neuer Mensch, kein besserer Demokrat, aber auch nicht unbedingt ein schlechterer Demokrat als der Straßenkämpfer oder Parteisoldat. Untersucht man allein die Webaktivitäten von Akteuren der repräsentativen Demokratie wie vor allem politischen Parteien, so spricht vieles für die anfangs genannte Normalisierungsthese,

47 Morozov, *The brave new world*.

48 Vgl. Leggewie, *Die Medien*.

wonach sich Politik im Netz nicht wesentlich von Politik in Offline-Räumen unterscheidet. Untersucht man jedoch politischen Protest im Netz, so zeigen sich neben tradierten Merkmalen durchaus auch neue kommunikative Räume und Gestaltungspraktiken einer Politik von unten. Dabei sind Online- und Offline-Räume in der Regel eng gekoppelt, insofern ist die strikte Trennung zwischen Netz-, Straßen- und Parteiaktivität wenig sinnvoll.⁴⁹ Erst durch die Kopplung von Online- mit Offline Räumen gewinnen viele Formen des Netzaktivismus, wie nicht zuletzt die Protestaktionen des Protestjahres 2011 gezeigt haben, an politischem Gewicht. »Seit-an-Seit« und »peer-to-peer« schließen sich nicht aus, sondern bedingen sich insofern, als politischer Protest auf den Straßen im Netz nicht nur vor- und nach- und visuell aufbereitet, sondern durch die vielen Twitter-Einträge der Aktiven vor Ort auch sekundlich für eine breitere Öffentlichkeit kommuniziert wird. Auch ein kollektiver #aufschrei gegen sexistische Äußerungen und Übergriffe, wie er in Reaktion auf die skandalisierten Äußerungen des ehemaligen FDP-Fraktionsvorsitzenden Brüderle blitzschnell entstanden ist, wäre ohne die digitalen sozialen Netzwerke so nicht denkbar gewesen.

Nicht nur im Netz sondern auch in Offline-Räumen zeigen sich Tendenzen zur Individualisierung, Personalisierung und Privatisierung des Politischen. Diese schon in der kommerzialisierten massenmedialen Kommunikation angelegten Transformationen politischer Kommunikation werden in den sozialen Netzwerken des Social Web wie Facebook lediglich verstärkt. Kreative Potenziale entfalten Produzierende, wie oben geschildert, vor allem in den zwischen privaten und politischen Räumen anzusiedelnden Nischen der Netzkommunikation. Das Netz ist insofern kein idealer Ort für Deliberation: Argumentgetragene politische Debatten entstehen nicht von selbst, sondern müssen – wie deliberative Initiativen etwa der EU zeigen – oft mit enormem Aufwand an Moderation und anderen infrastrukturellen Bedingungen instituiert werden. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass Anschlusskommunikation durch virale Verbreitung weniger aufgrund ihrer Vernünftigkeit als aufgrund ihrer expressiven Qualität stattfindet: Seien es Dramatisierungen eines Skandals wie im Fall der Kony-Kampagne oder witzige Verfremdungen im Falle von gefakten Webseiten – stets können politische Aufrufe im Netz dann

49 Vgl. Sigrid Baringhorst et al., Unternehmenskritische Kampagnen.

mit massenhaftem Liking und Sharing rechnen, wenn sie über das moralische Anliegen hinaus affektiv und/oder ästhetisch besonders aufgeladen sind. Der politische Mensch ist auch im Netz nicht nur Homo politicus, sondern auch ein Voyeur. Als Programmierer und Designer ist er zugleich kreativ-schaffender Homo Faber und als Spaß und Entspannung liebender Bürger auch Homo ludens. Dass sich Politik und Spiel auch im Netz nicht prinzipiell ausschließen müssen, belegt das oben beschriebene Beispiel von Molleindustria recht anschaulich.

Gerade in den visuellen und nicht rein textlastigen Engagementformen verbergen sich von der politischen Bildung noch keineswegs hinreichend genutzte Chancen, das Politische in immer komplexer werdenden gesellschaftlichen und ökonomischen Prozessen sichtbar zu machen. Dies gilt insbesondere auch angesichts der Gefahr, dass sich politische Ungleichheiten aufgrund der digitalen Spaltung im Netz nicht nur fortschreiben, sondern sogar verstärken. Um dies zu verhindern, sollten besondere Maßnahmen und Strategien entwickelt werden, um nicht nur Netzzugang und Netzkompetenz weniger gebildeter Schichten zu erhöhen, sondern zugleich auch die politischen Informations- und Mitmachangebote im Netz stärker den Kommunikationsgewohnheiten dieser Bürger anzupassen.

Offen für alle(s)? Kollektive Protestkulturen zwischen Tradition und Innovation

Die klassischen Instrumente der repräsentativen Demokratie werden immer weniger genutzt, ihr gesellschaftlicher Zuspruch schwindet¹: Die Wahlbeteiligung bei Bundestagswahlen – häufig als Indikator für politisches Engagement und Demokratiebewusstsein herangezogen – geht seit Jahren rapide zurück und erreichte 2009 mit lediglich 70,8 % ein historisches Tief.² Fast ein Drittel der Bundesbürger legt auf politische Einflussnahme mittels Stimmabgabe augenscheinlich keinen Wert. Die großen Volksparteien verlieren seit 1990 kontinuierlich an Mitgliedern; die SPD gut 48 % ihrer Genossen.³ Offenbar gelingt es den etablierten, formalen Institutionen weder mittel- noch kurzfristig, die Menschen zu politischer Teilhabe zu motivieren. Begriffe wie Politik- oder Parteienverdrossenheit werden vor allem medial zur Gesellschaftsanalyse verwandt und verfestigen den Eindruck von einer der Politik abgewandten Gesellschaft. Dieser Eindruck wird mit Blick auf die Befunde der Shell Jugendstudie aus dem Jahr 2010 verschärft: Nur 2 % der Jugendlichen im Alter zwischen zwölf und 25 Jahren engagiert sich in Parteien.⁴ Colin Crouch spricht von der Postdemokratie als einem »Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden – Wahlen, die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen – in dem jedoch konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu

-
- 1 Der Aufsatz spiegelt gesellschaftliche Realitäten im Bezug auf Protestkulturen im Jahr 2012 wider.
 - 2 Statistisches Bundesamt, Pressestelle (Hg.), Repräsentative Wahlstatistik zur Bundestagswahl 2009, Februar 2010.
 - 3 Oskar Niedermayer, Parteimitglieder in Deutschland, in: Arbeitshefte aus dem Otto-Stam-mer-Zentrum 20 (2007).
 - 4 Shell-Deutschland Holding (Hg.), Jugend 2010. Eine pragmatische Generation behauptet sich (16. Shell Jugendstudie 2010), Frankfurt a. M. 2010, hier S. 156.

einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.«⁵

Der Verlust des Einflusses von Parteien oder anderen wertevermittelnden Institutionen wie beispielsweise den Kirchen⁶ wird häufig in den Kontext aktueller gesellschaftlicher Veränderungsprozesse gestellt, die auf Makroebene mit Begriffen wie Individualisierung⁷ oder Pluralisierung⁸ beschrieben werden können. Der Einzelne wird – so die gängige These – aus einem festen Werte- und Normengefüge entlassen und muss selbst zum Konstrukteur seiner Lebensbiografie und seiner Werteorientierung werden: »Es gibt kein allgemeines Verständnis mehr, welche Werte wichtig sind und was fast noch schwerer wiegt, es gibt kein einheitliches Verständnis, wie diese Werte gelebt werden sollen. Fast könnte man sagen: Es ist alles chaotisch, unübersichtlich geworden, ein postmodernes Durcheinander statt der modernen Klarheit.«⁹ Dies führt auf den politischen Menschen übertragen u. a. dazu, dass langfristige Parteizugehörigkeiten aufgegeben werden oder gar nicht mehr entstehen und »neue« Wechselwähler für die Parteien zu einer kaum berechenbaren Instanz werden.

Neben den Befunden einer politikverdrossenen Gesellschaft, in der die traditionellen Formen politischer Partizipation ausgedient haben, ist zeitgleich vom »Wutbürger« die Rede: von Menschen, die sich wieder einmischen; die performativ, medial oder auch virtuell ihre Stimme erheben und sich für

5 Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt a. M. 2008, S. 10.

6 Die beiden großen Kirchen verlieren kontinuierlich an Mitgliedern. Vgl. Deutsche Bischofskonferenz (Hg.), Eckdaten des kirchlichen Lebens in den Bistümern Deutschlands 1990 und 2011, URL: <www.dbk.de/fileadmin/redaktion/Zahlen%20und%20Fakten/Kirchliche%20Statistik/Eckdaten%20des%20Kirchlichen%20Lebens%20in%20den%20Bistuemern%20Deutschlands/Flyer_Eckdaten2011.pdf> (2.8.2013).

7 Ulrich Beck, Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt a. M. 1986.

8 Vgl. etwa Michael Wagner/Gabriele Franzmann, Die Pluralisierung der Lebensformen, in: Zeitschrift für Bevölkerungswissenschaft 25 (2000), S. 151-173.

9 Rudolf Richter, Die Lebensstilgesellschaft, Wiesbaden 2005, S. 102.

oder gegen etwas einsetzen oder ablehnen. 2010 wählte die Gesellschaft für deutsche Sprache »Wutbürger« zum Wort des Jahres: »Das Wort dokumentiert ein großes Bedürfnis der Bürgerinnen und Bürger, über ihre Wahlentscheidung hinaus ein Mitspracherecht bei gesellschaftlich und politisch relevanten Projekten zu haben«, heißt es in der Pressemitteilung der Gesellschaft für deutsche Sprache.¹⁰ Der Politikwissenschaftler Knut Bergmann konstatiert in die gleiche Richtung zielend: »Der Beginn der 2010er Jahre könnte als eine neue Hochzeit des politischen Protestes in die Geschichtsbücher eingehen.«¹¹ Und Colin Crouch spricht von der »Aufsplitterung der politischen Landschaft in eine Vielzahl von NGOs, Bürgerinitiativen und Lobbys«¹² und sieht in ihnen das Potenzial, die Demokratie zu vitalisieren.¹³

Die vielfachen Feststellungen eines neuen Aufschwungs sozialer Bewegungen trifft – zumindest auf den ersten Blick – nicht nur dann zu, wenn man die medial transportierten Freiheitsbewegungen in den arabischen Ländern, die Proteste in Griechenland, Spanien, Portugal oder Italien anlässlich der Finanzkrise oder auch die Demonstrationen auf dem Tahrir-Platz in Istanbul betrachtet, sondern gerade auch, wenn man den Fokus auf die zahlreichen, lokal verorteten Protestbündnisse richtet, die sich in jüngster Zeit in Deutschland um die verschiedensten Inhalte gruppieren und öffentlich – mehr oder weniger wahrnehmbar – agieren. Besonders sichtbar sind die expressiven, performativen Aktionen von Protestgruppen – sei es die dauerhafte Besetzung des Platzes vor der Europäischen Zentralbank in Frankfurt durch Anhänger der Blockupy-Bewegung oder auch die Aktionen der Femen-Aktivistinnen, die mit entblößtem Oberkörper und darauf gemalten Appellen lautstark gegen die Unterdrückung von Schwulen und Lesben in Russland oder gegen das in der quotenstarken Fernsehsendung »Germany's Next Topmodel« transportierte Frauenbild demonstrieren. Die

10 Vgl. Gesellschaft für deutsche Sprache (Hg.), Pressemitteilung vom 17.12.2010, URL: <www.gfds.de/presse/pressemitteilungen/171210-wort-des-jahres-2010/> (30.7.2012).

11 Knut Bergmann, Zum Verhältnis von Parlamentarismus und Protest, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte* 25/26 (2012), S. 17-23, hier S. 17.

12 Colin Crouch, *Postdemokratie*, Bonn 2008, S. 141.

13 Ebd. S. 155.

Wutbürger wenden sich gegen das Bahnprojek Stuttgart 21¹⁴, gegen den Ausbau von Autobahnen¹⁵, gegen Fluglärm¹⁶, Windkraftträder¹⁷ oder neue Stromleitungen¹⁸, gegen Fracking¹⁹, die Schließung ihrer Kirche²⁰, gegen Flüchtlingsunterkünfte²¹, den Bau einer forensischen Klinik²², eines Schlachthofs²³, eines Asphaltmischwerks²⁴, eines Recyclinghofs²⁵ oder eines Hospizes²⁶ oder gehen für den Erhalt von Krankenhäusern²⁷ oder für einen an-

-
- 14 Zeit online, Tausende bei letzter S21-Demo vor Volksentscheid, 26.11.2011, URL: <www.zeit.de/gesellschaft/2011-11/stuttgart-21-demonstration/komplettansicht?print=true> (30.7.2012).
 - 15 taz.de, Protest gegen Autobahn: Ökos liegen Verkehr lahm, 22.6.2010, URL: <www.taz.de/154403/> (30.7.2012).
 - 16 Frankfurter Rundschau, Protest gegen Fluglärm Menschenkette über sieben Brücken, 20.6.2012, URL: <www.fr-online.de/flughafen-frankfurt/protest-gegen-fluglaerm-menschenkette-ueber-sieben-bruecken,2641734,16430370.html> (30.7.2012).
 - 17 Sueddeutsche.de, Protest begleitet Windrad-Debatte, 21.5.2012, URL: <www.sueddeutsche.de/muenchen/starnberg/starnberg-protest-begleitet-windrad-debatte-1.1363191> (30.7.2012).
 - 18 Welt, Buerger sollen Geld verdienen statt zu protestieren, 16.5.2013, URL: <www.welt.de/wirtschaft/article116264787/Buerger-sollen-Geld-verdienen-statt-zu-protestieren.html> (30.7.2012).
 - 19 Wir gegen fracking, URL: <www.wir-gegen-fracking.de> (1.5.2013).
 - 20 WDR.de, Beten als Protest. Duisburger Katholiken bangen um Kirchen, 21.1.2012, URL: <www1.wdr.de/themen/panorama/kirchenstreitduisburg100.html> (30.9.2012).
 - 21 Hannoversche Allgemeine Zeitung, Bothfelder protestieren gegen Asylunterkunft, URL: <www.haz.de/Hannover/Aus-der-Stadt/Uebersicht/Bothfelder-protestieren-gegen-Asylunterkunft> (1.6.2013).
 - 22 Westfälische Zeitung, Hunderte protestieren gegen Forensik-Pläne, URL: <www.wz-newsline.de/lokales/wuppertal/hunderte-protestieren-gegen-forensik-plaene-mit-video-1.1146551> (1.6.2013).
 - 23 Kreiszeitung, Wieder Buergerprotest gegen Schlachthof Ahlhorn, URL: <www.kreiszeitung.de/lokales/oldenburg/landkreis-oldenburg/wieder-buergerprotest-gegen-schlachthof-ahlhorn-2860445.html> (1.6.2013).
 - 24 Bürgerprotest Stadthagen, URL: <www.buergerprotest-stadthagen.de> (1.6.2013).
 - 25 MDR, Protest gegen Recyclinghof in Mose, URL: <www.mdr.de/sachsen-anhalt/magdeburg/protest-gegen-recyclinghof-in-mose100.html> (1.6.2013).
 - 26 Spiegel online, Widerstand gegen Hospiz, URL: <www.spiegel.de/panorama/gesellschaft/widerstand-gegen-hospiz-im-angesicht-des-todes-a-817341.html> (1.6.2013).
 - 27 Braunschweiger-Zeitung, Braunschweiger Kliniken bilden Protestbündnis, URL: <www.braunschweiger-zeitung.de/debatte/braunschweiger-kliniken-bilden-protestbuenid855044.html> (1.6.2013).

gemessenen Tarifvertrag²⁸ auf die Straße. So wenig relevant viele dieser Mikrothemen über ihren meist lokalen und sozialen Aktionsradius hinaus zunächst erscheinen, umso wichtiger ist es, den demonstrierenden Menschen als »Zoon politikon«²⁹ zu identifizieren, seine individuellen wie kollektiven Motivationen und Anliegen zu hinterfragen, seine Aktionsformen und Handlungsmuster aufzuzeigen, um damit sein Handeln letztlich auch für Politik und Gesellschaft nutzbar zu machen.³⁰ Kritisch zu hinterfragen ist dabei, ob diese Protestinitiativen tatsächlich etwas Neues darstellen und breitere soziale Schichten und Gruppierungen politisiert werden.

Vor diesem Hintergrund lohnt sich ein Blick in das Innere dieser Mikrogruppierungen, deren Funktionsmechanismen anhand zweier Beispiele im Folgenden aufgezeigt und entschlüsselt werden. Die alltäglichen Lebenswelten der Akteure werden dabei aus einer kulturanthropologisch-volkscundlichen Perspektive zum Spiegelbild gesellschaftlicher Realitäten.³¹ Spätestens seit den 1970er Jahren wurde der Alltagsbegriff in den Kulturwissenschaften als »Arena politischer Aushandlungsprozesse«³² identifiziert. Die ethnographische Charakterisierung der Protestgruppen im Sinne einer »dichte[n] Beschreibung«³³, wie sie dem Aufsatz zugrunde liegt, ist dabei ein tragfähiges Konzept, wenn der »Blick von unten, durch die Augen der Alltagsakteure [...] mit dem Blick von oben auf die großen Linien und die eher quantitativ zu fassenden Faktoren der Gesellschaftsgeschichte« verknüpft

28 Stern, Protest für eigenen Tarifvertrag, URL: <www.stern.de/panorama/berlin/protest-fuer-eigenen-tarifvertrag-berliner-lehrer-streiken-waehrend-abipruefungen-2010375.html> (1.6.2013).

29 »Es ist offensichtlich, dass der Staat ein Werk der Natur ist und der Mensch von Natur aus ein staatenbildendes Lebewesen [*politikon zoon*].« Vgl. Aristoteles, Politik, 1253 a (übers. v. Olof Gigon).

30 Vgl. dazu etwa Brigitta Schmidt-Lauber, Der Alltag und die Alltagskulturwissenschaft. Einige Gedanken über einen Begriff und ein Fach, in: Michaela Fenske (Hg.), Alltag als Politik – Politik im Alltag. Dimensionen des Politischen in Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 2010, S. 45-61.

31 Vgl. etwa Karl Braun, Karneval? Karnevaleske! Zur volkscundlich-ethnologischen Erforschung karnevalesker Ereignisse, in: ZfVK 2002/II, S. 1-15, hier S. 12.

32 Michaela Fenske, Einleitung, in: dies., Alltag als Politik – Politik im Alltag. Dimensionen des Politischen in Vergangenheit und Gegenwart, Berlin 2010, S. 9-21, hier S. 9.

33 Clifford Geertz, Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme, Frankfurt a. M. 1987.

wird.³⁴ Die für die nachfolgenden Ausführungen beispielhaft gewählten Gruppierungen – Kirchengutmisappropriationsgegner und »Smartmobber« – unterscheiden sich sowohl hinsichtlich ihrer Organisationsstrukturen als auch in ihren Inhalten, ihren symbolischen Artikulationen, performativen Ausdrücken und sozialen Zusammensetzungen fundamental; ihre Akteure jedoch haben, wie zu zeigen sein wird, ähnliche Motivationsansätze.

Kirchengutmisappropriationsgegner – Unterschriftensammlungen, Mahnwachen und Leserbriefe als traditionelle Formen politischer Partizipation

Die gesellschaftlichen Strukturveränderungen und der demographische Wandel machen auch vor den Kirchen nicht halt. Die Zahl ihrer Mitglieder ist – bedingt durch Alterung der Gesellschaft, geringe Kirchenbindung junger Menschen, weniger Kindstufen und vermehrter Kirchengutmisappropriationen – stark rückläufig, was dazu führt, dass die Kirchen immer weniger Kirchengutmiseinnahmen zu verzeichnen haben. Um Geld einzusparen, aber auch, um dem gesunkenen Bedarf an Räumlichkeiten gerecht zu werden, werden seit einigen Jahren auf katholischer wie evangelischer Seite vermehrt Gemeinden fusioniert, sodass die freigewordenen Gotteshäuser geschlossen und Gebäude oder Grundstücke veräußert bzw. für eine profane Verwendung nutzbar gemacht werden können. Für die betroffenen Gemeindeglieder ist diese Situation häufig nur schwer zu begreifen. Trauer und Wut über die Schließung gerade »ihres« Gotteshauses dominieren. Diese Enttäuschung wird immer häufiger offen und laut artikuliert: In Kamp-Lintfort boykottierten Aktivistinnen aus Ablehnung gegen die Schließung ihrer Kirche den Profanierungsgottesdienst und versuchten mit Unterschriftensammlungen und öffentlichen Aktionen ihre Kirche zu retten. In Bochum gründete sich die Bürgerinitiative »Rettet Bochumer Kirchen«, welche sich vehement gegen die Schließung der zahlreichen Kirchen in ihrer Stadt wehrte³⁵, in Bielefeld besetzten Gemeindeglieder »ihre« Paul-Gerhardt-Kirche und versuchten so einen

34 Kaspar Maase, Was macht Populärkultur politisch? Wiesbaden 2013, hier S. 12.

35 Siehe URL: <www.rettet-bochumer-kirchen.de> (29.11.2010).

Verkauf zu verhindern.³⁶ Solche Proteste von Gemeindefusionen sind mittlerweile kein singuläres Phänomen mehr; vor allem auf katholischer Seite bilden sich aufgrund des hierarchisch angelegten Kirchensystems vielerorts Protestgruppen, wenn Gemeindefusionen anstehen und das Kirchengebäude zur Disposition steht. Allein im Bistum Essen wurden im Jahr 2006 insgesamt 96 Kirchen als »weitere Kirchen« deklariert und geschlossen.³⁷ Für viele von ihnen wird nach wie vor nach geeigneten, langfristigen Nachnutzungen gesucht.³⁸

Um die inneren Strukturen der Protestgruppen aufzuzeigen, sei hier das Beispiel Gronau-Epe aufgegriffen, wo die St.-Antonius-Kirche aufgegeben werden sollte. Bald formierte sich der Protest, denn relativ schnell stand nicht nur die Aufgabe der Kirche als Gotteshaus, sondern auch ihr Abriss zur Diskussion. Rund 30 Aktivisten schlossen sich zu einer Initiative zusammen, die den Erhalt des Gebäudes, zunächst auch als Gottesdienstraum, durchsetzen wollten. In der Gruppe engagierten sich vor allem aktive Gemeindefusionen; viele von ihnen hatten schon in der Gemeinde zentrale Positionen inne oder brachten sich im Gemeindeleben ein, waren aber zumindest Kirchgänger oder nahmen an kirchlichen Gemeindeveranstaltungen teil. Die Altersstruktur dieser Gruppe war relativ homogen, vor allem ältere Gemeindefusionen fanden sich zusammen. Die innere Gestalt der Gruppe kann als informelle Gemeinschaft beschrieben werden. Um mitzumachen bedurfte es keiner formalen Eintrittserklärung, auch Menschen aus anderen Gemeinden, Nachbarn oder Anwohner wurden akzeptiert, übernahmen jedoch keine Leitungsämter und waren zahlenmäßig in der Minderheit. Relativ schnell bildete sich eine Organisationselite heraus, welche die Koordination der Aktionen und die Vermittlung nach Außen übernahm und sich Wissenskompetenzen aneignete: man setzte sich zum Beispiel mit den (kirchen-)rechtlichen Bestimmungen und Gesetzen auseinander, die für eine

36 Vgl. URL: <www.zentralratjuden.de/de/article/1370.html> (29.11.2010) oder <www.wdr.de/themen/kultur/religion/kirchenumbau_bielefeld/070405.jhtml?rubrikenstyle=kultur> (3.7.2009).

37 Vgl. URL: <www.sankt-josef-frintrop.de/Dateien/Bischofsbrief.pdf> (3.7.2012).

38 Vgl. Katrin Bauer, *Gotteshäuser zu verkaufen. Gemeindefusionen, Kirchenschließungen und Kirchenumnutzungen*, (Beiträge zur Volkskultur in Nordwestdeutschland Bd. 117), Münster i. Westf./New York 2011.

befürchtete Auseinandersetzung mit der Institution Kirche relevant erschienen. Die Aktivisten waren größtenteils vorher politisch wenig aktiv und rückten so erstmals in politische Verantwortlichkeiten. Der feste Kern traf sich regelmäßig, manchmal mehrmals in der Woche und über einen langen Zeitraum von über einem Jahr. Hauptbestandteil des Engagements waren die wöchentlichen Treffen der ganzen Gruppe vor der Kirche, bei denen eine Art Mahnwache mit Gebet und Gesang abgehalten wurde, neueste Informationen ausgetauscht und weitergegeben wurden. Ein zentraler Kommunikationsort entstand. Auch hier war die Organisationselite präsent und leitete häufig die Versammlungen.

Sieht man sich die Adressaten der Proteste an, so sind auch diese Mahnwachen an eine abstrakte Öffentlichkeit gerichtet, vor allem dadurch, dass sie im öffentlichen Raum stattfinden. Allerdings ist der Versammlungsort, nämlich der Platz vor der Kirche, kaum dazu geeignet, ein großes Publikum zu erreichen. Er liegt in einem Wohngebiet, und nur wenige zufällige Passanten kommen vorbei. Wenn der performativ und plakativ transportierte Protest aber nicht an die Öffentlichkeit gerichtet ist, so bleibt zu fragen, wer dann der Adressat war.

Die »Montagsgebete« als zentrales Protestelement richteten sich vor allem an die Protestler selbst; sie dienten dazu, die entstandene temporäre Gemeinschaft zu festigen, Rollen einzuüben und sich über das gemeinsame Ziel zu verständigen. Die Aktivisten kannten sich sehr häufig schon vorher durch Partizipation in der kirchlichen Gemeinde. Trotzdem entstanden in und durch die Aktionsgruppen oft neue und vor allem viel engere Beziehungen zwischen den Gemeindemitgliedern. Durch die regelmäßigen Treffen konnte schnell eine vertrauensvolle Basis aufgebaut und die »alte« als »neue« Gemeinschaft stabilisiert werden.

Neben den regelmäßigen Zusammenkünften spielten auch öffentlich wirksame Aktionen eine Rolle. Dabei nutzten sie traditionelle Protestformen, aktivierten die Lokalpresse und Politiker vor Ort, sammelten Unterschriften, schrieben Leserbriefe und versuchten, durch Informationsveranstaltungen die Öffentlichkeit für sich und ihr Anliegen zu gewinnen.

Für die Protestler erfüllen diese Aktionen in zweierlei Hinsicht eine bedeutsame Funktion: Zum einen kann der Protest nur Erfolg haben, wenn er über die lokale Gruppe hinaus mediale Aufmerksamkeit erfährt und die

kirchlichen Entscheidungsträger öffentlichen Druck verspüren.³⁹ Unterschriftensammlungen sollen die breite Basis des Protestes zeigen, prominente Unterstützer, die dem Anliegen zu weiterer medialer Aufmerksamkeit verhelfen und auch in das Innere der Gruppe wirken, werden gesucht. In Gescher konnte zum Beispiel Nina Hagen gewonnen werden. Zudem kann nur durch das öffentliche Auftreten der Gruppe in Konfrontation zu Anderen der Gruppenzusammenhalt weiter gefestigt werden, da ein gruppenspezifisches Gemeinschaftsgefühl in der Auseinandersetzung, kollektiv wie individuell, stärker aufgebaut und wahrgenommen werden kann. Doch in der Gesamtschau wird schnell deutlich, dass vor allem die Montagsgebete das zentrale Element des Protests waren.

Spätestens hier wird die Frage nach der Motivation der Protestler wichtig: Warum engagiert sich ein kirchennahes Klientel mittleren Alters, das bislang kaum politisches Engagement außerhalb der klassischen Zugänge zeigte? Und aus welchen Gründen ist das Thema Kirchenschließung das Feld, in welchem sie ihre bislang geltenden Rollenvorstellungen und ihren Partizipationswillen ändern? Die Kirchenprotestler werden in dem Moment aktiv, in welchem ihre eigene lebensweltliche Sicherheit in Gefahr ist und wegzuweichen droht.⁴⁰ Nicht der Unmut über eine abstrakt wahrnehmbare Entkirchlichung der Gesellschaft oder der gesellschaftlich drohende Verlust von Kirchengebäuden lässt sie handeln, sondern eben erst die Sorge vor dem Zerfall ihrer eigenen räumlichen und sozialen Strukturen. Denn das Kirchengebäude ist für sie viel mehr als nur ein Raum, es ist Symbol ihrer Beheimatung sowohl in örtlicher als auch in sozialer Dimension. Zunächst ist das Gebäude der zentrale Ort ihres Stadtteils, um den herum sich die Wohnbebauung gruppiert. Die Kirche wird tatsächlich als räumlicher Markierungspunkt, als zentraler, räumlicher Mittelpunkt wahrgenommen, der die Stadtsilhouette prägt und dessen Wegfall einfach nicht vorstellbar erscheint. Sie ist gleichzeitig auch Zentrum des Glaubens, der Ort, an dem man spirituelle Erfüllung gefunden hat und der aus religiösen Gründen als sakral und damit unantastbar wahrgenommen wird: Im Kirchenraum wurden die wichtigen lebensprägenden Markierungspunkte – Taufen, Hochzeiten und auch

39 Vgl. etwa Dieter Rucht, Massen mobilisieren, in: APuZ 25–26 (2012), S. 3–9, hier S. 3.

40 Vgl. ebd. S. 6.

Beerdigungen – begangen, der Ort erzählt für jede Einzelne eine ganz persönliche, individuelle (Lebens-)Geschichte. Die protestierenden Gemeindeglieder verlieren mit dem Gebäude ihren biographischen Ankerpunkt und den greifbaren Ort all dieser Erinnerungen, den sie über lange Zeit mitgeprägt, manchmal sogar aufgebaut haben. Hinzu kommt – dies ist für viele wohl der wichtigste Grund ihres Engagements –, dass eben nicht nur das Gebäude zur Disposition steht, sondern mit diesem auch die sozialen Gemeinschaften, die daran gegliedert waren. Wird die Kirche geschlossen, sind auch die gemeindlichen Gruppen gefährdet und müssen mit Nachbargemeinden fusioniert werden. Dies wiegt umso schwerer, da sich gruppenspezifische Rituale, liebgewordene Traditionen und kollektive Handlungs- und Erinnerungsmuster über Jahrzehnte herausgebildet haben und für die Menschen alltagsprägend geworden sind. Auch deshalb engagieren sich vor allem ältere Menschen für den Erhalt, denn für sie ist der drohende Verlust besonders schmerzlich und bitter, da sie beständige Orte und Verankerungen brauchen und nicht selten die Kirchengemeinde alleiniger Anbieter von Gemeinschaftsorientierung ist. So wundert es auch kaum, dass Jugendliche in den Aktionsgruppen kaum präsent sind. Auch wenn die Gemeinden über Jugendgruppen verfügen und immer wieder betont wird, dass gerade diese Gemeinde attraktiv für junge Menschen sei und auch hier ein ausgeprägtes Netzwerk bestünde, so sind junge Menschen nur vereinzelt Träger der Protestkampagnen. Hier verdeutlicht sich die verminderte Relevanz, welche die Kirchengemeinde mit ihren Aktivitäten für diese jüngere Generation offenbar einnimmt.

Die Mitarbeit in den Protestgruppen ist für die Aktiven Teil ihrer personalen Bewältigungsstrategie und hilft ihnen, in der unsicheren Situation, in welcher gewohnte Strukturen, Abläufe und Orte zur Disposition stehen, Beständigkeit und Sicherheit zu gewinnen. Die Protestgruppe stiftet so eine Art Ersatzbefriedigung für den Zusammenhalt, der zuvor in den Kirchengruppen und innerhalb der Gemeinde zu finden war. Auch deshalb sind die Aktionen in ihren Strukturen auf ritualisierte Beständigkeit angelegt, wie etwa das wöchentliche Montagsgebet zeigt, und sind zumindest kurzfristig individuell wichtiger als öffentlichkeitswirksame Aktionen.

Den Aktiven in den Protestgruppen geht es inhaltlich also nicht primär um die Sorge um einen gesellschaftlichen Wandel, der durch die Aufgabe

von Kirchengebäuden zum Ausdruck kommt und durch welchen die Kirche als theologische, wertevermittelnde Instanz an Einfluss verliert, sondern in erster Linie um ein alltägliches Gefühl des Aufgehobenseins, der Beheimatung, zu dem das Kirchengebäude mit seinen angeschlossenen sozialen Gruppen beiträgt. Die Motive für ein Engagement sind bei den Kirchenprotestlern also weniger altruistischer oder inhaltlich-theologischer Natur, sondern eher auf personaler Betroffenheit und damit auch auf egoistischen Motiven begründet.⁴¹ Es wundert kaum, dass die Protestgruppen zwar auch nach dem Scheitern ihres Begehrens – in den seltensten Fällen gelingt eine Revision der Entscheidung – kurzfristig bestehen bleiben und die Aktiven sich weiterhin treffen, dass aber nach einiger Zeit der Zusammenhalt mehr und mehr schwindet und Auflösungstendenzen zu erkennen sind. Fehlt das gemeinsame Ziel und fällt vor allem die unmittelbare personale Notwendigkeit der Gemeinschaft weg, da der Verlust verarbeitet wurde, dann braucht es dieses Kollektiv augenscheinlich nicht mehr.

Vom Flash- zum Smartmob: Facebook, Spaß und verblüffte Passanten

Frankfurt, Karfreitag 2011: Kurz vor 16:00 Uhr füllt sich der Platz am Frankfurter Römer schlagartig mit jungen Leuten. Die Karfreitags-Prozession der kroatischen Gemeinde, die just in diesem Moment den Platz überquert, findet kaum Beachtung und kommt kaum durch die Menge. Dann schlägt es 16:00 Uhr und über 1.000 Jugendliche fangen an zu tanzen. Die Musik, zu der sie tanzen, hören nur sie: über ihre mitgebrachten Kopfhörer, viele denken sich die Töne auch nur. Nach einer Viertelstunde ist alles vorbei, die Masse verteilt sich genauso schnell wieder, wie sie entstanden war. Zurück bleiben wütende Mitglieder der kroatischen Gemeinde, die sich in ihrem Recht auf freie Religionsausübung gestört fühlen, und ein verdutztes zufälliges Publikum von Touristen und Passanten. Die tanzenden Jugendlichen demonstrierten mit diesem sogenannten silent-Smartmob gegen das ganz-

41 Vgl. Dirk Kurbjuweit, Der Wutbürger, in: Der Spiegel 41/2010, S. 26-27, URL: <www.spiegel.de/spiegel/print/d-74184564.html> (2.10.2012).

tägige Tanzverbot, welches an Karfreitag in Hessen gilt. Verglichen mit den Aktionen der Kirchenumnutzungsgegner, die über einen langen Zeitraum, Woche für Woche, mit gleichen Ritualen zusammenkamen und demonstrierten, haben die Smartmobs einen vollkommen anderen Charakter. Sie entstanden aus Flashmobs, jenen kurzfristigen, punktuellen, (nur) scheinbar spontan entstehenden Menschenversammlungen meist Jugendlicher in der Öffentlichkeit. Über Internetforen und die sozialen Netzwerke werden die Teilnehmer, die sich in der Regel nicht persönlich kennen, über Ort, Zeit und Inhalt des Flashmobs informiert. Es geht um eine spektakuläre, auffällige, skurrile Aktion – ein Flashmob soll die Leute verblüffen und erstaunen. Flashmobs sind eigentlich sinnfreie Kurz-Happenings, werden in jüngster Zeit aber vermehrt benutzt, um politische Botschaften zu platzieren.⁴² Diese Smartmobs⁴³, die von Veranstaltern und Medien jedoch oft auch als Flashmobs bezeichnet werden, bilden kurzfristige, temporäre Gemeinschaften. Sie entstehen punktuell, setzen eben nicht auf langfristiges Engagement, sondern sind flüchtig und vor allem projektorientiert. Ein Smartmob ist hinsichtlich seines Inhalts, Ortes und seiner Zusammensetzung einmalig, er wird nicht wiederholt. Falls doch, dann soll er anders, neu und besser erscheinen. Die Gemeinschaft wird erst durch die gemeinsame Aktion gebildet. Anders bei den Montagsbetern, wo eine bereits bestehende Gemeinschaft – hier vor allem die Gemeinschaft der Gemeindemitglieder – das Event⁴⁴ organisiert, konstituiert hier das Event die Gemeinschaft. Der Smartmob bedient sich der virtuellen Vermittlung, wird über die sozialen Netzwerke, über Twitter oder Newsletter transportiert und erreicht auf dem Weg viele unterschiedliche Menschen, die im Prinzip alle partizipieren können. Soziale Mechanismen sind zwar vorhanden, bedingen aber die Vergemeinschaftung nicht mehr unbedingt. Es sind kurzfristige Gesinnungsgemeinschaften, die

42 Vgl. Katrin Bauer, *Jugendkulturelle Szenen als Trendphänomene. Geocaching, Crossgolf, Parkour und Flashmobs in der entgrenzten Gesellschaft*, Münster i. Westf./New York 2010.

43 Zu Smartmobs vgl. auch Howard Rheingold, *Smartmobs. The Next Social Revolution*, Cambridge 2002.

44 Zum Begriff des Events vgl. Winfried Gebhardt/Ronald Hitzler/Michaela Pfadenhauer (Hg.), *Events, Soziologie des Außergewöhnlichen*, Opladen 2000. Zur Abgrenzung der Begriffe Ritual und Event vgl. auch Gunther Hirschfelder, *Mittsommer, Sonnenwende und Johannisfeuer im Rheinland zwischen Tradition und Inszenierung*, in: RWZ 52 (2007), S. 15-32.

kaum über das Event an sich hinaus Bestand haben. Die jeweilige Botschaft der Smartmobs ist stark vereinfacht und plakativ, damit möglichst viele Menschen sich identifizieren und partizipieren können.⁴⁵ Die Teilnehmer brauchen kein explizites Wissen um den Protestinhalt, denn Partizipation ist ohne Vorkenntnisse jederzeit möglich. Im Prinzip kann man morgen in Wien mit dem Bündnis für Menschenrechte & Zivilcourage gegen Diskriminierung & Extremismus mit einem Flashmob-Tänzchen⁴⁶ protestieren, dann mit dem Bündnis gegen Atomkraft für eine Großdemonstration in Dresden mit einem Flashmob werben⁴⁷, mit der evangelischen Jugend den Flashmob am Reformationstag starten, um »Gottes Wort auf neue Weise Flügel zu verleihen«⁴⁸, dann mit Amnesty International »Stillstehen für die Menschenrechte«⁴⁹, mit der Caritas einen Love-Flashmob in Wien veranstalten⁵⁰ und dann vor Adidas- und Nike-Läden zusammen mit Greenpeace mit einem Flashmob gegen den Einsatz problematischer Chemikalien bei der Produktion von Textilien protestieren.⁵¹

Sieht man sich die Organisationseliten der Smartmobs einmal genauer an, so wird schnell deutlich, dass hier meist die etablierten, traditionellen Träger politischer Partizipation als Veranstalter auftreten: Parteien, Gewerkschaften, Nichtregierungsorganisationen und Protestbündnisse, die in ihrem Inneren ganz ähnliche Strukturmechanismen aufweisen wie die eingangs beschriebenen Kirchenprotestler. Es entstehen also durch diese Aktionsformen, anders als es gesellschaftlich häufig wahrgenommen wird, nicht

45 Vgl. Dieter Rucht, Massen mobilisieren, S. 3-9, hier S. 9.

46 Vgl. URL: <dasbuenndnis.twoday.net/stories/flashmob> (1.7.2013).

47 Leipziger Internet Zeitung, Ein Flashmob auf dem Augustusplatz: Bündnis gegen Atomkraft wirbt für Großdemo am Samstag in Dresden, URL: <www.l-iz.de/Politik/Engagement/2011/05/Flashmob-auf-dem-Leipziger-Augustusplatz-wirbt-fuer-Anti-Atom-Grossdemos.html> (2.8.2013).

48 Siehe URL: <www.evangelische-jugend.de/News-Single.44+M5d701a27aec.0.html> (10.12.2012).

49 Amnesty International, Stillstehen für die Menschenrechte, URL: <www.amnesty.de/veranstaltung/aktion/flashmob-stillstehen-fuer-die-menschenrechte> (3.8.2013).

50 Caritas, Caritas veranstaltet Love Flashmob in Wien, URL: <www.open-events.net/98-caritas-veranstaltet-love-flashmob-in-wien> (10.12.2012).

51 Greenpeace, Flashmob Aktion vor mehr als 600 Adidas und Nike Stores, URL: <www.greenpeace.org/austria/de/News/Aktuelle-Meldungen/Umweltgifte-News/Flashmob-Aktion-vor-mehr-als-600-Adidas-und-Nike-Stores> (3.8.2013).

etwa unzählige neue, projektbezogene Aktionsgruppen, vielmehr bedienen sich die schon bestehenden, traditionellen Organisationen neuer Aktionsformen und nutzen – plakativ ausgedrückt – eher Smartmobs als Mahnwachen und Unterschriftenlisten. Doch auch hier muss die Frage gestellt werden, wer der eigentliche Adressat dieser augenscheinlich aufs Publikum ausgerichteten Aktionen ist. Zunächst erhoffen sich die Veranstalter ganz offensichtlich eine größere Breitenwirkung. Sieht man sich die mediale Berichterstattung an, so gelingt dies scheinbar zumindest punktuell, wenn der Smartmob in den regionalen Medien rezipiert wird. Doch wie nachhaltig erfolgreich sind die politischen Parteien, sozialen Bündnisse und Nichtregierungsorganisationen, wenn sie ihre traditionellen Inhalte mit neuen Aktionsformen präsentieren? Reicht es aus, um die Krise der etablierten Institutionen zu überwinden, sich die neuartigen Aktionsformen der Jugendlichen anzueignen und sie von einer performativen Spaßorientierung zu einem politischen Statement umzufunktionieren?

Zu konstatieren ist, dass projektbezogenes Engagement Jugendlichen und ihren Lebenswelten in der mobilen Gesellschaft viel eher entgegenkommt als auf langfristiges Engagement abzielende Aktivitäten. Auch deshalb haben Szenen als informelle, temporäre, thematisch orientierte Gemeinschaften Konjunktur.⁵² Der Smartmob mit seinen inneren Strukturen ermöglicht ein zeitlich kurz angelegtes Mitmachen, ohne weitere soziale oder inhaltliche Verpflichtungen eingehen zu müssen. Doch ist zu fragen, ob für die Teilnehmer tatsächlich auch die politische Botschaft der Aktion im Mittelpunkt steht oder ob nicht vielmehr die Faszination der emotionalen Gemeinschaft auf Zeit, die für wenige Minuten ein starkes Inklusionsgefühl erzeugt, Motor des Engagements ist. Den Organisatoren der Smartmobs gelingt es nur selten, mit ihren Smartmobs nachhaltig Zuspruch zu erhalten und die Teilnehmer auch langfristig an ihre jeweiligen Organisationen zu binden. Oftmals ist es schon schwierig für Smartmobs, Aktivisten zu gewinnen, die über das schon bestehende Netzwerk der Organisatoren hinausgehen und Jugendliche aus anderen lebensweltlichen Kontexten und breiteren sozialen Schichten direkt

52 Vgl. Ronald Hitzler/Anne Honer/Michaela Pfadenhauer, Zur Einleitung. »Ärgerliche« Gesellungsgebilde, in: dies. (Hg.), Posttraditionale Gemeinschaften. Theoretische und ethnografische Erkundungen, Wiesbaden 2008, S. 9-31.

zu aktivieren. Letztlich ist auch diese Form politischer Partizipation nur für diejenigen interessant und wird von jenen genutzt, die ohnehin schon in den als Veranstalter fungierenden Gruppen aktiv sind: Zum Anti-Atom-Flashmob der Jusos und Grünen kommen eben auch fast nur Mitglieder dieser Organisationen – eine überparteiliche Anziehungskraft und die Motivation breiter gesellschaftlicher Schichten wird durch die performativen Inszenierungen kaum erreicht. Versuche, auch die Flashmobscene der sinnfreien Spaßevents für eine politische Botschaft zu aktivieren, muten häufig etwas hilflos an, wie ein Aufruf auf »flashmob twoday«, einem einschlägigen Forum, zeigt. Der damalige Geschäftsführer der Piraten in Baden Württemberg postete in einem einschlägigen Flashmobforum:

»Hallo liebe Flashmobber, mir wurde Eure Gruppe als eine sehr aktive hier im Land empfohlen und ich habe deshalb mal ein paar Fragen an Euch (zu meiner Schande muss ich gestehen, dass ich mich bislang noch nicht groß mit Euch beschäftigt habe, ich hoffe Ihr könnt das verzeihen) –: macht Ihr auch Flashmobs mit polit. Statements? Hier fällt mir eben das Tanzverbot am Karfreitag ein, gegen das man durch »spontanes Tanzen« quasi demonstrieren könnte – falls ja: könnt Ihr Euch auch vorstellen solche Aktionen in einer Kooperationen mit den Piraten zu machen? Ja ich weiß, dass sowas kritisch ist und man da gerne vereinnahmt wird und einem am Ende noch ganz andere Sachen untergeschoben werden, aber ich wollte zumindest mal fragen und versichern, dass ich mir Mühe geben würde, dass genau dies nicht geschieht. Gruß Martin (Lange, politischer Geschäftsführer der Piraten in Ba-Wü).«⁵³ Die Antwort der Flashmobber kam prompt: »Hi Martin, Diese nennt man Smartmob und nein Smartmobs machen wir nicht. [...]«⁵⁴ So können Smartmobs als neues Aktionsinstrument vor allem dazu dienen, der eigenen Klientel ein außergewöhnliches Spaß- und Gemeinschaftsgefühl zu vermitteln und die eigene Gruppenidentität zu stärken.

Auch inhaltlich gelingt es nur selten, ein Thema nachhaltig in der gesellschaftlichen Diskussion zu platzieren. Häufig müssen bei einem politischen Smartmob zusätzlich zum Bühnenhaften Geschehen Flyer und Handzettel verteilt sowie Pressemitteilungen lanciert werden, um dem zufälligen Pub-

53 Vgl. URL:<www.flashmob-karlsruhe.de/forum/viewtopic.php?f=5&t=474> (2.8.2013).

54 Vgl. ebd.

likum die Botschaft zu erklären bzw. überhaupt zu kommunizieren, was hier geschieht. Denn, anders als der originäre Flashmob, will der politische Smartmob zwar auch erschrecken, verwirren und aufrütteln, er möchte dies aber mit einer politischen Botschaft, die sich über das nur wenige Minuten stattfindende Event etablieren und im Bewusstsein der Zuschauer verankern soll. Über einen punktuellen Smartmob gelingt dies nur bedingt. Schwierig wird es vor allem bei Themen, die keinen politischen Konsens haben. Anders als bei den Problemen wie Einhaltung der Menschenrechte, Förderung von Behindertenarbeit oder bei Protesten gegen Rechtsradikalismus, bei denen weite Teile der Gesellschaft übereinstimmen und die als relevanter politischer Gegenstand im Bewusstsein verankert sind, können Themen wie das oben beschriebene Tanzverbot an Karfreitag, das Für und Wider von Ladenöffnungszeiten oder vor allem auch regional verortete Kontroversen kaum über einfache Botschaften und ohne weitergehende Erklärung kommuniziert werden.

Kirchenproteste und Smartmobs – ein Fazit

Während sich die Kirchenprotestler klassischer Instrumente der Protestkultur bedienen und mit Mahnwachen und Unterschriftensammlungen ihre Anliegen kommunizieren, können die Smartmobs als neue Protestform identifiziert werden, der sich vor allem etablierte Organisationen bedienen. Auch in der inneren Sozialstruktur unterscheiden sich beide Protestformen. Die einen sprechen ein älteres Klientel an und binden es durch langfristige, regelmäßige Treffen, die anderen versuchen, durch punktuelle Events den gewandelten Lebenswelten vor allem Jugendlicher entgegen zu kommen. Trotzdem zeigen beide Protestformen, dass es vorrangiges Ziel bleibt, die bereits bestehenden Gemeinschaften zu festigen. Die Organisatoren suchen sich, je nach Mitgliedern, die für sie geeignete Form aus: Die Montagsbeter führen im Prinzip ihre bereits bestehenden Gemeindegruppen weiter, die Jusos schaffen durch den Smartmob gegen Atomkraft eine stärkere Gruppenidentität und können sich durch die vermeintlich innovative Aktionsidee auch von der Mutterpartei und ihren vielleicht eher traditionell ausgerichteten Aktionen abgrenzen. In keinem der Fälle gelingt dabei eine übergrei-

fende Kommunikation, die unterschiedliche soziale und gesellschaftliche Gruppen und Lebenswelten involviert; die jeweiligen Protestgruppen bleiben auch altersmäßig unter sich. Trotzdem können etablierte Institutionen wie Parteien und Gewerkschaften von den untersuchten Vergemeinschaftungen lernen: Wichtig scheint es, Themen zu artikulieren, die in den Lebenswelten der Akteure fest verankert sind. Die Kirchenumnutzungsgegner werden in dem Moment aktiv, in dem eigene Interessen zur Disposition stehen, ganz konkrete Protestziele formulierbar sind und deren Unterstützung einsichtig erscheint. Auch der von verschiedenen Parteien organisierte Karfreitags-Smartmob war nur deshalb so erfolgreich, weil er inhaltlich an die Lebenswelten der Teilnehmer andockte und so über die Parteien hinaus mobilisieren konnte. Ein Engagement nur aufgrund einer vermeintlich innovativen Protestform bleibt dagegen aus. Um der gegenwärtigen Krise der klassischen Instrumente parlamentarischer Teilhabe entgegenzuwirken, reicht es nicht aus, lediglich neue Kommunikationskanäle und performative Strategien der Vermittlung zu suchen. Vielmehr erscheint es notwendig, Themen zu finden und zu besetzen, die die Lebenswelten der Adressaten berühren und dann die Formen des Protestes daran auszurichten. Die neuen sozialen Bewegungen und Protestformen spielen dabei eine wichtige Rolle, auch wenn sie – wie gezeigt wurde – nicht per se funktionieren. Colin Crouchs mit Vorsicht formulierter Einschätzung ist zuzustimmen: »Wir müssen aufmerksam die Möglichkeiten neuer sozialer Bewegungen beobachten; vielleicht verstehen wir diese Bewegungen nicht sofort, doch möglicherweise liegt in ihnen das Potential für eine Vitalisierung der Demokratie.«⁵⁵

55 Crouch, Postdemokratie, S. 155.

Reviving the Dialectics of Insurrection and Constitution – Civil Disobedience in the Current Refugee-Protests in Germany

Provoked by the conditions in the refugee camps at which they had been interned, in 2012 a group of refugees began their protest action that encompassed a march to Berlin, the German capital. In the weeks and months following, a national refugee movement emerged, giving new currency to the issues of racism and deportation practices. In response to a wave of murderous racist violence, which included the August 1992 Rostock-Lichtenhagen pogrom, Germany's immigration laws were tightened in a way that effectively closed the route to legal asylum. The contemporary refugee movement employs collective civil disobedience to challenge these laws. Statutory strictures on asylum-seekers deprive them of recourse to several forms of protest action that, for their German supporters, are an expression of their civic rights. In their campaign, the refugees press for greater freedom to participate and for legal parity with their active counterparts. The refugees' political actions are developments of the tactics employed by the social protest movements, such as »Occupy«, which sprang up across Europe in 2011.

This paper will delineate the refugee movement in Germany (1.) and the background from which it emerges (2.), and seek to classify the refugees' forms in terms of participation, actions and demands (3.). The centrality of civil disobedience will be stressed, while the character of the activism will be examined in the light of the special legal status imposed upon many of the protestors (4.). The concept of civil disobedience informing this review was described by Etienne Balibar and Robin Celikates. While some protest actions are illegal, the protest does not seek the destruction of the democratic rule of law in the Federal Republic of Germany. The fact that legal restrictions are not applied uniformly to all campaign members is an experience of codified inequality. Another aim of this essay is to elucidate the refugees' success in politicizing anew in Germany (5.) the issue of asylum,

which previously had often been treated as a moral question. Finally, the paper will discuss how the struggle of the refugees can contribute to a democratization of democracy (6.).

A brief history of the current refugee movement in Germany

The debut of the modern movement was the occupation of and hunger strike in a public square in Würzburg, Bavaria, in the spring 2012. This was followed by a 600 km march to Berlin. The refugees' progress through Germany spurred interest in and attention on their struggle. The marchers reached Berlin in the autumn and established a camp at the Oranienplatz in Berlin-Kreuzberg. The original group's initiative has inspired action in cities across Germany.¹ The motivation underlying the protests is chiefly the legal situation of asylum seekers in Germany. The process of securing political asylum is largely governed by laws amended in the wake of the »Asylkompromiss« of 1993, but is also informed by EU law. After racist attacks within Germany and programs at Hoyerswerda and Rostock-Lichtenhagen, the route to asylum in Germany has been dramatically circumscribed. Most refugees travel to Germany via a secure third state and they can expect to be deported again on the legal basis of the Dublin II Decrees. Life in the camps in which the refugees are collected when in Germany are, to their inhabitants, comparable to prison. Conditions are degrading²: asylum-seekers whose applications are pending are bound by residence obligation. Upon their arrival, they are placed in central assembly camps, which are often isolated areas. While conditions differ between federal states, an asylum seeker will generally receive food stamps rather than money. In their first year, refugees are denied work permits. Beyond this, the possibilities to work legally are strictly limited. The medical care on offer is of a rudimentary nature. The effect of the life in the general assembly camps and the lack of activities and isolation associated with it can be the development of

1 Protest camps and occupations were also set up in Vienna in Austria.

2 Vgl. Asylstrike Berlin, Call for Refugees Revolution Demo March, 23.3.2013, URL: <<http://asylstrikeberlin.files.wordpress.com/2012/08/23-03-2013-demo-flyer-long-english.pdf>> (Stand 26.5.2014).

psychological disorders, as many of the asylum-seekers have been traumatized by experiences prior to arrival.

Background of the emergence of the new movement

There are three aspects which will be examined with regard to the refugee movement. While not directly responsible for the emergence of the campaign, they may have influenced its development and the discussion

- a) The first aspect is that the new social movements that arose in 2011 added new (or, depending on the perspective, old) elements to the repertoire of protest-movements. One of the most important renewals was camping in the public space as a form of protest. In Würzburg, where the refugees made their debut as a politically-active group, the local Occupy group supported the refugee's first hunger strike.³
- b) The second aspect also feeding into the situation, were the wars in Libya and in Syria and the consequent flights of people from both countries to the EU and Germany. Some of the protesting refugees, for example the group »Lampedusa in Hamburg« came from Libya.
- c) And a third aspect was the disclosure of the neo-Nazi terror group National Socialist Underground (NSU) in November 2011, the revelation of its responsibility for the killing of nine shop owners during the preceding decade. Knowledge of the NSU sparked a debate in Germany about the assumptions as to the reasons of these murders. One contention was that Germany had misconstrued the causes because of its racism. The public, even those at the political left, had been all too willing to accept the police account of killings connected to organized crime within migrant communities, in spite of the communities themselves portraying the murders as racist.⁴ The emergence of the refugee-protests was independent from these discussions within the German public. But the discussions

3 Vgl. Würzburger Flüchtlinge, Solidaritätserklärung von Occupy Hamburg, 2012, URL: <<http://gustreik.blogspot.eu/allgemein/solidaritaetserklaerung-von-occupy-hamburg/>> (Stand 26.5.2014).

4 Vgl. Antifaschistisches Infoblatt, Nur zehn Tote mehr?, Ausgabe 94 (2012), URL: <<https://www.antifainfoblatt.de/artikel/nur-zehn-tote-mehr/>> (Stand 26.5.2014).

and media attention for the NSU led to a new presence of the topic of racism and therefore – even to a far lesser extent – also for racism in its structural forms, which affect the lives of the now protesting asylum-seekers in Germany. The media coverage and the discussion it provoked gave new life to the issue of racism, prompting some examination of institutional bias afflicting the lives of the protesting refugees.

Positioning of the protests in relation to other forms of political participation

For the purpose of this essay, political participation is defined as actions and behaviors of citizens, groups and institutions which encourage, initiate, moderate and/or influence processes in society or by which they reflect on existing structures and decisions.⁵ The refugee actions can be viewed as unconventional forms of participation. De Nève and Olteanu consider political action »unconventional« in cases I. where old conventional forms of participation are revived, II. when forms of participation which are assumed to be private become politicized and III. when new conventions or new forms of protests are invented.⁶ Within the history of Germany's anti-racism movement, the protest camps may not appear as new means of expression, though they do exhibit new elements. The »No border« camps, for example, have been deliberately finite. Previously, the »Karawane«, another anti-racism organization, organized marches through Germany to transgress the residence laws.⁷ Nevertheless, among the refugees, one may see the walk to Berlin and the occupation of the Oranienplatz and other sites as amounting collectively to a new culture of activism and a resort to the unconventional among people who find conventional avenues such as voting and party or union membership or petitioning closed to them. They are unconventional, because a practice like pitching up tents on a camping ground is clearly a

5 Vgl. Dorothee de Nève/Tina Olteanu, Politische Partizipation jenseits der Konvention, Opladen 2013, S. 14.

6 Vgl. ebd., S. 17.

7 Vgl. Karawane für die Rechte der Flüchtlinge und MigrantInnen, Positionspapier, 2006, URL: <http://thecaravan.org/files/caravan/Positionspapier_Karawane_de.pdf> (Stand 26.5.2014).

private practice, yet the emergence of a tent-city on an urban public space can have a political meaning. Camping before the Brandenburg Gate, is an unconventional act that lends the space a political dimension. The creation of a camp in Berlin served to give the refugees visibility in Germany's political center, where the laws can be altered.

Significance of the movement

»We will stay in the streets. We will continue to resist. We will not be silenced until our demands are met!«⁸ Following the evictions of a camp of hunger striking refugees at the Rindermarkt Square in Munich, a number of politicians called for the revision of the enforcement of the immigration laws in Bavaria. The residence obligation, it was suggested, could be less rigorously enforced or even abolished. Others argued for a strict policy within Bavaria, contending that politicians should not be blackmailed into changing laws. This debate evinced the challenge the refugees had presented to politicians. Success for a movement ought not to be judged solely on political acceptance or rejection of stated demands: in this case; broad right to asylum, freedom of movement and of residence. Nor should the length of time a camp survives be the chief criterion for success.

Anna Feigenbaum, Fabian Frenzel and Patrick McCurdy have in their book on protest camps delineated a number of fallacies and pathologies of protest camps. In their view, protest camps may draw attention to issues such as homelessness, lack of land rights, failures in public education, and lack of land for congregation, while also exposing activists' failure to prevent or address sexual and racist violence within the camps.⁹The latter was described by journalist Laurie Penny in an account of a three month visit to Occupy London into the life of the camp: »Three months on, this is what the Occupy movement looks like: a network of mutual support for the lost and destitute,

8 Asylstrike Berlin 2013.

9 Vgl. Anna Feigenbaum/Fabian Frenzel/Patrick McCurdy, *Protest Camps*, London 2013, S. 216.

with anti-capitalist overtones.«¹⁰ When breaking up the Occupy Frankfurt camp, local authorities sought to justify their actions by reference to various problems.¹¹ A number of internecine problems were also reported at the Oranienplatz camp and an occupied school building in Berlin's Kreuzberg district.¹² More positively, Feigenbaum, Frenzel and McCurdy state that while many protest camps might »fail« to accomplish a specific campaign goal, they often succeed in myriad other ways. »They instill experiences of autonomy and social care among their participants, activate politics and foster skills, knowledge and tactics that can spill over and inform other struggles and projects.«¹³ With the refugees, the rise of a collective and active body is itself an achievement outside the sating of the movements demands. The birth of the refugee movement also has importance for native anti-racism campaigners, helping perhaps to mitigate the risk of a paternalistic acting on their behalf. Failure within anti-racist movements to recognize differences between members may allow these differences to exist as fault lines, potential sources of schism. For that reason, the protest movement not only made attempts to take the existence of fundamental differences in rights and abilities into account, but also tried to overcome its divisiveness without denying these differences.

We have broken this law, and we will keep on breaking it! – Civil disobedience and democratization

It could be argued that the current protests are both significant and interesting because of the protesters' resort to civil disobedience. According to Sidney Tarrow, contentious collective action is fundamental to all social

10 Laurie Penny, The Occupy movement: three months on, 2012, URL: <<http://www.newstatesman.com/blogs/laurie-penny/2012/01/occupy-movement-london>> (Stand 26.5.2014).

11 Vgl. Felix Helbig/Georg Leppert/Hanning Voigts, Occupy Frankfurt Räumung: Occupy-Camp muss bis Ende Juli weichen, 2012, URL: <<http://www.fr-online.de/blockupy-frankfurt/occupy-frankfurt-raeumung-occupy-camp-muss-bis-ende-juli-weichen,15402798,16669442.html>> (Stand 26.5.2014).

12 Vgl. Nina Apin, Sammelpunkt der Armut, 2014, URL: <<http://taz.de/Reportage/!132094/>> (Stand 26.5.2014).

13 Anna Feigenbaum/Fabian Frenzel/Patrick McCurdy, Protest Camps, London 2013.

movements. »Collective action becomes contentious when it is used by people who lack regular access to representative institutions, who act in the name of new or unaccepted claims, and who behave in ways that fundamentally challenge others or authorities.«¹⁴ The denial of free asylum leaves refugees without the rights that German people view as standard. The refugees consider themselves interned and that they live as prisoners:« The lager system is a prison system which we are resisting with our protest on the streets! Lagers are often located in the middle of nowhere. No one sees us, we cannot see anyone. No one hears us, we cannot hear anyone. No one talks to us, we cannot talk to anyone! We are invisible. The German authorities intentionally isolate us from society!«¹⁵ In marching to Berlin, the refugees violated the German immigration and asylum laws, including the residence rule. They claim: »We, as the striking refugees, do not accept Residenzpflicht! We have broken this law, and we will keep on breaking it!«¹⁶ These transgressions are motivated by the desire to see the law changed. The refugees assume the rights of German citizens to elucidate the fact that these rights are withheld from them. The illegality illustrates inequality. Etienne Balibar, charting the struggle of the Sans Papiers confederation of immigrants to France that was born in the 1990s, wrote that the state viewed the campaign as disruption for the purpose of blackmail. There is a clear parallel between the attitudes taken by France and Germany. But for Balibar, actions like these by Sans Papiers are vital to the development of engaged citizenship. Without such intervention, citizenry is abstract or alien for living society.¹⁷ According to him, the Sans Papiers and their French supporters revived interest in civil disobedience and, to some extent, in the democratization of borders. He argues that this democratization of borders, which are essential for the existence of states but at the same time deeply anti-democratic, could only be achieved through a mutuality of organizing the

14 Sidney Tarrow, *Power in Movements – Social Movements and Contentious Politics*, Cambridge 2011, S. 11.

15 *Asylstrike Berlin* 2013.

16 *Ebd.*

17 Etienne Balibar, *Sind wir Bürger Europas? Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen*, Hamburg 2003, S. 97.

transgression and securing of the borders.¹⁸ Without civil disobedience, citizenship would be conferred and would serve as an indicator of subjection to the state. Balibar believes that acts of collaborative civil disobedience contain conflicts between two ideas of citizenship. In one, he describes authoritarianism as abstract. It might be intended as promoting change in society, but the article of faith is that »the law is the law«. The other sees Balibar's attempt to lend body to ideas of rights, accountability and political activism. For the author, developments of the concept of citizenship, a process through which the precision of the term is perpetually refined, are always wrought through struggle. It was necessary in the past to both agitate on behalf of the disenfranchised and to force open the gates of the polity. This polity required continuous redefinition through a dialectic of conflict and solidarity.¹⁹

The contemporary refugee campaign in Germany and its employment of civil disobedience should be understood, as Robin Celikates has written, in a radical democratic sense. The refugees use of this tactic is an expression of constitutive power intended to challenge the constituted force of the state. According to Celikates, Germany's constitution recognizes the tension between constituent and constituted power, where the former is subsumed by the latter. The consequence is that the rule of law is prioritized over democracy.²⁰

The question for the protesting refugees is whether or not it is possible to strike a new balance between the two types of power. Considering Balibar's notion of active citizenship, a perceptual change of this effect would lead to the refugees' protests being viewed as contribution to the democratization of democracy, rather than as threats, disruption and blackmail. In this environment, the state may demonstrate its democratic credentials by its response to challenge. Celikates argues that democratization of borders and

18 Ebd., S. 98.

19 Vgl. ebd., S. 99.

20 Vgl. Robin Celikates, *Ziviler Ungehorsam und radikale Demokratie*, in: Thomas Bedorf/Kurt Röttgers (Hg.), *Das Politische und die Politik*, Frankfurt a. M. 2010, S. 292; Etienne Balibar, *Gleichfreiheit – Politische Essays*, Frankfurt a. M. 2012, S. 101.

of citizenship are part of the struggle to reinvigorate democracy.²¹ He points out that borders are constructed institutions and are thus capable of being configured along lines that are either more or less expressive of democratic principles, to give their »users« a greater or lesser chance to contribute. Celikates cites freedom of movement rules and statutory provision for dual citizenship as examples. To Celikates, borders are anti-democratic if the individual has no right to challenge their design or question how they are regulated and administered. Democratization of democracy must, therefore, encompass both democratization of borders and of citizenship. To Celikates, this entails bridging the gap between those who are bound by the laws governing a particular territory and that section of the local populace which is entitled to claim political rights.²²

It should be emphasized that the term »civil« in »civil disobedience« in Celikates reading of Balibar involves »civic« rather than »polite«. Furthermore the term is not applied to a singular action motivated, but rather to collective initiatives. Following Balibar, civil disobedience as an essentially non-institutional form of protest is intended to define what it means to be a citizen rather than a subject.²³ Civil disobedience aims for a redefinition of what it means to be citizen and not just subject of the state. It emerges when a group of individuals concludes that governance is in conflict with the communal understanding of citizenship.²⁴ Among the refugees in Germany, the issue they must confront is the fact that they are not citizens and are in the majority of instances at various stages of claiming asylum.

Drawing on Hannah Arendt's concept of the refugee, Julia Schulze Wesel discusses refugees in Germany in the context of externalization – the fact that refugees mostly come from outside the EU. The gap between the jurisdiction of the European democracies and the refugees has become increasingly wider. Departing from Arendt, one must write not of deprivation of

21 Vgl. Robin Celikates, *Demokratisierung der Demokratie – Etienne Balibar über die Dialektik von konstituierender und konstituierter Macht*, in: Ulrich Bröckling/Robert Feustel (Hg.), *Das Politische denken – Zeitgenössische Positionen*, Bielefeld 2010, S. 70.

22 Vgl. ebd., S. 70.

23 Vgl. ebd., S. 73.

24 Vgl. ebd., S. 73.

rights, but of their withholding.²⁵ The significance of the refugee movement and its choice of civil disobedience is that the collective behavior of its members owned all rights which are accorded to citizens of Germany. By doing so, the refugees highlight the situation in which Germany's law has placed them. Control without the possibility of influence creates a problem of legitimacy for the constitutional democracy.

This problem is – due to the little public attention refugees in Germany receive – usually not present in the public conscience. The refugees challenge these conditions by questioning the legal inequality, while demonstrating that other modes of institutionalizing rights and statuses are possible. It could therefore be said that the current refugee protests in Germany represent one of the frontlines of the struggle for democratization in a crisis-ridden Europe. The refugee protesters not only criticize the condition of being non-citizens while claiming asylum (legally stipulated, for instance, by the German social welfare law for asylum seekers); in their disobedience, they act as the engaged citizens the law denies them to be.

This transgression challenges the relationship between the citizen and state and calls for a new conception of this relationship. The significance lies in the political virtue in Balibar's sense. That is, the right to political participation as opposed to a state in which citizens are merely subjects to the state. This, in turn, means that there is more at stake for the whole society than just a new assignment of the status of refugees in Germany. Through the refugee movement the question of what citizenship should involve has gained both new virulence and public attention.

Being seen and heard – Lampedusa in Hamburg

In a similar vein, albeit more pragmatic, Mark Classen, a member of the Social Democratic Party (SPD) in Hamburg-Altona, commented on the situation of a group of protesting refugees, calling themselves »Lampedusa in

25 Vgl. Julia Schulze Wessel, Hannah Arendt: All exclusive – Theorie des staatenlosen Flüchtlings, in: *Hinterland* #20 2012, S. 58, URL: <<http://www.hinterland-magazin.de/pdf/20-54.pdf>> (Stand 28.5.2014).

Hamburg.«²⁶ This group gained broad support by the general public and is one of the most prominent examples for the current refugee movements in Germany.

Classen wrote in a post on his website that our society accepts illegal immigrants as long as they resign into being wage slaves without rights. The state, as Classen claims, tolerates their existence as long as they remain invisible. But currently, they organize themselves and demand rights that are not codified by the immigrant laws, but are related to the basic rights in our constitution, for example, the right to human dignity.

Classen's position is interesting because it offers a different perspective on the protesting asylum-seekers than that held by Hamburg's SPD-governed Senate. He puts into question whether Hamburg's citizens should accept that illegal immigrants only live in Hamburg because they denunciate their rights and exist in a state of precariousness. He calls for a political debate about the realization and the financing of the integration of refugees into our society. To him, this is a pressing task for politicians that may also shape the character of democracy. It is at the core of any democratic system to give every member of society a voice. Classen's argument shares some common ground with Balibar's notion of the »dialectics of insurrection and constitution«, which characterizes democracy. By democratizing the border between citizens and non-citizens, a more egalitarian system could be established. Without such a development, the aim of freedom for everyone will never be achieved.

26 Vgl. Mark Classen, Ein Gedanke zu den »Lampedusa«-Flüchtlingen in Altona, 2013, URL: <<http://www.mark-classen.de/6.html>> (Stand 28.5.2014).

»Man könnte sich maßlos uffregen über den Scheißstaat hier« – Das Zoon politikon als Homo maledicens

Am 13.09.2004 demonstrierten am späten Nachmittag ungefähr 300 Menschen auf dem Marktplatz von Elsterwerda gegen die sogenannten Hartz-IV-Reformen¹. Diese Protestveranstaltung nutzte ich zur ethnologischen Feldforschung² im Rahmen einer umfassenderen Untersuchung der Kultur des Unmuts im Elbe-Elster-Kreis im Süden Brandenburgs.³ Ziel der ethnographischen Erhebung war die Darstellung der Welt der Südbrandenburger aus der Negativperspektive. Zum einen wurden Überlegungen zur »Kultur des Unmuts« als theoretischer Zugang für vergleichende Forschungen angestellt. Zum anderen sollte von den Bewohnern des Elbe-Elster-Kreises erzählt

-
- 1 Anm. d. A.: Der Begriff »Homo maledicens« wurde von Manfred Faust übernommen, der davon ausgeht, dass bereits der Mensch der Vorzeit ein schimpfender Mensch war. Faust untersucht, wie der »[...] homo maledicens die Metapher in den Dienst seines Affektes stellt, [...]«, hierzu Manfred Faust, Metaphorische Schimpfwörter, in: Indogermanische Forschungen. Zeitschrift für Indogermanistik und allgemeine Sprachwissenschaft 74 (1970), S. 54-125, hier: S. 125.
 - 2 Unmut und Schimpfen im Rahmen einer ethnologischen Forschung festzuhalten verlangt nach einigen methodischen Strategien, da in der Regel das Schimpfen eingestellt wird, wenn man das Forschungsinteresse daran bekundet. Im alltäglichen Umgang auftretend wurde der Unmut meist im Gedächtnisprotokoll festgehalten. Die Hartz-IV-Demonstration erlaubte auch den Einsatz eines Aufnahmeegerätes, weil die Teilnehmer darauf eingestellt waren, nach ihrer Meinung gefragt zu werden, wobei ich mich nach ihren Zukunftsvorstellungen erkundigte. In einigen Fällen wurde das Tonband angeschaltet und die auf diese Weise beim Schimpfen Beobachteten im Anschluss gefragt, ob man die Aufnahme verwenden dürfe. Das war allerdings nur in Fällen großer Vertrautheit und in einem von Humor geprägten Miteinander möglich. In einigen Fällen wurden auch Interviews geführt und Aufnahmen angefertigt. Dabei handelte es sich vor allem um Expertengespräche zu regionalen Themen.
 - 3 Das Ergebnis der Untersuchung, die insgesamt im Zeitraum von 2002 bis 2007 stattfand, wurde 2009 als Dissertation an der Universität Jena eingereicht. Vgl. Juliane Stückrad, Ich schimpfe nicht, ich sage nur die Wahrheit. Eine Ethnographie des Unmuts am Beispiel der Bewohner des Elbe-Elster-Kreises/Brandenburg, Kiel 2010.

werden. Dabei werden diese nicht als homogene Gruppe wahrgenommen, sondern als Akteure innerhalb einer vom Dissens geprägten Kultur beschrieben.

Der Beitrag reiht sich insofern in diesen um Colin Crouchs These von der Postdemokratie gruppierten Band ein, als er aus ethnologischer Perspektive einen Ausschnitt authentischer Redebeiträge jenes Teils der bundesrepublikanischen Bevölkerung präsentiert, der sich in besonderem Maße von politischer Partizipation ausgeschlossen fühlt. Die Fokussierung auf Protestdemonstranten im südlichen Brandenburg ermöglicht dabei sowohl eine regionale Konkretion der von Crouch bewusst sehr weitgefassten – im Prinzip auf alle westlichen Demokratien bezogenen Diagnose – als auch eine Ergänzung im Detail. Denn es wird sich zeigen, dass das postdemokratische Bewusstsein des Nicht-Partizipierenkönnens sich nicht nur bei Menschen artikuliert, die eine demokratische »Blütezeit« ihres Staates erlebt haben und nun den Verfall demokratischer Kultur beklagen, sondern auch bei Menschen, die gar nicht in einem demokratischen Staat sozialisiert worden sind. Für sie stellt sich die Postdemokratie in einer Variation dar, die sich von dem autoritären Staat, den sie kannten, nicht dadurch unterscheidet, dass sie selbst keinen Einfluss auf politische Entscheidungen haben. In dieser Hinsicht besteht für die Brandenburger, die hier zur Sprache kommen, zwischen dem politischen System der Bundesrepublik und dem der DDR eine Kontinuität: Die Macht haben die anderen. Der Unterschied zwischen der ostdeutschen Nicht-Demokratie und der bundesdeutschen Postdemokratie besteht für sie darin, dass es in der DDR nicht völlig einerlei war, was sie zu sagen hatten, es konnte gravierende persönliche Folgen haben. Unter den Bedingungen der Postdemokratie ist es eher die absolute Folgenlosigkeit ihrer politischen Äußerungen, die ihren Unmut anstachelt.

Unmut ist ein negativ empfundener Gemütszustand, der in verschiedenen Gefühlslagen – von depressiven Verstimmungen bis zügelloser Wut – auftreten kann.⁴ Unmut wird für uns erst in seiner Artikulation erfassbar, daher standen die sprachlichen Mittel im Blickpunkt meiner Arbeit. Schimpfen wird

4 Die Bedeutung des Begriffes Unmut wird heute meist bezüglich einer Verärgerung verwendet, kann sprachgeschichtlich aber auf vielfältigere Anwendungsformen zurückgeführt werden. Diese ergeben sich aus den drei Möglichkeiten der Bedeutungsänderung des Grundwortes Mut bezüglich des Präfixes Un-: (1) Verneinung von Mut im Sinne von Verzagttheit, Schwäche,

als Überbegriff für die vielen verbalen Möglichkeiten verwendet, seinem Unmut Ausdruck zu verleihen. Es werden diesbezüglich alle pejorativen Beschreibungen der Eigenschaften oder Handlungen anderer und der wahrgenommenen Welt als Schimpfen definiert. Schimpfen erfolgt aber nicht ausschließlich aus einer aggressiven Motivation heraus, sondern dient auch dem Spaß und der Etablierung eines positiven Selbstbildes und einer gemeinsamen Identität der Schimpfenden.⁵ Die Kultur des Unmuts entwickelt sich im Spannungsfeld der Erwartungen, die an die Umwelt gestellt werden und den Erfahrungen, die diesen nicht entsprechen. Die Kultur des Unmuts steht damit im engen Zusammenhang mit der Kultur des Wünschens. Die Kultur des Unmuts ist bestimmend für die Wahl der Mittel, die man nutzt, um Zerrissenheit und daraus resultierende Unzufriedenheit darzustellen. Die Artikulation des Unmuts offenbart uns eine Welt, die durch Mangel bestimmt ist. Das Abwesende erlangt in seiner Benennung Wirkkraft auf das Seiende.⁶

In der Negativperspektive sind Rudimente nicht mehr aktueller Träume und Keime neuer und alter Ideen vom ordentlichen Zusammenleben der Menschen enthalten. Im Unmut äußert man Gedanken zu dem, was man

Betrübtheit, Lustlosigkeit, (2) als Verstärkung im Sinne von Zorn oder (3) als Abweichung im Sinne von Zwietracht. Vgl. hierzu Jacob und Wilhelm Grimm, Deutsches Wörterbuch. Nachdruck der Ausgabe Leipzig 1936, Bd. 24, München 1991, S. 1198-1201, hier: S. 1198-1199.

- 5 Bereits die Etymologie des Wortes schimpfen verweist auf die spaßbringenden Aspekte. Es leitet sich vom mittelhochdeutschen schimpf ab, das ursprünglich im Sinne von Scherz, fröhlicher Munterkeit und Kurzweil Anwendung fand. Häufig wurde Schimpf mit seinem Gegenteil, dem Ernst in Verbindung genannt. Im Zusammenhang mit Hohn und Spott verwies man auf die Kehrseite von Kurzweil und Spaß zu Lasten eines Anderen. Damit wurde die einstige, auf Heiterkeit abzielende Bedeutung verdrängt, sodass man Schimpf als Ehrverletzung, Schande und Schelte auffasste. Das dazugehörige Verb schimpfen erfuhr ebenfalls eine Bedeutungsänderung vom Scherzen, über das Kämpfen und Verspotten zum Verletzen, Beleidigen und Schelten. Noch im 18. Jh. konnte man auf die Antonymie »Mit Schimpf und Ernst« stoßen, ebenso traf man in dieser Zeit aber auch schon auf die alliterierende Verbindung »Mit Schimpf und Schande«. Hierzu Jacob und Wilhelm Grimm, Deutsches Wörterbuch. Nachdruck der Ausgabe Leipzig 1936, Bd. 24, München 1991, S. 15; Jacob und Wilhelm Grimm, Deutsches Wörterbuch. Nachdruck der Ausgabe Leipzig 1899, Bd. 15, München 1991, S. 166-181, hier S. 166; Friedrich Kluge, Etymologisches Wörterbuch der deutschen Sprache, Berlin/New York 2002, S. 804.
- 6 Inspiriert wurden diese Gedanken von Hegels Begriff des »inhaltigen Nichts« als die »Abwesenheit des Sein«. Bann entwarf daraufhin seine Überlegungen zur »formfordernden Gewalt des Nichts« (Ludger Lüdkehaus, Nichts. Frankfurt a. M. 2005, S. 657, 665).

unter einem richtigen Leben in »schöner Ordnung« versteht. Unmut auszusprechen heißt, sein Missfallen über Chaos und Unordnung nach außen zu tragen, und ist als Versuch der Rückkehr zur Normalität der Ordnung zu begreifen. »Der Traum von der schönen und richtigen Ordnung als der vom goldenen Zeitalter begleitet die Menschen.«⁷

Absicht der Forschung zum Unmut im Elbe-Elster-Kreis war es nicht, quantitative Aussagen zum Schimpfen unter Ostdeutschen oder speziell unter Brandenburgern zu treffen. Es ging um die qualitative Erforschung des Unmuts, der als eine Form des Zugangs zur Wahrnehmung der problematischen Anteile der Lebenswelt angesehen wird. Ein Großteil unseres Alltagswissens besteht nach Berger und Luckmann aus »Rezeptwissen«, das uns hilft, mit erlernten Routinen zu reagieren. Die Zerstörung der »Routinewirklichkeit« führt zu Verunsicherung⁸ und erzeugt Unmut. Die schimpfenden Südbrandenburger selbst verwiesen immer wieder auf die Entwertung ihres Alltagswissens im Zuge der Transformationsprozesse seit der Wiedervereinigung Deutschlands. Diesbezüglicher Unmut sagt daher etwas über den Grad an Ratlosigkeit angesichts der fehlenden Orientierung aus, des Weiteren beinhaltet er gleichzeitig das Bemühen, neues »Rezeptwissen« zu produzieren. Schimpfen über die politischen Vorgaben und Zumutungen ist in Anlehnung an Bourdieu als Ausdruck des »alltäglichen Leidens an der Gesellschaft« aufzufassen.⁹ Der allgegenwärtige Unmut nach dem Systemwechsel seit 1989 kann auch als Beleg für die Feststellung Marcuses gelesen werden: »Die Illusionen einer Zeit sind nie so sichtbar wie ihre Desillusionen.«¹⁰

Die Forschung lehrt, dass das Verstehen von Unmut nicht zwangsläufig auch sein Verständnis einschließt. Im Unmut kann eine Welt konstruiert werden, die erschüttert, und teilweise werden Problemlösungen angeboten,

7 Christel Köhle-Hezinger »Das Schöne in der Ordnung« oder: Neue Ordnung, Neue Fragen?, in: Silke Göttsch/Christel Köhle-Hezinger (Hg.), *Komplexe Welt. Kulturelle Ordnungssysteme als Orientierung*, Münster i. Westf./New York/München/Berlin 2003, S. 65-79, hier: S. 66, 78.

8 Vgl. Peter Berger/Thomas Luckmann, *Die gesellschaftliche Konstruktion der Wirklichkeit*, Frankfurt a. M. 2003, S. 27, 44-45.

9 Vgl. Pierre Bourdieu, *Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft*, Konstanz 1997.

10 Herbert Marcuse, *Unverlorene Illusion. Pessimismus – ein Stadium der Reife*, München 1953, S. 8.

die durchaus erschreckend sind. In diesem Beitrag steht der Unmut bezüglich des Staates im Mittelpunkt.¹¹ Der Staat wird zum »Wutobjekt«.¹² Exemplarisch werden Meinungen, die während der Hartz-IV-Demonstration geäußert wurden, dargelegt. Auf einer Demonstration wird der alltäglich zermürbende Unmut im ritualisierten Rahmen gebündelt und ein schimpfspezifischer Interaktionskontext geschaffen. Ich wurde Zeugin eines verbalen »Rundumschlages« dreier arbeitsloser Männer, Anfang 50, von dem hier Ausschnitte zitiert sind:

Herr A.: Was wolln se denn hören? Dass Deutschland en korrupter Staat is!

J. S.: Wie fühlen sie sich in diesem System, an den Rand gestellt oder [...].

Herr A.: Überflüssig, überflüssig.

Herr B.: Das ganze System is überflüssig.

Herr A.: Alle 8 Millionen Arbeitslosen ... Der Staat is doch korrupt bis zum Geht-nicht- mehr ... ich würd mal oben mit Korruption anfangen. [...]

Herr B.: Wir ham hier 'n SPD-Politiker, Beamter im Ruhestand, noch keene 50 Jahre. Der kriegt Beamtenpension, hat nie eingezahlt, na da hammer vielleicht schon mal die Ursachen.

Herr A.: Das ganze System hier, das is doch keene Demokratie, das is doch ne Scheindemokratie. Warum gibt's keine Volksentscheide, das is doch das A und O bei 'er Demokratie.

J. S.: mmh

Herr A.: Wir brauchen 'ne neue Ordnung in dem Staat, die müssen alle weg dort oben, wir brauchen wirklich eine neue Ordnung. [...]

11 Weitere Themenschwerpunkte in der Dissertation waren »Unmut und Region«, »Unmut und Fremdheit«, »Unmut und Arbeit« sowie »Unmut und Familie«. Diese Themen verweisen vor allem auf die von der Transformation besonders beeinflussten Lebensbereiche, über die auch in der Öffentlichkeit vernehmbar geschimpft werden kann. Zum Unmut angesichts der regionalen Identitätsbildung siehe auch: Juliane Stückrad, Region als Streitfall – Unmut im Süden Brandenburgs, in: Anita Bagus (Hg.), Erfahrung kultureller Räume im Wandel. Transformationsprozesse in ostdeutschen und osteuropäischen Regionen. SFB 580 Mitteilungen 42, Jena 2012, S. 88-98.

12 Helena Flam, Soziologie der Emotion. Eine Einführung, Stuttgart 2002, S. 263.

- Herr A.:** Und da sag ich, jeden sag ich, die sollen wählen gehen, damit das Gesindel endlich mal wekommt. Aber die Leute begreifen das nicht oder sin se wirklich so dumm.
- Herr C.:** Und die CDU hat doch bloß Schwein, dass die SPD die Wahlen gewonnen hat. Dass se wieder jemand ham zum vorschieben.
- Herr A.** [sehr aufgeregt] Genau! Die sin nämlich die wahren Schuldigen an der ganzen Misere. Weil die... Vor 14 Jahren hätten se die ganze Arbeitsmarktreform durchführen müssen. So, die ham ja nüscht gemacht und dafür sin se gewählt worden.
- Herr C.:** Das einzige was se gemacht ham, die Betriebe platt.
- Herr A.:** Genau, platt, alles platt gemacht und abgesahnt. [...] Man könnte sich maßlos auffregen über den Scheißstaat hier. [...]
- Herr A.:** Warum ham wir denn 1990 nicht neue Gesetze geschaffen. Völlig neue Gesetze hätte es geben müssen hier. Die alten von was weeß ich '45 hätten se abschaffen müssen, 'ne völlig neue Republik hätte entstehen müssen, völligen Neuanfang machen müssen, und nicht anders. [...]
- Herr A.:** Das ganze gescheiterte System vom Westen ham se hier übergestülpt. [...]
- Herr B.:** Es is doch eigentlich nicht besser, es is doch alles schlechter geworden.
- Herr A.:** Und das is bloß der Anfang. Das wird noch alles schlechter.
- Herr C.:** Für 'ne kleene Schicht is es besser geworden. Für den Werner, für den Werner der kriegt jetzt een Schweinegeld, da weeßte doch wo 's herkommt. [...]
- J. S.:** Wer ist das denn, Werner?
- Herr B.:** Von der CDU.
- J. S.:** Achso!
- Herr A.:** Der Hartz der heckt son Mist aus, der verdient 2,5 Millionen im Jahr.
- Herr B.:** Aber kommt in seiner VW-Bude auch nich klar. [...]
- Herr C.:** Die sin selber dran Schuld, dass so eene gereizte Stimmung is.
- J. S.:** mmh
- Herr A.:** [wütend] Die solln mal herkommen, die trauen sich doch gar nicht raus.

- Herr C.: Nur ich sach, nach gereizt kommt Gewalt, was! Das is ja der nächste Schritt. ()
- Herr A.: Müssen wir das tun.
- Herr B.: Genau! [...]
- Herr A.: Die een Euro-Jobs die sollten se bei den Politiker anwenden.
- Herr C.: Ach das hat doch alles keen ... Die Autoufffahrten, die sollten se blockieren ...¹³

Die Männer befinden sich in einem Konflikt mit dem System, der sich aus Arbeitslosigkeit, schlechten Chancen auf eine zufriedenstellende Arbeitsstelle und der damit verbundenen finanziellen Unsicherheit ergibt. Das Schimpfen wird eingesetzt, um den Konflikt, in den man mit dem System geraten ist, zu verbalisieren. Die Männer sind wütend, wütend auf Politiker, die in ihren Augen dumm¹⁴, faul, gierig und kriminell sind und aufgrund dieser Laster das persönliche Elend der drei Männer im Besonderen und die Ungerechtigkeiten in Deutschland im Allgemeinen verantworten. Platz für positive Bewertungen ist in dieser Beurteilung nicht. Begonnen werden die Ausführungen mit Behauptungen, Deutschland sei durch und durch korrupt. Ich versuche, die Fragestellung zu konkretisieren, möchte etwas von der Selbstpositionierung erfahren und biete mit meiner Vorgabe »am Rand« eine Antwort an. Doch man fühlt sich nicht an den Rand der Gesellschaft gedrängt, sondern gänzlich überflüssig.¹⁵ Wenn man sich überflüssig fühlt, sieht man

13 Transkription einer Tonbandaufnahme v. 13.9.2004.

14 Die beklagte Dummheit und Verdorbenheit der Politiker bot bereits zu DDR-Zeiten reichlich Stoff für Witze. Zwar war man untergeordnet, fühlte sich den Politikern aber intellektuell und moralisch weit überlegen. Die Beurteilung der Politiker unterscheidet sich in den von mir zwischen 2003 und 2007 gesammelten Schimpfereien kaum von der zu DDR-Zeiten.

15 Bemerkenswert ist hier das unterschwellig angesprochene Gesellschaftsmodell, welches die Bevölkerung gut utilitaristisch in nützliche und überflüssige oder überzählige Mitglieder einteilt. Beim alternativen konzentrischen Modell kennt man eine sichere Mitte und einen unsicheren Rand, an den man sich gedrängt fühlt und hinter dem der Absturz droht. In ostdeutschen Bundesländern findet sich häufig das geschichtete Modell des Oben und Unten. Viele erkennen sich in der Rolle des »kleinen Mannes« und sehen sich dabei »großen«, mächtigeren Handlungsträgern ausgeliefert. Bittner versteht die Selbsteinordnung als »Kleiner Mann« auch als Ausdruck einer »paternalistischen Disposition«, die den Ruf nach »oben« beinhaltet. Sie wurde zum *common sense* im Sinne Geertz', der, als »gesunder Menschenverstand« beschrieben, dazu angelegt ist, Alltagsproblemen zu begegnen. Vgl.

sich in der Gemeinschaft schon nicht mehr am Rand oder unten, sondern bereits außerhalb. Von dieser außenstehenden Position wird Deutschland mit Ablehnung beobachtet und beschimpft. Da man sich als überflüssig empfindet, ist gleichzeitig das ganze System überflüssig. Alles, was geschieht, ist zu verurteilen. Erst wenn das Land, welches einen ausschloss, in Grund und Boden geschimpft wurde, kann man besser damit leben, nicht mehr dazu zu gehören. Von einer Identifikation mit dem gesellschaftlichen System ist man sehr weit entfernt, vielmehr wird es als nicht zum Eigenen gehörig und als lediglich übergestülpt beschrieben.

Nur wenigen ist es nach Ansicht der Schimpfenden gelungen, hier erfolgreich Fuß zu fassen, dann freilich auf Kosten der Gemeinschaft. Ein SPD-Politiker ist Beamter im Ruhestand und bekommt Pension. Werner, ein Landtagsabgeordneter der CDU, wird als dickgefressen und ahnungslos beschrieben. Der schimpfende Arbeitslose vergleicht sich mit diesen Männern, die so viel besser gestellt sind als er, der sich mit Arbeitslosengeld zufrieden geben muss. Neid schürt die Wut somit zusätzlich. Neckel sieht die Ursache für Neid im Mangel an »Leistungsgerechtigkeit«, was bedeutet, dass die Gründe des materiellen Neides auf die gesellschaftlichen Verhältnisse zurückzuführen sind. Dabei bestimmen heute weniger Ausbeutungsverhältnisse die soziale Ungerechtigkeit als die Frage, ob jemand an diesen Verhältnissen noch teilhat oder ob er der »Klasse der Entbehrlichen« angehört.

Regina Bittner, *Kolonien des Eigensinns. Ethnographie einer ostdeutschen Industrieregion*, Frankfurt a. M./New York 1998, S. 130 und »Die Welt eindeutig zu machen«, Clifford Geertz, *Dichte Beschreibung. Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme*, Frankfurt a. M. 1987, S. 267. »Für die Verlierer wird das Weltbild des ›Kleinen Mannes‹ der schon immer ›von Staat und Politik betrogen wurde‹, zur Krücke, um sich in der veränderten Situation zurechtzufinden.« Vgl. Regina Bittner, *Kleine Leute, Bastler, Pfadfinder – Transformationsfiguren*, in: *Berliner Debatte Initial 2* (1999), S. 18-28, hier: S. 22. Auch Schmidt und Schönberger trafen in ihrer ethnologischen Untersuchung in ostdeutschen Unternehmen auf den »kleinen Mann«, der »nie gefragt« und »immer verarscht« wird. Die Vertreter dieses Selbstverständnisses identifizieren die Autoren als die »bevormundete Seite« eines »paternalistischen Beziehungsmusters«. Diese Art der »fatalistischen Denkroutine« hat ihren Ursprung allerdings nicht erst in der DDR, wurde hier aber »als Unterschichtsmuster« konserviert. Hierzu Werner Schmidt/Klaus Schönberger (Hg.), *Jeder hat mit sich selbst zu tun. Arbeit, Freizeit und politische Orientierung in Ostdeutschland*, Konstanz 1999, S. 58.

Gruppen mit »Gefühlen des Mangels und des Wenigerseins« werden zurückgelassen.¹⁶ Es sind die, die von sich sagen, sie fühlen sich überflüssig.

Aus dem Gefühl, entbehrlich zu sein, resultiert die Wut der Männer, die sich gegen jene richtet, die wichtige politische Positionen inne haben, sich nicht überflüssig zu fühlen scheinen, obwohl gerade sie es in den Augen der Schimpfenden sind. Ihnen wünscht man das Schicksal, einen »1-Euro-Job« annehmen und für politische Fehlentscheidungen haften zu müssen. Ob man nun die Zahl der acht Millionen Arbeitslosen nimmt, von denen die Schimpfenden ausgehen oder Fälle von großen Firmenpleiten – beides dient als Beleg für die Verdorbenheit des Systems. Es ist so verdorben wie seine Repräsentanten. Peter Hartz, nach dem die neuen Gesetze zur Arbeitslosenhilfe benannt wurden, wird das Vertrauen entzogen, da er in seiner »eigenen VW-Bude« nicht klar kommt. Um die Einstellung zu Politikern zu bekunden, beschreiben die Demonstranten sie als Gesindel und Idioten, die »da oben« weg müssten. Man gesteht ihnen keine Volksnähe zu, sondern sieht sie von Ferne gegen das Volk arbeiten. »Die solln mal herkommen, die trauen sich doch gar nicht raus.«

Während des weiteren Verlaufs der Demonstration gegen die Hartz-IV-Gesetze konnten Zwischenrufe als Reaktion auf eine Rede aufgezeichnet werden.

Die Einwürfe aus der Menge waren laut und aggressiv. Durch das verbale Brechen der Tabus zivilisierten Umgangs offenbarten die Zwischenrufer ihre Gewaltbereitschaft und verwiesen auf die in ihnen schlummernden Kräfte. Sie wollen einschüchtern, indem sie laut aussprechen, wozu die aufgebrachte Masse fähig ist.

Bürger U: Wie '89, wo sind denn die Bürgerrechtler, die ham doch versagt.

Bürger V: Jawoll, weg mit die Hunde.

Bürger W: Wir wolln Arbeit ham!

Rednerin: Das is ja das Problem! Das is ja das Problem!

Bürger K: Das sind alle Verbrecher. Alle wegnehmen.

Bürgerin P: Alle aufgehäng!

16 Vgl. Sieghart Neckel, Blanker Neid, blinde Wut? Sozialstruktur und kollektive Gefühle, Leviathan 2 (1999), S. 145-165, hier: 153, 161.

Bürger U: Und dann soll die Bundesregierung rausgehen und arbeiten, das Gesindel, was isn das überhaupt noch. Das sind ja wie Sklavenhaltertum is das. [...]

Bürger U: Auf die Schnauze!

Bürger V: So korrupt das System.

Rednerin: Schröder hat gesagt, keinem soll es schlechter gehn.

Bürger V: Hat Kohl auch schon gesagt, raus die Hunde! Verbrecher müssen verschwinden. Das is Kapitalismus, pure Ausbeutung. Die Bonzen sollen zu Fuß gehen und dann mit der Peitsche jagen, das Gesindel, die Lumpenhunde. [...]

Bürger W: Die Politiker müssen weg. Seit 14 Jahren versagen die. Da waren die Raubritter humaner.¹⁷

Verbalen Aggressionen wird hier ungehindert freier Lauf gelassen. Bürger U entsinnt sich der Proteste von 1989, um gleich die Schuldigen an den unerfreulichen Folgen auszumachen, die Bürgerrechtler, die sich in seinen Augen rarmachen. Dagegen gibt ein anderer zu erkennen, dass diese wohl nun an der Macht wären und bezeichnet sie als Hunde, die weg müssten. Zu verstehen wäre dieser Ruf aber auch als späte Rache an denen, die mit der 1989er Revolution die soziale Sicherheit, an die man sich so gerne bezüglich der DDR entsinnt, verspielten. Der darauf folgende Zwischenruf »Wir wolln Arbeit ham!« verweist auf die negativen Folgen der Wiedervereinigung, welche nun nicht mehr mit dem Gewinn von Freiheit, sondern vielmehr mit dem Verlust von Arbeit in Verbindung gebracht wird und der Identifikation mit dem neuen System auf Dauer im Wege stehen wird. Eine weitere denkbare Ursache für die geringe Akzeptanz des neuen Systems ist in der geringen Beteiligung der Bevölkerung des ehemaligen Bezirkes Cottbus, zu dem auch der Süden des heutigen Brandenburgs gehört, an der Revolution von 1989 zu suchen.¹⁸ Die Identifikation mit der erfolgreichen Revolution bildet damit für viele als Initialerlebnis und als Zugang zum neuen System der Bundesrepublik keine Option.

17 Mitschrift und Transkription v. 13.9.2004.

18 Vgl. Peter Ulrich Weiß, Bürgerbewegung und Provinz. Eigenheiten der »Wende« und des Neuen Forums im Bezirk Cottbus 1989/1990, in: Deutschland Archiv. Zeitschrift für das vereinte Deutschland 2 (2002), S. 220-230.

Es wird gefordert: Alle Verbrecher »wegnehmen« oder sogar aufhängen. Die Demütigung der Arbeitslosigkeit soll durch den Tod der Verantwortlichen gesühnt werden. Was da auf einer legalen Demonstration geäußert wurde, zeigt die Gewalt in den Köpfen der Menschen, die sich betrogen und gedemütigt fühlen. Verbal wird gelyncht, gejagt und zusammengeschlagen. Es sind die Mittel der Machtlosen. Da sie keine Möglichkeit sehen, sich in diesem fremden System auf politisch legalem Wege zu artikulieren, trachten sie den Verantwortlichen in Gedanken schon mal nach dem Leben. Es wird versucht die fehlende Handlungsfähigkeit durch Forderungen nach Veränderung durch Gewalt zu kompensieren.

In einem weiteren Zwischenruf wird Arbeit als Strafe für die Bundestagsabgeordneten gefordert, von denen, die keine Arbeit haben. Das mag paradox erscheinen, doch sind es lediglich die alten revolutionären Bilder der Umkehrung der Verhältnisse, die hier reproduziert werden. Es wird die vermeintliche Faulheit der Abgeordneten umschrieben, die sich auf Kosten der Bevölkerung bereichern. Ein Demonstrant scheut in der Beurteilung der Lage nicht den Vergleich zum »Sklavenhaltertum«, wobei dem vermutlich die Empörung über »1-Euro-Jobs« zugrunde liegt. Sogar Raubritter schneiden in ihrer Beurteilung besser ab als Politiker. Um den Mangel an Gerechtigkeit auszugleichen, werden Szenarien entwickelt, in denen die als Verbrecher, Hunde und Bonzen beschimpften Politiker zu Fuß gehen und mit Peitschen gejagt werden. Es sind wieder Bilder der Umkehrung der wahrgenommenen Verhältnisse, ein Mensch, der sich innerhalb des Systems als Sklave empfindet und für einen Euro arbeiten muss, findet Genugtuung in der Vorstellung, dass er mit dem Symbol der Sklavenhalter, der Peitsche, eben diese Unterdrücker abstrafen kann. Gewaltvorstellungen beflügeln das Schimpfen und geben der Wut über die aussichtslose Situation den nötigen Ausdruck. Bourdieu deutet die Brutalität der Worte als Spiegelung der gesellschaftlichen, insbesondere der politischen und ökonomischen Brutalität, der die an der Gesellschaft leidenden Menschen ausgesetzt sind.¹⁹ Gefühle der Angst werden hier verbal zur Explosion gebracht.

19 Vgl. Pierre Bourdieu, Das Elend der Welt. Zeugnisse und Diagnosen alltäglichen Leidens an der Gesellschaft, Konstanz 1997, S. 496.

Allerdings trugen die »Hartz-IV-Demonstrationen« die Hoffnungen der Wirkkraft nur in sich, ohne sie einzulösen. Der kurzzeitig gebündelte Unmut zerstreute sich wieder im Alltag der Einzelnen. Der Unmut hatte nicht die Kraft, sich in Visionen zu kehren, die in der Lage waren, Menschen zahlreicher und wirkungsvoller anzuziehen. Ein Grund für das Scheitern der Hartz-IV-Proteste kann darin gesucht werden, dass viele Menschen zwar dasselbe Schicksal teilen, es aber »keine einheitliche Erklärung für ihr Leiden gibt.«²⁰ Die hoffnungsvoll begonnene Protestbewegung erwies sich als zu kraftlos, wodurch die eigene Machtlosigkeit noch spürbarer wurde. Die Hoffnung, mit den Massenprotesten der Überflüssigen die Geschichte, und sei es nur die eines Teiles der Sozialgesetzgebung Deutschlands, zu beeinflussen, erlebte während der »Hartz-IV-Demonstrationen« einen Rückschlag. Beck macht die »Verschärfung und Individualisierung sozialer Ungleichheiten« dafür verantwortlich, dass sich kein Klassenbewusstsein entwickeln konnte.²¹ Der Zorn fand weder eine Sammelstelle noch eine Perspektive. Die Umwandlung von Zorn in Stolz und Hoffnung ist nicht glückt.²²

Aus den Beobachtungen des Scheiterns der im Elbe-Elster-Kreis stattfindenden öffentlichen Hartz-IV-Proteste könnte man den Schluss ziehen, dass politische Akteure dem Unmut der Menschen keine allzu große Aufmerksamkeit zu schenken bräuchten. Die Brandenburger Schimpfreden sind sachlich ungerechtfertigt, formal jeder argumentativen Logik entbehrend und überdies ohne jeden politischen Effekt. Sie können folglich ohne Beeinträchtigung des politischen Tagesgeschäfts übergangen werden. Doch so einfach ist es nicht. Gegen diese vorschnelle politische Pragmatik spricht vor allem, dass die Folgen einer umfassenden Ignoranz solcher aggressionsgeladenen Schimpfreden gar nicht absehbar sind. Was passiert mit einem Unmut, der zwar geäußert, aber scheinbar nicht mehr gehört bzw. ernst genommen wird?

An diesem Punkt soll daran erinnert werden, dass die DDR-Bürger von Kindesbeinen an gewohnt waren, dass Worte der Kritik an einem System

20 Bernd Jürgen Warneken, *Die Ethnographie populärer Kulturen. Eine Einführung*, Wien/Köln/Weimar 2006, S. 328.

21 Vgl. Ulrich Beck, *Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne*, Frankfurt a. M. 2003, S. 117.

22 Vgl. Peter Sloterdijk, *Zorn und Zeit*, Frankfurt a. M. 2006, S. 315, 318.

von unglaublichem Gewicht waren. Man konnte sich mit der »falschen« Bemerkung an der »falschen« Stelle seine gesamte Biographie verbauen. Aber man wurde gehört. Von der Bundesrepublik übernommen, mussten die Menschen erkennen, dass, von einigen Tabus abgesehen, Gesellschaftskritik zum großen Teil der Beliebigkeit zum Opfer fällt. Lepenies beschreibt den Begriff der Beliebigkeit als »eine Art der Weltbetrachtung [...], in welcher die Weltinhalte eigentlich gleichgültig, d. h. in ihrem Wertanspruch *gleich gültig* geworden sind [...].« In einer Welt der Beliebigkeit erscheinen alle Dinge austauschbar. Das Fehlen von Präferenzen erschwert es, Entscheidungen zu treffen. Die Beliebigkeit stellt den einen Endpunkt eines Kontinuums dar, welches auf der anderen Seite von der Verbindlichkeit begrenzt wird. Lepenies versteht unter der Verbindlichkeit eine »Weltansicht, für welche die Weltinhalte nicht gleich gültig, sondern einem Dominanzaspekt unterworfen sind.« Dinge, die für den Menschen nicht von Belang sind, werden für ihn durch eine Ordnung ausgeblendet. Der Entscheidungsprozess wird ihm abgenommen. Sicherlich war in diesem Sinne die DDR ein »System der Verbindlichkeit«, welches die Welt der DDR-Bürger in Bahnen lenkte und kein »Überraschungsfeld« frei ließ.²³

Auf den Unmut übertragen bedeutet dies, dass in einer Welt, in der die kritische Haltung allgegenwärtig und daher scheinbar beliebig geworden ist, niemand mehr zwischen wichtigen und unwichtigen Inhalten zu unterscheiden weiß und Unmut in Gleichgültigkeit untergeht. Es gilt, dem feinen Gespür der Menschen, die in der DDR aufwuchsen, für die Beliebigkeit und die Verbindlichkeit sowie die Ohnmacht und die Macht der Worte und die Inhalte zwischen den Zeilen wesentlich mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Es handelt sich um kommunikative Fähigkeiten, die zu wertvoll sind, als dass man sie ignorieren sollte. Von diesem Wissen können Impulse ausgehen, die Blockaden in der Kommunikation zwischen »Ost« und »West« auf dem Weg zu einer neuen gesellschaftlichen Vision lösen könnten. Sloterdijk formuliert einen wahrhaft ethnologischen Anspruch an die Vielfalt der menschlichen Kommunikationskulturen, wenn er in »der globalisierten Situation«, die »keine Politik des Leidenausgleichs im Großen mehr möglich« macht, fordert: »Wem daran liegt, die mögliche Universalität demokratischer Politik-

23 Vgl. Wolf Lepenies, *Melancholie und Gesellschaft*, Frankfurt a. M. 1998, S. 175-178.

und Lebensformen zu behaupten, sollte die Beratungskulturen, die Diskussionspraktiken und die Kritiktraditionen ›der anderen‹ als regionale Demokratiequellen in Betracht ziehen.«²⁴ Der Unmut der einstigen DDR-Bürger und im speziellen der Elbe-Elster-Kreis-Bewohner mit ihren Erfahrungen eines Lebens in der ländlichen Peripherie wird in diesem Sinne in der vorliegenden Forschung ernst genommen. Die Menschen offenbaren in ihren Pejorationen eine Entfremdung mit der Zeit, in der sie leben und die sie nicht mehr als die eigene betrachten, weil sie nur wenige Gestaltungsmöglichkeiten für sich erkennen. Schimpfen verweist auf eine Identitätskrise und wird gleichzeitig eingesetzt um dieser entgegenzutreten. Negative Emotionen gegenüber dem Staat, Angst vor dem sozialen Abstieg und der Gefährdung von Leib und Leben bringen den schimpfenden Staatsbürger hervor. Es ist klar, dass durch die Brille des Unmuts Deutschland in keinem guten Lichte erscheint. Der hier vorgetragene Unmut unterstellt dem Staat Schwäche infolge gravierender Dummheit und Gier seiner Vertreter. So mancher fügt sich als »kleiner Mann« murrend, schimpfend oder zeternd in die Opferrolle und bestätigt damit letztlich die kritisierten Herrschaftsstrukturen. Aber im Unmut ist auch immer eine unausgesprochene Erwartung, eine Utopie, enthalten. Die in den Unmutsäußerungen namhaft gemachten Defizite verweisen immer auf ihr scheinbar verlorenes (oder nie realisiertes) Gegenteil.

Neben dieser positiven Lesart des Unmuts können die negativen Implikationen nicht außer Acht gelassen werden. Denn der Unmut gibt auch den Blick auf die düsteren Seiten des menschlichen Zusammenlebens frei. Das aggressive Potential, welches ungehörter und unterdrückter Unmut in sich birgt, darf nicht vernachlässigt werden. Zur alltäglichen Routine geworden, ist der Unmut der Menschen kaum noch fass- und regulierbar. Der Unmut, der aus Gefühlen der Handlungsunfähigkeit heraus erwächst und nach dem befreienden Schlag trachtet, stellt eine stetige Gefahr dar.

Daher sollte es das Ziel sein, Unmut in Bahnen zu lenken, die kontrollierbar bleiben. Der bewusstere Umgang mit der Kultur des Unmuts mit ihren positiven und negativen Potentialen wird erleichtert, wenn man dem Unmut einen eigenen, bedeutsamen Raum und eine eigene Zeit innerhalb demo-

24 Peter Sloterdijk, Zorn und Zeit, S. 345.

kratischer Normen zugesteht und den »Brauch des Schimpfens«²⁵ mit neuer Lebendigkeit füllt, indem man Worten ein größeres Maß an Verbindlichkeit zugesteht. Weder das Extrem der Beliebigkeit dürfe mit einem »Zuviel an Entscheidungsdruck verunsichert«, noch ein »Sich-Entscheiden« unmöglich sein; eine Balance zwischen diesen beiden Extremen der »Weltansicht« erscheint erforderlich.²⁶

Es wurde in Jahren der Erforschung von Unmut und Unmutsäußerungen deutlich, dass der »schimpfende Südbrandenburger« alles andere als unpolitisch ist. Er nimmt sich sehr deutlich in seiner Abhängigkeit vom politischen System war. Dass dennoch viele als politisch inaktiv gelten, zeugt von der Entfremdung zwischen den Institutionen und vielen Bürgern der neuen Bundesländer, weshalb es sich auch in politischen Kontexten empfiehlt, die Frage der Philosophin Rahel Jaeggi aufzugreifen, wie Institutionen beschaffen sein sollten, »damit sie es den in ihnen lebenden Individuen ermöglichen, sich als (Co-) Autoren zu verstehen und sich – als Handelnde – mit ihnen zu identifizieren«?²⁷

Unmut – wirkt er auch noch so paradox auf den Adressaten – nicht von vornherein abzulehnen, sondern sich die Mühe zu machen, das dahinterstehende Leiden und die Erwartungen an die Welt zu erspüren und ein Verstehen anzustreben, ist ein erster Schritt, der »Politikverdrossenheit« entgegenzuwirken, der »Postdemokratie« etwas entgegenzusetzen. Solange der vom Unmut Getriebene öffentlich schimpft, besteht die Möglichkeit, auf ihn zu reagieren.

25 Ruth-Elisabeth Mohrmann, *Volksleben in Wilster im 16. und 17. Jahrhundert*, Neumünster 1977, S. 228.

26 Vgl. Lepenies 1998, S. 178.

27 Rahel Jaeggi, *Entfremdung. Zur Aktualität eines philosophischen Problems*, Frankfurt a. M. 2005, S. 25.

Der politische Mensch zwischen traditionellen und innovativen Ansätzen politischen Handelns

Anna-Lena Wilde-Krell

Parteiliches Engagement bei der Piraten- partei – Eine neue Form der Partizipation?

Wie wäre es um einen Staat bestellt, in dem nur noch die formalen Bedingungen einer Demokratie wie freie Wahlen bestünden, die Demokratie selbst aber nicht mehr gelebt würde? Ein Staat, in dem hochprofessionalisierte PR-Agenturen bestimmten, welche Themen in Wahlkämpfen behandelt werden, und die Bürger nicht mehr in die Politikformulierung und -ausgestaltung miteinbezogen wären, sondern ihre Bedürfnisse allenfalls indirekt in den Umfragebögen von Meinungsforschungsinstituten Berücksichtigung fänden? Ein Staat, in dem die eigentliche Politik nur noch von einem kleinen Zirkel von Spitzenfunktionären einer Partei oder Parteienkoalition in Hinterzimmern gemacht würde, die sich, anstatt den Belangen der Bürgerinnen und Bürger Aufmerksamkeit zu schenken, nicht einmal mehr für die Meinungen des eigenen Parteivolks interessieren, sondern sich ausschließlich an den Expertisen einflussreicher Interessenvertretern der Wirtschaft orientieren? Ein solches Szenario skizziert Colin Crouch in seinem Essay mit dem kritischen Titel »Postdemokratie«.¹

1 Vgl. Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt a. M. 2008, S. 10.

Im folgenden Beitrag sollen Crouchs Diagnosen zu den Verfallserscheinungen demokratischer Partizipation zunächst noch etwas eingehender beschrieben werden, vor allem im Hinblick auf die von ihm konstatierten strukturellen Veränderungen, die sich im Stadium der Postdemokratie in den etablierten Parteien abzeichnen. Danach folgt eine Vorstellung der Piratenpartei, die in mancherlei Hinsicht kontrastiv zu den sogenannten Altparteien agiert, um zum Schluss eine Verortung dieser neuen Partei im postdemokratischen Szenario vorzunehmen.

Crouch beschreibt den idealtypischen Aufbau einer demokratischen Partei mittels des Modells konzentrischer Kreise. Den äußeren, größten Kreis bilden die Sympathisanten und Stammwähler einer Partei. Dieser Kreis birgt einen kleineren Kreis, der die Menge der Parteimitglieder umfasst, dieser wiederum einen kleineren, der die aktiven Parteimitglieder umfasst, dieser wieder einen kleineren, der die Mandatsträger umfasst, et cetera. Im Zentrum dieser konzentrischen Kreise befindet sich dann der engste Zirkel der Spitzenfunktionäre einer Partei. Das Modell suggeriere also, so Crouch, dass die Parteiführung aus »den Reihen der Aktivisten, die sich aus den Parteimitgliedern rekrutieren« stamme, »die wiederum ein Teil der Wählerschaft sind und daher die Sorgen und Interessen jener sozialen Gruppe widerspiegeln, für die sich die Partei vor allem einsetzen möchte.«² Ein Kennzeichen der Postdemokratie sei es nun, dass dieses idealtypische Modell konzentrischer Kreise durch eine Ellipse gestört werde, die den engsten Zirkel von außen umfasse. Diese Ellipse enthalte kaum noch einfache Parteimitglieder, sondern vor allem Berater und Lobbyisten, die sich weder aus der Partei noch aus deren Anhängerschaft rekrutierten.³ Dadurch verändert sich naturgemäß das Verhältnis der Parteiführung zu den anderen Parteikreisen: Die unteren Parteiebenen verlieren an Bedeutung, was in seiner Konsequenz die Entfremdung der Parteielite sowohl von den Stammwählern als auch von der Parteibasis implizieren kann. Nicht zuletzt führt es auch zu einer Wertminderung von Parteimitgliedschaft, da Parteimitglieder nicht länger den Kurs der Partei bestimmen, Inhalte setzen und das wichtigste Sprachrohr zwischen Partei und Bevölkerung darstellen.

2 Ebd., S. 91.

3 Vgl. ebd., S. 93.

Sind die beiden Modelle – das idealtypische Modell der konzentrischen Kreise und das postdemokratische Modell der Ellipse – auf die deutsche Parteienlandschaft anwendbar?

Die Parteien in Deutschland verstehen sich als Mitgliederparteien. Sie sind in der Regel auf allen gebietskörperschaftlichen Ebenen der Bundesrepublik mit Gliederungen vertreten. Aus dem Kreis der Mitglieder werden die Amts- und Mandatsträger rekrutiert, und die Mitglieder auf Ortsebene sind nach wie vor ein wichtiges Standbein im Wahlkampf und in der Kommunalpolitik. Der Aufbau der Parteien sowie der Willensbildungsprozess verlaufen *formal* von unten nach oben. Insoweit scheinen sich die etablierten Parteien im Modell der konzentrischen Kreise zu bewegen. *De facto* aber nähern sich die Parteistrukturen dem postdemokratischen Modell an. Die Parteiführung lässt sich im Wahlkampf von außen durch PR-Agenturen und Spin-Doctors beraten⁴, und Entscheidungen werden im Tagesgeschäft zu meist top-down getroffen. Zwar kann hinsichtlich der deutschen Wahlkämpfe der letzten Jahre noch nicht davon gesprochen werden, dass sie vollständig an professionelle Werbeunternehmen delegiert worden wären, doch die Orientierung am US-amerikanischen Vorbild ist deutlich.⁵ Was ist die Folge davon, wenn die innerparteiliche Partizipation in zunehmendem Maße eingeschränkt wird? Was passiert, wenn den unteren und mittleren Parteebenen Mitwirkungsmöglichkeiten genommen werden – zumal die Variationen der innerparteilichen Partizipationsformen und die realen Mitwirkungsmöglichkeiten ohnehin begrenzt sind? Eine erste und einfache Antwort kann lauten: Eine Parteimitgliedschaft wird immer uninteressanter für die Bürger. Was dies in der Konsequenz heißt, hat sich in den letzten Jahrzehnten gezeigt. Die meisten Parteien beklagen sinkende Mitgliederzahlen. Die Mitgliederverluste durch Tod oder Austritt können nicht mehr durch Neumitglieder kompensiert werden. Dazu kommt, dass es sich bei einem Groß-

4 Vgl. Sidney Gennies/Katrin Schulze, Wahlkampf der Werber: Wie private Agenturen die Parteien beraten, 15.6.2013, URL: <www.tagesspiegel.de/wirtschaft/wahlkampf-der-werber-wie-private-agenturen-die-parteien-beraten/8356192.html> (Stand 29.6.2013); Oskar Niedermayer, Der Wahlkampf zur Bundestagswahl 2005. Arbeitspapiere des Otto-Stammer-Zentrums, Nr. 8., Berlin 2006. URL: <www.polsoz.fu-berlin.de/polwiss/forschung/systeme/empoz/schriften/Arbeitshefte/ahosz8.pdf> (Stand 29.6.2013).

5 Vgl. Niedermayer, Der Wahlkampf.

teil der Deutschen mit Parteibuch um passive Mitglieder handelt. Wie die letzte große Parteimitgliederstudie aus dem Jahr 2009 zeigt, verhält sich fast die Hälfte der Parteimitglieder passiv und beteiligt sich kaum bis gar nicht an Parteiaktivitäten.⁶ Obwohl den Parteien demnach de facto nur die Hälfte ihrer Mitglieder zur aktiven Mitgestaltung zur Verfügung steht, beziehen sie diese nicht mit ein. Im Gegenteil, Beteiligungsmöglichkeiten werden immer seltener. Auch wenn es in letzter Zeit, etwa durch die Mitgliederbefragung bei Bündnis 90/Die Grünen hinsichtlich des Spitzenduos, auch wieder Tendenzen gibt, die eigenen Mitglieder stärker basisdemokratisch einzubeziehen, lässt sich ein großer Einfluss auf die Parteien durch Agenturen, Spin-Doctors und Co. nicht bestreiten.⁷

Wie verhält sich dies bei der Piratenpartei?⁸ Hat sie neue Formen der innerparteilichen Partizipation für sich entdeckt, mit denen sie postdemokratische Tendenzen abwehren kann? Bei der 2006 in Deutschland gegründeten Piratenpartei handelt es sich um ein relativ neues Phänomen im deutschen Parteiensystem. Insbesondere in ihren Anfängen wurde ihr Neuartigkeit und Innovationsfreudigkeit zugutegehalten, doch schon bald machte sie aufgrund parteiinterner Streitigkeiten von sich Rede.⁹ Bei allen positiven wie negativen Nachrichten über die Partei zeigt sich nach wie vor, dass der Piratenpartei etwas gelingt, das vielen anderen deutschen Parteien im Jahr 2012 nicht gelingt – die Mobilisierung junger Menschen.¹⁰ Seit ihrer Gründung versucht die Piratenpartei, parteipolitisches Engagement anders als die etablierten Parteien auszugestalten und eine breitere Basis aktiv einzubinden. Zwar hat sie auch klassische Parteistrukturen wie einen Bundesverband, Landesverbände und örtliche Strukturen, die »Crews« und »Stammtische« heißen (und nicht etwa »Ortsvereine«). Anders als bei etablierten Parteien sind hier der Parteivorstand und die Amts- und Mandats-

6 Vgl. Tim Spier, Wie aktiv sind die Mitglieder der Parteien?, in: Ulrich von Alemann/Markus Klein/Tim Spier et al., Parteimitglieder in Deutschland, Wiesbaden 2011, S. 118.

7 Siehe dazu auch Gennies/Schulze, 2013.

8 Der Artikel bezieht sich auf die Piratenpartei im Jahr 2012.

9 Vgl. Annett Meiritz/Fabian Reinbold, Krisenparteitag. Letzte Chance für die Piraten, 10.5.2013, URL: <www.spiegel.de/politik/deutschland/piraten-muessen-auf-parteitag-in-neumarktentscheidungen-treffen-a-898594.html> (Stand 29.6.2013).

10 Der Altersschnitt der Mitglieder der Piratenpartei liegt im Jahr 2013 bei 38,9 Jahren, vgl. URL: <wiki.piratenpartei.de/Datei:Altersstruktur_07052013.png> (Stand 29.6.2013).

träger jedoch relativ machtlos. Immer wieder ließen führende Parteiakteure verlauten, dass zu aktuellen politischen Geschehnissen keine Stellungnahme gegeben werden kann, da es dazu noch keinen Parteitagbeschluss gebe. Top-down-Entscheidungen und allzu machtbewusste Politiker sind in der Piratenpartei eher verpönt. Das Prinzip der Basisdemokratie soll nicht untergraben werden. Schon bei der Gründung zeigte sich, dass die Partei auch neuere Formen der Teilhabe anbietet. Bevor die Partei in Berlin vor Ort von 52 Mitgliedern gegründet wurde fand eine Onlinegründung statt. Diese Vorgehensweise der Verknüpfung von Online- und Offline-Angeboten nutzt die Partei auf vielen Ebenen. Was die Partei auch nach außen bekannt gemacht hat, waren in den Anfängen weniger politische Sachthemen als vielmehr der sie von den etablierten politischen Parteien absetzende Anspruch auf umfassende Partizipationsmöglichkeiten und transparente Entscheidungsstrukturen. Für ihre Mitglieder war die Freiheit im Internet, die sie zusehends durch Eingriffe des Staates und die Interessen monopolistischer Wirtschaftskonzerne bedroht sahen, das Leitthema. Insbesondere die Diskussion über Internetsperren für kinderpornographische Inhalte im Netz – besser bekannt unter dem Kampagnenbegriff »Zensursula« – machte die damals noch recht unbekannte Partei 2009 schlagartig zum Medienphänomen. Mittlerweile haben sich die Piraten thematisch von einer Single-issue-Partei weg entwickelt. Diese Entwicklung – und damit auch die Öffnung für breitere Wählerschichten – war allerdings kein Alleingang der damaligen Parteiführung, sondern eine Entscheidung der Basis. Mit jedem Parteitag stellte sich die Partei thematisch breiter auf. Anders als bei anderen Parteien gibt es bei der Piratenpartei kein Delegiertensystem, zum Parteitag kann jedes Mitglied kommen und abstimmen. Was vorderhand als Errungenschaft in Sachen Basisdemokratie erscheint, hat allerdings seine Tücken bei der Realisierung: Zum einen erfordert eine immer wieder unberechenbare und inkonstante Anzahl von Parteitagsteilnehmer_innen ein hohes Maß an organisatorischer Flexibilität, und große Kongresshallen bergen auch hohe Kosten. Zum anderen kommt es bei den Parteitagen der Piratenpartei regelmäßig zu ausufernden und zum Teil wenig sachgerechten Debatten.

Jenseits von Parteitagen gibt es noch weitere Instrumente zur Beteiligung der Mitglieder. Abgesehen von Mailinglisten und der Sprachkonferenzsoftware Mumble, die für Onlinesitzungen verschiedener Organisationseinheiten

genutzt wird, gibt es noch zahlreiche weitere Onlineanwendungen. Die bekannteste und unter demokratietheoretischen Aspekten interessanteste Anwendung ist LiquidFeedback, eine Abstimmungssoftware. Jedes stimmberechtigte Mitglied der Piratenpartei kann hier Parteianträge zur Diskussion und Entscheidung stellen. Ein erfolgreicher Antrag durchläuft dabei fünf Stationen: (1) Neu, (2) Diskussion, (3) Eingefroren, (4) Abstimmung, (5) Abgeschlossen.¹¹ Bei LiquidFeedback kommt das Prinzip des Delegated Voting zum Einsatz, d. h. es ist nicht nur für jedes Mitglied möglich, eigne Anträge einzustellen und über andere Anträge zu diskutieren und abzustimmen, sondern auch, seine Stimme für eine Abstimmung oder alle Abstimmungen an andere Mitglieder zu delegieren. Mitglieder, die weitere Stimmen durch Delegation erhalten haben, können diese Stimmen ebenso weiter delegieren und sind zudem bei ihrer Entscheidung nicht weisungsgebunden. Die komfortablen Partizipationsmöglichkeiten, die LiquidFeedback vor allem mit der Option des Delegated Voting bietet, hat aber auch eine Schattenseite. Im Fall der Piratenpartei hat dies dazu geführt, dass sich sogenannte Superdelegierte gebildet haben, die teilweise hundert Stimmen bei Abstimmungen haben.¹²

Der Einsatz von LiquidFeedback und anderen Onlineanwendungen bietet den Mitgliedern jedoch zweifellos die Chance, mit vergleichsweise geringem Aufwand Gleichgesinnte aus der gesamten Partei und im gesamten Bundesgebiet zu finden, während sich jemand, der ein Anliegen in einer Partei mit klassischer Organisationsstruktur vorbringen möchte, den mühsamen Gang durch die Parteihierarchie antreten muss, wobei auf jeder lokal gebundenen Ebene Unterstützer_innen zu werben sind. Interessieren sich genügend Mitglieder für einen Antrag, beginnt bei LiquidFeedback eine internetbasierte Diskussion, die je nach Antragsdichte unterschiedlich lang sein kann und am Ende in eine Abstimmung mündet.¹³ Die Zusammenarbeit

11 Vgl. Anna-Lena Wilde, Piraten ahoi. Warum junge Menschen die Piratenpartei entern, Berlin 2011, S. 17.

12 Vgl. Marie Katharina Wagner, Schwarm der Superdelegierten, 27.4.2012, URL: <www.faz.net/aktuell/politik/parteitag-der-piraten-schwarm-der-superdelegierten-11733010.html> (Stand 29.6.2013).

13 Siehe dazu auch Martin Häusler, Die Piratenpartei. Freiheit, die wir meinen. Neue Gesichter für die Politik. Berlin/München 2011, S. 48 ff.

von Gleichgesinnten in der Partei wird dadurch vereinfacht und ortsunabhängig. Was die Piratenpartei damit von vielen anderen Parteien unterscheidet, ist das Faktum, dass potentiell auch »einfache« Mitglieder die Möglichkeit haben, nicht nur kommunalpolitische Entscheidungen und Inhalte mit zu bestimmen, sondern auch landes- und bundespolitische Inhalte mit auszugestalten.

LiquidFeedback bietet sich offenbar als das ideale Medium für die basisdemokratisch ausgerichtete Parteilarbeit dieser jungen, netzaffinen Partei an – wenn da nicht der irritierende Umstand wäre, dass lediglich ein Drittel ihrer Mitglieder überhaupt bei LiquidFeedback registriert ist.¹⁴ Auch die Piratenpartei leidet unter dem postdemokratischen Problem, das die etablierten Parteien schon lange haben: Dem hohen Anteil von Mitgliedern, die sich nicht an der Parteilarbeit beteiligen. In ihrem Fall liegt der Grund aber paradoxerweise gerade in jenen Partizipationstools, welche es den Mitgliedern leicht machen sollen, politische Entscheidungen mitzugestalten, oder genauer: In der Vielzahl und Unübersichtlichkeit der Partizipationsmöglichkeiten, die die Piratenpartei ihren Mitgliedern bietet. Zu viele Anwendungen machen Partizipation intransparent, zudem erfordern sie einen hohen Einsatz von Ressourcen.¹⁵ Hinzu kommt, dass die Entscheidungen bei LiquidFeedback nicht bindend sind.

Neben der themenübergreifenden Mitarbeit via LiquidFeedback ist eine Mitarbeit in der Piratenpartei aber auch projektbezogen möglich. Projektarbeit findet dabei auf vielen Ebenen und zu einem großen Teil in Arbeitsgemeinschaften statt. Von der AG Umwelt über die AG Online bis zur AG Motorrad bietet die Piratenpartei ihren Mitgliedern 157 Arbeitsgemeinschaften, die thematische wie organisatorische Inhalte haben können. Die projektbezogene Mitarbeit in der Partei ist damit punktuell und zeitbegrenzt möglich. Die AGs arbeiten zumeist online an ihren Vorhaben, sodass die Partizipation der Mitglieder häufig auch ort- und zeitunabhängig ist. Allerdings wird auch bei einem Blick ins Piraten-Wiki, einer der großen Onlineseiten der Piratenpartei, deutlich, dass viele Arbeitsgemeinschaften inaktiv sind

14 Von den 31.834 Mitgliedern waren im Juni 2013 lediglich 9.940 Piraten bei LiquidFeedback angemeldet, vgl. URL: <<https://lqfb.piratenpartei.de/>> (Stand 29.6.2013).

15 Vgl. Alexander Hensel/Stephan Klecha, Die Piratenpartei. Havarie eines politischen Projekts? Eine Studie der Otto Brenner Stiftung, Frankfurt a. M. 2013, S. 33.

oder aufgrund von Themenüberschneidungen anderen Arbeitsgemeinschaften zugeordnet wurden. Besondere Bedeutung kommt den Mitgliedern in den Wahlkämpfen zu und bei Protesten wie zum Beispiel dem gegen das Antiproduktpiraterie-Handelsabkommen (ACTA). Die Arbeitsweise der Piratenpartei ist häufig aktionsbetont und bietet den Mitgliedern einen gewissen Spaßfaktor. Im Zuge der Diskussionen über ein Verbot von sogenannten »Killerspielen« veranstaltete die Piratenpartei in mehreren Städten Killerschach. In den Innenstädten wurden dazu Schachfelder aufgemalt, und die Piratenmitglieder agierten als lebendige Schachfiguren und bewarfen sich mit Kunstblut oder Ketchup. Häufig wird bei den Aktionen aber auch auf Piraten-Folklorelemente zurückgegriffen. Im Wahlkampf werden dann heimische Gewässer mit beflaggten Schiffen und Booten befahren. Auch bei der Ausgestaltung der Wahlkampfplakate vertraut die Piratenpartei mehr ihren Mitgliedern als professionellen Agenturen. In den letzten Wahlkämpfen wurden Motive und Slogans gemeinsam diskutiert und im Piraten-Wiki online gestellt. Nicht zuletzt sind es solche aktionsbetonten Arbeitsweisen, die durch ihren Unterhaltungswert die Mitglieder an die Partei binden.¹⁶

Bildet die Piratenpartei einen Gegentrend zur Postdemokratie? Gewiss haben die Piraten nicht die Lösung aller postdemokratischen Probleme – einige Phänomene des postdemokratischen Zeitalters teilen sie durchaus mit den etablierten Parteien: So wie bei diesen der innerste Führungskern seine Bodenhaftung zum einfachen Parteivolk zu verlieren droht, so gibt es bei den Piraten die (ungewollte) Tendenz zur Elitenbildung in Form von Superdelegierten. Auch die hohen Anteile lediglich passiver Parteimitglieder sind kein Alleinstellungsmerkmal der Etablierten. Andere Tendenzen postdemokratischer Politik – wie die zunehmende Abhängigkeit von PR-Agenturen und Wirtschaftslobbyisten – können die Piraten noch erfolgreich zurückdrängen. Bis heute ist die Einflussnahme von Lobbygruppen in der Partei verpönt, und der Parteivorstand versteht sich immer noch als Sprachrohr der Basis.¹⁷

16 Vgl. Wilde, Piraten ahoi, S. 41.

17 Vgl. Alexander Hensel/Stephan Klecha/Franz Walter, Meuterei auf der Deutschland. Ziele und Chancen der Piratenpartei, Berlin 2012, S. 74.

Strukturell sind die Unterschiede zu den etablierten Parteien gar nicht so groß, wie es auf den ersten Blick den Anschein haben mag. Parteiarbeit vor Ort ist ebenso wenig ein Privileg der Piratenparteimitglieder wie die themenspezifische Aufgliederung der Mitglieder in Arbeitsgemeinschaften. Die Piratenpartei hat daher zumindest auf lokaler Ebene keine völlig neuen Partizipationsformen etabliert, wenn man von der innovativen Namensgebung ihrer Arbeitseinheiten (»Crew« statt »Ortsverein«) einmal absieht.

Der Hauptunterschied zu den Etablierten besteht in der Nutzung netzbasierter Techniken wie LiquidFeedback, mit denen die Piratenpartei ihren Mitgliedern Partizipationsmöglichkeiten auf breiter Ebene anbietet. Freilich generiert die Nutzung dieser Medien wiederum spezifische Probleme wie die allgemeine Unübersichtlichkeit der Beteiligungsverfahren, gepaart mit geringer Effizienz der damit einhergehenden deliberativen Prozesse und einen großen Anspruch an die Zeitressourcen der Parteimitglieder. Die bereits angesprochene Herausbildung von Superdelegierten, ein der LiquidFeedback-Software inhärentes Problem, tut ein Übriges, um die große Mehrzahl der Mitglieder der Piratenpartei daran zu hindern, wirklich basisdemokratisch aktiv zu werden¹⁸, sodass man mit Bezug auf die Piratenpartei insgesamt statt von Basisdemokratie besser von *Basispartizipation* sprechen sollte.¹⁹ Auch wenn die Piraten keinen Königsweg anbieten, der aus dem Zeitalter der Postdemokratie hinausführen würde, so befinden sie sich doch mit ihrem Mix von innovativen Kanälen und etablierten Teilhabeformen auf einem Partizipationsniveau, dass andere Parteien häufig vermissen lassen.

18 Vgl. ebd., S. 77.

19 Vgl. ebd., S. 75 ff.

Stiften als politischer Akt – Der Einfluss zivilgesellschaftlicher Akteure auf Gesellschaft und Politik am Beispiel von Andrew Carnegie und Ernst Abbe

I »Postdemokratie«, oder warum wir mehr Bürgerbeteiligung benötigen

»Die Amerikaner haben [...] nicht nur den großen Vorzug, aufgeklärter zu sein als andere, sondern auch ihre Fehler wiedergutmachen zu können.«¹ Diese Beobachtung hielt der französische Gelehrte Alexis de Tocqueville im ersten Band seiner 1835 erschienenen Analyse »Über die Demokratie in Amerika« fest. Damit drückte er seine Anerkennung für die noch relativ junge Demokratie der Vereinigten Staaten aus. Er schrieb dem neuen politischen System Selbstheilungskräfte zu, die es von den Fürstenstaaten Europas unterscheidet. Möglich werde dies durch einen dezentralen Staatsaufbau, der zur aktiven Mitarbeit aller Staatsbürger in der Regierung und bis in die kleinsten Gemeinden hinein auffordere.² Diesen Vorteil, den Tocqueville der amerikanischen Demokratie zu Beginn des 19. Jahrhunderts zuschrieb, sieht der britische Politikwissenschaftler Colin Crouch heute in Gefahr. Die westlichen Demokratien würden sich zu Postdemokratien wandeln, »in [denen] zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden [...], in [denen] allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, daß sie zu einem reinen Spektakel ver-

1 Alexis de Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika, Stuttgart 1985, S. 131. Anm. d. A.: Der Beitrag baut auf den Ergebnissen der im Jahr 2013 an der Philosophischen Fakultät der Universität Mannheim eingereichten Dissertation des Autors auf, siehe auch: Sebastian Demel, Auf dem Weg zur Verantwortungsgesellschaft. Ernst Abbe und die Carl-Zeiss-Stiftung im deutschen Kaiserreich, Göttingen 2014.

2 Vgl. Tocqueville, Über die Demokratie, S. 49-78.

kommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben.«³ Die vermeintliche Stärke der Demokratie, die Einbindung aller Staatsbürger und die Aufforderung zur aktiven Teilnahme am Staatswesen, zum Beispiel durch Wahlen, verkomme zu einer Scheinwelt. Die Postdemokratie lässt sich als »Situation [...] beschreiben, in denen sich nach einem Augenblick der Demokratie Langeweile, Frustration und Desillusionierung breitgemacht haben; in denen Repräsentanten mächtiger Interessengruppen [...] weit aktiver sind als die Mehrheit der Bürger [...]; in denen politische Eliten gelernt haben, die Forderungen der Menschen zu manipulieren; in denen man die Bürger durch Werbekampagnen »von oben« dazu überreden muß, überhaupt zu Wahl zu gehen.«⁴ Der Wähler entscheide nicht mehr zwischen klar erkennbaren politischen Alternativen, sondern zwischen werbewirksam aufbereiteten Wahlprogrammen mit Unterschieden in der Wortwahl, aber mit nur wenigen konkreten Vorschlägen. Der Souverän, die Gesamtheit der Staatsbürger, verkomme unter diesen Bedingungen zu bloßem Stimmvieh. Das politische Alltagsgeschäft werde zwischen Berufspolitikern und Interessenverbänden ausgehandelt, was sich wiederum im sozialen Machtgefüge niederschlage: Es komme zur »Rückkehr der politischen Privilegien für bestimmte Unternehmer – unter dem Deckmantel der Rhetorik der Marktwirtschaft und des freien Wettbewerbs.«⁵

Gegen die entstehende Legitimationskrise westlicher Demokratien schreibt Crouch an. Er formuliert drei Auswege aus der Postdemokratie: »Erstens mit Maßnahmen, die darauf zielen, die wachsende Dominanz der ökonomischen Eliten zu begrenzen; zweitens mit Reformen der politischen Praxis als solcher und drittens gibt es Handlungsmöglichkeiten, die den Bürgern selbst offenstehen.«⁶ In diesem Aufsatz soll vor allem der letzte Aspekt näher verfolgt werden. Wie Tocqueville, so meint auch Crouch, dass die »Demokratie [...] nur dann gedeihen [könne], wenn die Masse der normalen Bürger wirklich die Gelegenheit hat, sich durch Diskussionen und im Rahmen unabhängiger Organisationen aktiv an der Gestaltung des öffent-

3 Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt a. M. 2008, S. 10.

4 Ebd., S. 30.

5 Ebd., S. 69. Diesen Zusammenhang beschreibt Crouch näher in: Colin Crouch, Das befremdliche Überlegen des Neoliberalismus. Postdemokratie II, Berlin 2011.

6 Ebd., S. 133.

lichen Lebens zu beteiligen – und wenn sie diese Gelegenheit auch aktiv nutzt.«⁷ Politische Partizipation verlange nicht nur nach Möglichkeiten politischen Wirkens, sondern setze auch voraus, dass die Staatsbürgergesellschaft den Willen zum Gestalten entwickle und selbst aktiv werde; »daß sich eine sehr große Zahl von Menschen lebhaft an ernsthaften politischen Debatten und an der Gestaltung der politischen Agenda beteiligt und nicht allein passiv auf Meinungsumfragen antwortet; daß diese Menschen ein gewisses Maß an politischem Sachverstand mitbringen und sie sich mit den daraus folgenden politischen Ereignissen und Problemen beschäftigen.«⁸ Durch die Organisation Einzelner in politischen, sozialen oder kulturellen Interessensvertretungen entstünden »neue [...] soziale [...] Identitäten«⁹ mit umfangreichen Handlungsmöglichkeiten. Diese Interessenorganisationen der Bürger müssten Lobbyarbeit in eigener Sache betreiben, um in einer Medien-demokratie erfolgreich zu sein. Sie fungierten als kritische Begleitung und Unterstützung von Parteien für eine demokratische Wende. Sie leisteten »einen Beitrag zur demokratischen Vitalität« und bewahrten »die Politik davor [...], zu einem manipulativen Spiel unter Eliten zu verkommen.«¹⁰

Solchen Interessensorganisationen der Bürgerschaft stehen in unseren heutigen Zivilgesellschaften mannigfache Möglichkeiten offen.¹¹ Neben den politischen Parteien können dies Vereine, Bürgerinitiativen oder Protestaktionen sein – aber auch Stiftungen. Der vorliegende Aufsatz möchte sich besonders dieser letzten Aktionsform widmen, die auf den ersten Blick im Vergleich zu anderen Initiativen weniger auf eine breite öffentliche Basis zurückgreifen kann. Denn Stiftungen erscheinen gemeinhin als Elitenphänomen, da die freie Verfügung über Vermögen eine ihrer Voraussetzungen darstellt. Doch die relativ junge Form der Bürgerstiftung¹² ermöglicht einem weiteren Kreis an aktiven Bürgern eine Beteiligung, ohne auf ihr Privateigen-

7 Ebd., S. 8 f.

8 Ebd., S. 9.

9 Ebd., S. 148.

10 Ebd., S. 150, S. 155 f.

11 Vgl. Jürgen Kocka, Zivilgesellschaft in historischer Perspektive, in: *Forschungsjournal NSB* 16/2 (2003), S. 29-37; Frank Adloff, *Zivilgesellschaft. Theorie und politische Praxis*, Frankfurt a. M. 2005.

12 Vgl. Bertelsmann Stiftung (Hg.), *Handbuch Bürgerstiftungen. Ziele, Gründung, Aufbau, Projekte*, Gütersloh 2000.

tum zurückgreifen zu müssen. Im Folgenden soll daher untersucht werden, ob – und wenn ja, wie – Stiftungen auf Gesellschaft, Wirtschaft und Politik einwirken und spezifische Interessen durchsetzen können. In einem analytischen Teil soll zunächst der Frage nachgegangen werden, warum Stiften überhaupt als politische Handlungsweise angesehen werden kann. Es soll gezeigt werden, dass sich mit Stiftungen ganz spezifische Interessen artikulieren lassen, die als Reaktion auf gesellschaftliche Gegebenheiten entstehen und mit der Stifter auf ihre Umwelt einwirken wollen. Anhand zweier historischer Beispiele – die sich als Einzelstiftungen zweier höchst vermögender Industrieller freilich von den Bürgerstiftungen heutigen Typs sehr deutlich unterscheiden – soll in einigen Details nachgezeichnet werden, wie sich gesellschaftliche Bedingungen auf die Zwecksetzung von Stiftern auswirken, und wie umgekehrt Stiftungen auf die Gesellschaft rückwirken. Ein Brückenschlag zurück in die Gegenwart schließt diesen Beitrag ab, indem nach den Möglichkeiten von Bürgerstiftungen in der heutigen Gesellschaft gefragt und dies in die Debatte um Colin Crouchs Werk *Postdemokratie* eingeordnet wird.

II Warum Stiften politisch ist

Unter dem Begriff Stiftung fasst man eine Reihe unterschiedlicher Institutionen zusammen. Dies können privatrechtliche, aber auch öffentlich-rechtliche Körperschaften sein. Sie können eigenständig agieren, treuhänderisch verwaltet werden oder sind als Unternehmensstiftung mit einem Wirtschaftsbetrieb verbunden. Zudem unterscheidet man zwischen gemeinnützigen Stiftungen, Familienstiftungen oder kirchlichen Stiftungen. Es gibt Förderstiftungen, die Mittel an Dritte vergeben oder operative Stiftungen, die selbst aktiv gestalten. Ein sehr verbreiteter Stiftungstyp ist die gemeinnützige rechtsfähige Stiftung. Sie ist eine »auf Dauer angelegte Organisationsform, die mit [ihrem] Vermögen der Verwirklichung bestimmter, meist gemeinnütziger Zwecke gewidmet ist.«¹³ Dauerhaftigkeit, Organisation, Vermögen

13 Jörg E. Allgäuer, *Die linke und die rechte Hand. Motive der Gründung einer Stiftung*, Baden-Baden 2008, S. 67 ff.; vgl. Christian Meyn/Andreas Richter, *Die Stiftung*, Freiburg i. Br./Berlin/München u. a. 2004.

und Zweck sind gemeinsame Merkmale aller Stiftungsformen. Seit dem Mittelalter wurden Stiftungen mit privaten Spenden für karitative oder mildtätige Zwecke an kirchliche oder staatliche (Sozial-)Einrichtungen getätigt. Die Stiftung als eigenständige Organisation mit spezifischem Zweck entstand erst im 19. Jahrhundert¹⁴, der Epoche der Entfaltung des Bürgertums, in welcher sich der Übergang von der traditionellen Stände- zur modernen Klassengesellschaft vollzog. Stiftungen waren von Beginn an ein Instrument bürgerlicher Partizipation.¹⁵ Parallel zur kommunalen Selbstverwaltung der Städte stellten sie ein zivilgesellschaftliches Aktionsfeld zur Durchsetzung einer bürgerlichen Kulturhegemonie gegenüber Fürstenstaat und aufsteigender Arbeiterklasse dar. Diese Aktionsräume können als »Bühne eines permanenten Lernprozesses angesehen werden, auf welcher sich für eine geraume Zeit parallel zu den sozialen Veränderungen der Gesellschaft eine Adaption und Erfindung neuer politischer Handlungsformen vollzog.«¹⁶ Aufgrund der Vielzahl von Stiftungsgründungen spricht man für die Zeit des deutschen Kaiserreichs von einem »Stiftungsboom«¹⁷, ausgelöst durch die Anhäufung großer Kapitalien in Folge von wirtschaftlichem Aufschwung, stifterfreundlichem Klima und allgemeiner Rechtssicherheit.¹⁸

Der wesentliche Antrieb aber war die Entscheidung zum Stiften. Einzelstiftungen werden daher als direkter Ausdruck der Persönlichkeit des Stifters

14 Vgl. Allgäuer, Die linke und die rechte Hand, S. 67.

15 Vgl. Dieter Hein, Das Stiftungswesen als Instrument bürgerlichen Handelns im 19. Jahrhundert, in: Hans-Peter Becht/Bernhard Kirchgässner (Hg.), Stadt und Mäzenatentum, Sigmaringen 1997, S. 75-92; Jürgen Habermas, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Frankfurt a. M. 1990, S. 89; Wolfgang Zapf (Hg.), Theorien des sozialen Wandels, Königsstein 1979; Hans-Ulrich Wehler, Modernisierungstheorie und Geschichte, Göttingen 1975; Samuel N. Eisenstadt, Multiple Modernities, in: ders. (Hg.), Multiple Modernities, New Brunswick 2002.

16 Manfred Hettling, Bürgerliche Kultur. Bürgerlichkeit als kulturelles System, in: Peter Lundgreen (Hg.), Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums. Eine Bilanz des Bielefelder Sonderforschungsbereichs (1986–1997), Göttingen 2000, S. 328.

17 Gabriele Lingelbach, Private Wissenschaftsförderung im 19. und 20. Jahrhundert, in: Jürgen Kocka/Günter Stock (Hg.), Stiften, Schenken, Prägen. Zivilgesellschaftliche Wissenschaftsförderung im Wandel, Frankfurt a. M. 2011, S. 54.

18 Vgl. Elisabeth Kraus, Aus Tradition modern. Zur Geschichte von Stiftungswesen und Mäzenatentum in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert, in: Historisches Jahrbuch 121 (2001), S. 407; Bundesverband Deutscher Stiftungen (Hg.), Verzeichnis Deutscher Stiftungen, Bd. 1: Zahlen, Daten, Fakten zum deutschen Stiftungswesen, Berlin 2008, S. 18, 22.

verstanden.¹⁹ In der Zwecksetzung manifestieren sich nicht nur Handlungsanleitungen für die zukünftige Arbeit der Stiftung, sondern ihr liegt häufig auch eine Motivation zugrunde, die die individuellen Ziele, Einstellungen und Werte der Stifterpersönlichkeit widerspiegeln können. Der Stifter legt selbst die Grundsätze fest, nach der die spätere Stiftungsarbeit verfahren soll. Die Motivation zum Stiften entsteht wiederum aus der Interaktion mit lokalen Bedürfnisstrukturen im Umfeld des Stifters.²⁰ Häufig werden Stiftungspersönlichkeiten durch die Wahrnehmung von Krisenphänomenen dazu veranlasst, bestimmten Missständen Abhilfe leisten zu wollen oder staatliche Defizite auszugleichen. Die persönliche Zielsetzung, das Privatvermögen einer sinnvollen Verwendung zuzuführen, trifft sich dabei idealerweise mit dem altruistischen Ansatz, der Gesellschaft zu helfen. Stiftungen vereinen deswegen individuelle (die des Stifters) und gemeinnützige (die der Allgemeinheit) Interessen in sich.

Aufgrund ihrer Auf Dauerhaftigkeit angelegt, verfolgen Stiftungen ihre Ziele nicht punktuell oder kurzfristig, sondern mit dem Anspruch auf Nachhaltigkeit. Je nach Größe und Kapitaleinsatz werden dadurch systematische gesellschaftliche Veränderungen initiiert. Als sozial engagiertes Individuum ist der Mensch immer Teil des Gemeinwesens, mit dem er sich in Beziehung setzt und auf das er gleichzeitig gestalterisch einwirken möchte. Neuere Forschungsansätze gehen von einem sehr allgemeinen Politikbegriff aus, sie verstehen darunter nicht mehr nur staatliches Handeln, sondern weitestgehend jede Art der gesellschaftlichen Interessenartikulation und -durchsetzung.²¹ Durch den im Stiften angelegten Mechanismus der Durchsetzung spezifischer Interessen durch den Einsatz ökonomischen Kapitals wird der Stifterwille unter der Voraussetzung dieses weiten Politikbegriffes eo ipso politisch.

19 Vgl. Allgäuer, Die linke und die rechte Hand, S. 17.

20 Vgl. Kraus, Aus Tradition modern, S. 402.

21 Unter Politik werden hier in einem erweiterten Verständnis die Modalitäten und Mechanismen der Grenzziehung von Machtbeziehungen und ihren sozialen Bezugspunkten verstanden, wie es im Konzept der Neuen Politikgeschichte verfolgt wird, siehe: Ute Frevert, Neue Politikgeschichte. Konzepte und Herausforderungen, in: Ute Frevert/Heinz-Gerhard Haupt (Hg.), Neue Politikgeschichte. Perspektiven einer historischen Politikforschung, Frankfurt a. M. 2005, S. 24.

III Andrew Carnegie und Ernst Abbe: Zwei politisch agierende Großstifter

Doch können Stiftungen wirklich einen gestalterischen Einfluss auf Gesellschaft entfalten? Ist es ihnen möglich, staatliche und soziale Defizite auszugleichen und damit nachhaltige Veränderungen zu bewirken? Dieser Frage soll in einem Exkurs an zwei historischen Fallbeispielen nachgegangen werden: anhand der Stiftungen des deutschen Physikers und Unternehmers Ernst Abbe (1840–1905) und des amerikanischen Stahlmagnaten Andrew Carnegie (1835–1919).

Ernst Abbe förderte mit der von ihm 1889 gegründeten »Carl Zeiss-Stiftung« die lokale Arbeiterschaft Jena in und außerhalb der zugehörigen Stiftungsbetriebe Zeiss und Schott sowie die (Natur-)Wissenschaften an der Universität Jena. Seit Abbe hat sich juristisch das Konstrukt der Stiftung als »juristischer Person« durchgesetzt.²² Seine Gründung machte die Stiftung zu einer juristisch unabhängigen und eigenständigen Organisation, die einzig dem Zweck ihres Stifters verpflichtet war. Innerhalb der ersten 15 Jahre ihres Bestehens verausgabte die Carl Zeiss-Stiftung vier Millionen Reichsmark für gemeinnützige Zwecke.²³ Dies war in dieser Größenordnung auf lange Zeit deutschlandweit einzigartig. Deswegen wurde zum Vergleich ein zeitgenössischer Stifter gewählt, der in ähnlichem Umfang (und sogar noch weit mehr) Geld für gemeinnützige Zwecke investierte. Andrew Carnegie engagierte sich ab 1881 in der regionalen Entwicklung seiner unternehmerischen Wirkungsstätte Pittsburgh. Später konzentrierte er sich auf den systematischen Aufbau öffentlicher Bibliotheken weltweit und die internationale Friedensarbeit.

Trotz einiger Gemeinsamkeiten erkennt man, dass Abbe und Carnegie dennoch wesentliche Unterschiede in ihrer Stiftertätigkeit aufweisen. Doch gerade deshalb ist der Vergleich von hohem Interesse. Er hilft zu testen, ob die aufgestellten Thesen allgemeinere Gültigkeit beanspruchen können. Als Vergleichsvariablen dienen zum einen die unterschiedlichen Stiftungsmotive, in denen sich die Persönlichkeit der Stifter äußert. In Rückgriff auf ein

22 Allgäuer, Die linke und die rechte Hand, S. 67.

23 Vgl. Siegfried Czapski, Ernst Abbe als Arbeitgeber. Vortrag am 17. April 1907, in: Andreas Flitner/Joachim Wittig (Hg.), Optik – Technik – Soziale Kultur. Siegfried Czapski, Wegefährte und Nachfolger Ernst Abbes. Briefe, Dokumente, Schriften, Rudolstadt 2000, S. 520.

spezifisches Wertemuster verdeutlichen sich darin Sozialisationserfahrungen, Vorstellungen von Welt und einer *guten* und *richtigen* Gesellschaft, also politische Gesellschaftsbilder. Diese Vorstellungen haben unmittelbaren Einfluss auf die Formulierung der jeweiligen Stiftungszwecke, an denen sich die praktische Stiftungsarbeit orientierte.

Erinnert sei daran, dass die Bevölkerung Europas im 19. Jahrhundert einen rasanten Wandel ihrer Lebenswelt erlebte. Die alte ständische Gesellschaftsordnung löste sich auf, der Ruf nach Freiheit wurde laut. Im Zuge der Industrialisierung veränderten sich die wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhänge grundlegend: Ökonomisches Wachstum, Vermögensbildung, Urbanisierung, aber auch Klassenbildung waren die Folgen. Akteur und Profiteur dieses Wandels war die aufstrebende Schicht des Bürgertums, die seit Beginn des Jahrhunderts gegen den Führungsanspruch der alten Adelsmacht ankämpfte.²⁴ Der Modernisierungsprozess brachte gleichzeitig aber neue Probleme mit sich, die vor allem die städtischen Unterschichten zu spüren bekamen. Teile des Bürgertums nahmen dies kritisch wahr und versuchten mit Eigenengagement dieser Entwicklung entgegenzuwirken, denn das Auseinanderdriften der gesellschaftlichen Bindekräfte passte nicht in das idealisierte Bild einer allgemeinen bürgerlichen Gesellschaft der freien und gleichen Individuen.²⁵ Stiftungen waren dabei ein Instrument (unter anderen), dessen die Bürger sich bei ihren Versuchen bedienten, die allmählich zu einem eigenen Klassenbewusstsein kommende Arbeiterschaft und die entsprechend wachsenden gesellschaftlichen Antagonismen zwischen Arbeitern und Bürgertum zu kanalisieren. Die bürgerlichen Sozialreformer übernahmen Verantwortung für ihr Umfeld und versuchten die Gesellschaft wieder zu integ-

24 Vgl. Thomas Nipperdey, *Deutsche Geschichte 1866–1918*. Bd. 1. *Arbeitswelt und Bürgergeist*, München 1998; Hans-Ulrich Wehler, *Deutsche Gesellschaftsgeschichte*. Dritter Band. *Von der »Deutschen Doppelrevolution« bis zum Beginn des Ersten Weltkrieges 1849–1914*, München 1995; Vgl. Andreas Schulz, *Lebenswelt und Kultur des Bürgertums im 19. und 20. Jahrhundert*, München 2005.

25 Vgl. Jürgen Kocka, *Bürgertum und bürgerliche Gesellschaft im 19. Jahrhundert*. *Europäische Entwicklungen und deutsche Eigenarten*, in: Jürgen Kocka (Hg.), *Bürgertum im 19. Jahrhundert*. Bd. 1. *Deutschland im europäischen Vergleich*, München 1988, S. 34; Hans-Ulrich Wehler, *Die Zielutopie der »Bürgerlichen Gesellschaft« und die »Zivilgesellschaft« heute*, in: Peter Lundgreen, *Sozial- und Kulturgeschichte des Bürgertums*, S. 85-92.

rieren. Stiftungen waren dabei ein mögliches Handlungsinstrument, mit dem das Bürgertum eingriff und eine Neugestaltung in ihrem Sinne versuchte.

Auch auf der anderen Seite des Atlantiks veränderte sich die Gesellschaft nach ähnlichem Muster. Zwar herrschten in den Vereinigten Staaten, gerade was das politische System und die Gesellschaftsordnung anging, andere Gegebenheiten, aber auch hier kam es infolge des ökonomischen Wandels zu unerwartet neuen Problemen.

Andrew Carnegie

In der zweiten Hälfte des Jahrhunderts dominierten in den USA sogenannte *Tycoons* die kapitalistische Wirtschaftswelt. Einer von ihnen war der Stahlunternehmer Andrew Carnegie, 1835 als Sohn eines Webers in der schottischen Stadt Dunfermline geboren. Im Jahr 1848 wanderte die Familie aufgrund der schlechten Erwerbslage in die USA aus und ließ sich nahe Pittsburgh nieder.²⁶ Die Karriere des jungen Carnegie liest sich wie die Urform des amerikanischen Mythos *Vom-Tellerwäscher-zum-Millionär*. Mit 13 Jahren begann er, in einem Zwölfstundentag Spindeln in einer Baumwollspinnerei auszuwechseln. Mit 14 arbeitete er als Laufbursche für das Pittsburgher Telegrafenamtm. Dort lernte er nebenher die Morsesprache und beeindruckte damit seine Vorgesetzten. Der Leiter der Pennsylvania Railroad Company, Thomas A. Scott, machte ihn darauf zu seinem Sekretär. Zwar erfuhr Carnegie in seinem Leben keine höhere Schulbildung, aber er las aus Leidenschaft Bücher. Dabei kam ihm ein Pittsburgher Privatmann entgegen, der seine Privatbibliothek einmal in der Woche arbeitenden Jugendlichen zugänglich machte.²⁷ Unter Thomas A. Scott stieg Carnegie schnell innerhalb der Eisenbahngesellschaft auf. Von seinem Mentor schaute er sich dabei vieles über die Unternehmertätigkeit ab. Scott half ihm ebenfalls bei seinen ersten Investitionsgeschäften.²⁸ Durch geschickte Anlagen konnte Carnegie schnell sein angespartes Startkapital ausweiten. Er verließ nach einigen Jahren die Eisenbahngesellschaft und kaufte sich in verschiedene Unternehmen zur

26 Vgl. David Nasaw, *Andrew Carnegie*, New York 2007, S. 1, 21, 23.

27 Vgl. ebd., S. 36 f., 40 f., 44, 56 f.

28 Vgl. ebd., S. 59.

Roheisenproduktion und in Brückenbaugesellschaften ein, die als Zulieferer des schnell expandierenden Eisenbahnsektors fungierten.²⁹ Seinen nachhaltigsten Erfolg als Unternehmer erfuhr Carnegie, als er das neue Bessemer-Verfahren zur Stahlerzeugung in großem Stil in seinen Produktionsstätten einführte. Er konnte die Eisenbahngesellschaften von der Überlegenheit seiner Stahlschienen überzeugen und sicherte sich damit einen Vorteil gegenüber der Konkurrenz. Durch die vertikale Integration verschiedener Rohmaterialproduzenten und Konkurrenzbetriebe wurde Carnegie bis 1890 der größte Produzent für Roheisen, Stahlschienen und Koks weltweit.³⁰ Im Jahr 1901, im Alter von 66 Jahren, plante Carnegie seinen Rückzug aus der aktiven Wirtschaftslaufbahn. Er verkaufte seine Firmenanteile für eine Rekordsumme an den Bankier John Pierpont Morgan. Carnegie soll danach der reichste Mann der Welt gewesen sein.³¹ In der Folgezeit widmete er sich vollständig seinem gemeinnützigen Wirken, mit dem er schon 1881 begonnen hatte.

Die Motivation für seine philanthropische Tätigkeit legte Andrew Carnegie im Jahr 1889 einem breiten Publikum in seinem Artikel *The Gospel of Wealth* (*Das Evangelium des Reichtums*) dar, der als Leitfaden für Millionäre gedacht war. Darin ging Carnegie auf seine Wahrnehmung des rasanten gesellschaftlichen Wandels ein und wie sich dieser auf den Zusammenhalt der Gesellschaft auswirke. Die Bildung großer Vermögen in der Hand eines kleinen Teils der Bevölkerung werfe die Frage auf, wie dieser Besitz gehandhabt werden solle, »so that the ties of brotherhood may still bind together the rich and the poor in harmonious relationship.«³² Der Wandel zur Klassengesellschaft schüre Missgunst, gesellschaftliche Bindekräfte würden schwächer: »Human society loses homogeneity.«³³

Trotz der von ihm konstatierten gesellschaftlichen Spaltungstendenzen bewertete Carnegie die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Veränderungen des fortgeschrittenen Industriekapitalismus freilich grundsätzlich posi-

29 Vgl. ebd., S. 86 f., 102 f., 110 f., 170-172.

30 Vgl. ebd., S. 142-150, 210.

31 Vgl. ebd., S. 567, 585 f.

32 Andrew Carnegie, *The Gospel of Wealth*, in: ders., *The »Gospel of Wealth«. Essays and Other Writings*, New York 2006, S. 1.

33 Ebd., S. 2.

tiv. »Individualism, Private Property, the Law of Accumulation of Wealth, and the Law of Competition [...] are the highest results of human experience.«³⁴ Die Kapitalistische Wirtschaftsweise diene dem Wohlstand der ganzen Menschheit, und die mit ihr einhergehende Ungleichheit sei einer egalitären Gesellschaftsordnung immer vorzuziehen: »Much better this great irregularity than universal squalor. Without wealth there can be no Mæcenas.«³⁵

Hervorzuheben ist der an Herbert Spencers These vom *survival of the fittest* angelehnte sozialdarwinistische Ton, den Carnegie in seinem Lob des Kapitalismus anstimmt: »[...] while the law may be sometimes hard for the individual, it is best for the race, because it insures the survival of the fittest in every department. We accept and welcome, therefore [...] great inequality of environment.«³⁶ Wer unter den Bedingungen des Kapitalismus der »Fitteste« ist, dem akkumuliert sich das Kapital gleichsam von selbst³⁷ 38: »[...] great wealth must inevitably flow into the hands of the few exceptional managers of men.«³⁹

Carnegies robustes Vertrauen in die Überlegenheit der kapitalistischen Wirtschaftsweise gesellt sich die Überzeugung hinzu, dass die amerikanische Demokratie im Vorteil gegenüber den noch immer ständisch geprägten Gesellschaften Europas sei. Allerdings hob er auch hervor, woran es der amerikanischen Nation im Vergleich mit Europa noch mangelte: »Our Republic is great in some things, – in material development unrivalled; but let us always remember that in art and in finer touches we have scarcely yet taken a place.«⁴⁰ Im Gegensatz zum alten Kontinent, wo Fürsten über Jahrhunderte hinweg mäzenatisch gewirkt hatten, verfügten die Vereinigten Staaten noch nicht annähernd über die kulturellen Ressourcen, wie sie in europäischen Städten vorhanden waren. Aber durch die enorme Wohlstandsvermehrung

34 Ebd., S. 5.

35 Ebd., S. 1.

36 Ebd., S. 3.

37 Andrew Carnegie, *The Best Fields of Philanthropy*, in: ders., *The »Gospel of Wealth«*. Essays and Other Writings, New York 2006, S. 13.

38 Vgl. Nasaw, *Andrew Carnegie*, S. 59 f.

39 Andrew Carnegie, *The Best Fields*, S. 15.

40 Ebd., S. 25.

der letzten Jahrzehnte könne, ja müsse man dem Abhilfe leisten⁴¹: »The man who dies thus rich dies disgraced.«⁴²

Große Vermögen sollten dem Allgemeinwohl zukommen, nicht vererbt werden. Dies ist ein entscheidender Unterschied zwischen den modernen Stifterfiguren und den Mäzenaten des Feudalzeitalters. Die Reproduktion feudalaristokratischer Machtverhältnisse erforderte es, familienpolitischen Erfordernissen größte Aufmerksamkeit zu schenken. Kein Fortbestehen der Dynastie ohne geschickte Verheiratungspolitik und Regelung der Erbfolge.⁴³

Interessant ist Carnegies Begründung, warum es für ihn nicht in Frage komme, sein Vermögen zu vererben:

»Why should men leave great fortunes to their children? If this is done from affection, is it not misguided affection? Observation teaches that, generally speaking, it is not well for the children that they should be so burdened.«⁴⁴ Eine Erbschaft ohne die Vorbereitung auf diesen Besitz durch die harte Schule des Lebens, wie er sie selbst erfahren hatte, war in Carnegies Augen nur eine Belastung für die Nachkommen, denen man keinen Gefallen tue. Abgesehen von dieser theoretischen Rechtfertigung, sein Vermögen nicht zu vererben, mag es für Carnegie eine Rolle gespielt haben, dass sein einziges Kind ein Mädchen war. Angesichts der zu seiner Zeit üblichen Erwartungen, die an die Rolle einer Frau gestellt wurden, dürfte Carnegie ihr wohl kaum zugetraut haben, ein Vermögen verantwortungsbewusst zu verwalten.

Eine weitere Möglichkeit bestünde in einer Erbschaft des Staats, aber: »this is only a means for the disposal of wealth«.⁴⁵ »In many cases the bequests are so used as to become only monuments of his folly. It is well to remember that it requires the exercise of not less ability than that which acquired the wealth to use it so as to be really beneficial to the community.«⁴⁶ Carnegie glaubte nicht an die Fähigkeit des Staates, diese Mittel effektiv

41 Ebd., S. 5.

42 Ebd., S. 12.

43 Ebd., S. 5.

44 Ebd., S. 6.

45 Ebd., S. 6.

46 Ebd., S. 7.

verausgaben zu können. In seinen Augen könnten nur Männer aus der freien Wirtschaft dieser Aufgabe nachkommen.⁴⁷

Aus diesem Grund favorisierte Carnegie eine dritte Variante. Er sah die Besitzenden in der Pflicht, ihre Vermögen schon zu Lebzeiten für philanthropische Zwecke zu verausgaben. Damit würde man der kapitalistischen Modernisierung und ihren negativen Folgen gerecht: »[...] the true antidote for the temporary unequal distribution of wealth, the reconciliation of the rich and the poor [...] is founded upon the present most intense individualism [...]. Under its sway we shall have an ideal state, in which the surplus wealth of the few will become, in the best sense, the property of many, because administered for the common good, and this wealth, passing through the hands of the few, can be made a much more potent force for the elevation of our race than if it had been distributed in small sums to the people themselves.«⁴⁸ Nach dieser Vorstellung war den einfachen Arbeitern mehr geholfen, wenn der unternehmerische Gewinn gezielt für soziale Projekte zum Wohle der Gemeinschaft ausgegeben würde, als wenn dieser auf die einzelnen Löhne aufgeteilt oder für mildtätige Zwecke ausgegeben würde. »Much of this sum, if distributed in small quantities among the people, would have been wasted in the indulgence of appetites.«⁴⁹ Carnegies patriarchales Selbstverständnis, mit welchem der erfolgreiche Großunternehmer dem Großteil der Arbeiter nicht einmal die Entscheidung darüber zutraut, was für sie selbst das Beste wäre, durchwirkt seine gesamte Philanthropie. Es sei die Aufgabe des reichen Mannes: »First, to set an example of modest, unostentatious living, shunning display or extravagance; to provide moderately for the legitimate wants of those dependent upon him; and after doing so to consider all surplus revenues which come to him simply as trust funds, which he is called upon to administer, and strictly bound as a matter of duty to administer in the manner which, in his judgment, is best calculated to produce the most beneficial results for the community – the man of wealth thus becoming the mere agent and trustee for his poorer brethren, bringing

47 Ebd., S. 7.

48 Ebd., S. 8.

49 Ebd., S. 9.

to their service his superior wisdom, experience, and ability to administer, doing for them better than they would or could do for themselves.«⁵⁰

Die Philanthropie des Patriarchen, der besser weiß, was die Armen brauchen, als diese selbst, versteht sich folgerichtig nicht als Almosenverteilung, sondern als Hilfe zur Selbsthilfe⁵¹: »In bestowing charity, the main consideration should be to help those who will help themselves; to provide part of the means by which those who desire to improve may do so; to give those who desire to rise the aids by which they may rise; to assist, but rarely or never to do all. Neither the individual nor the race is improved by alms-giving.«⁵²

Hilfe zur Selbsthilfe, darin bewies Carnegie eine gute Intuition, lässt sich am besten durch Investitionen in die Bildung realisieren: »The result of my own study [...] is that a free library occupies the first place, provided the community will accept and maintain it as a public institution«.⁵³ Hier ließ sich Carnegie von seiner persönlichen Erfahrung aus Jugendzeiten inspirieren, als er sich durch den freien Bibliothekszugang selbst fortbilden konnte. Auf diese Erfahrung führte er seinen persönlichen Aufstieg zurück, und dieselbe Möglichkeit wollte er auch anderen zugänglich machen.⁵⁴

»Self-abnegation is its watchword. Members of this inner and higher circle seek not popular applause, are concerned not with being popular, but with being right.«⁵⁵ Nachdem er seine Unternehmensanteile an J. P. Morgan abgetreten hatte, widmete er sich vollständig seinen literarischen und philanthropischen Projekten. Schon 1881 begann er seine ehemalige Wirkungsstätte Pittsburgh mit öffentlichen Einrichtungen zu unterstützen. Er baute eine Bibliothek und ein Naturkundemuseum. Daran anschließend begann Carnegie mit dem systematischen Aufbau öffentlicher Bibliotheken weltweit, vor allem im englischsprachigen Raum. In den USA profitierten davon knapp 1.700 Institute, weltweit vermutlich noch einmal halb so viele. Den Bau

50 Ebd., S. 10.

51 Ebd., S. 11.

52 Ebd., S. 11; siehe auch: Andrew Carnegie, *The Gospel of Wealth*, S. 16.

53 Ebd., S. 20.

54 Ebd., S. 23.

55 Andrew Carnegie, *Wealth and Its Uses*, in: ders., *The Gospel of Wealth*, S. 82.

dieser Carnegie-Bibliotheken entwickelte sich zu einem seiner philanthropischen Schwerpunkte.⁵⁶

Mit seinem »Carnegie Hero Fund« (1904) zeichnete er selbstlos handelnde Menschen des Alltages aus. Die »Carnegie Endowment for International Peace« (1910) wurde zu einem wichtigen Unterstützer der internationalen Friedensarbeit und einem zweiten Förderschwerpunkt. Sein Engagement dazu wurde durch das imperialistische Verhalten der Vereinigten Staaten gegenüber der philippinischen Unabhängigkeitsbewegung ausgelöst. Mit der wissenschaftlichen Erforschung von Ursachen für Kriege versuchte Carnegies Friedensstiftung der Verhinderung von militärischen Konflikten zuzuarbeiten. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges war für Carnegie ein Schock.⁵⁷

Mit einer Spende zur Errichtung eines technikwissenschaftlichen Instituts in Pittsburgh (1900) wollte er die Ausbildung der lokalen Arbeiterschaft verbessern. Er legte damit den Grundstein für die spätere Carnegie Mellon University. Die Carnegie Corporation (1911) sollte als letzter Akt vor seinem Tod sein restliches Vermögen für gemeinnützige Zwecke verausgaben.⁵⁸ Bis zu seinem Tod 1919 soll er bis zu 350 Millionen Dollar (nach heutigem Wert über 10 Milliarden Dollar) für gemeinnützige Zwecke ausgegeben haben.⁵⁹ Carnegie wirkte mit seinem Vermögen weltweit und war dabei mit seinem Namen präsent, obwohl er in seinen Essays immer betont hatte, dass der wahre Philanthrop seine Befriedigung nicht darin finde, populär zu sein, sondern darin, Recht zu haben: »Self-abnegation is its watchword. Members of this inner and higher circle seek not popular applause, are concerned not with being popular, but with being right.«⁶⁰ Dies verband ihm mit dem Jenaer Unternehmer und Wissenschaftler Ernst Abbe, der es vermied, mit seiner Stiftung in der Öffentlichkeit in Verbindung gebracht zu werden, aber dies dennoch als richtigen und wichtigen Schritt zur Lösung gesellschaftlicher Problemlagen ansah.

56 Vgl. Nasaw, Andrew Carnegie, S. 354 f., 504, 607.

57 Vgl. ebd., S. 549, 665, 742.

58 Vgl. ebd., S. 600, 766; Ron Chernow, Titan. The Life of John D. Rockefeller, Sr., New York 2004, S. 313 f.

59 Vgl. Nasaw, Andrew Carnegie, S. 801.

60 Andrew Carnegie, Wealth and Its Uses, S. 82.

Ernst Abbe

Ernst Abbe wuchs in ähnlich ärmlichen Verhältnissen auf wie Carnegie. Abbes Vater war Vorarbeiter in einer Eisenacher Spinnerei. In der Schule legte er einen besonderen Lerneifer an den Tag, und seine Lehrer empfahlen in daraufhin für eine höhere Schulbildung. Möglich wurde diese aber nur, da der Arbeitgeber des Vaters mit einem Stipendium für den Besuch des Realgymnasiums einsprang. Durch Fleiß und Talent gelang ihm dann der Sprung an die Universität. Ausgestattet mit mehreren Stipendien und Freitischen begann er 1857 sein Studium der Mathematik und Physik in Jena. Nach Promotion und Habilitation begann er 1863 als Privatdozent für Mathematik und Physik an seiner Alma Mater zu lehren.⁶¹ Es war in dieser Zeit, als der Jenaer Mechaniker Carl Zeiss an den jungen Privatdozenten herantrat und ihn um fachliche Unterstützung bei der Herstellung seiner Mikroskopsysteme bat. Bislang wurden solche Instrumente im Zuge eines Probierversfahrens hergestellt. Aber Zeiss war der Überzeugung, dass eine wissenschaftliche Durchdringung der Mikroskopoptik möglich sein müsse. Gemeinsam mit Abbe überarbeiteten sie den Herstellungsprozess der Instrumente und nach einigen Jahren hatten sie Erfolg. Die neuen Systeme übertrafen die alten Mikroskope bald bei Weitem. Im Zuge des Aufstiegs der modernen Naturwissenschaften war dies ein entscheidender Vorteil. Die allgemeine Nachfrage nach genauen Instrumenten nahm zu, und die optische Werkstatt von Zeiss wandelte sich innerhalb der 1880er/90er zu einem weltweit operierenden Großbetrieb.⁶² Zusammen mit dem Chemiker Otto Schott entwickelten Zeiss und Abbe zudem neue optische Gläser. Mit dem Glaslaboratorium Schott & Genossen gründeten sie einen zweiten Betrieb, der die Gläser für die optische Werkstatt lieferte. In den 1890er/1900er Jahren entwickelte sich das Unternehmen Schott ebenfalls zu einem breit aufgestellten

61 Vgl. Felix Auerbach, Ernst Abbe. Sein Leben, sein Wirken, seine Persönlichkeit, nach den Quellen und aus eigener Erfahrung geschildert, Leipzig 1922, S. 1-115.

62 Vgl. Edith Hellmuth/Wolfgang Mühlfriedel, Zeiss 1846–1905. Vom Atelier für Mechanik zum führenden Unternehmen des optischen Gerätebaus, Köln/Weimar 1996, S. 65-89, 115-155, 198-239.

Großbetrieb für verschiedene Glasprodukte.⁶³ Der wirtschaftliche Erfolg von Zeiss und Schott bescherte dem vormals mittellosen Privatdozenten Abbe seinen Lebensweg zu hinterfragen. Er hatte sich bestenfalls ein relativ bescheidenes Auskommen als Universitätsprofessor erhofft. Die neuen Möglichkeiten als Fabrikherr mit Einfluss und stetig wachsendem Besitz hatte er nicht erwartet, und sie waren ihm sogar unangenehm, vor allem, weil sie mit einem Ansehensverlust im bildungsbürgerlichen Universitätsmilieu verbunden waren: »Es ist ihm schon lange drückend, daß er von den Universitäts-Genossen als Geldmacher angesehen wird«⁶⁴, berichtete ein Vertrauter. Als Mitglied der Universität Jena kannte Abbe die dortigen finanziellen Verhältnisse. Sie hatte den »zweifelhaften Ruhm, in Deutschland die Universität mit dem geringsten Einnahmeetat zu sein.«⁶⁵ Gleichzeitig wurde gerade durch die boomenden Naturwissenschaften ein allgemeiner Ausbau der aufstrebenden Fachbereiche notwendig. Da die Universität Jena nur bedingt mit staatlichen Mitteln rechnen konnte, wurde Abbe 1886 selbst aktiv. Er gründete einen *Ministerialfonds für wissenschaftliche Zwecke*, der der Universität Jena zunächst jährlich 6.000 Mark Unterstützung für die Naturwissenschaften und Mathematik zusagte.⁶⁶ Eine Bedingung des Fonds war, dass der Ursprung der Gelder geheim gehalten werden musste. Doch der Fonds stellte nur ein Provisorium dar. Schon ein Jahr später verfasste Abbe eine Denkschrift, in der er ein größeres Engagement vorbereitete. Er wollte seine Anteile an den Unternehmen Zeiss und Schott nach seinem Tod dem Herzogtum Sachsen-Weimar-Eisenach vererben, mit der Verpflichtung, die Wirtschaftsbetriebe zu verwalten und aus den jährlichen Erträgen die Universität Jena zu unterstützen. Eine Erbschaft an die Nachkommen war für Abbe ebenso wenig naheliegend wie für Carnegie (auch Abbe hatte eine

63 Vgl. ebd., S. 90-113; Uta Hoff/Jürgen Steiner, Vom Versuchslaboratorium zum Weltunternehmen. Das Jenaer Glaswerk 1884–1934, in: Jürgen John/Volker Wahl (Hg.), Zwischen Konvention und Avantgarde. Doppelstadt Jena-Weimar, Weimar/Köln 1995, S. 209-232.

64 Heinrich Eggeling an Adolf Guyet am 7. Januar 1891, in: Ernst Abbe, Werden und Wesen der Carl-Zeiss-Stiftung an der Hand von Briefen und Dokumenten aus der Gründungszeit (1886–1896), Jena 1940, S. 141.

65 Max Steinmetz (Hg.), Geschichte der Universität Jena 1548/58–1958. Festgabe zum vierhundertjährigen Universitätsjubiläum. Bd. I: Darstellung, Jena 1958, S. 463.

66 Ernst Abbe, Werden und Wesen der Carl-Zeiss-Stiftung an der Hand von Briefen und Dokumenten aus der Gründungszeit (1886–1896), Jena 1940, S. 12.

Tochter): »Eine natürliche Anwartschaft auf den Ertrag aus jenen Unternehmungen im Sinne des obigen Gedankenganges hat allein die Universität Jena. Sie ist die eigentliche Nährmutter derselben; wenn die Universität nicht wäre, bestünde auch nichts von diesen Unternehmungen.«⁶⁷

Die Regierung des Herzogtums Sachsen-Weimar-Eisenach war ob dieses unverhofften Angebots überrascht. Sie scheute das Risiko, das mit der Übernahme und Verwaltung eines privatwirtschaftlichen Unternehmens auf sie zukam. Die zündende Idee entstand, als ein Beamter des Staatsministeriums die Errichtung einer Stiftung vorschlug, die rechtlich den Status einer juristischen Person haben sollte. Diese sollte die Unternehmen nach Abbes Tod weiter verwalten und die Gewinne in seinem Sinne verausgaben. Ernst Abbe war von dem Gedanken angetan. Bis 1889 hatte er die nötigen Schritte vorbereitet, so dass es zur Gründung der Carl Zeiss-Stiftung kommen konnte, benannt nach seinem langjährigen Partner, der im Jahr zuvor verstorben war.⁶⁸

Mit der Stiftungsgründung war Abbe aber noch immer nicht vollständig zufrieden. Sein persönliches Vermögen wuchs ständig weiter. Im Jahr 1891 entschloss er sich, seine Unternehmensanteile bei Zeiss und Schott schon zu Lebzeiten an die Carl Zeiss-Stiftung abzutreten. Er wollte ab jetzt nur noch als Manager für die Betriebe arbeiten. Zusätzlich konnte er den Sohn seines verstorbenen Partners, Roderich Zeiss, dazu bewegen, dass auch dieser seine Anteile an die Stiftung verkaufte. Mit Otto Schott wiederum kam Abbe überein, dass dieser nach seinem Tod ebenfalls seine Anteile am Glaswerk an die Stiftung übertrug. Somit kam die Carl Zeiss-Stiftung vollständig in den Besitz der beiden Unternehmen Zeiss und Schott (Otto Schott trat seine Anteile am Glaswerk im Jahr 1919 an die Stiftung ab).⁶⁹

Bis 1896 erarbeitete Abbe ein Statut für die Stiftung. Die Aufgaben der Stiftung hatten sich wesentlich erweitert. Neben der Förderung der Naturwissenschaften und Mathematik an der Universität Jena sollte die Stiftung die Unternehmen Zeiss und Schott führen und für die Zukunft erhalten. Weiterhin war es ihre Aufgabe, der Arbeiterschaft innerhalb der Betriebe eine

67 Ebd., S. 40.

68 Vgl. ebd., S. 79-117.

69 Vgl. ebd., S. 118-221, 230.

gesunde Lebensgrundlage zu ermöglichen sowie darüber hinaus im lokalen Umfeld Entfaltungsmöglichkeiten zu eröffnen. Ziel war es, soziale Missstände in Folge der Industrialisierung zu beheben und die Arbeiter stärker in die Jenaer Stadtgesellschaft zu integrieren.⁷⁰ In seiner Begründung zum Stiftungsstatut erläuterte Abbe diese neue Schwerpunktsetzung: »Als ein dringendes Volks- und Staatsinteresse gilt unbestritten die Erhaltung, beziehungsweise Wiedererneuerung eines breiten gesunden Mittelstandes, dessen Glieder noch Vollbürger sein können [und] nicht hinsichtlich der persönlichen und bürgerlichen Verhältnisse schon auf irgend einer Zwischenstufe zum Helotentum stehen«. Die »Großindustrie [treibe] zu Lasten der Gesamtheit gemeinschädlichen Raubbau auf die physische Volkskraft«⁷¹, wenn sie weiterhin die Industriearbeiterschaft ausbeute und nicht eine angemessene Lebensgrundlage ermögliche. Mit der Wissenschaftsförderung hatte Abbes gemeinnütziges Engagement begonnen. Mit dem Stiftungsstatut trat die soziale, rechtliche und politische Integration der Arbeiterschaft in die bürgerliche Gesellschaft als weitere große Stiftungsaufgabe hinzu.

Ernst Abbe forderte damit nicht nur von den Vermögenden die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung, sondern stellte insgesamt die Verbindung von Wirtschaft und Gesellschaft auf eine neue Grundlage, indem er die Betriebe Zeiss und Schott in Stiftungsunternehmen umwandelte. Zwar müssten die Firmen sich am Markt im Wettbewerb behaupten, aber das solle sie nicht dazu animieren, sich anderweitig Vorteile zu Lasten der Gesellschaft zu verschaffen. Nachdem Abbe seine Unternehmensanteile an die Stiftung abgetreten hatte, trat er als Geschäftsleiter und Bevollmächtigter der Stiftung weiterhin in die Leitung der Betriebe Zeiss und Schott ein. In dieser Zeit wandelten sich die Unternehmen zu Großbetrieben, wurden stetig ausgebaut und diversifizierten ihr Angebot.⁷²

70 Vgl. § 1, Statut der Carl Zeiss-Stiftung, in: Ernst Abbe, Vorträge, Reden und Schriften sozialpolitischen und verwandten Inhalts, Jena 1921, S. 264.

71 Ernst Abbe, Motive und Erläuterungen zum Entwurf eines Statuts der Carl Zeiss-Stiftung, Nachtrag zum zweiten Entwurf, Mai 1896, in: Ernst Abbe, Sozialpolitische Schriften, Jena 1906, S. 347, 351.

72 Vgl. Edith Hellmuth/Wolfgang Mühlfriedel, Zeiss 1846–1905. Vom Atelier für Mechanik zum führenden Unternehmen des optischen Gerätebaus, Köln/Weimar 1996, S. 198-239.

Das Stiftungsstatut Abbes führte eine Verrechtlichung der Arbeitsbeziehungen ein, die eine klare Absage an patriarchalische Strukturen im Unternehmen darstellte. Hier zeichnet sich ein großer Unterschied zur Philanthropie Carnegie'scher Prägung ab. Der Dienstvertrag regelte detailliert die Rechte und Pflichten der Arbeitnehmer. Über die Betriebe hinaus sollten die Unternehmen keinen Einfluss auf ihre Angestellten ausüben können. Als Interessenvertretung sollten die Arbeiter einen Betriebsausschuss wählen, der jederzeit Fragen an die Geschäftsleitungen stellen durfte und von dieser angehört werden musste. Als Ausgleich für die nicht zu vermeidende Kräftezehrerung der industriellen Arbeitstätigkeit mussten die Betriebe auf eigene Kosten einen Pensionsfonds einrichten, dessen Leistungen über die – in Abbes Augen unzureichende – allgemeine Altersversorgung im Deutschen Reich hinaus ging.⁷³ Gleichzeitig übernahmen sie 50 % der Kosten für eine Betriebskrankenkasse. Eine Gewinnbeteiligung zum Ende jedes Geschäftsjahres sollte die Arbeiter am Unternehmenserfolg teilhaben lassen, was in Kombination mit einem betriebsweiten Mindestlohn auf Branchendurchschnitt ein flexibles Instrument der konjunkturellen Lohnanpassung darstellte. Zum Schutz vor Kündigungen musste an alle Arbeitnehmer Entschädigungen im Fall einer betriebsbedingten Entlassung gezahlt werden.⁷⁴

Darüber hinaus förderte die Carl-Zeiss-Stiftung den Bau von Bildungsanstalten und medizinischer Einrichtungen, und mit der Gründung der Jenaer

73 Vgl. § 56-62, 64-75, Statut der Carl Zeiss-Stiftung, in: Ernst Abbe, Vorträge, S. 287-295; Ernst Abbe, Welche sozialen Forderungen soll die Freisinnige Volkspartei in ihr Programm aufnehmen? B. Arbeiterschutz. Rede gehalten am 21. März 1894 im Freisinnigen Verein zu Jena, in: Ernst Abbe, Sozialpolitische Schriften, Jena 1906, S. 26-56; Ernst Abbe, Motive, S. 52; Ernst Abbe, Über die Aufgaben des Arbeiterausschusses. Vortrag in der Sitzung des Arbeiterausschusses der Firma Zeiss am 27. Januar 1902, in: Ernst Abbe, Sozialpolitische Schriften, S. 250-261.

74 Vgl. § 63, 66-67, 71, 76-81, Statut der Carl Zeiss-Stiftung, in: Ernst Abbe, Sozialpolitische Schriften, S. 290-292, 295-299; SCHOTT Archiv, Nr. 28/2a, Statut der Betriebs-Krankenkasse der Optischen Werkstätte von Carl Zeiss in Jena, 29. Dezember 1892; Ernst Abbe, Über Gewinnbeteiligung der Arbeiter in der Großindustrie. Vortrag gehalten in der Staatswissenschaftlichen Gesellschaft zu Jena am 28. Januar 1897, in: Ernst Abbe, Sozialpolitische Schriften, S. 102-118. Ernst Abbe, Über die Grundlagen der Lohnregelung in der Optischen Werkstätte. Rede gehalten in einer allgemeinen Versammlung der Geschäftsangehörigen der Firma Carl Zeiss am 15. Dezember 1897, in: Ernst Abbe, Sozialpolitische Schriften, S. 119-156.

Baugenossenschaft sollte die drängende Nachfrage nach bezahlbarem Wohnraum in der schnell expandierenden Industriestadt Jena gelöst werden.⁷⁵ Das größte Einzelprojekt der Stiftung in den ersten 15 Jahren ihres Bestehens war die Errichtung des Jenaer Volkshauses. Der Bauaufwand belief sich auf knapp über eine Million Reichsmark.⁷⁶ Darin fanden neben der durch die Jenaer Bürgerschaft getragene öffentliche Lesehalle zudem ein großer Versammlungssaal, Ausstellungsräume, ein Instrumentenmuseum und die Großherzogliche Gewerbeschule Unterkunft. Den Anstoß zu dem Projekt gab der Umstand, dass die Jenaer Sozialdemokraten nach Auslaufen des Sozialistengesetzes noch immer sozial und politisch unterdrückt wurden. An der öffentlichen Lesehalle, die durch die Carl Zeiss-Stiftung mit großem Einsatz unterstützt wurde, regte sich Mitte der 1890er Jahre Kritik aus bürgerlichen Kreisen, da dort auch sozialdemokratische Zeitungen ausgelegt wurden. Zur gleichen Zeit verweigerten die örtlichen Wirte den Sozialdemokraten die Benutzung öffentlicher Versammlungssäle. Abbe war Mitglied der linksliberalen Freisinnigen Volkspartei. Er verstand Politik als freien Meinungsaustausch und politischen Wettbewerb um die Gunst der Wähler. Repressive Maßnahmen gegen einzelne politische Strömungen widersprachen seinem Weltbild. Deswegen setzte er sich für die örtlichen Sozialdemokraten ein. Das 1901 fertiggestellte Volkshaus entwickelte sich zu einem neuen Mittelpunkt des Jenaer Stadtlebens, in dem Bürgerschaft und Arbeiterschaft einander näher kamen.⁷⁷ Seine Bedeutung wuchs jedoch über den

75 Siehe zum Beispiel: SCHOTT Archiv, Nr. 5/38, Die Jenaer Baugenossenschaft (E.G.m.b.H.) und ihre bisherige Tätigkeit, Bericht des Baugenossenschafts-Aufsichtsrates vorgetragen durch ihren Vorsitzenden Gustav Fischer, Ostern 1900. SCHOTT Archiv, Nr. 5/66, Zusammenstellung der Verwilligungen aus der Carl Zeiss-Stiftung seit 1. April 1886, 24. November 1900. Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 9211, Ausgabenübersicht der Carl Zeiss-Stiftung nach § 1B 1890/91–1901/02, 24. Februar 1902/11. März 1903. SCHOTT Archiv, Nr. 5/73, Zusammenstellung der Verwilligungen aus der Carl Zeiss-Stiftung in der Zeit vom 1. April 1886 bis 30. September 1904, 25. April 1905.

76 Vgl. Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 189, Bericht des Stiftungskommissars Vollert an das preußische Innenministerium, Oktober 1903.

77 Vgl. Ernst Abbe, Die rechtswidrige Beschränkung der Versammlungsfreiheit im Großherzogtum Sachsen. Rede gehalten in öffentlicher Versammlung zu Jena am 17. November 1900, in: Ernst Abbe, Sozialpolitische Schriften, S. 170-202; vgl. Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 44, Die Freigabe des Turnsaales des Turnvereins Jena zu Versammlungen jeder Art, Bericht zur Rede von Ernst Abbe, Jenaer Volksblatt, 27. Juli 1897; vgl. Carl Zeiss Archiv,

lokalen Rahmen hinaus: Jena war im Zeitraum von 1890 bis 1914 als einzige Stadt dreimaliger Gastgeber des reichsweiten Parteitagés der SPD.⁷⁸

Die Unterstützung der Universität Jena hatte ebenfalls entscheidende struktur- und wissenschaftspolitische Auswirkungen. Sie war zu Ende des 19. Jahrhunderts zu einer Durchgangsstation für junge Wissenschaftler geworden, bevor diese an prestigeträchtigeren Universitäten abberufen wurden. Mit Gehaltsunterstützungen für einzelne Wissenschaftler versuchte Abbe, diesem Trend gegenzusteuern und wichtige Gelehrte zu halten. Bald wurden ganze Lehrstühle durch die Stiftung finanziert, auch über den Rahmen der Naturwissenschaften hinaus.⁷⁹ Bis 1907 modernisierte die Stiftung die Institute für Physik, Chemie, Botanik, Astronomie, Mineralogie, Hygiene sowie technische Chemie und Physik.⁸⁰ In den ersten 20 Jahren ihres Bestehens zahlten Ministerialfonds und Stiftung insgesamt 2,1 Millionen Reichsmark an die Universität, 80 % davon im zweiten Jahrzehnt, und erweiterte das Universitätsbudget damit um knapp die Hälfte (im selben Zeitraum betrug die Zuschüsse von staatlicher Seite 4,7 Millionen Reichsmark).⁸¹ Sie ermöglichte den Auf- und Ausbau der Naturwissenschaften in einem Maße, wie es von Seiten des Staates alleine nicht möglich gewesen wäre, und trug wesentlich zu einer Profilbildung bei, die bis heute nachwirkt.

Im Vergleich der beiden Unternehmer und Stifter Andrew Carnegie und Ernst Abbe zeigen sich Gemeinsamkeiten und Unterschiede. Beide waren

Bestand BACZ, Nr. 43, Lokales, Jenaer Volksblatt, 18. Juli 1899 (Erklärung von Ernst Abbe); vgl. Carl Zeiss Archiv, Bestand BACZ, Nr. 43, Erklärung, Jenaer Volksblatt, 20. Juli 1899 (Erklärung des Vorstandes des Jenaer Lesehallen-Vereins); vgl. Siegfried Czapski, Zur Einweihung des Volkshauses in Jena, Rede gehalten am 01. November 1903, in: Andreas Flitner/Joachim Wittig: Technik – Optik – Soziale Kultur, S. 483-489.

78 Vgl. Protokoll über die Verhandlungen des Parteitagés der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten zu Jena vom 17. bis 23. September 1905, Berlin 1905; Protokoll über die Verhandlungen des Parteitagés der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena vom 10. bis 16. September 1911, Berlin 1911; Protokoll über die Verhandlungen des Parteitagés der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Abgehalten in Jena vom 14. bis 20. September 1913, Berlin 1913.

79 Vgl. Max Steinmetz (Hg.), Geschichte der Universität Jena, S. 478-483.

80 Vgl. ebd., S. 502.

81 Vgl. Wolfgang Wimmer, Das Verhältnis von Carl-Zeiss-Stiftung und Zeisswerk zur Universität bis 1933, in: Matthias Steinbach/Stefan Gerber (Hg.), »Klassische Universität« und »akademische Provinz«. Studien zur Universität Jena von der Mitte des 19. bis in die dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts, Jena 2005, S. 69.

soziale Aufsteiger, die sich durch Fleiß bzw. Talent von ihren Klassenschranken befreit haben. Herkunft und Aufstieg prägte beide Stifter später in ihrem philanthropischen Wirken. Carnegie sei es gleichsam als seine naturgegebene Verpflichtung an, als einer der »exceptional manager of men« zum Wohle der ganzen Menschheit (oder wenigstens der amerikanischen Menschheit) beizutragen, bei Abbe war es konkreter die Universität Jena, der er seine Ausbildung und letztlich sein Vermögen durch den Einstieg bei Zeiss zu verdanken hatte, der er sich verpflichtet fühlte. Beide wollten dem »Helotentum« der Arbeiterschaft abhelfen, Carnegie durch Hilfe zur Selbsthilfe, Abbe durch Verrechtlichung der Beschäftigungsverhältnisse. Carnegie und Abbe, die beide nur Töchter als Erben hatten, sahen ihre Nachkommen nicht als rechtmäßige Empfänger ihres gesamten Vermögens, sondern die Allgemeinheit.

Im Vergleich zu Abbe legte Carnegies Stiftertätigkeit einen stärkeren Fokus auf den Zugang zum Wettbewerb am freien Markt, weniger auf eine Veränderung von Staat und Gesellschaft. Dies war ein Resultat der unterschiedlichen politischen und sozialen Ordnungen der Vereinigten Staaten und dem deutschen Kaiserreich und deren Auswirkung auf die persönliche Problemwahrnehmung. Auf der einen Seite des Atlantiks bestanden weitreichendere politische Freiheitsrechte, die sich auf die sozialen Gegebenheiten auswirkten, während diese in Deutschland erst noch erstritten werden mussten. Abbe legte zwar ebenfalls Wert auf das Organisationstalent des Unternehmers und Stifters, doch sah er darin keine Exklusivität einer sozialen Oberklasse. Abbes Verständnis von Gesellschaft, sozialem Aufstieg und Bürgertum entsprang einem ausgleichenden und sozialen Liberalismus.

Beide Protagonisten entwickelten eigenständige Lösungsmodelle für die von ihnen wahrgenommenen Probleme in ihrem Umfeld. Abbes Sozialpolitik und Wissenschaftsförderung wie auch Carnegies Friedensarbeit und Bildungsmaßnahmen zielten darauf, die sozialen Bindekräfte im Zuge der Modernisierung und der Entstehung einer differenzierten Leistungsgesellschaft zu stärken. Ihr Ziel war ausdrücklich, nicht caritativ-mildtätig zu wirken, sondern nachhaltige gesellschaftliche Veränderung herzustellen. Damit wird ein wesentlicher Unterschied zwischen Stiftungen und Mäzenatentum deutlich, da erstere (nicht nur) aus Prestige Gründen, sondern aus moralischen Gründen auf Vermögen verzichteten und dieses in (politischen) Einfluss umwandelten.

IV Die Bürgerstiftung heute als ein Weg aus der Postdemokratie?

Die historischen Beispiele dürften verdeutlicht haben, dass Stiftungen nicht angemessen gewürdigt werden können, wenn man in ihnen Willkürakte vermögender Persönlichkeiten sieht, die sich durch den Bau von Bibliotheken oder die Finanzierung von Universitätsinstituten ein philanthropisches Denkmal setzen wollen, oder etwa gar als Steuersparmodelle für Reiche, die ihr Geld nachhaltiger verwaltet sehen wollen, als sie es ihren natürlichen Erb_innen zutrauen. Stiftungen, oder genauer: die ihrer Gründung zugrunde liegenden Stiftungswillen sind auch immer schon politisch gefärbt, sei es mit einer patriarchalisch-sozialdarwinistisch-wirtschaftsliberalen Inklination wie bei Carnegie, sei es mit einer an Verrechtlichung interessierten, sozial-liberalen Grundhaltung wie bei Abbe. Besonders die Erfolge der von Abbe initiierten Carl-Zeiss-Stiftung haben gezeigt, dass konkrete politische Verbesserungen vor allem im lokalen bzw. regionalen Bereich möglich sind. Arbeitnehmerrechte, Bildungsinitiativen und Wissenschaftsförderung können noch immer Stiftungsziele sein, aber es gibt darüber hinaus neue Themen wie den Umweltschutz, Forderungen nach mehr Transparenz oder Verbraucherschutz. Stiftungen berühren grundsätzlich keine staatlichen Kernaufgaben, sondern kümmern sich eher um sogenannte *soft powers*, wie Kultur, Soziales, Wissenschaft und Bildung. Das Ziel von Stiftungen sollte nicht der Ersatz von Staat sein, sondern seine Ergänzung durch bürgerschaftliches Engagement. Stiftungen benötigen wirtschaftliche und politische Stabilität als Grundvoraussetzung für ihre Arbeit und sind deshalb auf einen starken und ausgleichenden Staat angewiesen. Gleichzeitig können sie in ihrem (lokalen) Rahmenfeld flexibler, risikoreicher und innovativer als staatliche Akteure agieren. Sie ergänzen damit nicht nur staatliche Aufgaben, sondern können auch Beispiele und Vorbilder für staatliches wie gesellschaftliches Handeln liefern. In Ergänzung zu den von Colin Crouch genannten Beteiligungsmöglichkeiten als möglicher Auswege aus der Postdemokratie könnte man daher anführen, dass Stiftungen eine mögliche Handlungsweise bieten können, mit der Bürger auf gesellschaftliche Entwicklungen einwirken, Politik alternativ zu Regierungshandeln gestalten und eventuell sogar die Praktiken unserer gegenwärtigen demokratischen Systeme wandeln können. Gerade das Modell der noch relativ jungen *Bürgerstiftungen*, bei denen sich

weder Stahlmagnaten noch Unternehmer der optischen Industrie, sondern ganz normale Bürger_innen als gemeinschaftlich engagierte Akteure zur Gründung einer Stiftung zusammentun, mit kleineren Beträgen lokale Belange unterstützen und ehrenamtlich tätig sind, kann einen gemeinschaftlichen Weg zu mehr Verantwortung und Mitgestaltung durch die Zivilgesellschaft anbieten.⁸² Sie zeigen einen Ausweg, um dem Einfluss von Wirtschaftseliten entgegenzuwirken, Transparenz einzufordern und öffentliche Aufklärung zu betreiben. Bürgerstiftungen könnten ein Mittel sein, die schon in der Definition der Demokratie angelegte Form der Bürgerbeteiligung, die sich in den 1960er bis 1980er Jahren in den westlichen Ländern zu einer neuen Form der Politik gewandelt hatte⁸³, konstruktiv einzubinden. Wenn spezifische Interessenverbände immer stärker Einfluss auf Politik nehmen, so können dies auch Bürgerinitiativen durch eigene Medienpräsenz und Lobbyarbeit. Damit würde man nicht einer »monitory democracy«⁸⁴, einer ausgehöhlten Demokratie unter außerparlamentarischer Kontrolle, Vorschub leisten, sondern vielmehr die innere Erweiterungsfähigkeit und Multiplizität von Demokratien in einer postmodernen Welt ermöglichen.⁸⁵

Um aber zu verhindern, dass zivilgesellschaftliche Initiativen alleine durch bestimmte politisch engagierte Bevölkerungsschichten als Mittelklassenphänomen entstehen und Unterschichten ausklammert, müssen sich diese auf doppelte Weise um eine Inklusion breiter sozialer Gruppierungen kümmern. Auch hier kann man von den Beispielen aus dem 19. Jahrhundert lernen: Zum einen sollten sich Bürgerstiftungen zum Anliegen machen, durch allgemeine politische Bildungsinitiativen um bildungsferne Schichten von den Möglichkeiten des Engagements für die Allgemeinheit zu überzeugen; zum anderen sollten sie leichtere Zugangsbedingungen schaffen für potenzielle Stiftungsmitglieder. Bürgerstiftungen sollten ihre Mitglieder beispiels-

82 Vgl. Andreas Schlüter/Peter Walkenhorst, Bürgerstiftungen als neue Organisationsform gemeinnützigen Engagements, in: Bertelsmann Stiftung, Gütersloh, 2000, S. 11-25.

83 Vgl. Ulrich Beck, Die Erfindung des Politischen, Frankfurt a. M. 1993, S. 156; Dirk Jörkes, Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2 (2011), S. 14.

84 Zit. n. Paul Nolte, Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 1-2 (2011), S. 11.

85 Vgl. ebd., S. 9 f.; Christoph Möllers, Demokratie. Zumutungen und Versprechen, Berlin 2008.

weise nicht nur durch die monetäre Spendentätigkeit auswählen, sondern auch die Verfügungsstellung von Zeit in Form von ehrenamtlichem Engagement sollte gewürdigt und ausgebaut werden.

Ernst Abbe machte im Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert deutlich, wie soziale Integration in lokalem Rahmen möglich war. Durch eine Verstärkung des zivilgesellschaftlichen Einflusses in der Politik würde weiterhin der »normative [...] Gehalt des Demokratiebegriffes«⁸⁶ bewahrt werden, da mit diesem Schritt die Handlungsweisen und nicht die Systeme als solche als demokratisch begriffen werden können. Durch die Dezentralisierung von politischer Macht und die vertikale Streuung von Einfluss durch die Berücksichtigung von aktiver Bürgerbeteiligung wird die Demokratie nicht ausgehöhlt, sondern gestärkt. Dies ist keine Weisheit des 21. Jahrhunderts, sondern eine Beobachtung, die bereits in Alexis de Tocquevilles' Überlegungen aus dem Jahr 1835 angelegt war.

86 Dirk Jörkes, Bürgerbeteiligung, S. 18.

Ein kampflustiger Regierungskritiker? Zum Verhältnis von Kunst und Politik in Projekten James Ensors

Der Künstler als Akteur im gesellschaftspolitischen Diskurs seiner Zeit nimmt eine Sonderrolle ein. Das wirft Fragen auf: Welche Formen von politischem Aktivismus tauchen auf? Unterscheidet sich die Partizipation von derjenigen des »Durchschnittsbürgers«? Welche Themen beschäftigen den Künstler besonders? Was sind die Orte seines politischen Handelns und wie verändert er seine Umwelt? Beeinflusst sein Status die Wirkung seines Engagements? Ohne die alte Debatte um den künstlerischen Rigorismus – *l'art pour l'art* – und sein Gegenspiel – *l'art engagé* – hier fortführen zu wollen, ist es aus kunsthistorischer Perspektive doch immer herausfordernd, das politische Engagement von Künstlern in einen Bezug zu ihren Werken zu bringen. Der vorliegende Beitrag nimmt diese Herausforderung an, indem er die Aufmerksamkeit auf einen Künstler und sein Engagement richtet, der – um Colin Crouchs Idee des parabelhaften Verlaufs der Demokratie¹ zu bemühen – am aufsteigenden Teil der Parabel verortet werden kann: James Ensor (1860–1949) für die Phase der »Prädemokratie« bis hin zum Zenit der Parabel – und in einem Ausblick zu Ende Christoph Schlingensiefel (1960–2010) für die Phase vom demokratischen Zenit bis zur Postdemokratie.

Beim Maler und Graphiker James Ensor, der den Großteil seiner Lebensjahre in seiner Heimatstadt Ostende an der belgischen Küste verbrachte, sind verschiedene Arten der politischen Intervention zu beobachten. Bereits in seinem dunkeltonigen realistischen Frühwerk (ca. 1873–1884) reizten den Maler typische Figuren der Landbevölkerung. Bekannte Bilder zeigen Ruderer, Fischer, Lampenjungen, Wilderer, Näherinnen und auch Trinker. Insofern sind Ensors frühe Figuren typisch für die Vorliebe des späten des 19. Jahrhunderts, den »einfachen Mann aus dem Volk« in seinem »echten,

1 Vgl. Colin Crouch, *Postdemokratie*, Frankfurt a. M. 2008, S. 30 f.

tätigen Verhältnis zur Wirklichkeit« darzustellen – eine Epoche, die den gesellschaftlichen Umbrüchen der Industrialisierung z. T. eskapistisch begegnet. Daher die Vorliebe für den idealisierten Landmann: »[...] zwischen ihm und der Welt gibt es noch keine Entfremdung.«² Michel Draguet zufolge stellt Ensor einfache Arbeiter in seine Landschaften, weil er in ihnen keine Heuchelei sieht, weil sie authentisch sind und daher »subjects of pure presence«.³ Das Bild »Die Trinker« von 1883, das Susan M. Canning als »Realist-oriented work« bezeichnet, behandelt beispielsweise den Alkoholismus in der Unterschicht als gesellschaftsrelevantes Thema.⁴ Ensor beobachtet diese Figuren in seinen Bildern jedoch nicht mit einem moralisierenden, sondern vielmehr einem neugierigen Blick, sodass die Werke seiner Frühphase als erste Manifestationen seines späteren Interesses am Phantastischen und Grotesken interpretiert worden sind. Die These, dass Ensors Spielart des Grotesken, die sich in der mittleren Schaffensphase (ca. 1884–1910) mit dem Phantastischen vermischt, bereits im Frühwerk angelegt ist – ausgerechnet in der Figur des Mannes aus dem Volk, die für andere Interpreten das Paradebeispiel für Ensors frühen Realismus darstellt – vertritt Clemens Otnad: »Die derben Physiognomien Ostender Volkscharaktere sind als Zwischenwesen im Übergang zu Ensors Maskenbildern und dämonischen Imaginationen zu sehen.«⁵

Über Ensors Frühwerk besteht also Uneinigkeit in der Forschung. Dagegen herrscht weitgehend Einklang, dass Ensors kurze Ausbildungsphase an der Brüsseler Kunstakademie von 1877 bis 1880 kaum einen Einfluss auf seine Kunst hatte. Allenfalls stärkte sie sein Missfallen an überholten Strukturen.

2 Werner Hofmann, *Das Irdische Paradies. Motive und Ideen des 19. Jahrhunderts*, München 1991, S. 104.

3 Michel Draguet, *Ensor: A Theater of Matter*, in: Anna Swinbourne (Hg.), *James Ensor, Kat. Ausst. (The Museum of Modern Art, New York 28.6.–21.9.2009)*, New York 2009, S. 90–101, hier: S. 93.

4 Vgl. Susan M. Canning, *James Ensor: Carnival of the Modern*, in: Anna Swinbourne (Hg.), *James Ensor, Kat. Ausst. (The Museum of Modern Art, New York 28.6.–21.9.2009)*, New York 2009, S. 28–43, hier: S. 31. Abb. Xavier Tricot, *James Ensor, Ostfildern 2009*, Katalognummer 249.

5 Clemens Otnad, in: *Kat. Ausst. (Galerie Albstadt 14.3.–16.5.1999 u. a.) James Ensor (1860–1949) Visionär der Moderne. Gemälde, Zeichnungen und das druckgraphische Werk aus der Sammlung Gerard Loobuyck, Albstadt 1999*, S. 90.

Wichtig für Ensors geistige Entwicklung waren hingegen seine gleichaltrigen Freunde an der Akademie und insbesondere der intellektuelle Austausch im Haus der Familie Rousseau, die er über den Dichter und Kritiker Théo Hannon (1851–1916) kennenlernte, den Bruder der Hausherrin Mariette Rousseau (1850–1926), einer Botanikerin und Mykologin. Deren Gatte Ernest Rousseau (1831–1908) lehrte vor seiner Ernennung zum Rektor an der von Freimaurern gegründeten Brüsseler Université Libre Geometrie.⁶ Im Hause Rousseau verkehrten dem Anarchismus nahestehende Intellektuelle und Vertreter der neu gegründeten sozialistischen Partei Belgiens. Teilnehmer der Salons waren beispielsweise Hector Denis, linker Parlamentarier, Élisée Reclus, Anarchist und Geograph, sein Bruder Élis Reclus und deren Schwester Louise Reclus-Dumesnil, der Autor Camille Lemonnier, der Autor und spätere Ensor-Biograph Eugène Demolder, sowie Edmond Picard, sozialistischer Anwalt und Dramatiker. Der Rousseau-Hannon-Clan wurde gleichsam Ensors zweite Familie, die ihn unterstützte und protegierte. Seine sozialen Kontakte wirkten sich auf seine Bildthemen aus, und unter den Mitgliedern der international einflussreichen Künstlervereinigung Les XX, die von 1883 bis 1893 existierte, war Ensor ein heftiger Kritiker der belgischen Politik, sozialer Missstände und Ungerechtigkeiten in der Justiz.⁷ Jane Block zufolge war das politische Klima Belgiens in jener Zeit für die Herausbildung kritischer Avantgarden prädestiniert. Das soziale Gefüge war durch den Zuzug französischer Exilanten durcheinander geraten und korrelierte mit den Forderungen der Bürger nach mehr Demokratie⁸, während sich König Leopold II. mehr für die Fortführung seiner menschenverachtenden Kolonialpolitik in Belgisch-Kongo interessierte, die ihm nicht nur in seinem Land, sondern auch international heftigste Kritik einbrachte. Im Rückblick bezeichnete sich der 65-jährige

6 »The founding of the Université Libre de Bruxelles was the crucial event which precipitated open political action. The study and dissemination of scientific, rationalist concepts, that is, the study of books and ideas proscribed by the Catholic Church, had been a fundamental activity of Speculative Freemasonry from its inception.«, David Hanser/Victor Horta, *Art Nouveau*, and Freemasonry, in: Jane Block (Hg.), *Belgium, the Golden Decades 1880–1914*, (Belgian francophone library, Bd. 3), New York 1997, S. 11–40, hier: S. 14.

7 Vgl. zu Les XX Eric Min, *James Ensor. Een biografie*, Antwerpen 2008, S. 68–73, sowie besonders Jane Block, *Les XX and Belgian Avant-Gardism 1868–1894*, Michigan 1984.

8 Vgl. Block, ebd. S. XV.

Ensor als »Revolutionär« und »kampflustigen Regierungskritiker«. ⁹ Bekannt sind seine politischen Karikaturen im Medium der Radierung wie beispielsweise »Doktrinäre Speisung« und »Belgien im 19. Jahrhundert« aus dem Jahr 1889. ¹⁰ Dazu kommen gesellschaftskritische humorvolle Arbeiten wie »Das Strandbad in Ostende« von 1899 oder die satirische Auseinandersetzung mit bestimmten Professionen wie in »Die Gendarmen« von 1888 sowie die Gemälde »Die guten Richter« von 1891 und »Die schlechten Ärzte« von 1892. ¹¹ In »Die guten Richter« kritisiert Ensor einen Gerichtsprozess, welcher flämischsprachigen Arbeitern in französischer Sprache gemacht wurde. Die Angeklagten verstanden kein Wort, hatten keinen Verteidiger und wurden unrechtmäßig verurteilt und exekutiert. »Die schlechten Ärzte« handelt von der Laienhaftigkeit und Gier der belgischen Ärzte, »Die Gendarmen« thematisiert den Aufstand der Fischer 1887 in Ostende und die Reaktion der Obrigkeit. In der Radierung »Doktrinäre Speisung« schluckt das Volk willig die Exkremente eines Universitätsrektors, eines Bischofs, Königs Leopolds II. (reg. 1865–1909), eines Politikers und eines Offiziers hinunter: Die Machthaber mögen die Anliegen der Bürger zwar kennen – auf den Schildern werden unter anderem Schulpflicht und allgemeines Wahlrecht gefordert –, handeln jedoch nicht entsprechend. Als Ensor im Jahr 1929 nobilitiert wurde, zerstörte er alle ihm zugänglichen Exemplare der Radierung, was als Indiz dafür gelten kann, dass es um die idealistischen Intentionen seiner frühen politischen Arbeiten nicht weit bestellt ist, da er gewöhnlich seine Werke zu beschützen versuchte. Während die »Doktrinäre Speisung« eine unterwürfige Menschenmasse zeigt, setzt sich die Menge in Belgien im 19. Jahrhundert aus wütenden Protestierenden zusammen, die von Gendarmen zur Ordnung gerufen werden. Leopold II. beobachtet das Geschehen als Gottvater aus dem Himmel durch ein Lorgnon, das ihn als kurzsichtig ausweist. Auf seinem

9 James Ensor, Discours pour la réception à l'Académie Royale de Belgique (1925), in: ders., *Mes Écrits ou les suffisances matamoresques*, Brüssel 1999, S. 20. Fast wortgleich in: James Ensor, Discours prononcé au banquet Ensor offert par les peintres d'Anvers (1922), in: ders., *Mes Écrits ou les suffisances matamoresques*, Brüssel 1999, S. 157.

10 Abb. hierfür siehe Patrick Florizoone (Hg.), *James Ensor. Les Bains à Ostende*, Brüssel 1996, Kat.nr. 26 und 27.

11 Vgl. zu den genannten Arbeiten im Folgenden: Ronny Gobin/Lieve Compernelle, *James Ensor, Satiriste*, Florizoone 1996, S. 175-191, bes. S. 179 und S. 183 ff. Abb. siehe Florizoone 1996, Kat.nr. 11, 23, 55 und 56.

Spruchband findet sich der verständnislose Aufruf zur Ruhe. Die Darstellung bezieht sich auf die belgische Protestwelle in den Jahren 1886 und 1887.

Ensor schreckte ab Mitte der 1880er Jahre vor keiner Kritik zurück: Am König, an der Regierung, der Kirche, der Armee, der Bourgeoisie und dem Proletariat, an Kunstkritikern und seinen Kollegen aus der Kunstszene und – mit einer guten Portion Ironie – auch an seiner eigenen Person. Niemand ist vor Pinsel und Radiernadel sicher. Die genannten Werke sind aber weniger als politisches Engagement einzustufen denn als zynische und spöttische Kommentare. Eine Intention, etwas verändern zu wollen, kann nicht festgestellt werden. Als Künstler nutzte Ensor die Möglichkeit der im Bild manifestierten Kritik und seine Bekanntheit, um auf Missstände seiner Zeit aufmerksam zu machen – die allerdings im Diskurs schon vorhanden sind. Die Masse artikuliert ihre Anliegen bereits auf der Straße und die Zeitungen und Flugblätter schreiben bereits darüber. Zum Teil lagen mehrere Jahre zwischen einem Vorfall und der Umsetzung des Themas im Bild.

Der Kriegsausbruch läutete für Ensor wie für viele andere europäische Künstler seiner Generation eine Phase der gesellschaftlichen Isolation und künstlerischen Stagnation ein. Am 4. August 1914 erreichten englische Kriegsschiffe Ostende, einige Tage später wurde ein deutscher Spion exekutiert. Doch schon am 17. Oktober 1914 trafen deutsche Truppen in Ostende ein, die die Stadt volle vier Jahre lang, bis zum 19. Oktober 1918, besetzten.¹² So wie Ostende ging es fast ganz Belgien. Bis zum Kriegsende blieb nur ein kleiner Teil des Landes unbesetzt.¹³ Im November 1914 hatten mehr als 25 Prozent der Belgier ihr Land verlassen; 600.000 von 2.000.000 Exilanten kehren erst nach Kriegsende in die Heimat zurück.¹⁴ Aufgrund der Zerstörung der Industrie durch die deutsche Besatzungsmacht trat Belgien in der Zwischen-

12 Vgl. Robert Lanoye, *L'Épopée ostendaise*, Ostende 1971, S. 101 ff.

13 Vgl. Jeffery Howe, Preface and Historical Outline, in: Kat. Ausst. (McMullen Museum of Art, Boston College 10.2.–22.7.2007) *A New Key. Modern Belgian Art from the Simon Collection*, hg. v. Jeffery Howe, Chestnut Hill/Mass. 2007, S. 3-6, hier: S. 5 f. Durch den Widerstand der Städte Antwerpen und Lüttich verzögert sich die Invasion durch die deutsche Armee. Vgl. Jeffery Howe, *A New Key: Modernism and National Identity in Belgian Art*, in: Kat. Ausst. (McMullen Museum of Art, Boston College 10.2.–22.7.2007) *A New Key. Modern Belgian Art from the Simon Collection*, hg. v. Jeffery Howe, Chestnut Hill/Mass. 2007, S. 53.

14 Vgl. Ebd., S. 53.

kriegszeit in den (wirtschafts-)politischen Hintergrund.¹⁵ Ensor entschied sich, Ostende nicht zu verlassen. Weder 1914 (noch 1940) schafften es seine Freunde, ihn vom temporären Exil zu überzeugen.¹⁶ Zwei Tage nach dem Einmarsch schrieb Ensor an die nach Großbritannien emigrierte Augusta Boogaerts: »Die Deutschen haben in großer Zahl in Ostende Einzug gehalten. Alles ist ruhig vonstattengegangen. Viele Leute sind froh, hiergeblieben zu sein und bisher ist alles ruhig und in Kürze werden wir vollständig belagert sein.«¹⁷

Theodor Kiefer zeichnet ein Bild der Situation Ensors, das zu der quietistischen Gelassenheit, mit der er den Einmarsch der deutschen Truppen beschreibt, nicht recht passen will: »Auch in Ostende zog das Militär ein und kurz darauf eine Sanitätsabteilung, um eine Krankensammelstelle einzurichten. [...] Die Tatsachen und Ereignisse übertrafen seine schlimmsten Erwartungen. Wie gelähmt saß er zu Hause, denn was sollte er ohne die geringste Anregung von außen beginnen? Jetzt hatte die Menschheit nur für Krieg Zeit und Geld; aber nicht für die Kunst. Die Verbindungen mit außen brachen ab. Ein geschäftlicher Handel verbot sich von selbst. Geselligkeit gab es nicht mehr. Vom Ausland erhielt er nicht einmal mehr ermunternde Briefe. Er saß untätig da, um sein Ende oder bessere Zeiten abzuwarten.«¹⁸ Ensor standen fortan qualitativ minderwertige Materialien zur Verfügung und er blieb ausschließlich im Atelier. Aus Furcht vor Spionen war es Malern untersagt, im Freien zu arbeiten.¹⁹ Eine Karikatur, die vermeintlich Kaiser Wilhelm II. zeigte, führte zu Ensors Verhaftung. In einem Brief an Fernand Bastin schrieb er dazu: »Ich musste vor ein deutsches Kriegsgericht. Der Grund: Die Zeichnung einer Allegorie des Krieges, die an den Minister der Vereinigten Staaten von Amerika gerichtet war. Das hat mir eine Gefängnisstrafe eingebracht, einen unerwarteten Freispruch und die Konfiszierung

15 Vgl. Jean-Patrick Duchesne, Die bildende Kunst, in: Johannes Koll (Hg.), Belgien. Geschichte Politik Kultur Wirtschaft, Münster i. Westf. 2007, S. 224-254, hier: S. 242.

16 Vgl. Yvan Dusausoit, James Ensor à la lumière d'Ostende, Belgien 1999, S. 9.

17 James Ensor, Brief an Augusta Boogaerts in England vom 19.10.1914, zit. n. Francine-Claire Legrand, ENSOR, la mort et la charme. Un autre Ensor, Antwerpen 1993, S. 47, Übersetzung I. D.

18 Theodor Kiefer, J. Ensor, Recklinghausen 1976, S. 120.

19 Vgl. Jeffery Howe, A New Key: Modernism and National Identity in Belgian Art, in: Kat. Ausst. (McMullen Museum of Art, Boston College 10.2.–22.7.2007) A New Key. Modern Belgian Art from the Simon Collection, hg. v. Jeffery Howe, Chestnut Hill/Mass. 2007, S. 53.

des Bildes.«²⁰In Belgien stationierte deutsche Maler, darunter Erich Heckel, konnten schließlich seine Freilassung bewirken.²¹

Nach dem Ersten Weltkrieg lebte Ensors politisches Engagement wieder auf, allerdings in anderer Form als zuvor, und auch die Themen verlagerten sich. Wies ab den späten 1880er Jahren Ensors Kunst politische Ikonographie auf, wurde im Verlauf des 20. Jahrhunderts der Künstler selbst aktiv. Ensor setzte sich nun vermehrt für ökologische, kulturelle und ethische Anliegen, meist auf lokaler Ebene, ein. Dazu gehören die Erhaltung der Hafengebäude und der Dünen in Ostende, der Kampf gegen den Abriss einer Kirche in Mariakerke bei Ostende und besonders sein Kampf gegen Tierversuche. Vielleicht noch wichtiger als diese Regionalisierung des Feldes seines Engagements ist der Umstand, dass er ein neues Medium für seine politische Betätigung wählte: Nicht mehr Radierung und Malerei, sondern die Literatur. Bereits in den 1880er Jahren pflegte Ensor viele Briefkontakte, und ab 1882 wurde er schriftstellerisch tätig. Im Laufe der Jahre wurde er zum gefragten Redner und Autor von Katalog-Vorworten. Seine schriftstellerische Betätigung währte bis 1946, wohingegen er die malerische Karriere bereits fünf Jahre früher beendete. Die Texte wurden in Lokalzeitungen, einem Magazin für Thalassotherapie, in Kunstmagazinen und Ausstellungskatalogen oder Veröffentlichungen zu bestimmten Anlässen publiziert. Ensor verfasste Rache-schriften, Dankesreden, Erinnerungen, Schmähungen, Kritiken, Hymnen, Bankettreden und Antworten auf Fragebögen, wobei er die Genres oftmals vermischte.²² Bemerkenswert ist sein Selbstverständnis, in dem er seinem Schriftstellertum denselben Kunststatus zuweist wie der Malerei. Die Kombination aus Spaß am Sprachspiel und der Möglichkeit der politischen

20 James Ensor, Brief an Fernand Bastin vom 22.4.1919, in: Xavier Tricot (Hg.), James Ensor. Lettres, Brüssel 1999, S. 37 f., Übersetzung Tricot, S. 174. Vgl. Xavier Tricot (Hg.), James Ensor. Lettres, Brüssel 1999, S. 170.

21 Vgl. Theodor Kiefer, J. Ensor, Recklinghausen 1976, S. 121 f.

22 Vgl. auch Rudolf Schmitz, »Ihr Worte ohne Reim und Räson, ich liebe euch, ich liebe euch«. Die entregelte Sprache des James Ensor, in: Kat. Ausst. (Schirn Kunsthalle Frankfurt am Main 17.12.2005–19.3.2006) James Ensor, hg. v. Ingrid Pfeiffer u. Max Hollein, Ostfildern-Ruit 2005, S. 149-159, hier: S. 149-159, hier S. 150; Marianne Matta, Der flügellose Pegasus. Zu den Schriften und Briefen von James Ensor, in: Kat. Ausst. (Kunsthhaus Zürich 20.5.–31.7.1983 und Koninklijk Museum voor Schone Kunsten Antwerpen 20.8.–30.10.1983) James Ensor, Zürich 1983, S. 41-51, hier: S. 42.

Einflussnahme animierten ihn beständig zum Schreiben, obwohl der Erfolg seiner Einlassungen höchst unterschiedlich war. Erfolgreich war beispielsweise sein Projekt, die kleine Dorfkirche Unsere-Liebe-Frau-in-den-Dünen in Mariakerke bei Ostende vor ihrem ab 1894 geplanten Abriss zu bewahren.²³ Erfolglos hingegen blieb sein Engagement gegen die Zerstörung der Dünen an der belgischen Nordseeküste durch Bewaldung und Bebauung. In seinem erstmals 1926 veröffentlichten Text »Les dunes« argumentiert er mit der Schönheit und Eleganz der Dünen: »Man muss die Königlichkeit ihrer eleganten Linien lieben, das venushafte Goldblond ihrer Hügel; liebliche Jungfräulichkeiten, durchwaschen von den Fluten.«²⁴

An der zeitgenössischen Architektur – insbesondere an großen Hotels und Hochhäusern – entzündete sich regelmäßig Ensors Zorn, was angesichts der wirtschaftlichen Situation des Strandbades und Kurortes Ostende als beliebtes Ziel für in- und ausländische Touristen und der damit verbundenen Bebauung der Dünen und Strandboulevards mit Hotelhochhäusern gelinde verwundert: »Unverschämte Architekten, ihr nehmt uns unsere Himmel; unsere schönen Himmel, das ganze Blau unserer Himmel!«²⁵ Aus diesem Grund bezeichnete Ensor die Architektur als achte Todsünde: »Und ich sage wieder: Es lebe der Tanz, die vierte göttliche Tugend! Nieder mit der Architektur, der achten Todsünde!«²⁶ Nach einer Aufzählung verschiedener konkreter Bausünden in Flandern ruft er in einer Rede: »[...] endgültig und aus vollen Lungen: Nieder! mit den Vandalen! Nieder! mit den Ingenieuren, die in ihren Kämmerlein arbeiten! Nieder! Nieder!! Mit den Zerstörern der größten Schönheiten in unserem Flandern!«²⁷

23 Die Kirche wurde 1905 restauriert. Heute liegt Ensor nach eigenem Wunsch auf dem dortigen Friedhof begraben.

24 James Ensor, *Les dunes*, in: ders., *Mes Écrits ou les suffisances matamoresques*, Brüssel 1999, S. 241, Übersetzung I. D.

25 James Ensor, *Sur la crise de la peinture* (1932), in: ders., *Mes Écrits ou les suffisances matamoresques*, Brüssel 1999, S. 104, Übersetzung I. D.

26 James Ensor, *Discours à l'occasion de la représentation de mon ballet La Gamme d'Amour* (1932), in: ders., *Mes Écrits ou les suffisances matamoresques*, Brüssel 1999, S. 68, Übersetzung I. D.

27 James Ensor, *Discours prononcé à Ostende au banquet Claude Bernières, Prix Verhaeren 1923* (1923), in: James Ensor, *Mes Écrits*, Lüttich 1974, S. 89, Übersetzung I. D.

Gegen das konkrete Projekt der Zerstörung der Ostender Hafenbecken suchte er sich dann ein anderes Mittel und setzte 1922 eine Petition auf, für die er persönlich um Unterzeichner warb. Die Hafenbecken sollten zugeschüttet werden, um sie durch kleine Gärten oder Parks zu ersetzen. Vergleicht man den heutigen Stadtplan mit einer Version der Jahrhundertwende, fällt auf, dass sich die Hafensituation in Ostende nicht geändert hat – die Petition Ensors war also offenbar erfolgreich. Auch in diesem Fall argumentiert er in einem Katalogvorwort auf ästhetischer Ebene: »[...] Ostende, Lieblingstochter der Göttinnen des Meeres, Ostende, Ihre größten Schönheiten sind gefährdet, Ihre edlen Hafenbecken sind in Gefahr.«²⁸ Ensor begründete den notwendigen Erhalt unter anderem damit, dass die Hafenbecken für Besucher eine pittoreske Wirkung hätten und charakteristisch für Ostende seien. 1936 findet sich die Bemerkung, er habe 1.500 Unterzeichner gefunden.²⁹ Ein Thema, das den lokalpolitischen Rahmen Ostendes sprengt, bewegte Ensor bereits seit den 1920er Jahren: Die Vivisektion, die Untersuchung und Zerschneidung lebender Tiere zu Zwecken der medizinischen Forschung. In zahlreichen Texten berief er sich auf prominente Gegner der Vivisektion: Pierre Loti, Richard Wagner, Edmond Picard, Maurice Maeterlinck und Émile Claus.³⁰ Tierversuche stilisierte er zu einer Quelle der Beeinträchtigung seines künstlerischen Schaffens: »Ah! Was für eine Unruhe für mich [die Vivisektion], und ich musste davon ablassen, das schöne Land hier zu malen, so fein gestimmt von heller Zärtlichkeit. Ja, die Grausamkeiten hier haben meiner Kunst sehr geschadet und oft meine Lust am Malen, meine Lebensfreude, gelähmt.«³¹

Diese Unruhe konnte freilich auch in künstlerische Produktivität umschlagen: Im Jahr 1925 entstand die erste Version und 1929–30 die zweite

28 James Ensor, *Préface à un catalogue* (1936), in: ders., *Mes Écrits*, Lüttich 1974, S. 201, Übersetzung I. D.

29 Vgl. James Ensor, *Aux défenseurs des sites, aux confrères amis* (1936), in: ders., *Mes Écrits ou les suffisances matamoresques*, Brüssel 1999, S. 237.

30 Vgl. u. a. James Ensor, *Discours au Kursaal d'Ostende. Ostende et ses couleurs* (1931), in: ders., *Mes Écrits ou les suffisances matamoresques*, Brüssel 1999, S. 181.

31 James Ensor, *Discours prononcé au banquet offert à Ensor par La Flandre Littéraire* (1922), in: ders., *Mes Écrits ou les suffisances matamoresques*, Brüssel 1999, S. 120, Übersetzung I.D. Fast wortgleich: James Ensor, *Discours au Kursaal d'Ostende. Ostende et ses couleurs* (1931), in: ders., *Mes Écrits ou les suffisances matamoresques*, Brüssel 1999, S. 182.

Version von *Die widerwärtigen Vivisekteure*. Damit ist Ensors Kampf gegen die Vivisektion, den er die gesamten 1920er Jahre über führte³², das einzige politische Thema seiner späteren Lebensjahre, bei dem er als Maler und Literat zugleich aktiv wurde. In seinen Polemiken, die sich nicht nur kritisch auf die Vivisektion und die Medizin, sondern auf das gesamte Gebiet der Naturwissenschaften und der Technik ausdehnen, stimmt er Töne an, die die postmoderne Rationalismuskritik der 1970er und 1980er Jahre vorwegzunehmen scheinen: »Wir müssen vor allem die infamen Doktrinen Descartes' verwerfen, Doktrinen, die im Namen der reinen Vernunft das menschliche Herz sterilisieren wollen. Die Vivisektion ist die Schande unserer Epoche. Man muss sie aufhalten oder beseitigen und alle Mittel werden dafür recht sein.«³³ Ensor schrieb diese Worte mit 62 Jahren. 17 Jahre später zog er sich von seinem Amt als stellvertretender Vorsitzender der von ihm mitbegründeten spendenfinanzierten Tierschutzorganisation La Croix Bleue du Littoral zurück. Die Organisation besteht noch heute. Es zeigt sich, dass dem Belgier, um politisch etwas zu bewirken, um Belange, die ihm am Herzen lagen, durchzusetzen, die Kunst nicht ausreichte. Er bewarb Petitionen, beeinflusste die Lokalpolitik, wirkte im Verein.

Doch wie sieht es im Gegensatz dazu im 21. Jahrhundert aus? Viele Künstler sehen ihre Kunst im Kontext von politischem Aktivismus, und die These, jede Kunst sei politisch, ist durchaus legitim. Als eines der bekannteren Projekte unserer Zeit sei hier beispielhaft das »Operndorf-Projekt« des 2010 verstorbenen Aktionskünstlers, Autors, Regisseurs und *Enfant terrible* Christoph Schlingensiefel genannt, eine Idee, die 2008 entstand und schnell Formen annahm.³⁴ Das Projekt weitete sich in der Folge aus und verschob

32 Vgl. Patrick Florizoone, James Ensor over dierenbescherming en Vivisektie, Nieuwport 1994.

33 James Ensor, Discours prononcé au banquet offert à Ensor par La Flandre Littéraire (1922), in: Mes Écrits ou les suffisances matamoresques, Brüssel 1999, S. 120. Fast wortgleich: James Ensor, Discours au Kursaal d'Ostende. Ostende et ses couleurs (1931), in: Écrits 1999, S. 181, Übersetzung I. D.

34 Vgl. u. a. Francis Kéré, Operndorf für Afrika. Wie eine Idee zum Architekten fand, in: DIE ZEIT, Ausgabe 53, 22.12.2009, URL: <www.zeit.de/2009/53/Schlingensiefel-Ker/komplettansicht> (Stand 5.5.2014), Kerstin Eckstein/Michael Schönhuth, Der weiße Mann schluchzt, in: DIE ZEIT, Ausgabe 34 (18.8.2011), URL: <www.zeit.de/2011/34/Schlingensiefel/komplettansicht> (Stand 5.5.2014), Rupert Neudeck, »Schlingensiefel wollte den Sieg der Kulturen«, in: ZEIT ONLINE, 24.8.2010, URL: <www.zeit.de/kultur/2010-08/neudeck-nachruf-schlingensiefel>

seinen Schwerpunkt, wohl nicht zuletzt aufgrund vieler kritischer Stimmen aus Deutschland und Afrika. Aus der ursprünglich geplanten Oper wurde schnell ein Operndorf – mit Schule, Krankenhaus, Ausbildungsstätte für Handwerker, Kirche, Hotel und Großküche. Handelt es sich beim Operndorf-Projekt, welches anderen Projekten der Entwicklungszusammenarbeit zum Verwechseln ähnlich sieht, (noch) um Kunst, beziehungsweise ist oder war es überhaupt als Kunstprojekt intendiert? Schlingensiefel hatte nach eigenen Aussagen keinen feststehenden Kunstbegriff und war sich selbst über den Status seiner Projekte unklar. Wichtig schien ihm die Verschmelzung von Kunst und Leben zu sein.³⁵ Grundsätzlich stand für ihn der Prozesscharakter eines Projekts im Vordergrund.³⁶ Seine Witwe Aino Laberenz stellt insofern das Projekt stärker als Schlingensiefel in einen kunsthistorischen Kontext, wenn sie in Anlehnung an Joseph Beuys vom Operndorf als einer »sozialen Plastik« spricht, deren Hauptmerkmale die Einbeziehung von kreativem menschlichem Handeln und die gesellschaftsverändernde Wirkung sind. In diesen Zusammenhang ist das berühmte Beuys-Zitat »Jeder Mensch ist ein Künstler« zu stellen. Laberenz will das Projekt ausdrücklich nicht als Entwicklungshilfe verstanden wissen.³⁷

Es liegen etwa 80 Jahre zwischen Ensors Kampf für den Tierschutz und Schlingensiefels Operndorf. Dennoch gibt es Gemeinsamkeiten. Ein Künstler

(Stand 5.5.2014), Christoph Siemes, Schlingensiefels Projekte. Wir machen weiter!, in: DIE ZEIT, Ausgabe 40 (30.9.2010), URL: <www.zeit.de/2010/40/Schlingensiefel-Kunstprojekte> (Stand 5.5.2014), Aino Laberenz, »Für mich persönlich habe ich nur einen Traum: dass er wiederkommt«, in: ZEITmagazin, Ausgabe 12, 15.3.2012, URL: <www.zeit.de/2012/12/Traum-Aino-Laberenz/komplettansicht> (Stand 5.5.2014) und Ute Eickenbusch, Ein frischer Blick auf Afrika, WAZ, 20.11.2012. Die projekteigene Website hält Interessenten über die Entwicklungen des Projekts auf dem neuesten Stand, vgl. URL: <www.operndorf-afrika.com/> (12.11.2015).

- 35 Vgl. Peter Kümmel, Zum Tod von Christoph Schlingensiefel. Wer seine Wunden zeigt, in: ZEIT ONLINE, 10.12.2010, URL: <www.zeit.de/kultur/2010-08/christoph-schlingensiefel-lebenswerk/komplettansicht> (Stand 5.5.2014).
- 36 In einem Interview betonte er 2005, dass er die Bedeutung des Entstehungsprozesses grundsätzlich höher einschätzt als das Endresultat. Vgl. Jakob Buhre, Christoph Schlingensiefel. Die Demokratie ist ein Wäschetrockner, 4.8.2005, URL: <planet-interview.de/christoph-schlingensiefel-04082005.html> (5.5.2014).
- 37 Vgl. Lisa Zeitz, Für Schlingensiefels Operndorf. Von Afrika lernen, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 29.2.2009, URL: <www.faz.net/aktuell/feuilleton/kunstmarkt/fuer-schlingensiefels-operndorf-von-afrika-lernen-11661346.html> (Stand 5.5.2014).

ist in seinem politischen Engagement wesentlich dadurch bestimmt, dass er einer breiten Öffentlichkeit bekannt ist und in seinem politisch-künstlerischen Engagement ernst genommen wird. Ganz wesentlich unterscheidet sich die politische Partizipation Ensors und Schlingensiefs durch deren geografische Ausweitung. Ensor, der zumindest am Beginn seines politischen Engagements noch in einer prädemokratischen Gesellschaft lebte, widmete sich vor allem den Problemen der Politik seines Landes und engagierte sich gegen Missstände vor Ort. Schlingensief als Vertreter einer postdemokratischen Kultur ist hingegen Profiteur der Globalisierung.³⁸ Zugleich ist er aber auch deren Leidtragender, insofern sein Projekt, das unter dem postkolonialen Motto »Von Afrika lernen« begonnen wurde, in der Realisierung mehr und mehr zu einem Projekt der Entwicklungszusammenarbeit unter vielen anderen mutiert, die ihrerseits keine künstlerischen Ansprüche haben. Schlingensief scheint etwas davon geahnt zu haben, dass politisches Engagement für Künstler keine leichte Sache ist – in post- vielleicht noch schwieriger als in prädemokratischen Zeiten. In einem ähnlichen Zusammenhang wie dem hier dargestellten befragt, ob er denke, politisch etwas bewirkt zu haben, lautete seine Antwort: »Nein, glaube ich nicht.«³⁹

38 Zum Thema »Internationalisierung der Kunstwelt« sei hier nur auf das 2006 von Peter Weibel und Hans Belting initiierte Projekt GAM – Global Art and the Museum verwiesen, das sich mit den Auswirkungen der Globalisierung auf die Kunstwelt auseinandersetzt.

39 Zit. n. Jakob Buhre, Christoph Schlingensief. Die Demokratie ist ein Wäschetrockner, 4.8.2005, URL: <http://planet-interview.de/christoph-schlingensief-04082005.html> (5.5.2014).

Analytischer Realismus in Theorie und Praxis – Aufsätze zur Literatur und der Roman »Winkler, Werber«

Ich befinde mich hier in der etwas seltsamen Situation, dass ich als Literaturwissenschaftler über meine eigene literarische Praxis berichte. Das wirkt fast etwas peinlich, aber es entspricht dem Wunsch der Herausgeber. So ungewöhnlich das also ist, so sinnfällig ist es doch aus einer gewissen Perspektive. Denn die Zweifachbetätigung als Wissenschaftler und literarischer Autor hat in der Vergangenheit schon mehrfach dazu geführt, dass ich zumindest mit dem Versuch wissenschaftlicher Objektivität über Prozesse und Sachverhalte gearbeitet habe, denen ich als Zeitzeuge und Beteiligter beiwohnte, etwa über den literarischen Untergrund¹, über die Entstehung der Poetry Slams in Deutschland², über Begrifflichkeiten wie Social Beat, Trash³ usw. – einfach deshalb, weil sonst niemand anders das tun konnte. Anderen Beteiligten fehlte das wissenschaftliche Handwerkszeug und wohl auch das Interesse, anderen Wissenschaftlern dagegen Anschauung und Zugang, da solche oft ephemeren Ereignisse sich nicht wirklich in quellenkritisch belastbaren Dokumenten niederschlagen. Es handelte sich dabei gewissermaßen um so etwas wie »Oral History«. Beim vorliegenden Beitrag ist das

-
- 1 Untergrund-West: Ploog, Fauser, Hübsch und die Folgen, in: Cecilia Fernandez/Olivier Hanse/Peter Berne (Hg.), *A Contre-Courant* (Gegen den Strom). Résistances souterraines à l'autorité et construction de contrecultures dans les pays germanophones au XXe siècle (Untergrundbewegungen und Gegenkulturen in den deutschsprachigen Ländern des 20. Jahrhunderts), Berlin 2014, S. 175-192; *An Alternative History of Pop*, in: Maggie McCarthy (Ed.), *German Pop Literature. A Companion*, Berlin/Boston 2015, S. 31-52.
 - 2 Am Anfang war das Wasserglas. Vom Ende der Literatur zur Wiederentdeckung der Mündlichkeit: Pop, Trash, Poetry Slam, LitCologne und Verwandtes. Ein Zeitzeugenbericht, in: G. Cepl Kaufmann und J. Grande (Hg.), *Schreibwelten – Erschriebene Welten. Zum 50. Geburtstag der Dortmunder Gruppe 61*, i. Auftr. d. Fritz-Hüser-Instituts, Essen 2011, S. 288-294.
 - 3 Enno Stahl, *Trash, Social Beat und Slam Poetry*, in: *edition text + kritik, sonderband. Pop Literatur*. Hg. v. Heinz Ludwig Arnold u. Jürgen Schäfer, München 2003, S. 258-278.

nicht der Fall, hier geht es eher um eine Selbstdarstellung, subjektiv also, trotzdem so systematisch wie möglich.

1 Der Autor als soziales, politisches Subjekt

Nun also zu meinem Selbstverständnis als politischer Autor: Literatur war für mich seit jeher widerständige Praxis. In den Neunzehnhundertachtziger/ neunziger Jahren äußerte sich das in zahlreichen live-literarischen Versuchsanordnungen, performativem Auftrittsverhalten und einer Literaturproduktion gegen den Strom, so genannte Trash-Literatur, von mir selber definiert als »Literatur aus Abfall [...] Geschichten, die äquivalent zu ebenso genannter Musik unprätentiös & direkt, hart & unmittelbar am Lebenspuls berichten, was ist. [...] ›Trash‹ als klarer Abgleich der Lebensstatsachen, Naturalismus pur, ungekünstelter Stil – praktisch nur das, was passiert.«⁴ Anders formuliert handelte es sich dabei um eine Literatur, die durch einen übersteigerten Naturalismus, eine Schilderung der gesellschaftlichen Elends- und Randgebiete nicht nur der herrschenden »Neuen Subjektivität« entgegenzuwirken versuchte, sondern in diesem ästhetisch motivierten Protest natürlich auch eine politische Kontraposition einnahm. Das taten gleich mir Autoren wie Ulrich Bogislav, Kersten Fleuter, Stan LaFleur oder Jan Off. Mit wachsender Reflexionsfähigkeit wurde mir jedoch klar, dass diese Haltung der Untergrund- und Trash-Literatur viel zu unspezifisch war, weil sie keinen direkt gestaltenden Zugriff auf die bestehenden Verhältnisse nahm. Der ungeheuren ökonomischen, insbesondere finanzwirtschaftlichen Beschleunigung und Deregulierung der Neunzehnhundertneunziger Jahre mit den dazu analog geschalteten sozialen Erosionsprozessen stand eine derartige Literaturkonzeption geradezu naiv gegenüber. Sie bewegte sich an der Oberfläche der Phänomene und benahm sich so selbst jeder literarischen Analyse der laufenden Entwicklungen.

4 Enno Stahl, German Trash: Vorwort, in: ders. (Hg.), German Trash, Berlin 1996, S. 4. Unter dem Titel »Deutscher Trash« auch in Boris Kerenski/Sergiu Stefanescu (Hg.), Kaltland Beat, Stuttgart 1999, S. 161-162, hier: 161.

2 Theorie und Praxis

Aus diesen Überlegungen resultierte eine veränderte literarische Praxis, die ich mich zugleich theoretisch zu untermauern bemühte – wobei ich zwischen diesen beiden Tätigkeitszweigen nicht unterscheiden würde, sind dies beides für mich im strengen Sinne literarische Aktivitäten. Insbesondere in zwei Aufsätzen unternahm ich den Versuch, a) die gesellschaftlichen Veränderungen und ihre – tatsächlich kaum auffindbaren – Reflexe in der deutschen Gegenwartsliteratur namhaft zu machen und b) eine eigene, in meinen Augen adäquate Ästhetik theoretisch zu fundamentieren, die zu einer ideologiekritischen Analyse der bestehenden Gesellschaftsformationen taugen mochte. In »Die Literatur in Zeiten der Umverteilung« (2005)⁵ hieß es etwa – auch damals schon unter Einbeziehung des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, dessen aktuelle Fassung den Status Quo deutlich unterstreicht: »Deutschland im Jahr 2005: der Anteil der Arbeitnehmerlöhne am Bruttosozialprodukt sinkt, während die Unternehmensgewinne kontinuierlich steigen.⁶ Die Schere klappt immer mehr auseinander, das oberste Zehntel der Bevölkerung besitzt 47 % des gesamten Nettovermögens, die unteren fünfzig Prozent der Bevölkerung, also die Hälfte der Deutschen, verfügen dagegen über weni-

5 Enno Stahl, *Literatur in Zeiten der Umverteilung*, Berlin 2005, jetzt wieder: Enno Stahl, *Diskusopogo. Literatur und Gesellschaft*, Berlin 2013, S. 30-39.

6 Nach Angaben des Statistischen Bundesamt lagen die Unternehmens-Zuwächse bei bis zu 14,1 % in 2004, im ersten Quartal 2005 immer noch bei satten 4,8 %. Auch in den Jahren nach der Abfassung dieses Essays hat sich die Lage nicht allzu sehr geändert: Erst zuletzt, zwischen dem zweiten Quartal 2014 und dem zweiten Quartal 2015 gab es einen deutlichen Anstieg des Reallohnindex um 2,7 %. Dies war der höchste Zuwachs seit Beginn dieser Zeitreihe im Jahr 2008. Vgl. Statistisches Bundesamt, URL: <[www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/RealloehneNettoverdienste.html](http://www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/RealloehneNettoverdienste/RealloehneNettoverdienste.html)> [Zugriff: 17.11.2015]. Davor fielen die Steigerungen erheblich geringer aus bzw. befanden häufig im Negativbereich (Anstieg der Reallöhne 2013: -0,1 %) [vgl. URL: <www.destatis.de/DE/ZahlenFakten/GesamtwirtschaftUmwelt/VerdiensteArbeitskosten/RealloehneNettoverdienste/Tabellen/Reallohnindex.html> Zugriff: 17.11.2015].

ger als 4 %!«^{7 8} Heute sind es bekanntlich bereits 53 % zu nurmehr 1 %.⁹ Die Quintessenz daraus war für mich: »Das Phänomen mangelnder Teilhabe oder umgekehrt: der sozialen Exklusion¹⁰, das mit Arbeitslosigkeit einhergeht, greift sukzessive auf die jetzigen Mittelschichten über. Den sozialen Ort des Einzelnen bestimmt allein, ob man drinnen ist oder draußen, mit oder ohne Job. [...] Bettelnde Rentnerinnen, Autoscheiben wischende Kids an Berliner Ampelkreuzungen, eine wachsende Zahl von Menschen, die sich keine Krankenversicherung mehr leisten können – die Dritte Welt macht sich breit bei uns zu Hause.«¹¹ Angesichts dieser gewaltigen Umwälzungen, die weite Teile der Bevölkerung am eigenen Leibe zu spüren bekamen, hätte man vermuten sollen, dass auch der zeitgenössi-

- 7 Quelle des damaligen Beitrags: Vgl. Armutsbericht der Bundesregierung 2005, URL: <www.bmas.de/DE/Service/Medien/Publikationen/forschungsprojekt-a332-zweiter-armuts-und-reichtumsbericht.html> [Zugriff: 17.11.2015]. Der Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung von 2008 unterstrich diesen Befund trotz des inzwischen geschönten Titels, der eben nicht nur Armut zu seinem Untersuchungsgegenstand machte – auch ein Produkt der Großen Koalition. Der Armuts- und Reichtumsbericht 2012 ist nach einem – quasi inoffiziellen Preview – von der FDP, insbesondere Wirtschaftsminister Philipp Rösler, der die unleugbare Einkommensspreizung nicht akzeptieren mochte, zunächst unterdrückt worden. Im März 2013 (8.3.2013) kam der Bericht endlich heraus mit zensorischen Eingriffen von Röslers Seite, dessen Partei offensichtlich die Fakten, die sie selbst geschaffen hat, nicht ertragen konnte oder insgeheim glaubte, sie der Öffentlichkeit manipulativ vorenthalten zu können.
- 8 Enno Stahl, Literatur in Zeiten der Umverteilung, Berlin 2005, S. 1 und in: Diskurspogo, S. 30.
- 9 Die vielsagenden Zahlen über die ungleiche Einkommensverteilung waren bereits im Herbst 2012 (17.9.2012) durchgesickert und ließen sich trotz Röslers nachträglichen Zensurmaßnahmen nicht verschleiern: »So vereinten »die vermögensstärksten zehn Prozent der Haushalte über die Hälfte des gesamten Nettovermögens auf sich. Der Anteil dieses obersten Zehntels sei dabei »im Zeitverlauf immer weiter gestiegen«. 1998 belief er sich laut den amtlichen Zahlen auf 45 Prozent, 2008 war in den Händen dieser Gruppe der reichsten Haushalte bereits mehr als 53 Prozent des Nettogesamtvermögens. Die untere Hälfte der Haushalte verfüge über nur gut ein Prozent des gesamten Nettovermögens, heißt es in dem Bericht weiter.« Hierzu Süddeutsche Zeitung, Reiche trotz Finanzkrise immer reicher, 19.9.2012, online abrufbar unter URL: <www.sueddeutsche.de/wirtschaft/neuer-armuts-und-reichtumsbericht-der-bundesregierung-reiche-trotz-finanzkrise-immer-reicher-1.1470673> Zugriff: 17.11.2015.
- 10 Siehe dazu: Heinz Bude, Das Phänomen der Exklusion, in: Mittelweg 36. Zs. des Hamburger Instituts für Sozialforschung 13. Jg. (August/September 2004), S. 3-15.
- 11 Enno Stahl, Literatur in Zeiten der Umverteilung, Berlin 2005, S. 4-5 und in: Diskurspogo, S. 32.

schen Literatur ein Thema daraus erwüchse, dass die deutschen Autoren insofern vermehrt als politische Schriftsteller zu typisieren wären. Der Befund aber war ernüchternd: »Weit gefehlt! Die normale Welt, die Welt der Arbeit, kommt darin [in der deutschen Gegenwartsliteratur] nicht vor, und schon gar nicht Arbeitslosigkeit, die für fast 4/5 der Deutschen das gravierendste Problem der Gegenwart darstellt. Tastsächlich findet sich kaum irgendwo ein Reflex auf die essenziellen Bedingungen und Nöte der Bevölkerung.«¹² Das hat sich in der Literatur bis heute noch nicht nennenswert geändert, wohingegen im deutschen Film wieder eine Welle von Sozialdramen zu bemerken ist: Im deutschen Kino sind es vor allem Hans Weingartner und Fatih Akin, die das Erbe des großen Realisten Rainer Werner Fassbinders angetreten haben. Vermehrt entstehen aber auch kleinere, teils TV gesponsorte Filme wie »Über uns das All« (Jan Schomburg, 2011), »Die Entbehrlichen« (Andreas Arnstedt, 2010), »Hallesche Kometen« (Susanne Irina Zacharias 2004), »Kroko«, »Mondkalb« (Sylke Enders, 2003 und 2008) oder »Keine Angst« (Alrun Goette, 2009), die weg von gekünstelten Schauspielerbefindlichkeiten zur Darstellung von Problemlagen authentischer Menschen führen. Für mich selber stellte ich im Essay »Der sozial-realistische Roman« (erstveröffentlicht 2004, hier 2006)¹³ ein Programm auf, mit dem der Autor nicht nur »Teil des Spektakels« sein kann, sondern »(auch) dessen Chronist«¹⁴ Unter Bezug auf Emile Zolas Begriff des »Experimentalromans«, die Milieutheorie Hippolyte Taines und Arbeitsnotizen Bertolt Brechts skizzierte ich die Vorstellung eines analytischen Romans, der sich die kritische Darstellung der sozialen Gegebenheiten unserer Welt auf die Fahnen geschrieben hat. Heutzutage sieht sich ein solches Unternehmen einer bipolaren Absturzmöglichkeit ausgesetzt: Einerseits ist es unmöglich, eine lineare literarische Sozialreportage zu erzählen, sie ist immer schon Zitat, Version bereits existierender Sozial-Reportagen. Andererseits ist der Untersuchungsgegenstand, die zeitgenössische Gesellschaft, hoch komplex in ihrer medialen, digitalen und global-ökonomischen Verflechtung. Die Gefahr sich zu verzetteln, undeut-

12 Ebd., S. 5.

13 Ebd.

14 Ebd., S. 4.

lich oder gar beliebig zu werden, ist groß. Dass es durchaus geht, beweisen im Bereich des Films beispielsweise die britischen Sozialkomödien und -dramen Ken Loachs, Mike Leighs oder Andrea Arnolds. Die Literatur hat aber – den Bedingungen ihres Mediums nach – ganz andere Möglichkeiten der Introspektion und sprachlich-analytischen Durchdringung, sie kann sich dazu avancierter Instrumentarien und Formrepertoires bedienen, wie sie die jüngere Literaturgeschichte seit der Moderne erarbeitet und etabliert hat. Gerade das verstehe ich unter einem zeitgenössischen Realismus, nicht etwa eine konventionelle Erzählprosa in der Tradition des 19. Jahrhunderts: Brecht bemerkte dazu: »Realistisch sein heißt: den gesellschaftlichen Kausalkomplex aufdeckend.«¹⁵ Entscheidend ist daher beim Einsatz formaler Mittel, was sie leisten, noch einmal Brecht: »Alles Formale, was uns hindert, der sozialen Kausalität auf den Grund zu kommen, muß weg; alles Formale, was uns verhilft, der sozialen Kausalität auf den Grund zu kommen, muß her.«¹⁶ Fragmentprosa, Montagen, Collagen unter Einbeziehung von Realitätspartikeln, filmische Schnitttechniken, Perspektivwechsel und Bewusstseinsströme können angesichts der Multiperspektivik der Welt probate Mittel sein, um die waltenden Prozesse einzufangen. Wie sieht das in der Praxis aus? Mit dem Roman »2PAC AMARU HECTOR« (2004) wollte ich die ungesunde Überhitzung der zeitgenössischen Medienwelt und der öffentlichen Meinung darstellen, als Mittel diente ein zweigleisig erzählter Plot – eine terroristische Aktion nach dem Vorbild der peruanischen Botschaftsbesetzung 1997, auktorial und fast »thrillerhaft« geschrieben, kombiniert mit dem inneren Monolog einer Geisel. Dieses terroristische Kommandounternehmen verselbstständigt sich in der medialen Wahrnehmung so weit, dass einzelne Journalisten zu aktiven Erfüllungsgehilfen der Terroristen werden. Das Buch arbeitet dabei immer wieder mit (fiktiven) Mediacollagen und baut auch Referenzen zu zeittypischen TV-Formaten und -Methodiken ein, etwa zu Big Brother und den damals noch gängigen Trash-Talkshows im Nachmittagsprogramm insbesondere der privaten Sender. So werden in der besetzten Wasserburg Kameras installiert, mittels derer Besetzer und Geiseln 24 Stunden im Netz

15 Berliner und Frankfurter Ausgabe, Bd. 23: Schriften 3, Frankfurt a. M. 1993, S. 409.

16 Ebd., S. 419.

zu beobachten sind und der quotengeile Journalist Brenner schaltet in seiner Show »PROTEST? PROTEST! Sag deine Meinung!« ins Schloss, um den medienwirksamen Anführer des Terrorkommandos Hector Pandotero live zu interviewen. In »Diese Seelen« (2008) zeigte ich vier Charaktere und ihre Lebens-, Arbeits- und Karriereverläufe, weitgehend beeinflusst durch ihre soziale Kennung. Explizit geht es hier also um die Betrachtung von »Menschen als politisch-gesellschaftliche Akteure in den sozialen Zusammenhängen von individuellen und kollektiven Lebenswelten«, wie das Tagungskonzept es formulierte. Wie der Einzelne, gleich welcher sozialer Provenienz, mit Arbeitslosigkeit umgeht oder umgekehrt mit ungehemmtem Aufstieg und wie das diese Individuen verändert, war hier Thema. Während es Jürgen und Mika, aus dem Kölner Kleinbürgermilieu stammend, nicht gelingt (so sie das wollen), die Klassengrenzen zu überwinden, reüssiert die aus wohlhabendem Hause kommende Tess mit einer Mischung aus Chuzpe und Skrupellosigkeit spielend leicht in der TV-Welt. Vertreter einer neuen sozialen Gruppe ist der hochqualifizierte Soziologe Robert, der sich selbst als Überflieger sieht, aber schließlich – paradigmatisch für Angehörige des akademischen Prekariats – brutal unter die Räder kommt.

3 Winkler, Werber

Im 2012 erschienenen Roman »Winkler, Werber«¹⁷ steht die schicksalhafte Verstrickung des Einzelnen in die politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse im Mittelpunkt. »Winkler, Werber« ist ein Roman zur aktuellen Krise. Dass der Protagonist Jo Winkler seine alltägliche Wirklichkeit gestalten und seine sozialen Nahräume als politisch aktive Persönlichkeit prägen, kann man allerdings nicht behaupten, zumindest nicht in einem positiven Sinne. Diese Romanfigur dient denn auch eher als Werkzeug der Ideologiekritik. Winkler ist Senior Texter und stellvertretender Chef einer Kölner Werbeagentur, nach KBW und Grünen-Engagement in den 1970er- und 1980er-Jahren ist er nun zu einem typisch-zynischen Vertreter des Neoliberalismus mutiert: »Als hätte ich nicht genug zu tun, aber was soll's, gebt das alles mir, gebt alles dem Jo,

17 Enno Stahl, Winkler, Werber. Roman, Berlin 2012.

der macht das schon, gar kein Problem, sieben Sachen gleichzeitig, dreizehn Sachen gleichzeitig, normal, ganz normaler Tag, der normale Wahnsinn. Kennen wir, können wir mit umgehen, da würde uns womöglich was fehlen, wenn wir nicht rund um die Uhr rotieren würden, Telefon, Besprechungen, interne Vorträge, Josh will was, Vanessa, und Aggi kann nicht weiterarbeiten, bevor ich nicht die Entwürfe mit ihr durchgehe, wie auch, komm schon her, reden wir halt gleich drüber, nur nichts anbrennen lassen, nur keine Stagnation, keinen Stau aufkommen lassen. Immer im Flow, fließen muss das in schönem Tempo, mit Stress hat das nichts zu tun. Ist mir egal, ob mein Blutdruck auf 170 ist, was soll der Geiz, das muss halt, das braucht man, das kann man einsetzen, und ich mag das ja auch. Wirklich. Eben in der Küche. Diese komischen Werkstudenten, Hospitanten oder wer waren die? Noch nie hier gesehen, eigenartig genug, Werner könnte einem die Leute ruhig mal vorstellen, Hinz und Kunz taucht hier auf und macht sich breit, und du hast gar keine Ahnung, wer das ist. Vielleicht kennt Werner die selber nicht, Kumpels von anderen Hospitanten, kommt mal vorbei, guckt euch mal an, wie es in der Arbeitswelt läuft. Für Studenten sicher eine gute Erfahrung, da sehen sie mal die Wirklichkeit, auf der Uni, ich meine [...] Und dann stehen die in unserer Küche und klagen über Stress. Das ist immer so ein Stress hier. Kann man gar nicht aushalten auf Dauer. Die Ärmsten. Muss man denen mal erklären, wie's läuft: Hektik ist kein Problem, sage ich, die Zeiten sind nun mal schnell. Aber ja. Und sie werden immer schneller. Die Leute im Mittelalter konnten vielleicht 700 Reize erfassen, jetzt sind es 300.000. Mindestens. Also, wenn man jetzt alles zusammenrechnet. Und die? Solche Augen. Da haben wir noch nie drüber nachgedacht. Reize? Was'n für Reize. Nachhilfe, alles Nachhilfe, was wir hier machen.«¹⁸ Das drückt sich insbesondere in seinem Umgang mit Schwächeren, hier der unbezahlten Praktikantin Vanessa, aus: »Hast du endlich was in Sachen Milch?« Nee, gar nicht. Selbstverständlich, wäre zu schön, um wahr zu sein. Kein Wunder, dass mir nichts einfällt, dieser Scheißjob, warum muss Werner ausgerechnet mich darauf ansetzen, mit nichts, kein Raoul, kein Sven, ich als einziger verbliebener Rest der Textabteilung, Chef ohne Mitarbeiter und nur Vanessa, weil Aggi wieder, Aggi hat wieder so viel um die Ohren mit ihrem persönlichen Kunden da aus Hamburg,

18 Ebd., S. 10-11.

muss alle absaugen, die sonst noch was helfen könnten. Der Hamburger Etat, der wird in Watte gepackt und ich krieg die lausigen Krümel, die vom Tisch fallen, die Krümel und Vanessa, die noch ganz grün ist. Das packst du schon, Jo, wer sonst, wenn nicht du. »Ich brauche irgendeinen gottverdammten Satz! Identitäten, Role Models, auf denen wir aufbauen können. Wir hatten da doch diese Almbäuerin, Almbäuerin mit solchen Eutern, ist die jetzt Kuh oder Melkerin, Gesundheit, Mutterschaft, das ganze Programm. Ich muss was vor mir sehen!« »Eigentlich wollte ich heute etwas früher gehen. Hab noch einen Termin.« Ich glaub, ich werd nicht mehr: »Mädel. Es ist noch keine sechs Uhr und du denkst an Feierabend? Vielleicht solltest du bei der Stadtverwaltung anheuern?!« Das sitzt, knallrot, als hätte ihr einer 'nen Bluteimer übern Kopf gegossen wie diese eine da in dem Film, dem Horrorfilm. Tja. Nun kapiert sie. Besser spät als gar nicht, das Wichtigste ist, dass man versteht. Versteht, wie der Hase läuft. Aber dabei kann ich ihr helfen, dafür sind wir ja da, vorbildliche Betreuung, würde ich mal sagen. »Weißt du, was ich hier alles tue? Das hat mir vorher niemand von euch gesagt!« Deine Rechtfertigungen kannst du dir sparen: »Vanessa, weißt du, wie viele hier jeden Tag anrufen, weil sie deinen Job wollen?« »Okay. Okay. Ich lass mir was einfallen.« »Ja, los, was stehst du noch hier rum? Mach irgendwas, muss nicht perfekt sein. Perfektion ist Zeitlupe, Phantasie ist Lichtgeschwindigkeit, kapiert?!«¹⁹ Winkler diagnostiziert die Härten der turbokapitalistischen Marktwirtschaft zwar korrekt, sanktioniert sie aber gleichwohl wegen der vermeintlichen Folgenlosigkeit allen Widerstands dagegen. »Und was ist das? Bundeswirtschaftsministerium, stimmt. Da haben sie in den Fünfzigern die soziale Marktwirtschaft ausgekugelt. Ausgekugelt, aber nie umgesetzt. Diese VWL-Vorlesung. Um die ökonomischen Strukturen des Spätkapitalismus besser zu begreifen. Wie hieß der noch? Dieses, diese Theorie, staatliche Interventionen und Korrekturen, um die Marktwirtschaft sozial abzufedern, schönes Gedankengebäude, gelebter Katholizismus, in der Praxis ein gespielter Witz, konnte gar nicht klappen, Wirtschaft und Moral, das passt nun mal nicht zusammen. Schon Ludwig Erhard hat davon nur Fetzen übriggelassen. Und heute? Ein Haifischbecken, Vernichtungswettbewerb, für Sozialkacke ist kein Platz, am Ende werden zwei, drei Trusts die Welt beherrschen, die bieten Seife, Corn-

19 Ebd., S. 18-19.

flakes, Bier, Benzin und Heroin an. Von den Versicherungen ganz zu schweigen. Und Bio-Milch natürlich. Bio-Milch auf jeden Fall. Weil sie sich die Öko-Hansel gleich zu Anfang kaufen, gut fürs Image, fairer Handel, faire Welt, müssen sie nicht mal für bezahlen, die Ökos schmeißen sich von ganz allein dem globalen Business an den Busen: Hier bitte, nehmt uns, feindliche Übernahme, gerne und sofort! Andererseits ist gut das alles: Der freie Welthandel ist der größte Friedensstifter aller Zeiten. Nicht aus Menschlichkeit, sondern aus Eigennutz. Kriege bringen nichts. Da sie der Profitmaximierung eher schaden als nützen, existieren sie nicht mehr, so einfach ist das. Okay, kleine, begrenzte Konflikte, irgendwohin muss man schließlich die Waffen verdealen.«²⁰ Der gestalterische Kniff des Ganzen ist, dass der Roman durchgängig als Bewusstseinsstrom gehalten ist, in dem sich die mitleidslose Gedankenwelt des Zynikers Winkler ungeschminkt Bahn bricht. Winkler ist ein unzuverlässiger Erzähler in Potenz, an seinen Behauptungen und Einschätzungen ist nicht nur grundsätzlich zu zweifeln, bei ihm, der in einem regelrechten Verblendungszusammenhang lebt, ist vielmehr geradezu alles fraglich. Dem Leser präsentiert sich die gesamte erzählte Welt, die Zeichnung der übrigen Charaktere gänzlich ungefiltert durch Winklers verfremdende Brille. Gerade deshalb erscheint Winkler nicht nur unsympathisch, sondern in manchen seiner Gedanken kann man sich durchaus wiederfinden – ein Zeichen für unser aller neo-liberale Zurichtung heute. Wir alle haben uns stillschweigend an manche soziale Zumutung und den beiläufigen Wegfall mühsam erkämpfter Errungenschaften gewöhnt, die mit dem großen Umverteilungsprozess der letzten 20 Jahre einhergegangen sind. Der Roman beginnt in einer alltäglichen Bürosituation, thematisiert dann in der Hauptsache einen Betriebsausflug der Firma Gold Reklamen, bei der die innewohnenden Widersprüche und Differenzen sukzessive offen zu Tage treten. Es geht den romantischen Rhein hinunter, per Schiff, nicht von ungefähr, denn man passiert damit eine einzigartige politische Symbollandschaft, einst angelegt zu Bekräftigung der schwanken deutschen Identität. Winkler ist hier noch ganz oben auf, leidet allerdings an Selbstüberschätzung ebenso wie an Tabletensucht. Nach Gerüchten über wirtschaftliche Turbulenzen der Firma, deren wahre Hintergründe er trotz bohrender Bemühungen nicht zu eruieren vermag, und einer

20 Ebd., S. 63-64.

erklecklichen Havarie des Ausflugsschiffs landet man schließlich im Spielbank-Kurort Bad Neuenahr, einem symbolischen El Dorado der neo-liberalen Berliner Republik. Hier schlägt nun nicht nur für Winkler die Stunde der Wahrheit.

4 Die Figur des Jo Winkler im politischen Feld

Die Figur des Jo Winkler ist als ein Charakter zu sehen, dessen Haltung und gedankliche Perspektive positive gesellschaftspolitische Handlungsansätze eher abwürgt, denn motiviert. Er steht damit sinnbildlich für viele, andere neo-liberale Akteure, die politische Betätigung unter Verweis auf den post-historischen Charakter der Gegenwartsgesellschaft von vornherein als aussichtslos denunzieren. Mag er in seinem persönlichen Handlungsgang im Roman mitunter eher als Opfer seiner eigenen Ideologie wirken denn als Täter, so ist es doch die Gesamtheit solcher sozial-darwinistisch orientierten Subjekte, welche die aktuell überaus bedrohliche Krisensituation erst geschaffen haben. Speziell in seinem Fall ist durchaus die andauernde Erfolglosigkeit der politischen Bestrebungen seiner Jugend verantwortlich für eine als Zynismus getarnte Apathie, die – im gesamtgesellschaftlichen Kontext gesehen – überhaupt erst ermöglicht hat, dass der Staat durch explizites Wirken der »Wirtschaftsverbände [...] mehr oder minder unbemerkt – zu einem Selbstbedienungsladen« mutieren konnte, wie Colin Crouch diagnostiziert.²¹ Dessen Schluss, es sei reine Naivität der neo-liberalen Ideologen, diese Entwicklung nicht gesehen zu haben²², teile ich indes nicht. Vielmehr waltet hier meiner Ansicht explizite Intention, die Verhältnisse genau dahin zu drehen, und Jo Winkler ist dafür ein gutes Beispiel, denn er überblickt die Ergebnisse dieses Wirtschaftens, dem er sich selbst in den Dienst gestellt hat, durchaus. Natürlich ist er sich – gerade als Werbefachmann – im Klaren über die modernen Praktiken der Symbolpolitik, bei der Politiker sich wie kleine Ladenbesitzer benehmen müssen: »Wenn sie im Geschäft bleiben möchten, müssen sie sich permanent bemühen herauszufinden, was ihre ›Kundschaft«

21 Colin Crouch, Postdemokratie, Bonn 2008, S. 30.

22 Ebd.

haben will.«²³ Daher greifen sie mit Hilfe von Spin Doctors und Marketing-Experten auf »Techniken der Manipulation zurück, die es ihnen ermöglichen, die Meinungen der Öffentlichkeit zu ermitteln, ohne daß die Bürger in der Lage sind, diesen Prozeß unter Kontrolle zu bringen.«²⁴ Die Konsequenzen dieser politischen Konstellation – Abbau des Wohlfahrtsstaats, Versorgung statt Beteiligung der Armen, Marginalisierung der Gewerkschaften, die wachsende Diskrepanz zwischen Arm und Reich – registrieren die Winklers dieser Welt mit einem Achselzucken, aber nur so lange, wie es sie nicht selber betrifft. Dem »Roman-Winkler« eröffnen sich aber gerade dadurch, dass er in den Strudel der Krise gerät, in den Abgrund unvermuteter Arbeitslosigkeit gezogen wird, auch Chancen, rein menschlich gesehen. Denn auf Basis seines finanziellen, moralischen und weltanschaulichen Zusammenbruchs, den er gegen Ende des Romans erleidet, wäre für ihn eine schonungslose Auseinandersetzung mit dem System, das dafür verantwortlich ist, (und seiner eigenen Rolle darin) möglich. Wenn es ihm gelänge, Verbitterung zu vermeiden und Fluchtlinien zu entwerfen, so könnte er beispielsweise an seine früheren politischen Aktivitäten anschließen und einen Neuanfang wagen. Er könnte beispielsweise sein faktisches Fachwissen in ethisch vertretbarer Weise für neue soziale Bewegungen und NGOs einsetzen. Dann würde er, gewandelt vom Saulus zum Paulus, sich geradezu prototypisch in Crouchs Utopie eines politisch und sozial engagierten Verhaltens in der Postdemokratie fügen. Wie realistisch das ist? Keine Ahnung. Insofern der Roman »Winkler, Werber« aber als eine Tragödie zu sehen ist und ihr negativer Held Winkler mithin als tragisch, fungiert der Text durchaus als Handlungsaufforderung. Denn die Tragödie induziert nach Aristoteles eine Katharsis, hier wäre es die Erkenntnis, dass solche selbst gewählten Teufelkreise wie der Jo Winklers nicht zwangsläufig sein müssen. Stattdessen ist auch in unserer Zeit ein soziales, gesellschaftsbildendes Verhalten im Sinne von Hannah Arendts *Vita activa* möglich, einen neuen Anfang kann man immer machen.

Die ausführlichen Zitate aus dem Roman »Winkler, Werber« wurden mit freundlicher Genehmigung des Verbrecher Verlags publiziert.

23 Ebd., S. 32.

24 Ebd.

Anhang

Abkürzungsverzeichnis

ACTA	Anti-Counterfeiting Trade Agreement
APuZ	Aus Politik und Zeitgeschichte
BANANA	Build absolutely nothing anything near anyone
BauGB	Baugesetzbuch
BDI	Bundesverband der deutschen Industrie
BDL	Bundesverband der deutschen Luftverkehrswirtschaft
BER	Flughafen Berlin Brandenburg
BMVB	Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
BND	Bundesnachrichtendienst
BP	British Petroleum (oder auch Beyond Petroleum)
BUND	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland
BZÖ	Bündnis Zukunft Österreich
CAVE	Citizens against virtually everything
CCS	Carbondioxide Capture and Storage
DGB	Deutscher Gewerkschaftsbund
DICO	Deutsches Institut für Community Organizing
DIHK	Deutscher Industrie und Handelskammertag
Dimap	Das Institut für Markt- und Politikforschung
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DIY	Do-it-yourself
EPAW	European platform against windfarms
FR	Frankfurter Rundschau
FRA	Flughafen Frankfurt
GO NRW	Gemeindeordnung NRW
GOOMBA	Get out of my business area
IAB	Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung
IAPP	International Assoziation of Partizipation Professionals
IAQ	Institut für Arbeit und Qualifikation
ICT	Information and Communication Technologies
IGM	Industriegewerkschaft Metall
KBW	Kommunistischer Bund Westdeutschland
LULU	Locally unwanted land use

LUPAE	Lokal unerwünschte Projekte, Anlagen und Einrichtungen
M5S	MoVimento 5 Stelle
NAMBI	Not against my business or industry
NGO	Non-governmental Organization
NIAMBY	Not in anybody's backyard
NIMBY	Not in my backyard
NIMED	Not in my election district
NIMEY	Not in my election year
NIMFOS	Not in my field of sight
NIMTOO	Not in my term of office
NRO	Nichtregierungsorganisationen
NSU	National Socialist Underground
OECD	Organization for economic cooperation and development
PEGIDA	Patriotische Europäer gegen die Islamisierung des Abendlandes
PIBBY	Put it in blacks' backyard
PO	Lokalpolitik
PR	Public Relations
RUB	Ruhr-Universität Bochum
RWE	Rheinisch Westfälisches Elektrizitätswerk
SOEP	Sozio-oekonomisches Panel
SOPA	Stop Online Piracy Act
VN	Vereinte Nationen
VW	Verwaltung
WTO	World Trade Organization
WWF	World Wide Fund for Nature (World Wildlife Fund)
WWU	Westfälische Wilhelms-Universität
ZG	Zivilgesellschaft

Autorinnen und Autoren

Die nachfolgenden biografischen Angaben entsprechen der Erstausgabe.

Marco Althaus, Professor für Sozialwissenschaften, Fachbereich Wirtschaft, Informatik und Recht an der Technische Hochschule Wildau; Vertrauensdozent der Friedrich-Ebert-Stiftung. Forschungsschwerpunkte: Beziehungen zwischen Politik und Wirtschaft, Interessenorganisation und Interessenvermittlung, Politische Kommunikation. Publikationen (Auswahl): Schnelle Energiewende – bedroht durch Wutbürger und Umweltverbände?, in: Wissenschaftliche Beiträge der TH Wildau 2012, S. 103-114; Kampagne! 3 Neue Strategien im Grassroots-Lobbying für Unternehmen und Verbände, Berlin 2008.

Sigrid Baringhorst, Professorin für Politikwissenschaft an der Universität Siegen; Vertrauensdozentin der Friedrich-Ebert-Stiftung. Forschungsschwerpunkte: politische Kommunikationsforschung, insbesondere Politik im Netz, politische Partizipationsforschung, speziell politischer Protest und soziale Bewegungen, vergleichende Integrations- und Migrationspolitik (insbesondere Großbritannien und Australien). Publikationen (Auswahl): Mehr Demokratie durch Online-Aktivismus? Zum Wandel politischer Partizipation im Netz, in: Lothar Harles/Dirk Lange (Hg.), Zeitalter der Partizipation. Paradimenwechsel in Politik und politischer Bildung, Schwalbach/Ts. 2015, S. 76-85; Konsum und Lebensstile als politische Praxis – Systematisierende und historisch kontextualisierende Annäherungen, in: Forschungsjournal Soziale Bewegungen 28 (2015) 2, S. 17-28.

Christian Bauer, wiss. Mitarbeiter an der Fakultät Gestaltung der HAW Würzburg-Schweinfurt (Forschungsprojekt »Kommunikationsdesign und Ethik – Ethik des Kommunikationsdesigns«, 2012–2014) und Lehrbeauftragter für Philosophie und Ästhetik an der Staatlichen Hochschule für Gestaltung Karlsruhe; ebendort Habilitand. Forschungsschwerpunkte: Ästhetik, Ethik, Philosophische Anthropologie, Technikphilosophie. Publikationen (Auswahl): Simone Weil. Politische Anästhetik im Selbstversuch, in: Oliver Kohns (Hg.), Perspektiven der politischen Ästhetik, Paderborn 2016, S. 179-216; Die Arbeit des Kommunikationsdesigners an sich selbst, in: Christian Bauer/Gertrud Nolte/Gerhard Schweppenhäuser (Hg.), Ethik und Moral in Kommunikation und Gestaltung, Würzburg 2014, S. 60-85.

Katrin Bauer, wiss. Referentin im LVR-Institut für Landeskunde und Regionalgeschichte in Bonn; ehem. wiss. Mitarbeiterin in der Abteilung Kultur-anthropologie/Volkskunde an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn und am Lehrstuhl Neuere Geschichte der Ruhr-Universität Bochum; 2010 Promotion über »Jugendkulturelle Szenen als Trendphänomen« an der Universität Bonn. Forschungsschwerpunkte: Brauch- und Ritualforschung, Spiritualitätsforschung, Jugendkulturen, Erinnerungskultur. Publikationen (Auswahl): Gotteshäuser zu verkaufen. Gemeindefusionen, Kirchenschließungen und Kirchenumnutzungen, Beiträge zur Volkskultur in Nordwestdeutschland Bd. 117, Münster i. Westf./New York 2011; Jugendkulturelle Szenen als Trendphänomen. Geocaching, Crossgolf, Parkour und Flashmobs in der entgrenzten Gesellschaft, Internationale Hochschulschriften Bd. 544, Münster i. Westf./New York 2010.

Grischa F. Bertram, wiss. Mitarbeiter am Institut für urbane Entwicklungen der Universität Kassel; Dissertationsprojekt zur Bedeutung bürgerschaftlicher Opposition gegen Planungsvorhaben der Urban Renaissance an der Universität Kassel. Forschungsschwerpunkte: Nachhaltige Stadtentwicklung, Bau- und Planungskultur, Innenstadtentwicklung. Publikationen (Auswahl): Wer entwickelt die Stadt? Geschichte und Gegenwart lokaler Governance. Akteure – Strategien – Strukturen, Urban Studies 3, Bielefeld 2012 (mit Uwe Altröck); Renaissance der Stadt. Durch eine veränderte Mobilität zu mehr Lebensqualität im städtischen Raum, Arbeitskreis Innovative Verkehrspolitik der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe Zukunft 2020, Bonn 2009 (mit Uwe Altröck).

Ursula Bitzegeio, Referentin der Friedrich-Ebert-Stiftung, zuständig für die Promotionsförderung; Lehrbeauftragte für Politikwissenschaft an der Universität Bonn. Arbeitsschwerpunkte: Geschichte sozialer Bewegungen und Transformation moderner Arbeitsgesellschaften. Publikationen (Auswahl): Sozial – friedlich – global? Außen- und Sicherheitspolitik heute: Leitperspektiven, Herausforderungen, Lösungswege, Münster i. Westf. et al. 2013 (hg. mit Rana Deep Islam/Robert Schütte/Lars Winterberg); Nach dem Strukturbruch? Arbeitswelten im Wandel seit den 1970er Jahren, Bonn 2011 (hg. mit Jürgen Mittag/Knud Andresen); Über Partei- und Landesgrenzen hinaus. Hans Gottfurcht (1896–1982) und die gewerkschaftliche Organisation der Angestellten, Bonn 2009.

Sebastian Demel, akademischer Mitarbeiter am Lehrstuhl für Zeitgeschichte der Universität Mannheim; Promotion mit einer Arbeit über die Stiftungsgeschichte im 19. Jahrhundert an der Universität Mannheim. Forschungsschwerpunkte: deutsche und chinesische Geschichte im 19. und 20. Jahrhundert, Geschichte des neuzeitlichen Stiftungswesens. Publikationen (Auswahl): Auf dem Weg zur Verantwortungsgesellschaft. Ernst Abbe und die Carl Zeiss-Stiftung im deutschen Kaiserreich, Göttingen 2014; Ernst Abbe und die Carl-Zeiss-Stiftung. Wissenschaftsförderung – Gestaltungswille – Verantwortung, in: Werner Plumpe (Hg.), Eine Vision. Zwei Unternehmen. 125 Jahre Carl-Zeiss-Stiftung, München 2014, S. 29-63 (mit Peter Steinbach).

Johannes Diesing, wiss. Mitarbeiter (i. V.) an der Professur für das politisch-soziale System der BRD/im Vergleich politischer Systeme am Institut für Politikwissenschaft der Justus-Liebig-Universität Gießen; Doktorand der Universität Rostock mit dem Promotionsvorhaben »Neue Formen politischen Handelns am Beispiel der Occupy Bewegung«. Forschungsschwerpunkte: politisches Denken Hannah Arendts, Theorien radikaler Demokratie. Publikationen: Occupy – A Unifying Political Acting Body, in: Maximilian Lakitsch (Hg.), Political Power Reconsidered. State Power and Civic Activism between Legitimacy and Violence. Peace Report 2013, Dialog 66, Berlin et al. 2014; Occupy London und die besetzte Friern Barnet Library, in: Sub\urban 1.2 (2013), S. 101-120.

Ina Dinter, wiss. Museumsassistentin am Kupferstichkabinett, Staatliche Museen zu Berlin; Promotion am Kunsthistorischen Institut der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt mit einer Arbeit über James Ensor. Forschungsschwerpunkte: Interdisziplinäre Analysen des Politischen in der Kunst. Publikation: Claire, Rose, Blanche. James Ensors Bildstrategien in Liebesgärten, Nymphenbildern und dem Spätwerk, Berlin 2015.

Sven Gramstadt, Doktorand an der Humboldt-Universität Berlin zum Thema »Community Organizing – Demokratielernen von Erwachsenen«. Forschungsschwerpunkte: Zivilgesellschaftliches Lernen, Politische Bildung in der Transformationsgesellschaft. Publikationen: Devi e. V., Selbst. Bestimmt, Handbuch für Berliner Schülervertreter_innen, Berlin 2014; Bürgerschaftliches Engagement als wichtiger Baustein einer inklusiven Gesellschaft, in: Ansgar Klein/Petra Fuchs/Alexander Flohé (Hg.), Handbuch Kommunale Engagementförderung im sozialen Bereich, Berlin 2011, S. 241-244; Deutsche Ju-

gendfeuerwehr, Inklusion in der Jugendfeuerwehr. Zugänge für Kinder und Jugendliche mit und ohne Behinderung in die Jugendfeuerwehren, Berlin 2011.

Sigrid Kannengießer, wiss. Mitarbeiterin am Zentrum für Medien-, Kommunikations- und Informationsforschung der Universität Bremen; promovierte über ein translokales Netzwerk zivilgesellschaftlicher Akteure und entwickelte in diesem Rahmen das Konzept der translokalen Ermächtigungskommunikation. Forschungsschwerpunkte: Mediensoziologie, transkulturelle und politische Kommunikation, politische Bewegungen, Geschlechterforschung. Publikationen (Auswahl): Globalisierung, in: Andreas Hepp/Friedrich Krotz/Swantje Lingenberg/Jeffrey Wimmer (Hg.), Handbuch Cultural Studies und Medienanalyse, Wiesbaden 2015, S. 417-425; Translokale Ermächtigungskommunikation. Medien, Globalisierung, Frauenorganisationen, Wiesbaden 2014; Digital Storytelling to Empower Sex Workers: Warning, Relieving and Liberating, in: Elke Zobel/Ricarda Drücke (Hg.), Feminist Media. Participatory Spaces, Networks and Cultural Citizenship, Bielefeld 2012, S. 238-249; Transkulturelle Intrasektionalität als Perspektive in der geschlechtertheoretischen Migrationsforschung, in: Ulrike Brandl/Elisabeth Klaus/Eva Hausbacher/Ingrid Schmutzhart (Hg.), Kann die Migrantin sprechen? Migration und Geschlechterverhältnisse, Wiesbaden 2012, S. 24-40.

Martin Mertens, Bürgermeister der Gemeinde Rommerskirchen; Studium der Kommunikationswissenschaft, Politikwissenschaft und Soziologie sowie Promotion mit dem Titel »Vom kleinen Mann – Die Wirkung von Populismus als Strategie Politischer PR« (Communicatio 21, Hamburg 2014) an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Arbeitsschwerpunkte: Populismus, Rechtspopulismus, Innen- und Integrationspolitik, politischer Extremismus, Strategien politischer Public Relations, europäische Mediensysteme und ihre politische Verankerung, Theorien des Materialismus, Steuerungsmodelle der Kommunal- und Regionalpolitik.

Jürgen Mittag, Professor für Sportpolitik an der Deutschen Sporthochschule Köln und Leiter des Instituts für Europäische Sportentwicklung und Freizeitforschung; Vertrauensdozent der Friedrich-Ebert-Stiftung. Forschungsschwerpunkte: Sportpolitik und Sportgeschichte, vergleichende Analyse von Sportsystemen, Europäische Integration und internationale Politik, soziale Bewegungen, politische Parteien und Gewerkschaften, Tourismus und Frei-

zeit, Methoden und Theorien. Publikationen (Auswahl): Sportpolitik in Nordrhein-Westfalen im Wandel. Strukturen, Akteure und Problemfelder im Spannungsverhältnis von Staat und Verband, in: Bernd-A. Rusinek/Andreas Kühn (Hg.), Nordrhein-Westfalen. Das Lesebuch, Köln 2014, S. 553-586 (mit Mandy Hermann); A perfect match? Sport and the European Union, Maidenhead 2009 (mit Walter Tokarski/Karen Petry/Michael Groll).

Katharina Oerder, Dipl.-Psychologin; 2015 Promotion am Lehrstuhl für Arbeits-, Organisations- und Wirtschaftspsychologie des Instituts für Psychologie der Universität Bonn; forscht zu Mitbestimmung und Sozialpartnerschaft am MIT Institut und berät Betriebsräte und Gewerkschaften. Forschungsschwerpunkte: Politische Fertigkeiten; Mitgliederwerbung in Gewerkschaften; Wandel der Mitbestimmung. Publikationen (Auswahl): How Work Context and Age Shape Political Skill, in: Journal of Managerial Psychology 29 (2014) 5, S. 582-599 (mit Gerhard Blickle/James K. Summers); When Men Lose – Geschlechtereffekte bei politischen Fertigkeiten auf die Leistungsbeurteilung in der Betriebsratsarbeit, in: Zeitschrift für Politische Psychologie 3 (2013), S. 52-64 (mit Gerhard Blickle).

Mark Esteban Palomo, wiss. Mitarbeiter an der Gemeinsamen Arbeitsstelle Ruhr-Universität Bochum/Industriegewerkschaft Metall. Forschungsschwerpunkte: Wahlforschung, Sozialpolitik, Bildungs- und Qualifizierungspolitik. Publikationen: Chancen und Grenzen nachhaltiger Standorte- und Beschäftigungssicherung. Das Beispiel der Opel-Standorte in Bochum, Hans-Böckler-Stiftung, Arbeitspapier, Arbeit und Soziales Bd. 279, Düsseldorf 2012 (mit Antje Blöcker/Manfred Wannöffel).

Karin Priester, Professorin (em.) für Soziologie der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Forschungsschwerpunkte: politische Soziologie, Faschismus- und Kommunismusforschung, Parteienforschung, politische Theorie. Publikationen (Auswahl): Europäische Kulturkämpfe. Die protestantische Ethik, der Populismus und die Macht des Vorurteils, in: INDES 2 (2014), S. 73-80; Rechter und linker Populismus. Annäherung an ein Chamäleon, Frankfurt a. M. 2012.

Marcel Solar, wiss. Mitarbeiter im Dezernat für Bürgerbeteiligung der Stadt Wuppertal; bis 2015 wiss. Mitarbeiter am Institut für Politische Wissenschaft und Soziologie der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn, wo er mit einer Arbeit über direktdemokratische Verfahren promovierte. Forschungs-

schwerpunkte: Vergleichende Regierungslehre, direktdemokratische Verfahren, Parteien- und Partizipationsforschung. Publikationen (Auswahl): Regieren im Schatten der Volksrechte. Direkte Demokratie in Berlin und Hamburg, Wiesbaden 2016; Reformen direktdemokratischer Verfahren – Berlin, Bremen und Hamburg im Vergleich, in: Ursula Münch/Uwe Kranenpohl/Eike-Christian Hornig (Hg.), Direkte Demokratie. Analysen im internationalen Vergleich, Baden-Baden 2014, S. 53-68; Demokratie ohne Wähler? Neue Herausforderungen der politischen Partizipation, Bonn 2013 (mit Frank Decker/Marcel Lewandowsky); Die Piraten in Nordrhein-Westfalen. Newcomer an Rhein und Ruhr zwischen Transparenz und Protest, in: Stefan Marschall (Hg.), Parteien in NRW, Essen 2013, S. 293-309.

Enno Stahl, wiss. Mitarbeiter des Rheinischen Literaturarchivs im Heinrich-Heine-Institut der Landeshauptstadt Düsseldorf; Autor zahlreicher belletristischer und wissenschaftlicher Veröffentlichungen. Publikationen (Auswahl): Diskurspogo. Über Literatur und Gesellschaft, Berlin 2013; Winkler, Werber, (Roman), Berlin 2012; Zensur im 19. Jahrhundert. Das literarische Leben aus Sicht seiner Überwacher, Bielefeld 2012 (hg. mit Bernd Kortländer); Diese Seelen (Roman), Berlin 2008; Pop in R(h)einkultur. Oberflächenästhetik und Alltagskultur in der Region, Essen 2008 (hg. mit Dirk Matejovski/Marcus S. Kleiner); Anti-Kunst und Abstraktion in der literarischen Moderne. Vom italienischen Futurismus bis zum französischen Surrealismus, Frankfurt a. M. et al. 1997.

Juliane Stückrad, freiberufliche Kulturwissenschaftlerin; von 2011 bis 2014 wiss. Mitarbeiterin am Lehrstuhl für Volkskunde der Friedrich-Schiller-Universität Jena; Promotion an der Universität Jena zur Kultur des Unmuts. Forschungsschwerpunkte: Theaterethnologie, volkskundliche Religionsforschung, Theorien und Methoden der Ethnographie, Museumsethnologie, Transformation in Ostdeutschland. Publikationen: Kirchenstraße Elbe-Elster. Wegehandbuch, Bad Langensalza/Schlieben 2013; Republik Arabia im Johannistal. Ein Einblick in die Kolonialgeschichte Eisenachs, Thüringer Hefte für Volkskunde 21, Erfurt/Eisenach 2011; Ich schimpfe nicht, ich sage nur die Wahrheit. Eine Ethnographie des Unmuts am Beispiel der Bewohner des Elbe-Elster-Kreises/Brandenburg, Kiel 2010.

Julia Tiemann, Doktorandin am Institut für Kulturanthropologie/Europäische Ethnologie der Georg-August-Universität Göttingen mit dem Thema

»Akteur-Sein in politischen Entscheidungsprozessen: Politische Partizipation im Zeitalter digitaler Demokratie im ethnografischen Vergleich zwischen Island und Deutschland«; wiss. Hilfskraft am Institut für Demokratieforschung der Georg-August-Universität Göttingen. Forschungsschwerpunkte: Alltags- und Konsumkultur, politische Kulturforschung, Social Media- und Internetforschung. Publikationen (Auswahl): Melken macht muntere Mädchen müde. Frauentätigkeiten in der Milchwirtschaft, in: Karin Bürkert/Dorothee Hemme (Hg.), Kuh-Milch-Geschichten aus der Lüneburger Heide, Göttingen 2012, S. 57-68.

Andrea Walter, wiss. Koordinatorin des Forschungsprojekts »FiA – In der Abseitsfalle? Frauen im Topmanagement und im operativen Bereich von Nonprofit-Organisationen« am Lehrstuhl für Deutsche und Europäische Sozialpolitik der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster; Politikwissenschaftlerin mit einer Promotion zu Administrativer Governance auf lokaler Ebene. Forschungsschwerpunkte: lokale Politikforschung und Governance, Nonprofitforschung, europäische Wohlfahrtspolitik. Publikationen (Auswahl): Shaping Partnership with Informal Rules and Common Values: How Civil Society and Public Administration Interact in Participatory Governance. Lessons from Germany and the US, in: Matthias Freise/Friedrich Paulsen/Andrea Walter (Hg.), Civil Society and Innovative Public Administration, Baden-Baden 2015; Does Informality Matter in German Local Policy-Making?, in: German Policy Studies 9.1 (2013), S. 69-102.

Manfred Wannöffel, Geschäftsführer der Gemeinsamen Arbeitsstelle Ruhr-Universität Bochum/Industriegewerkschaft Metall; lehrt an den Fakultäten für Maschinenbau, Sozialwissenschaft und Sportwissenschaft der Ruhr-Universität Bochum; Vertrauensdozent der Friedrich-Ebert-Stiftung und Hans-Böckler-Stiftung. Forschungsschwerpunkte: Wandel der industriellen Beziehungen im internationalen Vergleich; Bildungs- und Qualifizierungspolitik. Publikationen (Auswahl): Wissenschaft und Arbeitswelt: Eine Kooperation im Wandel, Baden-Baden 2015 (hg. mit Hans-Jürgen Urban/Ludger Pries); Einfluss der betrieblichen Mitbestimmung auf die regionale Wirtschaftsförderung. Das Beispiel Opel in Bochum, in: Rasmus C. Beck/Rolf G. Heinze/Josef Schmid (Hg.), Zukunft der Wirtschaftsförderung, Baden-Baden 2014, S. 301-316; Arbeit, Organisation und Mobilität – Eine grenzüberschreitende Perspektive, Frankfurt a. M./New York 2013 (hg. mit Martina Maletzky/Martin Seeliger).

Anna-Lena Wilde-Krell, Studium der Politik-, Medien- und Verwaltungswissenschaften; Dissertationsprojekt an der Universität Siegen zur politischen Partizipation älterer Menschen; wiss. Mitarbeiterin an der Universität Bonn. Forschungsschwerpunkte: Politische Parteien und Partizipationsforschung. Publikationen (Auswahl): Was hat sie, das ich nicht habe? Gründe für den Mitgliederboom bei der Piratenpartei, in: Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 6 (2012), S. 20-22; Die Ochsentour. Innerparteiliche Partizipation von Frauen, in: Frauenrat 4 (2012), S. 13-14; Piraten ahoi! Warum junge Menschen die Piratenpartei entern, Berlin 2011; Der Landtag im Bund und in Europa, in: Nico Grasselt/Markus Hoffmann (Hg.), Der Landtag Nordrhein-Westfalen. Funktionen, Prozesse und Arbeitsweise, Opladen/Farmington Hills 2011, S. 11-22 (mit Julia-Verena Lerch).

Lars Winterberg, wiss. Mitarbeiter am Fachbereich Historische Anthropologie/Europäische Ethnologie der Universität des Saarlandes; Schriftleiter der Rheinisch-westfälischen Zeitschrift für Volkskunde; Doktorand der Universität Regensburg mit einem Thema zu kulturellen Aushandlungen globaler Armut am Beispiel des Fairen Handels. Forschungsschwerpunkte: Politische Anthropologie, Wissenskulturen und Nahrungsethnologie. Publikationen (Auswahl): Wachstum | Ressourcen | Grenzen. Prolegomena zur Ethnografie von Kulturen sozialer Ungleichheit, in: Markus Tauschek/Maria Grewe (Hg.): Knappheit, Mangel, Überfluss. Kulturwissenschaftliche Positionen zum Umgang mit begrenzten Ressourcen, Frankfurt a. M. 2015, S. 227-248; Ernährung und Wissen. Theoretische Annäherungen an eine Ethik des Essens und Trinkens, in: Gunther Hirschfelder et al. (Hg.): Was der Mensch essen darf. Ökonomischer Zwang, ökologisches Gewissen und globale Konflikte, Wiesbaden 2015, S. 19-33.